



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Deutscher  
Geschichtskalender  
für  
1897  
Zweiter Teil

**Harvard College Library**



FROM THE

**J. HUNTINGTON WOLCOTT FUND**

Established in 1891 by ROGER WOLCOTT (H. U. 1870), in memory of his father, for "the purchase of books of permanent value, the preference to be given to works of History, Political Economy, and Sociology," and increased in 1901 by a bequest in his will.







**Deutscher Geschichtskalender 1897**  
**2.**



Deutscher

# Geschichtskalender

für 1897

---

Sachlich geordnete Zusammenstellung  
der  
politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland

Von  
**Dr. Karl Wippermann**

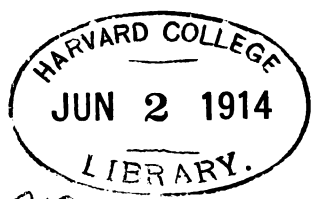
Zweiter Band

---

Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow  
1898

~~620-2460.5~~

KE39896



*Walcott fund*

# Inhalt.

	Seite
<b>Das Deutsche Reich und Preußen.</b>	
<b>Erster Abschnitt: Aenderungen in der Regierung und die innerpolitische Lage . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>Zweiter Abschnitt: Die Parteien über die Vereinsgesetfrage . . . . .</b>	<b>23</b>
<b>Dritter Abschnitt: 4. Session des 18. preussischen Landtags.</b>	
I. Aenderungen des Gesetzes über die Handelskammern . . . . .	24
II. Vereinsgesetz . . . . .	25
III. Wohnungsverhältnisse von Arbeitern . . . . .	30
IV. Schluß der Session . . . . .	30
<b>Vierter Abschnitt: Die königliche Familie.</b>	
Der Kaiser in Kiel und Travemünde . . . . .	31
Nordlandsreise des Kaisers . . . . .	31
Trinksprüche des Zaren und des Kaisers in Peterhof . . . . .	32
Trinkspruch des Kaisers in Magdeburg . . . . .	34
Trinkspruch desselben zu Ehren des Königs von Siam . . . . .	35
Antwort auf eine Begrüßung in Koblenz . . . . .	36
Trinkspruch im Schlosse zu Koblenz . . . . .	36
Trinkspruch beim Festmahle in der Rheinprovinz . . . . .	37
Trinkspruch in Würzburg . . . . .	40
Trinkspruch in der Burg zu Nürnberg . . . . .	40
Trinkspruch in Homburg . . . . .	42
Trinkspruch in Pest . . . . .	44
Telegramm an den Fürsten Bismarck . . . . .	45
Telegramm an die Großherzogin von Baden . . . . .	45
Telegramm an den Vorstand der Gustav-Adolfstiftung . . . . .	46
Ansprache bei der Weihe der Fahnen der neuen Regimenter . . . . .	47
Trinkspruch am 17. Oktober im königlichen Schlosse zu Berlin . . . . .	47
Ansprache in Wiesbaden beim Denkmal für Kaiser Friedrich . . . . .	47
Antwort auf eine Ansprache in Karlsruhe . . . . .	48
Aeusserungen in Graubenz . . . . .	49
<b>Fünfter Abschnitt: Ministerialverfügungen und gerichtliche Entscheidungen.</b>	
I. Verfügung des Justizministers über die Bestrafung des Duells und der Beleidigung . . . . .	50

	Seite
II. Erkenntnis in der Börsefrage . . . . .	51
III. Erkenntnis über den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen . . . . .	51

### Sechster Abschnitt: Fürst Bismarck.

Besuch des Großherzogs von Sachsen-Weimar . . . . .	52
Besuch des Vorstandes des Bundes der Landwirte . . . . .	52
Artikel „Bismarcks Genossen“ in der „Zukunft“ . . . . .	53
Besuch des Königs von Siam . . . . .	55
Dankagung für Kundgebungen zum 2. September . . . . .	55
Mitteilungen über die Tischgespräche des Fürsten . . . . .	55

### Siebenter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Konservative Partei.	
Ueber Äußerungen des Fürsten Bismarck . . . . .	57
Ueber die Reichstagswahl in der Westpreignitz . . . . .	61
Parteitag der Provinz Brandenburg . . . . .	62
II. Bund der Landwirte.	
Eingabe an den Reichskanzler . . . . .	63
Streit mit den Konservativen . . . . .	63
Rede des Ministers v. Hammerstein in Bonn . . . . .	66
Graf Schwerin-Schweinsburg . . . . .	66
III. Freisinnige Volkspartei.	
Streit mit der Freisinnigen Vereinigung . . . . .	67
Parteitag in Nürnberg . . . . .	67
Parteitag in Remscheid . . . . .	69
Nochmals Streit mit der Freisinnigen Vereinigung . . . . .	70
IV. Deutsche Volkspartei.	
Parteitag in Mannheim.	
Rede des Abgeordneten Hausmann . . . . .	71
Vortrag des Abgeordneten Benedek . . . . .	72
Beschlüsse . . . . .	72
V. Centrum und Katholikentag.	
Katholikentag in Landshut.	
Ueber die Herstellung der weltlichen Unabhängigkeit des Papstes . . . . .	73
Abgeordneter Bachem über das Centrum . . . . .	74
v. Hertling über Katholizismus und Wissenschaft . . . . .	75
Ueber katholische Lesevereine . . . . .	76
Ueber das Studium der Freimaurerei . . . . .	76
Ueber die kirchliche Kunst . . . . .	77
Volkverein für das katholische Deutschland.	
Ansprache des Dr. Ermborn . . . . .	77
Vorträge über die Schulfrage u. a. . . . .	78
Nochmals der Katholikentag.	
Verschiedne Vorträge . . . . .	78
Ueber die katholische Einheit . . . . .	79
Ueber die Ordensfrage . . . . .	80
Rede des Abgeordneten Lieber in Aachen . . . . .	80
VI. Aus der polnischen Bewegung . . . . .	81
VII. Soziale Parteien.	
1. Verein für Sozialpolitik.	
Rede des Professor Schmoller in Köln . . . . .	84

	Seite
Trinkspruch des Ministers a. D. v. Berlepsch . . . .	85
2. Deutsch-soziale Reformpartei.	
Parteitag in Nordhausen . . . . .	87
3. National-sozialer Verein.	
Antrag von Sohm und Genossen . . . . .	87
Antrag von Obhre . . . . .	88
Parteitag in Erfurt.	
Vortrag von Sohm über das allgemeine Wahlrecht . . . . .	89
Rede des Pfarrers Raumann über das Programm . . . . .	90
Verhandlung über obige Anträge . . . . .	91
Kompromißbeschluß . . . . .	94
Die Presse über diesen Verein . . . . .	94
4. Kirchlich-sozialer Kongreß.	
Rede Stöckers in Barmen . . . . .	95
5. Sozialdemokratische Partei.	
Parteitag in Hamburg. . . . .	97
<b>Achter Abschnitt: Evangelische Kirche.</b>	
I. Hauptversammlung des Gesamtvereins der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung . . . . .	103
II. Hauptversammlung des Evangelischen Bundes.	
Rede des Pfarrers Thümmel . . . . .	107
Rede des Grafen Wisingerode . . . . .	108
Rede des Bischofs Weber . . . . .	109
Rede des Professors Nippold . . . . .	109
Beschlüsse . . . . .	110
Rede v. Plettenbergs . . . . .	112
III. Generalsynode der ältern preussischen Provinzen.	
Rede des Präsidenten Barthhausen . . . . .	114
Beschluß bez. der Kanisiusenchilika . . . . .	115
Stöcker über die Erlasse bez. Teilnahme der Geistlichen an der Lösung der sozialen Aufgaben . . . . .	116
Beschlüsse . . . . .	118
<b>Neunter Abschnitt: Katholische Kirche.</b>	
Rede des Weihbischöfs Schmitz gegen konfessionelle Verhezung . . . .	120
<b>Zehnter Abschnitt: Innere Reichsangelegenheiten.</b>	
Wirtschaftlicher Ausschuß . . . . .	121
Kommission über Mißstände im Baugewerbe . . . . .	121
<b>Elfter Abschnitt: Beziehungen zum Auslande.</b>	
I. Verhältnis zu Rußland . . . . .	122
II. Verhältnis zu Italien . . . . .	123
III. Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn. . . . .	124
IV. Verhältnis zu Großbritannien. . . . .	124
V. Verhältnis zu Nordamerika . . . . .	125
VI. Streitfall mit China . . . . .	126
VII. Streitfall mit Haiti . . . . .	126
<b>Zwölfter Abschnitt: Militärisches.</b>	
I. Landheer.	
Erlaß bez. der sozialrevolutionären Propaganda . . . . .	126



	Seite
Ansprache des Kaisers an Rekruten . . . . .	128
II. Kriegsmarine . . . . .	129
<b>Dreizehnter Abschnitt: 4. Session des 9. Reichstags.</b>	
I. Eröffnung . . . . .	129
II. Konstituierung . . . . .	138
III. Fraktionen . . . . .	133
IV. Justizangelegenheiten.	
1. Internationale Regelung einiger Fragen des Privatrechts	133
2. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	134
3. Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren frei- gesprochenen Personen . . . . .	134
V. Gesetz über die Flotte . . . . .	135
VI. Gefährdung des Petroleumhandels . . . . .	143
VII. Reichshaushaltsetat für 1898—1899 . . . . .	144
VIII. Militärstrafprozeßordnung . . . . .	145

#### **Vierzehnter Abschnitt: Deutsche Schutzgebiete.**

I. Schutzgebiet Togo . . . . .	147
II. Schutzgebiet in Südwestafrika . . . . .	147
III. Schutzgebiet in Neu-Guinea . . . . .	147

#### **Die nichtpreussischen Bundesstaaten.**

<b>Bayern.</b>	
I. Die königliche Familie . . . . .	148
II. Kirchliches . . . . .	149
III. Parteibewegung.	
1. Bauernbund und Zentrum . . . . .	150
3. Deutsche Volkspartei . . . . .	152
IV. Landtag.	
Budget . . . . .	153
Ueber die Manöver in Franken . . . . .	153
Bodenzinsen und Klassenlotterie . . . . .	156
Wahlssystem . . . . .	157
Transitlager . . . . .	157
Militärstrafprozeßordnung . . . . .	158
Präsidentenwahl . . . . .	160
Grundentlastung . . . . .	160
<b>Sachsen . . . . .</b>	160
<b>Württemberg.</b>	
I. Parteibewegung . . . . .	162
II. Landtag.	
1. Der Etat . . . . .	163
2. Einkommensteuer . . . . .	164
3. Bestellung und Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher . . . . .	165
4. Verfassungsänderung . . . . .	165
III. Evangelische Landesynode . . . . .	168
IV. Die königliche Familie . . . . .	169
<b>Baden.</b>	
I. Landtag I. . . . .	170

	Seite
II. Parteibewegung . . . . .	170
III. Die großherzogliche Familie . . . . .	170
IV. Neuwahlen . . . . .	172
V. Landtag II. . . . .	172
<b>Hessen-Darmstadt.</b>	
I. Landtag . . . . .	173
II. Mainanalisierung . . . . .	174
III. Kirchliches . . . . .	175
<b>Sachsen-Weimar.</b> . . . .	176
<b>Mecklenburg-Schwerin</b> . . . . .	176
<b>Oldenburg</b> . . . . .	178
<b>Braunschweig</b> . . . . .	179
<b>Sachsen-Roburg-Gotha</b> . . . . .	180
<b>Sachsen-Meiningen</b> . . . . .	182
<b>Sachsen-Altenburg</b> . . . . .	184
<b>Neuß ältere Linie</b> . . . . .	184
<b>Neuß jüngere Linie</b> . . . . .	185
<b>Lippe</b> . . . . .	185
<b>Schaumburg-Lippe</b> . . . . .	192
<b>Freie Stadt Hamburg</b> . . . . .	192
<b>Elfaß-Lothringen.</b>	
I. Landesanschluß . . . . .	193
II. Maßregeln . . . . .	194
III. Universitätsjubiläum . . . . .	195
IV. Bezirkstagswahlen . . . . .	196

## **Oesterreichisch-ungarische Monarchie.**

### **A. Oesterreich.**

#### **I. Nationalitätenstreit in Böhmen.**

Gemeindestreit der Deutschen . . . . .	196
Erklärung der deutschen Abgeordneten . . . . .	196
Deutscher Volkstag in Eger . . . . .	197
Die jungtschechische Partei an den Statthalter . . . . .	198
Eingabe der Advokaten in Eger . . . . .	198
Bersammlung der deutschen Parteien Böhmens . . . . .	199
Graf Baden's Einladung zur Konferenz . . . . .	199
Deutscher Volkstag in Aß . . . . .	199
Protest der freisinnigen tschechischen Partei . . . . .	200
Kommers der Deutschböhmern in Leipzig . . . . .	200
Tschechischer Parteitag in Prag . . . . .	201
Erklärung der jungtschechischen Vertrauensmänner . . . . .	201
Ausspruch des Professors Mommsen . . . . .	201

#### **II. Kundgebungen**

der deutschen Volkspartei der Alpenländer . . . . .	202
des deutschen Schulvereins in Jena . . . . .	202
deutscher Universitätsprofessoren . . . . .	203
des deutschen Vereins der Südmärk . . . . .	203
des deutschen Volkstags in Tettschen . . . . .	204
des altösterreichischen Kongresses in Laibach . . . . .	204
des katholischen Volksvereins für Oberösterreich . . . . .	205

	Seite
der deutsch=fortschrittlichen Partei Tirols in Innsbruck . . .	205
des deutschen Volkstags in Bozen . . . . .	206
III. Reichsrat.	
1. Präsidium . . . . .	207
2. Budget . . . . .	209
3. Die Sprachenverordnungen . . . . .	210
4. Ministeranfragen . . . . .	211
5. Provisorium des Ausgleichs mit Ungarn . . . . .	219
IV. Umschwung . . . . .	226
V. Ministerium v. Gautsch . . . . .	227
VI. Unruhen in Böhmen . . . . .	228
VII. Die Parteien nach dem Umschwung.	
Die geeinigte deutsche Opposition . . . . .	230
Rundschreiben des verfassungstreuen Grundbesizes . . . . .	231
Erklärung der deutschen Volkspartei . . . . .	231
Erklärung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses . . . . .	231
Erklärung der deutschen Fortschrittspartei . . . . .	232
Deutscher Volkstag in Wien . . . . .	232
Erklärung der jungtschechischen Vertrauensmänner . . . . .	233
Erklärung der tiroler Meritalen . . . . .	234
Deutscher Akademikertag in Eger . . . . .	234
VIII. Die kaiserliche Familie . . . . .	235
B. Ungarn.	
I. Reichstag.	
Guldbigungsadresse des Abgeordnetenhauses an den König . . .	235
Friedensfrage . . . . .	236
Frage des Ausgleichs mit Oesterreich . . . . .	236
II. Fürstliche Besuche.	
Ueber den Trinkpruch des Deutschen Kaisers in Pest . . . . .	238
Trinkprüche des Königs Franz Joseph und des Königs von Rumänien . . . . .	239
C. Gemeinsame Angelegenheiten.	
Budget für 1898 . . . . .	240
Antwort des Königs auf die Ansprache der Präsidenten der Delegationen . . . . .	240
Minister Graf Soluchowski über die internationale Lage. . . .	241
Die Delegationen über die Ausgleichsfrage . . . . .	241
Erlasse bezüglich des Ausgleichsprovisoriums . . . . .	245

## Rußland.

I. Die kaiserliche Familie . . . . .	245
II. Verhältnis zu Frankreich.	
Trinkprüche des Zaren und des Präsidenten Faure in Peterhof .	246
Trinkprüche Faures und des Zaren in Prahnoje-Selo. . . . .	247
Trinkprüche des Zaren und Faures beim Mahle der Marine-offiziere . . . . .	247
Trinkprüche Faures und des Zaren auf dem „Bothuan“. . . .	248
III. Verhältnis zu Ostasien.	
Vertrag mit Korea . . . . .	249
Ein russisches Geschwader im chinesischen Hafen Port Arthur .	249

# Frankreich.

I. Die Kammern. (1. Session.)	
1. Ueber die Bank von Frankreich . . . . .	250
2. Etat für Heer und Marine . . . . .	251
3. Panama-Angelegenheit . . . . .	252
4. Ueber die Orientfrage . . . . .	253
II. Reise des Präsidenten Faure nach Rußland.	
Abreise von Paris und Dünkirchen . . . . .	254
Ministerpräsident Méline an Faure in Peterhof . . . . .	254
Ungeduld der Presse . . . . .	254
Rundgebung von Elsäßern . . . . .	255
Empfang Faures in Dünkirchen und Paris . . . . .	255
Telegrammwechsel Faures mit dem Caren . . . . .	256
Unfug vor dem deutschen Botschaftsgebäude in Paris . . . . .	256
Zur Bedeutung der französisch-russischen Allianz . . . . .	257
III. Orléanistische Prinzen.	
Duell des Prinzen Heinrich mit dem Grafen von Turin . . . . .	257
Schreiben des Herzogs Philipp . . . . .	258
IV. Drehfuß-Angelegenheit . . . . .	258
V. Die Kammern. (2. Session.)	
Ueber den Kanal du Midi . . . . .	260
Ueber den Eingangszoll für Getreide . . . . .	260
Ueber Steuererleichterung . . . . .	260
Ueber Teilung des sechsten Armeecorps . . . . .	261
Ueber Unfallversicherung . . . . .	261
Ueber die Drehfuß-Angelegenheit . . . . .	261
Ueber die landwirtschaftliche Krise . . . . .	262
VI. Aenderung im Ministerium Méline . . . . .	264
VII. Nationaler Katholikentag . . . . .	264
VIII. Vertrag mit England über Tunis . . . . .	264

# Großbritannien und Irland.

I. Parlament.	
1. Innere Angelegenheiten.	
Budget . . . . .	265
Ueber die Abhängigkeit von der fremden Einfuhr . . . . .	266
Militärisches . . . . .	267
Achtstundentag . . . . .	267
Unterrichtsbill . . . . .	267
2. Auswärtige Angelegenheiten.	
Ueber das Verhältnis zur südafrikanischen Republik . . . . .	268
Ueber die Frage Aegyptens . . . . .	275
Ueber die griechisch-türkische Frage . . . . .	278
II. Kolonien.	
1. Kapland . . . . .	283
2. Niger-Schutzgebiet . . . . .	288
3. Ostindien . . . . .	289
4. Australien . . . . .	290
III. Beziehungen zum Auslande.	
1. Vertrag mit China . . . . .	291

2. Vertrag mit Nordamerika . . . . .	291
IV. Königliche Familie . . . . .	292

### Italien.

I. Neuwahlen zur Deputirtenkammer und Regierungsprogramm . . . . .	293
II. Das Parlament. I.	
1. Eröffnung . . . . .	294
2. Ueber die Orientfrage . . . . .	295
3. Heeresreformgesetz . . . . .	297
4. Flottenfrage . . . . .	298
5. Ueber die erythräische Kolonie . . . . .	299
6. Ueber die allgemeine Politik . . . . .	302
7. Die Vertrauensfrage . . . . .	302
8. Rundgebungen . . . . .	303
III. Die königliche Familie . . . . .	304
IV. Die erythräische Kolonie . . . . .	305
V. Das Parlament II . . . . .	307
VI. Aenderungen im Ministerium di Rudini . . . . .	308
VII. Papst.	
Heiligsprechungen . . . . .	309
Breve an einen spanischen Bischof . . . . .	309
Schreiben an den Kardinal Dreglio . . . . .	310
Rundschreiben zur Feier des Gedächtnisses von Peter Canisius . . . . .	310

### Spanien.

I. Aufstand auf Kuba.	
Reformgesetz . . . . .	313
Kämpfe . . . . .	314
General Weyler ersetzt durch Marschall Blanco . . . . .	314
Weitere Reformen . . . . .	315
Einführung einer besondern Regierung . . . . .	315
Protest des Generals Weyler . . . . .	315
II. Aufstand auf den Philippinen-Inseln . . . . .	316
III. Cortes . . . . .	317
IV. Anarchisten . . . . .	317
V. Ermordung des Ministerpräsidenten Cánovas del Castillo. Mi-	
nisterium de Azcárraga . . . . .	318
VI. Ministerium Sagasta . . . . .	318
VII. Kirchliches . . . . .	319
VIII. Königliche Familie . . . . .	319

### Portugal.

I. Ministerium de Castro . . . . .	319
II. Cortes . . . . .	320
III. Unruhen . . . . .	320
IV. Kolonien.	
1. Mosambique . . . . .	321
2. Guineaküste . . . . .	321

# **Belgien.**

I. Seeresreformfrage.	
Militärische Rundgebung . . . . .	321
Ausspruch des Königs . . . . .	322
II. Die Kammern.	
Antwort des Königs an die Präsidenten . . . . .	322
Ueber Anwendung der flämischen Sprache in amtlichen Bekannt- machungen . . . . .	322
Ueber Aufhebung der Spielhöfen . . . . .	323
Ueber die militärische Rundgebung . . . . .	323
Ueber Ankauf der Bahn „Grand Central belge“ . . . . .	324
Ueber Gehaltsverhöhung der Richter . . . . .	324
III. Bürgerwehrgesetz . . . . .	325
IV. Flämische Bewegung.	
Nationale Rundgebung in Schaerbeek . . . . .	325
Flämischer Volksrat in Antwerpen . . . . .	326

# **Niederlande.**

I. Die Kammern.	
Fudersteuergesetz . . . . .	326
Erbchaftssteuergesetz . . . . .	327
II. Neuwahlen zur Kammer . . . . .	328
III. Ministerium Pierlon . . . . .	328
IV. Die neuen Kammern . . . . .	329

# **Luxemburg.**

Budget . . . . .	330
Mosel-Kanalisation . . . . .	331
Wahlzensus . . . . .	331
Der Großherzog . . . . .	331
Schulgesetz . . . . .	331

# **Dänemark.**

I. Reichstag I.	
Steuerreform . . . . .	331
Grundeigentumserwerb der ländlichen Arbeiter . . . . .	332
Etatsfragen . . . . .	332
II. Ministerium Hoerring . . . . .	333
III. Reichstag II.	
Abschluß des Etatsgesetzes . . . . .	334
IV. Neuer Reichstag.	
Budget für 1898/99 . . . . .	334
Frage der Neutralität des Landes . . . . .	334
Gemeindewahlen . . . . .	335
Anleihe . . . . .	335
V. Königl. Familie . . . . .	335

**Schweden.**

I. Reichstag.	
Thronrede . . . . .	336
Budget . . . . .	336
Zwischenreichsgesetz . . . . .	336
Reichsbankgesetz . . . . .	336
Befestigungsfrage . . . . .	336
II. König Oskar.	
Rede bei der Feier des Regierungsjubiläums . . . . .	337
Antwort an die Vertreter ausländischer Universitäten . . . . .	337
Rede beim Festmahle für die Mitglieder des Journalisten-Kongresses . . . . .	338
III. Verhältnis zu Norwegen.	
Einsfall des Zwischenreichsgesetzes . . . . .	339
Feier des Geburtstages der Kalmarischen Union . . . . .	339
Streit mit Norwegen über Inseln in Stageraal . . . . .	339
Das Unionskomitee . . . . .	339

**Norwegen.**

I. Reichstag	340
II. Neuwahlen zum Reichstage	341

**Schweiz.**

I. Volksabstimmungen.	
Ueber die Errichtung einer Bundesbank . . . . .	341
Ueber Verfassungsänderungen, betreffend 1. das Gesetzgebungsrecht über Lebensmittelverehr . . . . .	342
2. das Gesetzgebungsrecht über Wasser- und Forstpolizei . . . . .	342
II. Rücklauf der Eisenbahnen . . . . .	343
III. Zustand von Eisenbahnbeamten . . . . .	343
IV. Bundesversammlung . . . . .	344
V. Kantone.	
Volksabstimmung in Unterwalden . . . . .	344
Volksabstimmung in Zürich . . . . .	345
Canisiusfeier in Freiburg . . . . .	345
Umschwung in Genf . . . . .	346
Armengesetz in Bern . . . . .	346
Verfassungsfrage in Schwyz . . . . .	346
Universität Freiburg . . . . .	346

**Türkei und Griechenland.**

I. Die Frage Kretas.	
Unruhen . . . . .	347
Griechische Sympathien für die Christen auf Kreta . . . . .	347
Einmischung Griechenlands . . . . .	347
Einmischung der Großmächte . . . . .	348
Ihr Ultimatum an Griechenland . . . . .	348
Antwort der griechischen Regierung . . . . .	348

	Seite
Kämpfe auf der Insel . . . . .	349
Ansprache der großmächtlichen Admirale . . . . .	357
Wochende der Insel . . . . .	357
Kretische Nationalversammlung . . . . .	359
II. Krieg der Türkei gegen Griechenland.	
Vorbereitungen . . . . .	360
Die ersten Kämpfe in Thessalien und Epirus . . . . .	361
Die griechische Deputirtenkammer . . . . .	361
Türkische Note an die Großmächte . . . . .	362
Beschickung Prevesas . . . . .	363
Die Türken nehmen Tyrnovo und Larissa . . . . .	363
Nailli über die Mängel der griechischen Kriegsleitung . . . . .	363
Die Türken nehmen Trifkala . . . . .	364
Kämpfe bei Pentepigadia und Velestino . . . . .	364
Ministerium Naili . . . . .	364
Die Türken in Pharsala und Bolo . . . . .	364
Waffenruhe . . . . .	365
Schreiben des Zaren an den Sultan . . . . .	366
Waffenstillstand . . . . .	366
Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den Sultan . . . . .	366
Präliminar-Friedensvertrag . . . . .	367
Eindrücke in Griechenland . . . . .	367
Endgültiger Friedensschluß . . . . .	369
III. Bulgarien . . . . .	369
IV. Aegypten . . . . .	370

### Rumänien.

Programm des Ministeriums Sturdza . . . . .	370
Festlichkeiten . . . . .	371
Judenverfolgung . . . . .	371
Auswärtige Politik . . . . .	371
Der Senat an den König . . . . .	372

### Serbien.

Fortschrittspartei . . . . .	372
Stupschina . . . . .	372
Ministerium Georgiewitsch . . . . .	373

Montenegro . . . . .	373
Kongostaat . . . . .	373
Marokko . . . . .	374
Kanibar . . . . .	374
Abyssinien . . . . .	374

### Südafrikanische Republik.

Ansprache des Richters Jorison . . . . .	375
Feyer des Geburtstags des Deutschen Kaisers . . . . .	375
Präsident Krüger über Aeußerungen Chamberlains . . . . .	376
Bürgerrechtserteilung an loyale Uitlanders . . . . .	376



	Seite
Gesetz über den obersten Gerichtshof . . . . .	376
Bündnis beider Buren-Republiken . . . . .	377
Rede Krügers im Volksraad . . . . .	379
Aufhebung des Einwanderungsgesetzes . . . . .	379
Feier des Jubiläums der Königin Viktoria . . . . .	379
Gegen Englands Anspruch auf Oberhoheit . . . . .	380

### Oranje-Freistaat.

Verhandlungen mit der Kap-Regierung . . . . .	381
Präsident Steyns Rede auf Krüger . . . . .	382
Ueber das Wahlrecht der Uitlanders . . . . .	382
Ueber Einwanderung der Fremden . . . . .	383

<b>Afghanistan</b> . . . . .	383
<b>China.</b> Vertrag mit Deutschland über die Kiautschou-Bucht . . . . .	383
<b>Japan</b> . . . . .	384
<b>Korea</b> . . . . .	385
<b>Sandwich-Inseln</b> . . . . .	385

### Nordamerikanische Union.

I. Der neue Präsident Mac Kinley.	
Inaugural-Adress . . . . .	386
Ministerium . . . . .	387
II. Zollgesetz . . . . .	388
III. Einwanderungsbill . . . . .	388
IV. Groß-Newport . . . . .	389
V. Auswärtige Angelegenheiten.	
1. Vertrag mit England wegen Alaskas . . . . .	389
2. Frage der Einverleibung Hawaii's . . . . .	389
3. Schiedsgerichtsvertrag wegen Venezuelas . . . . .	390
4. Die Frage Rubas . . . . .	391
VI. Botschaft des Präsidenten . . . . .	391

### Mexiko.

Finanzen . . . . .	392
Anfall auf den Präsidenten . . . . .	392

<b>Mittelamerika</b> . . . . .	393
<b>Südamerika</b> . . . . .	393

### Internationale Vorgänge.

I. Weltpostkongreß in Washington . . . . .	394
II. Bergarbeiterkongreß in London . . . . .	395
III. Kongreß zum Schutz der Hochseefischerei in Ostende . . . . .	396
IV. Zionistenkongreß in Basel . . . . .	396
V. Alttaupostkongreß in Wien . . . . .	397
VI. Kongreß für Arbeiterschutz in Brüssel . . . . .	398
VII. Laxil-Schwindel . . . . .	402

# Das Deutsche Reich und Preußen.

## Erster Abschnitt.

### Veränderungen in der Regierung und die innere politische Lage.

1. Juli. Der „Reichsanzeiger“ meldet den Rücktritt des Staatssekretärs v. Boetticher, die Ernennung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Grafen Posadowsky zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern, zum allgemeinen Stellvertreter des Reichskanzlers und zum preussischen Staatsminister, ferner die Ernennung des Finanzministers v. Miquel zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und die Ernennung des Generalleutnants z. D. v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts.

Der Kaiser richtet an Herrn v. Boetticher folgendes Schreiben:

Nachdem Ich Ihnen durch Erlass vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilt habe, ist es Mir Bedürfnis, Ihnen noch Meinen besondern Dank zum Ausdruck zu bringen für die hingebende Treue, mit welcher Sie die Ihnen übertragenen verantwortungsvollen Ämter so erfolgreich verwaltet haben. Ich beabsichtige, Ihre bewährte Kraft anderweit im Staatsdienste zu verwenden, und hoffe, daß Sie Mir und dem Vaterlande noch lange Zeit Ihre hervorragenden Dienste widmen werden.

Bezüglich der bereits im Laufe des Juni in der Presse über die bevorstehende Ernennung des Generals v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts enthalten gewesenen mißfälligen Äußerungen bemerkt die „Nordb. A. Z.“:

In einer großen Verwaltung wird es sich als nützlich erweisen, wenn von Zeit zu Zeit anstatt eines im regelmäßigen Gang der Beförderung Herausgekommenen ein Mann an die Spitze tritt, der in mancherlei andern Arbeitszweigen sich umgesehen hat, neue Gesichtspunkte mitbringt und unboreingenommen die bisherigen Geschäfts-

methoden betrachtet. Es würde für Deutschland nicht ohne Nutzen sein, wenn wir die Anschauung, daß eine Person an hoher leitender Stellung den Dienst von unten heraus in demselben Verwaltungszweige gemacht haben müsse, nach dem Beispiel vorgeschrittener Kulturländer, wie England und Frankreich, corrigiren würden. Die Vertrautheit mit allen technischen Einzelheiten einer Verwaltung kann nicht als ein unumgänglich notwendiges Erfordernis angesehen werden. Wie unmöglich wäre es sonst, Minister zu finden, von denen die meisten sich in wesentliche Abteilungen ihres Amtes erst einarbeiten müssen? Im Gegenteil: in gewissem Sinne kann gesagt werden, daß notwendige Reformen besser durch Neulinge — falls sie nur über das nötige Quantum von Geist und Wissen verfügen — als durch die Männer der traditionellen Praxis besorgt werden.

2. Juli. Die Staatssekretäre Graf Posadowsky und v. Poddieleski, Finanzminister v. Miquel und der Staatssekretär a. D. v. Boetticher werden vom Kaiser auf der Yacht „Hohenzollern“ vor Lübeck empfangen.

Ueber die Aenderungen in den höhern Reichsämtern spricht sich die „Kreuztg.“ also aus:

Der gesamte Liberalismus sieht in all diesen Veränderungen nur Grund zu ernster Besorgnis und spricht von einem „Siege der Agrarkonservativen.“ Zum Triumph fühlen wir uns nicht gestimmt, wir sehen aber in diesen Neubefetzungen wohl einen Grund zur Hoffnung, daß unsere innern Verhältnisse einer bessern Zukunft entgegen gehen können: bei allen dreien, den Ministern v. Miquel und Graf Posadowsky wie dem Staatssekretär v. Poddieleski dürfen wir wenigstens auf ein liebevolles Verständnis für die Bedeutung der produktiven Stände des Volkes rechnen.

Daß Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“ äußert folgendes:

Graf Posadowsky hat sich auf wirtschaftlichem Gebiete, so weit er dazu Gelegenheit gehabt hat, zu entschieden gesunden Anschauungen bekannt. Man wird ihn als einen aufrichtigen Freund der Landwirtschaft und des Mittelstandes ansprechen dürfen. Es ist bekannt, daß der preussische Finanzminister auch der agrarischen Frage ein warmes Interesse und, wie manche seiner Äußerungen beweisen, ein wirkliches Verständnis entgegenbringt. Ob man daraus den Schluß ziehen darf, daß in dem reorganisirten Ministerium eine größere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Wünsche und Forderungen Platz greifen wird, kann man heute noch nicht mit Sicherheit feststellen; aber es liegt nahe, daß der Widerstand, der bisher den Bestrebungen des preussischen Landwirtschaftsministers im Bundesrate entgegengesetzt worden ist, in Zukunft durch den Einfluß des Grafen Posadowsky zum wenigsten gemildert werden wird. Alles in allem können wir die Neuordnung der Dinge im Reiche und in Preußen begrüßen, wenn wir auch keine überschwänglichen Hoffnungen daran knüpfen und, durch die Erfahrung belehrt, es vorziehen, erst die Thaten abzuwarten und dann unser Urteil abzugeben.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ widmen Herrn v. Boetticher einen Nachruf, in dem es heißt:

v. Boetticher hat jedem System gedient. Es hat das Sozialistengesetz und die Wirtschaftspolitik des alten Kurfürsten verteidigt, er hat nach den Märztagen von 1890, an deren Herbeiführung er vielleicht nicht

ohne Anteil war, die alten Götter verbrannt und zu den neuen Göttern gebetet; als mit dem Amtsantritt des Fürsten Hohenlohe allmählich eine leise Wendung zu der Politik des alten Kurzes eintrat, hat er sich ohne Jögern in den Dienst auch dieser Richtung gestellt, und wir treten Herrn v. Boetticher nicht zu nahe, wenn wir annehmen, daß er, soviel an ihm, auch im Dienst geblieben sein würde, wenn 1892 oder 1894 Fürst Bismarck etwa in das Amt zurückgekehrt wäre. Herr v. Boetticher hatte niemals eine eigne Politik, niemals eigne Gedanken.

Die „Hamburger Nachrichten“ behaupten, daß nur die Ueberzeugung, die Politik, die Herr v. Boetticher seit sieben Jahren getrieben habe, sei für das Deutsche Reich, seinen Bestand und seine Fortentwicklung nicht förderlich, Herrn v. Boetticher die Sympathien der Linken verschafft habe. Es sei eben die offene und die akute Reichsfeindschaft derjenigen Parteien, die dem Caprivismus zur Stütze dienten, gewesen, die ihm ihr Wohlwollen und ihre Mitarbeit in dieser reichsgefährlichen Richtung verschafft habe.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ äußert zum Rücktritt v. Boettichers und v. Marschalls:

Beide bildeten eigentlich die Oberbefehlshaber der Caprivischen Leibgarde. Es waren die vornehmsten Werkzeuge, die sich der General-Reichskanzler in dem richtigen Sucherinstinkt nach Bismarckgegnern ausgewählt hatte. Nach dem Abgange Caprivis blieben beide leben. Sie gaben die Schlacht noch nicht verloren, sie bildeten den innern Grund, weshalb es dem Fürsten Hohenlohe nicht gelingen wollte, das Reich in die Geleise des alten Kurzes hineinzuschieben. Jene beiden „tüchtigen, hochbegabten Staatsmänner“ gehen nicht, „weil sie sich kleinen, aber einflussreichen Kreisen verhaßt gemacht haben,“ sondern weil der Monarch endlich fest entschlossen ist, das unfruchtbare Fätscheln der jetzigen Reichstagsmehrheit nicht mehr zu dulden, und weil mit diesen Herren eine nationale Mehrheit nicht zu erlangen ist.

Der „Hannoversche Kurier“ sagt:

Auch der loyalste Sinn wird die Ernennung v. Rodbielskis, die als die eigenste Entschliebung des Kaisers angesehen wird, als ein gefährliches Experiment betrachten, zu dessen Verständnis noch eingehende Kenntnisnahme der bestimmenden Motive erforderlich sind. Die Verater der Krone werden aber nicht unterlassen haben, auf den ungünstigen Eindruck hinzuweisen, der sich als Folge dieser Ernennung unter allen Umständen voraussetzen ließ.

Der „Hamburgische Korrespondent“ bemerkt:

Noch ist Reichskanzler Fürst Hohenlohe — wie lange, ist freilich eine offene Frage. Und schließlich herrscht und regiert der Kaiser in Deutschland und Preußen; er ist sein eigener Kanzler und Minister, sein Wille allein bestimmt die Regierungspolitik, zu deren Ausführung er nur Werkzeuge braucht. Daß er Deutschlands Größe und Glück will, daran zweifelt niemand. Aber er wählt zu seinen Zielen Wege, auf denen ihm zur Zeit die Mehrheit des Volkes nicht folgt. Und in diesem Zwiespalt liegt die Schwierigkeit und die Gefahr der innern Lage, die auch die alten und die neuen Männer nicht heben werden.

3. Juli. „Wohin treiben wir?“ fragt die „Köln. Ztg.“ und beantwortet sich diese Frage folgendermaßen:

Wir erleben gegenwärtig eine Erbitterung von einer Schärfe und einer Allgegenwart, wie sie noch keine Periode der deutschen Geschichte verzeichnet hat. Und dieser hochgradige und allgemeine Ingrimm ist begreiflich. Denn eine selbstbewusste Nation kann unmöglich gewillt sein, auf die Dauer den vom Junkertum angestrebten Zustand zu ertragen, daß ihre bedeutendsten Männer entweder beiseite geschoben oder aber genötigt werden, durch einen Kniefall vor verachteten ostelbischen Deutepolitikern, Kanisleuten, Bimetallisten, Kanalgegnern und Reaktionären um Gnade zu flehen. Die nächsten Wahlen werden sich, wenn in Berlin nicht eine gänzliche Umkehr erfolgt, zu einem vulkanischen Ausbruch des Volkszornes, zu einem furchtbaren Gottesgericht über das Junkertum gestalten. . . . Man kann wirklich auf den Gedanken kommen, wenn man in Berlin überhaupt noch eine politische Empfindung für große Volksströmungen habe, so müsse der leitende Gedanke bei den letzten Verschiebungen der sein, die Todeszudungen des Junkertums abzufürzen und eine Entscheidungsschlacht zwischen der gesamten Heeresmacht des Bürgertums und den Ostelbiern, die den Staat auf die Knie bringen wollen, herbeizuführen. Wie dieser Kampf enden würde, darüber kann unter vernunftbegabten Menschen kein Zweifel sein. Die Nation wird es ablehnen, die Kosten der Lebenshaltung des Junkertums auf ihre Rechnung zu übernehmen. . . . Und da liegt nun der Gedanke nahe, einzelne Gruppen des Bürgertums zu den Junkern hinüberzuziehen. Als Mittel zu diesem Zweck erscheinen verwertbar die Angst vor der Sozialdemokratie und die konfessionellen Gegensätze.

Nach Ansicht des „Leipziger Tageblatts“ (nat.-lib.) erinnerten unter der Ueberschrift „Der General-Postminister“ die gegenwärtigen Zustände Preußens in mehr als einer Hinsicht an die Zustände in Preußen nach Olmütz, von denen in Schloßers Weltgeschichte Band 17 gesagt sei: „Anstellung und Beförderung richtete sich auf allen Gebieten weit mehr nach der Willfährigkeit, mit der die Bewerber auf die Anschauungsweise der konservativen Partei eingingen, als nach der Tüchtigkeit für das besondere Amt“; das sei das Uрге, daß die nationalen Kreise in Süddeutschland wehrlos gemacht würden zum Kampfe gegen den Uebermut von Demokraten und Klerikern. — Die „Neue Saarbrücker Ztg.“ spricht dagegen von Schwarzmalerei und sagt: „Der Weizen der oppositionellen Presse blüht zur Zeit wie selten zuvor; die öffentliche Meinung ist erregt, und die Blätter der Linken bemühen sich mit Erfolg, diese Erregung noch zu steigern. Da die Dinge sich noch in Schwärze befinden, ist es nur zu leicht, den guten deutschen Michel zu alarmieren und ihm eine Gänsehaut nach der andern über den Rücken zu jagen.“ — Die bayrisch-halsamtliche „Augsburger Abend-Ztg.“ faßt den Wechsel in den höchsten Ämtern als durchaus agrarisch-reaktionär auf und befürchtet, auch der bewährte Präsident der Reichsbank könne bald irgend einem Husarenobersten weichen, der für die Doppelwährung in die Schranken ritte.

4. Juli. Was ist denn eigentlich geschehen? fragt die „Kreuz-Ztg.“ und fährt fort:

Das Vereinsgesetz, wie es das Herrenhaus beschlossen, ist doch nur ein schwacher Ausguß jenes Gesetzes, wie es früher über ein Degenium unter nationalliberaler Affirmation bestand; und die Änderungen im Staatsministerium? Waren denn v. Boetticher und v. Marshall bewährte Vorkämpfer der „Volksrechte“ und des „liberalen Gedankens“? Fast müßte man es glauben; wie wäre sonst der große Schmerz verständlich. In Wirklichkeit sind es wesentlich mammonistische Interessen, die sich bedroht fühlen. Darin haben unsre Gegner hoffentlich Recht: in der Handelsvertragspolitik bereitet sich ein Umschwung vor. Das Wort, das Herr v. Marshall noch vor kurzer Zeit im Reichstage sprach: „Ich halte die Handelsverträge auch heute noch für gut und nützlich“; — ein solches Wort wird von der Ministerbank so bald nicht wieder gesprochen werden. Hierin steckt der wahre Kern der liberalen Ueberreibungen, und deshalb zittern auch alle Freunde einer kapitalistisch-antiagrarischen Wirtschaftspolitik. Das „Neue“, vor dem man sich fürchtet, ist nur insofern reaktionär, als es zu einer gesunden Wirtschaftspolitik zurückführt.

Dagegen sagt die „National-Ztg.“ unter der Ueberschrift „Moralische Eroberungen“:

Als der Prinz-Regent die Führung Preußens übernahm, ein liberales Ministerium weitgehende Hoffnungen erweckte, schien sich die Bahn für die moralische Eroberung Deutschlands zu öffnen. Jeder ist jetzt durch die Entwicklung der Geschichte belehrt, daß die erste Grundlage des neuen Reichs, der Ausfluß Oesterreichs, nicht durch moralische Mittel, sondern nur durch kriegerischen Zwang erlangt werden konnte. Ohne Waffenentscheidung war weder der Souveränitätsdünkel der Fürsten noch die partikularistische Hartnäckigkeit und der Rantönligeist der Stämme zu brechen. Erst seit 1871 war es möglich, für die deutsche Einheit, die zu Recht bestand, und den nationalen Staatsgedanken wirksame moralische Eroberungen zu machen. Bis zu dem Tode Kaiser Wilhelms I. und Friedrichs ist diese moralische Eroberung Deutschlands im siegreichen Fortschreiten gewesen. In diesen sieben Jahren haben sich der Norden und der Süden unsers Vaterlandes kennen gelernt und die Härten und Spitzen der verschiedenen Stammesart abgeschliffen. Inniger und inniger als je zuvor sind wir Deutsche ein Volk geworden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sängt jetzt indessen diese Flut der moralischen Eroberung Deutschlands durch die Kraft, Wahrheit und Würde des Reichsgedankens bedenklich zu ebban an. Nicht durch die Künste der Schwarzen und der Weißen oder den bayerischen Hochmut und das württembergische Demotrantentum, sondern durch die Schuld des führenden Staates. Wenn in Deutschland die partikularistischen Stimmungen wieder Boden gewinnen, wenn es in Stuttgart heißt: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind!“ und dem Dorfaplan wie dem Bauerdemagogen in Bayern und Baden der Gegensatz und die Abneigung wider alles Preussische wie im Frühjahr 1866 zum unerschöpflichen Redethema dient — niemand als Preußen selbst, seine Regierung, die Männer hinter den Kulissen, die Führer der Agrarier in dem preussischen Abgeordnetenhaus und die Heißsporne des Herrenhauses sind dafür anzuklagen. Nicht vor moralischen Eroberungen Preußens durch die Vortrefflichkeit seiner Staatseinrichtungen, durch die Ehrenhaftigkeit und Ueberzeugungstreue seines Beamtentums fürchtet sich das übrige Deutschland, sondern vor einer unmoralischen Bergewaltigung durch die Sonderinteressen des preu-

hischen Junkertums. Es ist unvergessen, daß die preußische konservative Partei mit der Gründung des Reichs nicht einverstanden war. Das Junkertum fühlte, daß es im Reiche niemals die Rolle spielen würde, die es so lange in Preußen innegehabt, und die es als sein Erbe auch jetzt noch in Anspruch nimmt. Denn alle Verfassungsartikel und alle modernen Gesetze haben ihm den feudalen Dünkel nicht austreiben können. In dem Reiche sehen die preußischen Partikularisten nicht nur eine Schwächung ihrer Stellung im Innern, sondern auch eine politische Benachteiligung Preußens nach außen. Für sich allein sei Preußen eine Großmacht gewesen und habe ausschließlich seine eigne Politik getrieben, durch die Schöpfung des Reichs werde es aus Rücksicht für die Interessen seiner Bundesgenossen vielfach gehindert und bei jedem energischen Vorgehen gehemmt; Weltpolitik könne nicht von einem Staatenbunde getrieben werden, nur in einem Einheitsstaate sei ein Friedrich oder Napoleon imstande, seinen Willen durchzusetzen. Diese Meinungen sind niemals abgeleugnet, viel weniger aufgegeben worden. Sie bilden heute das politische Glaubensbekenntnis wenn nicht einer Partei, so doch einer mächtigen Koterie. Ein Teil des Hochadels findet sich in ihr mit dem kleinen Militäradel und manchen Elementen der Bureaucratie zusammen, die nur von der Durchführung der preußischen Schablone das Heil und die Wohlfahrt Deutschlands erwarten. Ihnen war der Staatssekretär von Marschall von allem Anfang an verhaßt, weil er nicht die preußische Beamtenlaufbahn durchgemacht hatte und nicht mit der preußischen Feudalität zusammenhing. Daß er nicht die „alt-preußische Tradition“ besäße, war der beständige Vorwurf, der ihm von dieser Seite entgegenscholl. Im Kampfe gegen die schlimmsten Traditionen der altpreußischen Polizei ist er denn auch gefallen. Alle diese Dinge, Geschehnisse und Gerüchte haben, vielleicht gegen die Absicht der Anstifter, bedentlichen Widerhall hervorgerufen. Wenn in Preußen das Beispiel eines rücksichtslosen und selbstsüchtigen Partikularismus sich geltend macht, darf man sich nicht wundern, wenn sich überall die gleichen Kräfte verhängnisvoll regen. Die zwanzig Millionen Deutscher außerhalb Preußens bedanken sich vor der „moralischen Eroberung,“ mit der sie Ostelbien bedroht. Angeblich zur Abwehr gegen den Umsturz, zur Erhaltung der Landwirtschaft, zur Reinigung der Industrie und des Handels von der Börsenjobberei und dem unlautern Wettbetrieb, in Wahrheit, um dem Junkertum um jeden Preis auf Kosten aller seine Stellung und seine Lebenshaltung zu sichern. Das deutsche Volk darf den Ereignissen, die sich vorbereiten, nicht ungerüstet gegenüberstehen: es hat sein Recht und seine wichtigsten nationalen Güter zu verteidigen.

In demselben Sinne schildert die „Vossische Ztg.“ den Begriff einer Fronde als einer Richtung, die Zustände wiederherstellen wolle, die einmal bestanden haben und beseitigt worden sind, weil sie sich als unhaltbar erwiesen haben; die Fronde stelle sich auch als die allein berechtignte Macht hin und bezeichne den gegenwärtigen Inhaber als unrechtmäßigen Besitzer; es sei eine Opposition, die sich auf den Gedanken der Vergangenheit stütze. Die Haltung des preußischen Junkertums während dieses ganzen Jahrhunderts sei eine frondirende gewesen; nach Jena habe es angefangen, und sein Schlachtruf habe gelautet: lieber noch drei Schlachten von Jena verlieren, als die Aufhebung der Erbunterthänigkeit zugestehen. Aus den Memoiren des Generals von Gerlach gehe hervor, daß es

Bekanntnisse eines Frondeurs seien, der den König so leiten wollte, daß er ihm den Willen thue; das Wort von Baldow-Steinhövels im Herrenhause während der neuen Ära: „Unsre Geschlechter sind früher in der Mark gewesen als die Hohenzollern“ sei das erste Wort eines Frondeurs. Fürst Bismarck habe die Fronde im Herrenhause siegreich bekämpft, seine Nachfolger seien unterlegen. — Die „Magdeburgische Ztg.“ spricht vom „verfahrenen deutschen Staatswagen.“

Der „Reichsbote“ sagt: Wichtiger als die Personalveränderungen erscheint uns das Bielefelder Programm des Kaisers. Dieses bedeutet keinen „Zug nach links,“ den die liberale Presse schon triumphirend vorausgesagt hatte, und wenn das Programm, das der Zustimmung aller einsichtigen Volkskreise sicher ist, in der rechten Weise ausgeführt wird, so dürfte sich auch die Hoffnung der liberalen Presse, daß der Zug nach links sich bei den nächsten Reichstagswahlen geltend machen werde, als Illusion erweisen.

Die Münchner „Allgemeine Ztg.“ äußert:

Wer unbefangen prüft, welchen Erfolg die bisher bekannt gewordenen Ernennungen zu preussischen Ministern und deutschen Staatssekretären gezeigt haben, der kann nicht leugnen, daß die angeordneten Personalveränderungen bisher nur Wasser auf die demokratischen Mühlen geschöpft und deren Gellapper erheblich befördert haben. Ein Blick in die „Freisinnige Zeitung,“ den „Vorwärts,“ die „Frankfurter Zeitung“ beweist das zur Genüge. Die Zentrumsblätter sind zwar vorsichtiger, allein ihre stille Freude über das Scheitern der Hoffnungen, die der Herstellung eines einheitlichen Ministeriums galten, können sie nicht verbergen. Diese Freude ist leider nur zu sehr berechtigt. Was das Notwendigste war, ist nicht erreicht worden: die allein durch die Kreirung eines leitenden Ministers, der das volle Vertrauen des Kaisers besitzt, verbürgte Einheit des Ministeriums ist neuerdings vertagt.

Die freisinnige „Breslauer Ztg.“ wirft die Frage auf, ob nicht vor allem das Bürgertum schuld an der jetzigen politischen Lage sei, und sagt:

Auch heute noch zweifelt niemand daran, daß der Kaiser ein Monarch von nicht gewöhnlicher Willenskraft und nicht gewöhnlicher Begabung ist, und ebenso zweifelt niemand daran, daß er von den besten Absichten beherrscht ist, das Deutsche Reich stark und seine Bevölkerung glücklich zu machen. Und doch läßt sich nicht leugnen, und es wäre sehr thöricht und unpatriotisch, dies nicht offen auszusprechen, daß eine Verstimmlung im Volke besteht, die anscheinend eher im Zunehmen als in der Abnahme begriffen ist. Wie erklärt sich das? Wir glauben daraus, daß man, und schwerlich mit Unrecht, in den breiten Schichten des Bürgertums und der Arbeiterschaft zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß der Kaiser gewillt sei, ein vornehmlich aristokratisches Regiment zu führen, daß er dem Adel mehr Zutrauen entgegenbringt als dem Bürgertum, ja daß seine Werthschätzung des Bürgertums überhaupt eine, sagen wir, nicht allzu hohe ist. Das Bürgertum hat die Empfindung, daß es zurückgesetzt wird von der gegenwärtigen Regierung und daß das militärisch-aristokratische Element eine Bevorzugung genießt, die zu den thatsächlich enthaltenen Kräften in keinem direkten Verhältnis steht. Unter diesem Gesichtspunkt hat namentlich



auch die Ernennung des Generals von Bobbielski zum Staatssekretär im Reichspostamt Mißstimmung erweckt. Wenn es nun aber wirklich wahr wäre, daß der Kaiser von dem Adel eine zu hohe und von dem Bürgertum eine zu geringe Meinung hat, so scheint es uns sehr nützlich zu sein, einmal die Frage aufzuwerfen, ob sich die Schuld hieran nicht zum allergrößten Teile das Bürgertum selbst zuschreiben hat. Wenn wir in unseren Parlamenten eine Volksvertretung hätten, in der das freiheitliche Bürgertum stark genug wäre, um seinen Willen mit Nachdruck zu repräsentieren, so würde der Kaiser diesem Bürgertum gewiß ganz anders entgegenkommen, als es jetzt geschieht. Eine solche Vertretung im Parlament fehlt aber. Wie kann ein Bürgertum, das bei den Wahlen so wenig Energie, so wenig Selbstvertrauen und so wenig zielbewußte Kraft verraten hat, dem Kaiser imponieren? Muß er da nicht zu der Anschauung kommen, daß mit diesem Bürgertum überhaupt nicht viel anzufangen, daß auf dieses Bürgertum kein Verlaß sei?

6. Juli. Die „Weser-Ztg.“ spricht sich über den „Kampf des Bürgertums gegen den Uebermut des Junkertums“ also aus:

Die kleine agrarische Minderheit bedroht jetzt unsere Ausfuhr mit einer Verringerung um Milliarden, sie tastet unser Münzwesen an, sie stellt mit dem Antrage Kaniz die bürgerliche Ordnung in Frage. Bis zu einem gewissen Grade handelt das Agrariertum in gutem Glauben. Es hat als eine Realität die abnehmenden Betriebsergebnisse vieler Zweige der Landwirtschaft vor sich, sucht die Ursache aber nicht in der großen Weltkonjunktur, die mit einemmale ganze Weltteile der Lebensmittelproduktion erschloß — zum Segen der konsumierenden Menschheit —, sondern in falschen menschlichen Einrichtungen. Aber der gute Glaube, in dem die falsche Politik verfochten wird, ändert nichts an deren schädlicher Wirkung. Und diese falsche Politik hat noch die furchtbar nachteilige Nebenwirkung, daß sie fortwährend Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie liefert, eben derjenigen Partei, die man durch Maßregeln am verkehrten Ende dann wieder bekämpfen will. So schwilt denn die Umsturzpartei an: Und sie wird noch stärker anschwellen, wenn sich das Bürgertum nicht ganz anders aufrafft als bisher, um eine ihrer wichtigsten Quellen zu verstopfen: das Agrariertum mit seinen demagogischen Allüren, seinem Währungsumsturz, seiner Mißhandlung der Ausfuhr, kurzum seiner schönsten Interessenpolitik, was alles eingegeben ist von dem Dünkel, daß es ein natürliches Anrecht habe, das übrige Volk zu beherrschen und sich tributpflichtig zu machen.

Unter der Ueberschrift „Uebertreibungen“ fragt dagegen die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Was ist denn eigentlich geschehen? Woraus leiten die Uebertreibungen ihren Ursprung her? Im Reiche und in Preußen sind die Stellen der ersten Vertreter des leitenden Staatsmannes anderweit besetzt worden. Hierin liegt um so weniger ein Anzeichen für eine „neue Ära“ mit ganz andern Zielen, als sie bisher seitens der Staatsregierung verfolgt wurde, als an der leitenden Stelle im Reiche und in Preußen nach wie vor derselbe Staatsmann steht. Nun beschäftigen sich allerdings die Blätter sehr lebhaft mit Vermutungen, die voraussetzen, daß, was jetzt geschehen ist, solle nur eine Vorbereitung für den Herbst sein, zu welcher Jahreszeit ein Wechsel in der leitenden Stelle bevorstände; aber auch für diese Vermutungen fehlt es an jedem tatsächlichen Anhalt. Neben andern

Kombinationen läuft als fernere Uebertreibung die Behauptung einher, es sei schon jetzt auf eine Festlegung der Stellungnahme der Reichs- und Staatsregierung für die bei Ablauf der Handelsverträge einzuschlagenden Wege abgesehen. Diese Verträge laufen noch etwa fünf Jahre, und wenn auch im Reichstage schon angekündigt worden ist, daß vorbereitende Schritte im Zuge sind, die das Material für die zukünftigen Entschlüsse sammeln, sichten und ordnen sollen, so besteht doch zur Zeit nicht der mindeste Anlaß, eine Festlegung der Stellung der Staats- oder der Reichsregierung schon jetzt herbeizuführen. Einen Hauptpunkt bildet in den Erörterungen der Presse, die wir im Auge haben, ferner die Uebertreibung der Wirkungen, die man von dem Vereinsgesetz glaubt voraussetzen zu müssen. Aber wenn auch die Vorlage der Staatsregierung durch die im Herrenhause mit ihr vorgenommenen Veränderungen zu einem Sozialistengesetz umgestaltet worden ist, so wäre doch selbst diese schließlich nicht „reaktionärer“ als die entsprechenden Bestimmungen in andern deutschen Bundesstaaten, aus denen man niemals eine Klage darüber gehört hat, daß die öffentlichen Freiheiten allzusehr eingeschränkt worden wären.

Die „Kreuz- u. Ztg.“ läßt sich unter der Ueberschrift „Der Kampfesruf des Liberalismus“ also vernehmen:

Von jeher ist dem deutschen Liberalismus die geschichtlich gewordene Eigenart Preußens besonders verhaßt gewesen. Das war in dem Auslande übrigens ähnlich. Die deutsche Demokratie wie der französische Chauvinismus sahen und sehen in Preußen den einzigen Gegner, den sie ernsthaft zu fürchten haben. Preußen mit seinem selbständigen Königtum, seinem lebensfähigen, geschichtlich erprobten Grundbesitz, seiner starken, zuverlässigen Armee war von jeher allen demokratischen Gelüsten wie dem feindlich gesinnten Auslande ein Dorn im Auge. Das ist ebenso begreiflich vom Standpunkte der Interessenten wie ehrenvoll für Preußen! Aber noch mehr! Auch in dem nichtpreussischen Deutschland steht es nicht an Spannung zwischen der Regierung und dieser oder jener politischen Parteilichung. Aber man nehme ein bayrisches, württembergisches, sächsisches Blatt in die Hand: niemals wird es ihnen einfallen, ihr eignes, engeres Heimatland vor dem übrigen Deutschland oder dem Auslande herabzusetzen. Das thut nur die preussische liberale Presse. Alles, was ihr in Preußen nicht gefällt und ihren politischen, wirtschaftlichen und religiösen Tendenzen hinderlich im Wege steht, wird in der gehässigsten Weise dargestellt oder entstellt; und wenn das in Preußen keinen großen Eindruck mehr erzielt, weil man diese Sache eben schon kennt, so wird zuletzt auf das übrige Deutschland auf dessen noch vorhandene partikularistische Antipathien gegen Preußen spekulirt; dieses wird jenem als der eigentliche Feind des verwerflichsten politischen Egoismus, der wildesten „Reaktion“ hingestellt. Was kümmert auch diesen Liberalismus, der augenblicklich ja nur noch in der Bärje sein Ideal erblickt, das engere Vaterland, wenn er seine Tendenzen dadurch fördern zu können meint, daß er die Abneigung der andern deutschen Bundesstaaten gegen Preußen herausfordert. Ein echtes Beispiel dieser liberalen Taktik bietet einmal wieder der gestrige Leitartikel der „Nat.-Ztg.“ (S. 5) über „moralische Eroberungen.“ Das Ganze desselben ist ein unendlich kümmerliches Gerede, das nur dazu dienen soll, gegen Preußen in Süddeutschland Stimmung zu machen. Aber die preussischen „Junfer“! Nun, wir kennen z. B. in Bayern die Dinge ziemlich genau. Der christlich-konservativ gesonnene preussische „Junfer“ ist es nicht, der Preußen dort unpopulär gemacht hat, sondern der sich überall vordrängende, wipfelnde Berliner Jude.

Auf obigen „Wohin treiben wir?“ überschriebenen Artikel der „Köln. Ztg.“ vom 3. Juli (S. 4) antwortet der konservative „Reichsbote“ Folgendes:

Wenn in dem preussischen Adel die Aufgabe des Staats zum Kampf gegen den Umsturz klarer erkannt und lebhafter empfunden wird als in andern Kreisen, so ist das aus dem historischen Verwachsensein des Adels mit dem preussischen Staat begreiflich, und man soll es nicht ohne weiteres als die Emanation einer selbstfüchtigen, volks- und freiheitsfeindlichen Gesinnung brandmarken, wie es jetzt vielfach geschieht. Im Adel lebt thatsächlich ein kräftigeres Staatsbewußtsein als in vielen Kreisen des Bürgertums. Um so mehr aber haben freilich auch der Adel wie die Regierung die Pflicht, bei ihrem Kampf gegen den Umsturz allem Volke verständlich zu zeigen, daß sie nicht daran denken, die freien Grundrechte der Nation und das Recht der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, zu beschränken. Es wäre Wahnsinn, in unsrer Zeit solche Gedanken zu hegen; sie würden nur die Umsturzbestrebungen, die man bekämpfen will, verstärken und ihnen als eine Fülle der Berechtigung dienen.

Der nationalliberale „Hannoversche Kurier“ spricht sich ähnlich wie oben die „Köln. Ztg.“ aus. Das Blatt bespricht die Schicksale der Reform der Militärgerichtsbarkeit sowie den Gegensatz zwischen dem Staatsministerium und dem Militärkabinett und sagt: Unklarheit und Unsicherheit dauerten fort, die Regierungsstricks sei noch nicht gelöst, und es halte wirklich schwer, „nach alle dem, womit die deutsche Nation von Berlin aus überrascht wird, den schwärzesten politischen Pessimismus für unberechtigt zu erklären:

Unsre Verhältnisse scheinen sich leider immer mehr dahin zu entwickeln, daß sie eine „Flucht in die Dessenlichkeit“ thatsächlich nicht vertragen können. Um so mehr ist es aber Pflicht, mit dem vollen Licht der Dessenlichkeit auch in die Winkel zu leuchten, wo die Hindernisse für eine der Zeit und den berechtigten Wünschen der Nation entsprechende Politik gesponnen werden. Es ist vielleicht das einzige Mittel, Schlimmeres zu verhüten. Glaubt man an den Stellen, die für den Gang unsrer Politik moralisch verantwortlich sind, thatsächlich durch ein schönes Marineprogramm die Mißstimmung über die Behandlung der Vereinsgefahrfrage und über die Nichterfüllung der wiederholten Zusagen bezüglich der Militärstrafprozessreform weit zu machen? Wenn man es darauf abgesehen hätte, im nächsten Jahre möglichst schlechte Wahlen zu erhalten, dann wäre die jetzige Praxis vollkommen.

Hierzu bemerkt die freisinnige „Vossische Ztg.“:

Diese Empfindung herrscht auf allen Seiten; höchstens wird sie dort nicht zugegeben, wo man von dem „allerneuesten Kurs“ zu profitieren hofft. Aber auch dort wird kein Mensch an die Beständigkeit dieses Kurzes glauben. Die Verhältnisse verwirren sich mehr und mehr und erfüllen mit Sorge vor dem „Schlimmern“, das kommen kann und auch kommen wird, wenn nicht das Volk seine Stimme so vernehmlich zu machen weiß, daß sie gehört wird. Unter dem vulkanischen Ausbruch des Volksgornes versteht die „Köln. Ztg.“ eine Abstimmung, durch die der größte Teil des Junkertums hinweggesetzt wird. Allerdings ist ein solches Wahlergebnis zu erwarten, und die Parteien werden an der Nieder-

lage teil haben, die nicht klar und bündig dem Junkertum den Fehdebrief schreiben.

Die „Germania“ spricht sich im wesentlichen also aus:

Wir fürchten zwar den Konflikt nicht, mit dem verfassungsbrüchige Blätter in einem konstitutionellen Staate Hoch- und Landesverrat spielen, aber wir befürchten schwere Erschütterungen in unserm Staatsleben, wenn solche Konflikte zum ernststen Ausbruch kommen. Der erste Abschnitt der Regierungskrise hat uns keine Überraschungen bringen können; der zweite Abschnitt wird uns ebensowenig überraschen. Man muß eben jetzt auf alles gefaßt sein, und man kann das, wie wir gern anerkennen, um so leichter, als die weitaus überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auf etwaige Überraschungen nicht nur vorbereitet, sondern auch gewillt ist, denselben den gefährlichen Stachel zu nehmen, und bei aller Verschiedenheit der Parteien, wie sie bisher beispielsweise zwischen Zentrum und Liberalen bestanden hat, doch einig darin ist, die Freiheit zu wahren zum Besten des gemeinsamen deutschen Vaterlandes.

Die Freude der Agrarier über den Wechsel innerhalb der Regierung bringt die „Korr. d. Bund. d. Landw.“ in folgenden Worten zum Ausdruck:

Wir machen kein Hehl daraus, daß wir über ihr, der Herren von Marschall und v. Boetticher Scheiden, Genugthuung empfinden. So lange der „Bund der Landwirte“ besteht, haben wir nur drei Minister konsequent bekämpft: Graf Caprivi, v. Marschall und v. Boetticher. Daß es nach der Entlassung Graf Caprivis nicht besser wurde, lag hauptsächlich daran, daß die beiden andern Herren blieben. Wir verkennen zwar nicht, daß der Amtsantritt des Fürsten Hohenlohe einen kleinen Schritt zum Bessern bedeutete, aber im wesentlichen blieb es beim Alten, da die beiden Hauptassistenten des frühern Reichskanzlers in alter Weise „fortwirtschafteten.“

Die „Köln. Volksztg.“ (Zentrum) kommt zu dem Resultate: „Verwirrung, Unklarheit und steigende Unzufriedenheit: das ist die Lage trotz aller neuen und kommenden Männer und ihrer angeblichen Programme.“

Wir wollen die Ausführungen der „Kreuzztg.“ nicht als getreue Bekennnisse des neuen Staatssekretärs ansehen; aber es sind die Bekennnisse der konservativen Partei, und General v. Pöbbecke ist Mitglied dieser Partei und hat als solches so gut die Handelsverträge verurteilt wie die Postpolitik der Fraktion unterstützt. Es ist also immerhin der Geist, in dem Herr v. Pöbbecke bisher die Verkehrsangelegenheiten aufgefaßt haben muß, der Geist, den die „Kreuzztg.“ jetzt in Formeln faßt. Was aber Herr v. Stephan sagen würde, wenn er heute herniedersteigen könnte?

Die „Konservative Korrespondenz“ richtet sich gegen die Stimmen, die die Ernennung v. Pöbbeckes angriffen, und sagt:

Solche Kritiken, zu denen doch tatsächlich alle reellen Unterlagen fehlen, sind einfach widerwärtig, sie grenzen insofern an Majestätsbeleidigung, als die Blätter, die sich dergleichen anmaßen, die Urteilskraft des Kaisers anzweifeln. Außerdem aber bilden sie einen neuen Vorstoß gegen ein verfassungsmäßiges Recht der Krone. Wir haben nach Gründen nicht zu forschen, die hinsichtlich der Ministerberufungen für

Se. Majestät maßgebend gewesen sind. Wir sind aber der vollsten Ueberzeugung, daß der Kaiser und König mit weiser Sorgfalt seine Wahl getroffen hat. Den Mörglern möchten wir also raten, das amtliche Wirken der Neuernannten ruhig abzuwarten und nicht vorläufig zu einer Kritik zu schreiten, die lediglich von Neugierlichkeiten und Voreingenommenheit beeinflusst ist.

8. Juli. Die „Bosfische Btg.“ erwidert hierauf:

Die Darstellung, als grenze die an der Ernennung v. Boddiehl's geübte Kritik an Majestätsbeleidigung, ist nichts als widerwärtiger Byzantinismus, der gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz verstoßt, daß der Träger der Krone unverantwortlich und unverleglich ist und für die Regierungshandlungen, zu denen die Ernennung des Staatssekretärs gehört, niemand als der gegenzeichnende Reichskanzler oder sein Stellvertreter verantwortlich ist.

9. Juli. Die Ernennung des Botschafters von Thielmann zum Staatssekretär des Reichsschatzamts gilt allgemein als feststehend.

(Er ist am 4. April 1846 geboren, trat in der Mitte der siebziger Jahre in den diplomatischen Dienst, war 1875 Legationssekretär bei der deutschen Gesandtschaft in Washington und bereiste die westlichen Staaten der Union, Mexiko, Kuba, Haiti, Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile. Dann kam er als Botschaftsrat nach Paris. Später wurde er der Botschaft in Konstantinopel zugeteilt. Im Herbst 1887 erhielt er den Gesandtschaftsposten in Darmstadt, den er 1890 nach dem Abgange v. Kufferows mit dem in Hamburg vertauschte. 1894 wurde er Gesandter in München, und im März 1895 erhielt er an Stelle des nach Konstantinopel versetzten Freiherrn v. Saurma-Jelksch den Botschaftsposten in Washington.)

In der Münchner „Allgemeinen Btg.“ wird folgendes über des Reichskanzlers Aufenthalt in München gemeldet:

Der Fürst hat in Gesprächen mit politischen Persönlichkeiten, mit denen er hier Fühlung genommen, seinem Entschlusse wiederholt Ausdruck gegeben, die Geschäfte so lange weiterzuführen, als es ihm seine Kräfte gestatten. Die Klärung der politischen Lage, soweit sie in dem Personenwechsel im Reich und in Preußen zum Ausdruck kommt, dürfte, wie uns versichert wird, dem Reichskanzler, der sich nach wie vor des größten Vertrauens des Kaisers erfreut, eher Veranlassung geben, der Leitung der Geschäfte, getreu seiner politischen Vergangenheit, mehr Nachdruck zu verleihen. Da der Besuch des Fürsten Hohenlohe bei dem Fürsten Bismarck zu den verschiedensten Kommentaren Anlaß gegeben, soll hier nebenbei bemerkt sein, daß der Fürst, entsprechend seinen alten freundschaftlichen Beziehungen zu Friedrichsruh, auf der Reise von Kiel nach Berlin die Gelegenheit, den Fürsten Bismarck zu sehen, nicht verabsäumen wollte. Daraus politische Schlußfolgerungen zu ziehen, dürfte nicht am Platze sein. Der Reichskanzler hat bei dieser Gelegenheit auch Grüße des Kaisers an den Fürsten Bismarck übermittelt.

9. Juli. Unter der Ueberschrift „Regierung und Parteiwesen“ sagt die „Nat.-Btg.“:

Durch jede neue Meldung über die Umbildung der Regierung wird man immer wieder an die beispiellose Seltsamkeit dieser Vorgänge erinnert. Fürst Hohenlohe hat halbamtlich öffentlich feststellen lassen, daß nach wie vor

ernste Meinungsverschiedenheiten betreffs der Reform des Militärstrafverfahrens bestehen, und niemand kann vorhersehen, wie bald dieselben gegen ihn entschieden werden. Selbst die optimistischsten Beurteiler unserer innern Lage fühlen sich verpflichtet, lebhaft die Notwendigkeit einer einheitlichen Regierung zu betonen, die imstande und entschlossen wäre, nötigenfalls durch ihre Vorstellungen die Wiederkehr von Zwischenfällen zu verhüten, wie sie in den letzten Jahren die öffentliche Meinung beunruhigt haben. Aber wohl niemand wird glauben, daß die jetzt vor sich gehende Umbildung der Regierung dazu erfolgt oder dazu helfen könnte. Durch die Ernennung eines Mitglieds der konservativen Reichstagsfraktion, das gegen den Handelsvertrag mit Rußland gestimmt hat, zum Staatssekretär des Reichspostamts wird aller Welt kund und zu wissen gethan, daß derartige wirtschaftspolitische Parteistellung zur Zeit kein Hindernis der Berufung in die höchsten Regierungsämter ist. Daß angesichts derartiger Anzeichen und nach den Erfahrungen der neuern Zeit der gemäßigte Liberalismus sich zu der entschiednen Haltung zu entschließen scheint, die von uns schon lange als notwendig bezeichnet worden, beunruhigt alle Interessenten der politischen und wirtschaftlichen Reaktion offenbar in hohem Grade.

15. Juli. Finanzminister v. Riquel hält bei dem aus Anlaß der Eröffnung der Müngster Eisenbahnbrücke in Solingen stattfindenden Festmahle im wesentlichen folgende Rede:

Unser Preußen und ganz Deutschland ist weder ein Industrie- noch ein Land des Ackerbaues. Es ist beides. Weite Distrikte im Osten und Westen, zum Teil obendrein unter der Ungunst des Klimas und auch der Bodenverhältnisse und der Entfernung von den Absatzgebieten stehend, sind ausschließlich auf die Früchte des Bodens angewiesen und haben wenig Aussicht, hier durch eigne Kraft Wandel zu schaffen. Andre Gebiete im Besitz von Erzen, besserer Verkehrsverhältnisse, großen Wohlstandes und Kapitalreichtums suchen und finden die Grundlagen ihrer Existenz und der Volksernährung wesentlich in der Industrie, andre im Handel und in der Schifffahrt. Alle drei großen Erwerbszweige sind gleich notwendig. Jede Wirtschafts- und Handelspolitik Deutschlands muß dies beachten. Wir können keinen von diesen Erwerbszweigen, auf denen die Wohlfahrt des Volkes beruht, entbehren; aber der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft überschätzten Kräfte überhaupt reichen, denjenigen vor allem seine Fürsorge zuzuwenden, die sich in schwieriger Lage befinden und unter besondrer Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und gerechte Beurteilung wird nicht leugnen, daß heute die Mittelklassen in Stadt und Land, daß vor allem die landwirtschaftltreibende Bevölkerung zu lethern gehören. Selbstverständlich hat die Fürsorge des Staates ihre Grenzen nicht bloß in seiner Macht, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt entscheidend einzuwirken, sondern auch in dem Grundsatz, daß eine einseitige Berücksichtigung der Interessen eines Berufszeuges nicht die Lebensbedingungen der andern gefährden dürfe. Aber im großen und ganzen sind doch die Interessen aller arbeitenden und erwerbenden Klassen gemeinsam und wesentlich die gleichen. In einzelnen Fragen laufen sie wohl auseinander, aber alle produzierenden Klassen erstreben doch gemeinsam den berechtigten Schutz ihrer Arbeit gegen die in der Konkurrenz begünstigten ausländischen Mitbewerber. Die Landwirtschaft und Industrie stehen in wechselseitigem Verhältnis von Produzenten und Abnehmern. Je lauffräftiger beide sind, je besser wird es beiden ergehen, und der solide Handel, der diesen

Wechselverkehr vermittelt, kann von der Blüte beider nur Vorteil ziehen. Das Kleingewerbe und der Kleinhandel in den kleinern Städten müssen verkümmern, wenn es die ländliche Nachbarschaft thut. So notwendig zur Ernährung unsrer wachsenden Bevölkerung uns der Export der Waren, die das Inland nicht mehr allein aufnehmen kann, und der Wettbewerb auf dem Weltmarkt ist, so wahr ist doch, daß der Absatz im Innern, insbesondre gegenüber den Plänen und Bestrebungen bei andern Völkern, der sicherste ist. Diese große Gemeinsamkeit der Interessen sollte bei allen Kämpfen und Differenzen der Gegenwart nicht vergessen und von allen Theilen beachtet werden. Selbst Opfer, die der eine Berufsweig bringt, sind nicht verloren und kommen schließlich doch allen zu gute. Das begreifen auch sehr wohl die einsichtigen Männer auf beiden Seiten, und das berechtigt die Staatsregierung, der es vor allem an der Versöhnung der Gegensätze, an Ruhe und Frieden im Lande liegen muß, zu der Hoffnung, daß es gelingt, die abweichenden Meinungen auszugleichen, wenn alle Maß halten und auf eine künstliche Erweiterung der wirklichen oder vermeintlichen Gegensätze verzichten. Wir dürfen nicht aufhören, uns als eine große Volksgemeinschaft zu fühlen, die keinen Theil des Ganzen entbehren kann, ohne das Ganze zu gefährden. Der Westen ist dem Osten ebenso notwendig wie der Osten dem Westen. Wir müssen alle gut zusammenhalten und können insbesondre ebensowenig wie Frankreich und die übrigen Kontinentalstaaten die Landwirtschaft, diese feste Säule von Staat und Gesellschaft, so gleichgiltig behandeln wie England, dessen Macht und Reichthum auf der Industrie, dem Handel und der Schifffahrt und seinen gewaltigen Kolonien beruht, die ihm dort eine Art „Monopol“ sichern. Meine Herren! Kein Volk hat wohl so viel Ursache, mit seiner Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vollauf zufrieden zu sein, als das deutsche. Die Väter unter uns, die noch die Zeit vor der Wiederaufrichtung unsers Deutschen Reiches sahen und die letzten Jahrzehnte mit Bewußtsein und offenen Augen mit durchlebt haben, können doch nur mit Stolz und innerer Freude auf den gewaltigen Aufschwung, den die Nation an Macht und Unabhängigkeit, Ehre und Wohlstand seitdem genommen hat, zurückblicken und sehen mit Vertrauen in die Zukunft. Aber auch die Jüngern wissen es wohl, was Kaiser und Reich uns bedeuten an geistigen und materiellen Gütern. Sie streben vorwärts mit frohem Mut und fester Zuversicht. Sie wollen es den Alten gleichthun im Stolz auf ihr Vaterland, in Liebe und Treue zu Kaiser und Reich. Ich bin sicher, daß in diesem patriotischen Lande auch solche Gedanken schon Wiederhall finden, und so fordere ich Sie auf, diesen Gefühlen laut Ausdruck zu verleihen mit dem Rufe: Hoch Kaiser und Reich!

Dieser nach der „Köln. Ztg.“ wiedergegebene Text der Rede des Ministers v. Miquel enthält verschiedne Sätze nicht, die die von der „Westf. Ztg.“ wiedergegebene Fassung aufweist. Darnach hätte Herr v. Miquel noch folgendes bemerkt:

„Wir haben also Industrie, Landwirtschaft und soliden Handel nötig, und Aufgabe der Regierung ist es, die wechselseitigen Beziehungen derselben zu vermitteln. Sich selbst und seine Regierung zu kritisiren, ist in Deutschland oft gefährlich, wir übertreiben die Einzelheiten und sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht. Aber die Leitung eines großen Staatswesens verlangt, daß Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe in ihren wechselseitigen Beziehungen

erhalten bleiben. . . . Es ist weise, daß sich die großen Berufszweige klar machen, daß vereinte Kräfte die wirksamsten sind, auch wenn die Interessen im einzelnen auseinandergehen, und daß einseitige Bekämpfung der Berufsstände untereinander bloß den Dritten lachen lassen würde. Unser großer Kanzler, Fürst Bismarck, hat 1879 bewiesen, was es heißt, diese mächtigen Pferde vor einen Wagen zu spannen. Wir Deutsche sprechen uns gern offen aus, das ist einigermaßen unser Nationalcharakter. Mich, einen Mann des Westens und der Großstadt, hat man als Agrarier bezeichnet, weil ich als Vertreter der allgemeinen und nationalen staatlichen Interessen davon überzeugt bin, daß die Zukunft unseres Landes auch der Erhaltung der Landwirtschaft bedarf; den Satz werde ich auch immer vertreten. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß eine solche staatliche Aktion nicht entfernt lediglich auf Kosten der andern Berufsstände zu geschehen braucht und geschehen wird."

Nach dem Minister v. Miquel spricht sich der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern, der „Westf. Ztg.“ zufolge, in einer Rede u. a. also aus:

Als liberale Männer wollen wir Freiheit, keine Polizeiwillkür, verlangen wir von den Ministern und der Regierung, daß sie uns in wirtschaftlichen Fragen Freiheit, gute Verkehrsverhältnisse und gute Handelsverträge geben; und als königstreue Leute geloben wir unserm Könige Treue immer und alle Zeit. Wenn uns der Kaiser zuweilen durch harte Worte zur Besinnung und zum Nachdenken zwingt, dann wissen wir, daß er als ein Hohenzoller auch von uns ein freies Wort trägt.

16. Juli. Zu den ernstesten Nachdenken über unsre politischen Zeitläufte erheischenden Zeichen der Gegenwart, auf die von manchen Seiten neuerdings wiederholt hingewiesen worden ist, gehört, so heben die „Berl. N. N.“ hervor, vor allen Dingen das Wiederhervortreten der partikularistischen Tendenzen, denen der schwäbische Abgeordnete Hausmann neulich bei der Zusammenkunft seiner Gesinnungsgenossen in Hall unter brausendem Beifall einer tausendköpfigen Versammlung durch den Ausruf: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind“ Worte lieh, ein Vorgang, den die nationalliberale württembergische Landeszeitung mit der Bemerkung konstatierte: „Das Schlimmste daran ist, daß man nicht widersprechen kann.“ Auch in Bayern und Baden beginnt sich wieder der mißvergnügte Absonderungsgeist zu regen, und wenn er auch einstweilen noch nicht offen mit seiner Antipathie gegen das Reich und die leitende Vormacht ans Licht zu treten wagt, so sucht er mindestens alles hervor, was die Gegnerschaft gegen die Reichsinstitutionen zu schärfen geeignet erscheint.



Ueber „Süddeutsche Reichsverdroffenheit“ wird der „Magdeb. Btg.“ geschrieben:

Seit den Zollparlamentswahlen von 1868 hat der Partikularismus in Süddeutschland niemals mehr einen solchen Resonanzboden gehabt wie in diesem Augenblick; allerdings nicht im direkt reichsfeindlichen Sinne, wohl aber mit einer Tendenz, die im äußerlichen Rahmen des Reiches möglichst für sich bleiben und von Preußen und dem Norden möglichst wenig wissen will. Wenn sich über die süddeutschen Stimmungssymptome die französischen Blätter zu freuen beginnen, dann zeigen sie nur ihre unausstiltbare Naivität in Beurteilung deutscher Dinge. So weit ist es noch lange nicht. Aber die Freude am Reich hat allerdings in den jüngsten Jahren einen gewissen Stoß bekommen.

Die „Köln. Btg.“ macht unter der Ueberschrift „Ein Warnungsruf“ auf eine Rede aufmerksam, die der von Wiesbaden nach Berlin versetzte und hier zugleich mit einer außerordentlichen Professur an der Universität betraute Amtsrichter Dr. Reinhold zum Abschied in Wiesbaden gehalten hat. Das Blatt sagt:

Es ist ein ernstes Wort, das ein deutscher Patriot an die leitenden Kreise richtet, ein Wort, das der Stimmung der Nation einen machtvollen Ausdruck verleiht. Wir sind es gewohnt, daß die junkerliche und stummsche Presse uns als Sozialdemokraten hinstellt, wenn wir eine patriotische Pflicht erfüllen, indem wir vor Irrwegen der Regierungspolitik warnen und den Mahnruf des Volkes an das Ohr der Mächtigen tragen. Vielleicht wird die Kundgebung eines Mannes, der ebenso fest wie wir auf nationalem Boden steht, denn doch zur Selbstbesinnung einladen. Sache des Bürgerthums wird es sein, bei den nächsten Wahlen in den Parlamenten einen ehernen Wall gegen wirtschaftliche und politische Reaktionen aufzurichten und von den Volksvertretungen aus die Grundlagen für eine ruhige und stetige Politik zu schaffen. Die Gefahr, die unleugbar vorhanden ist, besteht darin, daß die Volksstimmung sich in radikalen Wahlen Luft macht und so eine Volksvertretung schafft, der das Talent der politischen Führung abgeht. Die gemäßigten Männer aller bürgerlichen Parteien sollten im Interesse der Zukunft der Volksvertretung sich die Hand reichen, um diese Gefahr abzuwenden und regierungsfähige Parlamente zu schaffen.

Die Hauptstellen der Rede des Amtsrichters Reinhold lauten, nach dem „Rhein. Kurier“, also:

In Deutschland sind unter der Herrschaft einer das natürliche Recht eines freien Volkes verkennenden Politik neuerdings die Zustände zu einer Ungesundheit verborben, die ernstliche Besorgnisse für die Zukunft eines Volkes und Staates erregt, die an strohender Kraft alle andern politischen Gebilde übertreffen. Selbst heute noch ist in bestimmtem Sinne das Wort wahr, daß kein Land der Welt so gut regiert wird wie Preußen und das neueeinte Deutschland. An der prinzipiell guten und volksfreundlichen Absicht des berufenen Regierungsapparats kann mit Grund nicht gezweifelt werden. Aber das Element von bevormundender Vielregirerei, die Verkennung der erreichten Bewußtseins- und Bildungsstufen unsrer Zeit und die Versagung der Ehrung, die in der Gewährung formaler und persönlicher Freiheit liegt, bringt allmählich ein zwar gebulbiges, aber im Gefühle seines Rechtes und seiner Würde erstarkendes Volk in eine wachsende Entgegensetzung gegen die

sonst geschichtlich bewährten Staatseinrichtungen. Die Erregung gegen die volksfremden Positionsinhaber ist so groß und allgemein, daß die gefährliche Koalition aller Unzufriedenen im Lande entsteht, die die Thätigkeit der öffentlichen Gewalten überall lähmt, den großartigen Organismus der im Staate wirkenden Zweckidee an unzähligen Stellen schädigt und seinen durchdachten Mechanismus stilllegt. Es ist soweit gekommen, daß ungefähr alles im Lande jetzt in der Opposition ist. So wird auf einem ganz unerwarteten Wege die Gefahr wirklich heraufbeschworen, die sonst nirgends besteht, die gesellschaftliche Verneinung des Staatswillens. Man regiert nicht ungekräft mit innerlicher Schwäche und äußerem Schwanzen, mit beständiger Reizung aller Volkskreise. Die nächsten allgemeinen Wahlen werden in Deutschland einen ungewohnten Zug von Einmütigkeit in einem Gedanken ergeben: die erklärte Frontstellung eines verärgerten Volkes gegen die Regierungsgewalt. Das besonders Lehrreiche in dieser Erscheinung ist, daß die Regierung einem gleichmäßigen Widerspruch begegnet sowohl mit der beleidigenden Verkümmern der formalen Freiheit wie mit der wohlgemeinten Beglückung durch bürokratisch-vormundschaftliche Fürsorge. Beides wird von der reifen Nation mit steigendem Unmut abgelehnt. Man ist der Staatseinmischung in alle Gebiete allmählich müde geworden. Es wird hohe Zeit, daß diese moderne Neigung überwunden wird. Deutschland wird zu dem majestätisch ruhigen und erfolgreichen Gange seiner Politik in dem ersten Jahrzehnt seit Gründung des Norddeutschen Bundes nicht eher zurückgelangen, als bis es die vorsichtige und bei aller Thatkraft zurückhaltende Politik wieder aufnimmt, die schafft, aber an ihre eigne Allmacht nicht glaubt. Ich muß mich aber leider noch viel deutlicher aussprechen. Vielleicht bleibt als Symptom der Volksstimmung der Warnungsruf eines Mannes nicht unbeachtet, der über jedem Verdacht steht, demagogische Neigungen zu haben. Um die Folgen dieser Art von Politik zu erkennen, muß man Fühlung mit Süddeutschland haben. Ich bin tief erschüttert über die dortige Stimmung. Man hat einen kaum glaublichen Widerwillen gegen Preußen, der an frühere Perioden und an die schlimmste Zeit unmittelbar nach 1866 erinnert. Das reaktionäre Preußen hat alle werbende Kraft verloren. Während der freie und nationale Geist, die siegreiche, staatsbildende Kraft dieses „Staates ohnegleichen“ von jeher aus ganz Deutschland die überlegenen Köpfe, die denkenden Männer, die großartigen Talente und Charaktere an sich zog, hat dieser Ruhm ganz aufgehört. Ganz Deutschland südlich des Rheins stimmt mit demonstrativem Jubel in das Wort des schwäbischen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Hausmann in einer Versammlung der deutschen Volkspartei in Hall ein: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind.“ In der hessischen und bayerischen Pfalz kann man das Auftreten aller traurigen Neigungen beobachten. Das Wort: „dann lieber französisch“ wird laut. Man würde die Sozialdemokratie in demselben Augenblick los sein, wo man sie völlig ignorierte. Diese impotente Bewegung, die im Volke nichts hinter sich hat, würde an ihrer eignen Langweiligkeit sterben. Es ist eine weiskundige Thatsache, daß die Völker an sich konservativ sind, und daß dieser Charakter sich um so deutlicher ausdrückt, je freier der Volksgeist zu seiner Betätigung kommt. Das nächste Jahr wird uns eine erschütternde Krisis bringen. So unendlich schwer es auch ist, das deutsche Volk zu einem einheitlichen Willen und zu einer deutlichen Erklärung zu bringen, so ist es doch sicher, daß es in einem Punkte klar, fest und deutlich sein und bei den nächsten Wahlen sich dahin einheitlich aussprechen wird, daß es so nicht weiter regiert sein will. Ich höre nicht mit Vassalle den ehernen Schritt

der revolutionären Arbeiterbataillone, aber ich höre den drohenden Schritt der Wählerbataillone: man wird eine Kundgebung des deutschen Volkes von einem drohenden Ernst erhalten, wie sie bisher bei uns unerhört gewesen ist. Der nächste Wahlkampf in Deutschland wird das größte Ereignis des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts sein. Die ganze zivilisierte Erde wird ihm atemlos zuschauen. Denn es handelt sich um die weltgeschichtliche Entscheidung darüber, ob das Land der Geistesfreiheit und Kultur, der Bannerträger des Gedankens der Persönlichkeit und freien Menschlichkeit sich auf die aussichtslose Seite der Reaktion stellen oder das Erbe Friedrichs des Großen erfolgreich verteidigen wird.

Zu dieser Rede sagt die „Nordb. Allg. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Wiederum Professoren-Politik,“ in der demokratischen Presse werde von der Rede Reinholds viel Aufhebens gemacht, die in ihrem demokratisch-oppositionell gefärbten politischen Teile den Charakter einer gegen die Staatsregierung gerichteten Agitationssrede gewinne. Das Blatt tritt einem Versuche des „Berl. Tageblattes“ entgegen, dem Kultusminister die Absicht zuzuschreiben, eine „ausgleichende Gerechtigkeit“ bei Ernennung nationalökonomischer Professoren dadurch ausüben zu wollen, daß er den „bösen“ Kathedersozialisten, die die Berechtigung und Bedeutung der Sozialdemokratie und ihrer Lehre übertreiben, einen oder mehrere Manchesterdemokraten zur Seite stellt, um der studierenden Jugend haarscharf zu beweisen, daß die Sozialdemokratie die „harmloseste Erscheinung“ von der Welt ist. „In Wirklichkeit liegt die Sache so: der Kathedersozialismus und die Manchesterdemokratie haben, insofern heute Strömungen der Tagespolitik darunter verstanden werden, beide gleich wenig Heimatsrecht auf der Universität. Die Hochschule hat es allein mit der Wissenschaft zu thun. Die wissenschaftliche Qualifikation ist das entscheidende Moment auch für die Anstellung eines Lehrers. Wo es sich aber um historische Disziplinen handelt, von deren Ergebnissen das Leben des Staates berührt wird, sind, auch bei vollständigster Wahrung strenger Wissenschaftlichkeit, gewisse Einseitigkeiten des Urteils niemals ganz zu vermeiden. Im Hinblick darauf wird es manchmal als wünschenswert erscheinen, durch Berücksichtigung verschiedener wissenschaftlich gleich begründeter Richtungen eine gegenseitige Ergänzung eintreten zu lassen.“

17. Juli. Die „Hamb. Nachr.“ begreifen nicht, wie man der Rede des Dr. Reinhold irgend eine andre Bedeutung beilegen kann als die eines neuen Beweises für die Unfähigkeit eines Teiles der deutschen Professoren, auch nur entfernt zu verstehen, um was es sich in Wirklichkeit bei der sozialen Bewegung unsrer Tage handelt. Das Blatt verwundert sich, wie ein Mann, der die Sozialdemokratie als „eine der harmlosesten Erscheinungen der Gegenwart“ betrachtet, überhaupt eine Professur an der Berliner

Universität hat erlangen können, und sagt: „Die preussischen Universitäten sind doch am Ende nicht dazu da, irgend einem Professor Gelegenheit zu geben, auf die studierende Jugend in einem Sinne einzuwirken, die diese absolut unfähig machen muß, später an der Verteidigung von Staat und Gesellschaft gegen die soziale Revolution aus Ueberzeugung und mit Erfolg teilzunehmen.“

Der „Frankische Kurier“ in Nürnberg spricht sich über „süddeutsche Reichsverdroffenheit“ also aus:

Die sogenannte Reichsverdroffenheit ist nichts weiter als eine Abneigung gegen die absolutistischen Reigungen, die an manchen Stellen in Berlin austauschen und provoziert werden, eine Abneigung gegen den wild gewordenen preussischen Junker, eine Abneigung gegen die Spabier, mit der sich die selbstsüchtigen Interessen in Preußen zur Geltung bringen, eine Abneigung gegen die Schamlosigkeit, mit der die Steuergroschen der Armen zur Subventionierung bankrotter Junker verlangt werden, eine Abneigung gegen die volksfeindlichen Triebe, die in rücksichtsloser Weise in der Behandlung der Militärstrafgesetznovelle und in der preussischen Vereinisnovelle zum Ausdruck kommen. Von dem Bormiegen der Ostelbier stammt die sogenannte süddeutsche Reichsverdroffenheit her, die in Bayern ebenso wie in Hessen, in Baden ebenso wie in Württemberg und Elsaß-Lothringen zu finden ist.

18. Juli. Ueber die Rede des Minister v. Miquel urteilt die „Voss. Btg.“ also:

Wir vermuten, daß die Tischrede in Solingen die verheißene Programmrede sein soll, und wenn wir uns in dieser Annahme nicht irren, so müssen wir mit Bedauern aussprechen, daß diese Rede niemanden im geringsten klüger machen kann, als er bisher dahin gewesen ist, daß er ihr weder allgemeine Wahrheiten noch Aufschlüsse über die in der nächsten Zeit bevorstehenden Maßregeln entnehmen kann. Was an wirklichem Inhalt in der Rede enthalten ist, ist lediglich die Anpreisung des Schutz-zolls, des „Schutzes der nationalen Arbeit“, als eines Mittels, dem Produzenten den Absatz auf dem innern Markte zu sichern. Wir sehen seit Jahren, daß viele Mittel angewendet werden, um die herrschende Unzufriedenheit zu beseitigen, und die Unzufriedenheit steigt; folglich müssen die Mittel wohl nichts getaugt haben. Wir sehen die Staatsmaschine stoden; wir sehen, daß Gesetze, die unendlich viel Arbeit verursacht haben, endlich in den Papierkorb fallen. Wir sehen, daß die Politik, die bei uns seit Jahren getrieben wird, eine unfruchtbare ist, und wir erwarten, daß die Regierung ein neues Programm aufstellt, das uns aus dem Sumpfe heraus und wieder in offnes Fahrwasser bringt. Es war uns ein Programm verheißten worden, das Herr v. Miquel aufstellen würde. Dieses sogenannte Programm ist keines. Wenn v. Miquel kein andres Programm hat als dieses, so hat er gar keins, und wenn die Regierung kein andres Programm hat als v. Miquel, so hat auch sie keins.

Die „National-Btg.“ kritisiert die Miquelsche Rede in folgender Weise:

„Mehr Inhalt, weniger Kunst.“ Die Gegensätze und Schwierigkeiten der innern preussisch-deutschen Politik sind, nicht am wenigsten durch die Schuld der Regierung, deren einflußreichstes Mitglied v. Miquel schon war, bevor er zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums aufrückte, so

scharfe und große, daß mit allgemeinen Mahnungen zum Frieden, zur Verständigung, zum Ausgleich nichts erreicht werden kann. Die Solinger Rede läßt die Dinge im besten Falle auf dem Fleck, wo sie vorher waren. Im besten Falle: nämlich wenn einzelne darin enthaltene Andeutungen nicht bestimmt sind, weitere Nachgiebigkeit gegenüber dem Agrarierthum einzuleiten, sodaß die Rede den Widerspruch gegen die Regierungspolitik noch verschärfen müßte. Die Rede des Ministers hätte kaum anders zu lauten brauchen, wenn er namens einer Regierung gesprochen hätte, die des allgemeinsten Vertrauens sicher wäre, den unbestrittenen Anspruch auf allgemeine Anerkennung besäße. Aber so zufrieden wie v. Miquel nach Aussage seiner Solinger Rede, ist wahrscheinlich kein zweiter politisch thätiger Deutscher, unter den ältern wie unter den jungen. Die Regierung, in deren Namen er spricht, befindet sich in einer Umbildung, von der man noch nicht weiß, wie weit sie reichen und was sich als ihre praktische Bedeutung herausstellen wird. Das Vertrauen in die Zukunft, von dem der Minister spricht, ist tief erschüttert durch Beweise trauriger Schwäche der Regierung gegenüber von ihr selbst als unberechtigt angesehenen Forderungen, durch verkehrte Maßregeln und falsche Anläufe, durch die fast vollständige Aufzehrung eines großen moralischen Kapitals, das vorhanden war.

19. Juli. Die „Post“ mißt der Miquelschen Rede eine programmatistische Bedeutung bei, da sie sich streng in dem Rahmen des in den Kaiserreden von Vielesfeld und Köln entwickelten Programms gehalten habe. Das Blatt führt weiter aus:

Man wird gegenüber dieser programmatischen Kundgebung, wenn anders man der Wahrheit die Ehre geben will, schon jetzt nicht weiter von reaktionären Tendenzen in der Regierung reden können. Werden aber erst die Worte in entsprechende Thaten umgesetzt, so wird zweifellos auch in denjenigen Kreisen unsers Volkes, die jetzt noch unter dem Banne der planmäßig betriebenen Verheerung stehen, der Ruf zur Sammlung um die Regierung lauten Wiederhall finden.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ faßt ihr Urteil folgendermaßen zusammen:

In ebenso lichtvoller wie prägnanter Darlegung sind in dieser Rede die wesentlichsten Gesichtspunkte hervorgehoben, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands dienen mögen, und die der Minister insbesondere den nächstbetheiligten zur Beherzigung empfehlen wollte, um dadurch zur Abschwächung der vielfach übertriebenen Gegensätze beizutragen.

Die „Köln. Ztg.“ spricht sich also aus:

Die unfreundliche Wendung, die unsre innere Politik genommen hat, hat auch in solchen liberal gesinnten Kreisen, die sich bisher einer auf Optimismus beruhenden Unthätigkeit hingaben, die Ueberzeugung gewedt, daß es sich bei den nächsten Reichstagswahlen um eine außerordentlich wichtige Entscheidung handle, bei der man mit allen Kräften zu wirken habe, um dem Reichstage ein Gepräge zu geben, vor dem reaktionäre Neigungen Halt machen müssen. Unsers Erachtens wird das nur dann möglich sein, wenn die verschiedenen liberalen Parteien zusammenstehen und sich im Kampfe gegen agrarische und junkerliche Ansprüche gegenseitig unterstützen, statt sich untereinander zu bekämpfen und sich selbst das Leben sauer zu machen. Es ist klar, daß es dabei nicht ohne manche Selbstüberwindung abgehen kann, und daß man zielbewußt größeren Zwecken vor großen den Vorzug geben müssen. Eine gewisse Weitherzigkeit wird dabei nötig sein, um den

Kreis derer, die sich gegen die Vergewaltigung zusammenschließen, möglichst weit zu ziehen und selbst solche Elemente, wie das Centrum, in ihn aufzunehmen, die man an sich sicher nicht als liberal bezeichnen kann. Gerade die bevorstehenden Wahlen wären in ganz hervorragendem Maße geeignet, die Strömung nach rückwärts in wirksamer Weise zu bekämpfen. Mit Ausnahme der Ostelbier, die ihren Weizen blühen sehen, herrscht in allen Volksklassen stärkste Unzufriedenheit, und selbst solche Männer, die man als recht maßvoll und geduldig kennzeichnen kann, wollen nicht mehr mitmachen, sondern sind durchaus geneigt, sich der herrschenden Strömung entgegenzustellen.

21. Juli. Obigen Vorschlag der „Köln. Btg.“ wegen Zusammengehens der Nationalliberalen mit dem Centrum bei den Wahlen nennen die „Leipz. N. N.“ einen tückischen Vorschlag und sagen: „Es ist wirklich nötig, an alle die tiefen Gegensätze, an jene unüberbrückbare Kluft zu erinnern, die zwischen den Nationalliberalen und Richter wie Vieber gähnt. Ist denn alles vergessen, was geschah und nicht geschah? Es ist angenehmer, hier an Tollheit zu glauben als an tückischen Verrat.“ — Die Münchner „Allgem. Btg.“ tritt den Äußerungen der Presse über eine in Süddeutschland herrschende allgemeine Verstimmung gegen Preußen entschieden entgegen. Allerdings sei dort der Zug nach links verstärkt, und die Stellung der Freunde des Reichs und Preußens im Süden erschwert; das Ansehen Preußens im Reich sei in letzter Zeit im Reich geschädigt und erschüttert infolge gewisser Tüge im Preußentum, insbesondere im preußischen Beamtentum, die dem Süddeutschen immer ein wenig fremd und unsympathisch sein werden“; die Äußerung des Dr. Reinhold sei aber eine maßlose Uebertreibung, und vom Wiederaufklaffen alter Risse zwischen Nord und Süd sei keine Rede.

23. Juli. Die „Bosfische Btg.“ kommt bei einer Betrachtung über „Regierung und Parteien“, in der sie über die Zerrissenheit und Zerfahrenheit der Parteien spricht, zu folgenden Äußerungen:

Nicht die Zerrissenheit der Parteien ist Schuld an der Schwäche der Regierung, sondern die Schwäche der Regierung ist Schuld an der Zerrissenheit der Parteien. Eine Regierung, die etwas leistet, die vorwärts geht, einem richtigen Ziele entgegen, wenn auch der Weg, auf dem sie zum Ziele geht, nicht der kürzeste und gebahnteste ist, wird immer die Mehrheit für sich gewinnen. Das ist der oberste Grundsatz aller praktischen Politik; wenn dieser Satz nicht richtig wäre, so wäre eigentlich jede politische Entwicklung unmöglich.

24. Juli. Hierzu bemerkt die „Kreuz-Btg.“:

Die „Bosf. Btg.“ hat recht. In der That sehnt das deutsche Volk in seiner tüchtigen Mehrheit sich nach einer starken Regierung. Eine solche, die heute etwas agrarisch, morgen mehr industriell, dann kapitalistisch, aber auch ein wenig sozial ist, hier an der Wehrkraft experimentirt, dort dies wieder gut zu machen sucht, die muß allerdings eine Zersplitterung der Parteien hervorrufen, nicht nur weil sie überall Mißtrauen sät und darum

Anzufriedenheit erntet, sondern die Lust erweckt, die Schwäche der Fögel-föhrung zu eignen Sonderinteressen auszunutzen. Dem Deutschen Reiche kann nur eine kräftige Hand nützen, die das Steuer einem Ziele sicher entgegenzuführen sucht, die unbeirrt vom Tagesgeschrei, unentwegt vorwärts strebt, die die gesunden Elemente und lauteren Erwerbsquellen des Reiches schützt, und die die wahrhaft produziierenden Schichten des Volkes zur Wohlfahrt föhrt.

29. Juli. Zur Rede des Ministers von Miquel sagt die „Weser-Btg.“:

Das Drasel kann nur so verstanden werden, daß das angeblich notwendige Kompromiß die Bewilligung neuer Zugeständnisse an eine Partei bedeutet, ohne daß die andre etwas erhält. Als einziger Gewinn wird ihr in Aussicht gestellt, daß die begünstigte Partei nicht alles, was sie verlangt, einstreichen, sondern sich etwas davon abdringen lassen soll. Sobald dieses Feilschen zu einem gewissen Ergebnisse geführt haben wird, erklärt die Regierung ihre Zustimmung, und die Sache ist fertig: die allgemeine Zufriedenheit wird proklamirt. Diese Politik setzt nur etwas voraus, was sehr zweifelhaft ist, daß nämlich die Nation zum zweitenmale es ruhig geschehen lassen werde, wenn auf ihre Kosten und über ihre Köpfe hinweg ein solcher Handel in verschlimmelter Gestalt zum Abschluß gelange.

16. August. Die „Berl. Neuesten Nachr.“ sagen: „Die vom Minister v. Miquel in Solingen und im Abgeordnetenhanse entwickelten Gedanken über die Notwendigkeit einer Sammlung der nationalgesinnten Parteien sind weithin freudig willkommen geheißen und in den mannigfachen Variationen erörtert worden, aber dabei ist es im wesentlichen auch geblieben. Verfahrenheit beherrscht nach wie vor die innerpolitische Situation, und die Zwistigkeiten zwischen den parlamentarischen Parteien haben sich womöglich noch um einige Grade verschärft. Der ministerielle Appell zum „Sammeln“ ist ergangen, die Neigung aber, demselben Folge zu leisten, ist anscheinend nur gering. In Wirklichkeit wären die weitesten Kreise des deutschen Bürgertums bereit, den öden Zankereien und Haarspaltereien, von denen ein gutes Teil unsers öffentlichen Lebens gegenwärtig erfüllt ist, Valet zu sagen und sich auf dem Boden gemeinsamen Strebens zusammenzuschließen, wenn ihnen ein in seinen Grundzügen festumrissenes Programm als Sammelparole dargeboten würde. Daß es an einem solchen fehlt, ist der kranke Punkt, um den wir uns in Deutschland herumdrehen, ohne weiterzukommen. Dieser Kardinalmangel in der Anbahnung einer Verständigung zwischen den staats-erhaltenden Parteigruppen wird hier und da sehr wohl erkannt, um demselben abzuhefeln fehlt es jedoch an einem über die fraktionellen Rücksichten hinausreichenden Einfluß. Hier kann nur die Staatsregierung den Weg zur Besserung und Gefundung vorzeichnen. Den sympathischen Worten v. Miquels muß ein weiterer Schritt, die That folgen. Die Regierung muß durch Thatfachen bekunden,

daß sie das ausgegebne Programm verwirklichen helfen will, und muß die Bannerzeichen erheben, unter denen sie ihre Absichten in Thaten umzusetzen gedenkt.“

## Zweiter Abschnitt.

### Die Parteien über die Vereinsgesetz-Frage.

5. Juli. In Düsseldorf findet eine stark besuchte Sitzung des Vorstandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen statt, deren Besprechung zu dem einstimmig ausgesprochenen Verlangen führt, daß der Entwurf der Vereinsgesetz-Novelle in der ihm von der Mehrheit des Herrenhauses gegebenen Fassung von dem Hause der Abgeordneten angenommen werden möchte. Dabei wird von den Anwesenden der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Ansicht in Bezug auf das Vereinsgesetz nicht nur von der Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch von der übergroßen Mehrheit der rheinisch-westfälischen Großbetriebe der andren Industrien geteilt werde. Ganz bestimmt versichert der anwesende Vorsitzende des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“, daß der gesamte Kohlenbergbau das Verlangen nach Annahme des Vereinsgesetzes, das jetzt als ein wesentlich abgeschwächtes Sozialistengesetz zu bezeichnen sei, teile.

8. Juli. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ sagt zu jener Kundgebung:

Die Bedeutung der Kundgebung wird weder beeinträchtigt durch den accentuirten Hinweis, mit dem „Nordd. Allg. Ztg.“ und „Post“ dieselbe an die Adresse der nationalliberalen Vertreter im Abgeordnetenhaus abressiren, noch auch durch das Auftreten des in allen politischen Aktionen ebenso indistinkten wie unglücklichen Freiherrn v. Stumm im Herrenhause, der dieser Kundgebung, ehe sie kam, von vornherein das Stigma ausdrückte, daß sie lediglich den Zweck verfolge, einen persönlichen Druck auf die sachgemäße Ueberzeugung der nationalliberalen Vertreter industrieller Bezirke ausüben und durch den Zwang persönlicher Rücksichten so viel Stimmen lahm zu legen, als notwendig sind, um der unter konservativem Drängen gegen bessere Ueberzeugung vollzognen Einschwenkung der Regierung im Herrenhause nun den Erfolg im Abgeordnetenhaus zu verschaffen.

9. Juli. Bergrat Krabber in Alten-Essen, zweiter Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, veröffentlicht in der „Nat.-Ztg.“ folgende Erklärung:



Wenn in der von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen ausgegangnen Rundgebung über die Vereinsnovelle gesagt wird, daß auch der ganze Kohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Dortmund das Verlangen nach Annahme des Vereinsgesetzes in der Fassung des Herrenhauses teile, so muß ich in meinem und im Namen vieler Freunde, die auch mitten im Kohlenbergbau stehen, erklären, daß diese Behauptung ein großer Irrtum ist: ich und meine Freunde stehen vollständig auf dem Standpunkte, den Ihre Zeitung vertreten hat und noch vertritt, und würde es aufs höchste bedauern, wenn die auch von uns gewählten nationalliberalen Abgeordneten sich durch dergleichen Rundgebungen, wie die Düsseldorfser, einschüchtern ließen.

15. Juli. Eine Reihe der bedeutendsten Industriellen im Regierungsbezirk Köln schließt sich der Erklärung, die die Versammlung von Industriellen zu Düsseldorf am 5. Juli für Annahme der Vereinsgesetz-Novelle in der Fassung der Beschlüsse des Herrenhauses ausgesprochen hatte, an. — Pfarrer Hülle in Berlin versendet ein Flugblatt unter der Ueberschrift „Nicht Worte, sondern Thaten!“ zu Gunsten derselben Beschlüsse.

18. Juli. Eine vom Abgeordneten Schoof nach Stade berufne Versammlung nationalliberaler Wähler des ersten Wahlkreises des Regierungsbezirks Stade spricht sich, namentlich unter Hinweis auf „die verführerischen Wahlagitationen der Hamburger Sozialdemokratie“ in den ländlichen Kreisen des Bezirks, für eine Abstimmung der nationalliberalen Abgeordneten zu Gunsten der Herrenhausbeschlüsse aus. In demselben Sinne spricht sich in Alfeld eine Versammlung von Mitgliedern des Bundes der Landwirte aus.

### Dritter Abschnitt.

## 4. Session des 18. preussischen Landtags.

(3. Teil: 22. bis 24. Juli.)\*

### I.

## Änderung des Gesetzes über die Handelskammern.

23. Juli. Beratung des Abgeordnetenhauses über den vom Herrenhause in den §§ 3, 7, 8, 12 und 19 abgeänderten und in dieser Fassung von neuem an das Haus gelangten Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Gesetzes über die Handelskammern

\*) 1. Teil: 20. November bis 17. Dezember 1896.

2. Teil: 8. Januar bis 30. Juni 1897.

vom 24. Februar 1870. In der allgemeinen Beratung spricht sich Rickert gegen die Aenderungen des Herrenhauses aus und kommt auf die Eingabe des Bundes der Landwirte, betreffend ein Verbot der Getreideeinfuhr zu sprechen, dem der „Reichsanzeiger“ nur in zahmer Weise entgegengetreten sei; das beweise die schwächliche Haltung der Staatsregierung gegenüber dem extremen Agrariertum und seiner demagogischen Hezerei. Hoffentlich werde der Vizepräsident des Staatsministeriums ein kräftiges Wort gegen diesen Unfug sprechen. Handelsminister Bresselt rechtfertigt die Streichung des Herrenhauses in § 12, betreffend fakultativ-geheime Wahl. Vizepräsident des Staatsministeriums v. Miquel führt aus, daß der Antrag des Bundes der Landwirte an den Reichskanzler gerichtet sei. Was darauf geschehen werde, wisse er, Redner, nicht. Es handle sich in der Eingabe um eine Gesetzesänderung, und über solche könne die Regierung nicht mit einzelnen Parteien in Korrespondenz treten. Er glaube, der Reichskanzler werde die Meinung vertreten, daß die bestehenden Handelsverträge es vollständig ausschließen, dem Antrage des Bundes Folge zu geben. Dem Wunsche Rickerts, den Antrag als Unfug zu bezeichnen, könne er nicht entsprechen; Aufgabe der Regierung sei, eine Politik der Sammlung zu treiben. Reichardt hält den Antrag des Bundes der Landwirte ebenfalls für unzulässig und plädiert dafür, den Aenderungen, die das Herrenhaus an der Handelskammernovelle vorgenommen hat, zuzustimmen, da dieselbe immerhin manche Vorteile für den Handel bringe. In der Einzelberatung wird, unter Ablehnung der von freisinniger Seite und aus dem Centrum gestellten Anträge, die ursprüngliche Fassung wiederherzustellen, die Vorlage gemäß den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen.

---

## II.

### Bereinsgesetz.

22. Juli. Das Herrenhaus wiederholt, in Gemäßheit der verfassungsmäßigen Vorschrift, seine Abstimmung vom 30. Juni d. J. zu Gunsten der Vereinsgesetz-Novelle, die es dahin geändert hatte, daß ein Artikel eingefügt werde, welcher laute:

Versammlungen, in denen anarchistische oder sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zu Tage treten, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden.

Der Gesetzentwurf geht nunmehr an das Abgeordnetenhaus zurück.

24. Juli. Beratung des Abgeordnetenhauses über den vom Herrenhause wie oben abgeänderten Gesetzentwurf.

In der allgemeinen Beratung führt der Minister des Innern Freiherr v. d. Neffe aus, daß die Regierung nach reiflicher Erwägung dem Gesetzentwurf in der Fassung des Herrenhauses zugestimmt und es übernommen habe, sie diesem Hause zur Annahme zu empfehlen. Das dringende Bedürfnis, die staatlichen Machtbefugnisse auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens zu vermehren, ergebe sich daraus, daß seit Aufhebung des Sozialistengesetzes die sozialdemokratischen Bestrebungen zur Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung einfach geduldet werden müßten. Sobald diese Bestrebungen als unerlaubt und verwerflich gesetzlich gekennzeichnet würden, werde sich ein großer Teil der Bevölkerung davon sofort zurückziehen. Da die sozialdemokratische Agitation sich jetzt von den Städten aus auch auf das Land erstreckte, müßten nicht nur die Abgeordneten aus industriellen, sondern auch die aus ländlichen Kreisen sich überlegen, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen könnten, der Regierung Machtbefugnisse dagegen zu verweigern. Ganz besonders ließen militärische Rücksichten die Regierung wünschen, die gewünschten Machtbefugnisse zu bekommen, da das Liebeswerben der Sozialdemokratie um das Heer, insbesondere um die Reservisten und Landwehrmänner täglich stärker werde. Sobald die sozialdemokratischen Führer merkten, daß der Staat auf das Heer nicht mehr rechnen könne, sei der Anfang vom Ende gekommen. Die Regierung glaube nicht an das Märchen, daß die Sozialdemokratie eine Reformpartei sei, sondern halte sie für eine revolutionäre im wahren Sinne des Wortes, die bei der ersten besten Gelegenheit versuchen werde, die staatliche Ordnung zu stürzen. Polizeimittel stellten allerdings keine Radikalmittel dar; der Schwerpunkt der Abwehrmaßregeln liege auf positivem, auf dem religiösen und sozialen Gebiet, und die Regierung werde mit den Versuchen nicht innehalten, auf diesem Wege der Sozialdemokratie beizukommen. Die Staatsregierung habe nie verhehlt, daß eine reichsgesetzliche Regelung ihr am meisten erwünscht gewesen wäre; weil davon zur Zeit kein Erfolg zu erwarten sei, habe sie den landesgesetzlichen Weg betreten müssen. Sie hätte die Sondergesetzgebung lieber vermieden, glaube aber, die Fassung des Herrenhauses nicht ablehnen zu sollen. Das Schlußprotokoll der Reichsverfassung gebe den Einzelstaaten die landesgesetzliche Regelung anheim, solange das Reich von seiner gesetzgeberischen Befugnis auf dem betreffenden Gebiet noch keinen Gebrauch gemacht

habe. Die vorgeschlagenen Bestimmungen träten in keiner Weise berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Verhältnisse entgegen, sie könnten also in keiner Weise verbittern. Der Einwand, daß ein einzelner Bundesstaat nicht derartige Schutzmaßregeln ergreifen dürfe, weil die sozialdemokratische Bewegung dann vielleicht in einen andern Bundesstaat übertragen würde, sei dadurch widerlegt, daß wir gerade Machtbefugnisse erstrebten, die in andern Bundesstaaten bereits bestünden. Der Redner führt als Beleg an, daß zwei anarchistische Vereine, die in Hamburg aufgehoben wurden, sich sofort in Altona wieder neu gegründet haben. Die Regierung bitte das Haus dringend, die vom Herrenhause gebotene Hand der Verständigung anzunehmen. Der gesunde Menschenverstand fordere gebieterisch, einem unversöhnlichen Feind so bald und so kräftig wie möglich zu Leibe zu gehen. Die Besorgnisse des Mißbrauchs durch untergeordnete Polizeibeamte und theoretische Bedenken bedeuteten diesem dringenden Bedürfnisse gegenüber nichts. Die Regierung verdiene Dank dafür, daß sie den Finger in die Wunde gelegt habe; das Haus möge ihr helfen, die Krankheit zu heilen, die am Herzen des Volkes fresse.

**Hobrecht:** Die Fassung des Herrenhauses entspricht mit einer unwesentlichen Aenderung den freikonservativen Anträgen, mit denen sich dieses Haus beschäftigt hat, und die wir ebenso wie die korrespondirende ursprüngliche Regierungsvorlage abgelehnt haben. Leider hat sich weder die Regierung noch die Majorität des Herrenhauses mit den von uns vorgeführten Gründen beschäftigt, wie diese es verdient hätten, dagegen hat es nicht an Versuchen gefehlt, unsre Haltung auf Gründe zurückzuführen, die wenigstens nicht sehr schmeichelhaft sind. Wir verschloffen unsre Augen dem Ernst der Gefahr; gegen das Vorgehen der Regierung sei eine künstliche Erregung in Szene gesetzt, und wir ließen uns durch diese bestimmen u. s. w. Aber es kommt nicht an auf die Frage, ob das Vorgehen der Regierung genau der Zusage entspricht, die im Reichstage gegeben wurde. Für unsre Abstimmung sind diese Erwägungen nicht entscheidend. Wir haben uns gegen Artikel 1 und 3 der Vorlage ablehnend verhalten, weil das darin gegebne Mittel gegen die wirkliche Gefahr ganz nutzlos ist. Wenn darin eine wirkliche Hilfe läge, könnte man vielleicht das Bedenken, daß ein Mißbrauch mit dem Gesetz stattfinden könne, fallen lassen, aber diese Voraussetzung trifft nicht zu. Ich kann nur bedauern, daß diese Gründe, die von allen Rednern hier höchst maßvoll, sachlich und ohne alle Leidenschaft vorgetragen sind, nicht die verdiente Würdigung gefunden haben. Den Artikel 1, wonach die Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung gefährdende Versammlungen aufgelöst

werden könnten, haben wir abgelehnt, weil die Entscheidung über die Frage, was denn unter den die Sicherheit des Staates gefährdenden Bestrebungen zu verstehen sei, in die Hände untergeordneter Polizeiorgane gelegt wird, ohne daß das Gesetz ihnen auch nur den leisesten Anhalt für ihre Entscheidung giebt. Wir haben das abgelehnt, weil die Auflösung von Versammlungen, die ja sonst aus andern Gründen notwendig sein kann, als Mittel zur Erhaltung des öffentlichen Friedens und zur Sicherheit des Staates ganz ungeeignet ist. In dieser Hinsicht ist die Auflösung von Versammlungen so zwecklos, daß ich oft die Aeußerung gehört habe, daß die Beamten eine Versammlung nicht eher auflösen dürften, als bis die Personen festgestellt seien, die dazu Veranlassung gegeben haben. Den Artikel 3 bezüglich der Schließung von Vereinen haben wir aus denselben Gründen abgelehnt, weil die Fassung so allgemein war und der Bestimmungen entbehrt, durch die die reine Willkür ausgeschlossen würde. Die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht kann dagegen nicht helfen, denn um einen Mißgriff der Polizeibehörde zu korrigiren, müßte das Oberverwaltungsgericht sich zu einer politischen Gesinnungsinstanz umwandeln, und das wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte. Wir haben den Artikel ferner abgelehnt, weil gerade gegen wahrhaft gefährliche Verbindungen das Vereinsverbot ganz unwirksam ist. Graf zu Limburg-Stirum hält die Beschlüsse des Herrenhauses für das Minimum dessen, was man annehmen müsse. Die Rede des Ministers habe die konservative Partei befriedigt, und seine entschiedne und bestimmte Sprache müsse auch im Volke Befriedigung hervorrufen, das wisse, daß durch ewiges Hezen die Gemüter nur zu gewalthätigen Aktionen vorbereitet würden. Die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes treffe allein die nationalliberale Partei, hinter der diesmal die Mehrheit des Bürgertums nicht stehe. Wenn das Gesetz jetzt scheitere, möge die Regierung die Sache nicht als abgethan betrachten, sondern auf dem erfreulicherweise betretenen Wege fortschreiten. Lieber erklärt, daß seine Partei an der Ablehnung der Vorlage festhalte, weil sie nicht irgend eine Partei der Polizeiwilkkür preisgeben wolle; denn den Beschlüssen des Herrenhauses fehle jegliche juristische Haltbarkeit. Früher habe es geheißen, ein Staat, der zwei Millionen Bajonette habe, brauche die soziale Frage nicht zu fürchten, und jetzt erkläre man diese Bajonette für bedroht. Gegen die Korruption der Rekruten und Reservisten durch Flugchriften biete das Gesetz keine Handhabe. Der Minister habe anerkannt, daß der Schwerpunkt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie auf religiösem und sozialem Gebiet liege; gerade auf diesem aber schreite die Regierung rückwärts, während

seine Fraktion bereit sei, hier Reformen zu fördern. v. Zedlitz bestritt, daß die Sozialpolitik rückläufig sei, und vertritt die Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß man, wenn man auch nicht alle Quellen der Verführung verstopfen könne, doch die erreichbaren verstopfen müsse. Wenn das Gesetz jetzt scheitere, möge die Regierung von dem schlecht unterrichteten Landtage an den besser zu unterrichtenden appellieren. Vizepräsident des Staatsministeriums v. Miquel: Er glaube kaum, an der Abstimmung noch jetzt etwas ändern zu können, denn stärker als alle Ueberredungskunst seien ja bekanntlich die Beschlüsse der Fraktionen. Was die Haltung der Regierung betreffe, so liege ihr jede reaktionäre Tendenz fern; aber wie auch die Dinge stehen möchten, an den festen Entschlüssen der Staatsregierung werde die Abstimmung des Hauses nichts ändern. Er sei selbst Angehöriger der nationalliberalen Partei gewesen und habe seinerzeit mit dieser die Schwenkung des Fürsten Bismarck zu einer gemäßigten Schutzollpolitik mitgemacht. Damals seien auch die Nationalliberalen bei den weiter links stehenden Parteien als Reaktionäre verschrien gewesen. Durch derartige Verächtigungen solle sich also die Partei nicht bange machen lassen. Die Hoffnung, daß, wenn nicht heute, so doch später eine Verständigung in vorliegender Angelegenheit mit der Regierung zustande kommen werde, gebe er keineswegs auf. Vorbedingung sei nur, daß die Regierung genau kundgebe, was sie will. Der preußische Staat der Hohenzollern sei niemals ein Klassenstaat gewesen und habe sich stets, wie die berühmte Botschaft Kaiser Wilhelms I. und die Thronbesteigungsrede des jetzigen Kaisers gezeigt, die Aufgabe gestellt, den Schwachen zu helfen; auch die vielbesprochenen Bäckerei- und Konfektionsverordnungen seien Beweise dafür. Andererseits aber dürfe man soziale Verbesserungen nicht überstürzen; auf den Geist komme es vor allem an, der die führende Regierung beseele. Die soziale Frage könne nur gelöst werden durch das Zusammenwirken des Staates und aller Volksklassen, namentlich der Besitzenden. Zu den stärksten Bollwerken des Staates gehöre vor allem der Mittelstand, Handwerkertum und bauerlicher Besitz; beide konkurrenzfähig zu halten, sei daher eine der Hauptaufgaben für Staat und Gesellschaft. Furcht vor der Sozialdemokratie habe die Regierung nicht, wie Lieber zu denken scheine; ihr Wahlspruch sei das Wort aus „Julius Cäsar“: „Deuget vor!“ und dieser Gedanke beseele das vorliegende Gesetz. Herrn Hobrecht aber möge gesagt sein, daß Mißtrauen gegen die staatliche Handhabung die Votierung eines an sich als notwendig erkannten Gesetzes nicht ausschließen dürfe. In der Verhandlung über Artikel I protestirt Motzky namens der polnischen Fraktion gegen die Vorlage. Richter weist auf die seit zwanzig Jahren bekannte Stellung seiner Partei

gegenüber dem Sozialistengesetz hin, bestritten die Annahme, daß dies neue Sozialistengesetz irgend eine Person der Sozialdemokratie abwendig machen würde, und erachtet die allgemeinen Ausführungen des Ministers v. Miquel über die Haltung der Regierung und die Sammlung der Parteien für zu unbestimmt, zumal man keine Zuversicht zur Stabilität der Minister hegen könne und das Schicksal dieser Vorlage ihre Autorität nicht stärken werde. Seit dem Tode Friedrich Wilhelms IV. habe jede Regierung mehr moralische Autorität besessen als die gegenwärtige. Minister v. Miquel erwidert, daß die Politik der Sammlung, die die Regierung verfolge, durch die Ablehnung der Vorlage nicht geändert werde. Das Urteil des Vorredners über den Wert des Ministeriums mache auf dieses — so viel Charakter habe es jedenfalls — nicht den geringsten Eindruck. — In namentlicher Abstimmung wird Artikel I mit 209 gegen 205 Stimmen abgelehnt (die Nationalliberalen Schoof und Bued stimmen mit Ja, der Nationalliberale v. Sanden enthält sich der Abstimmung). Die übrigen Artikel und darauf das ganze Gesetz werden in einfacher Abstimmung abgelehnt.

### III.

#### Wohnungsverhältnisse von Arbeitern.

24. Juli. Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 13. August 1895, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Müller empfiehlt, das Gesetz dahin zu erweitern, daß die Arbeiter kleine Häuser zu eigenem Besitz erwerben zu können, und auch die Ausdehnung des Rentenguts Gesetzes auf die Schaffung von Arbeiterwohnstätten in Erwägung zu nehmen. Finanzminister v. Miquel legt dar, daß der mit dem Gesetze gemachte Versuch, die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, sich bewähre; die angeregte Erweiterung des Rentenguts Gesetzes solle nochmals erwogen werden.

### IV.

#### Schluß der Session.

24. Juli. Die Session des Landtags wird in gemeinsamer Sitzung beider Kammern vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Miquel durch Verlesung einer königlichen Botschaft geschlossen.

## Vierter Abschnitt. Die königliche Familie.

1. Juli. Der Kaiser erhält auf der vor Kiel liegenden „Hohenzollern“ den Abschiedsbefuch des Königs der Belgier, der sodann auf seiner Dampfschiff „Clementine“ den Hafen verläßt, um der englischen Flottenschau bei Spithead beizuwohnen.

2. Juli. Der Kaiser segelt auf dem „Meteor“ von Kiel nach Travemünde. Die Kaiserin trifft aus Gravenstein in Flensburg ein.

3. Juli. Im Kurhause zu Travemünde nimmt der Kaiser die Verteilung der Preise an die Sieger in einer Seeregatta vor und verweilt im Kreise des Regattaver eins.

4. Juli. Den „Lübedischen Anzeigen“ zufolge äußert der Kaiser in Travemünde mehreren Lübeder Herren gegenüber den Wunsch, Lübeck möge versuchen, in der Travemünder Bucht, die sich zu Wettfahrten vorzüglich eigne, internationale Segelregatten zu veranstalten. Die Schifffahrt auf der Bucht werde durch die zahlreichen Leuchttürme und Seezeichen, die das Lübische Fahrwasser umgeben, sehr erleichtert. Der Kaiser habe den Lübeder Herren zunächst die Anschaffung einer erstklassigen Rennjacht empfohlen.

5. Juli. Von Travemünde aus tritt der Kaiser auf der „Hohenzollern“ eine Nordlandkreise an.

11. Juli. Unfall des Kaisers auf der vor Odde (im norwegischen Amt Bergen, am südlichsten Ende des Sörfjord) liegenden „Hohenzollern.“ Ein Strich des plötzlich herabfallenden Mastbezugs schlägt ihm mit Heftigkeit auf das linke Auge.

17. Juli. Die in Tegernsee weilende Kaiserin besucht hier den als Augenarzt bekannten Herzog Karl Theodor in Bayern.

20. Juli. Der „Reichsanzeiger“ meldet: „Der Herzog Karl Theodor in Bayern traf gestern auf der „Gefion“ in Stavanger ein und wurde vom Kaiser an Bord der inzwischen eingetroffenen „Hohenzollern“ geleitet, die sofort nach Bergen zurückkehrte. Die heute früh vom Herzog vorgenommene Untersuchung des Auges Seiner Majestät hatte ein durchaus befriedigendes Ergebnis; das Sehvermögen ist in keiner Weise gestört, nur bestehen noch leichte Reizerscheinungen, infolge deren Seine Majestät sich noch einige Zeit Schonung auferlegen muß. Seine Majestät wird die norwegische Reise fortsetzen, während der Herzog demnächst von Göteborg die Heimreise antritt. Dr. Leuthold.“

26. Juli. Die Kaiserin, die von Tegernsee in München eingetroffen ist, besucht in Begleitung des Prinzregenten von Bayern



die Kunstausstellung, die Schatzgalerie und die Glyptothek; bei der Tafel im Schlosse bringt der Regent einen Trinkspruch auf die Kaiserin aus, die sodann nach Tegernsee zurückkehrt.

30. Juli. Der Kaiser trifft von seiner Nordlandsreise in Kiel wieder ein.

4. August. Der Kaiser und die Kaiserin segeln auf der „Hohenzollern“ und begleitet von der „Gefion“ von Kiel nach Kronstadt ab.

7. August. Sie treffen unter dem Donner der Geschütze der Festung Kronstadt und der vor Anker liegenden russischen Kriegsflotte vor Kronstadt ein. Kaiser Nikolaus überrascht den deutschen Kaiser mit der Ernennung zum Admiral der russischen Flotte, indem er ihm zugleich die Admiralsflagge überreicht und die russische Admiralsuniform zueignet. In Peterhof wird das Kaiserpaar von den Großfürsten und Großfürstinnen, dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe, dem Kriegsminister Wannowski und dem ersten Sekretär der deutschen Botschaft v. Tschirschky begrüßt. Die Minister Graf Murawjew und Witte erhalten den Schwarzen Adlerorden.

8. August. Beim Brunkmahl in Peterhof bringt Kaiser Nikolaus folgenden Trinkspruch in französischer Sprache aus:

„Die Anwesenheit Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin unter uns gewährt uns eine sehr lebhaft genugthuung, und es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen Meinen aufrichtigen Dank dafür auszusprechen. Diese neue Befestigung der traditionellen Bande, die uns vereinigen, und der guten Beziehungen, die zwischen unsern beiden Nachbarreichen so glücklich geknüpft sind, ist zugleich eine kostbare Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, die den Gegenstand unsrer beständigen Bemühungen und unsrer heißesten Wünsche bildet. Ich trinke auf die Gesundheit E. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und Ihrer ganzen erhabnen Familie.“

Kaiser Wilhelm erwidert mit folgendem Trinkspruche:

„Eurer Majestät danke Ich aus warmem Herzen, zugleich im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin, für den uns zu teil gewordenen so herzlichsten und großartigen Empfang und für die gnädigen Worte, mit denen Eure Majestät uns so liebevoll willkommen geheißen hatten.“

Zugleich möchte Ich insbesondere Meinen tiefgefühltesten, freudigsten Dank Eurer Majestät zu Füßen legen für die erneute, Mich so überraschende Auszeichnung, mit der Eure Majestät die Güte hatten, Mich zu bedenken, durch die Einreihung in Eure Majestät glorreiche Flotte. Es ist dies eine besondere Ehrung, die Ich in

ihrer vollen Ausdehnung zu schätzen weiß, und die auch Meiner Marine in besondrer Weise mit auszeichnet.

Ich erblicke in der Ernennung zum russischen Admiral nicht nur eine Ehrung Meiner Person, sondern auch einen neuen Beweis für die Fortdauer unsrer traditionellen, innigen, auf unerschütterlicher Basis begründeten Beziehungen, sowie der unsrer beiden Reiche.

Eurer Majestät unerschütterlicher Entschluß, nach wie vor Ihrem Volke den Frieden zu erhalten, findet auch in Mir den freudigsten Wiederhall, und so werden Wir, mit einander die gleichen Bahnen wandelnd, vereint dahin streben, unter dem Segen desselben die kulturelle Entwicklung unsrer Völker zu leiten.

Vertrauensvoll kann Ich das Gelübnis erneut in Eurer Majestät Hände legen — und dabei steht, das weiß Ich, Mein ganzes Volk hinter Mir —, daß Ich Eure Majestät bei diesem großen Werke, den Völkern den Frieden zu erhalten, mit ganzer Kraft zur Seite stehen und Eurer Majestät Meine kräftigste Unterstützung auch gegen jeden angeheißen lassen werde, der es versuchen sollte, diesen Frieden zu stören oder zu brechen. Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin!" (Die letzten Worte spricht der Kaiser russisch.)

Abends begeben sich die deutschen Gäste in das Lager von Krasnoje Selo, das sodann beide Kaiser durchreiten.

9. August. Parade in Krasnoje Selo vor dem deutschen Kaiserpaar. Es sind 72 Bataillone Infanterie, 23 Schwadronen Kavallerie, 1400 Mann Kosaken und 42 Batterien, zusammen 32 425 Mann unter Befehl des Großfürsten Wladimir aufgestellt. Der Zar führt die Garden und das Preobaschenskijsche Leibgarderegiment dem deutschen Kaiser vor. Dieser führt sein Wiborgsches dem Zaren vor. Abends Ballettvorstellung auf der Olgainfel.

10. August. Kaiser Wilhelm bei einer Gefechtsübung im Lager von Krasnoje Selo. Kaiser Wilhelm stellt den Großfürsten Kyryll (ältesten Sohn des Großfürsten Wladimir, geb. 1876) à la suite der deutschen Marine und ernennt den Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch, Kommandeur des Leibgarderegiments Preobaschenski und Präsidenten der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften (geb. 1856), zum Chef des Gardegrenadierregiments Nr. 5.

11. August. Kaiser Wilhelm empfängt in Petersburg die Mitglieder des Vereins der Angehörigen des Deutschen Reichs, deren Festredner Direktor Billing in seiner Ansprache u. a. sagt: „Möge ein gütiges Geschick es unserm erhabnen Kaiser nie schwer machen, die letzten Worte des hochseligen Kaisers Wilhelm zu dem

jetzt regierenden Herrn: »Halte Freundschaft mit Rußland!« immer beihätigen zu können.“ — Das deutsche Kaiserpaar begiebt sich von Kronstadt auf die Heimreise.

16. August. Der Kaiser empfängt auf Wilhelms Höhe den Grafen Leopold zur Lippe-Biefterfeld, ältesten Sohn des Regenten des Fürstentums Lippe, behufs Entgegennahme der Anzeige vom Antritt der Regentschaft.

25. August. In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin wird in Magdeburg ein Denkmal Kaiser Wilhelms I. feierlich enthüllt. Oberbürgermeister Schneider hält eine Ansprache.

Das Kaiserpaar begiebt sich nach dem Rathause, wo der Oberbürgermeister den Dank der Bürgerschaft für den Besuch ausdrückt. Redner weist auf die hohe Blüte und das mächtige Gedeihen hin, das Magdeburg durch die unablässige Fürsorge der preussischen Herrscher zu teil geworden seit dem Tage, da der Große Kurfürst die aus tausend Wunden blutende Stadt dem brandenburgisch-preussischen Staatswesen angliederte, und erneut dem Kaiser das Gelübde unverbrüchlicher Treue und Hingebung. Der Oberbürgermeister bittet hierauf den Kaiser, den Ehrentrock der Stadt aus dem für diese Feier von Bürgern gestifteten Becher entgegenzunehmen. Der Kaiser ergreift den ihm überreichten Pokal und dankt mit folgendem Trinksprache:

„Aus dieser Stiftung, patriotischen Händen und Herzen entstammend, bringe Ich das Wohl Magdeburgs aus, indem Ich im Namen der Kaiserin und dem Meinen von ganzem Herzen für den herrlichen Empfang danke, den die Bürgerschaft Uns bereitet hat. Im herrlichen Glanze der Ausschmückung erstrahlt die Stadt, und der Ton der Begrüßung der Magdeburger Bürgerschaft zeigt Uns an, in welchen altbewährten Banden die Stadt mit Meinem Hause verknüpft ist. Magdeburg hat viel gelitten und durchgemacht, aber groß steht die Stadt in der Geschichte da, und große Ehre hat ihr einst gegolten wie nur je einer deutschen Stadt. Vor allem aber hat die Stadt im Märtyrergeist und in edler Hingabe für ihren Glauben gelitten und ein ehernes Denkmal der Geschichte des protestantischen Glaubens gesetzt. Unter Meinen Vorfahren wiederhergestellt und emporgeblüht, bin Ich der Ueberzeugung, daß die Stadt unter der Regierung, zu der Ich jetzt berufen bin, und bei dem Frieden, der unter dem Kaiserpaar und dem Schilde der Hohenzollern ruht, sich weiter entwickeln und zu hoher Blüte sich empor-schwingen wird. Dies sei Mein Wunsch für Magdeburg, daß es in seiner Entwicklung und Wohlfahrt fortschreiten möge zur Freude unsers Landes und zum Wohle seiner Bürger.“

Der Kaiser begiebt sich nach dem Grusonwerk, wo er vom

Geheimrat Prupp empfangen wird, und besichtigt einige Panzertürme, Modelle von Panzernungen und die Versuchsanstalt für Erzaufbereitung. Die Kaiserin besucht die Wohlthätigkeitsanstalten von Magdeburg.

27. August. Der König von Siam besucht den Kaiser in Schloß Friedrichskron bei Potsdam und wohnt hier einer Gefechtsübung bei.

28. August. Der Kaiser nebst dem Könige von Siam bei der großen Herbstparade des Gardekorps bei Berlin. Beim Paradediner bringt der Kaiser nachstehenden Toast in englischer Sprache aus:

Indem Ich Eure Majestät in Meinem Lande herzlich willkommen heiße, drängt es Mich, all den großen Unternehmungen, die Sie in Ihrem Reiche begonnen haben, und allen den Reisen, die Sie im Interesse Ihres Volkes unternehmen, Glück und Gedeihen zu wünschen. Mögen die Bande der Freundschaft und regen Handelsverkehrs, wie sie zwischen unsern Ländern so glücklich bestehen, zum Segen unsrer Völker immer weitere Ausgestaltung finden. Ich trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Königs von Siam!

Der König von Siam erwidert den Trinkspruch, gleichfalls in englischer Sprache, folgendermaßen:

Majestät! Ich bitte, Eurer Majestät Meinen herzlichsten Dank ausdrücken zu dürfen für die gütigen Worte, die Sie gesprochen haben, und Ihnen sagen zu dürfen, wie dankbar Ich Eurer Majestät bin für den Mir zu teil gewordenen Empfang und die Mir bezeugte Gastfreundschaft. Ich bin erfreut, in der Lage zu sein, Meine Verehrung Eurer Majestät persönlich darzubringen. Ich möchte diese Gelegenheit auch zu einer dankbaren Erinnerung an die Güte benutzen, die Eure Majestät Meinem Sohn Paribatra und Meinen Brüdern erwiesen haben, wie auch an den Beistand, den Eure Majestät Mir bei der Einrichtung von Post und Telegraphen und dem Bau von Eisenbahnen geliehen haben. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ich immer auf diese Hilfe rechnen darf in allen Angelegenheiten, die den Fortschritt, die Wohlfahrt und das Gedeihen Meines Landes fördern könnten. Ich danke daher Eurer Majestät nochmals, und indem Ich es thue, erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin!

Die Berliner „Zeit“ behauptet, der Kaiser habe bei seiner jüngsten Anwesenheit in Wilhelmshöhe seinen frühern Lehrer am Kasseler Gymnasium, Professor Riuz, zur Tafel gezogen und mit ihm eingehend den Geschichtsunterricht besprochen. Dabei habe der Kaiser unter anderm auch die Mahnung eingeflochten:

„Schärfen Sie nur der Jugend ein, daß eine tüchtige Flotte für das Deutsche Reich eine Lebensbedingung ist.“

30. August. Der Kaiser und die Kaiserin begeben sich auf

das Paradesfeld bei Koblenz. An der Moselbrücke werden sie vom Oberbürgermeister begrüßt, der dem Kaiser einen Ehrentrunk darbietet, worauf dieser erwidert:

„Ich kehre froh bewegt nach Koblenz zurück und danke Ihnen aus tiefem Herzen für die schönen Worte und den Empfang, den mir Koblenz bereitet hat. Koblenz und Ich sind alte Bekannte. Was Ich für die Stadt Koblenz gethan habe, habe Ich gethan in der Ueberzeugung, im Sinne Meines Großvaters und Meiner Großmutter zu handeln, denen die Stadt Koblenz ganz besonders ans Herz gewachsen war. Ich freue Mich, gesehen zu haben, daß der Panzer, der die Stadt Koblenz umgab, gelüftet wurde, und die Stadt in neuer Schöne emporblüht. Ich freue Mich, daß es der Stadt Koblenz, die so viel Gutes von Meinen erlauchten Großeltern genossen hat, gegeben ist, die Hüterin und Schützerin des Standbildes Meines Großvaters zu werden. Möge dies Standbild den jetzigen und kommenden Geschlechtern ewig in Erinnerung rufen, daß die Stadt Koblenz und die Rheinlande mit Meinem Hause eng verbunden sind, wie Ich das Rheinland und die Stadt Koblenz von ganzem Herzen liebe, auf deren Wohl Ich nunmehr diesen Becher leere, gefüllt mit edlem, deutschen Rheinwein!“

Nach der Parade findet im königlichen Schloß zu Koblenz ein Mahl statt, bei dem der Kaiser folgenden Trinkspruch ausbringt:

„Eine Heerschau im Rheinlande, welch verführerisches und welch schönes Bild! Eine Herrschau aber an den Ufern des Rheinstromes, im Angesicht der alten geschichtlichen Stadt Koblenz, wie spricht dies zu unseren Herzen! Der Anblick der reifigen Söhne des Rheinlandes unter dem Kommando Eurer königlichen Hoheit hat mich mit hoher Freude bewegt. Aber auch mit tiefer Wehmut zugleich; denn der Platz, an dem wir stehen, die Stadt, in der wir weilen, ist ein Zeugnis von einer großen Zeit und erinnert uns an große Namen und Gestalten. Wir wollen jedoch nicht vergessen, daß für uns speziell in der Armee die Zeiten, da Kaiser Wilhelm der Große in Koblenz weilte, von grundlegender Bedeutung geworden sind. Hier reiste das Werk, welches er berufen war, durchzuführen; hier war es ihm vergönnt, in stiller Zurückgezogenheit seine Heeresorganisation auszuarbeiten, die, viel angefeindet und oft mißverstanden, sich so glänzend bewährt hat. Sein Volk in Waffen hat in drei siegreichen Kriegen bewiesen, daß er Recht hatte. Und nun, vom Rückblick in die Vergangenheit auf den heutigen Tag: Das schöne Korps, das ich aus den Händen eines Generals nahm, dessen Name Tapferkeit, dessen Wesen Ritterlichkeit und dessen Leben Treue auf dem Schlachtfelde und im Frieden gewesen ist, ich habe es jetzt Dir gegeben (zu dem Erbgroßherzog von Baden gewendet), dem Enkel

des großen Kaisers, dem Sohne der hohen Fürstin, die sich nicht hat nehmen lassen, heute hier zu erscheinen und im Geiste ihrer hochseligen großen Mutter mit uns zu feiern und mit uns in Erinnerung hier zu weilen. Dem Korps ist die hohe Ehre zu teil geworden, daß Se. Königliche Hoheit der Herzog von Cambridge, lange Zeit der Höchstkommmandirende der tapfern britischen Armee, hier zu erscheinen sich entschlossen hat, um sein tapferes historisches Regiment mir vorzuführen. Eurer Königlichen Hoheit spreche Ich meinen herzlichsten Dank aus. Das Korps ist hochbeglückt dadurch; wir dürfen in Eurer Königlichen Hoheit erhabnen Persönlichkeit einen Mitlebenden, einen Zeitgenossen unsers verewigten großen Kaisers begrüßen, von dem Ich speziell genau weiß, daß er stets mit höchster Verehrung und größter Freundschaft für Eure Königliche Hoheit gesprochen und Eurer Königlichen Hoheit militärische Leistungen gerühmt hat. Mein lieber Fritz (zu Sr. Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog gewendet), die heutige Parade macht dem Korps und macht dir in jeder Beziehung volle Ehre, und wir können mit gutem Gewissen sagen, daß die Söhne des Rheinlandes, die heute vorbeigezogen sind, voll ihre Pflicht thun und so gut ausgebildet und brav sind, wie sie es damals zur Zeit des großen Kaisers waren. Es liegt an uns, das Werk des großen Kaisers, die Armee, in allen ihren Theilen zu erhalten, gegen jeden Einfluß und Einspruch von außen zu verteidigen, und Ich hoffe, daß ein jeder General gleich dir so treu und aufrichtig und mit so gutem Erfolge an seinem Theile bestrebt sein wird, dies Ziel zu erreichen. In dieser Zuversicht erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des achten Armeekorps und seines kommandirenden Generals: Das achte Armeekorps Hurra! Hurra! Hurra!"

Der Erbgroßherzog von Baden erwidert mit einigen Worten des Dankes.

31. August. Am sogenannten „Deutschen Eck“ der Stelle, wo die Mosel sich in den Rhein ergießt, findet die Einweihung eines Denkmals Kaiser Wilhelms I statt. Nachdem das Kaiserpaar zu Schiff angelangt ist, wird von den vereinigten Koblenzer und Kölner Gesangsvereinen eine Begrüßungshymne vorgetragen, worauf der Fürst zu Wied eine Ansprache hält.

Beim Festmahle der Rheinprovinz bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus: „Wenige Wochen sind es her, und kaum sind die Festflänge verrauscht, die die Enthüllung des Denkmals Meines hochseligen Herrn Großvaters in Köln begleiteten, und noch bin Ich ein Schuldner in dem Dank an die Rheinprovinz für die unvergeßlich schönen Tage, die uns in der Provinz beschieden gewesen sind, zunächst in der alten Stadt Köln und sodann auf unserm Zuge durch das

Land, nicht zu vergessen das stille Heim am Baacher See, wo die Söhne St. Benedikts ihr frommes Werk treiben und der Welt zeigen, daß seinem Gott dienen zu gleicher Zeit erlaubt, Königstreue und Vaterlandsliebe in der Bevölkerung groß zu ziehen und zu pflegen. Der heutige Tag führte uns wiederum zu einer Denkmalsfeier für den großen Kaiser. An den grünen Fluten des Rheins erhebt sich stolz das hehre Denkmal, das nunmehr die Stadt Koblenz berufen ist zu hüten, und tiefbewegten Herzens spreche Ich als sein Enkel und sein Nachfolger in der Krone und auch im Namen seiner Tochter, meiner hochverehrten Tante, unsern innigsten wärmsten Dank aus für das herrliche Denkmal und für die herrliche Feier. Von Erz und Stein erhebt sich das Bild in gewaltiger ergreifender Größe, sich spiegelnd in dem ewigen, sagenumflossenen Strom. Aber weit schöner noch wie Erz und Stein spricht zum Herzen der Jubel der Bevölkerung, der Dank eines Volkes für seinen heimgegangnen Herrscher, dessen großer Tugenden und Leistungen in so schöner und eingehender Weise mein Vetter, der Fürst zu Wied, gedacht hat. Das Schönste aber an dem Denkmal war der Kranz alter ergrauter Krieger und Kämpfer, die unter dem großen Kaiser unser Reich mit haben schmieden und gründen helfen. Und wahrlich Recht hat das Volk, ihm Denkmäler zu setzen und ihm seinen Dank zu beweisen. Und gerade in Koblenz insbesondre geht ein jeder solcher Festeston tief zu Herzen. Wie der große Kaiser in der Zeit, da er in Koblenz residirte, vorbereitend und vorschauend für seine Armee die Reorganisation ausarbeitete, ebenso hat er auch auf dem Gebiete des Staatslebens und der Staatskunst Arbeiten geleistet, die ihren Erfolg gezeitigt haben, als er im hohen Greisenalter den Thron besteigen durfte. Er trat aus Koblenz, wie er auf den Thron stieg, hervor als ein ausgewähltes Rüstzeug des Herrn, als das er sich betrachtete. Uns allen und vor allen Dingen uns Fürsten hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellem Strahlen verholfen, das wir hoch und heilig halten mögen: das ist das Königtum von Gottes Gnaden, das Königtum mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordneter, kein Volk den Fürsten entbinden kann. Dieser Verantwortung bewußt und sich als Rüstzeug des Herrn betrachtend hat in tiefster Demut dieser große Kaiser seinen Weg gewandelt. Er hat uns die Einigkeit und das Deutsche Reich wiedergegeben, und hier in dieser schönen Provinz sind seine hohen Gedanken entstanden und gereift; an dieser Provinz hat sein Herz gehangen, diese Stadt hat er geliebt, hat sein geweihter Fuß betreten, und mit dieser Provinz hat er

gelebt und gelitten. Deshalb will Mir das Herz übergehen, wenn Ich an dem heutigen Tage an dieser Stelle zu Ihnen, den Rheinländern, spreche und von Herzen Ihnen meinen Dank ausspreche für das, was Sie für Meinen Herrn Großvater und sein Andenken gethan haben. Für Mich soll es eine hohe Pflicht sein, in den Wegen zu wandeln, die der große Herrscher uns gewiesen, in der Fürsorge für Mein Land Meine Hand über dieses herrliche Kleinod zu halten und in der überkommenen Tradition, die fester steht wie Eisen und wie die Mauern von Ehrenbreitstein, diese Provinz an Mein fürsorgliches, landesväterliches Herz zu legen. Ich sehe in ihr einen Diamant, von zwei Smaragden gefaßt, und hoffe und wünsche von ganzem Herzen, daß ihre Bevölkerung unter dem Schutze eines lange andauernden Friedens sich entwickeln möge, daß die Winzerlieder ungestört auf den Bergen hallen, daß der Hammer ungestört in der Schmiede wiedertöne, damit wir in der Friedensarbeit zeigen können, was wir im Deutschen Reiche und speziell in der Rheinprovinz leisten können. Von diesen Empfindungen getragen und im Geiste Meines hochseligen Herrn Großvaters erhebe Ich Mein Glas und trinke von ganzem Herzen auf mein Rheinland, die Rheinprovinz und das schöne Weinland: Die Rheinprovinz lebe hoch! Nochmals! Zum dritten male hoch!“ — Nach Aufhebung der Tafel gegen 9 Uhr abends unternehmen die Majestäten eine Rheinfahrt, um die Beleuchtung der Rhein- und Moselufer zu besichtigen. Unter dem Donner der Geschütze fährt das Kaiserschiff zunächst stromauf bis zur Eisenbahnbrücke von Horchheim, dann thalwärts bis Niederwerth. Ein Feuerwerk und die Illumination aller Schiffe und Gebäude am Ufer, namentlich die bengalische Beleuchtung der Uferberge gewähren einen wundervollen Anblick. Den Höhepunkt dieses Licht- und Farbenspiels bildet der zuerst elektrisch, dann mit roten bengalischen Flammen beleuchtete Ehrenbreitstein. — Der Kaiser läßt aus Koblenz für das Guldigungstelegramm des deutschen Katholikentags in Landshut telegraphisch „herzlichsten Dank“ sagen.

1. September. Der Kaiser mit der Kaiserin, dem Prinzregenten von Bayern, den Königen von Sachsen und Württemberg, dem Großherzog von Hessen und andern Fürstlichkeiten bei der „Kaiserparade“ des bayerischen 2. Armeekorps bei Biebelried unweit Würzburg. Abends findet Paradedinier im königlichen Schlosse statt, wobei der Prinzregent Luitpold folgenden Trinkspruch ausbringt: „Ich danke Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen, meinem hochwillkommenen Gaste und mächtigen Verbündeten, für die Gnade, daß Se. Majestät die heutige Parade des zweiten bayerischen Armeekorps durch Ihre Gegenwart verherrlicht haben, umsomehr, als gerade



heute vor 26 Jahren die bairische Armee im glorreichen Kampfe für das gemeinsame Vaterland geblutet hat. Ich danke Ihrer Majestät der Kaiserin für ihre huldvolle Gegenwart, wodurch das militärische Fest verschönt und geweiht wird. Ich danke Ihren Majestäten den Königen von Sachsen und Württemberg, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen und Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen, daß sie meiner Einladung so gnädig Folge geleistet haben. Ich trinke auf das Wohl Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Majestäten und auf das Wohl sämtlicher anwesenden fürstlichen Gäste. Sie leben! Hurra, Hurra, Hurra!"

Der Kaiser erhebt sich zu folgender Antwort: „Eurer Königlichen Hoheit wage Ich im Namen meiner Gattin und in Meinem von ganzem Herzen meinen innigsten Dank auszusprechen für den herrlichen Empfang und die gnädigen Worte Eurer Königlichen Hoheit sowie für die Einladung zu der heutigen Parade. Es ist ein ganz besonders weisevoller Tag und Ich freue Mich vornehmlich, daß Ich den heutigen Ehrentag der bairischen Armee habe in ihren Reihen verleben dürfen. Ich beglückwünsche Eure Königliche Hoheit wegen der vorzüglichen Haltung des Korps und bin der festen Ueberzeugung, daß dasselbe genau so wie vor 26 Jahren, wenn es not thun sollte, allzeit bereit sein wird, für die Herrlichkeit des Reiches einzustehen. Ich danke Eurer Königlichen Hoheit auch für den herrlichen Empfang in der schönen alten Stadt Würzburg und bringe von ganzem Herzen das Wohl Eurer Königlichen Hoheit und Eurerer Königlichen Hoheit Familie aus. Hurra! Hurra! Hurra!"

2. September. Das Kaiserpaar und die übrigen Fürstlichkeiten begeben sich von Würzburg nach der Haltestelle Schweinau und von hier nach dem Paradeselde, wo der Prinzregent von Bayern das bairische 1. Armeekorps dem Kaiser vorführt. Festlicher Empfang des Kaiserpaars und des Regenten von Bayern in Nürnberg. Bürgermeister v. Schuh hält eine Ansprache. Der Kaiser reicht dem Bürgermeister die Hand und richtet Worte des Dankes an ihn, die nach dem „Frankischen Kurier“ etwa lauten: „Ich danke für den herzlichen Empfang, der Meiner Gemahlin und Mir bereitet wurde. Ich versichere, daß Ich, wenn Ich auch fern in den Marken meinen Sitz habe, dem Ort, wo einst die Wiege meiner Ahnen stand, dem schönen Nürnberg, das größte Interesse entgegenbringe. Ich bitte Sie, dies der Bevölkerung zu sagen.“ Bei der Paradedafel in der alten Burg von Nürnberg bringt der Prinzregent von Bayern folgenden Trinkspruch aus: „Im Namen der gesamten Bürgerschaft Nürnbergs, dessen alte Geschichte so eng verflochten war durch den Burgttasten von Nürnberg mit dem glanzvollen Hause

Hohenzollern, ist es mir eine liebe Pflicht, Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und der huldvollen Kaiserin für ihre gnädige Teilnahme an den Paraden der beiden bayrischen Korps nochmals meinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Ihre Majestäten leben hoch! hoch! hoch!" Hierauf antwortet der Kaiser: „Eurer Königlichen Hoheit spreche Ich Meinen tiefgefühltesten Dank aus für die erneuten gnädigen Worte. Ich spreche Ihnen sodann meinen herzlichsten Glückwunsch aus zu der schön gelungenen heutigen Parade, aber Ich spreche noch mehr mit tiefbewegtem Herzen Meinen Dank dafür aus, daß durch die gütige Einladung Eurer Königlichen Hoheit es mir endlich vergönnt gewesen ist, in dieser herrlichen kerndeutschen alten Stadt zu weilen und auf der Burg zu sein, die jahrhundertelang meine Vorfahren in altbewährter Treue für die deutschen Kaiser verwaltet und erhalten haben. Mit ganz besonderer Andacht blicke ich auf das ehrwürdige Gemäuer, wenn Ich Mich daran erinnere, daß gerade in Nürnberg und auf der Burg die innigsten Beziehungen des Hauses Wittelsbach zu dem Hause Hohenzollern zu finden sind. Als gute Freunde und Kameraden ritten der junge Burggraf und der junge Wittelsbacher im Gefolge der deutschen Kaiser und suchten ihren Kampf für Kaiser und Reich. Von Heinrich VII. wurden mein Vorfahr Friedrich V. und der nachherige deutsche Kaiser Ludwig von Bayern vor Rom zu Ritttern geschlagen, und derselbe Vorfahr von Mir hat als treuer Mann bei Mühlborn gekämpft und Euer Königlichen Hoheit großen Vorfahren geholfen, die Krone zu besetzen. Ich wage deshalb als Nürnberger und Burggraf Eurer Königlichen Hoheit Meinen herzlichsten Dank zu bringen mit dem Wunsche, daß Gott seine segnende Hand über Eure Königliche Hoheit und Ihr gesegnetes Haus halten möge. Wir aber erheben die Gläser und rufen: Gott schütze Wittelsbach und das schöne bayrische Land! Seine Königliche Hoheit der Prinzegeant von Bayern Hurra! Hurra! Hurra!" — Abends treffen die Fürstlichkeiten im festlich erleuchteten Würzburg wieder ein.

3. September. Das Kaiserpaar wird in Homburg vor der Höhe festlich empfangen. Es treffen auch die bayrischen Prinzen, die Könige von Sachsen und Württemberg, die Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz und Hessen und der Herzog von Cambridge ein. Nachmittag werden von diesen Fürstlichkeiten der König und die Königin von Italien empfangen.

4. September. Alle diese Fürstlichkeiten wohnen der Parade des 11. Armeekorps bei Obereßbach bei. Nach der Parade reitet König Humbert in der Uniform seines 13. Husarenregiments mit dem Kaiser an der Spitze der Fahnenkompanie und der Stan-

darten-Eskadron dieses Fusarenregiments nach Homburg, wo abends bei der Parabetafel im Kurhause der Kaiser folgenden Trinkspruch ausbringt: „Mein lieber Wittich! Ich freue Mich, daß ich Ihnen vor den königlichen und Durchlauchtigsten Gästen vollste Anerkennung zu dem heutigen Tage und damit Meine Anerkennung dem ganzen Korps aussprechen darf. Ich freue Mich, es sagen zu können, daß der heutige Tag in seinen Leistungen auch nicht im geringsten zurücksteht hinter dem Tage, an dem vor so viel Jahren das Korps vor Meinem seligen Großvater, Meinem teuren Vater und dem seligen Großherzog vorbeidefilirte. Ich danke Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog für die schöne Division, die er vorgeführt hat, und Ich freue Mich, ihn an der Spitze der schönen Truppen zu sehen, die so Großes unter seinem Vater geleistet haben. Eine hohe Ehre ist dem Korps zu teil geworden dadurch, daß an der Spitze eines seiner Regimenter reitend, Seine Majestät der König Humbert von Italien dasselbe vorgeführt hat. Eure Majestät! Mein Heer dankt Eurer Majestät von ganzem Herzen für die hohe Ehre, die ihm dadurch zu teil geworden. Aber nicht nur Mein Heer, sondern das gesamte deutsche Vaterland begrüßt in Eurer Majestät den hohen Fürsten, den innigen Freund Meines verstorbenen Vaters, den treuen Verbündeten, dessen Hierherkunft von neuem uns und der Welt zeigt, daß unerschütterlich und fest das Band des Dreibundes besteht, der im Interesse des Friedens gegründet wurde und je mehr und je länger, desto fester und inniger in dem Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen wird. Ich heiße zugleich im Namen Meines Volkes in tiefster Dankbarkeit die hohe Königin willkommen, die es nicht verschmäht hat, aus ihrer Ruhe und ihrer der Kunst und Litteratur gewidmeten Thätigkeit herzukommen, um hier inmitten des Felblagers unsern Soldaten ihre holde Erscheinung zu zeigen. Eure Majestät sind den Deutschen ganz besonders lieb und wert, weil Sie gleichsam das Ebenbild des hohen Gestirnes sind, auf das Ihr Volk und Vaterland vertrauend blickt, weil der Künstler, der Weise, der Musiker, der Gelehrte stets freien Zutritt zu Eurer Majestät haben, und weil unter dem Schatten Eurer Majestät so mancher Deutsche seiner Wissenschaft leben und so mancher Kranke seiner Genesung im schönen, sonnigen Süden entgegengehen kann. Von ganzem Herzen heiße ich Sie beide willkommen und rufe mit Meinem 11. Armeekorps aus: Ihre Majestäten der König und die Königin von Italien Hurra! Hurra! Hurra!“ — König Humbert erwidert in französischer Sprache folgendes: „Ich danke Eurer Majestät von ganzem Herzen in meinem Namen und im Namen der Königin für die liebenswürdigen Worte, die Eure Majestät eben an uns gerichtet,

und für den so herzlichen Empfang, den Eurer Majestät uns bereitet haben. Ich war glücklich, die freundliche Einladung Eurer Majestät annehmen zu können, um Euer Majestät hier laut meine Gefühle auszudrücken und von neuem Zeugnis abzulegen für die zwischen unsern Regierungen und unsern Staaten bestehenden Beziehungen herzlicher Freundschaft und Allianz. Ich bin Eurer Majestät dankbar, mir Gelegenheit geboten zu haben, Eurer Majestät tapfere Truppen zu bewundern und das schöne Regiment zu begrüßen, zu dessen Chef mich zu ernennen Eurer Majestät erlauchter Großvater vor 25 Jahren mir die Ehre erzeigt hat. Eure Majestät haben sich eine edle Aufgabe gestellt, indem Sie Ihre beständigen Anstrengungen der Erhaltung des Friedens in Europa widmen. Die Erhaltung des Friedens durch die Einigkeit und den einmütigen Willen der Regierungen ist — wie Eure Majestät wissen — auch mein heißester Wunsch. Ich werde immer glauben, der Mission meines Landes treu zu bleiben, wenn ich der Vollendung dieses größten und für das Glück der Völker und die Fortschritte der Zivilisation heilsamsten Werkes meine loyale Unterstützung leihe. Mit diesen Empfindungen, mit festem Vertrauen in die Zukunft trinke ich auf die Gesundheit Eurer Majestät, auf die Gesundheit Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und auf die Gesundheit der ganzen erlauchten Familie Eurer Majestät.“

6. September. Kaiser Wilhelm und König Humbert begeben sich über Hanau nach dem Manöver und treffen von dort in Homburg v. d. H. ein. Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen Panza.

7. September. Das deutsche und das italienische Herrscherpaar treffen aus Homburg in Wiesbaden ein. Der Prinzregent von Bayern stellt den deutschen Kronprinzen à la suite des ersten bayerischen Manöverregiments. Die Fürstlichkeiten wohnen abends im Theater der Aufführung eines „Salve“ betitelten Festspiels von Lauff, die Einigkeit Deutschlands und Italiens im Sinne des Friedens symbolisch darstellend, bei.

10. September. Das italienische Königspaar, der Prinzregent von Bayern, die bayerischen Prinzen, Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch und der König von Siam verabschieden sich in Homburg vom Kaiser. Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Generalstabschef Grafen Schlieffen und an die kommandirenden Generale Grafen Häßeler und v. Wittich.

12. September. Der Kaiser trifft, ohne Wien direkt zu berühren, über Station Hüttendorf in dem Gräflich Esterhazy'schen Kastell Totis, ungarisch Tata Tovaros genannt, im Komitate Bihar,

unweit der Festungswerke von Komorn, zum Besuch des Kaisers Franz Joseph und zur Teilname an Manövern ein.

13. und 14. September. Beide Kaiser wohnen den Manövern des vierten und fünften österreich-ungarischen Armeekorps bei.

16. September. Beide Kaiser treffen mit dem Erzherzog Friedrich in Mohacs ein und begeben sich mit letztem in das ihm gehörige Jagdgebiet Békés (das einst dem Prinzen Eugen v. Savoyen nach seinen Siegen über die Türken bei Mohacs und Zenta vom Kaiser Leopold I. geschenkt war) zur Jagd.

20. September. Der deutsche Kaiser trifft im festlich geschmückten Pest ein, wo er von der Bevölkerung aufs freundlichste begrüßt wird.

21. September. Er besichtigt das Parlamentsgebäude in Pest. Beim Brunkmahle bringt Kaiser Franz Joseph folgenden Trinkspruch aus:

„Innigst erfreut über den Besuch, den Mir Eure Majestät abzustatten die Güte haben, gereicht es Mir zur besondern Genugthuung, Eure Majestät diesmal in Meiner ungarischen Haupt- und Residenzstadt willkommen zu heißen. Ich begrüße in Eurer Majestät den treuen Freund und Bundesgenossen, den beharrlichen Mitarbeiter an dem großen Friedenswerke, dem unsre besten Kräfte immerdar gewidmet sein mögen, und von der Gleichartigkeit der Gesinnungen überzeugt, die uns bei dieser erhabnen Aufgabe leiten, leere ich Mein Glas auf das Wohl Eurer Majestät mit dem Rufe: Seine Majestät Kaiser Wilhelm lebe hoch!“

Kaiser Wilhelm antwortet mit folgendem Trinkspruch:

„Mit Gefühlen tiefsten Dankes nehme Ich Eurer Majestät so herzlichen Willkommensgruß entgegen. Dank der Einladung Eurer Majestät habe Ich diese herrliche Stadt besuchen können, deren großartiger Empfang Mich geradezu überwältigt hat. Mit sympathischem Interesse verfolgen wir daheim die Geschichte des ritterlichen Ungarnvolkes, dessen Vaterlandsliebe sprichwörtlich geworden ist, das in seiner kampfesreichen Vergangenheit Gut und Blut für die Verteidigung des Kreuzes zu opfern nicht gezögert hat. Namen wie Briny und Szigeth lassen noch heute die Herzen eines jeden deutschen Jünglings höher schlagen. Mit sympathischer Bewunderung haben wir die Feier des tausendjährigen Geburtstages begleitet, den das getreue Ungarnvolk, um seinen geliebten König geschart, in überraschender Herrlichkeit gefeiert hat. Die stolzen Wandentwürfe geben Zeugnis von seinem Kunstsinne, während die Sprengung der Fesseln des Eisernen Thores dem Handel und Verkehr neue Wege eröffnete und Ungarn als gleichberechtigt unter die großen Kulturvölker einreichte. Was Mir aber während Meines Aufenthalts in Ungarn und

zumal bei Meinem Empfange in Budapest den tiefsten Eindruck macht, das ist die begeisterte Hingabe des Ungarn an Eurer Majestät erhabne Person. Aber nicht nur hier, sondern in Europa und vor allem bei Meinem Volke erglüht dieselbe Begeisterung für Eure Majestät, deren auch Ich Mich theilhaftig zu nennen erklühne, indem Ich nach Sohnes Art zu Eurer Majestät als Meinem väterlichen Freunde aufblide. Dank Eurer Majestät Weisheit besteht unser Bund, zum Heil unsrer Völker geschlossen, fest und unauflöslich und hat Europa den Frieden schon lange bewahrt und wird es auch fernerhin thun. Die begeisterte Hingebung für Eure Majestät, des bin ich gewiß, lobert auch heute in den Herzen der Söhne Arpads, wie damals, als sie Eurer Majestät großem Ahnherrn moriamur pro rege nostro zuriefen. Diesen Gefühlen Ausdruck gebend, wollen wir alles, was wir für Eure Majestät zu fühlen, denken und bitten vermögen, in den Ruf zusammenfassen, den jeder Ungar bis zum letzten Atemzuge ausruft: *Eljen a kiraly!*“

22. September. Der Kaiser trifft in Breslau ein, wo die Kaiserin mit Rücksicht auf die Wasserschäden, von denen Schlessien Ende Juli betroffen wurde, weist.

25. September. Der Kaiser richtet aus Rominten an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh folgendes Telegramm:

Von Herzen wünsche Ich Eurer Durchlaucht Glück zum Stapellauf meines Panzerkreuzers „Fürst Bismarck“ und freue Mich, dadurch für alle Zeiten Eurer Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Ein Modell desselben wird Admiral Tirpitz Eurer Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen.

Hierauf richtet Fürst Bismarck nachstehendes Telegramm an den Kaiser nach Rominten:

Eure Majestät bitte ich allerunterthänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers Eurer Majestät zu teil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegenzunehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende Allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Eure Majestät meinem Namen in Allerhöchstderen Flotte gewährt haben, wesentlich erhöht wird.

30. September. Anlässlich der Wiederkehr des Geburtstages der Kaiserin Augusta richtet der Kaiser folgendes Telegramm an die Großherzogin von Baden:

Am heutigen und gestrigen Tage weilten Meine Gedanken besonders bei dir, geliebte Tochter ihrer großen Mutter. In unwandelbarer Treue und Dankbarkeit ruht das Bild derjenigen in Meinem

Herzen, zu der die deutsche Nation mit Bewunderung, Dankbarkeit und Liebe als zu einem Vorbilde für alle Zeiten ausbilden wird. Ihr wird die Geschichte das Denkmal setzen, das niemand zu zerstören vermag. Ich aber werde mit dir den heutigen Tag immerdar als einen Segenstag Gottes betrachten.

Hierzu bemerkt das „Leipz. Tageblatt“: Wir vermuten, daß der Hofbericht der „Karlsru. Ztg.“ einige dieser Worte des Kaisers falsch wiedergegeben habe. Denn es ist doch kaum anzunehmen, daß der Kaiser telegraphirt habe, das Bild der Kaiserin Augusta ruhe „in unwandelbarer Treue und Dankbarkeit“ in seinem Herzen. Wenn ihm aber doch ein solcher Flüchtigkeitsfehler in der Eile unterlaufen sein sollte, so hätte der Verfasser des Karlsruher Hofberichts, wenn er sich nicht getraut haben sollte, diesen Fehler zu corrigiren, den Wortlaut unterdrücken und lediglich dem Sinne nach berichten müssen, der zweifellos der ist, der Kaiser trage in unwandelbarer Treue und Dankbarkeit das Bild der Kaiserin Augusta im Herzen.

2. Oktober. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Prinzen Alfons von Bayern.

4. Oktober. Der Kaiser läßt aus Rominten der fünfzigsten Hauptversammlung des Gesamtvereins der Evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung z. S. des Leiters derselben, Geheimen Kirchenrats Pant in Leipzig, folgendes Telegramm zugehen:

Ich habe die treuen Segenswünsche, welche Wir der Gesamtverein der Evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung gelegentlich seiner fünfzigsten Hauptversammlung dargebracht hat, mit herzlichster Freude entgegengenommen und danke für diese freundliche Begrüßung aus warmste. Ich wünsche den segensreichen Bestrebungen der Gustav-Adolf-Sache auch ferner Gottes Schutz und reichen Erfolg und werde der Stiftung wie den Vereinen in Meinen Landen gleich meinen Vorfahren an der Krone als deren Protektor stets Mein besondres Interesse und Meine Fürsorge gern zu teil werden lassen. Daß Mein im Verein mit den übrigen evangelischen Fürsten Deutschlands seinerzeit an geweihter Stätte abgelegtes Zeugnis für unser evangelisches Bekenntnis in der fünfzigsten Hauptversammlung einen so freudigen Wiederhall gefunden, hat Mich mit großer Befriedigung erfüllt.

5. Oktober. Von Rominten aus besucht der Kaiser Marienburg und wohnt in Danzig der von Fräulein Albrecht, Tochter des Konsuls und Mitglieds des Aufsichtsrats des „Norddeutschen Lloyd,“ vollzogenen Taufe eines neuen Dampfers dieser Gesellschaft auf den Namen „Kaiser Friedrich“ bei.

8. Oktober. Veröffentlichung der Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin,

Geheimen Rat und Kämmerer Szóghény, Marich von Magyar-Szóghény und Szolgaegyháza.

17. Oktober. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin findet die Weihe der dreihundsechzig Fahnen der neuen Regimenter statt. Der Kaiser übergiebt sodann die Fahnen an die Befehlshaber der Regimenter mit folgenden Worten:

Die vor dem Altare Gottes stehen mit seinem Segen geweihten Fahnen übergebe Ich nunmehr den neuen Regimentern, welche unsre Armeen, sich stets wieder erneuernd und verjüngend, aus den Reihen ihrer alt bewährten Regimenter hat neu erstehen sehen. Ich thue dies an geweihter Stätte, vor dem Denkmal des großen Königs und vor dem Fenster des großen Kaisers. Nicht minder heilig wie die Stätte ist uns auch der Tag. Es ist der Jahrestag des großen Sieges, da das deutsche Volk zum erstenmale vorahnend erschauen durfte das Morgenrot kommender Vereinigung und dadurch bedingter zukünftiger Größe. Der Tag, an dem in ewiger Erinnerung von Deutschlands Bergen die Oktoberfeuer leuchten, ist der Geburtstag des heldenhaften ersten deutschen Kronprinzen und zweiten deutschen Kaisers. Aus den altbewährten Regimentern, die er zu Kampf und Sieg geführt, sind die Stämme für die neuen entnommen, denen nunmehr auch ihre Feldzeichen übergeben werden. Möge der allmächtige Gott, der es mit unserm Preußenland und unserm gesamten deutschen Vaterland stets so treu und gut gemeint hat, ein gnädiger Eideshelfer sein all den Tausenden von deutschen Jünglingen, die aus des Volkes Kreisen zu diesen neuen Fahnen strömen werden, wenn sie vor ihnen ihren Fahneneid ablegen. Mögen in den Regimentern nach dem Vorbilde des herrlichen Kaisers seine Haupttugenden weiterleben: die völlige selbstlose Hingabe an das Ganze, das rücksichtslose Einsetzen der eignen Fähigkeiten, körperlicher wie geistiger, für den Ruhm der Armee und die Sicherheit unsers geliebten Vaterlandes. Dann werden, des bin Ich überzeugt, auch bei den neuen Regimentern fest und unverwandt die Grundfesten bestehen, auf denen unsers Heeres Disziplin beruht: die Tapferkeit, das Ehrgefühl und der absolut bedingungslose Gehorsam. Dieses sei Mein Wunsch für die neuen Regimenter!

Bei der sich daran schließenden Brunktafel im königlichen Schloß bringt der Kaiser nachstehenden Trinkspruch aus:

Das anbrechende Jahr hat am 22. März vor des großen Kaisers historischem Essfenster, uns allen so teuer in Erinnerung, die ruhmbedeckten und lorbeerbekränzten Fahnen seines Gardekörps und seiner Leibregimenter stehen sehen, das sinkende Jahr erblickt an derselben Stelle, am Geburtstage seines heldenhaften Sohnes, die neuen Fahnen der neuformirten jungen Regimenter. Möge der Segen Gottes auf diesen Fahnen ruhen, und mögen diese in schweren wie in guten Zeiten ihren Regimentern stets voran wehen mit der Devise: Mit Gott für König und Vaterland! Allezeit stets bereit für des Reiches Herrlichkeit! Ein Hurra den neuen Regimentern!

18. Oktober. Der Kaiser, die Kaiserin, ihre drei ältesten Söhne und die Kaiserin Friedrich wohnen in Wiesbaden der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Friedrich bei. Beim Festmahl bringt der Kaiser ein Hoch auf die Kaiserin



Friedrich aus. Er feiert den verewigten Kaiser Friedrich als den Repräsentanten des deutschen Idealismus, gedenkt der hohen Verdienste, die sich derselbe wie im Kriege als Heerführer, so im Frieden in stiller Arbeit gemeinschaftlich mit seiner Gemahlin zur Hebung des Kulturlebens des deutschen Volkes erworben habe; und gerade diese letztere Thätigkeit des Kaisers Friedrich finde in Wiesbaden ihre besondern Beziehungen. Denn Kaiser Friedrich sei es gewesen, auf dessen Anregung und durch dessen Förderung der verstorbene Oberst v. Cohausen die Saalburg aufgedeckt habe. Deshalb sei es gerechtfertigt, daß Liebe und Dankbarkeit ihm hier in Wiesbaden ein Standbild errichtet haben, und deshalb knüpfe das Kleinod, das er, der Kaiser, heute der Stadt Wiesbaden als einen Ehrenschild für ihre Bürgermeister verliehen, in seinen Formen an die römische Zeit Wiesbadens an. Aus gleichem Grunde und um eine dauernde Erinnerung an den heutigen Tag zu stiften, habe er aber weiter beschlossen, die Saalburg in so weit wieder aufbauen zu lassen, daß daselbst ein Museum für die auf der Saalburg und dem großen Grenzwall aufgefundenen Altertümer eingerichtet werden könne.

Ansprache des Fürsten von Hohenzollern bei der Enthüllung eines Kaiser Wilhelm-Denkmales in Sigmaringen.

20. Oktober. Der Kaiser erhält in Wiesbaden den Besuch des mit Gemahlin in Darmstadt weilenden Kaisers von Rußland und des Großherzogs von Hessen.

21. Oktober. Der Kaiser erwidert diesen Besuch in Darmstadt und besichtigt in Karlsruhe das unlängst errichtete Denkmal Kaiser Wilhelms I., wobei er auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Schnegler erwidert:

Ich danke Ihnen herzlich für den schönen Empfang und drücke Meine Freude darüber aus, daß die Stadt ein so herrliches Denkmal errichtet hat. So wie der Kaiser in Erz gebildet vor unsern Augen dasteht, so ist er ein Palladium, das uns allen Mut schenken und uns für große Ziele stärken soll. In Berlin war es eine sehr hübsche Volkssitte, daß jeder Arbeiter, Bürger und Soldat, der an sein Tagewerk schritt, wenn er an dem Fenster Meines kaiserlichen Großvaters vorüberging und da Meinen Großvater am Schreibtisch erblickte, hierin neuen Mut zur Arbeit schöpfte und mit um so größerer Freude seinen Pflichten nachging. So möge jeder, und vornehmlich die Jugend, wenn sie an dem Denkmal vorübergeht, in dem Standbild des großen Kaisers eine Aufforderung zu freudiger Pflichterfüllung erblicken. Wenn hätte Ich der schönen Enthüllungsfeier persönlich beigewohnt, in dessen danke Ich Ihnen auch heute noch für das prachtvolle Werk, das Sie dem großen Kaiser errichtet, und für die wundervollen Worte, mit welchen Sie Ihren allergnädigsten Landesherrn bei der Enthüllung begrüßt haben. Ich hoffe, daß der gleiche patriotische Sinn, wie Ich ihn hier jederzeit gefunden, auch in jeder Stadt des Reiches nicht lässiger anzutreffen ist. Wir, die wir den hohen in Gott Ruhenden gekannt haben, werden uns des hohen Herrn auch

so erinnern; aber spätere Generationen möge dies Standbild des großen Kaisers aneifern, und jeder, der an dem Denkmal vorüber an sein Tagewerk geht, möge in diesem Anblick eine Mahnung zur freudigen Erfüllung seiner Pflicht finden, zum Wohle der Stadt, zum Wohle des ganzen Vaterlandes, worin in so herrlichem Beispiel vorangeht Ihr allergnädigster Landesherr. Ich fordere Sie daher auf, mit Mir einzustimmen in den Ruf: Seine Königl. Hoheit der Großherzog und Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin sie leben hoch! hoch! hoch!

27. Oktober. Prinz Friedrich Leopold wohnt in Münster der feierlichen Einweihung eines „vom Münsterlande“ dem Kaiser Wilhelm I. errichteten Denkmals bei.

8. November. Festlicher Empfang des Kaisers in Groß-Strehlitz in Schlessen.

21. Dezember. Zu Thorn findet in Gegenwart des Kaisers die Einweihung einer neuen Garnisonkirche statt. Der Kaiser trifft in Graudenz ein und antwortet auf die Ansprache des Bürgermeisters Kühnast, nach dem „Geselligen,“ etwa folgendes:

Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte, die Sie Mir dargebracht haben, für die treue Gesinnung, die Sie Mir ausgesprochen haben. Sie haben Recht, Graudenz ist eine Stadt mit reicher historischer Vergangenheit, der von dem General, welcher 1807 die Feste hielt, der Stempel aufgedrückt wurde. Damals haben die Bürger treu mit zum Halt der Feste beigetragen. Meine Fürsorge für die Stadt geht dahin, sie als Festungsstadt immer reicher auszugestalten — und deshalb (der Kaiser machte hier eine kleine Handbewegung) auch Mein heutiger Besuch —, damit Graudenz bei einer künftigen Bedrängnis widerstehen kann. Ich hoffe jedoch, daß es dazu nie kommen wird. Denn unser Nachbar im Osten, ein lieber und getreuer Freund von Mir, hat dieselben politischen Ansichten wie Ich. Ich sage Ihnen hiermit Meinen besten Dank für die schöne Ausschmückung der Stadt, für den freundlichen Empfang und bitte Sie, nicht bloß den städtischen Vertretern, sondern der ganzen Bevölkerung von Graudenz Meinen Dank zu übermitteln.

## Fünfter Abschnitt.

## Ministerialverfügungen und gerichtliche Entscheidungen.

## I.

## Verfügung des Justizministers über die Bestrafung des Duells und der Beleidigung.

16. November. Minister Schönstedt erläßt an die Beamten der Staatsanwaltschaft eine Verfügung, in der es heißt:

Die zahlreichen, in den letzten Jahren vorgekommenen Duelle mit teilweise tödlichem Ausgang haben in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Erregung hervorgerufen und vielfach das Verlangen nach einer Verschärfung der den Zweikampf betreffenden Strafgesetze laut werden lassen. Der Vorwurf ungenügender Ahndung des Duells trifft jedoch, soweit er berechtigt ist, weniger das geltende Gesetz, als dessen Handhabung. Während das Strafgesetzbuch den Zweikampf mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren, bei tödlichem Ausgang von zwei bis zu fünfzehn Jahren, die Herausforderung und das Partiestragen mit Festungshaft bis zu sechs Monaten und die von Erfolg begleitete absichtliche Anreizung zum Zweikampf mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bedroht, wird von den Gerichten in den weitaus meisten Fällen nur auf die zulässigen Mindeststrafen erkannt. Erhebliche Ueberschreitungen derselben kommen nur vereinzelt vor. Fälle, in denen die Höchststrafen verhängt wurden, sind nicht bekannt geworden.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß diese milde Praxis zu der Vermehrung der Duelle beigetragen hat. Sie mag berechtigt sein, insoweit ganz leichte Fälle, insbesondere die gewöhnlichen, dem ritterlichen Waffenspiel sich nähernden studentischen Mensuren in Frage kommen. Im übrigen konnte sie erklärlich und entschuldbar erscheinen, so lange sie durch das öffentliche Rechtsbewußtsein getragen wurde. Diese Voraussetzung ist aber nicht mehr als gegeben zu erachten. In der Sitzung vom 21. April 1896 hat der Reichstag einstimmig beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem mit den Strafgesetzen in Widerspruch befindlichen Duellwesen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Von seiten des Herrn Reichskanzlers ist namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben worden, daß es als eine selbstverständliche und unabweisbare Pflicht erscheine, den Gesetzen auf dem Gebiete des Duellwesens in allen Kreisen der Bevölkerung ohne Unterschied des Standes und Berufes Achtung und Befolgung zu sichern, und daß Mittel gesucht werden müßten, eine solche Sicherung wirksamer als bisher zu erreichen. Für die Beamten der Staatsanwaltschaft erwächst hieraus die Pflicht, bei noch vorkommenden Uebertretungen der Duellgesetze auf eine nachdrückliche Anwendung der letztern hinzuwirken. Mehr als bisher wird hierbei auf die Veranlassung des Duells, auf die größere oder geringere Frivolität bei der Herbeiführung desselben, auf das Verhalten der Beteiligten gegenüber dem Versuch eines friedlichen Ausgleichs, auf die Schwere der Kampfbedingungen und auf den Ausgang des Zweikampfes Rücksicht zu nehmen sein.

## II.

**Erkenntnis in der Börsenfrage.**

20. November. Der Bezirksausschuß in Berlin hebt die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 11. Juni 1897 wegen Schließung der Börsenversammlungen im „Seenpalast“ auf.

---

## III.

**Erkenntnis über den Gebrauch der polnischen Sprache in polnischen Versammlungen.**

Ende Oktober. Das Oberverwaltungsgericht erkennt, in Übereinstimmung mit dem Erkenntnis vom 26. September 1876, für Recht, daß das geltende Gesetz den Gebrauch der polnischen Sprache in polnischen Versammlungen zulasse und dieser Gebrauch mithin keinen Grund zur Auflösung darstelle, auch wenn der überwachende Beamte kein Polnisch verstehe. In der Begründung dieser Entscheidung wird nicht nur auf das geltende Recht, sondern auch auf die großpolnische Agitation Bezug genommen. Das Oberverwaltungsgericht hebt hervor, daß aus der Zulässigkeit des Gebrauchs fremder Sprachen in gewissen Gegenden besondere Schwierigkeiten in Bezug auf die Überwachung entständen, und daß die gesetzlichen Bestimmungen in dieser Hinsicht, besonders angesichts der sich immer weiter ausbreitenden, großpolnischen Agitation, unzulänglich sein müßten. Aber wenn sich auch die tatsächlichen Verhältnisse nach der früheren Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in verschiedenen Richtungen geändert hätten, so könne sich darum doch nicht eine andre Auslegung der vielleicht unzureichenden geltenden Gesetze rechtfertigen. Nach alledem habe, so gefährlich die polnische Agitation und so aner kennenswert deren Bekämpfung auch sein möge, das Verbot der polnischen Sprache bei der Versammlung in Bieschowa in Widerspruch mit dem geltenden Rechte gestanden.

---

## Sechster Abschnitt. Fürst Bismarck.

1. Juli. Der Fürst erhält in Friedrichsruh den Besuch des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar, der von Schwerin heimkehrt, wo er seinen 79. Geburtstag gefeiert hat. Als der Großherzog sich vom Fürsten wieder verabschiedet, sagt er: „Ich danke Ihnen für alles, was Sie dem Vaterlande gethan haben! Behalten Sie mich in gutem Andenken!“

31. Juli. Der Fürst erhält den Besuch der Mitglieder des engern Vorstandes des Bundes der Landwirte, der Abgeordneten v. Pögg, Dr. Köfide und Dr. Hahn. Ueber die Gespräche, die der Fürst mit ihnen bei Tafel geführt, berichtet die „Deutsche Tagesztg.“ vom 6. August folgendes:

Ganz besonders interessant waren die Äußerungen des Fürsten über die politischen Parteien. Er meinte, die Parteiführer seien zugleich „Erfinder und Grundlage“ ihrer Parteien, in denen die große Menge der Mitglieder nur dazu diene, ihnen den nötigen Rückhalt zu geben. Der „Bund der Landwirte“ habe augenscheinlich in dem Verhalten zu den Parteien das Richtige getroffen: die Parteien müßten nicht dem Bunde Sorge machen, sondern umgekehrt müßte es dahin kommen, daß der Bund den Parteien Sorge mache. Der Bund der Landwirte thäte gut, alle diejenigen Elemente, die bereit seien, die deutsche Landwirtschaft zu schützen, um sich zu sammeln, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den politischen Parteien. Es sei ganz richtig, daß der Bund sich dabei um die politische Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder nicht kümmern. Ja, es müßten bei der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen die Parteiunterschiede möglichst hintangestellt werden, und es sei geradezu die Parole auszugeben: *La recherche de la fraction est interdite!* Die Unterschiede der politischen Parteien, die in ihren Programmen zum Ausdruck gebracht würden, seien der großen Menge wenig bekannt, und wenn man die Anhänger der Parteien nach diesen Unterschieden fragen wollte, so würde man in den seltensten Fällen eine zuverlässige Auskunft bekommen. Es gehe hier den Anhängern der Parteien ebenso wie vielfach den Angehörigen der verschiedenen christlichen Konfessionen, die auch in den wenigsten Fällen imstande seien, die Unterscheidungslehren ihrer Konfession zutreffend anzugeben. Der Fürst meinte weiter, daß der Bund der Landwirte ganz recht handle, wenn er seine Aufgabe darin erblicke, eine Vereinigung zu bilden, die dazu bestimmt sei, die wirtschaftlichen Interessen der Landwirte im politischen Leben wahrzunehmen. Die Bezeichnung „Agrarier“, die von den Gegnern angewendet würde, sei zurückzuweisen. Warum sage man „Agrarier“ und nicht „Deutsche Landwirte“? Unter dem Fremdwort „Agrarier“ solle das Publikum dazu gebracht werden, alles mögliche Schlechte und Schlimme auf der Welt zu verstehen. Ebenso wie mit dem Worte „Agrarier“ sei auch mit dem Worte „Reaktion“ viel Unfug getrieben worden. Man solle doch einfach die deutschen Bezeichnungen gebrauchen, dann könnten solche mißverständlichen Auslegungen und Auffassungen nicht auskommen. Auch die ungünstige Lage der Landwirtschaft berührte der Fürst und zeigte sie an einzelnen Beispielen, im besondern an

dem Hinuntergehen der Pachtsätze. Er könne es daran merken, daß ihm zur Zeit nur noch 6 Mark für den Magdeburger Morgen und in Barzin sogar nur 4 Mark Pacht bezahlt würden. Von den neuesten wirtschaftspolitischen Vorgängen wurde u. a. die Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrags berührt. Der Fürst meinte, es sei das ein Vorkommnis, dessen Tragweite ihm Augenblick kaum zu übersehen sei, und über das er sich darum auch weiter nicht äußerte. Als das Gespräch darauf kam, daß der Partikularismus in Deutschland augenscheinlich leider wieder zunähme, äußerte der Fürst: es gebe auch einen preussischen Partikularismus, gegen den er oft genug habe ankämpfen müssen. So hätten seine Gutsnachbarn in Pommern geglaubt, nachdem er Ministerpräsident geworden und später die Einigung der Deutschen gelungen sei, nun müßten sie mindestens Vizepräsidenten oder Vizekanzler werden; sie seien ungehalten gewesen, daß er sich auch im übrigen Deutschland, bei den Liberalen, nach Unterstützung umgesehen habe, wozu er doch genötigt gewesen sei, um eine parlamentarische Majorität zu bekommen, deren er für die Durchführung seiner Reichspolitik bedurft hätte. Er sei deshalb von den Konservativen nicht wenig angefeindet worden. Zu bedauern sei, daß der Partikularismus sich wieder geltend mache. Nach 1870/71 wäre es anders gewesen; da hätten die Süd- und Westdeutschen Preußen gerne leiden mögen. Recht ungehalten sprach der Fürst darüber, wie sich im Jahre 1890, bei seinem Ausscheiden aus dem Amte, die politischen Parteien zu ihm gestellt hätten; so mancher hätte damals geglaubt, nun sei die Bahn für seine Streberei frei geworden.

3. September. In der Berliner Wochenschrift „Die Zukunft“ werden neue Äußerungen des Fürsten Bismarck berichtet unter dem Titel „Bismarck's Glossen.“ Ueber die Konservativen habe er gesagt:

Man wirft mir jetzt in den Zeitungen vor, ich habe durch eine Äußerung, die in einem Wiener Blatt veröffentlicht wurde, die konservative Fraktion verletzt. Ich kann mich der Äußerung nicht mehr entsinnen, weiß nicht, wie sie in die Zeitung kam, und nehme an, daß sie sich auf Vorgänge bezog, die sich bei meiner Entlassung und bei der Beratung der ersten Handelsverträge abspielten. Von den heutigen Führern der Konservativen kenne ich überhaupt nur einzelne Herren, die meinem Hause befreundet sind, und die ich natürlich nicht kränken wollte; auch an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der andern zweifle ich nicht. Aber es liegt nun einmal in der Natur dieser Partei, daß sie von der auch sonst leider landesüblichen Fraktionsstreberei besonders leicht versucht wird. Da sitzen Beamte, die eigentlich gar nicht ins Parlament gehören, Leute, die Söhne, Töchter und Enkel zu versorgen haben und deshalb Rücksichten nehmen müssen, da möchte mancher im Staat eine höhere Stufe erklettern, und nützliche Verbandschaften, gesellschaftliche und militärische Beziehungen spielen auch eine Rolle. Dazu kommt, daß meine Standesgenossen vielfach recht bequem sind, nicht gern übermäßig arbeiten oder auch durch ihre landwirtschaftliche Thätigkeit stark in Anspruch genommen werden; dann reihen die Strebsamsten, die sich auf die Sitzungen vorbereiten und in den Drucksachen Bescheid wissen, die Herrschaft an sich, und die Fraktion merkt dann vielleicht zu spät, daß sie auf der schiefen Ebene angelangt ist. Mir haben die Herren von der Kreuzzeitungsfarbe das ministerielle Leben recht sauer gemacht; ich war nie ihr Mann, und die schlimmsten Verdächtigungen sind immer von dieser Seite gekommen. Sie ließen mich im Stich, als es darauf ankam, zu-

nächst einmal das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen; manches wäre anders geworden, wenn ich damals konservative Hilse gefunden hätte, aber ich hätte viel eher noch mit Herrn Richter paktirt als mit den Freunden der Rathstus-Lubom und Konforten. Es war viel Reib dabei, weil ich es weiter gebracht hatte als andre Junker, aber auch doktrinaire Beschränktheit und protestantisch-jesuitischer Eifer. Als ich dann weggeschickt wurde, hatten wieder dieselben Leute ihre Hand im Spiel: siehe Scheiterhaufenbrief und ähnliche Sachen. Wie es heute in der Fraktion aussieht, weiß ich nicht. Die nach außen sichtbaren Leistungen können mir nicht gerade Bewunderung abzwängen. Ich habe oft das Gefühl, daß die Herren die Begriffe konservativ und gouvernemental verwechseln, und frage mich manchmal, ob sie selbst eigentlich genau wissen, was sie konserviren wollen. — Zu den Tafelreden des Kaisers Nikolaus und Faures bemerkt Bismard: Nations alliées ist noch lange nicht alliance und kann unter Umständen auch eine bloße Artigkeit sein, eine Verstärkung und Unterstreichung des ebenso unverbindlichen Wortes nations amies; ich erinnere mich solcher von den Betheiligten nicht ungern gehörten dunkeln Wendungen aus meiner diplomatischen Thätigkeit. Und wenn wirklich von einer Allianz gesprochen werden kann, dann müßte man, um über ihren Wert und ihre Tragweite urtheilen zu können, doch erst den Inhalt des Bündnißvertrags kennen. Die Leute, die in Paris die Veröffentlichung des Textes fordern, haben nicht so unrecht. Ich glaube nicht, daß der Inhalt des Vertrags, wenn überhaupt einer existirt, den Franzosen gefallen würde. Wenigstens habe ich die russische Politik immer als sehr vorsichtig kennen gelernt und kann mir nicht denken, daß sie sich ohne Not auf Abenteuer einlassen wird, bei denen für sie nichts zu holen ist. Graf Murawiew, mit dem ich, wenn er meinen Freund Schuwalow als Geschäftsträger vertrat, amtlich und persönlich sehr gern verkehrte, gab sich als unsern Freund, und ich wußte nicht, weshalb er seinen Sinn geändert haben sollte. Man überschätzt, wie mir scheint, heutzutage vielfach die Bedeutung der Reisen, Besuche, Feste, Toaste — ich möchte sagen: das Dekorative in der Politik. Auch mich hat man ja manchmal dekorativ, als eine Farbensnuance, zu verwenden versucht, aber ich bin dafür doch schon zu alt und für Theatereffekte kaum noch zu brauchen. — Zur Flottenfrage äußert sich der Fürst Bismard: „In den Zeitungen wird unaufhörlich über die Vermehrung unsrer Flotte gestritten. Wozu der Lärm? Was nach dem Urtheil nüchternen Sachmänner nötig ist, muß bewilligt werden. Ich glaube, daß wir neue Kreuzer brauchen, aber ich bin sehr mißtraulich gegen Paradeschiffe, die nur zur Markirung von Prestige dienen sollen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter Lügenschiffe nennen muß, weil sie nichts leisten. Für koloniale Erobererpolitik nach französischem Muster hat mir schon als Minister jede Neigung gefehlt, und mir scheint, daß jetzt die Zeit dafür besonders ungünstig ist. Unser Handel muß überall ausreichenden Schutz finden, aber die Flagge soll dem Handel folgen, nicht ihm vorangehen. Auf absehbare Zeit bleibt für uns das Wichtigste ein starkes, zuverlässiges Heer aus gebienten Leuten, die mit der besten Waffe ausgerüstet sind. Das war auch Moltkes Meinung, mit dem mich die Ueberzeugung verband, daß wir sogar die über unsern Kolonialbesitz entscheidenden Schlachten auf dem europäischen Festlande auszufechten haben werden. Also keine Knauferei, aber auch keine phantastischen Pläne, über die wir uns dann schließlich noch mit andern, für unsre europäische Situation wichtigen Leuten brouilliren. Qui trop embrasse . . .“ — Ueber die Kaiserin Augusta sagt Bismard, er könne die Bezeichnung derselben als einer großen Frau nicht unterschreiben; auch den alten Kaiser höre er lieber den Tapfern,

den Mitterlischen oder den Treuen als den Großen nennen. Fürst Bismarck erzählte, sie habe als Prinzessin von Preußen 1848 seinem Rat, daß der Prinz von Preußen nicht nach England gehe, sondern in Potsdam bleiben solle, lebhaften Widerspruch entgegengesetzt, indem sie erklärte, sie müsse vor allen Dingen für die Zukunft ihres Sohnes sorgen. Binde habe ihn dann im Landtage angeprochen und gesagt, er wolle den Antrag stellen, der Prinzessin von Preußen die Regentschaft zu übertragen; denn der Prinz sei im Lande unmöglich geworden. Er aber habe Binde gedroht, im Falle eines solchen Antrages ihn als Hochverräter verhaften zu lassen. Der Antrag sei unterblieben, weil er ohne die Unterstützung der äußersten Rechten aussichtslos war. „Meine Beziehungen zu der Prinzessin wurden dadurch nicht besser, und sie konnte, auch als sie Königin und Kaiserin geworden war, ihren eigentümlichen Groll gegen mich nie ganz verbergen. Ihre Neigung für alles Französische und Katholische wirkte dabei mit, an ihrem Hofe entstand im Laufe der Zeit eine Kamarilla, die nicht immer unbedenkliche Mittel anwandte, um ihr Ziel zu erreichen. Diese Kämpfe kosteten Nervenkraft. Ich kann wohl sagen, daß dieser langjährige Damenkrieg meine Gesundheit mehr angegriffen hat als alle offenen Gesuche im Parlament und im diplomatischen Dienst.“ — In einer Zeitung war gesagt worden, der alte Kanzler werde bestimmt nächstens nach Kiel fahren, um ein Schiff zu kaufen. Der Fürst las diese Notiz laut und fügte hinzu: „So? Die Leute scheinen noch immer zu glauben, daß es mir so geht wie dem Dienstmädchen, das meiner guten Fran einmal in Wazsin sagte: »An allem kann ich mir gewöhnen, nur an dem Einsamen nicht.« Ich fühle mich zu Hause recht wohl und passe nicht für Feste.“

2. September. Der Fürst erhält den Besuch des Königs von Siam.

3. September. In Friedrichsruh trifft der Generaladjutant des Königs von Siam, Phya Tejo, ein, um dem Fürsten Bismarck den ihm vom Könige am 2. September verliehenen Familienorden des Königlich-hauser in Brillanten und mit dem Bildnisse des Königs geziert zu überreichen. Ferner ist Phya Tejo Ueberbringer einer Anzahl von Geschenken, darunter der Platinphotographien des Königs und der beiden Prinzen mit deren Unterschrift und zweier großer Blumenvasen in hervorragend künstlerischer Arbeit.

4. September. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlicht folgende Dankagung des Fürsten Bismarck:

Zum Gedantage sind mir telegraphisch und schriftlich so viele begrüßende Rundgebungen zugegangen, daß es mir leider nicht möglich ist, dieselben einzeln zu beantworten. Daher bitte ich meine Landsleute, die meiner bei dieser Feier freundlich gedacht haben, meinen herzlichsten Dank durch diese Veröffentlichung entgegen zu nehmen.

Die „Schlesische Ztg.“ in Breslau enthält folgendes:

Bei den täglichen Tischgesprächen kommt der Fürst häufig dazu, falsche Darstellungen geschichtlicher Vorgänge zu berichtigen, die er in irgend einer Zeitschrift oder einem Werke im Laufe des Tages gelesen hat.



Auch neue Thatfachen werden bei solchen Gelegenheiten bekannt. So z. B. erfuhr man vor einiger Zeit auf diese Weise, daß Kaiser Friedrich die Absicht gehabt habe, dem Grafen Herbert Bismard nach Analogie des kaiserlichen Hauses Pleß den Prinzentitel zu verleihen, wogegen der Fürst Einspruch erhoben und gebeten habe, daß, wenn seinem Sohne eine Gnade erwiesen werden solle, Seine Majestät ihn zum Mitgliede des preussischen Staatsministeriums zu ernennen geruhen möge, in dem er, der Fürst, einer in auswärtigen Dingen sachverständigen Unterstützung zu bedürfen glaube, wie sie ihm sein Sohn in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Aeußern im Reich und nach langjähriger Schulung im Dienst gewähren könne.

Am früheren Kronprinzen Friedrich Wilhelm schätzte der Fürst außer andern guten Seiten namentlich dessen hohe militärische Eigenschaften, seine Tapferkeit und seinen unerschütterlichen Mut, der ihn befähigt habe, mitten im feindlichen Feuer die größte Kaltblütigkeit und Ruhe zu bewahren. Daß Kaiser Wilhelm I. im Sommer 1878 nach dem Nobiling'schen Attentate die Absicht gehabt habe, die Regierung definitiv seinem Sohne zu übertragen, stellte der Fürst entschieden in Abrede. Der alte Kaiser habe niemals energischer, soweit es seine Verwundung erlaubte, den Wunsch, weiter zu regieren, kundgegeben, als damals. Wie frisch er sich auch körperlich gerade nach dem Attentate gefühlt habe, gehe unter anderm daraus hervor, daß er über den „Aderlaß“ scherzte und sagte, Nobiling habe besser gewußt als seine Aerzte, welches Mittel zur Herstellung seiner, des Kaisers, Gesundheit indigirt gewesen sei. Der Kronprinz, fuhr der Fürst fort, habe damals einige Abneigung gegen die Bestimmungen über die provisorische Stellvertretung seines Vaters gehegt, dieselbe sei jedoch ohne Schwierigkeiten zu überwinden gewesen.

Bezüglich der seiner Zeit geplant gewesenem Errichtung einer elsass-lothringischen Regentschaft unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm äußerte der Fürst, es sei vollständig unrichtig, daß der damalige Kronprinz gegen die Ausführung dieser Idee gewesen sei, er sei vielmehr mit Liebe auf den Gedanken, als er vom Fürsten Bismard angeregt wurde, eingegangen, und die Sache würde wahrscheinlich ihre Verwirklichung gefunden haben, wenn nicht Kaiser Wilhelm mit Bestimmtheit dagegen gewesen wäre, weil er in seinem hohen Alter gewünscht habe, den Kronprinzen in seiner Nähe in Berlin zu behalten. Wie er gelegentlich geäußert habe, hätte die Abwesenheit seines Nachfolgers von Berlin ohnehin schon das Maß dessen überschritten, was er als Familienvater und Landesherr in seinen Jahren und bei der Unberechenbarkeit seiner Lebensdauer für richtig gehalten habe.

Die Legende, daß während der Krankheit Kaiser Friedrichs die Einsetzung einer Regentschaft erörtert worden sei, bezeichnete der Fürst als gänzlich aus der Luft gegriffen. Dasselbe sei der Fall bezüglich der Angabe, daß erst nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. eine vollständige Verständigung zwischen dessen Nachfolger und ihm, dem Fürsten Bismard, zustande gekommen sei, die nur durch die bekannten ersten Erlasse aus San Remo erschwert worden wäre. Die volle Verständigung zwischen dem hohen Herrn und ihm sei seit dem Jahre 1866 niemals unterbrochen gewesen, und zum konkreten Ausdruck sei sie 1885 gelangt, in dem Augenblicke, wo Kaiser Wilhelm so schwer erkrankt gewesen sei, daß für sein Leben gefürchtet worden wäre. An der Regierungsfähigkeit Kaiser Friedrichs habe in amtlichen Kreisen niemals ein Zweifel bestanden, und er, der Fürst, habe der Ueberzeugung, daß die Krankheit des Kaisers Friedrich kein Regierungshindernis sei, namentlich der Königin von England gegenüber bei deren Besuche in Charlottenburg sehr energischen Ausdruck dahin gegeben, daß eine Regentschaftsfrage ohne ihn, den Ministerpräsidenten,

gar nicht angeregt werden könne und daß er, so lange er lebe und Minister sei, unter keinen Umständen seine Zustimmung dazu geben werde.

25. September. Die „Hamb. Nachr.“ schreiben: Der Kaiser Menelik II. hat dem Fürsten Bismarck das Großkreuz des Ordens des Sterns von Aethiopien verliehen.

Fürst Bismarck erhält vom Kaiser aus Rominten das auf S. 45 erwähnte Telegramm aus Anlaß der in Kiel stattgehabten Taufe eines neuen Panzerschiffs auf den Namen „Fürst Bismarck.“ — Der Fürst erhält den Besuch der Staatssekretäre Tirpitz und Freiherrn v. Thielmann sowie des Ministers v. Miquel — Die „Hamb. Nachr.“ schreiben:

Wir haben von einem erfreulichen Familienereignisse im Bismarckschen Hause Mitteilung zu machen. Heute ist Frau Gräfin Herbert Bismarck in Schönhausen von einem Sohne glücklich entbunden worden. Fürst Bismarck hat also nun zwei Enkel, die als dereinstige Träger seines großen Namens in Betracht kommen. Wir sind sicher, dem Gefühle unsers ganzen Volkes Ausdruck zu geben, wenn wir dem Österreichszkanzler zu dem heute geborenen ersten männlichen Sproß seines ältesten Sohnes von Herzen gratuliren und dem jüngsten Bismarck ein gutes Gedeihen wünschen.

10. November. In Kiel findet die feierliche Enthüllung eines Denkmals des Fürsten Bismarcks statt.

8. Dezember. Prinz Heinrich von Preußen besucht vor seiner Reise nach Ostasien den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

## Siebenter Abschnitt. Partei-bewegung.

### I.

#### Konservative Partei.

5. September. Die angeblichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die konservative Partei (S. 53) veranlassen die „Kreuz- u. Ztg.“ zu folgenden Bemerkungen:

Mit Bedauern müssen wir neuer Aeußerungen des Fürsten Bismarck erwähnen, aus denen hervorgeht, daß sich seiner doch eine große Mißstimmung über die konservative Partei bemächtigt hat. Die Behauptung, daß die konservative Partei von der „Fraktionsstreberei besonders leicht verseucht werde,“ und der Satz, er hätte „viel lieber mit Herrn Richter paktirt als mit den Freunden der Rathusius-Ludom und Konsorten“ zeigen in ihrer beleidigenden Pointirung eine solche Animosität des Österreichszkanzlers gegen die konservative Partei, daß es schwer ist, eine Erklärung dafür zu finden. Nirgends

ist der Fürst mehr verehrt als von den Konservativen; seinen ältesten Sohn, der parlamentarisch „wild“ ist, hat man auf dem konservativen Parteitag zu Dresden als ersten sprechen lassen — nur dem Namen Bismarck zu Ehren. Und das ist der Dank aus Friedrichsruh? Der Fürst scheint verärgert zu sein. Als Zuschauer im Parterre sehen sich die Dinge anders an, wie wenn man praktische Politik treibt. Es muß doch regiert werden. Weil Fürst Bismarck nicht mehr am Ruder ist, kann doch die ganze Reichsmaschine nicht stille stehn, und ebenso wenig ist von der konservativen Partei zu verlangen, daß sie sich deswegen in ein Achilleszelt zurückzieht. Wir können nur mit Trauer im Herzen feststellen, daß einer der größten Söhne Deutschlands Reden führt, aus denen eine völlige Verbitterung, ein unheilbarer Bruch mit der Gegenwart herausblitzt.

6. September. Die preußischen Führer der konservativen haben, sagt das „Leipz. Tagebl.“, nicht klug gehandelt, als sie gegen Urteile, die Fürst Bismarck über sie gefällt, geräuschvoll in der Presse protestirten. Es darf nicht verhehlt werden, daß der Ton, in dem konservative Blätter dem Fürsten Bismarck „antworten“ zu müssen glauben, ein politisch sehr schlecht gewählter ist. Wenn nach Friedrichsruh der Vorwurf adressirt wird, man habe dort der Demokratie Waffen gegen die Konservativen in die Hand gegeben, so gilt dies jedenfalls noch in viel höhern Maße von den Erwiderungen konservativer Zeitungen in Bezug auf den Fürsten Bismarck. Die „Kreuztg.“, die die Geschichte des Deklarantentums besonders genau kennt, hütet sich, in die Vergangenheit zurückzugreifen; sie äußert sich aber nicht minder gehässig als das andre konservative Berliner Organ.

Das „Volk“ in Berlin, Organ des Abg. Stöcker, spricht sich also aus:

Der Fürst liebt und haßt noch mit der Kraft der Jugend. Und wenn er „zufällige“ Bemerkungen über die Konservativen hinwirft, so sind diese Worte nichts weniger als zufällig, sondern ebenso genau berechnet, wie alles, was er politisch ausspricht, und sollen ohne Zweifel einem Plane, den er gefaßt hat, dienen. Der Fürst hat seine Absichten. Es fragt sich nur, welche. Wir glauben kaum, daß man irrt, wenn man den Ausfall des Fürsten mit dem kürzlich erfolgten Besuch der Herren vom Bund der Landwirte in Verbindung bringt. Dieser Besuch wird beim Fürsten die Ueberzeugung, wenn nicht geweckt, doch bekräftigt haben, daß in der agrarischen und Mittelstandsbewegung jetzt viel mehr Lebenskraft sitzt als im sinkenden Konservatismus, und vielleicht stellt der Angriff des Fürsten die Gewährung einer erbetenen Hilfe dar. In Bezug auf politische Machtfaktoren hat es der Fürst ja stets mit der bekannten Maxime gehalten: „Für einen Leichnam bin ich nicht zu Haus, mir geht es wie der Rabe mit der Maus.“ Damit wollen wir nun unsererseits noch keineswegs das Urteil ausgesprochen haben, als hielten wir die konservative Partei von heute auf morgen dem Untergang verfallen. Trotz aller Angriffe wird sie ein erhebliches Terrain auch in der kommenden Wahl behaupten. Daß sie es aber durch zahllose Mißgriffe zu einem äußersten Maß der Unbeliebtheit in weiten Kreisen gebracht hat, darüber sind Täuschungen kaum noch möglich. Wann hätten die Konservativen der Regierung gegen-

über aufrecht gestanden? Umgefallen sind sie hundertmal, wie die Kleinfoldaten. Als Fürst Bismarck den Kulturkampf machte, machten sie mit; als er sistirt wurde, sistirten sie mit; als er wieder ausbrach, brachen sie mit aus. Als Kaiser Wilhelm christlich-soziale Reformen ankündete, jubelten sie ihm zu; als christlich-sozial für Unsinn erklärt wurde, stießen sie Säbber aus der Partei aus und folgten Stumm; als das Sozialistengesetz gemacht wurde, fanden sie es nötig, als es aufgehoben wurde, überflüssig; und als vor kurzem die Aera Hohentlohe ganz aus Versehen — gewollt hatte es ja eigentlich niemand — wieder in ein Umsturzgesetz hineintappte, tappten die Konservativen mit. Die Konservativen sind umgefallen in der Handwerkerfrage, umgefallen selbst bei den Handelsverträgen, und so fort. Warum wir das sagen? Um angesichts der furchtbaren Zersplitterung anf der Rechten von neuem die Frage zu stellen, ob sich nicht aus den verständigen Konservativen, die selbst mit der Führung ihrer Partei zerfallen sind, aus den Deutsch-Sozialen, aus den Christlich-Sozialen, aus den mancherlei Wilden, vielleicht auch aus einigen Nationalliberalen eine neue Partei der Zukunft bilden ließe, nach der so viele aussehen.

Die „Konf. Korr.“, Organ des Wahlvereins der deutschen Konservativen, erinnert an die Sympathiekundgebungen, deren sich die Partei in letzter Zeit seitens des Fürsten Bismarck zu erfreuen gehabt habe, und protestirt gegen das Urtheil, daß die konservative Partei die Begriffe konservativ und gouvernemental verwechsle. Die Partei wisse genau, was sie konserviren wolle: die Religion, das Vaterland, die Monarchie und demgemäß deren Grundlagen: die berechnigte Autorität und die nationalen Produktivstände.

7. September. Zu diesen Auslassungen der konservativen Presse bemerkt die „Vossische Ztg.“:

Für den Fürsten Bismarck haben die kommenden Wahlen eine ganz besondere Bedeutung. Nicht aus Liebe zum Liberalismus greift Fürst Bismarck jetzt die Konservativen an, wohl aber, das erscheint uns sicher, um die Opposition gegen den allerneuesten Kurs zu stärken. Daraus erklärt sich auch sein Verhältnis zum Bund der Landwirte. Eine Partei im Sinne v. Blöhs wäre dem Einsiedler von Friedrichsruh, der einmal heut agrarische Neigungen zeigt, weit willkommener als eine im Sinne Stöckers. Der abgelehnte „eiserne Kanzler“ aber will in dem Ausfall der nächsten Wahlen die Antwort sehen auf die Iden des März 1890 und das, was ihm später begegnet ist. Er fühlt sich noch stark genug, um Abrechnung zu halten.

11. September. Das christlich-soziale „Volk“, Organ Stöckers, kommt noch einmal auf die jüngsten Aeußerungen Bismarcks über die Konservativen zurück und hält diesen ihr Sündenregister vor. Das „Volk“ spricht von einer „recht brüskten“ Absage Bismarcks an die Konservativen und fährt dann fort:

Wir Christlich-Sozialen stehen diesen Vorgängen mit sehr gemischten Empfindungen gegenüber. Den Konservativen müssen wir sagen, daß sie ihr Schicksal mit vielen That- und Unterlassungssünden voll verdient haben. Die beiden großen Fehler, die die konservative Partei gemacht hat, sind der Gouvernementalismus einerseits und jobann die Aufgabe aller politischen Ideale, um sie durch einseitigste In-

teressenpolitik zu ersehen. Die gegenwärtige Partei hat nur zu oft die Gefügigkeit bis zur Verleugnung aller eignen Grundzüge getrieben. Dann aber gräbt jede Partei sich ihr eignes Grab, die allen Idealen entsagt und nur noch ein einziges materielles Interesse, und auch dies zum Teil mit unmöglichen Mitteln, wahrnehmen will. Die Politik stumm, der man selber gefolgt ist, ist überhaupt keine Politik mehr, sondern nur eine politische Bankrotterklärung.

**12. September.** Der konservative „Reichsbote“ erkennt an, daß die Konservativen zu einem immer extremern Agrariertum gelangt seien, indem er schreibt:

Hier hat sich die konservative Partei im Drange der Verhältnisse verleiten lassen, die alte bewährte Umsicht und den großen, auf das Ganze und praktisch Mögliche gerichteten Blick mehr, als gut war, zu verlassen und sich für einseitige, unausführbare Forderungen zu engagiren, denen derselbe Fehler der einseitigen Interessenpolitik anhaftete, an dem die liberale Partei Schiffbruch gelitten hat. Das hat die jetzige Krisis über sie gebracht. Der Bestand der konservativen Partei ist aufs schwerste erschüttert, einerseits durch die Schuld ihrer eignen Vertreter, andererseits durch die von allen Seiten auf sie einstürmenden Verdächtigungen und Schmähungen. Die feindlichen Agitatoren reisen im Lande umher, halten Versammlungen und gründen Vereine — aber die Organisation der konservativen Partei liegt durch ihre eigene Schuld fast ganz am Boden. Angesichts der gegenwärtigen Sachlage ist es dringend nötig, daß alle konservativ gesinnten Elemente im Lande sich ermannen, um die konservative Partei zu erneuern.

**14. September.** Die „Vossische Ztg.“ spricht sich also aus:

Die heutige konservative Partei ist jeder selbständigen Bedeutung bar. Wie die Magnetnadel einmal abgelenkt werden und schwanzen kann, schließlich aber immer wieder nach Norden zeigt, so kann die konservative Partei Preußens gelegentlich einen Anlauf nehmen, die Fronde zu spielen. Der Bismarckkultus war für sie Mittel zum Zweck. Aber Fürst Bismarck will sich andrer bedienen, nicht ihnen dienen. Er läßt sich nicht gebrauchen, daher wirft er den Speer in das konservative Lager: Zwischen uns sei Fehde! Das ist das Vorspiel zu dem Kampf bei den Wahlen. Die Rechte aber empfindet die Streiche, die auf sie niederfallen, doppelt schmerzlich, weil sie dem Fürsten Bismarck die Waffen geschärft hat. Wie sie ihn zeitweilig verkleinert hat, so hat sie ihn zeitweilig vergöttert, namentlich wenn ein Ausgleich zwischen Berlin und Friedrichshagen erreicht schien. Das aber darf der Einsiedler von Friedrichshagen glauben, daß die Linke im Kampfe gegen die konservative Partei hinter ihm nicht zurückstehen wird. Und den Erfolg wird der nächste Wahltag zeigen.

**19. September.** Graf Herbert Bismarck in Schönhausen beantwortet ein Schreiben des Hofrats Mehnert in Dresden, der Aufschluß zu haben wünschte, inwieweit die Äußerungen des Fürsten Bismarck über die konservative Partei nach dessen Meinung eine für die sächsischen Konservativen berechnete Kritik enthielten, mit einem Schreiben, in dem es heißt:

Mein Vater hat nur den Wunsch, daß bei den 1898 kommenden Neuwahlen diejenigen Ideen, die er nach seiner Weltanschauung auf Grund langer Erfahrungen für konservativ hält, verstärkt zur

Geltung gebracht werden. Daß seine zwanglosen Äußerungen ohne Revision der Fassung in seinem Namen veröffentlicht wurden, war von meinem Vater nicht vorausgesehen.

Anfang Oktober. Die „Deutsche Adels-Ztg.“ ruft zum Eintreten für die konservative Partei auf und sagt:

Der Edelmann, der die Schwingen, die seines Gottes Gnade ihm in den Traditionen seines Standes gegeben, nur in der Sonne des Hof- und Salonlebens, auf den Pfaden des High life und auf der Rennbahn glitzern sehen, sie aber nicht zu dem Aufstieg gebrauchen will, den seines Standes angestammter Beruf von ihm verlangt, der halte sich zu den Mächten, in deren Reihen er gehört: zur titulierten oder auch nicht titulierten liberalen Bourgeoisie. Wer aber Gott fürchtet, den König ehrt und die Brüder liebt, vermag keinen Kompromiß zu schließen mit den Männern von „Bildung und Besitz“, den Vernunft-Monarchisten der „Adl.-Ztg.“ und den Leuten der „National-Ztg.“, denen es eine Lust ist, außerhalb des Schattens der Kirche zu leben. Erst wenn wir dem Liberalismus aller Schattierungen das Rückgrat gebrochen haben werden, wird man des Umsturzes Herr werden.

10. November. Im Reichstagswahlkreise Westprieignitz, wo infolge der Ernennung v. Pöbbeckes zum Staatssekretär eine Ersatzwahl vollzogen werden muß, siegt in Stichwahl der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, der Großdestillateur Schulz aus Berlin, mit 7481 Stimmen über den konservativen Kandidaten, Mitterschachtsdirektor v. Salbern, der 5999 Stimmen auf sich vereinigt. Den Konservativen geht damit ein Wahlkreis verloren, den sie, mit einer Ausnahme im Jahre 1881, von alters her in Besitz gehabt haben. Ueber dieses Ergebnis sagen die „Hamb. Nachrichten“: „Die Antisemiten, die unter der Flagge des Bundes der Landwirte in den Kampf gezogen, sind mit der Sozialdemokratie zu der Freisinnigen Volkspartei übergegangen und haben dieser das Mandat verschafft. Sonach ist der Zug nach links, der sich bei dieser Stichwahl wieder bemerkbar gemacht haben soll, auf antisemitisches und sozialdemokratisches Konto zu setzen.“

3. Dezember. Die „Konservative Korrespondenz“ spricht sich also aus:

Bedenkt man, daß der Bund der Landwirte nicht zum geringsten Teile durch die Gelder seiner konservativen Mitglieder erhalten wird, so ergibt sich von selbst die Berechtigung des Verlangens, daß diese Geldmittel nicht indirekt zur Bekämpfung der konservativen Partei verwendet werden dürfen. Dies geschieht aber, wenn die Bundesleitung die antisemitischen Einbrüche durch „wohlwollende Neutralität“ begünstigt oder gar, wie jüngst in der „Deutschen Tageszeitung“ geschehen, dadurch direkt fördert, daß geäußert wird, diese oder jene antisemitische Sonderkandidatur „wäre wohl unterblieben, wenn der Kreis einen entschiednen Konservativen auf den Schild gehoben hätte“. Wir müssen dagegen bestimmt Verwahrung einlegen, daß das Organ des Bundes der Landwirte in dieser Weise als Zensor über unsre Kandidaten auftritt, und stellen das Verlangen an die Bundesleitung, gegen diese die Antisemiten begünstigende Haltung ihres Organs einzuschreiten.

9. Dezember. In Berlin findet der konservative Parteitag der Provinz Brandenburg statt.

Professor Propatschek spricht sich in der Eröffnungsrede also aus: Wir Konservativen wollen ein Königtum, das nicht bloß das Recht hat, seine Meinung durch die Minister mit Zustimmung des Parlaments auszuführen, sondern ein Königtum, das die Pflicht hat, auch gegen die abweichende Meinung des Parlaments, gestützt auf das königstreue Volk, seinen Willen durchzuführen. Das konservative Programm entspricht noch heute den konservativen Grundsätzen! Erster Satz muß noch heute sein: „Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerlässliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung.“ Wer mit dem Christentum aufräumt, sich gegen den Altar auflehnt, der macht auch vor dem Throne nicht halt! Manche Anfechtung erfährt der Satz des Programms: „Wir bekämpfen den vielfach sich verdrängenden und zerlegenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben“. Wenn man gesagt hat, wir hätten den Satz von den „Ausbreitungen des Antisemitismus“ nur gestrichen, weil wir die Antisemiten nicht verärgern wollten, so trifft das auch garnicht zu. Wir verurteilen alle Ausbreitungen. Deshalb hätten wir gerade die antisemitischen hervorheben sollen? Also den Satz über den sich vordrängenden jüdischen Einfluß halten wir noch heute fest. Sie alle wissen ja auch, wie groß der Einfluß des Judentums ist. Wir erkennen nicht in jedem einzelnen Juden einen Schuft, ebenso wenig wie in jedem einzelnen Sozialdemokraten oder Freisinnigen. Aber das Recht haben wir als Deutsche, von dem zerlegenden Einfluß des Judentums zu reden. Das weiß unser Volk doch noch: wer hat mehr gethan für Preußen und das Reich, die Juden oder die Junker? Wer hat Deutschland mehr bereichert, die Juden oder das „heutegierige“ Junkertum? Wenn es da noch immer heißt: auf zum Kampf gegen die Reaktion, so wissen wir auch ein schönes Wort mit R: auf zum Kampf gegen die Revolution! zum Kampf gegen Juden und Revolution! — Bei aller Begeisterung für die nationale Einheit Deutschlands wollen wir doch anerkennen, daß auch die Einzelstaaten geschichtlich gewordene Wesen sind und sie nicht in einen großen Topf werfen. — Wir halten vor allem an der königlichen Machtfülle fest. Es ist nicht wohlgethan, daran zu rütteln oder ein Titelfchen davon zu nehmen. Ich brauche nicht zu sagen, woran ich dabei denke. Es ist nicht gut, den modernen Anschauungen überall nachzujagen. Sie sind nicht immer ein Glück und Segen für unser Vaterland gewesen. Dagegen wissen wir alle, was das persönliche Königtum für uns bedeutet hat. Darum wünschen wir, daß man nicht daran rüttle! — Der Parteitag nimmt darauf einstimmig folgende Erklärung an: In dem der Parteitag sich zu dem deutsch-konservativen Programm vom 8. Dezember 1892 bekennt, erkennt er ganz besonders die Notwendigkeit, in dem wirren Streit materialistischer Interessen, der unsre Zeit immer mehr zu beherrschen droht, unerschütterlich festzuhalten an der altbewährten christlichen und monarchischen Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Sie allein verbürgt eine geschichtliche und gesunde Fortentwicklung unsrer nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

## II.

## Bund der Landwirte.

13. Juli. Der „Bund der Landwirte“ richtet an den Reichskanzler, die Staatssekretäre des Innern und des Aeußern, sowie an die preußischen Minister eine Eingabe, in der es heißt:

Zu den alt angehäuften Vorräten tritt das Ergebnis der neuen Ernte hinzu. Es bereitet sich damit für die deutsche Landwirtschaft eine Kalamität vor, die die deutsche Reichsregierung vor die Alternative stellt, nun entweder durch eine sofortige einschneidende Maßregel die unhaltbaren Zustände zu durchbrechen oder aber den wirtschaftlichen Ruin hunderttausender deutscher Bauern und die hieraus entstehenden wirtschaftlichen Folgen für die Gesamtheit sich vollziehen zu lassen. Die Ursachen hiervon sind nur die durch die Handelsverträge gegebene maßlose Steigerung der Einfuhr des Brotgetreides vom Auslande, die noch durch die Entwicklung der Terminspekulation vermehrt worden ist, sowie, in Verschärfung dieser Umstände, die Thatfache der Nichtdurchführung des Börsengesetzes bezw. der nicht rechtzeitig geschaffenen neuen Organisation des Handels. Da alles dies von der verantwortlichen Regierung zu vertretende Maßregeln sind, so ist es geboten, daß eine außerordentliche Regierungsmaßregel die Schwierigkeiten beseitigt, deren Beseitigung der Selbsthilfe der deutschen Landwirtschaft unmöglich ist. Wir erblicken bei den augenblicklichen, geradezu unentwirrbaren Zuständen als allein noch wirksame Maßregel nur die ausgiebige Sicherung des inländischen Getreideabfages durch ein sofortiges Einfuhrverbot gegen ausländisches Brotgetreide zunächst für die Dauer von sechs Monaten, mit der Bedingung, daß das Verbot außer Wirkung tritt, sobald der Preis für das inländische Getreide eine zu bestimmende mäßige Höhe erreicht hat. Wir schließen uns in dieser unserer Forderung einem Vorgehen des Deutschen Landwirtschaftsrates an, der schon bei der Uebersatung des inländischen Marktes im Frühjahr 1895 in seiner Sitzung vom 5./6. März in Gegenwart des jetzigen Herrn Landwirtschaftsministers mit 49 gegen 18 Stimmen eine derartige Maßregel bei der Reichsregierung in Antrag zu bringen beschloß.

Mitte Juli. Bei der Bewegung für die Neuwahl im Reichstagswahlbezirke der Westpreignitz tritt eine heftige Fehde zwischen dem Bund der Landwirte und den Konservativen ein. Die „Konservative Korresp.“ richtet an den Bund der Landwirte die Aufforderung, den konservativen Kandidaten, nicht den der Antisemiten zu unterstützen. Darauf antwortet die „Deutsche Tagesztg.“, Organ des Bundes:

Wenn Politiker den Bund mit Mißtrauen betrachten, so kann dieses Mißtrauen nur dadurch entstehen und begründet sein, daß diese Politiker fürchten, von dem „Bund der Landwirte“ darüber kontrolliert zu werden, ob sie immer und überall mit der nötigen Entscheidung für die Forderungen der Landwirtschaft eintreten. Dieses Mißtrauen würde dann freilich nicht durch den Bund, sondern durch jene Politiker selbst verschuldet sein. Wer für die Forderungen der Landwirtschaft allerwegen mit Entscheidung und ohne Rücksicht eintritt, der braucht wahrhaftig kein Mißtrauen gegen die Bundesleitung zu hegen. Die Zeiten aber, wo man vor der Wahl die Landwirtschaft mit schönen Versprechungen ködern und hinterher im Stiche lassen konnte, sind ein für allemal vorüber.



Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ erwidert den Konservativen:

Der Bund der Landwirte ist keine Kommandite der konservativen Firma, ist es bisher nicht gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein. Daß wir den Konservativen sehr freundlich gegenüberstehen, brauchen wir nicht erst zu betonen; alle Welt weiß es. Daraus geht aber doch nicht hervor, daß wir der konservativen Partei nun unter allen Umständen zur Heeresfolge verpflichtet sind und ihre Schlachten schlagen müssen. Wir stehen nicht in Lohn und Brot der Konservativen, aber auch nicht der Antisemiten, lassen uns überhaupt von keiner Partei ausschließlich in Beschlag nehmen. Neuerdings sind sogar schon Abgeordnete gewählt, die lediglich auf ihre Eigenschaft als Vertreter des Bundesstandpunktes durchkamen.

19. Juli. Zu der am 13. Juli vom Bund der Landwirte an den Reichskanzler gerichteten obigen Eingabe sagt die „National-Zeitung“:

Unter Bruch der Verfassung und der Handelsverträge ein Getreideeinfuhrverbot zu erlassen — wodurch sofort der Zollkrieg mit Rußland eröffnet wäre, dem der Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten und andern Ländern folgen würde — scheint doch selbst für die äußerste Nachgiebigkeit gegenüber dem Agrarierthum zu stark zu sein: außerhalb des Bundesorgans ist wenigstens bis jetzt kein Wort der Zustimmung in der Presse laut geworden. Es giebt nur zwei Möglichkeiten, die Entstehung des Schriftstücks zu erklären: entweder sind die Leiter der agrarischen Agitation so urteilslos durch Fanatismus, daß sie es im Ernst für zulässig halten, durch den Bruch der Handelsverträge einen großen Teil der deutschen Industrie zu zerstören; oder sie sind so gewissenlos, trotz eigner Ueberzeugung von der Vergeblichkeit ihrer Forderung diese behufs weiterer Verhegung der ländlichen Bevölkerung aufzustellen. In beiden Fällen hat man es mit Gegnern zu thun, mit denen jede Verständigung ausgeschlossen ist.

20. Juli. Die „Germania“ nennt den Antrag oder die Eingabe des Bundes der Landwirte „in der innerpolitischen Lage ein Unternehmen, das nahezu an Tollheit grenzt.“ Die „Kreuz-Zeitung,“ die grundsätzlich auf demselben Boden wie der Bund der Landwirte zu stehen erklärt, wenn er fordert, daß der Landwirtschaft unter allen Umständen und schnell geholfen werden müsse, bestreitet, daß dies mit dem in der Eingabe des Bundes der Landwirte vorgeschlagenen Mittel möglich sei. Wenn Oesterreich wirklich keinen Widerspruch erhöhe, so bilde der Handelsvertrag mit Rußland ein Hindernis, gegen das keine Auslegungskunst etwas ausrichte. Wollte man unter den „schwerwiegenden Gründen,“ die eine Verletzung der Vertragsbestimmungen gestatten, die ungünstige Marktlage eines Handelsartikels verstehen, so hätte der Vertrag überhaupt keinen Wert mehr. Die Bemerkungen der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ über die Verhältnisse des Bundes der Landwirte zu der konservativen Partei erfahren seitens der „Konservativen Korrespondenz“ nachstehende Zurückweisung:

Die konservative Partei hat nie und nirgends beansprucht, daß der Bund der Landwirte ihre „Kommandite“ sein möge. Sie hat im Gegenteil

siets lebhaft gegen derartige gegnerische Unterstellungen protestirt. Ebenso wenig hat die konservative Partei jemals verlangt, der Bund solle ihre Schlächten schlagen; allein sie erhebt den entschiednen und unabweisbaren Anspruch, daß der Bund „in der Schlacht“ sich nicht gegen sie stelle, daß er also im Interesse der landwirtschaftlichen Sache antisemitische Einbruchversuche nicht nur nicht begünstige, sondern unzweideutig dagegen Stellung nehme. In „Lohn und Brot“ unserer Partei steht der Bund freilich nicht; aber unleugbar besteht der bei weitem größte Teil der zur Bundeskasse steuernden Mitglieder aus Konservativen, und diese berührt es eigentümlich, daß die Bundespresse sich jedesmal scharf gegen unsre Partei wendet, wenn diese ihre berechtigten Ansprüche geltend macht, dagegen über die Aspirationen und Andrängungen der Antisemiten, die dem Bunde vermutlich keine nennenswerte Mitgliederzahl zuführen, aber den Frieden in den Wahlkreisen stören, kein Wort verliert. Die konservativen Bundesmitglieder werden das nicht länger gleichmütig hinnehmen dürfen, wenn sie nicht die Verantwortung für eine schwere Schädigung nicht nur unsrer Partei, sondern auch der Sache der deutschen Landwirte mit auf sich nehmen wollen.

22. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seinem nichtamtlichen Teile nachfolgende Auslassung: „Das zeitweilige Getreide-Einfuhrverbot, dessen Erlaß in der an den Reichskanzler gerichteten Eingabe des Bundes der Landwirte beantragt wird, würde mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar sein und es wird dem Antrage schon dieserhalb nicht stattgegeben werden können.“

23. Juli. Die „Magdeb. Btg.“ steht in der Eingabe des Bundes ein wildes Demagogentum, die „Karlsruher Btg.“ spricht von einem gefährlichen Spiele des Bundes. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ sagt, mit der kühlen und kurzen Ablehnung könne die Sache nicht aus der Welt geschafft sein, das müsse auch der Regierung klar sein.

Entweder sie stellt in Abrede, daß ein Notstand drohe und schon teilweise vorhanden sei, entweder sie behauptet, daß die tatsächlichen Angaben in der Eingabe falsch seien, daß das Getreide leicht und zu guten Preisen verkäuflich sei: dann würden allerdings die Bauern im Lande sie eines Bessern belehren müssen; — oder sie giebt den tatsächlich vorhandenen und drohenden Notstand zu, dann wird sie, wenn sie ein Einfuhrverbot für unvereinbar mit dem russischen Handelsvertrage hält, und wenn sie sich nicht stark und fähig genug fühlt, auf diplomatischem Wege die Gewährung eines solchen Verbots zu erreichen, einen andern gangbaren Weg suchen und finden müssen, auf dem das erreicht wird, was das Einfuhrverbot bezweckte. Sie kann diese Pflicht nicht abweisen, weil sie den größten Teil der Schuld an der jetzigen Entwicklung trägt.

Das Blatt erklärt es für notwendig, daß die Einfuhr fremden Getreides „auf das Maß des Notwendigen“ herabgesetzt werden müsse. Den Trost, daß die Landwirtschaft bis zum Ablauf der Handelsverträge warten solle, erklärt das Blatt für „nichts-nutzig.“ Bisher sei für die Landwirtschaft „nichts geschehen, durchaus nichts.“ Wenn aber nicht geschieht, was die Bündler für nötig halten,

„dann hat auch des Reiches letzte Stunde geschlagen, trotz der gewaltigen Ausfuhrziffern, trotz der besten Gewehre, trotz der größten Flotte. Die Verantwortung der Regierung ist schwer. Wir haben das Unre gethan, möge sie das Ihre thun!“

24. Juli. Die „Vossische Ztg.“ sucht aus den Reichstagsverhandlungen über Abschluß des Handelsvertrags mit Rußland nachzuweisen, daß konservativ-agrarische Abgeordnete das, was die Bündler jetzt fordern, damals als „perfid“ bezeichnet haben.

30. Juli. Der Minister v. Hammerstein sagt in einer Rede in Bonn bei der Jubelfeier der Landwirtschaftlichen Akademie in Poppelisdorf:

Eine schlechte Regierung, die es nicht begriffe, daß eben Wehr- und Wehrstand, vor allem die Landwirtschaft, die Stütze des Staates ist. Was würde aus unserm preussischen Staate werden, wenn nicht aus den Kreisen der Landwirte Wehrkräfte, wenn nicht aus den Reihen der Grundbesitzer treue Beamte erwachsen, wie es seit Jahrhunderten der Fall gewesen ist? Und ich weiß gewiß, daß jeder Hohenzoller weiß, daß, wenn er dieses Fundament nicht sicher hält, der preussische Staat nicht mehr bleibt, was er bisher gewesen ist, der Kopf von Deutschland. Wo deutsche Geschichte, deutsche Sache, deutsche Poesie in den Herzen gipfeln, da muß über dem Herzen ein strammer und geschickter Kopf sein, und das ist es ja gewesen, daß wir das Glück haben, einen solchen Kopf zu besitzen, der das errungen, was das deutsche Volk seit Jahrhunderten als zu Erringendes besungen hat. Nicht mein Gefühl, meine Pflicht, meine innerste Ueberzeugung spricht dafür, daß die Landwirtschaft mit das Fundament des preussischen Staates, des deutschen Vaterlandes ist. Man muß es zurückweisen, wenn gesagt wird, der Staat muß allein den Landwirt in kritischen Zeiten über Bord halten. Der Landwirt, der nicht versteht, sich zu helfen, verdient nicht Landwirt zu sein und nicht Deutscher; denn jeder Deutsche darf erst dann, wenn seine Kräfte erschöpft sind, an Hilfe appelliren. So liegt die Sache: Erst sollen und, wie ich weiß, wollen die Landwirte sich selbst helfen. Erst wo ihre Kraft aufhört, da kommt die Hilfe des Staates, und diese läßt unser Kaiser und König den Landwirten im vollsten Maße angedeihen. In diesem Maße und in dieser Hinsicht sind die Landwirte auf Staatshilfe angewiesen, wenn sie sich voll bewußt sind, daß sie sich zuerst selbst zu helfen haben. Aber darüber steht eine höhere Macht, die Hilfe Gottes, und der deutsche Landwirt ist bis dahin auch der gottesfürchtigste Mann gewesen.

5. September. In der „Deutschen Tagesztg.“ erklärt Graf Karl von Schwerin-Schwerinsburg, daß „der Bund nicht allein eine politische Partei werden könnte, sondern daß er eine solche werden wird, mag er wollen oder nicht, ja daß er eine politische Partei seinem Wesen nach schon ist. Die Partei des Bundes ist die Partei der Zukunft. An dem Tage, an dem der Bund sich zur Mittelstandspartei erweiterte, gewann er sich die Zukunft.“

8. September. Das Organ des Bundes der Landwirte bringt bereits einen Rückblick auf die Amtsführung des Fürsten Hohenlohe

als Reichskanzler und Ministerpräsident, während von seinem Rücktritt nichts verlautet. Das Blatt sagt ferner:

Ob der Rücktritt des Kanzlers heute oder in den nächsten Wochen vor sich geht, ist uns ziemlich gleichgültig. Mag der Kanzler heißen, wie er wolle, er hat vor seinem Vorgänger das voraus, daß ihm zur Seite und ihm zunächst Männer stehen, die das Vertrauen derer besitzen, deren Förderung das Ziel der Regierung sein soll. Es steht zu erwarten, daß Minister v. Miquel und Graf Posadowsky einen besondern Einfluß auf diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen üben werden, und unsre auswärtige Politik liegt, wenn nicht alle Zeichen trügen, bei dem Botschafter und künftigen Staatssekretär v. Bülow in guter Hand. Gestützt auf diese Männer hat der vierte Kanzler begründete Aussicht, bei seinem vereinstigten Scheiden auf eine erfolgreichere Amtsführung zurückblicken zu können als sein Vorgänger, der gezwungen war, mit den Herren v. Marshall und v. Bötticher zu arbeiten.

### III.

## Freisinnige Volkspartei.

Mitte Juli. Die Partei gerät mit der „Freisinnigen Vereinigung“ in heftigen Streit über die künftige Reichstagswahl im pommerschen Wahlkreise Schlawe-Rummelsburg.

12. September. Der dritte Parteitag der „Freisinnigen Volkspartei“ wird vom Reichstagsabgeordneten Lüders aus Gbrlitz in Nürnberg eröffnet und wählt den Abgeordneten Schmidt aus Elberfeld zum Vorsitzenden, der in seiner Ansprache u. a. sagt:

Das Deutsche Reich, dessen Einheit gesichert erschien, würde in seinen Grundfesten erschüttert, wenn es gelingen sollte, die Gleichberechtigung der verantwortlichen Faktoren der Gesetzgebung zu beseitigen, wenn an Stelle des verfassungsmäßigen Regiments ein auf das Funkertum gestützter Absolutismus treten sollte, bei dem ein den Menschen nicht verantwortliches Gottesgnadentum zur Vertretung des Gesamtwillens der Nation eingesetzt würde.

Es folgt das Festmahl, bei dem der Abgeordnete Schmidt aus Elberfeld in seinem Trinkspruch auf das deutsche Vaterland sagt:

Nicht rauschende Feste und nicht prunkende Aufzüge geben einen Beweis von dem Wohlergehen des Volkes; darin liegt nicht die Stärke des Deutschen Reiches, sondern in ehrlicher Arbeit, in der Achtung vor bürgerlicher Tüchtigkeit, in der Freiheit der Bewegung. In dem Kampf gegen junckerliche Ueberhebungen und absolutistische Neigungen kann uns Nürnberg ein gutes Vorbild sein. Als vor Jahrhunderten die stahlbewehrte Adelsfaust sich auf den Nacken des Bürgers legte und die Bühne ausblies für himmelschreienden Rechtsbruch, da waren es die Städter, die kraftvollen Gestalten des Bürgertums, die die Raubburgen zerstörten und die Wappenschilde zerbrachen. Nicht der Bürger, sondern

der Junker wurde zerschmettert. Hier in Nürnberg im großen Festsaale des Rathauses, wo jüngst die Hofstafel stattfand, steht an der Frontwand geschrieben: *Suprema lex salus populi* — das Wohl des Volkes ist das höchste Gut! Ich meine, wir können uns daran halten.

Abgeordneter E. Richter aus Berlin sagt in einem Trinkspruch u. a.:

Unsre Gegner wähten uns nach den Wahlen von 1893 niedergeschlagen und zerschmettert, aber einmütiger und kräftiger als je haben wir uns erhoben; unter dem siegreichen Banner des Eisenacher Programms haben wir seitdem uns allenthalben behauptet. Unsre Organisation ist so fest gefügt, daß wir heute kampfbereiter dastehen als damals. Nun gilt es, die Kampfeslinien abzustechen. Die Zeit ist uns günstiger als je zuvor; wo wir sonst kaum durch Wort und Schrift durchzubringen vermochten, da predigen nun laut die Thatfachen. Auch der vertrauenseligste, der mattherzigste Bürger muß sich aufgerüttelt fühlen und zu der Erkenntnis durchdringen: so kann es nicht länger weitergehen. Wir bedürfen mehr als je eines Reichstages, kräftig und fest entschlossen, den Konstitutionalismus rückhaltlos zu sichern und zu verteidigen gegen absolutistische Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen — eines Reichstages, der, wenn es sein muß, fest entschlossen ist, mit ganzer Kraft zu stoppen, wenn „Vollampf voraus!“ das ohnehin im Zickzackkurs schlingende Reichsschiff auf Klippen zu werfen droht. Nicht nur die Machthaber und Fürsten, auch die Wähler haben eine Verantwortung für die Erfüllung ihrer Pflichten, eine Verantwortung, von der sie kein Fürst, kein Parlament, von der sie niemand entbinden kann; sie haben eine Pflicht vor Gott und den Menschen, vor der Geschichte und der Gegenwart, vor dem Volk, dessen Schicksal es gilt. Wir sind gewohnt, auch gegen den Strom zu kämpfen, aber jetzt fühlen wir uns gehoben und getragen von einer wachsenden Strömung im Volke. Kräftige Initiative in unserm Sinne regt sich überall, und wenn wir auch nicht stark genug sind, für uns allein einen Reichstag zu verbürgen, der allen drohenden Unwettern Schutz und Trutz zu gewähren vermag, so wollen wir doch wetterhart, wie wir sind, eine stürmerprobte Schar, eine Kerntruppe abgeben zum „Sammeln“ aller derjenigen, die energig Front machen wollen gegen die eigensüchtige Interessenpolitik, um die nationalen Interessen der Gesamtheit zu wahren, die auch Front machen wollen gegen den elenden Servilismus, und die entschlossen sind, des Volkes Rechte und Freiheiten zu schützen.

13. September. Abends findet in Nürnberg eine öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Abgeordneten Seyboth aus München statt. Abgeordneter E. Richter hält hier einen längern Vortrag:

Redner gedenkt der Geschichte Nürnbergs, das schon vor 500 Jahren seine Bedeutung im Handwerk und Handel der Gewerbefreiheit und der Handelsfreiheit zu danken gehabt habe, die hier niemals beschränkt worden sei. Wie bedäuernd sei es, daß jetzt nach 500 Jahren wir noch für diese Grundsätze kämpfen müßten und soeben gegenüber dem neuen Zwangsorganisationsgesetz im Reichstag vergeblich gekämpft hätten. Redner skizziert alsdann das Margarinegesetz, das Börsegesetz und das Zuckersteuergesetz und schildert, wie sehr die neuere Gesetzgebung gerade den Mittelstand und die Landwirtschaft schädige, die sie zu fördern vorgebe. Alsdann geht Redner dazu über, die vom Minister v. Miquel empfohlene Sammlung auf landwirtschaftlichem Gebiet zu charakterisiren als eine Sammlung

für Sonderinteressen, wobei es am letzten Ende darauf hinauskommen werde, daß eine Hand die andre wasche und der eine Teil dem andern helfe, Schutzölle und Liebesgaben einzuheimsen. Im Gegensatz dazu hebt Redner hervor, wie es Aufgabe der Freisinnigen Volkspartei sei, stets nur die allgemeinen Interessen zu wahren und damit den Fortschritt für alle Teile zu fördern. Er geht sodann dazu über, die schweren Belastungen zu schildern, die das Militär- und Marinewesen Deutschland auferlege, indem er zugleich der erfolgreichen Abwehr neuer Steuern gedenkt. Redner kennzeichnet dabei an dem Verhalten der Freisinnigen Volkspartei gegenüber der großen Forderung für die Umgestaltung der Feldartillerie, wie die Freisinnige Volkspartei stets alles das bewillige, was wirklich für die Wehrkraft des Reiches erforderlich sei. Richter schildert die Verhandlungen über den Marineetat und rechtfertigt die Kürzungen desselben. Anknüpfend daran verwahrt er die Partei gegen die Unterstützung jeder Weltpolitik durch eine Erweiterung der Marine und führt aus, wie sehr Versuche solcher Weltpolitik in der letzten Zeit gerade zum Nachtheile des Handels gereichen. In Marinefragen handle es sich nicht bloß um ein paar Schiffe mehr oder weniger, sondern die gesamte Richtung der Politik komme darin zum Ausdruck. Die Ministerkrisen hätten bei dem Marineamt ihren Ausgang genommen. Sowohl die Entlassung der Minister wie die Auswahl der neuen Minister charakterisire, wie man auf die Mehrheit des Reichstages weniger, als es selbst zu Fürst Bismarcks Zeit der Fall gewesen ist, Rücksicht nehme. Redner geht dazu über, die „Hohenlohekrisis“ zu charakterisiren. Wenn eine Politik des Staatsstreichs in Deutschland Boden gewinne, so würde die Einheit gefährdet und das Reich im tiefsten Innern erschüttert werden.

**14. September.** Der Parteitag faßt eine lange Reihe von Beschlüssen über die Reichstagswahlen, das Verhalten zu andern Parteien bei den Wahlen und über die Wahlagitacion.

**3. Oktober.** Auf dem zu Remscheid stattfindenden Parteitage der Freisinnigen Volkspartei für die Wahlkreise Elberfeld-Barmen, Hagen, Lennep-Mettmann, Solingen und Remscheid hält der Abgeordnete E. Richter eine die Gesamtlage behandelnde Rede, in der er u. a. folgendes sagt:

Wir waren nicht wenig erstaunt, als der Kriegsminister im letzten Dezember in der Budgetkommission vor uns erschien und uns eine Perspektive eröffnete über 150 Millionen Mark, ausersparen für eine Umgestaltung der Geschütze der Feldartillerie. Er hielt einen mündlichen Vortrag und bat um eine mündliche Ermächtigung, ohne daß darüber eine Vorlage gemacht werde, schon jetzt, vor dem Beginn des Etatsjahres, Bestellungen in großem Umfange machen zu dürfen, um einen Vor sprung zu gewinnen in der Beschaffung von neuen Geschützen. Wir sagten, wir wollten mit unsern Freunden sprechen. Wir besprachen uns, und so haben alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die aber erklärten, auch kein Wesens daraus zu machen, in der folgenden Sitzung mündlich, ohne eine Drucksache den Kriegsminister ermächtigt, schon im Dezember für viele Millionen Bestellungen auf neue Geschütze zu machen. Als wir da glaubten, mit vollem Recht diese Bewilligung aussprechen zu müssen, sagten wir uns: Wir wollen nicht am Eisen sparen, wenn es nachher um so mehr Blut kosten könnte. So sind denn die Bestellungen damals ausgeführt worden, und als dann die öffentliche Vorlage kam

an den Reichstag, zunächst für dieses Jahr 44 Millionen zu bewilligen, wurde uns mitgeteilt, daß der Kriegsminister sämtliche Militärattachés eingeladen habe, sich die neuen Geschütze einmal anzusehen; und die Herren sollen große Augen gemacht haben, als sie das Geschütz sahen und man ihnen mitteilte, daß sämtliche Armeekorps an der Grenze schon damit ausgerüstet seien. Das war ein gewaltiger Vorsprung in der Armierung des Heeres, die eine Garantie des Friedens für Jahre hinaus in sich enthielt. Aber ich muß sagen, daß wir in dieser Schweigezeit, wo wir die Ermächtigung gaben, im Dezember, bis zur öffentlichen Vorlage uns in einer ganz eigenartigen Lage befunden haben. In dieselbe Zeit fielen die öffentlichen Verhandlungen über den Marineetat, und Sie wissen, daß die Reichstagsmehrheit von der großen Forderung des Extraordinariums 12 Millionen gestrichen hat; wir besonders wurden deshalb äußerst angefeindet von den verschiedensten Seiten, trotzdem wir die 44 Millionen für die Artillerie bewilligt hatten, trotzdem wir das Geheimnis nicht verletzt haben. Wir haben nichts erwidert auf die Anschuldigungen, wir haben die Vorwürfe schweigend ertragen, und ich sage es auch hier: So haben wir gehandelt, die vaterlandslosen Gesellen, wie man uns bezeichnet hat.

**7. Oktober.** Die „Freisinnige Btg.“ wendet sich sehr scharf gegen den der „Freisinnigen Vereinigung“ angehörenden Abgeordneten Barth, weil er am 30. September in einer Versammlung zu Neumünster geäußert hatte:

Der Umstand, daß der Kaiser an der Durchführung der Flotten-Pläne ein lebhaftes Interesse nimmt, darf keinen freisinnigen Mann dazu verführen, dem Plan von vornherein ablehnend gegenüberzutreten. Es ist gewiß verächtlich, aus Liebedienerei gegen die Wünsche des Monarchen das Staatsinteresse aus den Augen zu lassen; aber es ist schließlich nicht minder schwächlich, aus Liebedienerei gegen eine wirkliche oder scheinbare Volksströmung einer Vorlage nur deshalb Opposition zu machen, weil man glaubt, der Kaiser stehe mit seinen persönlichen Wünschen dahinter.

Diesen Vorgang stellt jenes Blatt als Beweis für die Behauptung auf, daß die Schuld an der Vergrößerung der zwischen beiden freisinnigen Parteien bestehenden Kluft „ganz allein die Freisinnige Vereinigung“ trage.

Andrerseits veröffentlicht Barth eine scharfe Erklärung gegen Richter, der, wie anderwärts, so auch bei der Ersatzwahl zum Reichstage in Oldenburg-Plön, durch Aufstellung einer Sonderkandidatur die Einigung aller Liberalen vereitelt.

#### IV.

### Deutsche Volkspartei.

**18. September.** In Mannheim wird der achtzehnte Parteitag der „Deutschen Volkspartei“ vom Reichstagsabgeordneten Payer aus Stuttgart eröffnet. Anwesend sind 140 Vertreter von 37 Orten.

Zum Vorsitzenden wird Professor Heimbürger aus Karlsruhe gewählt. Reichstagsabgeordneter Galler macht in einem Berichte über die Thätigkeit der volksparteiichen Abgeordneten im Reichstage der demokratischen Presse den Vorwurf, daß sie deren ungenügenden Besuch des Reichstags getadelt habe. Reichstagsabgeordneter Hausmann führt hierbei aus, daß die württembergischen Reichstagsabgeordneten die Thätigkeit im Stuttgarter Landtag jetzt für das Wichtigste hielten. Jetzt sei es in Württemberg Tag, man wisse nicht, wann die Nacht wieder hereinbreche. Also wolle man den Tag benutzen, um das Wichtigste unter Dach und Fach zu bringen. Später, wenn dies geschehen, könne man auch wieder mehr seine Kräfte dem Reichstag widmen. Es wird beschlossen: „Der Parteitag spricht den volksparteiichen Abgeordneten für ihre opfervolle Vertretung der Volksinteressen den aufrichtigsten Dank und das Vertrauen der Partei aus.“

Nachmittags findet eine zweite Versammlung statt, in der Hausmann aus Stuttgart über den Konstitutionalismus und die gegenwärtige politische Lage einen Vortrag hält.

Er geht davon aus, daß die Regierung wenig Autorität besitze. „In der That hat die Achtung vor der Ueberlegenheit der Regierung im politischen und wirtschaftlichen Handeln abgenommen. Das ist kein Wunder, in einer Zeit, wo man nicht recht weiß, wer denn eigentlich regiert. Ist es vielleicht der Reichskanzler Fürst Hohenlohe? Es hieße den braven Herrn überschätzen, wenn man glauben wollte, daß er um alles weiß, was politisch geschieht. Es ist sogar fraglich, ob er gewußt hat, daß im Staatssekretariat des Auswärtigen ein Personenwechsel bevorstehe. Der Umstand, daß seit Monaten schon auf seinen Nachfolger geraten wird, bestätigt diese Anschauung. Man muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß sogar der Bundesrat, obwohl es so schön klingt: „Die verbündeten Regierungen haben beschlossen,“ das fünfte Bundesrad am Reichswagen ist. Regiert die „Nebenregierung“? Die Reihe der verantwortlichen Fehler ist nur zu groß. Deutschland hat schüttelnden Hauptes erlebt, wie die Umsturzvorlage Fiasko machte, wie der Reichskanzler sein Wort nicht gehalten hat, als es galt, das Vereinsgesetz zu verbessern, wie sogar eine Verschlimmerung versucht wurde, ferner, wie man den Söhnen des Volkes in der Armee den offenen Reichsschutz verweigert. Keine materielle Frage, wie man so oft behauptet, beschäftigt das Volk so tief und brennend, wie diese ideelle. Man züchtet die Ueberhebung des Militärs, man beschönigt den Fall Brüllovitz, man bevorzugt den Adel im Offiziersstand, und man läßt gesunde Offiziere zu Hunderten überflüssigerweise am Pensionsbrot, an den Arbeitsgroßen des Volkes zehren. Man läßt Polizeiorgane wirtschaften, die sich, wie im Fall Lausich, am Abgrund der Gemeinheit bewegen, und man giebt deren Widersachern den Abschied. Man drängt auf eine ungeheuerliche Vermehrung der Seemacht, als ob wir nicht übergenug für unser Landheer zu thun hätten, und man will uns um maritimenpolitischen Viehhabereien willen in unabsehbare Ausgaben stürzen. Man greift zersetzend in das Erwerbsleben ein, treibt ein blühendes Geschäft wie den Getreidehandel unter dem Schmutzeln der ausländischen Konkurrenz zum



Land hinaus. Was hat der ganze Reichstag noch für einen Zweck, wenn man ihn nur als Geldebewilligungsmaschine gelten lassen will? Wie anders ist das Beispiel des englischen konstitutionellen Systems geartet! Dort führt das parlamentarische Regiment nicht zur Unsicherheit und zu Ueberstürzungen, die dem Regiment des Pöbels eigen sind. Der Geist der Verträge von 1870 soll auf Umwegen und unter Benutzung der Schwäche seiner früheren Vertreter eskamotirt werden. Es ist schon ein Sprachmißbrauch, wenn man sagt: „Die Schiffe Selter Majestät“ und „Die Schulden des Reichs.“ Ueber derlei Neußerlichkeiten sollten verständige Ratgeber ebenso befinden, wie über manche plötzliche Telegramme. Der Reichskanzler sollte in loyalen Geist als Vertreter des Bundesrats die Politik leiten. Der Zustand, daß der Kaiser sein eigener Kanzler sei, entspricht nicht der Verfassung, die dem Kaiser nicht einmal einen Sitz im Bundesrate zugesteht. Und die Monarchen sind nur dann von der Verantwortlichkeit und von dem Hineingezogenwerden in die politischen Kämpfe befreit, wenn sie nicht selber regieren wollen. Steigt die Krone aber in die Parteikämpfe hinunter, so wird es an unerwünschten Rückschlägen nicht fehlen, und der ganze Reichsgedanke leidet not. Deutsches Bürgertum, erkenne deine Kraft! Dem Willen eines Volkes kann kein Mensch, kein Minister und kein Kaiser auf die Dauer widerstehen. Ihn kann niemand zerschmettern. Das hohe Wort von der „Sammlung“ hat keinen Widerhall gefunden, weil man nicht weiß, wo die „idealen Güter“ zu suchen sind, um die von jener Seite gesammelt werden soll. Der deutsche Geist segelt nicht mit Kanonen, sondern mit Gedanken. Er hat den Bürgergeist über die Ozeane getragen, und man wird ihn nicht erdrücken unter der Pöbelhaube. Gehört aber der Sammelruf an die Bürger vom Bürgertum aus, dann wird es durch die Herzen zittern wie ein Schlag: So kann es nicht weitergehen, zum Heil von Deutschland muß es besser kommen!“

Den zweiten Vortrag hält der badische Abgeordnete Benedey aus Konstanz. Er sagt u. a.:

Nicht des Königs Wille gilt uns als oberstes Gesetz, sondern der Volkswille. Ein Friedrich der Große mag vielleicht sein kleines Land ganz überblickt haben, und er war ein Genie, etwas Seltnes auf den Thronen. Dennoch hat nach seinem Tode sein Staat einen schmachvollen Zusammenbruch erlitten. Es ist erstaunlich, daß man sich am Ende des Jahrhunderts noch mit Schemen wie dem Gottesgnadentum herumschlagen muß. Aber der Bismarcksche Kanzler-Absolutismus hat uns dafür erzogen. Um so nötiger ist der Ausbau der Volksrechte und ein Gegengewicht, das dem Volk etwa nach der Art des Referendums zusteht. Deshalb fordern wir die Gleichberechtigung vor dem Gesetz, die Aufhebung der Standesvorrechte, die Bekämpfung des Absolutismus und Militarismus, die Ausbildung der Volksrechte zur größern Selbstbestimmung. Nicht nur die kleine aber mächtige Klasse der Junker steht diesen Zielen entgegen, sondern das laue Bürgertum und speziell die Nationalliberalen, die nur ein verkümmertes Ideal der nationalen Einheit erstrebt haben, während sie im Innern nichts für freieillliche Zustände übrig hatten und stets vor dem Erfolge auf den Knien lagen.

Vom Parteitage wird beschlossen:

1. Der Parteitag spricht seine volle Uebereinstimmung mit der von Frankfurt a. M. ausgegangnen Anregung aus, im März 1898 eine Erinnerungsfeyer an die Eröffnung des Vorparlaments im Jahre 1848 in Frankfurt a. M. zu veranstalten, und ersucht, daß das von den

Frankfurter Parteigenossen gewählte Komitee sich mit dem engern Ausschusse zum Zwecke der Gestaltung dieser Frier in Verbindung setze. 2. Die Reichstagsabgeordneten der Partei werden speziell aufgefordert, mit allem Nachdruck für die Erfüllung folgender Forderungen des Volkes einzutreten: a) Vorlage eines auf modernen Grundsätzen (Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Ständigkeit und Unabhängigkeit der Gerichte) fußenden Entwurfs der Militärstrafprozeßordnung und Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf rein dienliche Vergehen, b) zeitgemäße Aenderung des Offizierspensionierungsgesetzes im Sinne des Antrags Angst und Genossen. Der Parteitag hält es für die Pflicht der Volksvertreter, zum Zwecke der Durchführung dieser Reformen von ihrem verfassungsmäßigen Recht zur Verweigerung von Geldmitteln entschiednen Gebrauch zu machen. 3. Die Reichstagsabgeordneten der Partei werden ersucht, bei der nächst sich bietenden Gelegenheit im Reichstag die Einberufung einer internationalen Konferenz zu beantragen behufs Vereinbarung a) von Schiedsgerichtsverträgen zum Zweck friedlicher Erledigung etwaiger Streitfälle zwischen den beteiligten Staaten und b) einer sich daran anschließenden gemeinschaftlichen Abrüstung. 4. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsabgeordneten, für die Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen deutschen Staaten einzutreten.

## V.

## Zentrum und Katholikentag.

29. August. Die 44. „Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“ wird zu Landsküt in Bayern eröffnet. Regierungsrat Freiherr v. Aretin hält eine Ansprache. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Reichstagsabgeordneter Bachem aus Köln, Baron Aufseß aus Regensburg, Fabrikbesitzer Brandts aus M.-Glabbach. Hierauf erstattet der Kommissar für die Generalversammlung Fürst zu Löwenstein-Wertheim den Geschäftsbericht. An den Papst wird ein Begrüßungstelegramm abgesandt. Weitere Telegramme gehen an den Prinzregenten von Bayern und an den Kaiser ab. Zunächst gelangt ein Antrag, betr. die Wiederherstellung der weltlichen Unabhängigkeit des Papstes zur Abstimmung. Der Referent, Abgeordneter Porstch führt aus: Wir haben es uns allmählich zur Gewohnheit gemacht, Jahr für Jahr unsere Wünsche in Bezug auf die Regelung der römischen Frage in der gleichen Form in die Welt hinauszurufen. Da ist es denn von vielleicht historischem Interesse, daß die vorliegende Resolution vor jetzt zehn Jahren auf der Katholikerversammlung zu Trier verfaßt wurde, und zwar von unserm ewigen Windthorst in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Marbe. Lassen Sie uns daher im Gedenken an unsern Windthorst den Antrag wiederum annehmen und damit uns fort und fort proklamiren, bis endlich in Rom Wandel geschaffen ist. Hierauf wird der Antrag einstimmig angenommen.

30. August. Der Vorsitzende Bachem hält etwa folgende Ansprache an den Katholikentag: Es ist zwar vieles besser geworden, aber es fehlt noch an vielen Ecken und Enden. Allerdings ist das Zentrum im Reichstage zu einer entscheidenden Partei geworden, ohne deren Wissen und Willen nichts gethan werden kann. Es ist eine sonderbare Gunst der Verhältnisse, daß das Zentrum diese besondere, günstige Stellung einnimmt. Um diese Position festzuhalten, muß das Zentrum nach wie vor kämpfen und handeln, um das öffentliche Leben mit dem katholischen Gedanken zu durchtränken. Gewiß, die Vertretung in Berlin hat ein Ansehen gewonnen, mit dem wir zufrieden sein können. Aber in Ansehung der Thatfache, daß die katholische Bevölkerung in vielen Bundesstaaten, insbesondere aber in dem politisch wichtigsten, Preußen, sich in der Minorität befindet, läßt unsre Berliner Vertretung als eine Pyramide erscheinen, die auf der Spitze steht. Wollen wir unsre gegenwärtige Stellung festhalten, so müssen wir den katholischen Gedanken immer mehr, auch im privaten Leben, zu Geltung bringen. Und deshalb ist es nicht angängig, getrennt marschieren und nur sich zu vereinen, wenn es ans Schlagen geht. Wir können uns diesen Luxus nicht erlauben. Einigkeit ist es, was uns dringend not thut. Wenn die Katholiken Deutschlands ihre jetzige Stellung festhalten wollen, so ist unbedingt notwendig die Geschlossenheit auf allen Gebieten, nicht nur auf dem politischen. Wollen wir erst auf einen neuen Kulturkampf warten, der uns die gewünschte Einigkeit bringen soll? Gelüstet Sie vielleicht nach den Segnungen eines neuen Kulturkampfes? Gewiß ist ja, daß ein solcher Kampf sofort die Einigkeit bringt, aber es wäre vermessend, auf dieses Mittel zu warten. Einigen wir uns deshalb, denn dies ist sehr notwendig, um uns unsre politische Stellung zu erhalten. Noch mehr aber muß uns die Einigkeit zum ersten Gebot werden, wenn wir auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberblicken. Die wirtschaftliche Lage des katholischen Volkes entspricht nicht im entferntesten der Bedeutung, die sich das katholische Volk auf politischem Gebiete erworben hat. Daher müssen wir auch auf wirtschaftlichem Gebiete mehr Anstrengungen machen. Und schließlich auf wissenschaftlichem Gebiete. Ja, auf diesem Gebiete stehen wir allerdings weiter zurück, als wir wohl manchmal selbst geglaubt haben. Der Streit darüber hat vor einigen Monaten begonnen und tobt zur Zeit noch fort. Es ist also wahr, daß die katholische Wissenschaft darniederliegt. Aber es kommen auch die besondern Verhältnisse in Betracht. Ein Volksteil, der die Schrecken des Kulturkampfes auszustehen hat, muß im Kampfe seine Wissenschaft zurückstellen. Denn die Wissenschaft ist eine Waffe

des Friedens. Erst mußte das Leben erkämpft sein, dann konnte weiter gearbeitet werden. Nun wohl, das Leben haben wir uns erkämpft, jetzt ist es aber auch notwendig, uns das Leben für die Wissenschaft zu erkämpfen. Erloschen ist das wissenschaftliche Leben nicht. Es muß nur allerorten zur vollen Flamme angefaßt werden. Und das geschieht, wenn wir jetzt mit derselben Macht, mit der wir unsre politische Stellung erkämpft haben, auch unsre wissenschaftliche Stellung erkämpfen. Die erste und größte Macht in diesem Kampfe aber ist die Jugend, sind die katholischen Studenten! Es ist niemals eine Generalversammlung dagewesen, auf der ein verletzendes Wort gegen Andersgläubige gefallen ist. Und Verständigung wollen wir erzielen, das deutsche Volk soll wieder einig werden in dem Glauben, den wir für den allein rechten halten. Und in diesem Sinne sind wir auch politisch. Es ist die Politik der Schwarzen und der Finstertinge, von der unsre Gegner reden. Wohl, also es giebt eine katholische Politik. Sie erstreckt sich auf die Ausbreitung der Prinzipien unsrer Kirche und bezweckt die Durchführung derselben. Und da eng verwachsen mit der Kirche die Schule ist, so giebt es auch auf diesem Gebiete eine katholische Politik. Die Schulfrage ist eine unsrer wesentlichsten. Langsam, Schritt für Schritt werden wir hier zurückgedrängt. Nicht durch wichtige, gesetzliche Bestimmungen, nicht durch imposante Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch harmlose, kleine Ministerialverfügungen, die weit gefährlicher sind, weil sie nicht so beobachtet werden. Denn dieser Kampf wird geführt, — gewarnt durch das Mißgeschick des Kulturkampfes — vorsichtig, aber desto schlimmer. Man will die Schule dem Staate dienstbar machen, sie der Kirche vollständig entziehen. Deshalb dürfen wir die Schulfrage nicht außer acht lassen. — Sodann hält der bayerische Reichsrat Professor Freiherr v. Hertling einen Vortrag über „Katholizismus und Wissenschaft.“

Er erstattet Bericht über einen in Freiburg in der Schweiz stattgehabten internationalen wissenschaftlichen Katholikentag, der Zeugnis davon ablegen sollen, daß zwischen den göttlichen Offenbarungen und der menschlichen Forschung niemals ein Widerspruch bestehen könne. Redner feiert die Kloster- und Gelehrtenschulen des Mittelalters, in denen katholische Gelehrte die alte Lehre in sich aufgenommen und im Sinne des Christentums verwertet hätten. Unstreitig habe damals ein inniges Band zwischen Katholizismus und Wissenschaft bestanden. Redner wendet sich darauf gegen den Darwinismus, der dieses Band gesprengt habe. Redner nimmt den Katholizismus gegen den Vorwurf der Inferiorität in Schutz. Die Intelligenz und das Maß von Arbeit, das von der politischen Vertretung des Katholizismus geleistet worden, erhebe ihn weit über diesen Vorwurf. Diese Intelligenz und dieses Maß von Arbeit müsse auf das wissenschaftliche Gebiet übertragen werden.

Domkapitularrat Steigenberger aus Augsburg hält hierauf

einen Vortrag „über den heiligen Canisius,“ insbesondere als Volksmann. — Dr. Schädler, Abgeordneter für Ingolstadt, redet über die christliche Charitas. — Auf Antrag des Prälaten Branner aus Eichstätt wird beschlossen:

Die Generalversammlung bedauert aufs tiefste, daß sich eine große Anzahl glaubenstreuer Lehrer für genötigt hält, Vereinen anzugehören und sie dadurch zu ermutigen und zu unterstützen, deren dem rationalistischen Humanismus und religiösen Indifferentismus zugewendete Bestrebungen doch ganz und gar im Gegensatz zu ihrer Glaubensüberzeugung und zur katholischen Glaubenspflicht stehen. Sie spricht zugleich den katholischen Lehrern, Lehrerinnen-, Schul- und Erziehungsvereinen und Verbänden für ihr mutiges Bekenntnis der auf der göttlichen Offenbarung beruhenden Prinzipien über Unterricht und Erziehung und Verhältnis der Schule zur Kirche und für ihr opferfreudiges Eintreten für dieselben ihre rückhaltlose Anerkennung aus. Sie empfiehlt dringend den Lehrern, sich zur Abwehr der geplanten Entchristlichung der Schule zu vereinigen, und ersucht alle katholischen Kreise, die katholischen Lehrervereine durch außerordentliche Mitgliedschaft zu unterstützen und durch private und öffentliche Aufklärung über ihre Berechtigung, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit, ihnen Mitglieder zu gewinnen und so zur friedlichen und gerechten Lösung der brennenden Schulfrage thätigst mitzuwirken.

Es gelangt sodann der folgende, vom Erbgrafen zu Königsegg-Aulendorf gestellte Antrag zur Verhandlung: „Das Studium der Freimaurerei auf Grundlage freimaurerischer Schriften, Reden und historisch unwiderlegbarer Thatfachen, unter besondrer Berücksichtigung deutscher Quellen, wird allen hierzu befähigten Katholiken aufs angelegentlichste empfohlen; die katholische Presse aber möge zur Förderung von Licht und Wahrheit den Ergebnissen solcher Studien thunlichste Öffentlichkeit und Verbreitung verschaffen.“ Der Ausschuß, so bemerkt der Referent, empfiehlt die Annahme dieses Antrages dringend. Er verhehlt nicht die traurigen Vorkommnisse im vorigen Jahre. Aber er war nicht der Ansicht, daß der Kampf gegen die Freimaurerei aufzugeben sei. Er mahnt lediglich zu größerer Vorsicht und ersucht im übrigen, den Kampf gegen die Freimaurerei nach wie vor mit Mut und Thatkraft zu führen. Namens des Antragstellers führt dann Pfarrer Schwarz aus Aulendorf aus: Drei Punkte sind es, die die Annahme des Antrages notwendig machen. Erstens die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Freimaurerei. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Thatfache, daß der heilige Vater diesen Kampf wünscht; zweitens: aus der Gefahr der Logen, die in ihren radikalen Richtungen einen vollständigen Indifferentismus predigen; drittens aus dem Ergebnis der Tazil-Vaughan-Geschichte und ihrer Folgen, die erst recht die Bekämpfung der Freimaurerei fordert. Bei diesem Kampf müssen aber bisher gemachte Fehler unbedingt vermieden werden. Und da bitte ich Sie folgendes zu beachten: 1. Lassen wir zunächst die romanische Freimaurerei ganz aus dem Spiele. Andernfalls wird das durch den

Miß Vaughan-Taxil-Schwindel erregte Mißtrauen selbst im eignen Lager nicht schwinden. Legen wir unsern Studien nur deutsche Quellen zu Grunde. 2. Stellen wir niemals einen Satz auf, der nicht zu beweisen ist. Niemals nur zu behaupten, sei oberster und festester Grundsatz! Deshalb müssen alle Vermutungen aus dem Spiele gelassen werden. Endlich führen wir jenen Kampf nicht nur in objektiver Weise, sondern auch möglichst geschlossen. Und zwar auch durch Inanspruchnahme der Presse Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. Die Presse muß monatlich oder auch wöchentlich ihre Spalten zu diesem Zwecke öffnen. Hierauf gelangt der Antrag zur einstimmigen Annahme. Es wird ferner folgendem Antrage zugestimmt:

Die Generalversammlung betrachtet die kirchliche Kunst als den wichtigsten Zweig des christlichen Kunstschaffens und empfiehlt für dieselbe das Studium und den engen Anschluß — auch nach der theologischen und symbolischen Seite hin — an die kirchlichen Vorschriften und an mustergiltige Schöpfungen aus der ruhmreichen Vergangenheit der christlichen Kunst. Sie verlangt aber auch bei ihm die Fähigkeit und das Bestreben, diese Schöpfungen individuell zu benutzen und zu verwerten unter Anwendung solider und erprobter Technik. Sie erkennt deswegen für die Kirche ausschließlich die Thätigkeit selbständig schaffender Künstler und Kunsthandwerker als berechtigt an und verurteilt den Fabrikbetrieb vieler sogenannten Kunstanstalten, die als die schlimmsten Feinde der echten kirchlichen Kunstthätigkeit betrachtet werden müssen. Die Generalversammlung verwirft die Massenerzeugung auf dem Kunstgebiete und warnt alle, die es angeht, durch Anschaffung solcher Erzeugnisse die Kirche zu verunzieren und dazu auch finanziell zu schädigen.

31. August. Im Anschluß an den Katholikentag findet in Landsküt die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Dr. Trimborn legt hier die für die Ziele des Volksvereins maßgebenden Grundsätze dar, nämlich: Sammlung aller katholischen Kräfte zur Verteidigung des Glaubens und der sittlichen Ziele der Menschheit, offenes Bekenntnis der religiösen Ueberzeugung, Kampf gegen alle den Thron und den Altar bedrängenden radikalen Elemente. Trimborn spricht von der Notwendigkeit, daß man in Bayern, und speziell in Niederbayern, an eine energische Propaganda im Sinne und mit den Mitteln des Volksvereins gehen müsse, daß die Waffen zu schmieden seien nicht bloß zur Abwehr der Sozialdemokratie, sondern ebenso zum Kampfe gegen den Bauernbund. Und um den Bauernbund, „den Schildträger der Sozialdemokratie,“ der die „Paffen“ verächtlich mache und schließlich die Religion selbst zu vernichten strebe, dreht sich die Reihe der nachfolgenden Reden. Dr. Wichter fordert seine bayerischen Landsleute auf, durch den Volksverein den Bauernbund zu bekämpfen. Reichstagsabgeordneter Groeber fordert die Niederbayern auf, dem Schlachtruf eines alten schwäbischen Ritters zu

folgen, der den wankenden Reihcn zugerufen habe: „Schlagt drauf, die Feinde fliehen!“

1. September. Reichstagsabgeordneter Groeber hält in dieser Versammlung einen Vortrag über die Vorgeschichte und Bedeutung des bürgerlichen Gesetzbuchs, Abgeordneter Porisch über die „römische Frage“, Rektor Ruppertaus Wensheim über die der Disziplinargewalt des Zentrums entrückte Litteratur, Abgeordneter Gerstenberger über die Agrarfrage und der Kapuzinerpater Auracher über das Thema „Der Klerus und die soziale Frage“. Er tritt für die Anschauung ein, daß der Klerus das Recht und die Pflicht habe, sich um die soziale Frage zu kümmern. „Der Klerus hat die Pflicht, das Volk nicht verhungern zu lassen. Die Frage, ob der Einzelne, ob ein ganzer Stand dem Kapitalismus rechtlos gegenüberstehe, ist eine Frage des göttlichen Rechtes, dessen Verkündigung zu den vornehmsten Aufgaben des Klerus gehört.“ — Dr. Kern aus Vinz spricht über die Schulfrage. Er behandelt ausführlich die Schulverhältnisse in Oesterreich. Das Bestreben, die Schule dem kirchlichen Einfluß zu entziehen, habe dazu geführt, daß glaubenslose Lehrer angestellt worden seien, die vollständig sozialdemokratischen Tendenzen huldigten. Zum Beweise dessen verliest er eine Reihe Zitate aus österreichischen Lehrerzeitungen. Die nächste Folge sei gewesen, daß die Kinder glaubenslos erzogen wurden. Gegenwärtig herrschten geradezu unhaltbare Zustände. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher nähme immer mehr überhand, die Kirchen ständen verlassen und die Jugend, auf die man Zukunftshoffnungen gesetzt habe, stehe vollständig unter der Leitung und dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei. Zur Besserung dieser Verhältnisse habe man verschiedene Wege eingeschlagen, die aber solange aussichtslos begangen würden, als man nicht die Schule wieder dem Einfluß der Kirche unterstelle. Vor allem müßten die Lehrerseminare wieder mit christlichem Geiste erfüllt werden. „Einen dümmern Erzieher als den Staat giebt's halt nimmer!“ Redner bittet die deutschen Katholiken, dem Kampf um die Schule in Oesterreich ihr Interesse zuzuwenden. Der Vorsitzende Bachem sagt dies unter dem Beifall der Versammlung zu. Man werde sich um so mehr dafür interessieren, als auch in Deutschland eine ungelöste Schulfrage bestehe.

2. September. Zum Thema „Soziale Frage“ gelangen im Katholikentage verschiedene Anträge zur Annahme, laut deren der Katholikentag die Gründung von Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen empfiehlt. Fürst zu Löwenstein spricht sich anerkennend über die Wirksamkeit der von den Orden ins Leben gerufenen Mädchenvereine, insbesondere der Mädchenschutzvereine aus. Es wird beschlossen, durch geeignete Hinweise in den Eisenbahnwagen

auf die in den verschiednen Städten bestehenden Mädchenschutzvereine aufmerksam zu machen. Ferner beschließt die Versammlung die Erbauung von Arbeiterwohnungen und -Hospizen für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, desgleichen von Arbeitervereinshäusern. Ein Antrag, betreffend die Gründung von Vereinigungen für jugendliche Arbeiter, wird von Steinkofer befürwortet. Er wünscht, daß die katholischen Studenten durch die Beteiligung an diesen Vereinen auf die jugendliche Arbeiterwelt einwirken möchten. Der Antrag wird angenommen. Pfarrer Ley aus Hämgen bei Aachen hält einen Vortrag über das heilige Grab. Redner schildert die Eindrücke seiner Reise zum heiligen Grabe, bedauert, daß es sich noch immer in den Händen der Ungläubigen befinde, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß der Kaiser bei seiner demnächstigen Jerusalemreise Gelegenheit nehmen werde, wenigstens in Sachen des alten, an den Katholiken begangnen Unrechts ein entschiednes *suum cuique* zu sprechen und ihnen das *coenaculum* auf dem Berge Sion wiederzugeben. Der Kaiser, dem die Katholiken eine weit über das Pflichtmaß hinausgehende Liebe und Verehrung entgegenbrächten, werde sich dadurch den Dank der Katholiken der gesamten Welt und insbesondere den Dank des Papstes erwerben.

Hierauf spricht Baron von Morsey aus Kronburg (Steiermark) über die katholische Einheit. Wenn man sie erhalten wolle, müsse man einerseits die wirtschaftliche Lage bessern, andrerseits Fehler vermeiden. Als solchen Fehler bezeichnet Redner den demokratischen Zug im Volke. Dieser Zug sei zu begrüßen, solange er sich gegen Schäden und Fehler in sachlicher Weise wende, habe aber seine Schattenseiten, wenn er sich gegen die Prinzipien der Kirche richte. Der schlimmste Feind der Einheit sei der wilde Landsknecht. Redner geht auf den bayerischen Bauernbund ein. Das Verkleistern und Vertuschen helfe ja doch nichts, offene Aussprache über diesen Punkt sei durchaus notwendig. Mögen sie auch manchmal das stolze Wort „Waterland“ an die Spitze ihrer Presse setzen, mögen sie auch Doktoren einer katholischen Universtität sein, ihr Kampf ist kein katholischer, er schadet der Kirche und dem Volke. Denn sie träufeln dem an wirtschaftlichen Wunden darniederliegenden Volke das Gift der Agitation hinein. Das heißt nicht, soziale Reformen anstreben, das heißt geradezu die Waffe der Bevölkerung der Sozialdemokratie ausliefern. Sie sind nicht die Reformer, nicht die Wohltäter des Volkes, ihre Lehrenleser sind die Sozialdemokraten. Und weil wir die Freunde des Volkes sind, so stellen wir uns ihnen entgegen. Achten wir darauf, daß nicht an wirtschaftlichen Fragen die katholische Einheit scheitert. Eine wahrhaft soziale Reform kann nur aus der Wirksamkeit der katho-



lischen Kirche kommen. Sie ist die Arche Noah, auf die wir uns in den wirtschaftlichen Stürmen und Nöten retten. Deshalb — leben wir für die Einheit im katholischen Lager!

Der Vorsitzende Bachem kommt im Schlußwort auf die Schulfrage zu sprechen. Das erste Recht auf die Schule hat der christliche Familienvater. Sodann erörtert er die Ordensfrage, die die Rechtsstellung des katholischen Volkes in Deutschland berührt. „Sowohl, auf diesem Gebiet kämpfen wir immer wieder und wieder. Gesehen ist noch nichts. Und darum wollen wir den Schwur hier erneuern, daß wir nicht müde werden wollen in unserm Kampfe. Denn nicht eher hat der katholische Volksteil die Stellung erlangt, die ihm von Gottes und Rechts wegen gebührt. Ich kann es nicht unterlassen, es hier auszusprechen, daß die Reichsregierung dem absoluten Fluch der Väterlichkeit verfällt, wenn sie nur die verschiedene Haltung der verschiedenen Bundesstaaten in Sachen der Wiederzulassung der Jesuiten in die Wagchale wirft.“

Als Ort für den nächstjährigen Katholikentag wird Prefeld bestimmt. Etwa hundert Mitglieder des Katholikentages beteiligen sich an einer „deutschen Wallfahrt“ zum Grabe des Canisius in Freiburg in der Schweiz.

30. September. Der Abgeordnete Lieber hält in Aachen eine Rede, worüber die „Germania“ berichtet:

Er stellt zunächst klar, daß sein jüngster Besuch beim Reichskanzler im Zusammenhange mit dem Antrage des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes stand. Das Zentrum werde diesen Antrag in der nächsten Session des Reichstages wiederholen. Er macht kein Hehl daraus, daß in Berlin zur Zeit wenig oder gar keine Hoffnung bestehe, daß die Reichsregierung dem Antrage näher treten werde, oder daß der Bundesrat den schon drei mal vom Reichstage angenommenen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes gutheißen werde. Die Spektakelkomödie, die die „Mannen“ des „Evangelischen Bundes“ wieder einmal aufführen, sei ganz darnach angelegt und darauf berechnet, Stimmung an maßgebenden Stellen gegen die Katholiken und ihre Sache zu machen, insbesondere auch gegen die Jesuiten und den Papst, dessen Enchiklika über die Canisiusfeier so dargestellt und mißdeutet werde, als sollte damit eine „Kriegserklärung“ gegen den Protestantismus und die „Bekämpfung“ des protestantischen Hauses der Hohenzollern inszeniert werden. Das Zentrum werde unerschütterlich an der Vertretung der Rechte des katholischen Volkes festhalten und nicht bloß die vom Reichstage beschlossene Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, sondern die Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes unter Berücksichtigung der parlamentarischen Situation betreiben. Weiter betont Redner, daß das Zentrum in Zukunft unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen stehen werde, und das um so mehr, als die Richtung unserer Zeit leider auf einen Interessentkampf hinauslaufe, in dem das Materielle das Ideelle weit überwiege. Dem heranwachsenden Geschlechte müsse klar

gemacht werden, um was es sich in den Kämpfen der Vergangenheit gehandelt habe. Festes Zusammenhalten der Katholiken sei auch für die Zukunft unerlässlich. Wichtiger als die „Sammlung der Kräfte“ im Sinne des Herrn v. Miquel werde die Sammlung der Kräfte der Katholiken im ganzen Lande sein.

## VI.

## Aus der polnischen Bewegung.

**Anfang September.** Der „Goniec Wielkopolski“ stellt ein „Credo“ für die polnischen Preußen auf, in dem es heißt:

Daß drei Teufel den Bismarck holen werden, daran glaube ich, wie die Franzosen an den Millaus. Denn ich bitte zu hören, die Teufel fassen am Kopfe, Bismarck aber besitzt keine Haare. Da er also ein Kahlkopf ist, kommt dem ersten ein zweiter Teufel, wie aus der Pistole geschossen, zu Hilfe, um Bismarck an den Weinen zu fassen; ein dritter Teufel wiederum eilt gewiß dem Bauche zu Hilfe, worin Tausende von Polen Platz haben. Das ist eine zwar betrübende Sache, aber klar wie die Sonne.

Fürstbischof Ropp spricht, nach der „Bresl. Morgenztg.“ in einem an die katholischen Geistlichen gerichteten Schreiben den Wunsch aus, daß die katholischen Geistlichen, die an der Spitze polnischer Vereine stehen, den Vorsitz niederlegen möchten.

Etwa 300 in Gleiwitz versammelte Lehrer aus Oberschlesien sprechen den Wunsch nach einer baldigen Abwehr der dortigen groß-polnischen Bewegung aus.

**Mitte September.** Der polnische „Katholik“ in Butthen spricht sich also aus:

Wir müssen zeigen, daß Schlesien polnisch ist, und daß Polen in ihm wohnen. Wenn wir in einen Laden nach Waren kommen, dann verlangen wir diese nur auf polnisch, und vor allem gehen wir immer zu Landtsleuten. Wir müssen stets im Sinn haben: „Jeder zum Landsmann.“ Wenn einer von den Unserigen einen Laden einrichtet, müssen wir zu ihm gehen und nur von ihm kaufen. Mäßen wir nicht die uns mißgefinnten Fremden durch unsre schwere Arbeit, sondern ziehen wir uns immer dahin, wo man hoffen kann, daß man zum Wohle unsrer Sache arbeitet und arbeiten wird, das bedeutet, nur immer zu den Landtsleuten. Und so müssen wir immer einmütig zusammengehen, Hand in Hand, Schulter an Schulter, kühn, offen vorwärts, ohne Furcht, und keine „Berichte“ oder „Anzeigen“ werden uns etwas anhaben, und wir bleiben immer die Herren unsrer teuren, von den Vätern ererbten Scholle und können uns unerschrocken sagen: Oberschlesien ist, wie es war — und so Gott gebe, wird es leben!

**Ende September.** Nachdem der Bischof Redner von Kulm ein Gesuch von 400 polnischen Pfarreingefessenen in Graudenz um Einführung von Mariandachten in polnischer Sprache ablehnend beantwortet hat, sagt die „Gazeta Grudzianska“, der ablehnende Bescheid des Bischofs werde für immer ein Zeugnis

für die überaus traurigen Verhältnisse sein, unter denen die polnischen Katholiken sowohl in der Pfarodie Graudenz als auch in der gesamten Diözese Kulm lebten. Zahlreiche Geistliche, ja sogar einige hohe kirchliche Würdenträger stimmten darin überein, daß der Beseid in jedem rechten Polen und Katholiken die tiefste Entrüstung hervorrufen müsse und verdiene, der ganzen Welt als Beweis dafür bekannt gegeben zu werden, welch unerhörtes Unrecht den Polen geschehe. Der Beseid der geistlichen Behörde stehe in einem ausgesprochenen Gegensatz zu dem Willen des Erlösers. Das Blatt droht sodann, sich an den Papst gegen den Bischof Redner zu wenden und äußert die Ansicht über die Bischöfe, dieselben seien oft genug bereit, „die ohnehin schon tiefgebeugten Nacken derselben vollends in den Staub zu treten.“

Hierzu bemerkt das Centrumsbblatt „Kölnische Volksztg.“:

Eine derartige gegen die kirchliche Behörde geführte Sprache steht geradezu in ihrer bodenlosen Unverschämtheit und Verlogenheit unerreicht da. Wer hat sich des polnischen Volkes teilnahmvoller angenommen, als gerade der Katholizismus und seine Vertreter in Kirche und Parlament? Eine Sprache, wie das besagte Blatt sie führt, kann nur der blindeste Fanatismus eingeben, der in der nationalen Verhegung seine Aufgabe sieht! ... Das ist die Sprache der offenen kirchlichen Rebellion.

Anfang Oktober. Der „Kurjer Pozn.,“ das Organ des Erzbischofs v. Stabilewski, sagt folgendes:

In unsre Städte und Städtchen kehren die preussischen Regimenter von den Herbstübungen in die Winterlager zurück, und eilig rückt die Stunde näher, die Tausende unsrer wohlgestalteten jungen Leute aus dem Schoße der Familie reißt und unsre Ausgemusterten häufig in fremde Gegenden entführt. Leider! Wie viele von diesen jungen Leuten kehren nicht mehr nach Hause zurück, sondern gehen, des Glaubens und der Sprache der Väter vergessend, auf immer für diese verloren. Die Hauptschuld an diesen traurigen Verhältnissen trägt das unglückliche System der Translokierung der polnischen Soldaten in die pommerschen, mecklenburgischen und andre fremde Regimenter. Aus der Kasse der verschickten Soldaten geht die Klasse der Bedauernswerten hervor, die zwecks Avancements im Dienste bleiben oder auch schon in den ersten beiden Jahren in die Reihe von sentimental deutschen Weibskleuten geraten. Ein Soldat kann selten ohne Liebsleien leben, zu seiner Rechtfertigung sei angeführt, daß die Militärdienstzeit sich besonders zu Liebshäften eignet. Zudem er so mit dem Liebesfeuer spielt, trägt er manchmal sowohl an Leib als auch an Seele Schaden davon, am verhängnisvollsten gestaltet sich die Sache aber dann, wenn der junge Soldat sich dazu entscheidet, gewöhnlich in der protestantischen Kirche die Ehe einzugehn. Ein derartig Umstridter bleibt selbstverständlich an Ort und Stelle und geht für die Heimat und die Kirche verloren. Seine Nachkommenschaft verhungert ihren polnischen Namen und verstärkt die Reihen der Sozialisten und der dunkeln Existenzen. Darum müßten, so lange das System der Verschickung katholischer Soldaten in protestantische Gegenden und polnischer Soldaten in deutsche Gegenden nicht unterlassen wird, weder das Centrum noch die polnische Fraktion einen Pfennig für die Armee bewilligen.

Erzbischof v. Stabilewski erläßt aus Anlaß der St. Adalbert-Zubelfeier in Posen-Gnesen ein Hirtenschreiben, das sich über den nationalen Egoismus verbreitet. Er sagt darin:

Der heilige Adalbert verwirklichte auch vor neun Jahrhunderten aufs vollkommenste das, wonach wir heute vergebens seufzen. Wem drängt sich nämlich nicht unter schmerzlichen Gefühlen die Wahrnehmung auf, wie in der Gegenwart nationaler Egoismus, zum höchsten Gipfel gestiegen, mehr denn je alle Grundbegriffe und Hauptlehren von sich stößt, mit denen Christus alle Völker zu einer Familie vereinigt hat, deren Haupt er ist?

Ende Oktober. Die „Gazeta Gruzdziańska“ sagt: Die „Germania“ nennt uns Polen, indem sie der Absicht, ein Wahlkomitee zu bilden, Erwähnung thut, „polnische Preußen.“ Möge die „Germania“ wissen, daß es für den Polen die ärgste Beleidigung ist, wenn ihn jemand „Preuße“ nennt. Wir sind Polen und nur Polen und höchstens noch Unterthanen des Königs von Preußen, nicht aber irgend welche Preußen!

Die Ostpreussische Ztg. äußert aus Anlaß des obigen (S. 51) Urteilspruches des Oberverwaltungsgerichts betreffend die Anwendung der polnischen Sprache in Versammlungen:

Man greift sich unwillkürlich an die Stirn bei der Frage: Ist denn Preußen — Deutschland ein polnisch-deutscher Paritätsstaat oder ein deutscher Nationalstaat? Ist dies das Ende vom Kulturwerte der Marienburg, an dem nach unsers Kaisers Worten nicht gerüttelt werden darf? Wenn man immer wieder diesen Ausbrüchen des Formalismus begegnet, unter denen alles gesunde politische Leben unsers Volkes verstümmert, so könnte man wirklich an der deutschen Zukunft verzagen. Es wird die höchste Zeit, daß endlich über diese Lebensfragen des deutschen Volkstumes Klarheit geschaffen wird. Die preussische Politik kann und darf ihrer Geschichte wie ihren Aufgaben nach keine andre als eine deutsche sein!

11. November. Die Graudenzzer „Gazeta Gruzdziańska“ äußert sich also:

Die schändliche Germanisirung durch die Kirche, worüber sich die Satane im Höllenrauchen freuen, hat untrer Kirche in Pommern schon manche schredliche Wunde zugefügt. Ein Beweis dafür sind die Kabat-kowischen Kaffuben, die seiner Zeit infolge der seitens deutscher Pfarrer betriebnen Germanisirung lutherisch geworden sind. Soll in der That auch die Handvoll polnischer Katholiken, die in Pommern wohnt, für unsern heiligen Glauben verloren gehn?

Der Erörterung eines Wahlkompromisses mit der freisinnigen Volkspartei, dem die „Gazeta Gruzdz.“ nicht abgeneigt ist, schickt sie folgende Einleitung voraus: Wir müssen gestehn, daß wir im Prinzip durchaus nicht dafür sind, mit Deutsch-Preußen bei irgend einer Gelegenheit zusammenzugehn. Es hat sich schon oft gezeigt, daß wir bei diesem Zusammengehn mit Preußen schlecht fahren, und daß es für uns das beste ist, wenn wir sie wie eine Seuche, wie Pestlust meiden.

19. November. Dasselbe Blatt spricht sich also aus: Manche polnische Eltern verkaufen die polnischen Seelen ihrer Kinder selbst, indem

sie letztere der deutschen Abteilung zum katholischen Religionsunterricht übergeben. Daß diese Seelen dem Teufel zufallen, ist sicher, da auf diejenigen, die sich des ihnen von Gott selbst verliehenen Schatzes der Muttersprache entäußern, schon ein solcher Fluch Gottes lastet. Erschlafft erst in ihnen die Liebe zur Muttersprache, dann wird auch die Liebe zum heiligen Glauben schwächer und der Satan wird ihre Seelen besitzen. Dafür haben wir zahlreiche Beweise. Wehe Euch Etern, Gottes Gericht wird über euch kommen und über eure Kinder. Verdammt werdet ihr und sie sein!

## VII.

## Soziale Parteien.

## 1.

## Verein für Sozialpolitik.

23. September. In Köln werden die Sitzungen des „Vereins für Sozialpolitik,“ unter zahlreicher Beteiligung von Männern der Wissenschaft und des politischen wie praktischen Lebens, von Professor Schmoller in Berlin mit folgender Ansprache eröffnet:

Es sind jetzt fünfundschwanzig Jahre seit Gründung unsers Vereins verfloßen. Im Oktober 1872 ist er in Eisenach entstanden. Die Gründung fiel in die denkwürdigste Zeit, die wir wohl erlebt haben, die wir wohl als die wichtigste in unserm Jahrhundert bezeichnen können. Damals nahmen die großen Sozialreformen ihren Anfang, damals erwachte der moderne Arbeiterstand zu kräftigem Selbstbewußtsein. Auf der einen Seite standen die Massen mit ihren utopischen und revolutionären Ideen, auf der andern jene Schichten, die alle Zustände als gut und zufriedenstellend hinstellten und in der freien Konkurrenz die alleinige Lösung der sozialen Frage erblickten, und zwischen diese beiden Gegner schob sich ein kleines Häuflein von Gelehrten, humanen Geschäftsleuten, Journalisten, die neben dem politischen auch den sozialen Fortschritt suchen wollten. Wir waren und sind nur eine kleine Gruppe, haben es zu keiner parlamentarischen Gruppe gebracht, konnten auch, da wir uns nie in den Dienst einer bestimmten Partei gestellt haben, niemals die Massen gewinnen. Wir haben unsre Aufgabe darin, die Erkenntnis sozialer Dinge in alle Parteien zu tragen. Niemals haben wir verlangt, daß unsre Mitglieder auf bestimmte Parteien eingeschworen seien. Was haben wir nun in den fünfundschwanzig Jahren gethan? Wir haben 13 Generalversammlungen abgehalten. Das ist nicht viel. Wir haben aber auch jährlich einige Ausschußsitzungen abgehalten und 74 Bände von Schriften publizirt. Und es giebt in der einschlägigen Litteratur nichts Besseres als die von unserm Verein herausgegebenen Schriften. Wir haben die Volkswirtschaft nie von Grund aus umgestalten wollen; wir haben nie den Boden der Wirklichkeit verlassen. Mit der Leuchte der Wissenschaft wollen wir den Weg der Sozialreform vorangehn. Im Kampfe des Tages, der Interessen, der Leidenschaften wollen wir der Stimme der Billigkeit und Vernunft Gehör verschaffen. Von rechts und links sind wir steten Angriffen ausgesetzt gewesen. Von rechts nannte man uns unpraktische Doktrinäer, von links feige Vermittler ohne neue Ideen. Die Bekämpfung seitens der sozialdemokratischen und eines Theiles der bürgerlichen Presse ist natürlich. Es wäre unsre Thätigkeit vor allem, die den Stein der sozialen Reformen ins Rollen

gebracht habe. Das ist ganz richtig. Die Sozialdemokratie vertritt ein mächtiges und großes Klasseninteresse. Das aber haben wir nie gewollt. So wollten wir nicht wirken. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht auf andre Weise gewirkt haben. Die großen Unternehmer heißen uns zu arbeiterfreundlich. Arbeiterfreundlich waren wir, arbeiterfreundlich sind wir und wollen wir bleiben. Die Hebung der untern Schichten ist unsre Aufgabe, die zu große Kluft in Besitz, Gestattung und Bildung sehen wir als das größte Unglück an. Deshalb sind wir nicht unternehmerfeindlich. In der letzten Session des Reichstages wurde gegen uns der Vorwurf erhoben, daß wir nicht einen einzigen Baustein zum Gebäude der sozialen Gesetzgebung geliefert hätten. Die Gesetze werden von Ministern, den Geheimräten und den Parlamenten gemacht. Wir konnten da keinen direkten Einfluß üben. Wohl aber haben wir indirekt gewirkt. Unsrere Vereinstätigkeit war sozusagen der Sauerteig für die Inangriffnahme sozialer Reformen. Wenn heute eigentlich niemand mehr Manchestermann heißen will, so ist das, ich will nicht sagen die Folge unsers Vereins, aber die Folge jener großen wissenschaftlichen Bewegung, deren Fäden doch am meisten in unserm Verein zusammenlaufen. Die Angriffe auf uns wundern mich nicht. Die übertriebene Furcht vor der Sozialdemokratie hat einige Leute veranlaßt, nach einem Schuldigen zu suchen, den man möglichst ungestraft hauen kann. So wandten sich einige kurzschichtige Politiker und Journalisten gegen uns. Der soziale Sinn ist nicht im Zurückgehen. Einer Zeit der Durchführung großer Gesetze folgt stets eine Zeit der Ermattung, des Mißvergnügens und Kritifizirens. Die Beschneiden unsrer Gegner verlangen ja auch nicht eine Umkehr in der Sozialreform, sondern nur eine Verdauungspause. Dem Wellenthall der Reaktion wird sicher ein Wellenberg des weitem Fortschritts folgen. Daran zweifelt wohl niemand, daß wir erst noch den größten sozialen Wandlungen entgegengehen. Die deutschen Regierungen haben eine Schwenkung gemacht, die eine Eisirung, zum mindesten eine Verlangsamung der Sozialpolitik bedeutet. Dahingestellt bleibe, ob eine grundsätzliche Wendung oder nur eine veränderte Taktik vorliegt. Thatsache ist, daß wir Kathedersozialisten zu Leuten gestempelt worden sind, denen man Strafprofessoren zur Seite stellen muß. Die nationalliberale Partei hat diese Schwenkung nur zum Teil mitgemacht, die konservative Partei auch nicht in dem Maße wie die freikonservative Partei, der ja der Ruhm gebührt, sich stets nur um ihre eigne Achse gedreht zu haben. Auf der einen Seite stehen die Massen, die sich für einen frischen, fröhlichen Klassenkampf begeistern, und nur durch Kampf läßt sich ein Fortschritt erreichen.

**24. September.** Die Verhandlung betrifft die Frage des ländlichen Personalkredits. Abends beim Festmahl bringt der preussische Handelsminister a. D. v. Berlepsch folgenden Trinkspruch aus:

Ich habe stets ein außerordentlich hohes Interesse an den Arbeiten und Zielen des Vereins genommen, namentlich deshalb, weil es keinen Verein gibt, der die schwebenden Fragen der Zeit in ihren Einzelheiten so gewissenhaft durchleuchtet, wie der Verein für Sozialpolitik. Wenn der Verein und die nationalökonomische Wissenschaft in der letzten Zeit vielfach angegriffen worden sind, so liegt das daran, daß man häufig nicht so sehr die objektive Wahrheit klargelegt haben will, als den Beweis für eine vorgefaßte Meinung sucht. Die heutigen sozialen Kämpfe sind keine neue Erscheinung in der Geschichte, auch frühere Jahrhunderte haben ähnliche Kämpfe gesehen. Der Aus-

gang des vorigen Jahrhunderts hat den Emanzipationskampf des dritten Standes gebracht, in dem Ausgang dieses Jahrhunderts handelt es sich um den Emanzipationskampf des vierten Standes. Man muß anerkennen, daß dieser Kampf der eines neu heranwachsenden Standes ist, der dieselben geistigen und materiellen Vorteile beansprucht, wie die Stände sie besitzen, die diesen Kampf bereits durchgekämpft haben, und dieses Bestreben ist ein gerechtes, im Interesse eines gesunden Fortschrittes sogar notwendiges, und ihm wendet sich daher unsere Teilnahme mit vollem Rechte zu. Ich fühle mich frei von allen sozialdemokratischen Gedanken, soweit sie sich gegen die Grundlagen unserer heutigen Kultur richten; für mich steht die Geschichte viel zu fest, als daß ich glauben kann, daß eine Gefahr für unsere geistigen und sittlichen Errungenschaften, die die Jahrhunderte überliefert haben, besteht. Aber wenn man mit dem nebelhaften Programm der Sozialdemokratie zugleich die Berechtigung des Kampfes der Arbeiter um eine bessere Existenz, um Teilnahme an diesen geistigen und sittlichen Errungenschaften verwerfen will, so ist das ein großer verhängnisvoller Irrtum. Vielmehr muß man sich auf den Standpunkt stellen, daß die gebildeten und besitzenden Klassen das Emporkommen eines vierten Standes zu dulden und zu fördern haben. Ich schließe in der Hoffnung, daß unsere arbeitende Bevölkerung sich immer mehr der Erkenntnis zuwenden wird, daß der Verein und seine Freunde der Arbeiter wahres Wohl im Auge haben, und in diesem Sinne trinke ich auf das Wohl des vierten Standes.

**27. September.** Ueber den Trinkspruch des Herrn v. Berlepsch sprechen sich die „Hamb. Nachr.“ also aus:

Der Trinkspruch, den der frühere preussische Handelsminister, Freiherr von Berlepsch, beim Bankett des Vereins für Sozialpolitik in Köln auf den vierten Stand ausgebracht hat, wird von der sozialdemokratischen und demokratischen Presse in allen Tonarten als „politische That“ gepriesen. Hätte es für uns noch eines Grundes bedurft, um auf die Entlassung des Herrn v. Berlepsch aus dem Ministerium mit Genugthuung zurückzublicken, so würde er durch diese Rede gegeben sein. Wenn Herr v. Berlepsch zwischen der sozialdemokratischen Bewegung und dem berechtigten Kampfe der Arbeiter um eine bessere Existenz einen prinzipiellen Unterschied macht, so liefert er nur damit einen neuen Beweis, daß er über die wirkliche Sachlage in einer Weise mangelhaft unterrichtet ist, die bei einem frühern Minister Befremden erregen muß. Und wenn er die jetzige Arbeiterbewegung mit dem Emanzipationskampf des dritten Standes am Ausgang des vorigen Jahrhunderts in Parallele stellt, so übersteht er dabei, daß es sich im letztern Falle um einen politischen Emanzipationskampf handelte, während sich im erstern der Streit doch nur darum dreht, ob der Schlüssel zum Geldschrank seinem bisherigen Eigentümer erhalten oder ihm entziffen werden soll. Im übrigen betrachten wir es als ein nicht unbedeutliches Zeichen der Zeit, daß ein Mann, der noch bis vor kurzem preussischer Minister war, es für seine Aufgabe halten konnte, in öffentlicher Rede revolutionäre Emanzipationskämpfe — mag er als Privatmann darüber denken, wie er will — als etwas Natürliches und Berechtigtes zu behandeln. Es kann nicht ausbleiben, daß sich die gesamte sozialdemokratische und demokratische Agitation mit größtem Eifer dieser Zugeständnisse eines ehemaligen preussischen Ministers bemächtigen und Kapital für sich daraus schlagen wird.

## 2.

**Deutsch-soziale Reformpartei.**

**10. Oktober.** In Nordhausen wird die Versammlung von 100 Delegierten durch den Reichstagsabgeordneten Zimmermann eröffnet. Sie berät über die Arbeiterfrage.

**11. Oktober.** Der Parteitag beschließt hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahlen u. a. die Erklärung: Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Reichstagswahlrecht ist gegen seine öffentlichen und geheimen Feinde aufs nachdrücklichste zu vertreten. Hierauf wird zur Arbeiterfrage folgende Erklärung beschlossen:

I. Der Parteitag bezeichnet als bei der Auslegung der Programmgrundsätze weiter zu beachtende Richtpunkte folgende: 1. Reform unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse im Geiste nationaler Wirtschaftspolitik; 2. Zwangsorganisation der Fabrikindustrie mit gesetzlich geschützter Durchführung der Kondition der Arbeiter; 3. in der Hausindustrie sind geeignete Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und ihrer Hausgenossen zu schaffen; 4. die Verarbeitung giftiger Stoffe ist zu verbieten, sofern für sie Ersatzmittel vorhanden sind; 5. Arbeitgeber und ihre Stellvertreter sind ähnlichen Bestimmungen, wie sie im § 174 Str.-G.-B. vorgesehen sind, zu unterstellen. II. Den Parteivereinen und Parteimitgliedern wird empfohlen, zu beraten, ob die Koalitionspflicht auf alle Arbeiter auszudehnen sei, und ferner, ob eine Einschränkung der Freizügigkeit in dem Sinne, daß zwar das Abzugsrecht erhalten, das Zugugrecht aber geändert wird, nützlich und möglich erscheint.

## 3.

**National-sozialer Verein.**

**11. September.** Professor Sohm, v. Blume, Karl Partorius, Max Lorenz, Johannes Weiß, Rathgen werden, wie das Vereinsorgan „Die Zeit“ mitteilt, auf dem bevorstehenden Parteitage folgenden Antrag stellen:

Die Endesunterzeichneten beantragen, daß der nationalsoziale Vertreterstag die nachfolgende Resolution beschließt: Resolution: Nachdem der nationalsoziale Verein seit seinem Bestehen und besonders durch die einmütige ideelle und materielle Unterstützung der Hamburger Streikenden keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er für die Emporentwicklung der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos eintritt, erklären die zum nationalsozialen Vertreterstage versammelten Delegierten ausdrücklich, daß aus unserm Eintreten für die Arbeiterbewegung keine Billigung sozialdemokratischer Tendenzen zu folgern ist. Unter allen Umständen lehnen wir das wirtschaftliche Ziel der Sozialdemokratie, die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, als Gegenstand politischer Aufgabe und Verhandlung ab, und ebenso wenig hat unsre monarchische und nationale Gesinnung mit dem Republikanismus und Internationalismus der Sozialdemokratie etwas gemein. Wir erstreben die Emporentwicklung der arbeitenden Bevölkerung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und zum Heil des deutschen Reiches. In diesem Streben treten wir allen reaktionären, auf Minderung



der Volksrechte gerichteten Bestrebungen der konservativen und einer andern Partei mit Entschiedenheit entgegen. Wir erklären aber, daß wir das Eigentümliche und Richtungsgebende unsrer Bewegung nicht in der Bekämpfung der konservativen oder sonst einer national gesinnten Partei, sondern in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblicken. Und zwar darum, weil wir in der sozialdemokratischen Partei heutzutage das größte Hindernis für die Arbeiterbewegung sehen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist Pflicht im Interesse des Arbeiterstandes — nur auf dem Boden und unter dem Feldzeichen eines mächtig ausblühenden Nationalstaates wird die Arbeiterbewegung zu ihrem Ziele gelangen — und ebenso im Interesse des Deutschen Reiches: allein durch die moralische und wirtschaftliche Hebung der Arbeitermassen und deren Gewinnung und Eintreten für die nationale Macht kann das Reich die materielle und die ideelle Kraft gewinnen, deren es für sein Dasein und seine Fortentwicklung, für die Politik eines größern Deutschlands unerläßlich bedarf. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist Pflicht im Dienst sowohl des nationalen wie des sozialen Gedankens. Der nationalsoziale Vertretertag protestirt dagegen, daß unsre Bewegung als eine Spielart der Sozialdemokratie, überhaupt als eine demagogische antimonarchische Richtung aufgefaßt wird. Er erwartet vom Vorstande, daß er das öffentliche Vorgehen des Vereins im Sinne des vorhin dargelegten Grundgedankens unsers Vereins regelt.

Hierauf wird folgender Gegenantrag des Pfarrer a. D. Göhre in Leipzig bekannt gemacht:

Innerhalb unsrer nationalsozialen Bewegung machen sich immer deutlicher zwei einander entgegengesetzte Richtungen geltend. Die eine betont vorwiegend den nationalen, die andre mehr den sozialen Gesichtspunkt. Erstere fühlt sich deshalb mehr den sogenannten staatsverhaltenden Parteien, insbesondere der konservativen verwandt. Sie sieht dementsprechend die Hauptaufgabe der National-Sozialen in der Gewinnung der diesen Parteien bisher angehörenden sogenannten Gebildeten für den Gedanken der sozialen Reform. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie erscheint ihr in Konsequenz dessen als maßgebend für die ganze Bewegung. Die andre Richtung sieht den Beruf der National-Sozialen dagegen vorwiegend in einer eigenartigen und energischen Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes. Dementsprechend nimmt sie auch zur Sozialdemokratie eine andre Haltung ein. Sie ist sich allerdings auch der vielen und großen Unterschiede bewußt, die zwischen den National-Sozialen und der Sozialdemokratie vorhanden sind. Andererseits aber erkennt sie auch die großen Verdienste der Sozialdemokratie um die Emporentwicklung der arbeitenden Bevölkerung unumwunden an. Insbesondere finden sich in ihr namentlich in der letzten Zeit in immer stärkerem Maße Ansätze zu einer Entwicklung nach der nationalen und praktischen reformerischen Seite hin. Um nun alle Mißverständnisse zu vermeiden, erklärt der Delegirten-tag, daß die Taktik der letzteren Richtung, wie sie schon von den sogenannten jüngern Evangelisch-Sozialen und im letzten Jahre vom national-sozialen Verein mit Erfolg angewendet worden ist, auch in Zukunft allein maß- und richtungsgebend für die Haltung des Vereins sein kann.

27. September. In Erfurt wird der aus etwa 150 Abgesandten bestehende Parteitag der national-sozialen Vereinigung von Pfarrer a. D. Göhre aus Leipzig eröffnet. Er wählt den Professor Gregorh aus Leipzig zum Vorsitzenden. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet: Das allgemeine Wahlrecht. Der

Referent, Geh. Hofrat Professor Dr. Sohm aus Leipzig, äußert sich ungefähr folgendermaßen:

Das allgemeine Wahlrecht oder besser das gleiche allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr, das dürfen wir uns nicht verhehlen. Die große Mehrzahl der gebildeten und maßgebenden Kreise sind Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Wir sind daher genötigt, soweit es in unsern Kräften steht, die ideelle Berechtigung des allgemeinen Wahlrechts nachzuweisen. Das allgemeine Wahlrecht wurde das erstemal von dem sogenannten Frankfurter Rumpfparlament gefordert. Damals war die Rechte dagegen. Im Norddeutschen Reichstage 1867 war es in erster Reihe Miquel, damals Oberbürgermeister von Osnabrück, der mit großer Entschiedenheit für das allgemeine Wahlrecht eintrat. Neben diesem trat mit eben solch großer Entschiedenheit der Geh. Regierungsrat Wagner für das allgemeine Wahlrecht ein. Der entschiedenste Befürworter des allgemeinen Wahlrechts war aber Fürst Bismarck. Darum Heil ihm! Die besitzenden Klassen waren damals aus Anlaß der Seeresorganisationsfrage antimonarchisch. Bismarck, der zweifellos von Lassalle auf die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts aufmerksam gemacht wurde, ging von der Ansicht aus, daß die Masse monarchisch, gesund und königstreu gesinnt ist. Von diesem Gedanken ist der Schöpfer des Deutschen Reiches und des allgemeinen Wahlrechts jedenfalls ausgegangen. Das Ergebnis des allgemeinen Wahlrechts ist aber das Zentrum auf der einen Seite und die Sozialdemokratie auf der andern Seite, zwei Parteien, die man doch nicht gerade als monarchisch bezeichnen kann. Die Sozialdemokraten sind demokratisch und das Zentrum hat gewissermaßen einen auswärtigen Souverän. Es wird außerdem eingewendet, daß die Pflichten und die geistige Befähigung verschieden seien. Allein trotzdem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das allgemeine Wahlrecht die einzig mögliche, die einzig gerechte Grundlage für das deutsche Staatswesen bildet. Ich halte das allgemeine Wahlrecht keineswegs für ein Naturrecht, das für alle Zeiten und für alle Völker gefordert werden müsse. Ich halte es aber für unerlässlich für das deutsche Volk. Die bürgerliche Gesellschaft ist in diesem Jahrhundert an Stelle des Adels getreten, seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ist es aber mit der alleinigen Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft vorüber. Seit dieser Zeit nimmt der Arbeiterstand hervorragenden Anteil am öffentlichen Leben. Die bürgerliche Gesellschaft muß dem Arbeiterstande ihr Ohr öffnen, sonst wehe ihr. Der Arbeiterstand tritt allerdings der bürgerlichen Gesellschaft unter dem Feldzeichen der Sozialdemokratie gegenüber. Allein so viel man auch gegen die Sozialdemokratie einzuwenden haben mag — ich habe sehr viel gegen die Sozialdemokratie einzuwenden —, das Auftreten der Sozialdemokratie bedeutet zweifellos die politische Macht des Arbeiterstandes. Diese Thatfache beweist, daß die Gesellschaft demokratisch geworden ist. Die Grundlage hierfür hat die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht geschaffen. Die Massen müssen zum allgemeinen Wahlrecht erzogen werden, in derselben Weise, wie man das Volk zu der Geschworenenpflicht erzogen habe. Das allgemeine Wahlrecht ist das Fundament des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Wer für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts arbeitet, dient dem Interesse des Gemeinwohls.

Redakteur von Gerlach aus Berlin: Da das allgemeine Wahlrecht die erste Forderung der National-Sozialen sei, hinter der alle andern Forderungen zurücktreten, so entstehe die Frage: wie haben sich die National-Sozialen bei einer engern Wahl zu verhalten, wenn ein Konservativer einem

Sozialdemokraten gegenüberstünde. Er würde, wenn der Gegner des sozialdemokratischen Kandidaten nicht klipp und klar erklären würde, daß er für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten werde, sich nicht der Stimme enthalten, sondern dem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Oberlehrer Professor Trommershausen aus Frankfurt a. M.: Er halte es für erforderlich, auch die Gewährung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten zu fordern. Man könnte sich vielleicht dafür mit einer Hinausschiebung der Wahlaltersgrenze einverstanden erklären. Ferner sei vielleicht das allgemeine Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen zu fordern. Es dürfte allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß dadurch Besitz und Bildung aus den Gemeindevertretungen verdrängt werden könnten. Pastor a. D. Rößschke-Sangershausen bekräftigt die Notwendigkeit der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Landtage und die Kommunen. Rechtsanwalt Martin aus Leipzig: Er müsse der Forderung v. Gerlachs, bei der engern Wahl eventuell für einen Sozialdemokraten zu stimmen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Die Sozialdemokraten seien die Todfeinde des Staates, die sich allen Kulturaufgaben feindlich entgegenstellten. Nachdem noch viele Redner das Wort ergriffen haben, tritt Pfarrer Raumann auf und sagt:

Daß die Entwicklung unsers Vereins eine normale gewesen ist und sein wird, beweist, daß wir nicht wenig gewonnen haben. Wir sind in diesem Jahre ein gut Teil weiter gekommen in der Organisation, aber auch in der Einheitlichkeit unsrer Gedanken. Wir mußten so und so viele Grundgedanken zusammenhaben und mußten darin wirken. Im vorigen Jahre hatten wir eine schärfere Sprache. Es kamen im Laufe des Jahres die Ereignisse und forderten uns auf, Stellung zu nehmen. Noch stärker wäre dies gewesen, wenn wir auch nur wenige parlamentarische Vertreter gehabt hätten. Sie haben wir bis jetzt nicht gehabt. Unsere Programmsätze sind als durchaus möglich und bewährt erschienen. Besonders hat sich eins als gut erleuchtet herausgestellt. Sie wissen, wie eindringlich und ernst wir voriges Jahr die Religionsdebatte geführt haben, und welche Mißdeutung unsre schwer arbeitenden Formeln zuerst gefunden haben. Wir haben aber gefunden, daß wir die falsche Mischung des Religiösen und Politischen los geworden sind. Schon der Umstand, daß ein Bedürfnis der Umbildung des Religionsparagrapphen heute nicht vorhanden ist, spricht sehr viel. Voriges Jahr, als wir auseinander gingen, wünschten noch viele eine Umarbeitung an diesem Punkte. Voriges Jahr hat also doch die Masse mal etwas Gutes gethan. Auch von kirchlicher Seite ist dies mehr und mehr anerkannt. Indem also diese Debatte als erledigt erscheint, scheint eine andre Debatte erst anzufangen, die Frage, ob man nicht genötigt sei, entweder das Rationale oder das Soziale zu betonen. Was uns jetzt in Resolutionen vorliegt, scheint mir auf dieser Frage zu beruhen, ob wir die beiden Grundgedanken zu einer Einheit bringen können. Wir müssen sagen, wir sind in diesem Jahre auch hierin viel weiter gekommen. Nationalsozial, das Wort ist fest geworden, eine feste Marke geworden, bestimmt und scharf und doch weit genug. Wir haben keine Ursache, an dem fernern Gedeihen zu zweifeln. Noch ein oder

zwei Jahre, und die Regierung wird vollständig sein. Indem wir mit zwei Augen schauen, geben doch beide Augen ein einheitliches Bild. Vor allem war es die scharfe Trennung von der Sozialdemokratie, die uns das letzte Jahr gebracht hat. Manche von unsern Freunden sind uns mit dem Vorwurfe gekommen, wir träten der Sozialdemokratie zu freundlich entgegen. Aber das trifft nicht ganz zu, in vielen Fragen haben wir doch entschiedene Stellung genommen gegen die Sozialdemokratie. Die soziale Frage hat ihre Feuerprobe im gewerkschaftlichen Kampf, dem Hamburger Streik, zu bestehen gehabt. Mit Ruhe, auf Grund unsers Programms, sammelten wir in der „Zeit“ für die Streikenden. Diese Sammlung darf nicht mit dem Professorenaufruf verwechselt werden, wie's geschehen ist. Der Anlaß zum Anstoß, der an unsrer Haltung in jenem Streit genommen wurde, war zum ersten die Berichterstattung, zum andern die Gesamtauffassung der „Zeit.“ Wir mußten diesen Streit unterstützen, weil ein Erfolg in diesem Arbeiterkampf die Möglichkeit des Einflusses des Arbeiter innerhalb des jetzigen Staates gezeigt und bewiesen hätte, daß etwas zu erreichen sei. Das bleibt der Grundgedanke. Was über den Hamburger Hafenarbeiterstreik gesagt ist, gilt von den andern Streiks. Es ist häufig der Vorwurf gekommen: „Ihr nehmt euch jedes geringen Streiks an.“ Diese Äußerung ist falsch. Man hat es mit einer Masse von Leben zu thun. Das Kaiserwort, daß die Hamburger Rheber zusammenhalten sollten, brachte uns in eine schwierige Lage. Wir mußten klarzustellen suchen, daß das Kaiserwort uns nicht binden kann, unsrer staatswirtschaftlichen Einsicht und unserm Gewissen zu folgen, und daß wir dennoch unsern Kaiser hochhalten konnten. Daraus erwuchsen längere Erörterungen über das Kaisertum, die alle den Gedanken aussprachen, daß hierin das Kaisertum noch nicht sein letztes Wort gesprochen habe und daß es wieder einmal sprechen wird wie 1890, wo die Bergarbeiter im Berliner Schloß gewesen sind. So war uns gerade während des Hamburger Streiks Gelegenheit gegeben, die Unterscheidungslehren gegenüber einer nichtmonarchischen Politik zu ziehen. Der ganze Gedanke von dem sozialen Kaiser ist uns ausschließlich eigenständig. Rechts von uns wollen sie den Kaiser, aber nicht das Soziale, links von uns wollen sie vom Kaisertum nichts wissen, wollen sie den Sozialismus, aber womöglich ohne den Kaiser.

Es kommt nun der Gegensatz zwischen Professor Sohm und Pfarrer a. D. Göhre zur Erörterung. Zunächst nimmt Hofrat Professor Dr. D. Sohm das Wort:

Die Wirkung unsers Antrages haben wir uns wohl überlegt. Wir konnten nicht anders, wir verspürten den Zug nach links in der tatsächlichen Leitung unsers Vereins, bei den Personen, die öfters in die Öffentlichkeit treten; und wir konnten mit diesem Zug nach links unsere Verantwortlichkeit als Vorstandsmitglieder nicht mehr vereinigen. Der Antrag ist veranlaßt worden durch das herausfordernde Auftreten von Gerlach, Göhre und Naumann. Wir haben eingesehen, daß die von den Leitern eingeschlagenen Richtungen nicht zum Ziele führen können. Von jener Leitung ist eine Richtung eingeschlagen, die uns immer mehr nach links zu den Demokraten und in unmittelbare Nähe der Sozialdemokratie geführt hat. Die Gegensätze zu den Sozialdemokraten erscheinen verschleiert. Aus den Publikationen der „Zeit“ gewann es in der Öffentlichkeit den Anschein, daß der Kampf ausschließlich gegen die Junker und Konservativen gehe. Ich bin nicht in die Partei eingetreten, um eine antikonserervative und demokratische Partei zu fördern und die konservative um jeden Preis zu zerstören. Wir

müssen uns doch fragen, ob wir gewinnen wollen. Die bisherige Leitung hat die Absicht gehabt, die Arbeiterschaft zu gewinnen und zugleich national zu machen. Darum hat sie alles vermieden, was den Arbeiterstand kränken konnte, d. h. sie vermied, die Sozialdemokratie zu verletzen und anzugreifen. Deshalb wurde die Parole ausgegeben: der Junker ist der Feind! Da stimmen die Arbeiter mit Jubel ein. Es ist aber eine unrichtige Taktik, die Arbeiter gewinnen zu wollen. Wir wollen den Arbeitern dienen und haben dazu nicht nötig, diese selbst hinter uns zu haben. Die Arbeiter sind in der Sozialdemokratie bereits stark organisiert. Sie gewinnen zu wollen, wäre vergebliche Mühe. Die Arbeiterpartei ist nicht imstande, den Staat zu regieren, daran ist die Sozialdemokratie selbst schuld. Der Arbeiterstand ist nicht imstande, den Kampf allein zu führen. Die Entscheidung liegt in der Gewinnung der Gesellschaft der Gebildeten. Wenn wir aber die konservative Partei bekämpfen und uns an die Demokratie anlehnen, werden wir diese Kreise niemals gewinnen können. Und so muß ich mit allen Kräften für eine Schwelung nach rechts eintreten. Die Angriffe gegen die Konservativen sind auch ungerecht. Ich muß die Behauptung zurückweisen, daß die konservative Partei eine Klassenpartei ist. Aus ihrem Schoße sind die ersten Sozialreformen hervorgegangen, und auch unsere eigne Bewegung ist ebenso wie die christlichsoziale aus der konservativen Partei entsprossen. Wie kann man da behaupten, die konservative Partei sei unsozial? Soweit die Konservativen unsozial sind, müssen sie bekämpft werden, sie dürfen aber nicht überhaupt und unterschiedslos vernichtet werden. Die Sozialdemokratie ist ein Gift für unser deutsches Volksleben.

Pastor a. D. Göhre für seinen Gegenantrag: Die Resolution Sohm ist schädlich und gefährlich für die Entwicklung des Vereins. Sie stellt andre Gesichtspunkte auf, als bisher maßgebend waren. Es wird als Hauptaufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokratie hingestellt, das ist ein Abgehen von unserm Ziel. Wir haben, wie immer betont ist, den Kampf nach zwei Fronten zu führen. Im vorigen Jahre sind wir ausdrücklich zusammengetreten als nicht konservative Christlichsoziale. Wir sind gerade im Gegensatz zu den Konservativen geboren. Raumann betonte schon im vorigen Jahre, daß die Sozialdemokraten unsere Brüder in vielen Punkten seien. Welche Verdienste hat die konservative Partei um uns gehabt? Jawohl, sie hat uns geboren, aber mit Schmerzen. Die Schmerzen haben wir an unserm eignen Leibe gespürt. Denken Sie an den Evangelisch-sozialen Kongreß! Als es aussah, als ob wir ihnen Gefolgschaft leisten würden, kamen die Herren zu uns und segneten uns. Als wir aber durchaus keine sozialistische, sondern nur selbständige Regungen zeigten, richteten sie ihre Angriffe gegen uns. Denken Sie weiter an die Achtung der sieben Pastoren, an die Achtung des konservativ gesinnten Pfarrers Wagner. Denken Sie, daß selbst Stöcker aus der konservativen Partei hinausgeworfen ist. Denken Sie an den Landrat v. Puttkamer, der den Bauern den Mund verbieten wollte, denken Sie an das elende Vereinsgesetz, denken

Sie daran, daß die ostelbischen Junker den deutschen Osten, der von deutschen Bauern mit deutschem Blut erobert worden ist, polonisieren, indem sie polnische Arbeiter ins Land ziehen. Eine Wolke der Reaktion wälzt sich von Osten über uns herauf, und wir sollten uns nicht dagegen stemmen? Da mache ich nicht mit, ich will kein Wolkenschieber der Reaktion sein. Und wie haben sich die Sozialdemokraten uns gegenüber verhalten? Haben sie uns benutzirt? Haben sie uns etwa aus dem Amte gebracht? Ich leugne nicht, daß eine tiefe Kluft uns trennt, Dinge, die ich um keinen Preis mitmachen kann. Könnte ich es, so wäre ich Sozialdemokrat! Dann hätte ich eine andre Macht, frei für mein Volk zu wirken. Trotz dieser Kluft hat die Sozialdemokratie niemals so an uns gehandelt wie die Konservativen. Gewiß, ich habe gerade mit den Sozialdemokraten die heftigsten Kämpfe ausgefochten — die Konservativen stellen sich uns ja nicht. Die Sozialdemokratie ist ein Hort der Freiheit und des Fortschrittes für unsre Fortentwicklung. Wenn auch in falscher Weise, aber sie sind es, sie sind für das Wahlgeseß, für die Lehrer, für die kleinen Leute eingetreten. Das muß anerkannt werden. In dem Sinne sind sie ein Hort des Fortschritts und der Freiheit. Man hat gesagt, wir sollten die Gebildeten gewinnen. Aber auch die abgeschwächten nationalsozialen Werke werden auf diese Kreise, die auch noch sehr beschränkt sind, wenig Einwirkung haben. Wir haben früher auch einen weniger ausgeprägten Charakter gehabt, und die Gebildeten sind doch nicht zu uns gekommen. Die Sozialdemokratie ist mit der Arbeiterpartei identisch. Lassen Sie auf jene los, so verlegen Sie auch die Arbeiter. An eine Beseitigung der Sozialdemokratie ist nicht zu denken, dazu steht dieselbe zu groß und geschichtlich begründet da. Wir können nur eine Umbildung und Veredlung derselben anstreben. Unsrer Taktik gegen die beiden Richtungen in der Sozialdemokratie lautet: Abweichend gegen die revolutionäre Richtung, annähernd an die reformatorische Richtung. In der Sozialdemokratie sind große Umwälzungen vor sich gegangen. Die Umbildung ist im besten Fluß. Und nun sollen wir, wie zur Zeit des Sozialistengesetzes, auf die Partei los schlagen, damit sie sich wieder einig fühlt und alles negiert? Das ist eine Taktik, die ich nicht mitmache. Mit solchen Wandlungen kommen wir nicht vorwärts. Wenn der Antrag Sohm angenommen werden sollte, kann ich nicht mehr mitmachen. Die Wirkung würde sein, daß aus dem nationalsozialen Verein eine Kohorte von Sozialistenthören alten Schlages würde, und ein Sozialistenthör will ich nicht sein.

Lorenz aus Leipzig: Sie pochen so sehr auf die neueste

Mauserung der Sozialdemokratie zum Freisinn hin, in der Allianz zu den Landtagswahlen. Von der Höhe des Handwerks aus ist diese Entwicklung der Sozialdemokratie wohl ein Fortschritt. Das aber muß ich eindringlich betonen: für unsre gegenwärtige politische und nationale Entwicklung ist die Allianz zwischen Freisinn und Sozialdemokratie das Gefährlichste, geradezu auf den Staatsstreich hinarbeitende.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen haben, werden die Anträge Sohms und Göhres abgelehnt, dagegen folgender, von Dr. Ruprecht aus Göttingen gestellter Antrag angenommen:

1. Wir lehnen es ab, eine einseitige Interessenvertretung des Arbeiterstandes zu sein, weil das egoistische Ziel einer solchen unverträglich wäre mit unserm nationalen und sozialen Grundgedanken, und weil der Arbeiterstand ganz besonders, aber keineswegs ganz allein der Besserung seiner Lage bedarf.

2. Wir stehen in einem scharfen Gegensatz zur marxistischen Sozialdemokratie, weil diese Richtung nicht national und zugleich das schwerste Hindernis einer gesunden Entwicklung Deutschlands und des Arbeiterstandes ist. Wir werden daher die sozialdemokratische Partei mit allen tauglichen Mitteln bekämpfen. Wir halten aber Polizeimaßregeln nicht für tauglich, sondern für schädlich und werden allen Versuchen, mit solchen vorzugehen, nachdrücklich entgegenzutreten.

3. Von den „nationalen Parteien“ trennt uns ihr antisoziales Verhalten. Wir werden diese Parteien bekämpfen, soweit sie egoistische Klasseninteressen vertreten, und werden im nationalen und sozialen Interesse insbesondere uns zur Aufgabe machen, die Uebermacht des mobilen Kapitals und des Großgrundbesitzes zu brechen. Wir wissen aber, daß innerhalb dieser Parteien weite Kreise sozialen Verständnis haben, und werden deren Bestrebungen ebenso fördern wie die derjenigen Sozialdemokraten, die für den Gedanken einer nationalen Sozialreform empfänglich sind.

28. September. Der Parteitag nimmt einen Antrag über das Genossenschaftswesen an.

1. Oktober. Das Organ des Vereins, „Die Zeit“ in Berlin, hört auf, zu erscheinen.

Die „Konservative Korrespondenz“ spricht sich über den Parteitag in Erfurt also aus:

Der Verlauf des nationalsozialen „Vertretertages“ hat uns darüber belehrt, daß wir über die Nationalsozialen noch viel zu günstig geurteilt hatten. Es ist nach den Erfurter Aussprachen nicht zu leugnen, daß zwischen den Anschauungen nationalsozialer Führer, wie Sohm, Ruprecht, Martin u. a. einerseits und Boehre, v. Gerlach, ja auch Raumann andererseits eine tiefe Kluft besteht. Gleichwohl haben die Herren sich auf Grund einer nichts-

fagenden Resolution wieder vertragen und so die nationalsoziale „Bewegung“ zu den Wahlen hinüber gerettet. Die gehässige Agitation der Goehre und v. Gerlach hat in Erfurt die schärfste Verurteilung erfahren; allein Folgerungen sind daraus nicht gezogen worden. Seitens des Herrn Goehre sind Äußerungen gefallen, wie: „Die Sozialdemokratie steht den Nationalsozialen näher als alle andern Parteien,“ „die Sozialdemokratie ist ein Hort der Freiheit und des Fortschritts für unsre Fortentwicklung.“ Andererseits äußerte Professor Sohm: „Die Sozialdemokratie ist ein Gift für unser deutsches Volksleben,“ und Ruprecht: „Die Verhättselung der Sozialdemokratie ist uns besonders schädlich gewesen.“ Beiderseits sind diese Aussprüche nicht zurückgenommen worden; und doch verstehen sich Männer von so grundverschiednen politischen Gesinnungen dazu, auch in Zukunft Hand in Hand zu gehen! Das ist einfach unbegreiflich. Fortan werden die Nationalsozialen noch weniger als bisher als politische Charaktere gelten. Eine Posse war der Erfurter „Vertretertag,“ nichts weiter.

Die „Nationalztg.“ spricht sich unter der Ueberschrift: „Der Nationalsozialen Glück und Ende“ also aus:

Es dürfte wohl das sechste mal gewesen sein, daß über Verhandlungen der „Nationalsozialen“ eingehend berichtet worden. Der zweite Erfurter Delegirten tag hat den letzten etwaigen Zweifel daran ausgeschlossen, daß sie mit dem, was sie an politischem Eigentum zu besitzen glaubten, abgewirtschaftet haben. Die Herren mögen vielleicht noch das ein und das andre mal zu gemeinsamem Thun zusammentreten; öffentliches Interesse wird daselbe aber nicht mehr zu beanspruchen haben. Mit den Hauptleistungen des Delegirten tages hätte als erwiesen gelten können, daß nationalsozial jetzt so viel bedeutet wie Programmlosigkeit; die übrigen Verhandlungen, die Debatten und Vorträge bewiesen aber, daß es noch weniger bedeutet, nämlich Konfusion. Es gab nicht eine einzige Frage, über die nicht die verschiedensten Meinungen vorgebracht wurden; aber alle Meinungsverschiedenheiten wurden „ausgeglichen.“ Man könnte aber eine Belohnung aussetzen für die Auffindung dieses gemeinsamen Bodens, und man würde das Geld nicht los werden: der absolute Mangel an gemeinsamen Prinzipien der Herren mit dem „entschlossenen Willen“ ermöglichte allein die Verkleisterung aller, auch der schroffsten Gegensätze. Man hatte ihrem politischen Charakter zu viel Ehre erwiesen, als man die Erwartung aussprach: Goehre oder Sohm; es heißt nach wie vor Goehre und Sohm. Und doch läßt sich kein stärkerer politischer Gegensatz denken, als der in den gegen einander gerichteten Anträgen dieser beiden Herren zu Tage getretne.

#### 4.

### Kirchlich-sozialer Kongress.

10. November. Die Hauptversammlung findet in Barmen statt.

Nachdem v. Dergen aus Berlin über „die Bedeutung des Protestantismus für den Staat und seine sozialen Aufgaben“ gesprochen hat, hält Hofprediger a. D. Stöcker einen Vortrag über „die Wechselwirkung des Kirchlichen und Sozialen.“ Der Redner führt etwa folgendes aus: Man bezeichne die kirchlich-soziale Bewegung vielfach als gefährlicher als die



Sozialdemokratie. Der christlich-sozialen Bewegung, deren Wahlspruch Monarchie, Vaterland, Christentum, gesunde soziale Ordnung laute, sei es in Berlin gelungen, 70—80000 Menschen der Sozialdemokratie abzugewinnen, die sonst unrettbar der Sozialdemokratie verfallen wären. Wie man angesichts dessen die Christlich-sozialen für gefährlicher halten könne als die Sozialdemokratie, sei ihm unfaßbar. Schuld hieran könnten nur die herrschenden Unklarheiten haben. Eine nicht geringe Schuld treffe die sogenannten „Jungen.“ Er nenne Pfarrer Naumann noch immer trotz aller Meinungsverschiedenheiten seinen lieben Freund. Dieser habe aber innerhalb zweier Jahre sein Programm mehrfach geändert. Naumann habe ursprünglich die Geistlichen zur Mitarbeit aufgerufen, jetzt biete er sogar den Juden die Hand. Das Vorgehen Naumanns müsse zu falschen Auffassungen führen. Die Art und Weise, wie selbst von höchster Stelle die katholische Kirche bevorzugt werde, die Anrufung des Papstes als Schiedsrichter in der auswärtigen Politik, die Berufung des Fürstbischofs Kopp zu einer Regierungskonferenz, das den Mönchen von Maria-Laach von allerhöchster Stelle ausgesprochne Lob dränge unwillkürlich die Frage in den Vordergrund, ob man sich im Zeitalter der Reformation oder noch im Mittelalter befinde. Die evangelische Kirche könne nicht länger zusehen, wie man die katholische Kirche in jeder Weise bevorzuge und die evangelische Kirche zum Schweigen verdamme. Die evangelische Kirche, die das Familienleben stärke und fördere, sei bedeutend mehr dazu berufen, an der sozialen Reformarbeit mitzuwirken, als die katholische Kirche mit der Ehelosigkeit ihrer Geistlichen. Die evangelische Kirche sei entfernt, den Besitz anzugreifen, obwohl nicht jeder Besitz heilig genannt werden könne. Sie könne aber angesichts des ungeheuern Anwachsens der Sozialdemokratie auf der einen Seite und der traurigen sozialen Zustände auf der andern Seite nicht schweigen, wenn sie nicht allen Einfluß bei den Massen verlieren wolle. Die Sozialdemokratie sei zweifellos etwas gemäßigter geworden, sie habe auch aufgehört, die Religion zu schmähen. Man dürfe sich aber über die große Gefahr, die dem öffentlichen Leben durch die Sozialdemokratie drohe, keiner Täuschung hingeben. Er glaube, die Sozialdemokratie sei jetzt um so gefährlicher geworden. Wenn aber die evangelische Kirche sozial wirksam sein wolle, dann müsse sie frei und unabhängig sein. Wenn 1879 eine Parole ausgegeben wurde, die nicht ja und nicht nein sage, 1890 gesagt wurde „für soziale Reformen,“ und fünf Jahre später der entgegengesetzte Weg eingeschlagen wurde, so müsse dies der Kirche bei der Masse des Volkes schaden. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß nirgends die Sozialdemokratie so stark sei wie in Deutschland, und in erster Linie im protestantischen Deutschland. Die katholische Kirche habe in dieser Beziehung eine bedeutend größere Widerstandskraft bewiesen. Es sei der Sozialdemokratie bisher nur gelungen, drei katholische Wahlkreise zu erobern.

Es wird hiernach eine Reihe von Zeitsätzen angenommen, deren einer lautet: „Das Soziale ohne das Kirchliche führt zur Verweltlichung der sozialen Bestrebungen. Der Staatssozialismus ohne Mitwirkung der Kirche bleibt äußerlich und befriedigt die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht. Der revolutionäre Sozialismus bei seinem Haß gegen die Kirche gefährdet zugleich seine Anhänger und den Bestand der Christenheit.“

## 5.

**Sozialdemokratische Partei.**

**3. Oktober.** In Hamburg tritt der sozialdemokratische Parteitag unter dem Vorſiße des Reichstagsabgeordneten Singer zuſammen. Nach mehreren Begrüßungsakten erläutert Pfannkuſch den Bericht der Parteileitung. Geriſch teilt bezüglich des Preß- und Rechnungswefens mit:

Der Abonnentenſtand der deutſchen ſozialdemokratiſchen Tagespreſſe betrage rund 250 000, die jährlichen Einnahmen der Tagesblätter 2 $\frac{3}{4}$  Millionen Mart. Die Geſamtpreſſe der Sozialdemokratie vereinnahmte über 3 Millionen Mart. Die agitatoriſche Flutwelle der nächſten Wahlen müſſe auch für die Preſſe ausgenutzt werden. Nur 45 Prozent der Vertrauensleute haben die ihnen obliegenden Berichte an die Parteileitung erſtattet. Die Beiträge der einzelnen Parteiorde an die Zentralkaſſe laſſen nach wie vor viel zu wünſchen. Durchschnittlich nahm jede einzelne Parteiorganisation 5000 Mart jährlich ein, ſteuerte aber nur etwas über 300 Mart an die Zentralkaſſe. Manche reiche Orte zahlten überhaupt nichts.

Nach längern Verhandlungen werden folgende Anträge angenommen:

1. Der Parteitag möge den geſchäftsführenden Ausſchuß beauftragen, im Laufe des nächſten Jahres eine planmäßige Agitation im ganzen Lande und beſonders unter den ländlichen Arbeitern für Abſchaffung der Geſindeordnungen und ſonſtigen Ausnahmebeſtimmungen, die die landwirthſchaftlichen Arbeiter bedrücken, ſowie für Gleichſtellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu ſetzen — ähnlich wie bei der Umſturzvorlage — und hiermit gleich die ſchärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleiſtung, einschließlich der Geburtshilfe und Heilmittel und der Totenbeſtattung“ zu verbinden. Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunſch ausſprechen, daß die Preſſe den Geſindeordnungen, ſowie der Handhabung derſelben, ſowie den aus dem heutigen Arznei- und Apothekenweſen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Wert beilegt als biſher. 2. Der Parteivorſtand hat nach jedesmaligem Abſchluß der Legislaturperiode in Broſchürenform einen Bericht über die Verhandlungen des Reichstags analog denen von 1887—1890 und 1890—1893 herauszugeben. 3. Die Parteileitung wird beauftragt, Material über die Behandlung des Gefindes bei Gutsbeſitzern und Pächtern zu ſammeln und überſichtlich geordnet herauszugeben.

**5. Oktober.** An ſeinem zweiten Verhandlungstage beſchäftigt ſich der Parteitag mit den Verhältniſſen einzelner Parteiblätter.

**6. Oktober.** Zur „Maifeier 1898“ wird beſchloſſen, die Reſolution des Gotthaiſchen Parteitages über die Maifeier für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten. Weiter wird beſchloſſen: „In Erwägung, daß die Maifeier von eminent agitatoriſchem Werte für unſre Partei iſt, haben unſre Parteigenoſſen mehr denn je für allgemeine Arbeitsruhe einzutreten.“

Zur Frage der Reichstagswahlen ſagt Liebknecht:

Die Situation sei eine ernste. Der Kampf, der bevorstehe, gelte um die Rechte des Reichstages gegen das absolute Regiment. In Deutschland sei der Absolutismus und der ganze Plunder des Mittelalters noch nicht über Bord geworfen. Wir kommen dem Verfassungskonflikt immer näher. Der Kapitalismus ist in einer Sackgasse. Man kann dem Vordringen des Sozialismus nur einen Damm entgegensetzen durch einen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht, und der Verfassungskonflikt ist da. Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen werde man sich wohl in der Partei einig sein. In der Resolution Bebel's sei die Bezeichnung „Verschlechterung des Wahlgesetzes“ ein sehr vager Begriff. Versprechungen können, auch wenn sie schriftlich gegeben sind, gebrochen werden. Der Antrag wegen Aufstellung polnischer Kandidaten in überwiegend polnischer Bevölkerung sei ein ganz selbstverständlicher. Welches Recht haben wir, den Polen das Recht zu bestreiten, als Polen in den Wahlkampf zu treten? Wir betrachten auch die Franzosen als unsre Brüder; wenn sie aber Deutschland zerreißen wollen, müssen wir sie als unsre Feinde betrachten. Die Polen haben das Recht, sich als Nation zu organisiren; daß sie einst unterdrückt sind, macht sie doch noch nicht rechtlos. Diesen Standpunkt hat auch Marx, der Begründer der „Internationale,“ der über jeden Verdacht der engherzigen Nationalität erhaben ist, vertreten. Die Eifersüchteleien zwischen deutschen und polnischen Genossen müssen aufhören. Ich will hoffen, daß das Wort: „Die deutsche Kultur steht höher als die polnische“ nicht mehr in einem Arbeiterparlament ausgesprochen wird. Die Polen haben schon vor Jahrhunderten die Gleichberechtigung der Juden anerkannt, die größte Pressfreiheit gehabt. Die deutsche Kultur im Osten und die Germanisation, die der Gutsbesitzer mit der Peitsche in der Hand betreibt, oder der Beamte, der in die Menge mit dem Wagen hineinfährt und die Polen „Hunde“ nennt, ist keine Kultur, sondern eine Schande für Deutschland. Wir dürfen den polnischen Genossen keinen Zweifel lassen, daß wir ihr Bestreben nach Unabhängigkeit für ebenso berechtigt halten als das anderer Nationalitäten.

Eine Bemerkung des Reichstagsabgeordneten Schippel bezüglich der Bewilligungen für das Militär erregt großen Widerspruch. Zubeil sagt: Aus demselben Grunde, wie zum Schutze der Soldaten, müßten dann auch die Mittel zum Schutze der Küsten, der zurückbleibenden alten Männer, der Kinder gewährt werden, und den Flottenplänen müßten sie dann einfach zustimmen. Schippel: Er habe hervorgehoben, daß die Fraktion einstimmig gegen die Militärkredite gestimmt habe, also er selbst auch, und er könne nur sagen, daß keine Stimmung für die Bewilligung künftiger Forderungen vorhanden sei. Er habe nur auf die Zwischmühlenstellung hingewiesen und gesagt, daß es begreiflich sei, daß die Fraktion im Parlament und in der Öffentlichkeit kein Aufhebens gemacht. Die Soldaten sind da, wir können es nicht ändern. Wir müssen damit rechnen, daß ein Krieg ausbricht, den wir nicht verhindern können. Da können wir nicht große Reden führen, daß unsre Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen haben sollen. Der Augenblick war der ungünstigste, um unsern prinzipiellen Standpunkt gegen das System zu vertreten. Wenn es

zum Kriege kommen sollte, wenn wir Niederlagen erleiden würden, und wenn dann das Blut der deutschen Arbeiter geflossen wäre — Parteigenossen! würden wir dann nicht alle den Regierungen Vorwürfe machen, daß sie nicht rechtzeitig eingegriffen haben? Die Fraktion hat dagegen gestimmt, nur den Zeitpunkt der Agitation für unzumutbar gehalten. Sindermann aus Dresden: Wir müssen gegen die Ansicht protestieren, daß wir die Schießprügel zu bewilligen haben, weil die Soldaten einmal da sind. Sonst erleben wir eines Tages das Schauspiel, daß die klassenbewußten Massen ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie verlieren und wir die Führung über die Massen. Wir büßen damit unsern revolutionären Charakter ein. Auer: Denken Sie doch einmal ruhig nach, und lassen Sie sich nicht zu sehr von der Phrase beherrschen. Wir sind gegen die Kriege, aber wir müssen damit rechnen, daß er gegen unsern Willen kommt. Dann haben wir aber auch den Wunsch, daß unsre Brüder, die in den Krieg geschleppt werden, siegen. Wir können die Agitation nicht gegen diesen Punkt richten. Sollten wir vielleicht auch gegen das warme Abendbrot der Soldaten stimmen? Unsre Führer haben schon wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie mit der Möglichkeit rechnen, wo sie auch bereit wären, mit in den Krieg zu ziehen. Ich erinnere an die Erklärung Bebel's gegen den Zarismus, die den Beifall der ganzen Partei fand. Wollen Sie, daß dieser Krieg geführt werde mit unzulänglichen Kanonen, die von den andern Ländern übertroffen werden? Mit dem Krieg muß gerechnet werden. Schon 1868 hat Liebknecht in Nürnberg von der heiligen Pflicht der Zerstörung des Zarenreichs gesprochen. Bei unserm Milizsystem müßten wir auch Kanonen haben. Bebel bemerkt: Ebenso unzumutbar wie die Gegensätze zwischen polnischen und deutschen Genossen sei es, von Parteigenossen mit der schwierigen Faust und Kopfsarbeitern zu sprechen. Das widerspricht den Grundzügen der Partei. Bis jetzt sei ihm in seiner dreißigjährigen parlamentarischen Thätigkeit kein Fall bekannt, daß ein gegnerischer Kandidat sein den Genossen bei den Wahlen gegebenes Wort gebrochen habe. Es soll ein bis zwei mal vorgekommen sein. Als Ehrenmann verlange er, daß man seinem Worte Glauben schenke. Daß die Gegner anders denken, dafür sind sie ja Bourgeois; sie können nicht anders handeln. Wenn Ihre Verhältnisse sich änderten und Sie wie ein Bourgeois leben könnten, würde wohl auch die Mehrzahl von Ihnen morgen Bourgeois sein und die Sozialdemokratie an den Nagel hängen. Die Polenbedatte bedaure er. Die Gegensätze lägen zum Teil in der Phantasie, zum Teil an den Personen. Schließlich wird auf Antrag Bebel's beschlossen:

1. Es ist die Pflicht aller Parteigenossen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort in die Vorbereitungen für die allgemeinen Reichstagswahlen einzutreten und in allen Wahlkreisen, in denen organisierte Parteigenossen vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu erwartenden Stimmen einen Parteikandidaten aufzustellen.
2. Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei dem der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimme zu geben, der sich verpflichtet, im Fall seiner Wahl für folgendes im Reichstage einzutreten:
  - a) Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt.
  - b) Für Aufrechterhaltung des unverkürzten Budgetrechts des Reichstags (kein Septennat, Quinquennat u. s. w.).
  - c) Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts durch ein Reichsgesetz.
  - d) Gegen die Erhöhung des Standes der Marine und des Heeres.
  - e) Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.
  - f) Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung.
  - g) Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf notwendige Lebens- oder Genußmittel (Bier, Tabak u. s. w.).
3. Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.

Sodann werden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. In Erwägung, daß die Mäßeier von eminent agitatorischem Werte für unsre Partei ist, haben unsre Parteigenossen mehr denn je für allgemeine Arbeitsruhe einzutreten. 2. Der Parteitag erklärt sich mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterschuttkongresses in Zürich einverstanden und erachtet es als Pflicht aller Genossen, für die Verwirklichung derselben mit allen Kräften einzutreten.

7. Oktober. Der Parteitag verhandelt über die Frage der Stellungnahme zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Bebel stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt: Der Beschluß des Kölner Parteitages, der den preussischen Parteigenossen die Beteiligung an den Landtagswahlen auf Grund des Dreiklassenwahlsystems untersagt, wird aufgehoben. Dagegen wird beschlossen:

1. Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. 2. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. 3. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht: a) ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben; b) ist die Aufstellung

eigner Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die ausschließlich einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet. 4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind: a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen, b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. 5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe. Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes für ihre Abmachungen mit andern Parteien einzuholen.

Der erste Berichterstatter Auer bemerkt: Es handelt sich hier nicht um eine prinzipielle, sondern um eine taktische Frage, zu der je nach den Umständen Stellung genommen werden muß. Im Jahre 1871 hat Bebel nachgewiesen, daß der sächsische Zensus von drei Mark eine Beteiligung an den sächsischen Wahlen unmöglich mache. Das traf damals auch zu. Die höhere Besteuerung, die Geldentwertung haben die Gründe aufgehoben. Ein Beweis ist, daß wir im letzten Jahre fünfzehn Abgeordnete im sächsischen Landtage hatten, während 1871 jeder Erfolg ausgeschlossen war. Auch der bekannte „Treueid“ wurde als Hindernis angesehen. Hasselmann benutzte ihn noch zu demagogischen Intrigen. Liebknecht war der erste, der sich über die Skrupel hinwegsetzte, und mit Recht, denn die papiernen Hindernisse der Gegner können uns nicht abhalten, in die politische Arena einzutreten. Es war ein Fehler in Köln gewesen, daß wir in einer Frage, die fortgesetzt in Fluß ist, uns absolut festlegten. Diesen Beschluß aufzuheben, scheint ja die allgemeine Stimmung, auch bei den Gegnern der Wahlbeteiligung zu sein. Die Verhältnisse haben sich geändert. Die Parteigenossen sind in der Mehrzahl der Bundesstaaten in die Landtage eingetreten. Als Preußen seine traditionelle Rolle als Vorkämpfer des deutschen Reichsgedankens aufgab und sich der besten partikularistischen Reaktion in die Arme warf, als die lex Rade auftauchte, ging ein Lichtstrahl durch die Partei! Es zeigte sich uns plötzlich, welche Bedeutung der preussische Landtag haben kann. Die lex Rade ließ uns erwägen, ob unsere Negation zweckmäßig sei. Wir wissen, was die lex Rade bedeutete: eine vollständige Unterdrückung des Vereins- und Versammlungswezens. Mit dem Ausruf der Fraktion war der Schlachtruf gegen das Junkertum ausgegeben, als der stärksten Stütze

der Reaktion. Auf der ganzen Linie wird anerkannt, daß etwas geschehen müsse. Ob wir aus eigener Kraft erreichen können, daß wir eigne Kandidaten in den Landtag bringen, ist eine andre Frage. Ich selbst glaube nicht, daß es möglich sein wird. Aber damit ist unsere Stellungnahme noch nicht gegeben. Wir müssen das große Ziel im Auge behalten. Auch Bebel hielt 1871 Erfolge bei den sächsischen Landtagswahlen für aussichtslos, und damals mit vollem Recht. Man kann einen Erfolg für heute verneinen, aber nicht für alle Zukunft. Ich erkenne die Schwierigkeiten für unsre Partei vollauf an, halte sie aber nicht für unüberwindlich. Wir werden immer Gegner des Wahlsystems bleiben, aber weil eine Waffe schlecht ist, liegt doch noch kein Grund vor, sie nicht zu gebrauchen. Die Wahlmännerfrage ist auch eine zu überwindende Schwierigkeit, auch die lästigen Formalitäten, die viel Zeit und Geldopfer verlangen, sind zu überwinden. Es liegt in unsrer Hand, die Dinge so zu leiten, daß unsre Partei bei Kompromissen keinen Schritt weiter zu gehen hat als bei den Reichstagswahlen. Was dort zulässig ist, muß auch bei den Landtagswahlen gelten können. Hier handelt es sich für uns darum, das nötige Maß von Taktik zu finden. Es ist gesagt worden, daß unsre Leute nicht schlau genug dazu seien. Darauf erwidere ich aber: Wenn unsre Leute schlau genug sind, eine andre Kultur zu schaffen, so sind sie auch dazu schlau genug. Es ist merkwürdig, bald können wir alles und sind imstande, die Welt aus den Angeln zu heben, und bald ist man andererseits so kleinmütig. Wir müssen alles können. Der Glaube darf uns nicht verloren gehen, denn der Glaube versetzt bekanntlich Berge. Wir sind gescheit genug, wenn wir es nur wollen. Eins aber hat man bei der ganzen Debatte nicht beachtet: Zu einem Kompromiß gehören immer zwei. Von förmlichen Bündnissen werden hoffentlich die Genossen durch ihre zielbewusste proletarische Erziehung abgehalten werden. Mit den Möglichkeiten muß man rechnen. Wer schwimmen will, muß ins Wasser gehn. Wenn wir die Gesellschaft umgestalten wollen, müssen wir Erfahrungen sammeln, und um das zu können, an die geeignete Stätte gehen. Man wendet auch ein, wir werden die Wähler irreführen, sie würden es nicht verstehen, wie wir bei den Reichstagswahlen eine Partei bekämpfen, zu deren Unterstützung wir die Wähler bei den Landtagswahlen aufgefordert haben. Möglich ist alles. Auch die Welt kann untergehn, es wird uns ja auch von einem jüngsten Tag erzählt. Wir müssen aber erwägen, ob die Möglichkeiten schädlicher sind, als der andererseits uns erwachsende Vorteil. Täuschen wir uns nicht! Mit den Protestbewegungen erringen wir keine Erfolge. Mit unsrer Nichtbeteiligung war die Beseitigung

des Dreiklassenwahlsystems aus der öffentlichen Diskussion geschaffen. Wir wollen mit unsern Armeen in die Schlachtlinie einrücken und unsre Gegner nötigen, in Erwägung zu ziehen, wie sie auf diese Bewegung einwirken können. Mit dem Beschluß, in den Wahlkampf einzurücken, werden die nächsten Wahlkämpfe bei allen Parteien beherrscht werden von der Frage: Wie stellen wir uns zum Dreiklassensystem? Darauf kommt es auch für uns an. Mit dem Kölner Beschluß war dasselbe beabsichtigt. Der Plan hat sich als verfehlt erwiesen, also ändern wir unsre Taktik.

8. Oktober. Der zweite Berichterstatter über diese Frage, Liebknecht, erklärt sich als entschiedener Gegner der Beteiligung und hält das Zustandekommen einer absoluten Majorität im preussischen Landtage viel gefährlicher für die Sozialdemokratie als das Vorhandensein einer Juntermajorität, die durch antiliberaler Gesetze indirekt für die Sozialdemokratie agitirt. Man könne nicht prinzipiell bei den Landtagswahlen für die Freisinnigen und bei den Reichstagswahlen gegen dieselben auftreten. Eine Beteiligung an den Landtagswahlen würde den Liberalen Gelegenheit zu einem Einbruch in die sozialdemokratische Partei geben. — Zur Besprechung der Frage haben sich sechzig Redner gemeldet, es kommen aber nur wenige zum Wort. Endlich wird der Antrag Bebel's mit 160 gegen 50 Stimmen angenommen.

9. Oktober. Der Parteitag beschließt, die Parteileitung von Hamburg wiederum nach Berlin zu verlegen und den nächsten Parteitag in Stuttgart abzuhalten.

## Achter Abschnitt. Evangelische Kirche.

### I.

### Hauptversammlung des Gesamtvereins der Evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung.

28. September. Die fünfzigste Versammlung findet in Berlin statt. Um acht Uhr beginnen sämtliche Glocken der evangelischen Kirchen zu läuten, und um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr versammeln sich die Abgeordneten und Festgäste vor dem Portal des Rathhauses, um in zwei Gruppen nach der St. Nikolai- und der St. Marienkirche zu ziehen, wo um



neun Uhr die Festgottesdienste gehalten werden. In dem Festzuge zur Marienkirche wird ein großer Lorbeerfranz getragen, auf dessen weißseidenen Schleifen die Widmung steht: „Dem Reformator Dr. Martin Luther der dankbare Gustav-Adolf-Verein bei seiner fünfzigsten Hauptversammlung in Berlin.“ Dieser Kranz wird zu den Füßen des Lutherdenkmals auf dem Neuen Markt unter dem Absingen des Choral: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ niedergelegt. Sodann ziehen die Festteilnehmer an dem Denkmal vorüber und zur Marienkirche, wo Oberkirchenrat Wiß aus Wien die Festpredigt hält, der u. a. die Kaiserin und Prinz Albrecht von Preußen bewohnen. Die erste Sitzung findet in der Neuen Kirche statt. Der Vorsitzende Geheime Kirchenrat Pant aus Leipzig hält eine Begrüßungsansprache.

Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Barthhausen nimmt hierauf das Wort, um im Namen und Auftrage des Evangelischen Oberkirchenrats die aufrichtigsten Segenswünsche zu überbringen. Redner fügt hinzu: Ich schätze mich glücklich, dies thun zu dürfen, indem ich Ihnen zugleich den Gruß des Leiters des obersten Kirchenregiments, des Kaisers, überbringe, der Ihre Verhandlungen mit seiner Teilnahme begleitet. Für die evangelische Kirche sind diese Verhandlungen von allerhöchster Bedeutung. Ihre Ziele sind auch unsre Ziele, Ihre Arbeit, Ihre Freuden und Ihre Sorgen sind auch die unsren, und Ihre Erfolge kommen mittelbar oder unmittelbar uns zu gute. Wir stehn zusammen in dem Kampfe gegen Unglauben und Aberglauben, und Herz und Herz vereint zusammen stehn wir auf der Wacht, wo es das Wohl der Gemeinden innerhalb und außerhalb der evangelischen Landesgrenzen gilt, oder wo diese Gemeinden mehr oder minder bedrängt sind von Andersgläubigen. Im fernen Westen wie in der Ostmark unsers Reichs haben Sie sich in Tausenden von Gemeinden mit brüderlicher Handreichung hervorgethan und sich ein unvergängliches Denkmal im Herzen der Brüder und Schwestern gesetzt. Inmitten andersgläubiger Umgebung weiß man zu sagen von Ihrer Arbeit zum besten des evangelischen Glaubenslebens. Aber das ist nicht der bedeutsamste Erfolg Ihrer Arbeit. Es geht durch unsre Zeit ein Zug zur Einigung der verschiedenen Richtungen der evangelischen Kirche. Es ist der Zug zur Einigkeit, die alle Zwistigkeiten hinter sich läßt und nur nach einem Ziele ringt: dem deutschen Volke das Evangelium zu erhalten. Und der Gustav-Adolf-Verein darf sich rühmen, an dieser Einigungsarbeit mit thatenfroher Tapferkeit teilgenommen zu haben. In dieser Zeit, wo die Erlangung einer evangelischen Glaubensmacht gelungen ist, gedenken wir der Jubelfeier in Wittenberg, die vor fünf Jahren die Herzen der Evan-

gelischen höher schlagen machte. Dort traten damals die deutschen Fürsten unter dem Vorsitz unsers Kaisers zusammen, um der Welt zu zeigen, daß der Geist, der vor dreihundert Jahren unsre deutschen Fürsten besetzt und sie unsern Reformator Luther schützen ließ, auch heute noch in den Herzen der deutschen Fürsten fortlebt. Gestatten Sie mir im Anschluß an dieses Gedenken, Ihnen im Auftrage des Kaisers eine Abbildung jener Urkunde zu überreichen, die damals von den deutschen Fürsten beschlossen wurde, und deren Wortlaut darin enthalten ist. Ferner habe ich im Auftrage des Vereins für christliche Kunst eine Abbildung des Chores der Wittenberger Schlosskirche zu überreichen, die für den Sitzungsaal des Gustav-Adolf-Vereinshauses in Leipzig bestimmt ist. Der Verein der Evangelischen Jerusalemstiftung läßt Ihnen ferner ein Bild seiner neuen Kirche in Jerusalem zukommen, und die Preussische Hauptbibelgesellschaft hat Ihnen eine Anzahl Altarbibeln für die von Ihnen beschützten Gemeinden übersandt, mit deren Ueberreichung ich beauftragt bin. Zum Schluß lassen Sie mich eine Ermahnung aussprechen, die mir am Herzen liegt: Kraftvoll zusammenstehend in dieser Gemeinschaft des Gebets und der bauenden Arbeit lassen wir es uns nicht ansechten, wenn trotz des drängenden Ernstes der Zeit die Augen auch unsrer evangelischen Glaubensgenossen noch nicht allenthalben für die Notwendigkeit und den Segen Ihrer Arbeit erschlossen sind und die gute Sache der Gustav-Adolf-Vereine noch immer nicht alle Hindernisse überwunden hat, die als ein Rest trüber Zeiten dem gemeinsamen Handeln der evangelischen Kirche lähmend gegenüberstehen. Noch weniger kann es uns ansechten, wenn transalpinisch irrende Unfehlbarkeit, wie wir es noch vor kurzem erleben mußten, ex cathedra schwere Schmähungen gegen unsre teure evangelische Kirche und insbesondere gegen den Helden der Reformation schleudert, dessen Werk mit nichts ein Gift, sondern das scharfe Salz gewesen ist, das weit über die Grenzen der evangelischen Kirche hinaus seine heilsame Wirkung geäußert hat. Es darf uns auch nicht ansechten, wenn fanatische Aumazung sich erfrecht, den Königlichem Schirmherrn der evangelischen Kirche zu verunglimpfen, weil er für das evangelische Märtyrertum einer glaubenstreuen protestantischen Stadt Worte ehrender Anerkennung gesprochen. Bewahren wir all diesen Angriffen gegenüber den vertrauenden Mut evangelischer Glaubensgewißheit, halten wir mit Mannhaftigkeit fest an der Fahne, die Luther und seine Mitreformatoren im Glaubenskampfe uns vorangetragen. Die Fahne, sie ist mit nichts eine Fahne des Aufruhrs, sie ist das Banner der Gerechtigkeit, die allein durch die im Glauben ergriffene göttliche Gnade gewirkt

wird, deren Botschaft, wie sie vor Jahrhunderten die Welt von den Banden schweren Irrtums befreit hat, auch jetzt noch allein den gängsteten Gewissen der durch Sünde bedrückten Menschheit die Gewißheit der Sündenvergebung und die Hoffnung ewiger Seligkeit schafft. Und je hochmütiger und streitsüchtiger die Rüdlehre unter die Menschenechtheit der Gewissen, an der schon mehr als ein ebles Volk zu Grunde ging, auch in diesen Tagen wieder als das Heilmittel für alle Schäden des Völklerlebens angepriesen worden ist, um so gewisser sei die ruhige Festigkeit unsers Bekenntnisses, daß im Evangelium und nur im Evangelium der Jungbrunnen quillt, der unserm deutschen Volke seine Gesundheit, sein Heil und seine Zukunft verbürgt. Der Herr aber helfe, daß der hoffnungsfreudige Geist, in dem Sie bereits über ein halbes Jahrhundert Ihre Kraft für die Mehrung seines Reiches auf Erden und für die Vereinigung der Christenheit auf Erden in evangelischer Liebesgemeinschaft eingesetzt haben, fortlebe und fortwirke bis in die fernsten Zeiten, und daß es lauter und lauter tausendstimmig hinaus-schalle in alle Welt: Eine feste Burg ist unser Gott! Das Reich muß uns doch bleiben!

Sodann erstattet Schriftführer Pastor Hartung aus Leipzig den Bericht des Zentralvorstandes. Der Bericht sagt u. a.: Die Diaspora nimmt immer mehr zu. Namentlich schafft die katholische Einwanderung von Osten her Diasporaverhältnisse, die früher nicht bestanden. So ist es gekommen, daß von den zwölf Hauptverbänden nur einer, der Leipziger, ohne eigne Diaspora ist. Und immer schwerer, so heißt es in dem Bericht weiter, wird der Diaspora durch die römische Kirche das Leben gemacht. Denn beim Blick auf die zahlreichen Berichte, die durch unsre Hände gehen, kann auch der Vertrauensseligste sich dem Eindruck nicht verschließen, daß es sich hier nicht um einzelne Fälle von Unduldsamkeit, sondern um ein planmäßiges Vorgehen gegen unsre Kirche handelt.

29. September. Besprechung des Jahresberichts. Hofprediger Rogge aus Potsdam regt zur Gründung akademischer Gustav-Adolf-Vereine an und bittet die Universitätslehrer, Anregungen zur Bildung derselben zu geben. Konsistorialrat Prinzing aus Ansbach spricht über die Diaspora in Bayern. Die Anfeindungen der Römischen in Bayern werden immer größer, haben aber das Gute, daß sie das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Evangelischen verstärken.

Oberkonsistorialrat Dibelius aus Dresden spricht über die Verteilung des „gemeinsamen Liebeswerkes“ und schlägt dafür die Gemeinden Jezewo in Westpreußen, Söflingen in Württemberg und Trautenau in Böhmen vor. In Jezewo ist

für 16 Orte mit ebensoviel Hunderten von Evangelischen ein Mittelpunkt geschaffen worden. Hier ist dringende Hilfe not, denn die katholisch-polnische Bevölkerung setzt dem Deutschtum arg zu. Die Hauptgabe von 18775 Mk. wird der Gemeinde Szewo überwiesen.

## II.

### Hauptversammlung des Evangelischen Bundes.

4. Oktober. Die zehnte Hauptversammlung des „Evangelischen Bundes“ wird in Krefeld eröffnet. Professor Haupt aus Halle eröffnet die aus etwa 500 Mitgliedern bestehende Versammlung. Lic. Everling aus Krefeld richtet Worte der Begrüßung an die Versammlung. Pfarrer Lic. Weber aus M.-Gladbach: Wir bekämpfen die Meinung des Ultramontanismus, daß speziell auf dem Gebiet der sozialen Frage katholisch Trumpf ist. Gegenüber dem Ultramontanismus heben wir hervor, daß wir keinen Unterschied der Stände kennen. Geht die Kirche zum Volke, geht das Volk in die Kirche! Kaufmann Schlechtendahl aus Barmen erinnert dann an den Bischof Haffnerschen Ausspruch, Luther sei vor Hochmut geplagt, und bedauert, daß solche Worte unwiderprochen in den Millionenkreis deutscher Katholiken hineingeworfen würden. Es müsse sich ein Sturm erheben gegen solche Demütigungen durch Leute, die nicht auf der Höhe der Bildung ständen. Pfarrer Thümmel aus Hemscheid:

Der Krieg ist da, und wer das abstreitet, der frage hier in der Gegend herum, ob ich nicht Recht habe. Der frage den kleinen Mann, den Bürgermann, der wird ihm erzählen, daß Krieg ist! Der frage die katholischen Großgrundbesitzer hier in der Umgegend. Er frage sie: Wo sind die evangelischen Gutspächter geblieben? Kein einziger mehr ist da! Langsam, aber sicher hat man sich ihrer entledigt. Und nun sage noch einer: Es ist Frieden! Zu allem Ueberfluß kommt dann noch der alte Mann in Rom dazu gelaufen und jagt: Nacht Frieden! Den Frieden, den er will, das ist der Frieden zwischen Hahn und Regenwurm! Und die katholischen Zeitungen wollen ja auch Frieden. Nun, wir stehen den katholischen Blättern so gegenüber: Wir glauben euch kein Wort! Wie weit muß es da mit euch gekommen sein, wenn wir so denken! Sie haben gesagt: Luther sei ein Revolutionär gewesen. Das sagt ja auch der alte Mann in Rom. Daß es ein Unsinn ist, wissen sie nicht. Haben es doch selbst Staatsanwälte nicht begriffen. Vom Heidentum brauche ich nichts zu sagen. Wir sind ja hier nicht weit von Keblaeer. Die Messe bildet eine Gefahr, weil sie der höchste Kult der katholischen Kirche ist, indem sie dem Priester die Macht giebt, die mehlgebundene Oblate in den Leib Christi zu verwandeln; darin liegt die Macht des römischen Priestertums. Darum auf zum Kampf gegen den Unglauben!

5. Oktober. Den ersten Vortrag hält der Vorsitzende der

thüringischen Missionskonferenz Pfarrer Kurze aus Vornshain (Sachsen-Altenburg) über die Bedrohung der evangelischen Heidenmission durch die päpstliche Propaganda. Bisher, so führt der Redner aus, sei es auf Seiten der evangelischen Heidenmission Sitte gewesen, das gegnerische Terrain zu achten und keine propagandistischen Einfälle in Gebiete zu machen, wo bereits katholische Missionen in Thätigkeit waren. Nachdem aber die katholische Mission, insbesondere die jesuitische, wiederholt in von evangelischen Missionaren bearbeitete Gebiete eingefallen sei, habe man die bisherige Taktik aufgegeben und auf der letzten kontinentalen Missionskonferenz in Bremen beschlossen, die katholischen Missionsgebiete nicht mehr zu respektiren. In den Missionsgebieten auf Madagaskar und den Fidjiiinseln feiere die päpstliche Propaganda wahre Orgien in der Verfolgung der evangelischen Propaganda.

Pastor Fikenscher aus Fürth hält einen Vortrag über das Thema: „Der Evangelische Bund ein Lebensband zwischen Nord und Süd,“ worin er auf die neusten Kundgebungen in Berlin, Darmstadt und Bayreuth gegen die päpstliche Anmaßung zu sprechen kommt.

6. Oktober. Präsident Graf Wingerode hält eine Ansprache, in der er auf die gegen den Bund erhobnen Angriffe eingeht und sie zu widerlegen sucht. Man habe ihm die Aeußerung in den Mund gelegt: Die Jagd auf das Schwarzwild sei viel wichtiger, als die Jagd auf das Rotwild. Er bestreite diese Aeußerung und stelle fest, daß er lediglich behauptet habe, die Gefahr des Ultramontanismus sei weit größer als die der Sozialdemokratie. Und diesen Satz, mit dem er längst nicht mehr allein stehe, halte er aufrecht. Wir kämpfen nicht gegen die katholische Kirche, sondern gegen das Zentrum. Ich achte die katholische Kirche und schätze die Früchte der Liebesthätigkeit der katholischen Caritas. Ich weiß auch, daß es noch ungezählte Katholiken giebt, die uns in der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande, zur Opferfähigkeit in nichts nachstehn. Um so schärfer aber richtet sich unser Kampf gegen diejenigen, die ihr Heil ultra montes suchen. Würdelos greifen in unsrer Zeit die Staatsmänner rechts und links nach den Krüden, die ihnen der Ultramontanismus reicht. Gewiß, wir kommen damit weiter, aber wohin kommen wir? In tausendjähriger Erfahrung lehrt uns der Ultramontanismus, daß sein Endziel geistige Knechtschaft, Sittenverfall und Unbulsamkeit ohne Ende ist. Und da berührt es seltsam, von der Canisiussenklikka des Papstes zu lesen, daß die Reformation jenem Endziel uns näher gebracht hat. Redner geht auf den Inhalt der Enklikka des nähern ein und weist die darin enthaltenen Angriffe gegen Luther und

die Reformation zurück. Gerade die Sittenverderbnis der römischen Kirche habe Luther zu seiner Reformationsthat angepornt, und in diesem Punkte sei die päpstliche Umgebung eine Geschichtsfälschung sondergleichen. Konfistorialrat Hempel aus Bonn: Ich habe die Versammlung im Auftrage des Evangelischen Oberkirchenrats und des Rheinischen Hauptvereins zu begrüßen. Wir wollen im Frieden leben. Aber: Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Und es gefällt ihm nicht, trotz der fortwährenden Unversöhnlichkeit, mit der das in Abrede gestellt wird. Es wäre ein schimpflicher Verrat an unsrer Kirche, dem uns angebotenen Kampfe auszuweichen und die Flinte ins Korn zu werfen. Der altkatholische Bischof Weber sagt in einer Ansprache:

Es hat mich lebhaft gefreut, daß in den gestrigen und heutigen Verhandlungen immer und immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß sich Ihr Kampf nicht gegen die katholische Kirche, sondern gegen den Ultramontanismus richtet. Auch wir Altkatholiken haben uns diesen Kampf seit dem 18. Juli 1870 in schärfster Weise zu unserm Grundsatz gemacht. Der Ultramontanismus geht aber zielbewußt darauf aus, den Staat der Kirche und damit dem Papst zu überantworten und dadurch die Souveränität der Fürsten zu untergraben und zu verachten. Wenn unsre Fürsten diese letzten Zwecke des Ultramontanismus erst einmal ganz durchschauen, werden auch sie zu den Massen greifen und den Ultramontanismus bekämpfen. Und endlich: Wir bekämpfen den Ultramontanismus von Grund aus, weil wir die persönliche Würde des Evangeliums gewahrt wissen wollen. Die Reformation hat uns die Glaubens- und Gewissensfreiheit gegeben. Der Ultramontanismus will diese Ideale vernichten und eine Zwangsgewalt errichten. Das sind die großen Gesichtspunkte, um derentwillen wir den Ultramontanismus bekämpfen, und wenn wir diese Grenzen einhalten, dann wird endlich einmal die Zeit kommen, wo das deutsche Volk sich bewußt wird der ultramontanen Gefahr, und wo wir diesen verderblichsten Feind unsrer Kirche über die Grenzen jagen werden.

Professor Rippold aus Jena hält einen Vortrag über die Hemmungen des deutschen Protestantismus in der Wahrung seiner Interessen.

Redner hebt hervor, daß die Hemmungen des deutschen Protestantismus erst in neuerer Zeit eingetreten seien. Im letzten Viertel des scheidenden Jahrhunderts sei katholisch auf allen Gebieten Trumpf, an den deutschen Fürstenthöfen, im Reichstage, im werktätigen Leben und in der Rechtspflege, während vor dem das staatliche, wissenschaftliche und kirchliche Leben dem Protestantismus eine ausichtsreiche Zukunft versprach. Die Schuld an der Verschlechterung der Verhältnisse sucht der Redner in der Entwicklungsgeschichte des letzten Jahrhunderts, die anders gekommen sei, wie sie kommen mußte. Eine Verschlechterung war von der französischen Revolution an zu bemerken. Von 1848 ab griffen dann die Jesuiten in den Entwicklungsgang ein. Redner schildert die Einmischung der Jesuiten bei der Ausarbeitung der preußischen Verfassung und behauptet, daß bis auf den heutigen Tag das politische Papsttum unter sorgfältiger Ausnutzung der politischen Konstellationen sein letztes Ziel, die Vertörperung

altrömischen Cäsarentums in kirchlichem Gewande zu erreichen suchte. Die hochpolitische Arbeit des päpstlichen Jesuitismus verhindere den genauern Einblick in das verworrene Getriebe, und daher komme es, daß die Gefahr auf Seiten des Protestantismus vielfach unterschätzt werde. Auf der andern Seite würden auch die Katholiken über die letzten Zwecke des Zentrums oft getäuscht. Zum Beweise dafür führt der Redner aus, daß selbst der Tagiltschwindel, die Mariaberger Vorgänge, die Behandlung des Beichtgeheimnisses im Reichslande, die Ebenhochaffäre in Bayern und andre Vorgänge es nicht vermocht hätten, den vernünftigen Katholiken die Augen zu öffnen. So sei die erste Ursache der Hemmungen des Protestantismus das katholische Volk selbst. Eifrig werde gesorgt, es in seiner Unkenntnis zu erhalten und es gegen aufklärende Schriften wie die Schells und Spektators abzusperren. Als zweite Ursache der Hemmungen sieht der Redner die Parteizerklüftung im eignen Lager an. Als weitere Ursache der Hemmungen benennt der Redner die Ultramontanisirung der Rechtspflege, wie sie Thümmel an seinem Leibe gespürt habe, und die Scheidung der bürgerlichen Erwerbsklassen durch den Ultramontanismus. Letzte und Hauptursache aber sei der katholische Einfluß an den deutschen Fürstenhöfen von der katholikenfreundlichen verstorbenen Kaiserin Auguste an bis zu dem Prinzen Max von Sachsen. Redner bespricht die Zustände an den einzelnen deutschen Fürstenhöfen. Im Norden reiche der Einfluß der dänischen katholischen Prinzessin bis nach Schleswig-Holstein hinein. Im Süden erlebe man das Schauspiel, daß in Baden eine Prinzessin zum heiligen Rod wallfahre, und in Württemberg, wo kürzlich das freche Wort: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind!“ gesprochen worden, vollziehen sich Dinge, die keine guten Hoffnungen aufkommen lassen. Das, was sich für Württemberg ahnen lasse, sei in Sachsen bereits in die Erscheinung getreten. Redner kommt nochmals auf den Prinzen Max zurück, dessen Konversion eine Wunde des sächsischen Jesuitismus sei. Weiter bespricht Redner die am bayerischen Hofe in Betracht kommenden Verhältnisse. Allgemein sei der ultramontane Einfluß unverkennbar, und sein Hauptzweck sei, durch Wischehen in den höchsten Kreisen die römische Dynastie der Zukunft zu schaffen. Auch das Duell Baden-Wolf streift der Redner, um zu beweisen, daß auch in Oesterreich der Ultramontanismus bei Hofe an der Arbeit ist. Er geht dann noch auf einen Erlaß der Kaiserin Augusta vom Jahre 1874 ein, der eine Begünstigung einer katholischen Ordensschwester in Erfurt im Auge habe. In Verbindung mit den unlängst veröffentlichten Bismarckschen Angaben über das Wesen der hohen Frau ercheine es glaubhaft, daß der Jesuitismus auch am Hofe Kaiser Wilhelms I. gearbeitet habe. Im Hinblick auf alle diese verschiedenen Hemmungen, denen der Protestantismus gegenwärtig ausgesetzt sei, ermahnt der Redner zum Festhalten am Glauben und zur Einigkeit.

Hiernach wird folgende Erklärung zur päpstlichen Canisiusscheklikla beschlossen:

Die Versammlung erhebt lauten Einspruch und verschiedene Verwahrung gegen das „Rundschreiben“ des römischen Papstes über die sogenannte Canisiussfeier. Dies „Rundschreiben“ ist eine mit Unwahrheiten durchsetzte Beschimpfung des evangelischen Bekenntnisses, eine Verhöhnung des deutsch-evangelischen Bewußtseins und der geschichtlichen Wahrheit, ein leidenschaftlicher Angriff auf den konfessionellen Frieden. Es ist eine Unwahrheit und eine Beschimpfung, daß „Luther die Fahne des Aufbruchs erhoben hat.“ Er hat die heilige Fahne evangelischer Gewissensfreiheit entfaltet, aber auch den Gewissensgehorsam gegen göttliche und

menschlische Ordnung neu begründet. Es ist eine Unwahrheit und eine Beschimpfung, daß die Reformation eine Quelle der „Sittenverderbnis“ gewesen, daß durch die Reformation „die höchsten Güter“ gefährdet worden seien. Die Reformation wandte sich gegen die schon seit Jahrhunderten bestehende „Sittenverderbnis“ der römisch-ultramontanen Geistlichkeit; die Reformation kämpfte für die durch römischen Aberglauben schwer gefährdeten „höchsten Güter.“ Die Versammlung begrüßt freudig das mannhafte Auftreten des heftigen Oberkonsistoriums, der bayerischen Generalsynode sowie die ernste Zurückweisung, die die unsre heiligsten Gefühle verletzenden päpstlichen Angriffe seitens des Präsidenten des preussischen Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin erfahren haben.

In Betreff der Bildung einer deutsch-evangelischen Gemeinde in Rom wird beschlossen:

Die Versammlung erklärt eine würdige Vertretung des deutschen Protestantismus in Rom für eine Ehrensache der evangelischen Kirche und beauftragt den Zentralvorstand, an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin und an die demnächst zusammentretende Generalsynode die vertrauensvolle Bitte zu richten, mit allem Nachdruck dahin wirken zu wollen, daß endlich erreicht werde, was der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats zum 300jährigen Gedenktag der Geburt Gustav Adolfs unter dem 20. November 1894 öffentlich vor den Gemeinden der preussischen Landeskirche als eine im deutschen Herzen schon lange empfundne Aufgabe evangelischer Bruderverliebe verkündet hat: daß die Glaubensgenossen in Rom ausreichend kirchlich versorgt werden, daß sie eine deutsch-evangelische Gemeinde mit allen ihren Segnungen finden und, wie andre evangelische Gemeinschaften in Rom, schließlich auch zu einem würdigen Gotteshause gelangen.

Zum Beschluß der Ultramontanen-Versammlung in Landshut, betr. Gründung eines Unterstützungsfonds für „konvertirende“ protestantische Theologen beantragt Professor Betschlag aus Halle folgende Erklärung:

Auf der diesjährigen deutschen Katholikenversammlung zu Landshut ist, mit Berufung auf die Absichten des Papstes, der Antrag auf Gründung eines Unterstützungsfonds für „konvertirende“ protestantische Theologen gestellt und angenommen worden. So beleidigend für uns Protestanten die hier zu Grunde liegende Voraussetzung ist, daß zahlreiche deutsch-evangelische Theologen geneigt seien, zur Papstkirche überzugehen, falls nur materiell für sie gesorgt würde, so sehen wir doch der Ausführung jenes Landschuter Beschlusses um so mehr mit Ruhe entgegen, als dieselbe geeignet ist, den Papst und seinen Anhang von einer großen Illusion in Betreff unserer Kirche zu heilen. Unsere Antwort wird die sein, daß wir unsern Glaubensgenossen die Verwirklichung eines Gedankens empfehlen, der sich evangelischen Kreisen längst aus Erfahrung aufgedrängt hat: die Gründung einer Zufluchtsstätte für solche römische Geistliche, denen, wie sie uns vertraulich klagen, ihre Stellung in der gegenwärtigen römischen Kirche zu einem unerträglichen Joche geworden ist, während die Priesterbildung, die sie erhalten haben, sie unfähig macht, in einen andern Beruf überzugehen. Ein solches Unternehmen wird dann nicht der Proselytenmacherei dienen, sondern der interkonfessionellen Barmherzigkeit gegen unglückliche Menschen, die unsrer brüderlichen Liebe und Hilfe vor andern bedürftig sind.

Professor Betschlag begründet diesen Antrag, indem er ausführt: Der Antrag sei von einem Konvertiten, dem Geh. Legations-



rat von Rehler, in Landschut eingebracht worden, angeblich auf Anregung des Papstes. Nun sei der Papst ein Mann, der sich so fürchte, daß er sich einen Teufel an die Wand malen lasse, und zwar den Teufel Vitru. Ein solcher Mann, der sich auf seine alten Tage vermesse, die evangelische Kirche mit Haut und Haaren zu verschlingen, sei nicht mehr ganz ernst zu nehmen. Dagegen sei die Landschuter Resolution ernsthaft zu nehmen, ob mehr nach der boshaften Seite oder nach der christlichen Nächstenliebe hin, lasse er dahingestellt. Vielleicht empfehle sich die erstere Annahme, da es ihm in seiner langjährigen Praxis höchstens drei- bis viermal vorgekommen sei, daß evangelische Theologen konvertirten. Eine Unterstützung derselben sei aber nie nötig gewesen, da sie vermöge ihrer Bildung auch nach dem Schiffbruch an den Klippen des öden Vatikanismus Geld zu verdienen imstande waren. Anders sei es mit den mit der Kirche zerfallenden katholischen Theologen. Es sei eine Thatsache, daß Hunderte früherer katholischer Geistlichen in Paris Droschkentutcher seien, weil ihre geringe Bildung sie zu nichts Höherm befähigte. Deshalb empfehle es sich auch, die in der Resolution vorgeschlagene Zufluchtsstätte für solche katholische Geistliche zu errichten. Hierauf wird der Antrag angenommen.

7. Oktober. In der von 3000 Personen besuchten Versammlung hält der Reichsfreiherr von Plettenberg-Mehrum einen Vortrag über die Bedeutung des Evangeliums und des deutschen Protestantismus für unser Staatsleben und Pastor Premers (Kirchenbollenbach) einen Vortrag über das Thema: „Die schwerste Gefahr für unser Volk — der Ultramontanismus.“

Das zur Reize gehende Jahrhundert, so führt der Redner aus, „hat uns vor zwei Fragen von schwerwiegender Bedeutung für unser Volksleben gestellt: die soziale und die kirchliche Frage. Wie Israel einst zwischen Assyrien und Aegypten eingeklemmt war, so plagen uns die zwei Feinde der roten und schwarzen Internationale, und mit sorgendem Blick sieht der Vaterlandsfreund, von welcher Seite ihm und dem Reiche mehr Gefahr droht. Unser Kaiser hat mit flammenden Worten zur Sammlung der nationalen Kräfte wider die rote Internationale aufgerufen. Und unter diese Kräfte reihen und rechnen auch wir uns. Wir wissen genau, daß die hohen und heiligen Güter des Staates und der Kirche von einer siegreichen atheistischen Revolution mit Füßen getreten werden, wie sie bereits jetzt schon diese Güter in ihrer Presse mit Schmutz bewirft. Aber die soziale Frage darf uns nicht hypnotisiren und blind machen gegen größere Gefahren, die uns von andrer Seite drohen. Erfolgreicher als Kaiser Wilhelm II hat Leo XIII. seine Scharen zur Sammlung aufgerufen. Ob aber der päpstliche Heerhaufen auch unter die nationalen Kräfte sich einreihen wird, mag billig bezweifelt werden. Man wird besser thun, ihn als den Schlachtengieger zu betrachten, der mit den Hyänen der Sozialdemokratie um die Beute kämpft. Wir sind ja nun nicht so konfessionell verbohrt, den Katholiken in ihrer Gesamtheit alle staatsverhaltende Kraft, Liebe zum Vaterlande und Unterordnung unter

die bestehenden Gejeze abzuspochen. Wir kennen Katholiken, die treu zum Vaterlande halten, wir achten einen Standpunkt, wie ihn Schell vertreten hat, der sich auch gegen die Weltherrschaft des Papstes ausgesprochen hat und die Jesuiten nicht zur Lehre in der Schule zulassen will. Ihm und seinen Anhängern gegenüber nehmen wir den Standpunkt ein: Wer nicht wider uns ist, der ist für uns! Aber für diese edeln Katholiken hat die jetzige katholische Kirche keinen Raum und keine Freistätte, weil in ihr gegenwärtig planvoll und ränkevoll der Ultramontanismus herrscht. Er würde, wenn man sie ihm überließe, auch die soziale Frage vergiften, wie er sie am Ausgange des Mittelalters vergiftet hat. Ueberlassen wir sie nicht den sozialpolitischen Quacksalbern des Ultramontanismus. Freilich, mit unheimlichem Eifer hat er sie in seine Hand genommen und mit unheimlichem Eifer studiert er die sozialen Schäden. Will er sie heilen? Nein, er will sie vergiften. Es fragt sich aber überhaupt, ob er mit Ernst an die Frage herangeht, ob er nicht vielmehr mit ihr spielt! Wir haben den Ultramontanismus kennen gelernt, als die Frage des Staatssozialismus auftauchte. Und wir haben gesehen: Nichts ist dem Ultramontanismus so sehr verhaßt, als der Staatssozialismus. Nicht vom Staat, sondern von der Kirche sollen die Massen ihre Rettung und Erlösung aus sozialer Not erhoffen. Das Spottwort vom „St. Sedan“ stammt nicht aus der Redaktion des „Vorwärts“ noch aus irgend einer sozialdemokratischen Redaktionsstube, sondern aus dem stillen, frommen Bischofszimmer des Mainzer Demokraten-Bischofs v. Ketteler. Immer und immer noch hat der Ultramontanismus antinationale Ziele verfolgt, immer und immer ist er ein grimmer Haßer des Deutschtums gewesen. Ich erinnere nur an ein nabellegendes Beispiel, an den Verrat, den in Oesterreich die Katholiken im Verein mit Tschechen und Polacken begehen am deutschen Volkstum. Nationale und andre Dinge, alle sind sie Figuren in der Hand des Ultramontanismus, alle sind sie Kauf-, Tausch- und Handelsobjekte in der Hand des jüdisch denkenden und jüdisch handelnden Zentrumsgeistes. Der Ultramontanismus betrachtet alle diese Dinge mit souveräner Heuchelmiene. Alles steht bei ihm in dem Gesichtswinkel des Macht-, nicht des Gewissensverhältnisses. Er läßt in kalter, berechnender Diplomatie alle Volksleidenschaften spielen, alles und jedes ist Sprungfeder und Hebel, um die Mächte dieser Welt sich zu Füßen zu legen und sich als einzige, als Universalmacht an ihre Stelle zu setzen. Der sogenannte „Zustandsstaat“ ist in seiner nebelhaften, verschwommenen und verwaschenen Perspektive ein Kinderpiel gegen das klar vorgezeichnete, mit allen Machtmitteln ausgestattete und in seinen Grundlagen längst festgelegte ultramontane Kirchenregiment. Da ist nichts auf die Entwicklung der Dinge berechnet, sondern da ist alles fest verankert, und sollte je dermaleinst etwas nicht klappen, so wird es eben durch ein Machtwort des unfehlbaren Papstes geordnet. In dieser Berechnung fehlt auch die Möglichkeit der sozialen Revolution nicht. Man rechnet im Gegenteil auf sie und mit ihr. Man begrüßt in Rom die soziale Revolution in der durch nichts beschränkten Hoffnung, daß bei dem allgemeinen Zusammenbruch, dem Schiffbruch der ganzen Welt, die Uebrigbleibenden sich aus dem Meer von Blut und Thränen auf die Klippe retten werden, auf der der Stuhl Petri steht. Man wird der Bertrümmung der ganzen Welt ruhig zusehen, weil man der zuversichtlichen Hoffnung ist, daß nach dem großen Brande aus der Asche gleich dem Vogel Phönix der Weltpapst emporsteigt. Einerlei der Weg, wenn nur das letzte *ex cathedra* ist, daß jegliche menschliche Kreatur dem pontifex maximus unterthan wird. Nun wird man freilich auf der Seite, da man die Gefahr unterschätzt, den Einwur bereit haben, daß der Staat schon noch die Machtmittel in der Hand

habe, um den Dingen in ihrer letzten Konsequenz mit Energie zu begegnen. Ja, aber ob es dann nicht zu spät ist, das ist die große Frage. Zu spät! Das haben die Hohenhausen einstens bitterlich an ihrem eignen Leibe erfahren. Und poltert das rote Gespenst auf offenem Markte, so geht leise und heimlich schon längst das schwarze Gespenst umher in den Bureaus und Ätten. Es stoppt die Staatsmaschine, wann und wo es will, und es paßt mit fanatischer Freude seinen Moment ab. Und es hat dabei den großen Vorteil, den das rote Gespenst nicht besitzt, den Vorteil der materiellen und geistigen Macht. Man kann die soziale Revolution, die offen auf dem Markte tobt, mit Waffengewalt niederschlagen, aber wider den wahrhaft mephistophelischen Geist des Ultramontanismus wird der Staat immer wieder die Rolle des Valentin im „Faust“ spielen. In den glänzend disziplinierten Bruderschaften haben wir Roms Regimenter zu betrachten, und der begeisterte fanatische Papstgehorsam, der die Äbern dieser Bruderschaften durchströmt, ist das gefährlichste Kampfmittel. Diese Bruderschaften siedeln tief im Neze des massiven Aberglaubens. Von den religiös verwahrlosten, vom Klerus hypnotisirten Massen erhebt sich in herrlicher, glänzender unbestimmter Gestalt der Weltpapst als der soziale Messias. Jede Krankheit kann durch Stärkung des ganzen Volkskörpers geheilt werden. Aber der Papismus ist unheilbar — weil unfehlbar! Der Papismus ist das System der unbüßfertigen Gewissenlosigkeit. Die Arbeiterschaft wird sich früher oder später hoffentlich für den nationalen Gedanken erwärmen lassen. Sie kann sich maufern, hat sich gemausert und wird sich maufern. Aber der Papismus wird sich nie maufern. Aus diesem schreienden Nachtvogel wird nie eine den deutschen Völkterfrühling begrüßende Nachtigall. Der Papismus ist der unveröhnliche Feind des Staates, der Gesellschaft, der Nation.

Endlich hält Professor Haupt aus Halle einen Vortrag über „Die tiefste Not unsrer Zeit — der Unglaube.“

### III.

## Generalsynode der älteren preussischen Provinzen.

23. November. Die vierte ordentliche Generalsynode der alten Provinzen tritt in Berlin zusammen. (Die dritte tagte 1891, eine außerordentliche 1894.) Der Königliche Kommissar, Präsident Barkhausen, begrüßt die Versammlung namens der Staatsregierung und des Evangelischen Oberkirchenrats.

Er hebt hervor, daß die auf der letzten Generalsynode beschlossenen Kirchengesetze die königliche Genehmigung erhalten haben und daß die Besürchtungen, die an manche Beschlüsse der letzten Synode geknüpft werden, sich nicht bestätigt haben. Dies gelte namentlich auch von der Agende, deren Einführung sich fast überall ohne Beanstandung und ohne jede Störung des kirchlichen Friedens vollzogen habe. Auch der jetzigen Generalsynode stünden bedeutende Aufgaben bevor. In erster Linie sei zu erwähnen der Gesetzentwurf über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Geistlichen, durch den eine fühlbare Lücke zwischen dem Universitätsstudium und der praktischen Berufstätigkeit der jungen Geistlichen ausgefüllt werden solle. Eine Regelung des Perikopenwesens werde die Synode gleichfalls beschäftigen. Das Ziel

des vorgelegten Gesehentwurfes sei die Gleichmäßigkeit bezüglich dessen, was als zu den alten Verfassungen gehörig zu betrachten sei. Ferner sei eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet und vorgelegt worden, die die Regelung der Verhältnisse der mit der Landeskirche in Verbindung stehenden evangelischen Gemeinden außerhalb Deutschlands herbeiführen soll; alsdann eine Vorlage wegen Bildung eines Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke. Sodann liege der Synode zur Beratung vor ein Kirchengesetz betreffend das Ruhegehalt der Organisten, Kantoren und Küster und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

Zum ersten Vorsitzenden wird Graf Bieten-Schwerin, zum Vizepräsidenten Superintendent Holzheuer, zu Schriftführern Superintendent Förster aus Halle, Superintendent Altgelt, Superintendent Streß und Geh. Oberregierungsrat Drosin gewählt.

24. November. Superintendent Holzheuer und viele Gesessenen stellen folgenden Antrag:

„Generalsynode protestirt gegen die vom römischen Papst in seiner Canisius-Encyclika dem Andenken Luthers und dem gesamten Werke der Reformation zugesügten Schmähungen, indem sie dem Papste entgegenhält: 1. Was der Papst als unheilvolles Gift bezeichnet, ist in der Wahrheit das seligmachende Evangelium von der freien Gnade Gottes in Christo Jesu, dem endlich Raum zu geben der Papst immer von neuem gemahnt werden muß. 2. Luther, den der Papst als Aufwürger verdächtigt, hat in Wirklichkeit nur schlicht und recht Gott die Ehre gegeben, indem er der auf Menschenfassungen gegründeten päpstlichen Autorität mit der Autorität des göttlichen Wortes Trug bot. 3. Die weltliche Obrigkeit ist als selbstständige Ordnung Gottes erst wieder erkannt, seit die angemahnte Oberherrlichkeit des Papstes über das staatliche Regiment bei den Evangelischen keinen Glauben mehr fand. Die Geschichte bezeugt, daß das unheimliche Feuer der Revolution in den katholischen Ländern mehr Nahrung gefunden und größere Verheerungen angerichtet hat, als unter den Völkern evangelischen Bekenntnisses. 4. Gegenüber dem behaupteten Zusammenhange von Reformation und Unsitlichkeit rufen wir Gott zum Zeugen an: Die Reformation hat durch ihre lautere Predigt des Wortes Gottes die Gewissen geweckt und ist für den Einzelnen, wie für Familie und Volk je und je die Quelle großer Bildung und Gesittung gewesen. Der Mensch gewordene Gottessohn aber, unser Einiger, Mittler, bleibt unsrer feste Burg — das Feld wird er behalten! — Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Barthausen: Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu diesem Antrage einstimmig vereinigt haben, ich danke auch einer großen Anzahl von Freunden, die in ganz Deutschland und darüber hinaus mir mit kräftigenden Worten zur Seite getreten sind und mich dadurch erquickt haben. Als ich in jener Versammlung das Wort ergriff, bin ich nicht davon ausgegangen, daß ich der Vertreter der Landeskirche in dieser Sache sein wollte, sondern ich habe von vornherein angenommen, daß eine Erklärung erst von hier aus erfolgen müsse. Aber ich hielt es notwendig, unverzüglich auch dort ein Wort zu sprechen, weil eine große Aufregung in der Landeskirche Platz gegriffen hatte. Es war nicht leidenschaftliche Erregung, die mich führte, obgleich man in Erregung hätte kommen können, es war auch nicht, wie mir nachgesagt ist, ein lange verhaltener Groll, sondern das Produkt einer ruhigen und reifen Ueberlegung. Ich, der ich seit mehreren Decennien die gesamte Entwicklung der katholischen Kirche und die Gestaltung ihres Verhältnisses zur evangelischen Kirche zu verfolgen Gelegenheit hatte, mußte mir sagen, daß es gemünzt sei auf eine Niederschmetterung der evangelischen Kirche, und da glaubte ich, namentlich mit Rücksicht auf die in weiten Kreisen

vorhandene Gleichgiltigkeit, daß der rechte Augenblick zu einem Wiedruffe gekommen sei, und dieser Ruf hat auch an vielen Stellen gezündet. Ich darf dabei bemerken, daß die Zahl der mir zugegangenen Zustimmungserklärungen von deutschen Kirchenregierungen, Synoden und allerlei Vereinen eine große Menge ist. Sie kennen alle das viel angewendete Wort: Der Kampf der evangelischen und katholischen Kirche muß ausgetroffen werden auf dem märtyrischen Sande. Das ist richtig; aber ich nehme nicht an, daß der Kampf mit weltlichen Waffen im Landtag oder Reichstag geführt werden kann: die streitenden Parteien sind die römische und die evangelische Kirche, sie müssen den Kampf aufnehmen. Und mit welchen Waffen? Das brauche ich nicht zu erklären, Sie haben es bereits in Ihrem Antrage gethan. Es ist eine glaubensvolle Bethätigung der christlichen Liebe, ein glaubensvolles Nachgehen der einzelnen Seelen. Nur die Kirche, die dies am treuesten thut, wird den Sieg behalten. „Mit unsrer Macht ist nichts gethan, eine feste Burg ist unser Gott!“ — Ohne weiteres wird hierauf der Antrag einstimmig angenommen. Die Versammlung singt stehend den letzten Vers des Lutherliedes.

25. November. Auf Antrag von Conze wird beschlossen, den Oberkirchenrat zu ersuchen, die Verlesung des beschlossenen Protestes gegen die päpstlichen Schmähungen Luthers von den Kanzeln der Landeskirche anordnen zu wollen. — Nach einem Berichte von Dr. Warned über die die äußere Mission betreffende Denkschrift des Oberkirchenrats wird beschlossen, den Dank dafür auszusprechen, daß die Erfolge auf den deutschen Missionsgebieten in den letzten Jahren erheblich gewachsen sind, auch die heimatlichen Leistungen für die Missionsthätigkeit zugenommen haben, und alle Gemeindevertretungen und sonstigen kirchlichen Organe aufzurufen, daß sie zur Erweiterung der Kenntnisse über die Mission und reicheren Opferwilligkeit für dieselbe beitragen.

26. November. Der Bericht des Syn. König über die im Bericht des Generalsynodalvorstandes noch nicht erledigten Beschlüsse der Generalsynoden von 1891 und 1894 giebt dem Syn. Stöcker Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

Der Generalsynodalvorstand ist im Jahre 1895 nicht ein einziges mal zusammengetreten, und in dieses Jahr fällt der zweite Erlaß des Oberkirchenrats in Bezug auf die Teilnahme der Geistlichen an der Lösung der sozialen Aufgaben unsrer Zeit. Dieser Erlaß stellt eine Korrektur einer frühern Meinungsäußerung des Oberkirchenrats dar. Der Erlaß hätte unmöglich Gestalt gewinnen können, wenn der Generalsynodalvorstand oder Generalsynodalrat zur Meinungsäußerung herangezogen worden wäre. Man kann es verstehen, daß die oberste Kirchenbehörde den Augenblick wahrgenommen hat, um in dieser Angelegenheit ihr mahnendes Wort hören zu lassen, aber zwischen dem Erlaß von 1890 und demjenigen von 1895 ist doch ein so gewaltiger prinzipieller Unterschied, daß es nicht möglich ist, sie miteinander irgendwie zu vereinigen. Der erste Erlaß von 1890 wies den Geistlichen eine ganz bestimmte, im höchsten Maße soziale Aufgabe in unsrer Zeit zu, der von 1895 stellt sie dar als Diener einer rein religiös sittlich und individualistisch wirkenden Kirche. Entweder ist die eine Auffassung der Kirche richtig, oder die andre. Ich stehe auf dem Standpunkte des Erlasses von 1890, und ich begreife nicht, wie die Behörde im Jahre 1895 einen Erlaß veröffentlichten konnte, der sich

prinzipiell von dem ersten Erlaß unterscheidet. Zu wünschen wäre es, daß der Erlaß des Oberkirchenrates der Generalsynode unterbreitet würde. Die evangelische Kirche kann sich unmöglich von den sozialen und politischen Aufgaben des Lebens wegdrängen lassen, schon deshalb nicht, weil wir eine Staatskirche sind. Andernfalls würde man sich für das öffentliche Leben unfähig und banferott erklären, und das ist um so weniger möglich, weil die katholische Kirche ihre Priester in hervorragender Weise zur Lösung der sozialen Aufgaben der Zeit heranzieht. Ich würde es für ein großes Unglück ansehen, wenn dies Gebiet des öffentlichen Lebens ganz in die Hand der katholischen Kirche gelegt würde. Dies würde bedeuten, daß die Reformation aufhören würde, der beherrschende Geist des öffentlichen Lebens in Deutschland zu sein. — **Präsident Barthausen:** Dem Vorredner kam es hauptsächlich darauf an, den sozialen Erlaß zur Sprache zu bringen. Als der Erlaß von 1895 ergangen war, war sofort von einer hiesigen Zeitung das mot d'ordre ausgegeben: Der Erlaß sei schädlich und verderblich für die Kirche und sei wohl nur aus Konnivenz für den Staat ergangen. Das ist eine direkte Unwahrheit! Diese Frage war im Oberkirchenrat lange Zeit besprochen, und von allen Seiten waren die Schäden anerkannt worden, die infolge des ersten Erlasses in die Erscheinung getreten waren. Schon 1893 war in Aussicht genommen worden, ein warnendes Wort an die Geistlichen zu erlassen; man hat davon nur Abstand genommen, um bei der Erregung, die die Agendenfrage verursachte, nicht noch böses Blut zu machen. Unwahr ist die Behauptung, daß wir uns in das Schlepptau des Staates haben nehmen lassen. Kein Mann des Staates hat in dieser Frage irgend welchen Einfluß auf uns auszuüben versucht, meine sämtlichen Kollegen stehen in dieser Frage so wie ich. Unser Erlaß ist von den staatlichen Instanzen zunächst keineswegs mit großer Freude begrüßt worden, von keiner Stelle der Regierung haben wir ein Wort der Aufmunterung erhalten. Meine Kollegen und ich werden, so lange wir an unsern Plätzen sind, immer auf eignen Füßen stehen, nicht aber auf den Füßen des Staates. Ich bestreite, daß der Erlaß von 1895 im Widerspruch mit dem Erlaß von 1890 steht. Das ist unwahr! Wer lesen kann, wird finden, daß wir an dem festhalten, was 1890 gesagt ist, und nur einen einzigen Punkt zurücknehmen. Wo ist dieser Gegensatz? Niemals ist dem Geistlichen verboten worden, soziale Arbeit zu treiben, wir haben uns nur gegen die soziale Agitation gewendet, die eine ganze Anzahl von jungen Leuten verwirrt hat. Hat uns nicht die Erfahrung belehrt? Haben wir nicht gesehen, wohin Männer kommen, die ohne gehörige volkswirtschaftliche Vorbildung eine wichtige soziale Thätigkeit auf ihre Schultern laden? Haben wir nicht gesehen, wohin es führt, wenn sich solche junge Leute im Uebereifer und mit dem Mangel an reifem Urteil in eine Thätigkeit begeben, die zum Verderben führen muß? Wir haben geglaubt, daß wir uns in erster Reihe mit denjenigen unterhalten müssen, die den Verhältnissen am nächsten stehen: mit den Superintendenten in den Konsistorien, und der Erlaß ist der Niederschlag der Rückschlüsse, die wir diesen Herren verdanken. Der Erlaß wird Ihnen mitgeteilt werden, ebenso die Ansprache von 1890. Unsere Stellung in Bezug auf die soziale Frage ist eine absolut feste und wir lassen uns aus derselben nicht herausdrängen.

**Syn. Stöder:** Ich muß es zurückweisen, daß der Präsident mir unzutreffende Beweggründe für meine Bemerkungen untergeschoben hat. Ich wollte lediglich die Zweckmäßigkeit eines Zusammenwirkens der konsistorialen und synodalen Elemente nahe legen. Der Widerspruch zwischen den Erlassen von 1890 und 1895 ist so eklatant, daß ich die Ausführungen

des Präsidenten gar nicht begreife. Der Erlaß von 1890 ging davon aus, daß gegenüber dem verderblichen sozialdemokratischen Einfluß eine Gegenwirkung im großen von der Kirche ausgeht werden müsse. Den Geistlichen wurden ganz bestimmte Wege gewiesen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Irrlehren, und sie wurden geradezu darauf hingewiesen, in das agitatorische Treiben der Volksversammlungen hinabzusteigen. Nun haben die Geistlichen von dieser Anweisung einen falschen Gebrauch gemacht, sie haben gethan, was ihnen befohlen war, und haben es nicht verstanden! Der Erlaß von 1895 bildet den direkten Gegensatz hierzu. Ich frage, mit welchem Recht der Oberkirchenrat die evangelische Kirche zurückhalten will, von der Behandlung von Fragen abzulassen, die das innerste Wesen der Kirche berühren? Ich vermiße die „Festigkeit“ in den beiden Erlassen durchaus. Präsident Barthausen: Wenn man zwei Sätze aus dem Erlasse herausreißt, so kann man alles mögliche daraus folgern! Ich habe selbst zugegeben, daß ein einziger Punkt geändert worden ist, weil wir gesehen haben, daß Unheil daraus entspringt, daß Unruhe in die Reihen unserer Geistlichen gekommen war, die verhängnisvoll werden konnte. Warum soll es nicht vor kommen, daß man sich bei einem solchen Erlasse in einem Punkte irrt? Syn. Stöder: Mir scheint der Irrtum nicht in dem Erlaß von 1890, sondern in dem von 1895 zu liegen.

## 29. November. Es werden folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Die Erklärung: „Tief ergriffen von den namenlosen Leiden, die in der grau samsten Christenverfolgung über die Brüder in Armenien ergangen sind und noch ergehen, wendet sich Generalsynode an alle Glieder der evangelischen Landeskirche mit der Bitte, den Opfern der Verfolgung die Hilfe christlicher Barmherzigkeit zu gewähren, der Kinder der hingemordeten Eltern sich anzunehmen, die in der Verfolgung stehenden Brüder durch Bezeugung und Bethätigung der Gemeinschaft des Glaubens zu stärken, für sie um Bewahrung der Treue und Ausdauern in der Versuchung zu beten und den König aller Könige und den Herrn aller Herren zu bitten, daß er die Herzen der Verfolger umwenden und der Zeit der Leiden ein gnädiges Ende geben wolle.“ — II. Den Oberkirchenrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß am Tage der Einweihung der deutschen evangelischen Kirche in Jerusalem in allen Kirchen ein feierlicher Abendgottesdienst abgehalten werde, der dieser Feier gedenkt und für Jerusalem wirkt. — III. Ein Ersuchen an den Oberkirchenrat, die Gesetzgebung im Sinne einer Beschränkung der Erlaubnis zur Errichtung von Schankstätten nach Kräften zu unterstützen.

30. November. IV. Generalsynode begrüßt die seit 1883 auf Herstellung einer kritischen Lutherausgabe mit Unterstützung aus Allerhöchsten Fonds verwendete Arbeit mit freudiger Anerkennung. Sie bedauert aber zugleich den langsamen Fortgang, den dieses Werk mehr und mehr genommen hat, so daß seine Vollen dung sich in unerwünschter Weise hinauszieht. Sie richtet daher an den Evangelischen Oberkirchenrat die Bitte, seinerseits an zuständiger Stelle mit aller Energie dafür einzutreten, daß dieses Werk, das eine Ehrenschuld der Kirche deutscher Reformation ist, möglichst schnell zu Ende geführt wird.

2. Dezember. Erklärung: V. Die kirchliche Sammlung und Versorgung der in Rom lebenden Evangelischen deutscher Zunge ist kräftiger Unterstützung wert. Mit dem Danke für das, was hierfür seit langer Zeit durch staatliche Fürsorge geleistet worden ist, verbindet die Generalsynode die Bitte an den Oberkirchenrat, a) für die Ergänzung der vorhandenen kirchlichen Einrichtungen aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nach wie vor Sorge zu tragen;

b) dahin zu wirken, daß eine deutsche evangelische Gemeinde zu Rom thunlichst bald in die Reihe der der preussischen Landeskirche angeschlossenen deutschen evangelischen Gemeinden des Auslandes eintrete; c) zur geeigneten erscheinenden Zeit darauf Bedacht zu nehmen, daß die deutsche evangelische Gemeinde in Rom in einem auch nach außen erkennbaren würdigen Gottes-  
hause sich versammeln könne.

#### 6. Dezember. VI. Erklärung bez. der Evangelisation:

1. Die Generalsynode ist überzeugt, daß der gläubigen, amtlich geordneten Gemeindepredigt immer die Aufgabe und Verheißung gegeben ist, das Evangelium lebenskräftig darzubieten, auf daß die Gemeinde zum Glauben erweckt, in ihm befestigt und zur Heiligung ermahnt werde. Sie erkennt aber in apostolischer Schätzung der Mannigfaltigkeit der Gaben und in ernster Würdigung der vorhandenen Bedürfnisse, wie schon längst in der Thätigkeit der Innern Mission der evangelischen Kirche, so auch in der sogenannten Evangelisation, d. h. in der außerordentlichen erwecklichen Verkündigung gesunder Lehre des Evangeliums durch Geistliche oder kirchlich beauftragte Nichtgeistliche eine nicht abzuweisende Hilfe zur Wiedergewinnung entfremdeter Glieder der Kirche, zur Erweckung und Belebung der Gemeinden, zur Pflege des christlichen Gemeinschaftslebens. 2. Generalsynode erkennt es als eine wichtige Aufgabe an, die freie und infolge davon oft neben der Kirche oder doch nicht für die Kirche thätige Evangelisation zum Anschluß an die organisierte Kirche zu veranlassen und dadurch eine gesunde Entwicklung zu sichern. 3. Generalsynode erkennt die vom Evangelischen Oberkirchenrat in der Denkschrift aufgestellten Richtlinien für provinzielle Regelung der Evangelisation, unbeschadet der Bestrebungen der innern Mission der Landeskirche als zweckmäßig an, ersucht denselben aber, in dem beabsichtigten Erlaß an die Konsistorien und Provinzialsynodalvorstände einige (besonders hervorgehobene) Punkte zu berücksichtigen. 4. Generalsynode ersucht durch den Evangelischen Oberkirchenrat die Pfarrer und Gemeindevorstände resp. Presbyterien, der erstrebten kirchlichen Regelung der Evangelisation und alle die, die mit Ernst Christen sein wollen, der beabsichtigten Fürsorge der Kirche mit Vertrauen entgegenkommen zu wollen. 5. Die Generalsynode legt die Ausführung der Gedanken der Denkschrift vertrauensvoll in die Hände des Evangelischen Oberkirchenrats.

7. Dezember. VII. Bezüglich einiger Gesuche aus Berlin, Breslau, Hagen auf Gestattung der Amtshandlungen der Geistlichen bei Feuerbestattungen wird beschlossen: Generalsynode erkennt mit Dank die Stellung an, die der Evangelische Oberkirchenrat in seinem Erlaß vom 15. Januar 1885 an das Brandenburger Konsistorium zu der Frage, betreffend die kirchliche Mitwirkung bei Leichenbestattung durch Verbrennung eingenommen hat, weil dadurch den Geistlichen der evangelischen Landeskirche eine bestimmte Richtschnur für ihr Verhalten gegeben worden ist, und geht über die Petition der Vereine für Feuerbestattung zur Tagesordnung über.

VIII. In dankbarer Anerkennung, daß durch das Inkrafttreten der neuern Sonntagsgesetze und Verordnungen eine größere Sonntagsruhe erreicht worden ist, deren Werthschätzung sich in immer weiteren Kreisen unsers Volkes Bahn bricht, erklärt es die Generalsynode für eine heilige Pflicht aller Organe und Glieder der Kirche, nunmehr mit verdoppelter Kraft durch Schärfung des christlichen Volksgewissens dafür zu sorgen, daß sich die größere Sonntagsruhe auch überall durch rechte Sonntagsheiligung zu einem bleibenden Segen für das deutsche Volksleben gestalte. Da die Sonntagsheiligung aber wesentlich mit bedingt ist durch die rechte Zureistung und Sammlung am Sonnabend, so fordert die Generalsynode das deutsche Volk auf, unermülich mitzukämpfen gegen die leider fest eingebürgerte Unsitte,



die häuslichen Gesellschaften, Familienfeste und Vergnügungen der Vereine auf den Sonnabenden und auf die Nacht zum Sonntag zu legen. Gleichzeitig richtet die Synode an das Kirchenregiment die Bitte, dem in unserm Volke noch vorhandenen Verlangen nach größerer Sonntagsruhe entgegenzukommen und dahin wirken zu wollen, daß dieselbe insbesondere auch den in den Gast- und Schankwirtschaften sowie im Verkehrs- und Gewerbe beschäftigten Personen und den ländlichen Arbeitern in ausreichendem Maße zuteil werde.

8. Dezember. Erklärung gegen das Duell: Generalsynode erklärt in Uebereinstimmung mit den Provinzialsynoden, daß das Duell gegen Gottes Gebot ist. Sie betrachtet es als eine heilige Pflicht der Kirche, dem Duell mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten. Sie spricht Seiner Majestät dem Kaiser und König für den Erlaß vom 1. Januar d. J., durch den eine Verminderung der Duelle angebahnt worden ist, ihren ehrerbietigsten Dank aus. Sie hegt, unter Anerkennung der auf einen vermehrten Schutz der persönlichen Ehre gerichteten Bestrebungen, zu dem Evangelischen Oberkirchenrat das Vertrauen, daß er auch fernerhin mit allem Nachdruck für die gänzliche Beseitigung des Duells eintreten werde. Die auf die Verjagung der kirchlichen Verurteilung von im Duell Gefallenen und andre Maßregeln bezüglichen Anträge der Provinzialsynoden, soweit sie nicht etwa das zu erlassende Kirchenzuchtgesetz berühren, durch den Beschluß für erledigt zu erachten.

13. Dezember. IX. Synode schließt sich der Mahnung des Oberkirchenrats an, daß gegenüber den die Gegenwart erfüllenden sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen jede in diese eingreifende Thätigkeit der Diener und Organe der Kirche ihre unverrückbare Schranke und Richtschnur in dem Verufe findet, den Seelen Seligkeit zu schaffen und demgemäß die Bethätigung des lebendigen Glaubens an das Evangelium in der Gemeinde zu fördern, die in diesem Glauben Wankenden zu stärken, die von ihm Abgefallenen wieder zu gewinnen. Sie erkennt nicht die staatsbürgerliche Befugnis der Geistlichen, sich an den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bestrebungen im öffentlichen Leben zu beteiligen, betont aber mit Nachdruck die Pflicht derselben, dabei stets und an erster Stelle die Rücksicht auf ihr Amt und das zu dessen Führung erforderliche Vertrauen der Gemeinde maßgebend sein zu lassen, und erklärt es insbesondere für geboten, daß sich die Geistlichen von einer mit der Würde und den Pflichten ihres Amtes nicht zu vereinbarenden agitatorischen Thätigkeit, wie sie der Erlaß vom 16. Dezember 1895 im Auge hat, fern halten.

14. Dezember. Die Synode, welche Gesetzentwürfe über die Perikopen, über die Regelung der Pfarrgehälter und über die Vorbildung der Geistlichen beraten hat, wird geschlossen.

## Neunter Abschnitt. Katholische Kirche.

Ende Oktober. Der Weihbischof Schmitz aus Köln spricht sich in einer Rede zu Arefeld gegen konfessionelle Verheißung also aus:

Wir leben in einem Lande, wo die Bevölkerung gemischt ist nach ihrem religiösen Bekenntnis, wo namentlich die beiden großen Konfessionen, die

katholische und die evangelische, nebeneinander bestehen. Da muß ein jeder Vaterlandsfreund die ernste Pflicht empfinden, alles zu vermeiden, was die Geister zur konfessionellen Entzweiung führen könnte. Wenn in unserm Vaterlande sich die Drachen konfessioneller Zwietracht unaufhörlich bekämpfen, dann kann die Feste des Deutschen Reiches nicht feststehen in alle Zukunft. Schulter an Schulter haben wir im Kriege 1870 nebeneinander gekämpft für die Freiheit und die Ehre des Vaterlandes. Durch das Blut, das in den Schlachten vergossen ward, sind wir zusammengeklittet. Und wer heute kommt und diesen Kitt lösen will durch konfessionelle Entzweiung, der begeht ein Verbrechen am Vaterlande. Es ist nötig, den konfessionellen Frieden zu wahren, auch in Rücksicht auf die wirtschaftliche Frage. . . . Feierlich und offen wollen wir erklären, daß wir alle, jeder auf seinem Gebiete, in wirtschaftlichen und industriellen Verhältnissen ernstlich mitzuarbeiten gewillt sind an dem Wohle der Gesamtheit, daß wir gewillt sind, uns durch Regsamkeit und Eüchtigkeit von niemand im Lande übertreffen zu lassen. Proklamieren wir die Parität der Leistungen, so wird man uns endlich die Parität der Rechte nicht vorenthalten können!

## Beihter Abschnitt.

### Innere Reichsangelegenheiten.

15. November. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern tritt in Berlin ein „Wirtschaftlicher Ausschuß zur Begutachtung und Vorberatung handelspolitischer Maßnahmen“ zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dieser Zollbeirat ist aus der Anregung des Deutschen Landwirtschaftsrats hervorgegangen und besteht aus dreißig Vertretern der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Interessen der Nation. Seine Aufgabe soll sein, an der Herstellung des Ausgleichs der Gegensätze zwischen den verschiedenen Erwerbsklassen im Innern und bei der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen dem Auslande gegenüber sachverständig mitzuwirken.

16. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Auf Veranlassung des preußischen Staatsministeriums ist eine Kommission, bestehend aus Vertretern der beteiligten Ministerien, zur Beratung der Frage zusammengetreten, in welcher Weise den bestehenden Mißständen im Baugewerbe entgegengewirkt und ein Schutz der Bauhandwerker gegen Ausbeutung herbeigeführt werden könne. An den Beratungen dieser Kommission haben auch Vertreter des Reichsamts des Innern und des Reichsjustizamts teilgenommen. Die Kommission hat die Entwürfe eines Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen und eines preußischen Ausführungsgesetzes, ausgearbeitet. Das Staatsministerium hat, ohne zunächst selbst zu den Entwürfen Stellung zu nehmen, beschlossen, dieselben nebst der Begründung zu veröffentlichen.

## Elfter Abschnitt. Beziehungen zum Auslande.

### I.

### Verhältnis zu Rußland.

**9. August.** Die Trinksprüche, die der deutsche und der russische Kaiser am 8. August in Peterhof ausgebracht haben (S. 32), finden in der deutschen Presse lebhaften Wiederhall.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Eine Kundgebung für den Frieden, wie sie nachdrücklicher nicht gedacht werden kann, das ist der Inhalt der bedeutsamen Toaste, die in Peterhof gewechselt worden sind. Kaiser Wilhelm und Deutschland, aber auch der Zar haben bewiesen, daß sie im besten Sinne des Wortes friedliebend sind; und wenn die beiden mächtigen Staaten in diesem Bestreben, in dem sich die „andauernden Bemühungen und glühenden Wünsche“ des Zaren mit dem festen Gelöbniß des deutschen Kaisers einen, in der Zukunft so fest zusammenstehen, wie in der jüngsten Vergangenheit, so werden wir auf eine lange Reihe von Friedensjahren schauen dürfen. In der offenen und starken Betonung der gemeinsamen Friedensbestrebungen der beiden Monarchen liegt vor allem die Bedeutung der Toaste. Daß sie wärmer, rückhaltloser klingen als vor einem Jahre, daß sie mit ihnen nicht nur föhle gegenseitige Anerkennung zum Worte kommt, sondern der Hauch persönlichen Verständnisses, das die traditionellen Bande zwischen den Herrscherhäusern wieder so enge geknüpft wie früher, und das zugleich auch der Verständigung der beiden Reiche freie Bahn schafft — das ergäuzt die Friedenskundgebungen in der erfreulichsten Weise.

**11. August.** Die russischen Zeitungen besprechen die Erklärung Kaiser Wilhelms in Peterhof, zur Erhaltung des europäischen Friedens mit Rußland zusammengehen zu wollen.

Die „Nowoje Wremja“ verknüpft diese Erklärung mit der Dringlichkeit einer Einwirkung Europas auf die Türkei in der Frage der definitiven Regelung des Schicksals der Insel Kreta und in der Frage der innern Reformen in der Türkei. Die „Wirshewyja Wedomosti“ (Wörsezeitung) freuen sich, daß die erwähnte Erklärung des deutschen Kaisers durch eine Friedensliebe bekundende Ansprache des Zaren hervorgerufen sei, und danken dem mächtigen Nachbarn des Zaren von ganzem Herzen für seine so bedeutungsvolle Antwort; das Blatt wünscht endlich dem scheidenden Gast eine lange Regierung zum Segen der gesamten zivilisirten Welt. Die „Nowosti“ sind sehr davon überzeugt, daß der Aufenthalt des deutschen Kaiserpaars in der Residenz des Zaren als Stützpunkt für die weitere Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen Rußland, Deutschland und allen europäischen Staaten dienen werde. — „Moskowskija Wedomosti“: Wir können einen Monarchen, der seinen Beruf so ernst nimmt, von ganzem Herzen auf russischer Erde willkommen heißen und ihm vollen Erfolg im Kampfe mit den innern Feinden seines Reiches wünschen, die zugleich Feinde der ganzen Menschheit sind. Ebenso können wir ihm aber auch Erfolg in jenem Kampfe wünschen, den er gegen das Vorherrschen der engherzig egoistischen englischen Politik in den Weltfragen unternommen hat. Wir waren ganz und gar auf seiner Seite, als er durch einen entscheidenden und edeln Schritt Transvaal

von den räuberischen Bestrebungen der englischen Regierung errettete, und ebenso werden wir ganz auf seiner Seite sein, wenn er seiner ausgesprochenen Absicht gemäß den britischen Löwen bändiget, der gar zu hoch hinaus will.“

Im „Grafshdant“ sagt Fürst Mettchersti: Wenn wir klug sein wollen, müssen wir an eine Utilisirung der franko-russischen Einigung denken, die sowohl für unsre gesamten internationalen Interessen als auch speziell für unsre Hauptaufgabe, die Schädigung Englands, der einzig richtige Weg ist und darin besteht, mit allen Kräften des Verstandes dahin zu streben, Deutschland zur französisch-russischen Vereinbarung hinzuzuziehen. Der französisch-russische Bund ist für uns ein Spielwerk, ein Zeitvertreib ohne jede politische Bedeutung; der französisch-deutsch-russische Bund aber ist eine gewaltige bewegende Kraft für die künftige Entwicklung Rußlands und die unausbleibliche Schwächung Englands.

## II.

### Verhältnis zu Italien.

4. September. Zur Begrüßung des italienischen Königspaares auf deutschem Boden schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“:

Die kommenden Tage werden von unserm Kaiserpaar der erneuten Befundung eines Freundschaftsverhältnisses gewidmet, das in den Empfindungen des deutschen Volkes von jeher einen besonders sympathischen Widerhall gefunden hat und durch das Andenken an unsern unvergeßlichen Kaiser Friedrich geheiligt ist. Der ritterliche Sohn Viktor Emanuels und die anmutige Königin Margherita leben im Bewußtsein des zeitgenössischen Deutschland als Vertreter eines edeln Menschentums auf der Höhe des Thrones. Das Stück deutscher Erde, wo wir sie willkommen heißen, ist reich gesegnet und prangt noch in sommerlicher Schönheit. Was der Landschaft an südlichem Zauber gebietet, wird die Herzlichkeit deutscher Gastfreundschaft zu ersetzen wissen. Möchten die erlauchten Gäste die ihnen von unserm Herrscherpaare entgegen gebrachte innige Zuneigung als ein Unterpand der Sympathien betrachten, die diesseits der Alpen überall in deutschen Landen für Italien wirksam und mit unserm Geistes- und Kulturleben unzertrennlich verknüpft sind. Möge der königliche Freund unsers Kaisers als Ehrengast der deutschen Wandver aufs neue einen lebendigen Eindruck von der unverminderten Vollkraft des Reiches empfangen, das mit seinem Eintritt in die Geschichte Europa ein unschätzbbares Gut gebracht hat: den Frieden.

8. September. Die in Homburg vom deutschen Kaiser und dem Könige von Italien ausgebrachten Trinksprüche (S. 42) werden in den „Hamb. Nachr.“ also besprochen:

Die Homburger Trinksprüche bestätigen den unveränderten Fortbestand des Dreibundes. Wir haben niemals die Ansicht geteilt, daß er in Frage gestellt sei. Wenn es zuweilen schien, daß die Entwicklung der Dinge im Orient eine andre Gruppierung der Mächte bedinge, als sie durch den Dreibund gegeben sei, so lag darin keineswegs ein Anzeichen dafür, daß sich der Dreibund überlebt habe. Er deckt seiner Bestimmung gemäß so wenig wie der alte Dreikaiserbund alle Fälle, denen sich die verbündeten Staaten gegenüber sehen können, und diesen ist die Freiheit gewahrt, sich in Fragen, die außerhalb ihrer Dreibundsverpflichtungen liegen, anderweitig zu verbinden.

## III.

**Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn.**

20. September. Der Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Pest widmet die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Zeilen:

Dem ritterlichen Volk der Ungarn erfüllt sich am Montag ein lange gehegter Wunsch: an der Seite ihres allverehrten edeln Königs werden sie in die herrlich aufblühende Hauptstadt ihres schönen Landes den deutschen Kaiser einziehen sehen. Mögen sie gleich uns eine günstige Vorbedeutung darin erkennen, daß der erste fremdländische Monarch, den sie auf der Königsburg in Ofen feierlich begrüßen, das Oberhaupt des Reiches ist, das einer ihrer bedeutendsten Staatsmänner mit den unter dem weisen Szepter Franz Josephs vereinigten Völkern zu treuer Bundesgenossenschaft hat zusammen-schließen helfen. Ohne eine Erklärung durch besondere politische Anlässe zu bedürfen, reißt sich der Besuch, den Kaiser Wilhelm seinem erlauchten Freunde abstattet, in natürlicher und notwendiger Weise den Begegnungen an, die zwischen den Oberhäuptern der Kaiserhäuser Hohenzollern und Habsburg regelmäßig wiederkehren. In dem Gesamtbild der einer glücklichen Stetigkeit entgegenreisenden europäischen Politik kommt jeder dieser Zusammenkünfte die hohe Bedeutsamkeit zu, die der Machtsstellung der durch ihre Herrscher vertretenen großen Reiche entspricht, und hochwillkommen sind unserm Kaiserlichen Herrn die Tage, wo er in innigem Verkehr mit seinem hohen Verbündeten neben der Befundung einer zum Herzensbedürfnis gewordenen Freundschaft zugleich für den unveränderten Fortbestand eines gegenseitigen Vertragsverhältnisses von neuem persönlich Bürgschaft leisten kann.

## IV.

**Verhältnis zu Großbritannien.**

30. Juli. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland vom 30. Mai 1865 ist am 30. Juli d. J. von der königlich großbritannischen Regierung gekündigt worden. Infolge dieser Kündigung werden der genannte Vertrag und die Zusatzvereinbarungen, die seine Ausdehnung auf verschiedne, dem Zollverein später beigetretne deutsche Staaten und auf Elsaß-Lothringen betreffen, mit dem Ablauf des 30. Juli 1898 außer Kraft treten.

(Dieser Handelsvertrag ist ein Meistbegünstigungsvertrag, der am 30. Juni 1865 in Berlin ratifizirt wurde. Er umfaßt acht Artikel, unter denen der fünfte bestimmt, daß jede Begünstigung, jedes Vorrecht oder jede Ermäßigung in dem Tarife der Eingang- und Ausgangsabgaben, die einer der Vertragsstaaten einer dritten Macht zugestehen möchte, gleichzeitig und ohne Bedingung dem andern zuteil werden muß. Im Artikel 7 ist festgesetzt, daß alle materiellen Bestimmungen des Vertrages auch auf die Kolonien und die auswärtigen Besitzungen Ihrer britischen Majestät Anwendung finden.

In diesen Kolonien und Besitzungen sollen die Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins keinen höhern oder andern Eingangsabgaben unterliegen, als die gleichartigen Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, und umgekehrt. Er war am 1. Juli 1865 in Kraft getreten und zunächst bis zum 30. Juni 1877 geschlossen. Von da an sollte er jährliche Dauer bis zur Kündigung seitens eines der Kontrahenten haben. Die Kündigung ist durch den Beschluß der gesetzgebenden Faktoren von Kanada veranlaßt, in dieser englischen Kolonie englische Waren zu um 12 Prozent niedrigeren Zollsätzen zuzulassen, als die Waren andrer Länder.)

31. Juli. Das deutsche Auswärtige Amt zeigt mittelst Note an den englischen Botschafter einfach den Empfang des Vorschlags an und bemerkt, daß es ihn der Kaiserlichen Regierung zur Erwägung unterbreiten werde.

14. August. Der „Reichsanzeiger“ enthält folgende Mitteilung:

Durch eine soeben bekannt gewordne Verfügung hat das kanadische Zollministerium angeordnet, daß auch die nach Kanada direkt importirten deutschen Waren bis zum 1. August 1898 die bisher nur englischen Waren eingeräumten Vorzugszölle des kanadischen Gegenseitigkeitstarifs genießen sollen, und daß der seit dem 22. April d. J. auf direkt importirte deutsche Waren erhobne Mehrzoll auf Antrag von den kanadischen Zollbehörden zurückgewährt werden wird.

(Diese Verfügung des kanadischen Zollministeriums trägt lediglich den gegebenen rechtlichen Verhältnissen Rechnung. Nach dem von Deutschland mit Großbritannien abgeschlossenen Handelsvertrage steht dem erstern die Meistbegünstigung bei der Wareneinfuhr auch in den englischen Kolonien zu. Die Einräumung von Vorzugszöllen seitens der kanadischen Regierung an die Importwaren englischer Provenienz war eine flagrante Vertragsverletzung. So lange der deutsch-englische Vertrag in Kraft ist, darf die deutsche Einfuhr in Kanada nicht ungünstiger behandelt werden als die englische. Großbritannien hat den Meistbegünstigungsvertrag zum August nächsten Jahres gekündigt; erst zu diesem Termine wird mithin auch Kanada freie Hand haben, sein zollpolitisches Verhältnis zu Deutschland auf eine neue Basis zu bringen. Die Verfügung stellt das durch die Kanadier willkürlich unterbrochne Rechtsverhältnis wieder her.)

## V.

### Verhältnis zu Nordamerika.

8. August. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt folgende Mitteilung:

Nachdem der neue amerikanische Zolltarif als „Gesetz zur Beschaffung von Einkünften für die Regierung und zur Ermutigung der Industrien in den Vereinigten Staaten“ unter dem

24. Juli Gesetzeskraft erlangt hat, ist durch den kaiserlichen Geschäftsträger in Washington gegen die Erhebung eines Zuschlagssolls auf Zucker in Höhe der im Herstellungslande gezahlten Prämie erneut schriftliche Verwahrung eingelegt worden.

## VI.

## Streitfall mit China.

15. November. Infolge der Ermordung zweier deutscher Missionare, die mit andern zur gemeinsamen Feier des Allerheiligentages in Tschang-Nio-Tchuang in der chinesischen Provinz Süd-Schantung zusammengekommen waren, werden von der aus den Schiffen „Kaiser,“ Prinzess Wilhelm,“ „Arcona“ und „Cormoran“ bestehenden deutschen Kreuzerdivision unter dem Befehle des Kontreadmirals v. Diederichs Truppen in dem dem Thatornte zunächst liegenden Hafen Kiaotschau gelandet, worauf, nach entsprechender Aufforderung, sämtliche Lager der dortigen chinesischen Truppen ohne Blutvergießen geräumt und vom deutschen Landungskorps besetzt werden.

23. November. Kontreadmiral v. Diederichs wird, unter Beförderung zum überzähligen Vizeadmiral, zum Chef des Kreuzergeschwaders, der Kontreadmiral Prinz Heinrich von Preußen zum Chef der 2. Division des Kreuzergeschwaders ernannt.

14. Dezember. Von Wilhelmshaven aus segeln die gemieteten Bloghdampfer „Darmstadt“ und „Krefeld“ mit 1400 Mann Marineinfanterie und Artillerie nach Kiaotschau ab, nach deren Ankunft Vizeadmiral v. Diederichs über etwa 4600 Mann Matrosen und Seesoldaten verfügen wird.

16. Dezember. Die Kreuzer „Deutschland,“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord, und „Gefion“ segeln von Kiel durch den Nordostseefanal nach Kiaotschau ab. (Am Jahreschluß sind sie bis in die Mitte des Suezkanals gelangt.)

## VII.

## Streitfall mit Haiti.

21. September. Der in Port-au-Prince wohnende deutsche Reichsangehörige Lüders, ein Fuhrwerksbesitzer, wird hier wegen angeblichen Widerstands gegen Polizisten, die ohne schriftlichen Be-

fehl eines Richters in seine Besitzungen eingedrungen waren, um einen seiner Angestellten zu verhaften, in Haft genommen.

14. Oktober. Derselbe wird in zweiter Instanz zu einem Jahr Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt. Der Vertreter des deutschen Ministerresidenten, Graf Schwerin, der den zweitägigen Gerichtsverhandlungen der zweiten Instanz beigewohnt und dabei die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß das Vorgehen der Polizisten ungesetzlich und das gefällte Urteil auf Grund unrichtiger Aussagen ergangen war, erstattet hierüber telegraphische Meldung nach Berlin.

16. Oktober. Graf Schwerin erhält von Berlin telegraphisch den Auftrag, die sofortige Entlassung des Lüders aus der Haft und die Bestrafung der schuldigen Beamten zu fordern.

21. Oktober. Der haitische Minister Solon Ménos richtet an die Mitglieder des diplomatischen Korps in Port-au-Prince ein Schreiben mit der Mitteilung, daß der deutsche Vertreter, Graf Schwerin, sich „unvermutet“ im Nationalpalaste eingefunden habe, ohne vorher um eine Audienz nachgesucht zu haben; „der Präsident der Republik war noch nicht damit zu Ende, seine Ueberraschung über einen so unerwarteten Schritt zu erkennen zu geben, als Graf Schwerin anfang, ihm eine ganze Reihe imperativer Vorschriften mitzuteilen, deren Aufzählung den Ton eines Ultimatums annahm, unter dem Vorwande der neuerlichen Beurteilung eines Herrn Lüders, der bei der deutschen Gesandtschaft eingeschrieben ist, obwohl er nach dem Wortlaute und nach dem Geiste der Gesetze dieses Landes, wo er von einer Haitianerin geboren ist, wesentlich als Haitianer angesehen werden mußte.“ Der Präsident sei nicht gewillt, die Oberherrschaft irgend einer fremden Macht auf sich zu nehmen, habe daher den Grafen an den Minister des Aeußern verwiesen und den Rat der Staatssekretäre „von diesem schweren Verstoß gegen die internationalen Gebräuche in Kenntnis gesetzt.“

22. Oktober. Lüders wird aus der Haft entlassen, und zwar, nach Darstellung der haitischen Regierung, infolge eines vom Gesandten Nordamerikas hervorgerufenen Gnadenakts des Präsidenten.

6. Dezember. Die deutschen Schulschiffe „Charlotte“ und „Stein“ legen sich vor Port-au-Prince. Graf Schwerin stellt vom Bord der „Charlotte“ aus an die haitische Regierung die binnen acht Stunden zu erfüllende Forderung eines Schadenersatzes für Lüders und die einer zeremoniellen Genugthuung für die deutsche Regierung. Darauf giebt die Regierung von Haiti nach. Das verlangte Geld trifft kurz vor Ablauf der gesetzten Frist an Bord der „Charlotte“ ein, das haitische Flaggschiff „Crête-à-Pierrot“



unter Admiral Rissid hißt vor der deutschen Flagge seine Flagge, ein Musikkorps der haitischen Flotte spielt die deutsche Nationalhymne, und der „Crête-à-Pierrot“ feuert einen Salut von 21 Schuß, der von dem deutschen Flaggschiff „Charlotte“ erwidert wird.

7. Dezember. Der deutsche Geschäftsträger Graf Schwerin wird in förmlicher und feierlicher Weise von den haitischen Beamten empfangen, die die Versicherung abgeben, daß an den Beamten, die für die gegenwärtige Entfremdung zwischen Deutschland und Haiti verantwortlich seien, summarische Justiz vollstreckt werden solle.

9. Dezember. Der Kreuzer „Geier“ segelt von Kiel nach Westindien, damit diese Station, nach mehrjähriger Unterbrechung, wieder dauernd besetzt werde.

## Zwölfter Abschnitt. Militärisches.

### I.

#### Landheer.

6. August. Erlaß des Kriegsministers, betreffend das Einbringen der sozialrevolutionären Propaganda in das Heer:

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

1. jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist, 2. jede Dritten erkennbar gemachte Bethätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen, 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder andern Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten. Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Uebungen eingezogenen und für die zu Kontrollerversammlungen einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes, die gemäß § 6 des Militärstrafgesetzbuchs und § 38 B 1 des Reichsmilitärgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bez. der Kontrollerversammlung den Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs unterstehen.

16. November. Bei der Vereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison richtet der Kaiser, nach einem besondern Berichte der „Berl. N. N.“ vom 17. November, nach den Ansprachen der Geistlichen einige Worte an die Rekruten. Das Blatt meldet hierüber: „Er wies sie darauf hin, daß sie christliche Sol-

daten sein sollten, und daß sie den Vorzug hätten, der Garde anzugehören; sie sollten dem Reiche Ehre machen und die heiligste Pflicht erfüllen, das Vaterland zu verteidigen, es aber auch nach innen schützen und auf Ordnung und gute Sitte halten.“ — Andre Blätter bringen folgenden Text dieser Ansprache: „Wer kein braver Christ ist, der ist kein braver Mann und auch kein preußischer Soldat, und kann unter keinen Umständen das erfüllen, was in der preußischen Armee von einem Soldaten verlangt wird. Leicht ist eure Pflicht nicht; sie verlangt von euch Selbstucht und Selbstverleugnung; die beiden höchsten Eigenschaften des Christen; ferner unbedingten Gehorsam und Unterordnung unter den Willen eurer Vorgesetzten.“

## II.

### Kriegsmarine.

20. August. Die Barkasse „Weissenburg“ wird von einem Torpedoboote vor Neufahrwasser gerammt und geht unter.

14. September. Stapellauf des Panzerschiffes „Ersatz Friedrich der Große“ in Wilhelmshaven und Taufe desselben durch den Prinzen Friedrich Leopold auf den Namen „Kaiser Wilhelm II.“

25. September. In Kiel findet der Stapellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck“ (bisher „Ersatz Leipzig“) statt. Admiral Tirpitz hält die Ansprache

5. Oktober. In Danzig findet in Gegenwart des Kaisers der Stapellauf des „Kaiser Friedrich“ statt.

21. Dezember. In Danzig läuft ein neuer Kreuzer vom Stapel, der vom Admiral Hollmann „Vineta“ getauft wird.

## Dreizehnter Abschnitt.

### 4. Session des 9. Reichstags.

(1. Teil: 30. November bis 18. Dezember.)

## I.

### Eröffnung.

30. November. Die letzte Session dieses Reichstags wird vom Kaiser im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin mit folgender Rede eröffnet:

Deutscher Reichskalender 1897. II.

## Geehrte Herren!

Bei Beginn der letzten Tagung der neunten Legislaturperiode des Reichstags entbiete Ich Ihnen namens der verbündeten Regierungen Gruß und Willkommen.

Die Vorlagen, die Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen werden, stehen zwar dem Umfange nach hinter dem Arbeitsstoffe der letzten ausgedehnten Tagung zurück, sind aber zum Teil von weittragender Bedeutung. Die Entwicklung unsrer Kriegsslotte entspricht nicht den Aufgaben, die Deutschland an seine Wehrkraft zur See zu stellen gezwungen ist. Sie genügt nicht, bei kriegerischen Verwicklungen die heimischen Häfen und Küsten gegen eine Blockade und weitergehende Unternehmungen des Feindes sicherzustellen. Sie hat auch nicht Schritt gehalten mit dem lebhaften Wachstum unsrer überseeischen Interessen. Während der deutsche Handel an dem Güteraus- tausche der Welt in steigendem Maße teilnimmt, reicht die Zahl unsrer Kriegsschiffe nicht hin, unsern im Auslande thätigen Landsleuten das der Stellung Deutschlands entsprechende Maß von Schutz und hiermit den Rückhalt zu bieten, den nur die Entfaltung von Macht zu gewähren vermag. Wenngleich es nicht unsre Aufgabe sein kann, den Seemächten ersten Ranges gleichzukommen, so muß Deutschland sich doch in den Stand gesetzt sehen, auch durch seine Rüstung zur See sein Ansehen unter den Völkern der Erde zu behaupten. Hierzu ist eine Verstärkung der heimischen Schlachtflotte und eine Vermehrung der für den Auslandsdienst im Frieden bestimmten Schiffe erforderlich. Um für diese dringenden und nicht länger hinauszuschiebenden Maßnahmen einen festen Boden zu gewinnen, erachten die verbündeten Regierungen es für geboten, die Stärke der Marine und den Zeitraum, in dem diese Stärke erreicht werden soll, gesetzlich festzulegen. Zu diesem Zwecke wird Ihnen eine Vorlage behufs verfassungsmäßiger Beschlußnahme zugehen. Zur Förderung unsrer überseeischen Interessen ist auch der Ihnen schon in der letzten Tagung vorgelegte Gesetzentwurf bestimmt, der die Verbesserung der Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien bezweckt. Nachdem dieser Entwurf wiederholter Prüfung unterzogen worden ist, wird er Ihrer Beschlußfassung von neuem unterbreitet werden. Nach vieljährigem, ernstem Bemühen ist es den verbündeten Regierungen gelungen, für eine Reform des Militärstrafverfahrens eine Grundlage zu finden, die unter möglichster Anlehnung an den bürgerlichen Strafprozeß den für die Erhaltung der Mannszucht unbedingt notwendigen Forderungen Genüge leistet. Der hiernach aufgestellte Entwurf einer Militärstrafgerichtsordnung wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. Ich hege die Zuversicht, daß Sie, geehrte Herren, dem Bestreben,

ein gleichmäßiges gerichtliches Verfahren für die gesamte bewaffnete Macht einzuführen, Ihre verständnisvolle Mitwirkung gewähren werden. Das neue bürgerliche Recht kann nicht ins Leben treten, ohne daß auch das Verfahren in bürgerlichen Rechtsfällen, soweit es schon auf gemeinsamem Rechte beruht, nach mehrfachen Beziehungen abgeändert und, soweit es noch nicht für das ganze Reich geregelt ist, neu gestaltet wird. Es wird daher zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie zu Entwürfen und Gesetzen, betreffend Aenderungen der Zivilprozeßordnung und der Konkursordnung, Ihre Zustimmung eingeholt werden. Mit der Verabschiedung dieser Gesetze und der zugehörigen Nebengesetze soll die Rechtseinheit auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes zum Abschlusse gelangen. Die verbündeten Regierungen geben sich der sichern Hoffnung hin, daß in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung dieses hohe, vom deutschen Volke so lange ersehnte Ziel endlich erreicht werden wird. Nachdem die gesetzliche Regelung der Entschädigung unschuldig Verurteilter in Verbindung mit der erstrebten Verbesserung des Strafverfahrens nicht zum Abschlusse gelangt ist, wird jetzt ein Gesetzentwurf den Gegenstand Ihrer Beratung bilden, der lediglich die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen bezweckt. Die allgemeine Finanzlage zeigt ein befriedigendes Bild. Auch für das nächste Rechnungsjahr sind in dem Haushaltsplane des Reichs Matrikularbeiträge nur in solcher Höhe vorgesehen, daß den Bundesstaaten eine materielle Belastung daraus nicht erwächst. Dabei ist nicht nur die vom Reichstage seit Jahren verlangte, wegen der Ungunst der Finanzlage bisher aber zurückgestellte Verbesserung der Mannschaftskost für das Heer und die Kriegsmarine zur Durchführung gebracht, sondern es ist ferner der sehr erhebliche Aufwand für die zeitgemäße Umgestaltung des Artilleriematerials, der im laufenden Jahre noch der Anleihe zur Last gelegt werden mußte, auf die regelmäßigen Einnahmen übernommen worden. Da die Voranschläge für die Reichssteuern mit gewohnter Vorsicht aufgestellt sind, lassen sich auch für die Folge Mehreinnahmen erwarten. Es wird Ihnen deshalb zugleich mit dem Haushaltsplan ein Gesetzentwurf zugehen, der Vorsorge trifft, daß ein erheblicher Teil der zu erhoffenden Ueberschüsse, wie in den Vorjahren, zur Verminderung der Reichsschuld Verwendung findet. Zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen ist aus Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels ein wirtschaftlicher Ausschuß gebildet worden, mit dessen sachkundigem Beirathe die Bedingungen und der Umfang der weitverbreiteten heimischen Gütererzeugung klargestellt werden sollen, um

für die künftige Gestaltung des Zolltarifs und der Handelsbeziehungen zum Ausland eine feste, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Richtschnur zu gewinnen. Es würde Mir zur hohen Genugthuung gereichen, wenn diese gemeinsame Thätigkeit, zu der sich hervorragende Vertreter der großen Erwerbsgruppen zusammengefunden haben, dazu beitrüge, einen gerechten Ausgleich zwischen den verschiedenartigen Ansprüchen unsers Erwerbslebens herbeizuführen und damit die Schärfe der wirtschaftlichen Gegensätze zu mildern. Die Entwicklung unsrer Schutzgebiete ist im allgemeinen zufriedenstellend. Infolge des Auftretens der Minderpest in Südwestafrika während des Sommers hat sich die Notwendigkeit ergeben, sofort an eine Besserung der Transportverhältnisse durch Legung von Schienengleisen heranzutreten. Ueber die Festlegung der Grenzen zwischen Togo und Dahomeh sind mit der französischen Regierung Verhandlungen gepflogen worden, von deren Ergebnis zu erwarten ist, daß es den beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen zum Vorteile gereichen wird. Die Ermordung deutscher Missionare und die Angriffe auf eine der unter Meinem Kaiserlichen Schutze stehenden und Mir am Herzen liegenden Missionsanstalten in China haben Mich genötigt, Mein ostasiatisches Geschwader in die dem Thakorte nächstgelegene Kiaotschau-bucht einlaufen und Truppen dort landen zu lassen, um volle Sühne und Sicherheit gegen Wiederkehr ähnlicher beklagenswerter Ereignisse zu erlangen. Die politischen Beziehungen zu den fremden Staaten sind durchaus erfreulich. Meine Begegnungen mit verbündeten und befreundeten Monarchen sowie der glänzende und herzliche Empfang, der Mir bei Meinen Besuchen in Peterhof und Budapest zu teil wurde, haben Mir hierfür aufs neue wertvolle Bürgschaften geliefert. Alle Anzeichen berechtigen zu der Aussicht, daß Wir, mit Gottes Hilfe, auch fernerhin der friedlichen Entwicklung Europas und des deutschen Vaterlandes entgegensehen dürfen.

An die Verlesung dieser Rede knüpft der Kaiser eine Ansprache, die nach dem „Reichsanzeiger“ also lautet:

Meine Herren! Ich knüpfe hieran noch folgende Worte: Vor fast zwei Jahren habe Ich an dieser Stelle auf das ruhmreiche Feldzeichen Meines ersten Garderegiments z. F. den Eid geleistet: daß, was der in Gott ruhende Kaiser Wilhelm der Große geschaffen, zu erhalten und das Ansehen und die Ehre des Reiches überall zu schützen. Sie haben bewegten Herzens und feuchten Auges diesen Eid entgegengenommen und sind dadurch meine Eideshelfer geworden. Im Angesichte Gottes des Allmächtigen und im Andenken an den großen Kaiser bitte Ich Sie, Mich durch Ihre Mithilfe auch fernerhin in den Stand zu setzen, diesen Meinen Eid zu halten und Mir beizustehen, des Reiches Ehre nach

außen, für deren Erhaltung Ich nicht gezwögert habe, Meinen einzigen Bruder einzusetzen, kräftig zu wahren.

---

## II.

**Konstituierung.**

1. Dezember. Zum Präsidenten wird Freiherr v. Buol-Berenberg (Zentr.) mit 228 von 264 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten fällt mit 152 von 252 abgegebenen Stimmen auf Schmidt aus Elberfeld (freis.), die des zweiten Vizepräsidenten mit 166 von 245 abgegebenen Stimmen auf Spahn (Zentr.).

---

## III.

**Fraktionen.**

Nach der neuen Fraktionsliste des Reichstags zählen die Deutsch-konservativen 57 Mitglieder, die deutsche Reichspartei 25, die deutsch-soziale Reformpartei 12, das Zentrum 101, die Polen 20, die Nationalliberalen 49, die freisinnige Vereinigung 13, die deutsche freisinnige Volkspartei 28, die deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 47; bei keiner Fraktion sind 31 Abgeordnete. Zwei Mandate sind erledigt.

---

## IV.

**Justizangelegenheiten.**

## 1.

**Internationale Regelung einiger Fragen des Privatrechts.**

3. Dezember. Das am 14. November 1896 mit Belgien, Holland, Frankreich, Oesterreich, Spanien getroffene Abkommen bezieht sich auf die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke, Erledigung von gerichtlichen Ersuchungsschreiben, Sicherheit für die Prozeßkosten, Armenrecht und Personalhaft und gliedert sich in 17 Artikel und Schlußbestimmungen. Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung ohne Verhandlungen angenommen.

14. Dezember. Dritte Lesung.

---

## 2.

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.**

3. Dezember. Beratung eines Gesetzentwurfs, der der Hauptsache nach die durch Reichsgesetz den Gerichten übertragenen Angelegenheiten der nicht streitigen Rechtspflege (Rechtshilfe, Zuständigkeit, Gerichtssprache u.) einheitlich ordnet und als notwendige Ergänzung zum bürgerlichen Gesetzbuch zu betrachten ist.

Die Verhandlung dreht sich nur um Einzelheiten juristisch-technischer Natur.

## 3.

**Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen.**

3. Dezember. Erste Beratung eines am 30. November vorgelegten Gesetzentwurfs, der diese Materie unabhängig von einer Revision der Strafprozeßordnung regelt. Der Entwurf ist folgenden Inhalts:

Der Kreis derjenigen Personen, die eine Entschädigung beanspruchen können, und der Umfang des zu leistenden Schadenersatzes sind in derselben Weise begrenzt, wie dies durch den Gesetzentwurf, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgegesetzes und der Strafprozeßordnung, der in der vorigen Session dem Reichstag vorgelegt, in dieser aber nicht erledigt worden ist, in Aussicht genommen war. Im einzelnen bestimmt der Entwurf, daß Personen, die im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen oder in Anwendung eines mildern Strafgesetzes mit einer geringern Strafe belegt werden, Entschädigung aus der Staatskasse verlangen können, wenn die frühere Strafe ganz oder teilweise gegen sie vollstreckt worden ist. Das Verfahren muß die Unschuld des Verurteilten bezüglich der ihm zur Last gelegten That oder bezüglich eines die Anwendung eines schwerern Strafgesetzes begründenden Umstandes ergeben haben. Außer dem Verurteilten haben diejenigen, denen gegenüber er kraft Gesetzes unterhaltspflichtig war, Anspruch auf Entschädigung. Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Verurteilte die frühere Verurteilung vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat. Gegenstand des dem Verurteilten zu leistenden Ersatzes ist der für ihn durch die Strafvollstreckung entstandene Vermögensschaden. Unterhaltsberechtigten ist so weit Ersatz zu leisten, als ihnen durch die Strafvollstreckung der Unterhalt entzogen worden ist.

Die Entschädigung wird aus der Kasse desjenigen Bundesstaates gezahlt, bei dessen Gerichte das Strafverfahren in erster Instanz anhängig war. Bis zum Betrage der geleisteten Entschädigung tritt die Kasse in die Rechte ein, die dem Entschädigten gegen Dritte um deswillen zustehen, weil durch deren rechtswidrige Handlungen seine Verurteilung herbeigeführt war.

Ueber die Verpflichtung der Staatskasse zur Entschädigung wird durch besondern Beschluß des im Wiederaufnahmeverfahren erkennenden Gerichts

Bestimmung getroffen. Der Beschluß ist von dem Gericht unmittelbar nach der Verkündung des im Wiederaufnahmeverfahren ergangnen Urteils zu erlassen.

Staatssekretär Nieberding: Die vorjährige Vorlage sei hauptsächlich gescheitert im Zusammenhange mit den von der Regierung bei Einführung der Berufung für durchaus notwendig angesehenen Aenderungen des Wiederaufnahmeverfahrens. In der gegenwärtigen Vorlage habe auf solche Aenderungen verzichtet und die Entschädigung auf eine andre Basis gestellt werden können. Die Regierung halte jedoch an dem Standpunkte fest, daß keinesfalls auch solche Freigesprochenen zu entschädigen seien, die aus dem Wiederaufnahmeverfahren noch immer mit Verdachtsgründen belastet herauskämen. Noeren bedauert, daß nur diejenigen Freigesprochenen eine Entschädigung erhalten sollten, für die der Unschuldsbeweis erbracht sei. Damit werde in unsre Strafrechtspflege ein ganz neuer Begriff hineingetragen. Wer die Verhältnisse kenne, werde wissen, wie schwer es oft sei, den strikten Beweis der Unschuld zu erbringen; ferner wünsche er, daß der ordentliche Richter über die Entschädigungsfrage zu entscheiden habe.

## V.

### Gesetz über die Flotte.

6. Dezember. Erste Beratung eines am 30. November vorgelegten Gesetzentwurfs, welcher lautet:

#### 1. Schiffsbestand.

##### § 1.

1. Der Schiffsbestand der deutschen Flotte wird, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten, festgesetzt auf: a) verwendungsbereit: 17 Linien- und 8 Küstenpanzerschiffe, 9 große Kreuzer, 26 kleine Kreuzer; b) als Materialreserve: 2 Linien- und 3 große Kreuzer, 4 kleine Kreuzer. 2. Von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen kommen auf diesen Sollbestand in Anrechnung als Linien- und Küstenpanzerschiffe 12, große Kreuzer 10, kleine Kreuzer 23. 3. Die Mittel für die zur Erreichung des Sollbestandes (Ziffer 1) erforderlichen Neubauten sind so rechtzeitig in den Reichshaushaltsetat aufzunehmen, daß die betreffenden Schiffe bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 fertiggestellt werden können.



## § 2.

Die Mittel für die regelmäßigen Ersatzbauten sind so rechtzeitig in den Reichshaushaltsetat einzustellen, daß Linienschiffe und Küstenpanzerschiffe nach 25 Jahren, große Kreuzer nach 20 Jahren, kleine Kreuzer nach 15 Jahren ersetzt werden können.

## 2. Indiensthaltungen.

## § 3.

Die Mittel für die Indiensthaltungen der heimischen Schlachtflotte sind jährlich bis zu solcher Höhe in den Reichshaushaltsetat einzustellen, daß im Dienste gehalten werden können: a) zur Bildung von aktiven Formationen: 9 Linienschiffe, 2 große Kreuzer, 6 kleine Kreuzer; b) als Stammschiffe von Reserveformationen: 4 Linienschiffe, 4 Küstenpanzerschiffe, 2 große Kreuzer, 5 kleine Kreuzer; c) zur Aktivierung einer Reserveformation auf die Dauer von zwei Monaten: 2 Linienschiffe oder Küstenpanzerschiffe.

## § 4.

Die Bereitstellung der für die Indiensthaltung von Torpedofahrzeugen, Auslandschiffen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat nach Maßgabe des Bedarfs.

## 3. Personalbestand.

## § 5.

An Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedoabteilungen sollen vorhanden sein: 1. Eineinhalbfache Besatzung für die im Auslande befindlichen Schiffe; 2. volle Besatzungen für die zu aktiven Formationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, die Hälfte der Torpedofahrzeuge, die Schulschiffe, die Spezialschiffe. 3. Besatzungsstämmen (Maschinenpersonal zwei Drittel, übriges Personal die Hälfte der vollen Besatzungen) für die zu Reserveformationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, die zweite Hälfte der Torpedofahrzeuge, 4. der erforderliche Landbedarf; 5. ein Zuschlag von 5 Prozent vom Gesamtbedarf.

## § 6.

Die nach Maßgabe dieser Grundsätze erforderlichen Etatsstärken der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedoabteilungen sowie die Etatsstärken des sonstigen Personals unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.

Der Reichszkanzler Fürst zu Hohenlohe ergreift das Wort:

Meine Herren, die verbündeten Regierungen haben sich dazu entschließen müssen, einen andern Weg als den bisher verfolgten einzuschlagen, um mit Ihrer Hilfe zu dem Ziele zu gelangen, das wir erstreben: der Schaffung einer zwar nicht großen, aber leistungsfähigen und achtungsgebietenden Kriegsflotte. Man hat bisher versucht, den Ausbau unsrer Marine — der in thesi von der Majorität dieses hohen Hauses stets als notwendig anerkannt worden ist — dadurch einer gewissen Vollenbung entgegenzuführen, daß man in jedem Jahre mit Einzelforderungen für Ergänzung und Vermehrung des vorhandenen Schiffsbestandes an Sie herantrat. Wir haben es dann erlebt, daß wegen eines oder zweier Kreuzer sich Kämpfe entwickelten, deren Heftigkeit mit dem Objekte, um das es sich im gegebenen Falle handelte, nach meiner Auffassung keineswegs im Einklang stand und die verbitternd auf das politische Leben der Nation wirkten. Führten diese Kämpfe zu der Ablehnung einzelner Forderungen, so waren vorgeschrittene Gegner der Regierung auf dem Plane, um die Ablehnung zu einer schweren Niederlage der Regierung zu stempeln, während der größte Teil derjenigen, die hier im Hause ein ablehnendes Votum abgegeben hatten, der Forderung nicht prinzipiell feindlich gegenüberstand, sondern nur jeweilig aus Gründen verschiedener Art deren Bewilligung nicht für opportun erachtete. Das Ergebnis dieser Art der Behandlung der Marinefragen ist gewesen, daß trotz bedeutender Aufwendungen unsre Flotte sich nicht so entwickelt hat, wie Deutschlands Lebensinteresse dies erfordert. Die Marine hat gewissermaßen von der Hand in den Mund leben müssen, und auch der Versuch, für ihre Fortentwicklung eine bestimmte Linie vorzuzeichnen, ist nicht geglückt. Wir sind daher zu der Ueberzeugung gelangt, daß hier ein Fehler im System vorliegt. Es geht nicht an, ein festgefügtcs Gebäude zu errichten, ohne daß die Bauleute klar und einig werden über den Plan, nach dem die Fundamente gelegt und die Mauern aufgeführt werden sollen. Die Vorlage, die Ihnen zuletzt zugegangen ist, will in dieser Beziehung Klarheit und Einigkeit zwischen allen mitwirkenden Faktoren schaffen. Wäre unsre Marine eine althistorische Organisation, die wir nur gelegentlich zu verbessern und auszugestalten hätten, so hätte sich vielleicht mit dem gegenwärtigen System der jährlichen Forderungen und Bewilligungen auskommen lassen — ganz ohne Zweifel hierüber bin ich freilich nicht. Hat man es doch, wie ich glaube, mit vollem Recht für erforderlich gehalten, die Friedensstärke der Armee für eine Mehrzahl von Jahren fest zu bestimmen, obgleich die Armee in der allgemeinen Dienstpflicht eine unerschütterliche gesetzliche Basis ihres Bestandes findet. Für die Marine aber muß nicht nur der

Ersatz an Menschen, sondern auch der Ersatz an Schiffen geschaffen werden, um gesichert zu sein, wenn ihre Organisation auf einer gesunden Grundlage ruhen soll. Zudem findet die Armee einen unanfechtbaren Rechtstitel für ihr Dasein in einer langen und ruhmreichen Geschichte, durch die der gesamten Nation zu lebendigem Bewußtsein gebracht ist, daß von ihrer Tüchtigkeit und Kraft die Ehre und die Existenz des Vaterlandes abhängen. Was aber die Marine betrifft, so war sie noch während des letzten Krieges zu schwach und unentwickelt, um eine irgendwie bedeutsame Entscheidung auszuüben. Mit der Gründung des Reiches fand sich wohl ein lebhaftes Interesse für die Aufrichtung einer deutschen Seemacht; aber dieses Interesse ist nicht immer gleich stark geblieben. Vielleicht hat gerade der Umstand, daß wir eine glänzende Machtposition in der Welt ohne Mitwirkung einer Flotte erworben hatten, den Durchbruch der Erkenntnis verlangsamt, daß wir einer tüchtigen Flotte absolut benötigen, um diese Stellung aufrecht zu erhalten. Der Gang der Ereignisse jedoch, die ungeheure Einwirkung unsrer überseeischen Interessen, die für Deutschland ungünstige Verschiebung der Stärkeverhältnisse zwischen unsrer eignen und den fremden Kriegsmarinen hat allmählich in den weitesten Kreisen unsers Volkes die Ueberzeugung gestärkt, daß unsre jetzige Flotte nicht imstande ist, die ihr auf maritimem Gebiete in den kommenden Jahren erwachsenden Aufgaben zu erfüllen. Der gleichen Ansicht sind die verbündeten Regierungen, die namentlich, soweit sie Seeuferstaaten angehören oder wichtige Exportinteressen ihres Landes vertreten, ein maßgebendes Urteil beanspruchen können. In ihrem Namen habe ich zu erklären, daß sie einmütig die jetzt geforderte mäßige Vermehrung der zur Zeit vorhandenen und im Bau begriffenen Kriegsschiffe für eine nicht mehr von der Hand zu weisende Notwendigkeit halten. Der Gesetzentwurf trägt diesem Bedürfnisse Rechnung in einer Form, die den Zwang enthält, die Flotte innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf eine bestimmte Höhe zu bringen, und ihren Bestand auf dieser Höhe sichert. Geht man von der Voraussetzung aus, daß eine solche Notwendigkeit vorliegt, so wird man an der gewählten Form nicht Anstoß nehmen dürfen, nachdem die Erfahrung uns alle gelehrt hat, daß die Form stückweiser Bewilligung der planmäßigen und raschen Vollendung eines noch unfertigen Instituts, wie es unsre Marine thatsächlich ist, hinderlich entgegensteht. Diese Erwägungen haben zu dem Entschluß geführt, die Form des Gesetzes zu wählen, die die verbündeten Regierungen nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung einstimmig als unerläßlich erachten. Ich will ja nicht leugnen, daß die Vorlage von dem Reichstage eine gewisse Entscheidung fordert; was ich aber in Abrede stelle, ist, daß sie eine Ver-

lezung des Staatsrechts enthält. Ueber die Zeiten sind wir nach meiner Meinung hinaus, in denen eine doktrinaire Auffassung aus dem Bewilligungsrecht der Parlamente deren Befugniß ableitete, durch Nichtbewilligung den Staatsorganismus ganz oder teilweise lahmzulegen. Es können daher füglich die Ausgaben für gewisse als dauernd notwendig erkannte Zwecke durch Gesetz für bestimmte Zeiträume oder für immer bewilligt werden, ohne daß das Essentielle des parlamentarischen Bewilligungsrechts eine Einbuße erlitt. So wird denn auch niemand darüber im Zweifel sein können, daß nach der Annahme dieses Gesetzesentwurfs dem Reichstag noch ein weiterer Spielraum bleiben wird, um bei der jährlichen Feststellung des Marineetats seinen berechtigten Einfluß auf die Gebarung der Marineverwaltung auszuüben. Und dann, meine Herren: nehmen Sie den Gesetzesentwurf an, so binden Sie nicht nur sich selbst bis zu einem gewissen Grade die Hände, Sie binden sie auch den verbündeten Regierungen. Was diese erstrebten, zeigt Ihnen der Gesetzesentwurf in vollkommener Klarheit; die jetzt erhobnen Forderungen sind so bemessen, daß ihnen gegenüber die Ausstreuungen über die angeblich uferlosen Marinepläne endlich ein Ende finden sollten. Ich will es dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts überlassen, Ihnen hier oder in der Kommission nachzuweisen, daß ein zweckmäßiges Funktioniren des Marineorganismus geradezu abhängig davon ist, daß ihm eine gewisse Stärke gegeben wird, und daß dessen Leistungsfähigkeit eigentlich erst beginnt mit dem Augenblick, wo er diese Stärke erreicht hat. Gestatten Sie mir persönlich noch einige Worte. Die Vorlage zeigt Ihnen, daß wir nicht daran denken, mit den großen Seemächten zu rivalisiren, und für den, der Augen hat zu sehen, zeigt sie, daß uns der Gedanke einer Politik der Abenteuer fern liegt. Gerade aber zur Führung einer friedlichen Politik, wie wir sie wollen, muß unsre Flotte einen Machtfaktor bilden, der in den Augen von Freund und Feind ausreichendes Gewicht besitzt. Deutschland kann und darf keine quantités négligeables sein, wenn es gilt, internationale und unsre Interessen wesentlich berührende Probleme zu lösen, die sich nicht auf dem Boden des europäischen Kontinents abspielen. Wollen wir unsre weitere gedeihliche Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete und unsre Stellung im Konzert der Mächte sichern, so müssen wir auch hier ein, wenn auch bescheidenes Wort, jedenfalls aber ein deutsches Wort mitzureden haben. Meine Herren, es handelt sich um eine Vorlage von hervorragender Bedeutung, an der das ganze deutsche Volk, alle Parteien und alle Erwerbszweige in gleicher Weise interessiert sind. Ich hege die sichere Erwartung, daß es dem Patriotismus des hohen Hauses gelingen wird, sie in der von den verantwortlichen Faktoren für er-

forderlich erachteten gesetzlichen Form zum Abschluß zu bringen. Das Vaterland wird Ihnen hierfür Dank wissen.

Staatssekretär Tirpitz führt aus, es handle sich um eine Vermehrung des Schiffbestandes und um eine gesetzliche Festlegung des Sollbestandes. Man wende hiergegen ein, daß die Technik des Schiffbaues sich ändere. Die Technik und ihre Aenderung stehe aber einer Festlegung des Schiffbestandes nicht im Wege. Auch die in Aussicht genommenen Formationen würden für sehr lange Zeit als Grundlage dienen können. Die Marineverwaltung könne jederzeit viel besser disponiren wenn sie den Umfang der Neubauten genau im voraus kenne, und wenn man die Fristen für die Neubauten fixire, so könne man auch viel besser und billiger bauen. Mit den jetzt schon im Bau befindlichen Schiffen könne man nicht einmal auf die Küstenverteidigung rechnen und noch weniger die Interessen im Auslande wahrnehmen. Bisher habe man 14 Linienfahrzeuge für ausreichend gehalten, aber die Marineverwaltung habe früher schon lange geschwankt, nach welcher Richtung hin hauptsächlich die Verteidigung zu führen sei; es habe sogar eine Zeit gegeben, in der daran gedacht wurde, die Nordsee aufzugeben. Seit der Kaiser Wilhelm-Kanal gebaut worden sei, könne die Flotte wenigstens aus dem Loche heraus. Jedenfalls liege es im Plan, mit den Neubauten bis 1904 fertig zu werden. Schaffe man eine solche Schlachtflotte, wie sie hier verlangt werde, so hätten wir einen Küstenschutz, gegen den selbst eine Seemacht ersten Ranges nicht angehen könne. Eine Vermehrung der Kreuzer sei ebenso notwendig für unsere Interessen im Auslande und wegen ihrer Rolle als Begleiter der Schlachtschiffe. Es handle sich bei dieser Vorlage um die wichtigsten Lebensinteressen Deutschlands. Nur eine Vermehrung der Flotte könne diese Interessen dauernd sichern.

Schönlank betont, daß die Steigerung der Marineausgaben in andern Ländern in gar keinem Verhältnis zu der bei uns stehe. Man verspreche zwar, daß diese Flottenvermehrung ohne neue Anleihen erfolgen könne, aber von solchen Versprechungen könne man nicht viel halten. Die Vorlage sei zu bekämpfen, weil sie den Reichstag binde, alles zu bewilligen, was die Verwaltung als Ersatz für nötig erkläre. Der Handel brauche keine große Marine, er habe sich ohne eine solche entwickelt dadurch, daß er die Bedürfnisse des Auslandes erforschte und sich nach ihnen richtete. Staatssekretär Frhr. v. Tietmann legt dar, daß die Reichsfinanzlage eine Verstärkung der Flotte gestatte. Wenn man behaupte, die Forderung an den Reichstag, seine Bewilligungen jetzt durch Gesetz gleich auf sieben Jahre auszusprechen, sei ein Bruch des Staatsrechts, so habe der Reichstag einen solchen Bruch des Staatsrechts schon oft begangen. Graf Limburg-Stirum ist der Ansicht, es sei am besten, wenn sich der Reichstag und die Regierungen über eine Festlegung des Marinebestandes auf längere Zeit einigten. Das Budgetrecht verlange doch nur, daß keine Ausgabe erfolge ohne Zustimmung des Reichstags. Und wenn der Reichstag einer Festlegung der Ausgaben auf sieben Jahre zustimme, so liege doch darin keine Verletzung des Budgetrechts. Daß bei dem heutigen Stande des Seerechts unsere Handelschiffe verstärkten Schutzes bedürften, sei zweifellos. Auch die Landwirtschaft habe ein Interesse an dem allgemeinen Wohlstand des Reiches. Es wäre angezeigt, wieder zu dem System Bismarcks zurückzukehren, nämlich zu der gleichen Berücksichtigung der Landwirtschaft einerseits und des Handels und der Industrie andererseits. Eine Verstärkung der Flotte sei unerlässlich; die Vorlage müsse angenommen werden, schon um dem Auslande gegenüber das Zeugnis zu geben, daß Deutschland in dieser Frage geschlossen da stehe.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky weist gegenüber den Ausführungen

Schönlanck darauf hin, daß die Sozialdemokratie bisher alle Flottenforderungen abgelehnt habe, man könne daher auch jetzt auf ihre Zustimmung verzichten. Wenn es sich um die Landesverteidigung handle, so dürfe man nicht fragen, wie dies Schönlanck thue, um wieviel die Ausgaben gestiegen seien, sondern ob die neuen Forderungen berechtigt seien oder nicht. Für unsern Export werde die Lage immer schwieriger, die Notwendigkeit, ihn zu schützen, immer größer. Von einem Bruch des Staatsrechts sei keine Rede. Auch in England habe das Parlament für Marinebauten eine größere Summe bewilligt, über die das dortige Marineamt frei verfügen könne. Eine Aggressivpolitik sei nicht beabsichtigt, ebensowenig ein Stillstand der Sozialpolitik, wie Schönlanck angedeutet habe.

Staatssekretär v. Bülow erklärt bezüglich des Falles Lüders, die Regierung von Haiti werde den berechtigten Forderungen der diesseitigen Regierung umso mehr stattgeben, als wir die Macht und den Willen hätten, unsern Forderungen Nachdruck zu geben. Was Ostasien anlange, so habe schon der Reichskanzler gesagt, daß wir dort keine Abenteuerpolitik treiben wollten. Die Entsendung unsrer Schiffe nach der Kiaotschau-Bucht sei nur erfolgt, um volle Sühe zu erlangen und volle Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse. Wir steckten nicht die Finger in jeden Topf, der uns nichts angehe. Es schwebten augenblicklich Verhandlungen mit China. Wir sind erfüllt von Wohlwollen und freundlichen Absichten gegen China; wir wollten China nicht brüskiren. Die Besetzung von Kiaotschau sei auch durchaus schonend erfolgt. Wir wünschten die Fortdauer unsrer Freundschaft mit China, aber die Voraussetzung sei die gegenseitige Achtung der beiderseitigen Rechte. Es dürfe sich nicht in China die Ansicht festlegen, daß uns gegenüber erlaubt sei, was man andern gegenüber nicht für erlaubt halte. Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unsern Platz in der Sonne. Barth sagt, daß die Kreuzer ohne weiteres zu bewilligen seien; was die Panzerschiffe betreffe, so sei sachlich zu prüfen, ob man nicht mit bescheidneren Ansprüchen auskommen könne. Es gehe aber nicht an, den Reichstag auf sieben Jahre zu binden.

7. Dezember. **Richter:** Gelegentlich der Eröffnungsfeier wurde es als die Verpflichtung des Reichstages bezeichnet, dasjenige, was Kaiser Wilhelm I. geschaffen, zu erhalten und zu schützen und das Ansehen, die Ehre Deutschlands nach außen zu schützen. Dieser Verpflichtung hat sich der Reichstag nie entzogen. Man braucht nur zurückzudenken, was seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. in Bezug auf die Steigerung der Wehrkraft geschehen ist. Das Herr ist heute in seiner Friedenspräsenz 91 000 Mann stärker als 1888. Das Ordinarium des Militäretats ist von 363 auf 487 Millionen, also nahezu um ein Drittel gestiegen. An einmaligen Ausgaben für Heer und Marine sind seit dieser Zeit 1816 Millionen Mark verausgabt worden. Infolgedessen hat sich die Reichsschuld verdreifacht; sie ist von 721 Millionen auf mehr als 2 Milliarden gestiegen. Und gerade die Marine ist es, die bisher ganz besonders in ihrer Ausdehnung gesteigert worden ist. Wurde sie doch von Anfang an als die heißgeliebte Flotte bezeichnet, der auch eine ganz besondere Pflege und Aufmerksamkeit zu teil geworden ist. Das Ordinarium hat sich seit 1888 von 37 auf 59 Millionen erhöht. Ganz abgesehen von den neuen Torpedoschiffen sind 42 größere Kriegsschiffe entweder im Bau vollendet oder noch im Bau begriffen, die einen Aufwand von nahezu 300 Millionen repräsentiren. Die Friedensstärke der Marine ist seit 1888 um 50 Prozent erhöht worden. Da ist es nun ganz verwunderlich, daß gestern von einzelnen Rednern es so dargestellt wurde, als ob wir jetzt erst die Grundrisse der Marine zu schaffen hätten. Schon unmittelbar vor dem Tode Kaiser Wilhelms I. versicherte der damalige Chef der Marineverwaltung, Herr v. Caprivi, es sei

eine melancholische Auffassung, daran zu zweifeln, daß die Marine — also im damaligen Umfange — allen Aufgaben gewachsen sei. Seit Gründung des Deutschen Reiches ist das Ordinarium der Marine ganz außerordentlich, von 12 auf 60 Millionen Mark gestiegen. Ich will die chinesische Frage jetzt nicht hier hereinziehen, aber ich will doch sagen, daß eine solche Wachtentfaltung zur See, wie sie heute geschieht, noch nie dagewesen ist. Die Verwaltung muß also die Wehrkraft zur See für genügend halten. Abgesehen davon sind schon infolge der letzten Bewilligungen viele Schiffe im Bau begriffen. Der Reichstag hat bis jetzt mehr bewilligt, als nötig war. Man spricht immer von den Kreuzern. Früher wurde stets gesagt, die Hauptaufgabe sei die Schaffung von Küstenpanzerschiffen. Es wurde immer behauptet, wir hätten so viel Kreuzer und Fregatten, daß sie für den Schutz des Handels völlig ausreichten und an einen Ersatz nach dieser Richtung gar nicht gedacht zu werden brauche. Der Plan des Admirals Hollmann ging auf eine sehr langsame Vermehrung der Flotte. Wir haben vier Panzerschiffe bewilligt, das vierte sollte erst 1899 gebaut werden, während nach dem jetzigen Plane zwei Panzerschiffe hintereinander in Angriff genommen werden müßten. Hätten wir nicht im Laufe der Jahre so viel Abstriche an den Forderungen gemacht, so hätten wir heute sicher neue Steuern auf dem Halse, die wir heute nicht benötigen. Die Erfahrungen haben uns gezeigt, wie notwendig es ist, daß der Reichstag völlig freie Hand behalte in der Bewilligung von Marineforderungen. Es ist richtig, daß der Reichstag die Notwendigkeit einer Flotte stets anerkennt. Die Flotte ist aus der demokratischen Volksbewegung von 1848 hervorgegangen. In ihr fanden die deutschen Einheitsbestrebungen zum erstenmale einen sichtbaren Ausbruch. Wenn wir für jede Unbill eintreten wollten, die Deutsche im Auslande erlitten, müßten wir dann nicht auch für die Deutschen in Rußland oder in Oesterreich-Ungarn eintreten, die unter fremdem Uebermut litten? Es seien hier auch die Handelsinteressen betont worden, aber die Marine und ihre Wachtentfaltung stehen in keiner Beziehung zu der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Man habe versichert, neue Steuern würden nicht nötig werden, wolle man diese Versicherung nicht vielleicht gesetzlich festlegen? Es wäre dies um so nötiger, als 1895 Graf Posadowsky erklärt habe, daß die Biersteuer immer wieder drohend ihr Haupt erhebe. Ehe man hier ein Marine-Meternat bewillige, solle man doch erst einmal abwarten, wie das nächste Militär-Quinquennat aussehen werde. Was das Etatsrecht betreffe, so sei doch zweifellos, daß hier eine Bindung des Reichstags vorliege. Wo sei ein Reichstag zu finden, der so wenig Einfluß und ein so bescheidenes Maß von Rechten habe? Niemand denke daran, den Staat lahm zu legen, man wolle nur auf finanzielle Ordnung halten. Er, Redner, lehne das Gesetz ab, weil er die Volksrechte nicht noch mehr geschmälert wissen wolle.

Staatssekretär Tirpitz betont, daß die Zwischenfälle in Haiti und China die Unzulänglichkeit unserer Flotte gezeigt hätten. Richter stelle das Meternat als etwas Schlimmes dar, aber der Reichstag werde doch gewiß eine Flotte, die er bewillige, auch erhalten wollen. Wenn der Reichstag durch die Vorlage gebunden werden solle, so werde dadurch doch andererseits auch die Regierung gebunden. Der Vorwurf der Uferlosigkeit sei unberechtigt gegenüber der Thatfache, daß hier eine Festlegung beabsichtigt werde. Ueber ist zu dem Ergebnis gekommen, es sei im Augenblick dem Zentrum vollkommen unmöglich, ein abschließendes Urteil über die Vorlage zu fällen und zu einer endgültigen Beschlussfassung zu kommen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand etwas andres von einer Partei (Zentrum) erwartet hat, die das Bewußtsein in sich trägt, die stärkste im Hause zu sein und die Entscheidung in den Händen zu haben. Die allgemeine politische Lage, in der

diese Vorlage an uns herantritt, ist allerdings die denkbar ungünstigste, in der sie überhaupt in den Reichstag kommen konnte. Die Regierung zeigt dem Reichstag gegenüber noch immer wenig Entgegenkommen. Die Militärstraßprozeßnovelle ist freilich nach langem Gängen und Würgen zu uns gekommen, aber ein andres Versprechen des Reichskanzlers, die Aufhebung des Koalitionsverbots der politischen Vereine, ist nicht eingelöst worden, hier hat sich Preußen sogar von Sachsen beschämen lassen. Auch die vom Reichstag schon dreimal geforderte Aufhebung des Jesuitengesetzes ist nicht erfolgt; nicht einmal der § 2 des Gesetzes ist aufgehoben worden. Deshalb ist die Regierung selbst schuld, wenn dank ihrer Unthätigkeit die Lage für sie ungünstig ist. Wir wollen indeß keine Nachpolitik treiben, wir haben das bürgerliche Gesetzbuch verabschiedet und werden auch diese Vorlage objektiv prüfen. Allerdings muß sich die Regierung doch fragen, ob sie auch in Zukunft eine große Partei weiter so behandeln will, und wenn es nicht ein Catilina gewesen wäre, an den Cicero die Frage richtete, so würde ich die Regierung fragen: Quousque tandem? Staatssekretär Tzipitz sagt, der vom Vorredner angeregte Gedanke einer Vimitirung der Kosten sei von den Regierungen noch nicht erwogen worden. Er für seine Person stehe diesem Gedanken nicht ablehnend gegenüber, vorausgesetzt, daß dadurch der Zweck erreicht würde.

9. Dezember. Hammacher erklärt, daß die Nationalliberalen sich einmütig auf den Boden der Vorlage stellen würden. 1870 hätten die Franzosen unsern ganzen Seehandel lahmgelegt, weil es uns in der Nord- und Ostsee an einer Offensivflotte gefehlt habe. Bei einem Export von  $3\frac{1}{2}$  Milliarden sei ein stärkerer Schutz zur See eine Notwendigkeit. Welche Gefahr drohe ohnehin unserm Absatz durch das Bestreben Englands, mit seinen Kolonien ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden, ebenso durch die ähnlichen Bestrebungen der Vereinigten Staaten Nordamerikas, mit den Staaten Mittelamerikas in enge wirtschaftspolitische Beziehungen zu treten! Galler: Die süddeutsche Volkspartei werde sich zur Preisgebung eines so wichtigen Volksrechts, wie sie durch das Septennat dem Reichstage abverlangt werde, ebenso wenig entschließen, wie zu einer solchen Vertrauensumgebung für die Regierung. Auch würde die Vorlage zu einem Marinedespotismus führen. Zimmermann: Die deutsch-soziale Reformpartei halte eine wohlwollende Prüfung der Vorlage für geboten und hätte bezüglich deren wirtschaftlicher Seite Bedenken. Hilpert: Die Fraktion des bayerischen Bauernbundes sei gegen die Vorlage wegen der Bindung des Reichstags. Mollenhuth: Die sozialdemokratische Fraktion habe für solche Vorlagen kein Geld, der Handel sei genug geschützt. Graf Stolberg (konf.): Die Stimmung im Volke sei in den letzten Monaten eine entschieden flottenfreundlichere geworden. Man habe sich sogar gewundert, daß die Forderungen so maßvoll seien. Die Landwirtschaft habe ein indirektes Interesse an der Vorlage; denn sie brauche eine leistungsfähige Industrie. Was die finanzielle Seite betreffe, so tröste er sich mit der Thatsache, daß sich noch niemals ein Land dadurch ruiniert habe, daß es zuviel für Heer und Marine ausgegeben habe.

Hierauf wird die Vorlage an die Budgetkommission gewiesen.

## VI.

### Gefährdung des Petroleumhandels.

9. Dezember. Baffermann bringt mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgende Anfrage ein:



„Welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um den auf Monopolisirung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der Standard-Oil-Company entgegenzutreten?“

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Frage sei ziemlich schwierig. Auf der einen Seite stehe ein Produzent, der im Besitze des größten Theils des Rohmaterials sei, auf der andern Seite die Käufer, die privatrechtlich Verträge mit ihm abgeschlossen hätten. Es frage sich, ob die Gesetzgebung gegenüber solchen Privatverträgen einschreiten könne. Zweifellos habe die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft in Bremen auf die Preisgestaltung fortgesetzt zu Gunsten der Konsumenten in absteigender Linie gewirkt. Aus der Preissteigerung im Jahre 1895 habe diese Gesellschaft keinen Nutzen gezogen, sondern sehr erhebliche Verluste gehabt. Bereits 1895 sei man in eine Erwägung der Frage eingetreten, ob es nicht möglich sei, mit Hilfe des Reiches die Firmen in Bremen und Mannheim in ihrem Konkurrenzkampfe zu unterstützen. Nehme man aber an, daß die Standard-Oil-Company beabsichtige, ihr Monopol in Deutschland weiter auszudehnen und es zu einer unbilligen Preissteigerung zu benutzen, dann könne man zunächst den Weg der Begünstigung des russischen Petroleums einschlagen.

Daran schließt sich eine kleine Verhandlung.

## VII.

### Reichshaushaltsetat für 1898—99.

30. November. Dem Reichstage wird der Etat vorgelegt, der in Einnahme und Ausgabe 1 437 139 979 Mk. (gegen 1 328 301 824 Mk. im laufenden Etatsjahr) enthält. Von den Ausgaben fallen 1 240 630 952 (1 169 386 556) Mk. auf die fortdauernden, 139 082 036 (101 311 521) Mark auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und 57 426 991 (57 603 747) Mk. auf die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Der dem Etatsgesetz beigesetzte Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium für die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899 wird auf 144 000 (138 000) Mk. veranschlagt.

10. Dezember. Erste Beratung. Staatssekretär v. Thielmann giebt einen Ueberblick über die Finanzergebnisse für das Jahr 1896:

Ihm sei es sehr erwünscht, wenn von den Ueberschüssen über den Etat nicht nur ein Teil, sondern das Ganze zur Schuldentilgung Verwendung finden könne. Er glaube auch nicht, daß die verbündeten Regierungen dem widersprechen würden, vorausgesetzt, daß andererseits in den minder günstigen Jahren auch keine Erhöhung der Matrikularbeiträge erfolge. Wenn aber da auf die Zustimmung des Reichstags nicht zu rechnen sein sollte, so hoffe er, daß der Reichstag wenigstens das ihm jetzt vorgelegte Schuldentilgungsgesetz annehmen werde. Aus 1897 sei für die Reichskasse ein Ueberschuß von 20 Millionen zu erwarten. Die Ueberweisungen würden die Matrikularbeiträge

um 58 Millionen übersteigen; davon sollten dem Schulden Tilgungsgesetz gemäß drei Viertel, mithin 40 Millionen zur Schuldentilgung dienen, während die restlichen 18 Millionen an die Einzelstaaten fallen würden. Die Klagen über das neue Zuckersteuergesetz seien zum Teil berechtigt, aber wir thäten gut, abzuwarten, ehe wir erklärten, was uns fromme. Bezüglich des Etats für 1898 sei die niedrigere Dotirung des Remunerations- und des Unterstützungsfonds in Folge der Gehaltserhöhungen der höhern und mittlern Beamten hervorzuheben. Bei der Veranschlagung der Pölle habe er es für richtig gehalten, vorsichtigerweise an dem bisherigen System des dreijährigen Durchschnitts festzuhalten. Wenn in der Vergangenheit zuweilen über Posturiosia geklagt worden sei, so habe er die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß zwischen den Regierungen eine Einigung angebahnt werde, wodurch ein großer Teil solcher Beschwerden aus der Welt geschafft werde.

16. Dezember. Nach längern Verhandlungen werden einzelne Teile des Etats an die Kommission gewiesen.

## VIII.

### Militärstrafprozeßordnung.

30. November. Dem Reichstage wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, der 450 Paragraphen und 2 Anhängsel umfaßt, ein Einführungsgesetz und einen Entwurf, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und ihre unfreiwillige Verfeßung in eine andre Stellung oder in den Ruhestand. Die Begründung des Entwurfs nimmt 200 Folioseiten ein. Der Inhalt des Entwurfs ist, nach dem „Militär-Wochenbl.“ folgender:

1. Weitgehendste Durchführung des mündlichen unmittelbaren Verfahrens unter Zulassung der Öffentlichkeit und Hauptverhandlung nach bayerischem Vorbild.
2. Anklageform. Scharfe Trennung der Aufgabe der Richter, Ankläger und Verteidiger.
3. Ständigkeit der Gerichte in allen Instanzen in erheblichem Umfange.
4. Unbeschränkte Verteidigung in Fällen der höhern Gerichtbarkeit, bei bürgerlichen Vergehungen auch durch die zugelassenen Rechtsanwält.
5. Freie Beweiswürdigung auf Grund der vom Richter in den gerichtlichen Verhandlungen gemachten Wahrnehmungen.
6. Gleicher Wert für jede Richterstimme.
7. Gewährung der Rechtsmittel nach dem Vorbilde der bürgerlichen Strafprozeßordnung. Zulassung der Beschwerden, Berufung und Revision sowie Verufung in weitem Umfange als im bürgerlichen Verfahren und Einrichtung eines vollständigen Instanzenzuges.
8. Endgiltige Entscheidung des Gerichts über die Thatfrage und das Strafmaß, uneingeschränkte Selbständigkeit des erkennenden Gerichts. Die Bestätigungsordr im Frieden ist kein die Rechtskraft des Urteils berührender Rechtsakt, vielmehr eine auf dem Gnadenrecht beruhende Weisung zur Strafvollstreckung.
9. Ein einheitliches Rechtsverfahren für das ganze Heer und die Marine. Eine gemeinschaftliche Spitze sei das Reichsmilitärgericht, das eine übereinstimmende Auslegung und Anwendung der Gesetze sichere, wodurch das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einigkeit in allen Teilen des Heeres nur befestigt werden kann.
10. Schließlich wird beachtigt, auch

hinsichtlich der Entschädigung unschuldig Verurtheilter die Militärgerichtsordnung in volle Uebereinstimmung mit dem bürgerlichen Strafprozeßverfahren zu stellen, sodaß, sobald der zu dem letztern vorliegende Entwurf Gesetz wird, dessen Bestimmungen in die Militärstrafgerichtsordnung übernommen werden.

**16. Dezember.** Erste Beratung. Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Am 18. Mai vorigen Jahres habe ich an dieser Stelle die Vorlage des Entwurfs einer Militärstrafgerichtsordnung in Aussicht gestellt mit dem Hinzufügen, daß derselbe — vorbehaltlich der durch die militärischen Einrichtungen bedingten Besonderheiten — auf der Grundlage moderner Rechtsanschauungen aufgebaut sein würde. Dem entspricht der Ihnen jetzt zugegangene Entwurf. Er führt im Gegensatz zu dem bisherigen schriftlichen Untersuchungsprozeß ein mündliches unmittelbares Verfahren ein; er trennt die Aufgaben des Richters, Anklägers und Verteidigers; er giebt den Richtern das Recht der freien Beweiswürdigung und gewährt die Rechtsmittel der Beschwerde, der Berufung und der Revision. Die Gerichte entscheiden endgültig und in voller Selbstständigkeit über Thatfrage und Strafe. Die Ständigkeit der Gerichte ist in hohem Maße gewährleistet, die Verteidigung in weitem Umfange zugelassen. Die Hauptverhandlungen sind grundsätzlich öffentlich; wie im bürgerlichen Strafprozeß kann die Oeffentlichkeit aus Rücksichten auf das öffentliche Wohl ausgeschlossen werden, wozu als weiterer Ausschlussgrund noch tritt die Gefährdung militärdienstlicher Interessen, insbesondere der Disziplin. — Ein oberstes Militärgericht sichert die übereinstimmende Auslegung und Anwendung der Gesetze. Alles das berechtigt mich, zu sagen, daß der Entwurf auf modernen Rechtsanschauungen aufgebaut ist. Eine weitere Annäherung an die Formen und Grundsätze des bürgerlichen Strafprozesses verbietet die Rücksicht auf die Einrichtungen der Armee und auf die Aufrechterhaltung der Disziplin. Die Disziplin ist der Grundpfeiler, auf dem die Tüchtigkeit eines Heeres beruht; eine Militärstrafgerichtsordnung soll die Disziplin stützen und darf deshalb keine Bestimmungen enthalten, die im Gegenteil sie zu gefährden geeignet wären. Die verbündeten Regierungen glauben in dem Entwurf die richtige Lösung gefunden zu haben für die schwierige Aufgabe, das bisherige Verfahren zu reformiren, ohne Straffheit und Zucht im Heere zu schädigen. Wir erblicken weiter in der Herstellung eines gemeinsamen Rechtsverfahrens für das ganze deutsche Heer und die Marine einen Gewinn für die Nation.

Hieran schließt sich eine längere Verhandlung, die am 17. Dezember endet.

## Vierzehnter Abschnitt. Deutsche Schutzgebiete.

### I.

#### Schutzgebiet Togo.

9. Juli. Deutsche und französische Bevollmächtigte nehmen in Paris, nach den darüber stattgehabten Verhandlungen, ein Protokoll auf über die nähere Abgrenzung der deutschen Besitzungen in Togo und der französischen Besitzungen in Dahomeh und im Sudan.

23. Juli. Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, und der französische Minister des Aeußern, Hanotaux, bestätigen dieses Protokoll, unter Festsetzung einer Frist von sechs Monaten für die Ratifikation.

19. Oktober. Dieses Protokoll wird vom „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlicht und bildet einen Teil des gleichzeitig den an diesem Tage wieder zusammentretenden französischen Kammern vorgelegten diplomatischen Gelbbuchs.

---

### II.

#### Schutzgebiet in Südwestafrika.

5. Juli. Die deutsche Schutztruppe hat im Südwesten des Schutzgebietes, nahe der englischen Grenze, einen Zusammenstoß mit räuberischen Hottentotten.

2. August. Diese Räuberbanden werden von der Schutztruppe zerstreut.

---

### III.

#### Schutzgebiet Neu-Guinea.

14. August. Der stellvertretende Landeshauptmann v. Hagen, Generaldirektor der Neu-Guineagesellschaft, wird auf seiner Reise durch das Schutzgebiet von Eingebornen ermordet. (Zum Nachfolger wird Rechtsanwalt Skopnik, früher in Stolp i. P., ernannt.)

---

## Die nichtpreussischen Bundesstaaten.

### Bayern.

#### I.

#### Die königliche Familie.

22. März. Der Prinzregent ist in Berlin anwesend bei der feierlichen Enthüllung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I.

2. April. Prinz Ludwig, der älteste Sohn des Regenten, hält als Vorsitzender des Vereins für Hebung der Kanal- und Flußschiffahrt bei Konstituierung der Abteilung München eine Rede, in der er aufs neue die Bedeutung der Kanalbauten für den bayerischen Verkehr beleuchtet.

16. Mai. Prinz Ludwig hält in der Wanderversammlung des landwirtschaftlichen Vereins zu Weiden (Oberpfalz u. N.) als Ehrenvorsitzender eine Rede, in der es heißt:

Ich halte mich an das Wort weiland Sr. Majestät König Ludwigs II., das er bei Gelegenheit der Veranstaltung des siebenhundertjährigen Wittelsbacher Jubiläums gesprochen hat: „Ich und mein Volk fühlen uns eins,“ und ich brauche solche Sachen nicht. Und in der That, wenn ein Volk und sein Fürstenhaus siebenhundert Jahre ununterbrochen zusammengestanden und sein Fürstenhaus selbst aus dem Volke hervorgegangen ist, und wenn das Volk so und so oft sein Blut dafür vergossen hat und die Dynastie auch eingestanden ist, wo es gegolten hat, für das Volk einzutreten, so sage ich, braucht man keine solchen Feste. (Diese Worte werden mit besondrer Betonung gesprochen.)

22. Mai. Prinz Ludwig sagt in einer Ansprache an die Arbeiter der Maximilianshütte in Rosenberg:

Sie wissen alle, daß ich auf christlicher Grundlage stehe, und daß das Wort „Vor Gott ist jeder gleich“ mir jederzeit zur Grundlage und zur Lebensregel gedient hat. Der große Unterschied besteht nur darin, daß derjenige, der höher steht und für viele verantwortlich ist, vor Gott eine größere Verantwortlichkeit hat. Wie jeder von Ihnen seine Not, seine Sorgen, sein Leid hat, so ist dies niemand, er mag noch so hoch stehen, erspart. Denn der Hochstehende vermag nichts, wenn er nicht vom Volke unterstützt ist, und darum freut es mich, wenn von seiten des Volkes Feierlichkeiten veranstaltet werden, die nicht meiner Person, sondern dem Lande gelten, dem ich angehöre, in dessen Heimat vor einem halben Jahrhundert meine Wiege gestanden hat, und dem in gleicher Weise mein Herz und Ihr Herz gehört.

Bei einem Ausfluge der Wanderversammlung bayerischer Landwirte nach Friedenstels antwortet Prinz Ludwig auf eine Ansprache:

Scheinbar besteht jetzt ein Widerstreit zwischen den Interessen der Industrie und Landwirtschaft. Wenn ein solcher thatsächlich bestünde,

würde er jedem Stande schaden, und das sollte mich nicht daran hindern, dies zu betonen. Industrie, Groß- und Kleinbesitz sollen nicht gegen einander streiten; dieses würde zum Nachtheile aller ausfallen; aber nicht eine Vertretung der einzelnen Interessen beklage ich, wohl aber eine feindliche Bekämpfung der einzelnen Stände. Mein Wunsch geht dahin, daß alle Stände zusammenhalten, und jeder sich ein menschenwürdiges Dasein schaffe. Daß Industrie und Landwirtschaft recht gut Hand in Hand gehen können, beweist gerade die Lage in Friedensfelde. Die Industrie macht es möglich, daß Kinder einer Familie, die sonst die heimathliche Scholle verlassen müßten, lohnenden Verdienst finden, während die andern, die auf dem uralten Gute wirtschaften, ebenfalls besser daran sind als früher, und so bleiben die Familien erhalten, und man ist nicht zum Auswandern gezwungen. Die verschiedenen Stände sollen sich nicht als Gegner, sondern als Glieder eines Volkes betrachten. Ich trinke nicht auf das Wohl eines einzelnen Standes, sondern auf das Wohlergehen ganz Bayerns.

**23. Mai.** In Passau sagt Prinz Ludwig in einer Rede beim Festmahle des bayerischen Kanalarvereins:

Ich kann mir nicht denken, daß der bayrische Kanal an der Grenze Halt machen muß. Wozu haben wir ein Deutsches Reich, wenn ein Staat neben dem andern sich abschließt. Und das Schlimmste wäre es, wenn der größte Staat im Reich aus kleinlichen Rücksichten dem andern Staat die Vorteile nicht gönnen würde, die er selbst hat. Der erste Mann im Reich, der zugleich der König Preußens ist, ist ein Freund der Wasserstraßen, das hat er mir selber gesagt. Wenn man ein solcher Freund ist, glaube ich nicht, daß sich Preußens König als Feind der Kanalfortsetzung erweist.

**31. Mai.** In München findet die Vermählung der Prinzessin Maria (geb. 1872), zweiten Tochter des Prinzen Ludwig, mit dem Prinzen Ferdinand (geb. 1869), ältestem Sohne des Grafen Alfons von Caserta (Bruders des 1895 gestorbenen Königs Franz II. beider Sizilien) und spanischem Offizier, statt.

**26. Juli.** Die deutsche Kaiserin, zu Tegernsee in Sommerfrische weilend, besucht den bayrischen Hof in München.

**6. September.** Der Prinzregent ist anwesend in Ludwigshafen bei der feierlichen Enthüllung eines Monumentalbrunnens.

## II.

### Kirchliches.

**24. August.** Beim Festmahl nach der Einweihung einer Kirche zu Stephansposching in Niederbayern hebt Freiherr v. Dw in einem Trinkspruche auf den anwesenden Bischof Senefrey von Augsburg hervor, dieser sei wegen seines Erlasses zur Feier des hundertjährigen Geburtstags Kaiser Wilhelms I. Gegenstand heftiger Angriffe seitens einer gewissen Presse geworden, „deren Hintermänner beim Volk

als sichere Stützen des Throns nicht gelten.“ (Wd. I. S. 18.)  
Darauf erwidert der Bischof:

Ich danke für die zum Ausdruck gebrachten Gesinnungen. Was die Angriffe betrifft, die erwähnt wurden, so konnten dieselben nur von Leuten ausgehen, die keine Liebe und keine Anhänglichkeit an Bayern haben. Es verdroß wohl, daß ich bayrisch geredet habe. Der Klerus der ganzen Diözese ist bayrisch gesinnt, und obwohl wir alle, Bischof und Klerus, festhalten an dem heiligen Stuhle und an allem, was die heilige katholische Kirche lehrt und befiehlt, so sind wir ebenso fest bayrisch und halten an unserm Vaterlande und unsrer Dynastie. Um das zu bestätigen, lade ich Sie ein, ein Hoch auszubringen auf Seine Königliche Hoheit Luitpold, des Königreichs Verweser.

4. Oktober. Die in Bayreuth tagende evangelische Generalsynode Bayerns beschließt, die jüngst von dem päpstlichen Stuhle ergangnen Schmähungen Luthers und der Reformation, sowie die den konfessionellen Frieden aufs höchste gefährdenden Verunglimpfungen protestantisch eingeseegneter Ehen und protestantischer Kindererziehung kräftigt und einmütigst zurückzuweisen.

23. Oktober. Auch die pfälzische Generalsynode zu Speyer erhebt einstimmig Verwahrung gegen die Ausdrücke im päpstlichen Rundschreiben vom 1. August.

### III.

## Parteibewegung.

### 1.

#### Bauernbund und Zentrum.

1. Juni. Der „Niederbayrische Bauer“ in Eggenfelden, Organ des „Niederbayrischen Bauernbundes“, bringt, unter ausdrücklicher Berufung auf sein bisheriges Zusammenhalten mit der Zentrumsparthei, einen heftigen Artikel gegen die freundliche Haltung, die die Zentrumsfraktion des Reichstags bei dessen zweiter Lesung des Etats zur Besoldungsvorlage eingenommen hatte.

Anfang Juni. Aus der Zentrumsparthei erfolgen mehrere Beschwichtigungsversuche. Der bayrische Zentrumsabgeordnete und Domkapitular Pichler in Passau erläßt eine Gegenerklärung, in der er auf die Notwendigkeit des engen Zusammenhaltens im Zentrum hinweist und es für die Parthei ablehnt, bindende Vorschriften für ihre Politik sich von einem einzelnen Vereine geben zu lassen. Zugleich richtet die „Köln. Volksztg.“ unter Zureden an die bayrischen Bauernvereine und an die bayrischen Führer, die dringende Aufforderung, das Ihre zu thun, indem sie hervorhebt, daß alle fraktionellen Blätter

Bayerns sich bisher auf den Boden der Fraktionspolitik gestellt hätten. Der Reichstags- und bayrische Landtagsabgeordnete Schädler hält in Bamberg im Oberfränkischen christlichen Bauernverein eine Rede gegen die Gründung einer neuen „bayrischen Volkspartei.“

9. Juni. Die Gesamtvorstände aller christlichen Bauernvereine Bayerns beschließen in Regensburg die Gründung eines „Allgemeinen christlichen Bauernvereins für Bayern.“

Ende Juni. In den bayrischen Zentrumsblättern wird als Ergebnis einer in Berlin stattgehabten Besprechung der bayrischen Zentrumsmitglieder des Reichstags über die Frage ihrer Loslösung von der Zentrumsfraktion und über die Bildung einer „bayrischen katholischen Volkspartei“ eine Mitteilung bekannt gemacht, in der es heißt:

In vollständiger Einstimmigkeit kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Trennung der bayerischen Abgeordneten vom Zentrum und die Gründung einer bayerischen Volkspartei sowohl im Interesse der gesamten deutschen Katholiken, wie im spezifisch bayrischen Interesse nach der politischen und wirtschaftlichen Seite hin im höchsten Grade beklagenswert, ja geradezu verhängnisvoll wäre. Eine solche Trennung würde die preussischen Mitglieder des Zentrums ihrer bisher stets geübten Rücksichtnahme auf die bayrischen Interessen und Wünsche entbinden, ohne daß es der neuen Partei gelingen könnte, diesen Wünschen und Interessen mit Erfolg Nachdruck zu verschaffen. Dem föderativen Prinzip wäre damit die zuverlässige Stütze entzogen, und die Gefahr des Einheitsstaats wäre dadurch näher gerückt. Nur festes Zusammenhalten kann Erfolg versprechen.

Anfang Juli. Der zur Zentrumspartei gehörende bayrische Landtagsabgeordnete und Führer der katholischen Bauernvereine, Staatsanwalt Soeldner, hält im „Niederb. Bauer“ das Verlangen der Trennung der Bayern vom Reichstagszentrum aufrecht. Die Mißstimmung unter den bayrischen Bauern und der Angriff der Bauernbundführer richtete sich ausschließlich gegen Dinge, die das Reichstags-Zentrum verschulde. Die Landtagsthätigkeit der bayrischen Klerikalen werde nicht angegriffen, aber es werde ihnen das politische Verhalten des Reichstagszentrums „voll und ganz“ zum Vorwurf gemacht und dabei verschwiegen, daß im bayrischen Landtag sehr viel für den Bauernstand geschehen sei.

4. September. Mit Bezug auf die Vorgänge auf dem deutschen Katholikentage bringt die niederbayrische Bundeszeitung folgende Auslassung:

Die Würfel sind gefallen. Auf Anregung des schwadronirenden Preußenadvokaten Trimborn hin hielten die drei Zentrumsfanatiker: Pichler, Gröber und Orterer eine Pauke gegen den Bauernbund und forderten zum Kampfe gegen denselben im Namen des Katholizismus als zu einem heiligen Kampfe auf. Damit sind alle Brücken zu einer Verständigung abgebrochen, und die Fahne des Propheten wird aufgepflanzt. Dem Bauernbund ist im Namen der Religion der Fehdehandschuh hingeworfen. Damit werden alle wohlmeinenden Verständigungsversuche von Seiten ebel-



denkender, volksfreundlicher Männer einfach über den Haufen geworfen — ein lichterloher, wüster Kampf, der bisher in Altbayern seinesgleichen noch nicht gesehen hat, wird entbrennen in den bayerischen Landen! Aber durch diesen wüsten Kampf ohne gleichen wird auch alles religiöse Empfinden allmählich aus den Herzen der Bauernbündler mit aller Gewalt mit Stumpf und Stiel herausgerissen werden — denn dieser Kampf wurde ja im Namen der Religion proklamirt! Schon heute klagen wir die drei Zentrumsfanatiker vor Gott und der Welt an, den Gottesfrieden gebrochen und zu einem entsetzlichen Kampfe, dessen Tragweite sie gar nicht übersehen, frevelnd herausgefordert zu haben.

5. September. Auf einer von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung in Wartenberg wird von vielen Rednern unter größtem Beifall erklärt, daß die Bauernbündler die Kriegserklärung der Zentrumsparthei mit aller Energie bis zur völligen Vernichtung des Zentrums in Bayern führen würden.

12. September. In einer zu Vogtareuth bei Rosenheim stattfindenden Versammlung sprechen sich die Redner in demselben Sinne wie zu Wartenberg aus.

26. September. Die Bauernbünde, die sich bisher eifersüchtig und feindselig entgegenstanden, einigen sich zu einem „Bayrischen Bauernbund“ und stellen ein Programm auf.

27. September. Die Führer des Bauernbundes greifen in der Zentralversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins die Vertreter der Regierung und der Zentrumsparthei in heftiger Weise an. Bei Beratung der Anträge über die Notlage der Landwirtschaft in Bayern und die Bodenzinse macht ein Redner für die Notlage der Landwirtschaft zunächst die Handelsverträge verantwortlich, die die Preise der landwirtschaftlichen Produkte so gedrückt hätten, daß die Bauern zu Grunde gehen müßten, wenn nicht bald wieder eine Erhöhung eintrete.

## 2.

### Deutsche Volkspartei.

25. Juli. Die in Neustadt a. d. Saale tagende Landesversammlung der „Deutschen Volkspartei in Bayern“ beschließt folgende Erklärungen:

I. Die Landesversammlung wiederholt die alte demokratische Forderung, daß die Thätigkeit der bayrischen Bundesratsbevollmächtigten einer wirksamen Kontrolle des bayrischen Landtags unterstellt werde. Die Regierung ist zu verpflichten, die den Bundesratsbevollmächtigten zu erteilenden Instruktionen dem Landtag zur Kenntnis zu bringen und ihm über die Thätigkeit der Bevollmächtigten Rechenschaft zu erstatten. Die Landesversammlung erklärt diese Forderung heute für dringlicher, denn je. Gegenüber der in Berlin immer schärfer hervortretenden Neigung zu einer persönlichen Politik und zu gewalthätiger Reaktion ist es die Aufgabe der einzelnen Regierungen unter Führung

Bayerns als des zweitgrößten Bundesstaates, den föderativen Charakter des Reiches nach jeder Richtung hin zu wahren und mit der Verfassung zugleich die Volksrechte ehrlich in Schutz zu nehmen. II. Die Landesversammlung spricht, obwohl sich die Partei sonst in keinen Nationalitätenstreit und in keine innerstaatliche Angelegenheit andrer Reiche mischt, den um ihre Rechte hart ringenden Deutschen in Böhmen ihre Sympathie aus und wünscht ihnen in diesem Kampfe mutiges Ausdauern und einen vollen Erfolg. III. Die Landesversammlung spricht die Erwartung aus, daß weder die bayrische Regierung noch irgend ein bayrischer Volksvertreter einer Militärstrafprozeßordnung zustimmen werden, die nicht in allen wesentlichen Punkten mindestens die bayrischen Einrichtungen (Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Ständigkeit der Gerichte, Zulassung von Zivilverteidigung) aufrecht erhält. IV. Eine längere Erklärung betreffend die Agrarfrage. Einer langen Reihe bezüglichlicher Forderungen wird folgendes hinzugefügt: Indem die Landesversammlung diese Forderungen aufstellt, erkennt sie an, daß dieselben nur durchführbar sind in einem nach freizeitlichen Grundsätzen geleiteten Staatswesen. Ein wirtschaftlicher unabhängiger bäuerlicher Mittelstand kann nur auf dem Boden politischer Freiheit gedeihen. Es erachtet deshalb die Versammlung für die Pflicht jedes freigesinnten Mannes, allen unter der Maske der Bauernfreundlichkeit mit gleißenden Versprechungen gemachten politischen Knebelungsversuchen des Bauernstandes wie aller andern Erwerbsstände mit voller Kraft entgegenzutreten und nur solche Kandidaturen zu unterstützen, die sich auf vorerwähnte, die ökonomische wie die politische Befreiung des Bauernstandes bezweckende Forderungen verpflichten.

---

#### IV.

### Landtag.

29. September. Der Landtag, dessen Abgeordnetenhaus am 12. Juli 1893 gewählt ist, tritt zu seiner dritten und letzten ordentlichen Tagung zusammen. Zum Präsidenten des sofort zur Sitzung schreitenden Abgeordnetenhauses wird v. Walter, Rat am obersten Landesgericht, wiedergewählt. Hierauf legt der Finanzminister v. Riedel die Rechnungen für 1894/95 vor, die einen Ueberschuß von 31946950 $\frac{1}{2}$  Mark aufweisen und das Budget für 1898/99 das mit 372167595 Mark bilanzirt. Der Minister erörtert die einzelnen Mehrausgaben, worunter die Matrifularbeiträge 4612000 Mark mehr erfordern und giebt die Erklärung ab, daß eine Steuererhöhung nicht notwendig sei. An eine weitere Konversion der 3 $\frac{1}{2}$  prozentigen Papiere in 3 prozentige werde nicht gedacht. Schließlich legt der Finanzminister die neuen Gesetzentwürfe vor, betreffend die Revision der Einkommensteuer, Kapitalrentensteuer und der Gewerbesteuer sowie betreffend die Erleichterung der Bodenzinsen und führt andre geplante Maßnahmen zu Zwecken der Landwirtschaft an, wofür namhafte Beträge im Budget ausgesetzt sind.

6. Oktober. Im Abgeordnetenhause begründet Schädler folgende Anfrage über die bei den großen preußisch-bayrischen

Manövern vorgekommen Unglücksfälle: „Bei den diesjährigen großen Truppenübungen wurden an die Mannschaften Anforderungen gestellt, die alles bis jetzt bei solchen Gelegenheiten geleistete weit übertreffen. Die Folgen dieser großen Strapazen sind nach Mitteilungen von Augenzeugen und nach den Berichten der Presse Selbstmord, eine größere Anzahl von Toten und Unglücksfällen und zahlreiche Erkrankungen. In den weitesten Kreisen des Volkes besteht hierüber eine tiefe Beunruhigung. Ist die Staatsregierung in der Lage, Aufschlüsse zu geben, die geeignet sind, diese Beunruhigung zu beheben?“

Nach Begründung der Anfrage durch Schädler antwortet der Kriegsminister v. Msh: Die Anstrengungen hätten sich völlig im Rahmen solcher Übungen gehalten. Von außergewöhnlichen Anstrengungen könne keine Rede sein. Eine sehr große Marschleistung habe nur an einem Tage das eine Armeekorps gehabt. Daß Truppen infolge von Ueberanstrengung liegen geblieben wären, sei nicht vorgekommen. Der allgemeine Gesundheitszustand sei während der großen Manöver ein durchaus guter gewesen. Die anhaltend regnerische Witterung sei viel weniger nachteilig gewesen, als Staub und Hitze. Der Krankenstand sei verhältnismäßig geringer, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres gewesen. Von den 60 000 Mann seien 2050 erkrankt; davon seien 627 im Lazarett, die übrigen im Revier behandelt worden. Während der Manöver seien 1116 der Erkrankten wieder gesund geworden. Gestorben seien zwei Mann. Der Krankenstand am Schluß der Manöver sei 752 gewesen, wovon 497 im Lazarett waren. Nach all dem sei zu Beunruhigungen nach keiner Seite hin ein Anlaß gegeben. Die Verantwortung für die allenfalls entstandenen Beunruhigungen sei denen zuzuschreiben, die die beunruhigenden Nachrichten, sei es in gutem Glauben, sei es in böser Absicht, verbreiteten. Medner spricht von der Notwendigkeit solcher Manöver, die auch in Rußland, Oesterreich, Frankreich abgehalten würden. Sie gäben dem Oberkommandirenden Gelegenheit, mit großen Truppenmassen zu operiren und zu prüfen, welche Aufgaben sie im Kriege zu erfüllen hätten. Die Soldaten aber sollten einen Vorgesmack davon erhalten was im Ernstfalle von ihnen verlangt werde. Große Kavallerieattacken hätten wohl noch einen Zweck. Jederzeit könne noch mit vollem Erfolg auf erschütterte Truppen, die die Munition vergeudeten, mit Kavallerie attackirt werden. Der oberste Kriegsherr (Prinzregent) könne jedem das Kommando übertragen, wem er wolle. Da er das im vorliegenden Falle (Unterstellung der bayerischen Truppen unter das Kommando des Kaisers) gethan habe, könne niemand etwas dagegen sagen. Unterstellungen unter nichtbayerisches Kommando seien auch bei früheren Manövern vorgekommen. Auch preussische Truppen seien dem Prinzen Leopold von Bayern unterstellt worden. Die Bahnverwaltung habe sich ihrer Aufgabe vollständig gewachsen gezeigt. Geben Sie uns doch auch einige Existenzberechtigung, wenn auch einmal einige Güterwagen beiseite geschoben werden. Der Rücktransport sei ohne jegliche Störung vor sich gegangen. Die Flurentschädigungen werden so reichlich gewährt, daß mancher noch Gewinn davon hat. Naß geworden sind wir; naß werden ist unangenehm, aber geschadet hat es uns bisher nicht.

Die Kammer beschließt, in eine Besprechung der Anfrage einzutreten.

7. Oktober. Bürger: Wenn der Kriegsminister gesagt hat, die über-

mäßigen Anstrengungen und Erschöpfungen bis zum Liegenbleiben seien nicht vorgekommen, so sei er wohl nicht über alles unterrichtet worden. Er kenne einen Fall, wonach eine Truppe große Anstrengungen und lange Märsche bei der Vorprobe für die große Parade gemacht, erst abends um 6 Uhr ins Quartier gekommen, aber dreiviertel seien vorher liegen geblieben. Die Quartiergemeinde wurde angewiesen, Brot und Wasser der Truppe auf die Landstraße zu bringen. Redner berührt die Behandlung der Soldaten. Ein Hauptmann habe seine Kompanie am Morgen mit den Worten: „Sauterle, Saurammel, Sauhund, Bauernterle“ begrüßt. Redner schildert die schweren pekuniären Lasten der Einquartierung an drastischen Beispielen. v. Hüllmar erörtert die auffälligen höhern Krankheitsziffern einzelner Regimenter. Das könne kein Zufall sein. Uebereifrige Offiziere hätten allerlei Pressionsmittel auf die Soldaten ausgeübt, damit sich diese zu ihrem Schaden nicht krank meldeten. Ein Hauptmann habe seiner Kompanie gedroht: wer heute fußkrank wird, bekommt drei Tage Kastenarrest und muß ihn nach der Entlassung abgeben, damit er sich pflegen kann. Es sei befreumblich, daß der Kriegsminister erklärte, es seien keine außergewöhnlichen Anstrengungen vorgekommen. Die Meldereiter, die den mit vier Rennern bespannten Wagen des Kaisers zu begleiten hatten, hatten täglich bis zu 150 Kilometern zu reiten. So darf mit der Gesundheit der Söhne des Landes nicht umgegangen werden, augenblicklich sieht man die körperlichen Nachteile noch nicht, aber sie werden schon kommen. Es gehe nicht an, im Frieden Kriegsanstrengungen zu verlangen. Die großen Manöver hätten auch den entsprechenden Wert nicht. Die große Kavallerieattade sei völlig verfehlt gewesen. Der Kriegsminister habe gestern gesagt, auf eine erschütterte Truppe, die ihre Munition vergeudet hätte, könne noch immer mit Erfolg mit Kavallerie attackirt werden. Ganz recht! Aber diese Umstände treffen hier nicht zu. Die Kavallerie wurde mit einem furchtbaren Feuer empfangen. Wenn eine derartige Attade im Kriege gemacht würde, wäre sie gleichbedeutend mit einem Führen zur Schlachtbank. Was die staatsrechtliche Frage der Uebernahme des Befehls über die bayrischen Truppen durch den Kaiser betrifft, so sei das nicht so gleichgiltig. Der Prinzregent soll, wie der Kriegsminister gestern sagte, dem Kaiser das Oberkommando gegeben haben und das Oberkommando könne er geben, wem er wolle. Aber das sei nicht eine persönliche Sache des Regenten, sondern es handle sich um Ausübung eines Rechtes des Landes. Bei den raschen Entschlieungen, die man an gewisser hoher Stelle täglich sieht, sei es doch fraglich, ob beim Prinzregenten um die Erlaubnis nachgesucht wurde, oder ob der Prinzregent nur stillschweigend gestattete, was er nicht ändern konnte. Nach der Vorstellung von der unbegrenzten Macht, die an gewisser Stelle, wie man täglich sieht, herrscht, haben wir hier die Pflicht, die eignen Rechte entschieden zu betonen, eventuell die Respektirung solcher Rechte rücksichtslos zu beschließen. Die relative Selbständigkeit der Bundesstaaten ist vielleicht noch das einzige Schutzmittel gegen eine Katastrophe. Man sieht ja, welche Anschauungen in Berlin über unsre Reservatrechte bestehen. Man vergleiche nur die Anschauungen bezüglich des obersten bayrischen Militärgerichtshofes. Das ganze Land ohne Trennung von Parteien muß einschlägige Zumutungen, seien sie ausdrückliche oder stillschweigende, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Kriegsminister v. Moltke erwidert zu der Bemerkung, daß die Kavallerieattade auf nicht erschütterte und nicht verschossene Truppen gemacht wurde: Wir können doch nicht in den Manövern die Infanterie davonlaufen lassen, damit sie das Davonlaufen lerne und attackirt werden könne. Daß bei der Kavallerieattade nur neun Verletzungen vorgekommen, sei bei einem so großen Truppenmarsche

doch nicht viel. Große Manöver fanden nicht alle Jahre statt. v. Bismarck hat eine Anspielung auf 1866 gemacht und gemeint, das Manöver sei Bayern ausgedrängt worden. Das war nicht der Fall. Die Manöver haben mit voller Zustimmung Bayerns stattgefunden. Ein Druck ist von Berlin in keiner Weise ausgeübt worden. Der Kriegsminister findet es befremdlich, daß die Person des Kaisers hier in die Debatte gezogen worden sei.

8. Oktober. Sigl: Die vom Kriegsminister erklärten Ueberrreibungen der Presse sind nicht in der bayrischen, sondern in der preussischen Presse gekommen. Der Schaden aus der Einstellung des Verkehrs war sehr groß. Niemand erhielt dafür eine Entschädigung. Das Volk betrachtet diese Manöver als eine Spielerei. Mit dem Umfang dieser Manöver ist viel zu weit gegangen worden; wohin soll das führen? Wer soll diese Lasten tragen können? Wir müssen zahlen, da müssen wir mitreden dürfen. Ich rede mit. Wir brauchen in Bayern auch keine preussischen Kommandeure, wir haben so viel gelernt, um uns selbst kommandiren zu können. Es ist seltsam, daß gerade an einer Stelle manövertirt werden mußte, wo wir 1866 geschlagen wurden. Wenn ein ganzes Armeekorps, wie ähnlich auch bei frühern Manövern, in eine Lage gebracht wurde, daß der letzte Mann verloren gewesen wäre, dann muß der Soldat das Vertrauen in seine Führer verlieren. Das ist es ja, daß Preußen immer mit dem bösen Beispiel vorangeht. Der Kriegsminister möge doch dahin wirken, daß solche kostspielige Unternehmungen unterbleiben, die vor Allem nach dem Spruche „sic volo, sic jubeo“ beliebt werden. Vor vier Jahren habe ein preussischer General geschrieben, im Ernstfalle solle die Spitze nicht den Oberbefehl übernehmen, wenn nicht Alles schief gehen solle. Er (Sigl) habe in Berlin das Gleiche gehört, nur viel energischer und drastischer, und in der bayrischen Armee werde man den gleichen Eindruck gehabt haben. Der Kriegsminister habe gesagt, von Berlin sei kein Druck auf Bayern wegen Abhaltung von Manövern geübt worden. Aber wenn man in Berlin will, gibt Bayern nach. Casselmann tritt den Bemängelungen der Manöver und Manöverborgänge entgegen. Soldaten und Bürger haben die Pflicht, die Unannehmlichkeiten patriotisch zu ertragen. Daß die bayrischen Truppen und Offiziere, das bayrische Oberkommando sich so trefflich neben der preussischen Armee bewährte, ist auch ein erfreuliches Ergebnis der Manöver und hat das Gefühl der Sicherheit erhöht. Dem preussischen Staat muß man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß, wenn heute die Armee auf der jetzigen Stufe steht und die bayrische ihr ebenbürtig war, man dies Preußen und den Anstrengungen verdankt, mit denen es die Hindernisse seiner Armeeorganisation bewältigte. Gottlob ist der Main überbrückt und besteht kein Gegensatz zwischen Nord und Süd. Wenn die Preußen im Ernstfalle den Oberbefehl übertragen, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, daß Preußen stets das Richtige getroffen. Redner polemisiert gegen die Aeußerungen, man solle dem von Berlin ausgehenden Drucke nicht so sehr folgen. Die bayerische Armee ist nicht schlecht gefahren, indem sie dem preussischen Vorbilde folgte. Man müsse dem Kaiser geben, was des Kaisers sei.

15. Oktober. In der Abgeordnetenkammer bekämpft der Finanzminister v. Kiedel den Antrag Kapingers auf völlige Beseitigung der Bodenzinsen und den Antrag Sigls auf Einführung einer Klassenlotterie, um den Ausfall an Bodenzinsen zu decken. Der Minister sagt u. a.:

Der gleiche Antrag wurde bereits im Jahre 1879 von dem damaligen Abgeordneten Schels gestellt und von mir ausführlich bekämpft. Ich stehe heute noch auf dem nämlichen Standpunkt. Im Wesen der Staatslotterien hat sich seitdem nichts geändert. Auch mein Gewissen hat in der langen Zeit, während der ich Finanzminister bin, sich noch nicht so sehr verhärtet, daß ich Geld für die Staatskasse ohne Rücksicht auf dessen Herkunft nehme. Gegen die Lotterien sprechen zunächst schon steuerrechtliche Gründe. Die Betriebskosten der Staatslotterie stehen außer Verhältnis zum Ertrag derselben für die Staatskasse. Wir müßten nicht bloß in der Presse die Lärmtrummel schlagen, was eines Staates unwürdig und nicht wohlfeil ist, sondern auch eine möglichst große Zahl von Kollekten einrichten und müßten wieder eine große Anzahl von Stellen schaffen, deren Inhaber sich als Staatsfunktionäre betrachten und vom Staat seinerzeit für sich und ihre Relikten Unterstützung verlangen würden. Das Volk muß zur Spiellust erst erzogen werden, und ich meine, es ist besser, wenn wir unsre Erziehungslust auf andern Gebieten versuchen. Man kann die Giftpflanzen nicht ausrotten, aber man pflanzt sie auch nicht mit Absicht.

19. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten nimmt einen Antrag Stöcker an, es möchten Erhebungen darüber angestellt werden, ob die Straßen und Wege in dem diesjährigen Manövergelände ungewöhnlich beschädigt wurden, und es möchten, falls ungewöhnliche Beschädigungen erwiesen würden, den betreffenden Gemeinden und Distrikten entsprechende Beiträge zur Wiederherstellung der Wege und Straßen gewährt werden.

20. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten beschließt eine Erklärung, in der die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts zugleich mit dem proportionalen Wahlsystem gefordert wird.

21. Oktober. Die Abgeordnetenkammer berät einen Antrag Ratzingers, dahin gehend, die Kammer wolle beschließen:

Es sei die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß 1. sofort a) die gemischten Transitlager aufgehoben und die Zollkredite gänzlich beseitigt werden, b) das Ausbeuteverhältnis des Mehles für die Exportmühlen dem wirklichen Ergebnis angepaßt und daß für Mehl ein höherer Tarif als für Getreide eingeführt werde, c) daß der Meißbegünstigungsvertrag mit Nordamerika gekündigt werde; 2. nach Ablauf der Handelsverträge ein autonomer Zolltarif in Kraft trete, der die Erzeugnisse der einheimischen Arbeit und die Erträge von Grund und Boden gegen die Ueberschwemmung mit fremdländischen Produkten schützt.

Darauf werden folgende ministerielle Erklärungen abgegeben: Finanzminister v. Riedel sagt: Der Antrag Ratzinger, Ziffer 1a deckt sich in der Hauptsache mit dem bereits im Reichstage angenommenen Antrag, daß bei Gewährung von Zollkrediten für Getreide und Mehle eine vierprozentige Verzinsung des gewährten Kredits zu zahlen ist. Die bayrischen Bevollmächtigten sind angewiesen, im Bundesrat für die Annahme des Antrages Schwerin zu wirken. Was die Mehlausbeute anlangt, so sind die Vertreter der bayrischen Regierung in Berlin angewiesen, sich jedenfalls gegen eine

weitere Herabsetzung des Mehlaussbeutungsverhältnisses zu erklären, die Frage selbst ist aber noch nicht abgeschlossen.

Minister des Aeußern v. Crailsheim: Was den Meißbegünstigungsvertrag mit Nordamerika anlangt, so muß man außerordentlich vorsichtig auf diesem Gebiete sein. Die gesamte Cerealien-einfuhr aus Amerika beträgt nur  $12\frac{1}{2}$  Prozent der Gesamteinfuhr. Hieraus ergibt sich, daß wir zwar die Einfuhr aus Amerika vom Standpunkt der Volksernährung aus entbehren können, daß aber auch der Ausschluß dieser Einfuhr aus Deutschland der Landwirtschaft eine wirksame Förderung nicht zuteil werden ließe, denn die Lücke würde durch die vermehrte Zufuhr aus andern Ländern sofort wieder gedeckt werden. Auch die bayerische Regierung wird nicht ermangeln, ihre Stimme zu erheben, insoweit es sich um die Wahrung bayerischer Interessen handelt. Wir haben dies schon bei der Vorberatung der jetzt bestehenden Handelsverträge gethan, indem wir insbesondere für höhere Getreidezollsätze eingetreten sind.

25. Oktober. In der Abgeordnetenkammer beginnt die Beratung des Militäretats, wobei Schädler und Orterer wieder die Frage der Militärstrafprozeßordnung zur Sprache bringen und betonen, daß der oberste Gerichtshof ein Reservatrecht Bayerns sei. Wenn man aus der jüngsten Erklärung des Kriegsministers im Finanzausschusse herauslesen dürfe, daß die bayerische Regierung für die volle Wahrung dieses Reservatrechtes eintrete, dann würde das ganze Volk hinter dem Minister stehen. Schädler insbesondere sagt:

Wir hören fortwährend, namentlich während der Sommermonate, Friedensworte, Friedensreden, sehen sogar Friedensklaffe austauschen, aber es wird fortgerüstet. Redner verwahrt seine Partei gegen die Unterstellung, als halte sie nicht fest und treu zum Reiche. Aber was tadelnswert sei, müsse getadelt werden. Unsere auswärtige Politik komme nur den östlichen Herren zu gute, alle andern Bündnisse hingen nur von der Gunst des Augenblicks ab. Wenn die Versuchung, sich in die Hände anderer Leute einzumischen, weit hinausreiche, z. B. bis Transbaal, so sei das doch nicht geeignet, dem Reiche den Ruf der Friedfertigkeit zu erhalten. Bezüglich der Militärstrafprozeßordnung sei das Wort noch nicht eingelegt, das vor Jahren gegeben wurde. Wo der Widerstand liege, dürfe er nicht sagen, weil es eine Gepflogenheit des Hauses sei, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. Bayern soll in seinem Reservatrechte verkürzt werden und werde als das „Karnickel“ hingestellt. Während man das aber sage, lese man, daß Preußen und noch ein anderer Staat gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens seien. Bayern dürfe in seinem Reservatrechte nicht benachteiligt werden, es habe schon Opfer genug gebracht, gegen jede weitere Zumutung müsse energisch protestirt werden. Für solche Bundesfreundschaft danken wir. Wir wünschen nicht, daß die Hohenzollernflagge, die auf der Burg von Nürnberg weht, die bayerische Flagge völlig verdeckt. Ich wünsche, daß ein bayerischer Minister im Reichstage von der Rednertribüne erklärt, an dem Sonderrechte Bayerns dürfe nicht gerüttelt werden. Orterer sagt u. a.: Nicht das bayerische Reservatrecht, sondern das Festhalten an der Kabinettsjustiz sei die Ursache, daß das ganze deutsche Volk um die Vor-

teile einer zeitgemäßen Strafprozeßordnung gebracht sei. Von Offiziösen werde das Reservatrecht ganz ungerechter Weise angegriffen, denn es könne nicht das Hindernis sein. Niemand habe das Recht — außer es gehe Gewalt vor Recht —, Bayern sein Reservatrecht zu nehmen. Ohne Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren in Bayern, auch des Landtags, dürfe ein Reservatrecht nicht aufgegeben werden. Die Expansion des ersten Bundesstaates im Reich sei schon oft Gegenstand der Klage in der bayerischen Abgeordnetenlammer gewesen. Man thue das nur in Wahrung der Rechte Bayerns und des Standpunktes des ganzen Volkes.

26. Oktober. Bei Fortsetzung dieser Beratung verteidigt auch v. Bollmar jenes Reservatrecht, indem er u. a. sagt:

Bayern ist durch seinen Militärstrafprozeß, der ungleich besser ist als der preußische, in der Lage, dafür zu sorgen, daß wir von der Stufe, die wir erreicht haben, nicht wieder zurückgehen, sondern mindestens das behalten, was wir haben, deshalb hat Bayern auch die Pflicht, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Widerstand Preußens gegen eine zeitgemäße Neugestaltung des Militärstrafprozesses besiegt werde und daß die Wohlthaten unsers Militärstrafprozesses auch auf das übrige Reich ausgedehnt werden. Die neueste Wendung in dieser Sache scheint aber zu beweisen, daß die ganze Frage eingelagert ist. Diese neue Wendung sind die Angriffe der preußischen Offiziösen auf Bayern, als ob die bayerische Forderung des obersten Gerichtshofes das Hindernis wäre. Das soll nur den Rückgang maskiren. Gegenüber dem einzig gefährlichen Partikularismus — dem altpreußischen — muß Bayern sein Reservatrecht auf das entschiedenste verteidigen, ganz abgesehen davon, daß unser bayerischer oberster Gerichtshof ganz andre Garantien bietet als ein oberster Gerichtshof aus solchen Richtern, die unter dem preußischen Militärstrafprozeß groß geworden sind, zumal wenn dieser Gerichtshof seinen Sitz in Berlin erhält. Bleiben wir fest gegen die großthuerische Majorisirung, die seitens der norddeutschen Offiziösen versucht wird! In der Erklärung des Kriegsministers im Finanzausschuß hätten wir vieles klarer und offener gewünscht. Die Geheimhaltung darf doch nicht zu weit gehen; in Berlin ist man jedenfalls nicht so zartfühlend, und benützt die Offiziösen. Sage man uns doch offen, ob die Grundsätze des bayerischen Verfahrens voll gewahrt sind, oder ob die ganze Sache aussichtslos ist.

Der Kriegsminister v. Asch erklärt hierauf, daß die Auslegung, die man seiner im Finanzausschuße abgegebenen Erklärung gegeben habe, insofern zutreffe, als die bayerische Regierung Aufrechterhalten des obersten Militärgerichtshofes für ein auf Vertrag begründetes Reservatrecht ansieht. Wer mitten in der Frage stehe, gewinne ein Urtheil darüber, wie unzutreffend die Auslassungen der Presse über den Stand der Militärstrafprozeß-Reform größtenteils seien.

11. November: Die zweite Kammer genehmigt den Entwurf eines Gesetzes, durch das der bayerischen Central-Darlehnskasse ein Betriebsvorschuß von 2 Millionen und der bayerischen Landwirtschaftsbank ein Betriebsvorschuß von 3 Millionen Mark gewährt wird.

24. November. Die zweite Kammer berät einen Antrag von Bollmars, betreffend die Amnestirung der wegen Haberfeldtreibens Verurtheilten.



26. November. Die zweite Kammer setzt diese Beratung fort. Es wird über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen.

3. Dezember. Bei der Etatsberatung der zweiten Kammer greift Heim (Zentrum) den Ring der Kunstdüngerfabrikanten scharf an und bemerkt, daß diesem Ringe Prozen angehören, die auf Gummirädern fahren. Casselmann (nationalliberal) bezeichnet die Worte Prozen, die auf Gummirädern fahren, als Anklänge an den Anarchisten Most und hält diesen Ausdruck auch gegenüber dem Ordnungsruf des Präsidenten aufrecht. Der Präsident von Walter erteilt dem Redner einen zweiten Ordnungsruf. Casselmann appelliert dagegen an das Haus, das gegen die Stimmen des Zentrums die Ordnungsrufe für ungerechtfertigt erklärt. Infolge dieses Beschlusses tritt der Präsident sofort vom Präsidium zurück. Die zweite Kammer wählt den bisherigen ersten Vizepräsidenten Dr. von Clemm (nationalliberal) mit 81 gegen 71 Stimmen zum Präsidenten.

9. Dezember. An v. Clemms Stelle wird Fuchs (Zentrum) und, als dieser ablehnt, v. Keller (liberal) zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

19. Dezember. Der Gesetzentwurf betreffend die Grundentlastung wird von der Abgeordnetenkammer angenommen. Er enthält folgende Bestimmungen:

Zum Zweck der Tilgung sämtlicher Bodenzinse wird ein mit fünf Millionen Mark dotierter Amortisationsfond gegründet. Die Bodenzinse, für die keine Annuitätentilgung besteht, werden vom 1. Januar 1898 an um den achten Teil ermäßigt. Die älteren Bodenzinse, die eine höhere als 4prozentige Verzinsung des Kapitals bilden, werden um ein halbes Prozent des Kapitals ermäßigt.

## Sachsen.

Im April. Der aus nationalliberalen, konservativen und kammerfortschrittlichen Mitgliedern des Landtags bestehende Seniorenkonvent beschließt die Aufrechterhaltung des Kartells dieser Parteien für die bevorstehenden Landtagswahlen.

20. April. Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokraten in Chemnitz beschließt mit großer Mehrheit die Aufstellung eigner Wahlmänner für die Landtagswahlen. Die Vertreter von drei Bezirken sind dagegen.

Ende April. Eine Gruppe der sächsischen Nationalliberalen, der Reichsverein in Dresden, erläßt eine Rundgebung, wonach er obigen Beschluß wegen Wiederherstellung des Kartells als für sich

nicht bindend ansieht, weil nach dem geänderten Wahlgesetze eine Gefahr vor der Sozialdemokratie nicht mehr vorhanden, und weil dieses Gesetz jeder Partei die Möglichkeit eröffne, sich auf Kosten der andern Parteien zu verstärken.

**1. Oktober.** Das Ergebnis der zum erstenmal nach dem neuen indirekten Dreiklassenwahlrecht vollzogenen Wahlen zur zweiten Kammer besteht in einem Siege jenes Kartells. Die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten steigt von 16 auf 19, die der Konservativen von 43 auf 48, während die der Sozialdemokraten von 15 auf 9, die der Fortschrittler von 6 auf 5, die der Antisemiten von 2 auf 1 zurückgeht.

**3. Oktober.** Die Ursachen des Sieges der Ordnungsparteien über die Sozialdemokratie werden seitens des nächstbeteiligten sozialdemokratischen Blattes, der „Sächsischen Arbeiterzeitung,“ wie folgt gewürdigt: „Man hüte sich, das, was von dem Wahlerfolge unsrer Gegner auf den Teil des Kartells, auf die Vereinigung der reaktionären Parteien, fällt, auf das Dreiklassenwahlsystem abzuwälzen. Wenn uns bei den Reichstagswahlen überall ein derartiges reaktionäres Kartell gegenüberstünde wie in Sachsen, so würden wir auch bei den Reichstagswahlen vielleicht nicht einmal den zehnten Teil der Mandate erobern können, die wir jetzt haben.“

**9. Oktober.** Die Wahlen zur zweiten Kammer fallen auf 11 Nationalliberale, 16 Konservative und 4 vom Kartellbunde, so daß die Kammer aus 48 Konservativen, 21 Nationalliberalen, 3 Sozialdemokraten und 4 Fortschrittlern besteht.

**18. Oktober.** In Leipzig wird ein ehernes Standbild des Fürsten Bismarck feierlich enthüllt.

**25. Oktober.** Der in Plauen tagende sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes beschließt eine Erklärung gegen die Canisius-Encyklika.

**11. November.** Der Landtag wird vom König eröffnet, der in der Thronrede, unter Anerkennung der opferreichen Privatwohlthätigkeit zur Vinderung der durch das Hochwasser angerichteten Schäden und Verluste, einen Nachtragsetat zu weiterer staatlicher Weithilfe ankündigt. In der Rede heißt es:

Die Finanzen befinden sich zwar in günstiger Entwicklung, um aber erhöhten Anforderungen genügen zu können, wird die Weiterführung der Reform der direkten Steuern beabsichtigt und eine Besteuerung des Vermögensbesitzes und die einmalige Besteuerung des lukrativen Vermögenserwerbs durch Erbschaften, Vermächtnisse und Schenkungen ins Auge gefaßt. Die Grundsteuer soll aus dem Staatssteuersystem ausgeschieden und ausschließlich für Rechnung der Schulgemeinden erhoben werden. Die Thronrede beklagt die fortdauernden Störungen der Finanzwirtschaft infolge der noch immer nicht durchgeführten Reichsfinanzreform. Der neue Etat sieht außerordentliche Geldmittel für Verbesserung der Eisenbahnanlagen und Ver-

mehrung der Betriebsmittel vor, auch ist eine veränderte Organisation und eine Vermehrung des Betriebspersonals bei der Staatsbahnverwaltung beabsichtigt. Endlich sollen der Staatszuschuß zu den Zulagen an Geistliche erhöht und die Befoldungsverhältnisse der Lehrer an höheren und an Volksschulen verbessert werden.

Dem Landtage wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach das Verbot der Verbindung politischer Vereine mit einander aufgehoben werden soll.

26. November. Die zweite Kammer genehmigt die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben.

30. November. Die erste Kammer tritt diesem Beschlusse bei.

2. Dezember. Die erste Kammer nimmt einen Gesetzentwurf betr. die Ausübung des Kirchenpatronats an, der, von der Landesynode bereits votirt, die Ausübung dieses Rechtes denen entzieht, die von der evangelischen zur römisch-katholischen resp. zur reformirten Kirche übergetreten sind oder ein mit der Würde des Patronats nicht zu vereinbarendes Aergerniß gegeben haben.

## Württemberg.

### I.

## Parteibewegung.

6. Januar. Die Landesversammlung der „würtembergischen Volkspartei“ findet unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Augst aus Gerabronn in Stuttgart statt. Haußmann erstattet den politischen Jahres-, Reichstagsabgeordneter Galler den Reichstagsbericht, worauf, nach einem Vortrage des Kammerpräsidenten Bayer, folgende Erklärungen beschlossen werden:

1. Die Landesversammlung der würtembergischen Volkspartei fordert nach Kenntnisnahme der Darstellung der Regierung vom 17. Dezember vorigen Jahres und in Erwägung, daß das Proportionalwahlssystem unter den zur Zeit bekannten Wahlverfahren als das gerechteste erscheint, jedenfalls der einfachen Listenwahl weit vorzuziehen ist, daß die Beschränkung auf die Wahl zum Ersatz der aus der zweiten Kammer auscheidenden Privilegirten seine Einführung besonders erleichtert, daß es für diese Wahlen so gestaltet werden kann, daß seine Bestimmungen leicht verstanden und gehandhabt werden können, die Landtagsabgeordneten der Partei auf, sich für die Anwendung dieses Systems bei den Ersatzwahlen auszusprechen und des weitern darauf hinzuwirken, daß dabei das Verfahren möglichst einfach und übersichtlich gestaltet und namentlich die Anforderungen an die Thätigkeit des einzelnen Wählers beim Wahlakte so weit immer thunlichst beschränkt werden. 2. Die Landesversammlung fordert die Leitung der Partei im Lande und in den einzelnen Bezirken auf, sofort energisch in die Vorbereitung

der nach der Durchführung der Verfassungsrevision notwendig werdenden Neuwahlen einzutreten.

7. Februar. Die Landesversammlung der „Deutschen Partei“ in Stuttgart beschließt, nach Vorträgen des Abgeordneten v. Geß und des Dr. Schönleber, folgende Erklärungen:

1. Die Partei fordert die Umgestaltung der Abgeordnetenversammlung in eine reine Volkskammer; 2. ersucht sie die deutschparteilichen Abgeordneten, die Regierung zu bitten, von dem Ersatz der Privilegierten durch die Proportionswahl abzusehen und unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl der Hauptstadt und einiger größern Städte das bisherige Wahlsystem beizubehalten; 3. sollten Regierung und Kammermehrheit auf Proportionalwahl bestehen, so mögen die Abgeordneten der Deutschen Partei ihre endgültige Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der gesamten Verfassungsrevision einschließlich der Proportionalwahl davon abhängig machen, ob und inwieweit die Zusammensetzung des Landtags, namentlich auch der ersten Kammer, den berechtigten Volkswünschen und Landesbedürfnissen entspricht.

20. April. Die in Stuttgart tagende sozialdemokratische Landesversammlung beschließt, nach einem Vortrag des Abgeordneten Klotz, eine Erklärung, wonach sie in der Landesverfassungsfrage nach wie vor daran festhält, daß die Kammer der Standesherrn abzuschaffen, daß als alleinige Vertretung die reine Volkskammer zu erstreben sei, die, unter Beseitigung aller Vorrechte des Adels und der Geburt, lediglich aus dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht hervorzugehen habe, und daß das gleiche Wahlrecht zur Wahrheit gemacht werde durch die Abschaffung des Prinzips der sogenannten „guten Stände“ und durch Schaffung gleich großer Wahlbezirke.

## II.

### Landtag.

#### 1.

#### Der Stat.

9. März. Die zweite Kammer des am 4. März wieder zusammengetretenen Landtags beginnt die allgemeine Beratung des Entwurfs des Hauptfinanzetats für die Finanzperiode 1897—99.

Vom Berichterstatter Sähle wird die Finanzlage als sehr befriedigend bezeichnet. Nach den Kommissionsbeschlüssen wird der Hauptfinanzetat für 1897—1898 um 395 000 Mark und für 1898—1899 um 460 000 Mark günstiger stellen als nach dem Entwurf. Niemand spricht gegen die wachsenden Ausgaben für Militär, Marine, Pensionen, sowie gegen die sogenannten „uferlosen Flottenpläne“ im Reich. Für eine große Reichsflotte habe das Volk kein Verständnis und kein Geld, es stehe an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

fähigkeit. Haußmann (Volksp.) wendet sich ebenfalls gegen die uferlosen Flottenpläne; aus einer Küstenverteidigungsflotte dürfe man keine Kriegsslotte machen. Auf das Zustandekommen der Verfassungsrevision rechnet Redner mit Zuversicht und stellt fest, daß seine Partei die Ausschcidung der Privilegien und deren Ersatz durch Proportionenwahl wünsche.

10. März. Sachs (bisch. P.) will das Recht der Landtage, sich mit der Reichspolitik zu beschäftigen, nicht bestreiten, aber hier handle es sich um Fragen, die noch nicht einmal dem Reichstage vorgelegt seien. Ministerpräsident v. Mittnacht: Ueber die Haltung der Regierung zu den Marineforderungen habe er zu erwidern: Die Regierung habe dem Marineetat zugestimmt, sie sei aber in keiner Weise engagirt für Zukunftspläne. Haußmann (Volksp.): Es sei zwar erfreulich, daß Württemberg hinsichtlich der Marineforderungen nicht gebunden sei; aber trotz der Erklärung des Reichskanzlers stehe vielleicht hinter Hollmann eine vis major, die ihren Willen durchsetzen wolle. v. Böllwardt: Die Leistungsfähigkeit des Volkes sei noch keineswegs erschöpft, da der Tabak noch nicht herangezogen sei. Er sucht ferner auszuführen, daß eine eiserne Notwendigkeit zwingen werde, in eine ähnliche Eisenbahngemeinschaft zu Preußen zu treten, wie das seitens Hessens geschehen sei. Ministerpräsident v. Mittnacht erwidert, daß in Hessen die ehemalige Ludwigsbahn keineswegs von der hessischen Regierung verwaltet worden sei.

Damit endet die allgemeine Beratung des Etats.

## 2.

### Einkommensteuer.

25. Juni. Die zweite Kammer beendet ihre am 10. Juni begonnene Beratung eines von Gröber erstatteten Berichts des seit Dezember 1895 beratenden Ausschusses über den im Mai 1895 vorgelegten Entwurf einer Aenderung der Einkommensteuer. Der 73 Stufen umfassende Tarif wird, nach den Vorschlägen des Ausschusses, in folgender Weise genehmigt:

Der unterste Steuersatz soll bei 500 bzw. 650 und 800 Mark beginnen, je nachdem der Steuerzahler ledig, verheiratet oder Vater von mindestens zwei Kindern ist. Wer mehr als zwei Kinder hat, muß bis zu einem Einkommen von 3100 Mark je eine Steuerstufe niedriger angelegt werden. Ein Einkommen von 2100 Mark wird mit 1 Prozent, eins von 4000 mit 2 Prozent, eins von 5000 mit 2½, Prozent, eins von 7000 mit 3 Prozent, eins von 10000 mit 3½, Prozent, eins von 15000 mit 4 Prozent, eins von 50000 mit 5 Prozent, eins von 100000 mit 5,3 Prozent, eins von 200000 mit 6 Prozent besteuert. Das Einkommen der Frau wird immer dem des Mannes hinzugerechnet; das Einkommen der unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder soll nur in dem Falle, daß sie das Einkommen aus selbständiger Erwerbsthätigkeit beziehen, oder daß es der Verfügung des Haushaltungsvorstandes entzogen ist, selbständig veranlagt werden. Die Wohnsteuer soll abgeschafft oder doch von 4 auf 1 Mark herabgesetzt werden.

3.

**Bestellung und Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher.**

23. Juni. Die Regierung legt der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf im wesentlichen folgenden Inhalts vor:

1. Die (bisher lebenslänglichen) Ortsvorsteher werden von jetzt ab auf eine Dauer von zehn Jahren gewählt. 2. Wird einer der von jetzt ab zu wählenden Ortsvorsteher, der der Pensionsklasse angehört, nach Ablauf der zehnjährigen Amtsdauer nicht wiedergewählt, obwohl er sich zur Wiederwahl bereit erklärt hat, so hat er Anspruch auf ein lebenslängliches Ruhegehalt, wenn er eine mindestens zwanzigjährige Dienstzeit als Amtsvorsteher hinter sich hat. Ist seine Dienstzeit kürzer, so hat er Anspruch auf ein Ruhegehalt für drei Jahre; 3. diejenigen Ortsvorsteher, die sich gegenwärtig im Amte befinden, haben ihr Amt niederzulegen, sobald sie es zehn Jahre bekleidet haben und seit dem Inkrafttreten des Gesetzes drei Jahre verfloßen sind. Wird einer derselben, obwohl er sich zur Wiederwahl bereit erklärt hat, nicht wiedergewählt, so hat er Anspruch auf lebenslängliches Ruhegehalt in der Höhe seiner festen Besoldung, nicht aber vom Gehalt seiner Nebenämter, mit Ausnahme der Ratschreiberstelle.

9.—11. Dezember. Erste Beratung der zweiten Kammer über den Entwurf des Ortsvorstehergesetzes. Die Einführung der periodischen Wahl begegnet kaum noch einem Widerspruche, dagegen wird die „Rückwirkung,“ d. h. der Rücktritt der bisherigen Ortsvorsteher, von mehreren Rednern als eine große Ungerechtigkeit bezeichnet. Ferner beanstandet die Volkspartei Zahlung des vollen festen Gehalts, weil darin ein Beweggrund für die Gemeinden liege, die Ortsvorsteher lieber nicht zu wechseln; von andrer Seite wird dagegen verlangt, daß auch das Nebeneinkommen bei Berechnung der Pension in Betracht gezogen werden müsse, da in den kleinen Gemeinden das feste Gehalt meist sehr gering ist. Schließlich wird der Entwurf an einen Ausschuß verwiesen.

4.

**Verfassungsänderung.**

30. Juni. Es wird von der Regierung vorgelegt der Entwurf einer Revision der Verfassung nebst einer Abänderung des Wahlgesetzes, sowie ein Entwurf, wonach die Abgeordnetenwahlen nach Kreisen und nach dem Proportionswahlssystem vorzunehmen sind.

I. Die Bestimmungen wegen Aenderung des Artikels 9 der Verfassungsurkunde („von den Landständen“) sind folgende:

Die erste Kammer besteht, außer den bisherigen Mitgliedern, aus acht Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, die aus seiner Mitte gewählt

werden. Ferner aus dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums und dem dienstältesten Generalsuperintendenten sowie dem katholischen Landesbischof, endlich je einem Vertreter der Tübinger Universität und des Stuttgarter Polytechnikums. Standesherrliche und ritterschaftliche Adligen mit 12000 Mark Rente können zu erblichen Mitgliedern der ersten Kammer vom König ernannt werden.

Die zweite Kammer ist zusammengesetzt aus 1. drei gewählten Abgeordneten der Stadt Stuttgart; 2. je einem Abgeordneten der übrigen sogenannten sechs guten Städte; 3. je einem Abgeordneten der Oberamtsbezirke; 4. aus 21 in den vier Kreisen gewählten Vertretern, von denen 7 auf den Neckarkreis, je 5 auf den Schwarzwald- und Donaukreis und 4 auf den Jagstkreis fallen. Stuttgart wird in drei räumlich abgetrennte Wahlbezirke geteilt. Die Wahlberechtigung beginnt mit dem fünfundzwanzigsten Lebensjahre. Bei der Wahl der Städte und Oberamtsbezirke entscheidet die relative Stimmenmehrheit und event. das Los. (Die Stichwahlen sollen hiermit abgeschafft werden.) Die Stellvertretung in der ersten Kammer wird hauptsächlich auf Krankheit beschränkt. Der Sitz und die Reihenfolge der Abgeordneten zweiter Kammer wird durch Geschäftsordnung bestimmt. Den Ministern und Kommissarien wird der Zutritt zu allen Kommissionsitzungen gestattet.

Bezüglich der Etatsberatung wird festgesetzt: Ueber den Hauptetat beschließt zunächst die zweite Kammer, dann folgt eine Mitteilung an die erste Kammer über diesen Beschluß. Sind zwei Drittel der ersten Kammer für eine Abänderung des Beschlusses der zweiten Kammer, so hat die zweite Kammer nochmals zu beraten. Weicht der Beschluß der zweiten Kammer abermals von dem der ersten ab, und zwar mit zwei Drittel Mehrheit, so gilt dieser Beschluß, vorbehaltlich der Abstimmung über den Etat im ganzen. Kommt aber ein solcher Beschluß der zweiten Kammer nicht zu stande, so folgt eine Auszählung der bejahenden und verneinenden Stimmen in beiden Kammern. Herrscht Stimmengleichheit, so entscheidet die Stimme des Präsidenten der zweiten Kammer.

Die Immunität wird künftig dahin geregelt, daß sie sich nur auf die Zeit erstreckt, wo die Stände versammelt sind.

II. Das Wichtigste in den die Stadt- und Bezirkswahlen betreffenden Bestimmungen des Wahlgesetzes besteht in der Abschaffung der Stichwahl und der Einführung amtlich gestempelter Wahlzettelumschläge nebst „einem Tisch oder einer Mehrzahl von Tischen,“ die so aufgestellt sind, daß an ihnen der Wähler den Stimmzettel gegen Beobachtung geschützt in den Umschlag zu stecken vermag.

III. Bestimmungen über die Wahl der Abgeordneten der Kreise für den Landtag (Proportionalwahl).

Die auf sechs Jahre erfolgende Wahl findet frühestens zwanzig Tage nach den Stadt- und Bezirkswahlen statt, auf Grund derselben Wählerlisten. Sie steht unter der Leitung einer Kreiswahlkommission. Ein Bewerber muß mindestens zehn Tage vor der Wahl ordnungsmäßig vorgeschlagen sein. Der Vorschlag darf im Neckarkreise höchstens zehn, im Schwarzwald- und Donaukreise höchstens acht, im Jagstkreise höchstens sieben Bewerber enthalten, muß von mindestens fünfzig wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein und die Partei, von der er ausgeht, deutlich kenntlich machen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine schriftliche Erklärung über die Bereitswilligkeit

zur Annahme der Wahl anzuschließen. Ein Bewerber darf sich nur einmal vorschlagen lassen. Für jeden vorgeschlagenen Bewerber ist eine Gebühr von 20 Mark zu entrichten. Die Stimmzettel enthalten je einen Wahlvorschlag nebst Parteibezeichnung und werden von Amts wegen hergestellt und gestempelt; gestempelte Umschläge und Isolirraum sind vorgeschrieben wie für die Bezirkswahlen. Der Wähler kann einen Parteivorschlag, ehe er ihn abgibt, nicht abändern, dagegen einen der darauf befindlichen Bewerber durch irgend ein vor seinen Namen gesetztes Zeichen bevorzugen. Hierauf wird durch die Kreiswahlkommission die Zahl der auf jeden Wahlvorschlag gefallenen Stimmen und innerhalb der Vorschläge der auf den einzelnen Bewerber entfallenen Bevorzugungen erhoben. Die im Kreise verfügbaren Abgeordnetenstimmen werden auf die Wahlvorschläge im Verhältnis der diesen zugefallenen Stimmenzahlen aufgeteilt, und zwar nach dem sogenannten belgischen System. Für die Zuweisung der Sitze an die vorgeschlagenen Bewerber ist die Zahl der Bevorzugungen oder bei deren Gleichheit oder in Ermangelung von Bevorzugungen überhaupt die Reihenfolge auf dem Vorschlag maßgebend. Nach demselben Gesichtspunkt rückt beim Ausschneiden eines Gewählten jeweils der nächste desselben Vorschlags nach; Ersatzwahlen sind ausgeschlossen.

Mit diesen Entwürfen hat sich zunächst eine Kommission der zweiten Kammer zu beschäftigen, nachdem die Regierung von ihrem Rechte alsbaldiger Verweisung an diese Kommission Gebrauch gemacht hat.

1. Dezember. Nach längern Beratungen der Kommission tritt die zweite Kammer in die erste Beratung der Vorlage. Ministerpräsident v. Mittnacht macht nähere Mitteilungen über die vertrauliche Besprechung, die die Regierung im Februar 1896 mit Delegirten der ersten Kammer gepflogen und über die bisher nichts authentisches verlautet hat. Man erfährt daraus, daß der erste jener kritischen Punkte, die Neugestaltung des Rechts der Krone auf Ernennung neuer erblicher Adelsmitglieder der ersten Kammer, nicht ein von der letztern, sondern von der Regierung gestelltes Verlangen ist, dem die Delegirten jener Besprechung ihre „Zustimmung“ erteilt haben. Die Regierung, sagt der Minister, werde ihre Haltung davon abhängig machen, was in diesem Hause über die Vermehrung der Mitglieder des andern Hauses beschlossen und wie das andre Haus sich dazu stellen werde. Die Mitbeteiligung der ersten Kammer am Budgetrecht sei eine Forderung sowohl der Regierung als der ersten Kammer. Diese sei mit der bestehenden Verfassungsbestimmung stets unzufrieden gewesen, sie verlange entschieden eine Konzession, aber es sei in jener Besprechung kein Antrag formulirt worden, und die Regierung wisse daher noch gar nicht, ob ihr jetziger Vorschlag, in dem sie ja der zweiten Kammer das Uebergewicht gelassen habe, dem andern Hause genügen werde, bezw. ob andre Vorschläge werden gemacht werden. Bei diesem Punkte sucht v. Mittnacht mit einem absoluten Nein



die schwierige Frage abzuschneiden, weil er glaubt, daß dann die Hoffnungen auf das Zustandekommen der Revision „auf ein unerwünscht geringes Maß herabsinken würden.“ Endlich geht v. Mittnacht auf die Stichwahlen ausführlich ein und erinnert das Haus an die Thatfache, daß in Württemberg 1868 die Stichwahlen nach dem Vorgang des Zollparlaments gegen den Wunsch der zweiten Kammer, auf den Wunsch der ersten Kammer, eingeführt worden seien, und daß damals der Sprecher der Majorität der Kammer, Hölber, erklärt habe, man gebe nach, weil man sich damit tröste, daß man die Stichwahlen ja über kurz oder lang wieder abschaffen könne.

Es wird beschlossen, die drei Gesetzentwürfe, behufs Vorbereitung der Beratung ihrer einzelnen Bestimmungen, an die Verfassungskommission zurückgehen zu lassen.

### III.

## Evangelische Landessynode.

19. Oktober. Die fünfte evangelische Landessynode wird vom Kultusminister Dr. v. Sarwey in Stuttgart eröffnet.

21. Oktober. Professor Hieber aus Tübingen stellt folgenden Antrag:

Die fünfte evangelische Landessynode Württembergs weist die Schmähungen gegen Luther und die deutsche Reformation, die in dem anlässlich der Canisiusfeier ergangnen Rundschreiben des Papstes enthalten sind, als eine empörende Beschimpfung der evangelischen Christenheit mit einmütiger Entschiedenheit zurück.

Namens der württembergischen evangelischen Oberkirchenbehörde spricht der Präsident Freiherr v. Gemmingen das vollste Einverständnis der Oberkirchenbehörde mit dem Antrag Hieber aus und bezeichnet die in der betreffenden Encyclika gemachten Ausfälle als Unwahrheit und Anmaßung. Hierauf nimmt die Synode den Antrag an.

17. November. Nach einer bis zum 10. November dauernden Vertagung faßt die Synode Beschluß über den kirchlichen Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu

einer andern als der evangelischen Konfession. (Dieses Gesetz pflegt mit dem nicht mehr ganz sachgemäßen Ausdrucke „Reversalien-gesetz“ belegt zu werden, weil im Jahre 1733, als zum erstenmal das evangelische Herrscherhaus durch ein katholisches abgelöst wurde, die Herzöge dem evangelischen Lande eine Versicherungskunde [Revers] über die Erhaltung seiner Religion ausgestellt hatten.)

Nach dem Beschluß über den entscheidenden Artikel 1 wird das künftige evangelische Kirchenregiment, das im Falle der Thronbesteigung eines katholischen Königs zu bilden ist, folgendermaßen zusammengesetzt sein: aus zwei evangelischen Mitgliedern des Geheimen Rats, dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums, dem Präsidenten der evangelischen Landessynode und einem (gewählten) Generalsuperintendenten. Die zwei Mitglieder des Geheimen Rats sind in erster Linie aus den Staatsministern, in zweiter Linie aus den übrigen ordentlichen Mitgliedern des Geheimen Rats zu nehmen. Der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens ist, wenn er der evangelischen Landeskirche angehört, jedenfalls Mitglied der evangelischen Kirchenregierung, im übrigen ist das Dienstalter maßgebend. (Nach der Vorlage sollten drei Minister berufen sein.)

25. November. In dieser Form wird das Gesetz in zweiter Lesung mit 43 gegen 13 Stimmen angenommen.

#### IV.

### Die königliche Familie.

24. April. Die verwitwete Herzogin Florestine von Urach, geborne Prinzessin von Monaco, stirbt im Alter von 63 Jahren. Sie war vermählt mit dem Grafen Wilhelm von Württemberg, der den Titel eines Herzogs von Urach erhielt.

6. Mai. Vermählung der Herzogin Elsa von Württemberg mit dem Prinzen Albrecht zu Schaumburg-Lippe, Bruder der Königin Charlotte von Württemberg.

## Baden.

### I.

#### Landtag.

15. Januar. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzesentwurf wegen Umwandlung der 4prozentigen Staatsschuld in eine von  $3\frac{1}{2}$  Prozent.

---

### II.

#### Parteibewegung.

10. März. Auf einem in Offenburg stattfindenden Parteitage erfolgt eine vollständige Trennung der süddeutschen Volkspartei (Demokraten) von der freisinnigen Volkspartei. Erstere nähern sich, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer, den Antisemiten und dem Zentrum behufs Bekämpfung der Nationalliberalen. (Beide Volksparteien waren seit 1890 durch gemeinsame Organisation verbunden.)

19. Mai. In Freiburg findet eine Delegirtenversammlung der Zentrumsparthei statt, in der Pfarrer Wacker warnt, etwaige wohlwollende Versicherungen des Ministeriums Roff mit allzu großem Vertrauen entgegenzunehmen, da die eigentlichen kulturkämpferischen Gesetze im Grunde nicht oder doch nur wenig geändert worden seien, und jedes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Kirchenregierung nur durch erhebliche Zugeständnisse der Letztern erreicht worden sei. Die Versammlung spricht Herrn Wacker ihr volles Vertrauen aus.

2. August. Eine große sozialdemokratische Versammlung in Karlsruhe beschließt, mit der deutschen Volkspartei ein Wahlbündniß einzugehen.

---

### III.

#### Die großherzogliche Familie.

1. Februar. Dem Großherzog wird in Karlsruhe bei seiner Rückkehr von Baden-Baden ein festlicher Empfang bereitet.

29. März. Die „Karlsruher Ztg.“ meldet: Der Kaiser verband die Verleihung des Großkreuzes des Luifenordens an die Großherzogin von Baden mit den wärmsten Versicherungen treuer Verehrung für seine geliebte Tante, dabei zurückschließend auf die langjährige Thätigkeit der Großherzogin in Gemeinschaft mit ihrem Vater, dem Kaiser Wilhelm, für dessen Wohlergehen die Großherzogin in treuer Liebe und Fürsorge wirkte. Der Kaiser stiftete das Großkreuz des Luifenordens ganz besonders für die Großherzogin im Anschluß an das ihr früher verliehene Kommandeurekreuz, und zwar nur für diese einzige Verleihung.

24. April. Die großherzogliche Familie erhält den Besuch des deutschen Kaisers.

27. April. Prinz Wilhelm von Baden, geboren 1829, der um drei Jahre jüngere Bruder des Großherzogs stirbt in Karlsruhe.

18. Oktober. In Karlsruhe findet die feierliche Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. statt in Gegenwart des Großherzogs und der großherzoglichen Familie. Beim Festmahle spricht der Großherzog in seinem Trinkspruch auf den Kaiser seinen Dank aus. Alsdann weist der Redner auf die Bedeutung des heutigen Tages hin und betont, daß ein Rückblick auf die Vergangenheit in einem Kreise von Männern, die dem alten Kaiser noch persönlich gedient haben, von ganz besonderm Werte sei. Ein solcher Rückblick enthalte so viel Heilvolles und treibe alle an, während des ganzen Lebens festzuhalten an dem schönen Streben, das zu bewahren, was der große Kaiser schuf, die Größe des Reiches. Das müsse man sich immer und immer wieder vor Augen führen und der gesamten Nation ans Herz legen. Das geschehe aber dadurch, daß bei solchen Gelegenheiten wie die heutige diejenigen zusammentämen, die die große Zeit noch miterlebt hätten, und daher bekunden könnten, wie die großen Ereignisse waren und entstanden. Daß aber das, was sie zeitigten, erhalten werde, das sei heute unser aller treuester Wunsch. Diese Gesinnung, daß das Denkmal des hochseligen Kaisers ein wahrer Denkstein sein solle und sein werde, wie dies heute der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schnekler, in so treffender und beredter Weise ausführte, könne nicht ohne bleibende Wirkung sein. Mögen auch die Aufgaben der Gegenwart immer schwerer werden, so würden alle doch ihre Pflicht am besten erfüllen, wenn jeder an seiner Statt, sei es im großen oder kleinen, dem Kaiser treu und liebevoll beistünde.

23. Oktober. Der Hofbericht der „Karlsruher Ztg.“ bringt folgende Mitteilung: Die großherzoglichen Herrschaften hatten die Absicht, heute früh nach Darmstadt zu reisen, um Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland und Ihren

königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin einen Besuch abzustatten. Der Großherzog erhielt auf seine Anfrage gestern Abend die Antwort, der Kaiser habe schon über die Tage bis zu seiner Abreise von Darmstadt verfügt und könne die großherzoglichen Herrschaften daher nicht mehr empfangen.

## IV.

## Neuwahlen.

27. Oktober. Da von den vierjährigen Mandaten zur zweiten Kammer alle zwei Jahre die Hälfte erlischt, so finden Neuwahlen für die am 31. Juli ausgeschiedenen 31 Abgeordneten statt, von denen 16 der nationalliberalen, 12 der Zentrumsfraktion, die übrigen den Konservativen, Demokraten und Sozialdemokraten angehörten. Bei den Wahlmännerwahlen verlieren die Nationalliberalen, infolge Zusammenhaltens eines Teils der Volkspartei mit dem Zentrum, fünf Mandate, wovon 1 an das Zentrum, 4 an die Sozialdemokraten und die Volkspartei. Infolgedessen ist die bisherige nationalliberale Kammermehrheit von 32 Stimmen gebrochen, indem dieser Fraktion fortan 27 Mitglieder angehören, gegen 21 Mitglieder des Zentrums, 6 Freisinnige und Volksparteiler, 5 Sozialdemokraten, 2 Konservative und 1 Antisemiten.

10. November. Die Wahlen der Abgeordneten fallen auf 7 Kandidaten der Zentrums-, 5 der nationalliberalen, 3 der sozialdemokratischen, 2 der demokratischen, 1 der antisemitischen und 1 der konservativen Partei. In Karlsruhe fällt die Wahl auf 2 Sozialdemokraten und 1 Demokraten.

20. November. Eine Nachwahl in Lörrach fällt auf einen Nationalliberalen.

## V.

## Landtag.

23. November. Der Landtag wird vom Präsidenten des Staatsministeriums, Nost eröffnet. Nach der von ihm verlesenen Rede hat sich die Finanzlage in den letzten Jahren merklich gebessert. Das Budget schließt im ordentlichen Etat mit einem nicht sehr erheblichen Ueberschuß, unter der Voraussetzung, daß in den

beiden nächsten Jahren die Matrikularbeiträge und die Ueberweisungen sich decken werden. Die Anforderungen des außerordentlichen Etats erreichten die ungewöhnliche Höhe von 13350444 Mark, so daß, nach Abzug der Einnahmen des außerordentlichen Etats mit 2410756 Mark, noch immer 10909688 Mark zu decken bleiben. In der Rede wird für Landwirtschaft und Gewerbe die Beihilfe der Regierung in Aussicht gestellt. Außerdem wird anlässlich des bevorstehenden Inkrafttretens des bürgerlichen Gesetzbuchs eine Reihe landesgesetzlicher Ausführungsbestimmungen dem Landtage vorgelegt werden.

6. Dezember. Der Abgeordnete Wacker (Zentrum) stellt in der zweiten Kammer den Antrag, die Verfassung folgendermaßen zu ändern: 1. Statt des indirekten Wahlsystems soll das direkte eingeführt werden. 2. Die Zahl der Kammermandate soll nicht durch die Verfassung, sondern durch einfaches Gesetz festgestellt werden. 3. Diese Zahl soll nicht unabänderlich sein, sondern der Weg angemessener Vermehrung offen gehalten werden.

13. Dezember. In der zweiten Kammer stellt Hug an die Regierung die Anfrage, ob die Gerüchte, die eine Gefährdung der Selbständigkeit Badens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in sich schließen, begründet seien. Minister v. Brauer erwidert, daß mit Preußen wegen Uebernahme der Main-Neckarbahn Verhandlungen nicht stattgefunden hätten. Ebenso wenig hätten Verhandlungen stattgefunden betreffend die badischen Bahnen. Die Regierung habe nicht die Absicht, die Selbständigkeit der Staatsbahnen in irgend einer Form aufzugeben.

## Hessen-Darmstadt.

### I.

### Landtag.

10. Februar. Der Landtag wird durch den Großherzog eröffnet.

Die Thronrede legt die Gründe dar für die Verlängerung des gegenwärtigen Finanzgesetzes auf die Dauer von sechs Monaten und kündigt sodann u. a. Gesetzentwürfe über die Pensionsverhältnisse und die Versorgung von Hinterbliebenen der im hessisch-preussischen Gemeinschaftsdienste angestellten Staatsbahnbeamten und über die Fürsorge für die Beamten an, die bei Betriebsunfällen zu Schaden gekommen sind. Bezüglich der Steuerreformvorlage wird den Ständen eine Denkschrift zugehen, die über die Ziele und

die Richtung der Reform Aufschluß giebt. Im Hauptvoranschlage für 1897—1900 sind möglichst reiche Mittel für die Landwirtschaft und die Gewerbe sowie eine namhafte Summe für die Aufbesserung der Beamtengehälter eingestellt. Ferner wird eine besondre Vorlage angekündigt, der das Prinzip des Vorrückens für die Beamten nach Dienstaltersstufen zu Grunde gelegt ist.

23. März. Dem Landtage geht ein Gesetzentwurf über die Organisation der Staatsschuld zu.

21. Mai. Dem Landtage geht ein Gesetzentwurf wegen Umwandlung der 4prozentigen Staatsanleihen in  $3\frac{1}{2}$ prozentige zu.

20. Juni. Der Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben enthält als ordentliche Ausgaben 37316000 Mark fürs Jahr (Steigerung von 9484000 Mark gegen die frühere Budgetperiode), als ordentliche Einnahmen 37378000 Mark. Der hiernach verbleibende Einnahmeüberschuß von 186000 Mark ist in den außerordentlichen Etat übertragen. Sämtliche außerordentliche Einnahmen belaufen sich einschließlich eines neuen Anlehens auf 9653000 Mark, sodaß der gesamte Voranschlag mit einem Ueberschuß von 2411000 Mark abschließt.

Die an die Verstaatlichung der Ludwigsbahn und den Vertragsabschluß mit Preußen wegen gemeinschaftlicher Verwaltung des beiderseitigen Eisenbahnbesitzes geknüpften finanziellen Erwartungen haben sich erfüllt. Bisher stand dem Betriebsüberschuß aus den Staatseisenbahnen von 1619290 Mark eine Ausgabe von 1739721 Mark gegenüber, es verblieb der Staatskasse eine Mehrausgabe, also ein Zuschuß zu den Staatseisenbahnbetrieben von 120431 Mark.

## II.

### Mainkanalisation.

25. April. Das Regierungsblatt veröffentlicht den zwischen Preußen und Hessen abgeschlossenen Vertrag über die Fortführung der Kanalisation des Maines oberhalb Frankfurt bis Offenbach.

Preußen gestattet Hessen die Kanalisierung des Maines auf preussischem Gebiet oberhalb Frankfurt und den Anschluß an die preussische Kanalisierung. Etwa 100 Meter oberhalb der preussisch-hessischen Grenze wird eine Wehr- und Schleusenanlage errichtet werden. Auf dem rechten Stromufer oberhalb Frankfurt hat Hessen die Schiffsliegeplätze durch Vertiefung der Flußsohle für den Großschiffsverkehrsverkehr zugänglich zu machen. Wenn Preußen sich entschließt, den Main bis Hanau oder zur Landesgrenze bei Kehl zu kanalisieren, so hat die hessische Regierung den unentgeltlichen Anschluß an ihr Kanalisierungswerk zu gestatten. Solange Preußen für die Benützung der Kanalisierungsanlagen Abgaben nicht erhebt, soll auch Hessen hierzu nicht befugt sein. Die gesamten Kosten der Neuanlage hat Hessen zu tragen.

III.

Kirchliches.

**Anfang März.** Bischof Haffner von Mainz empfiehlt in seinem Fastenhirtenbriefe den Katholiken mit Rücksicht auf die 1898 bevorstehenden Kammerwahlen den Anschluß an die Centrumspartei, indem er sagt:

Die Hauptquelle der Volksvergiftung ist die liberale politische Gewaltherrschaft, die die Ehe entheiligt, die Schule entchristlicht und den Frieden des christlichen Lebens stört. Es müssen darum die sozialen Vereine notwendig zu den politischen Fragen Stellung nehmen. Alle katholischen Männer müssen an den Wahlen sich beteiligen und diese in entsprechender Weise vorbereiten. Ich empfehle insbesondere die Teilnahme an dem Centrumverein und an dem Volksverein für das katholische Deutschland, der sich die Unterstützung des Centrums anlegen sein läßt. Wenn die Katholiken in Deutschland als Minderheit ihr Recht und ihre Freiheit sich bewahren wollen, so kann dieses nur durch ausgiebige Benutzung der Rechte geschehen, die die Verfassung allen Staatsbürgern zuweist. Was die herrschenden Parteien mit dem sogenannten Kulturkampf erstrebten, ist nichts Geringeres als die Vernichtung der katholischen Religion. Dieser Kulturkampf ist gemäßiget, aber nicht beendet. Dagegen gilt es, auf der Wache zu stehen und bei jeder Gelegenheit das Recht und die Freiheit der Kirche zu wahren. Man sage nicht, die politischen Angelegenheiten hätten nichts mit der Religion zu thun.

**10. September.** Das Verordnungsblatt für die evangelische Kirche des Großherzogtums veröffentlicht ein Ausschreiben des Oberkonsistoriums an die evangelischen Pfarrämter, enthaltend einen Protest gegen die Luther betreffenden Worte im Canistusrundschreiben des Papstes.

**18. September.** Das „Mainzer Journal,“ Organ des Bischofs Haffner in Mainz, veröffentlicht eine Antwort auf das Ausschreiben des Oberkonsistoriums in Sachen des päpstlichen Rundschreibens wegen der Canistusfeier. Diese Antwort lautet:

Möge das Oberkonsistorium immerhin Luthers Lehre für die wahre christliche halten, die katholische Kirche verwirft sie mit Recht als Irrtum und Irrlehre, und dafür hat sie nicht bloß die Tradition, also die mündliche Ueberlieferung, sondern gerade Gottes Wort für sich. Ein Reformator, der mit sich selbst unzähligemal in die heillossten Widersprüche geriet, dem die Kardinaltugend der Demut mangelte, der aber vor Hochmut förmlich plakte, der sich nicht scheute, die Bibel zu verfälschen, um seine traurigen Verirrungen zu rechtfertigen, der sich der kirchlichen Autorität und nicht minder dem weltlichen Regiment voll Starrsinn widersetzte, der die Fackel der Zwietracht in unser deutsches Vaterland warf und die Hauptschuld an dem brudermörderischen Kriege trägt — ein solcher Mann kann unmöglich ein gottgesandter Erneuerer kirchlichen Lebens sein, wohl aber ein Verwüster des Heiligtums und ein Zerstörer vieles Guten.

**Mitte Oktober.** An das Oberkonsistorium richtet der Vorstand



des hessischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes ein Schreiben, das mit den Worten schließt:

Es ist nicht länger erträglich, daß das auswärtige Haupt der deutschen Katholiken ohne lauten und ent-rüsteten Widerspruch der berufenen Stellen den Mann so maßlos schmähen darf, dem Deutschland im letzten Grunde seine Weltstellung verdankt, der durch sein Bekenntnis zu Christo und seinem Heilswerke die Nation sich selbst wiedergegeben und allem Wahren, Schönen und Guten die Pforten zu den Herzen der Deutschen, der Christenheit damit aufgethan hat.

11. Dezember. Der Landtag tritt wieder zusammen. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Einführung eines Staatschuldbuchs.

## Sachsen-Weimar.

12. März. Der Landtag genehmigt ein neues Einkommen-steuergesetz.

23. März. Tod der Großherzogin Sophie, Tochter des Königs Wilhelm II. der Niederlande und der Großfürstin Anna Paulowna, geboren 1824.

8. Juni. Auf dem Wadenberge bei Eisenach findet die feierliche Grundsteinlegung zu dem Denkmal statt, das die deutschen Burschenschafter Kaiser Wilhelm I. sowie dem Großherzog Karl August von Sachsen, dem Stifter der Burschenschaft, und den im Kampfe für Deutschlands Größe und Einheit gefallen Burschenschafftern zu errichten gedenken. Dreihundert alte und junge Burschenschafter haben sich eingefunden. Die Weiherede hält Pfarrer Matthes aus Farnroda. Ebeling aus Berlin verliest eine von Professor Duden verfaßte Urkunde sowie ein Schreiben des Wirkl. Geh. Rats v. Lucanus, das im Auftrage des Kaisers den Burschenschafftern das Interesse des Kaisers an ihrem Werke zum Ausdruck bringt.

Im November. Der Kirchenrat richtet an den Präsidenten Barthhausen in Berlin ein Schreiben, in dem er Dank dafür sagt, daß er die Schmähungen des Papstes gegen Luther und die evangelische Kirche in würdigster Weise zurückgewiesen habe.

## Mecklenburg-Schwerin.

Ende März. Die Herzogin Alexandrine, älteste Tochter des regierenden Großherzogs Friedrich Franz III., geboren 1879,

verlobt sich mit dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, ältestem Sohne des Kronprinzen Friedrich von Dänemark, geboren 1870.

**10. April.** Der Großherzog Friedrich Franz III. stirbt zu Cannes in Südfrankreich.

Schon seit Jahren war er genötigt, seines Leidens halber den Winter und das Frühjahr im Süden zuzubringen; aber immer stärker wurden die asthmatischen Beschwerden, denen auch längere Seefahrten nur wenig Abhilfe und Erleichterung verschafften. Der Großherzog war am 19. März 1851 zu Ludwigslust geboren und ist sechsundvierzig Jahre alt geworden. Am 24. Januar 1879 hatte sich der damalige Erbgroßherzog Friedrich Franz in Petersburg mit der Großfürstin Anastasia Michailowna von Rußland (geboren 28. Juli 1860) vermählt. Aus dieser Ehe sind drei Kinder entsprossen, der Erbgroßherzog Friedrich Franz ist am 9. April 1882 geboren.

Der jüngere Bruder des Verstorbenen, Herzog Johann Albrecht, geboren 1857, übernimmt die Regentschaft für den minderjährigen nunmehrigen Großherzog Friedrich Franz IV. Der nächstälteste Bruder des Verstorbenen, Herzog Paul Friedrich, geboren 1852, hat auf die Thronfolge verzichtet.

**11. April.** Der Regent, Herzog Johann Albrecht, erläßt eine seinen Regierungsantritt betreffende Ansprache.

**14. April.** Gegenüber den von französischen Blättern gemeldeten Gerüchten, daß der Großherzog Friedrich Franz III. in einem Anfälle von Verzweiflung über sein schweres und unheilbares Leiden Selbstmord begangen habe, giebt das mecklenburgische Staatsministerium den amtlichen Bericht über das Ableben des Großherzogs bekannt. Darin heißt es:

Der Großherzog hatte augenscheinlich, wie er öfter bei seiner furchtbaren Atemnot zu thun pflegte, freie Luft gesucht, war so in sehr geschwächtem Zustande in den Gärten getaumelt und ist über die nur wenige Schritte von der Thür entfernte niedrige Umfassungsmauer auf die in bedeutender Tiefe darunter führende Straße gestürzt. Dort fanden ihn die Frau des Gärtners und der Kammerdiener Gaggow. Als er ins Zimmer gebracht war, konstatierten die Aerzte eine Verletzung des Rückgrats.

**21. April.** Den Feierlichkeiten zur Beisetzung der Leiche des Großherzogs Friedrich Franz III. in Schwerin wohnen u. a. die Kaiserin, Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Prinz Christian von Dänemark, der Großfürst und die Großfürstin Wladimir von Rußland und sonstige Fürstlichkeiten bei.

**22. September.** Herzog Friedrich Wilhelm, Befehlshaber des Torpedoboots Nr. 26, geht mit diesem vor der Elbmündung unter.

**20. November.** Der am 11. November in Sternberg eröffnete gemeinsame Landtag lehnt die Umwandlung der Landesschulden in Inhaberpapiere ab.

24. November. Der Landtag lehnt die Kosten für den Bau eines Kanals von Wismar nach Schwerin ab, genehmigt aber einen Verordnungsentwurf, betreffend die Vermehrung des mittlern und kleinen Grundbesizes mit dem Zugeständnis der meistfreien Verschuldbarkeit.

## Oldenburg.

16. Januar. In dem im vorigen Jahre entstandnen Streite zwischen Landtag und Regierung giebt diese bezüglich eines der beiden Streitpunkte nach, indem sie sich jetzt bereit erklärt, das Eisenbahnwesen umzugestalten und vom Ministerium des Innern abzutrennen. Dagegen ist der Streit mit dem Justizminister Flohr nicht ausgetragen worden. Ihm hatte das schärfere Mißtrauensvotum gegolten, weil er, im Widerspruch mit den in seinem Namen dem Landtag gegebenen Zusagen, einen angeblich unerfahrenen Theologen mit der eigens für einen pädagogischen Sachmann geschaffnen Stelle im höhern Schulwesen betraut hatte. Das Mißtrauensvotum hat keinen Erfolg gehabt.

3. März. Der Landtag genehmigt trotz dieser Mißtrauenserklärung das Volksschulgesetz, weil er die Reform der Lehrergehalte nicht aufschieben will.

15. März. Vertagung des Landtags.

8. Juli. Der siebenzigste Geburtstag des von der Bevölkerung hochverehrten Großherzogs Peter wird im ganzen Lande mit besondrer Feyer begangen.

10. August. Dem Erbgroßherzoge August, der sich, nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, der Prinzessin Elisabeth, Tochter des verstorbnen Prinzen Friedrich Karl von Preußen, im Oktober 1896 mit der Prinzessin Elisabeth, Tochter des verstorbnen Großherzogs Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin, wieder vermählt hatte, wird ein Sohn geboren. Die Freude hierüber ist im ganzen Lande groß, weil nunmehr das Aussterben des Mannsstammes dieser Linie des großherzoglichen Hauses in weitere Ferne gerückt zu sein scheint. Denn da der Erbgroßherzog aus seiner ersten Ehe nur eine Tochter besitzt, der zweite Sohn des Großherzogs, Georg, aber unvermählt geblieben ist, und sonstige erbberechtigte Prinzen nicht vorhanden waren, so lag das Aussterben der regierenden oldenburger Linie sehr nahe. Die nächste Anwartschaft auf den Thron wäre dann auf das in Rußland lebende Haus Oldenburg übergegangen, ein Fall, dem man nicht ohne Sorgen

entgegensah, weil diese Prinzen Alexander, Peter und Konstantin schon seit langen Jahren als dem deutschen Vaterlande und deutschem Wesen völlig entfremdet gelten.

9. September. Der Sohn des erbgroßherzoglichen Paares wird auf den Namen Nikolaus getauft.

## Braunschweig.

21. Februar. Die „Altbraunschweigische Volks-Ztg.“ Organ der Welfenpartei, die noch am 17. den bedeutenden Aufschwung, den diese Partei genommen habe, hervorgehoben hatte, geht ein.

5. März. Die „Brunonia“, Organ der Welfenpartei milderer Tonart, verlangt die Einsetzung eines Schiedsgerichts wie in Lippe, zur Lösung der braunschweigischen „Thronfolgefrage.“

Anfang Mai. Es findet ein Parteifest der braunschweigischen Rechtspartei in Braunschweig statt, bei dem der Festredner seine Ansprache mit der Mahnung an die Anwesenden schließt, die Worte des Kaisers zu beherzigen: „Recht muß doch Recht bleiben“ und unausgesetzt für das Recht des Herzogs von Cumberland einzutreten. Ein anderer Redner, Graf Schulenburg-Gehlen, erinnert an einen andern Ausspruch des Kaisers: „Ehrlos, wer seinen Kaiser verläßt“; in diesem Sinne sollten die Braunschweiger treu zu ihrem verbannten Fürstenhaus halten. Man dürfe nicht ohne Hoffnung sein, denn zu der Centenarfeier habe Fürst Bismarck nicht einmal eine Gratulation seines kaiserlichen Herrn erhalten; man könne daraus ersehen, daß nicht alle Handlungen Bismarcks dem Vaterlande zum Segen gereicht hätten.

Anfang Juli. Die in Harzburg tagende „Vaterländische Vereinigung des Herzogtums Braunschweig“ beschließt, an die Landtagsabgeordneten das Ersuchen zu richten, in der nächsten Tagung des Landtags die Thronfolgefrage aufzunehmen.

8. Oktober. Der Herzog von Cumberland läßt dem hannoverschen Rittmeister a. D. von Neben aus Gmunden ein Schreiben zugehen, worin er die ihm und seiner Gemahlin anläßlich der neuen Konfirmationsfeier in Gmunden „aus Hannover zugegangnen zahlreichen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit“ mit Dank erwidert und dann fortfährt: „Daß in allen Lagen des Lebens diese treue Teilnahme und Anhänglichkeit mich und mein Haus stets umgiebt, ist mir eine wirksame Hilfe in allen schweren Zeiten. Ich erwidere diese Treue aus warmem Herzen und in dem Bewußtsein.

damit eine heilige Pflicht für mich und mein Haus zu erfüllen. Ich danke Gott, der dieses Band bisher kräftig erhalten hat, und bitte ihn, daß er dasselbe auch ferner stärken und dereinst nach seiner Gnade diese Treue lohnen wolle.“

28. Oktober. Die Wahlmännerwahlen zum Landtage werden unter außerordentlich schwacher Beteiligung vollzogen. In einem Bezirke werden sämtliche welfische Kandidaten gewählt.

Anfang November. Das Staatsministerium weist die Vorstände der Behörden an, den Beamten zu eröffnen, daß das Ministerium die Zugehörigkeit derselben, insbesondere auch der Geistlichen und Lehrer sowie der Kirchen- und Schuldiener, zu den sogenannten vaterländischen (welfischen) Vereinigungen als mit ihren allgemeinen Dienstpflichten unvereinbar erachte.

1. Dezember. Die Regierung erläßt eine Rundgebung, in der sie sich über die Lage des Herzogtums und über die Gründe ihrer gegen welfische Beamte ergriffenen Maßregeln äußert.

Sie sagt u. a., daß in dem tatsächlichen Verhältnis, das der gegenwärtigen Gestaltung der Regierung des Herzogtums und dem Bundesratsbeschlusse zu Grunde liege, eine Aenderung nicht eingetreten sei. Darüber zu befinden, wann eine Rücknahme des Bundesratsbeschlusses geboten und möglich sei, sei Sache Preußens und der verbündeten Regierungen des deutschen Reiches. Eine den Entschließungen dieser zuständigen Stelle vorgreifende, vom Herzogtum ausgehende Anregung zur Entscheidung der Frage wäre von weit über die Grenzen des Herzogtums gehender Tragweite und unter Umständen geeignet, dem Lande bedenkliche Verwicklungen zu bereiten.

## Sachsen-Koburg-Gotha.

25. März. Dem in Gotha zusammentretenden Landtage der Herzogtümer Koburg und Gotha gehen Regierungsvorlagen zu über den Lotterievertrag und die Teilung des Schwurgerichtsbezirks Meinungen. (Schon vor einiger Zeit hatten die Gothaer städtischen Behörden an das Staatsministerium eine ausführlich begründete Petition um Abzweigung des Herzogtums Gotha von dem Meininger Schwurgerichtsbezirk und Einrichtung eines besondern Schwurgerichts in Gotha unter Anschluß des jetzt ebenfalls zum Meininger Schwurgerichtsbezirk gehörenden weimariischen Bezirks Eisenach gerichtet.)

2. April. Nachdem der Minister v. Strenge dem Landtage des Herzogtums Koburg die Erklärung abgegeben hatte, daß die vielfach gewünschte Aufhebung einer Ministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1894 in Aussicht genommen sei, der Landtag sich jedoch hiermit nicht begnügt hatte, geht nunmehr vom Staatsministerium in Gotha der Koburger Ministerialabteilung ein Schreiben

zu, in dem es heißt, der Herzog habe beschlossen, daß diese Instruktion, insoweit die Koburger Ministerialabteilung in Frage kommt, aufzuheben sei, doch solle es bei der innerhalb derselben eingerichteten Geschäftsverteilung, sowie bei den Bestimmungen des § 9 bezeichneter Instruktion über die an höchster Stelle vorzutragenden Angelegenheiten bewenden. Der Herzog hoffe, daß nunmehr die bestehende Streitigkeit völlig beigelegt sein werde.

3. April. Im gemeinschaftlichen Landtage der Herzogtümer Koburg und Gotha ist folgender Befragungsantrag der Abgeordneten Heusinger und Genossen eingegangen: „Am 24. April 1896 hat das herzogliche Staatsministerium auf einen Befragungsantrag des Abgeordneten Arnold betreffend die Erb- und Thronberechtigung der Söhne des Prinzen Friedrich von Meiningen die Antwort gegeben, daß es die Meiningener Landesgesetzgebung über die Erbfolge mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt habe, die Erwägungen über die höchst schwierigen Fragen, die sich daran knüpfen, aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien; die Staatsregierung sei daher im gegenwärtigen Augenblick nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Sind diese Erwägungen inzwischen zum Abschluß gekommen, und ist die herzogliche Staatsregierung in der Lage, dem Landtage davon Mitteilung zu machen?“ (Die Anfrage hängt damit zusammen, daß der Meiningener Landtag die Söhne der mit dem Prinzen Friedrich von Meiningen vermählten Prinzessin Adelhaid von Lippe-Biesterfeld, deren Ebenbürtigkeit in Lippe bekanntlich angefochten wird, für erb- und thronberechtigt erklärt und damit die Erbrechte der Ernestinischen Agnaten beeinträchtigt hat.)

7. April. Der gemeinschaftliche Landtag lehnt einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab. In der vorhergegangenen Verhandlung hatte der Minister v. Strenge die Aenderung einzelner Punkte des ein geschlossenes Ganze bildenden Wahlgesetzes abgelehnt, sich aber zu einer „Reform“ geneigt gezeigt. Hierbei hatte der Minister angedeutet, daß die Regierung auf indirekte Wahl und öffentliche Abstimmung halten werde; das Wahlrecht solle den unteren Klassen nicht entzogen, doch solle es nach dem Verhältnis der Beiträge zu den Staatslasten geregelt werden.

Mitte April. Die sechzehnjährige Prinzessin Dorothea von Sachsen-Koburg aus der katholischen Nebenlinie Rohary, Tochter des österreichischen Feldmarschalleutnants Prinzen Philipp (Bruders des Fürsten Ferdinand von Bulgarien) und der Prinzessin Louise, Schwester des Königs der Belgier, verlobt sich in Cannes mit dem protestantischen Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Bruder der deutschen Kaiserin.

26. Mai. Im gemeinschaftlichen Landtage wird von der Kommission beantragt, den gemeinschaftlichen Etat nur für zwei Jahre festzusetzen. Der Kommissionsantrag, also eine Mißtrauens-erklärung gegen v. Strenge, wird einstimmig angenommen.

6. Juli. Im Landtage zu Gotha kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Minister v. Strenge über die Frage, ob die Kosten für den Erweiterungsbau des Domänenkasthofes in Oberhof aus dem Domänenvermögen ohne Genehmigung des Landtages gedeckt werden dürfen. Es wird beschlossen: „Der Landtag hält die Ausführung des auf 75376 Mark veranschlagten Gasthofbaues in Oberhof, weil eine Genehmigung der Landesvertretung zu dem Bau nicht erteilt ist, für ungesetzlich und legt Verwahrung dagegen ein, daß die Kosten dieses Baues aus Domänenmitteln bestritten werden.“

25. Juli. Die Gesetzsammlung veröffentlicht den Etat der gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben der beiden Herzogtümer auf jedes der beiden Jahre vom 1. Juli 1897/98 und 1898/99. Die Summe der Einnahmen stellt sich auf 2318333,58 Mark, die der Ausgaben auf 2994148,58 Mark, so daß sich ein Ueberschuß der Ausgaben von 675815 Mark ergibt.

## Sachsen-Meiningen.

4. Februar. Bei der Etatsberatung im Landtag wird von Trinks darauf aufmerksam gemacht, wie die an das Reich zu leistenden Matrikularbeiträge im Laufe der Jahre sich immer mehr erhöht hätten. Der Chef des Departements der Finanzen, Biller, erklärt, daß es völlig ungewiß sei, wie sich künftig das Verhältnis zwischen den Matrikularbeiträgen und den Ueberweisungen gestalten werde; es sei aber dringend nötig, diese Ungewißheit zu beseitigen. In den Einzellandtagen müsse das Bedürfnis zur Sprache gebracht werden, wodurch vielleicht auch im Reichstag eine günstigere Ansicht erwirkt werde.

10. Februar. Mit Rücksicht darauf, daß das vom Magistrat der Stadt Saalfeld erlassene Verbot der sozialistischen Maifeier durch die Regierung wieder aufgehoben worden war, richten mehrere Abgeordnete an sie die Anfrage: „Welche Anschauungen und Erwägungen haben die herzogliche Staatsregierung veranlaßt, im Vorjahre das behördlich ergangne Verbot der sozialdemokratischen Maifeier aufzuheben?“

Staatsrat v. Butler erwidert, die Regierung sei sich der Tragweite ihrer Handlungsweise vollauf bewußt, sie habe keine Veranlassung, ihre Handlungen zu bereuen oder zu beschönigen. Die Maiseier sei in Saalfeld zum erstenmale im Jahre 1890 begangen worden und hätte sich seit dieser Zeit in Zwischenräumen wiederholt. Die Maiseier sei zwar von der Sozialdemokratie als Kraftprobe angesehen worden, doch habe man — mit Ausnahme kleinerer Ungehörigkeiten — niemals Veranlassung gehabt, gegen die Veranstalter einzuschreiten. Die Regierung betrachte es als ihre ernste Pflicht, der sozialdemokratischen Bewegung ihre vollste Aufmerksamkeit zu widmen, und werde nicht zögern, Ungehörigkeiten mit allem Nachdruck entgegenzutreten, bis jetzt sei aber das Gesetz nicht verletzt worden. Das zukünftige Verhalten der Staatsregierung werde sich darnach richten, wie die Sozialdemokratie zukünftig im Herzogtum aufrete; gewisse Freiheiten müßten den Sozialdemokraten gelassen werden, gegen Ausschreitungen werde die Regierung auf dem Platze sein. Abgeordneter Zeiß: Das Kampffeld, auf dem das sozialdemokratische Prinzip siegen oder fallen müsse, sei für alle Kulturstaaten Deutschland geworden, bei uns müsse die Bewegung durchgekämpft werden. Alle Mittel, die den Sozialisten schaden, nützen den bürgerlichen Parteien darum müsse auch der Maiseiertag bekämpft werden. Als der Redner mit den Worten: „Landgraf werde hart!“ seine Rede schließt, erschallt im Landtag und im Zuschauerraum stürmischer Beifall. Staatsrat v. Butler entgegnet, daß das Verbot des Umzuges eine polizeiliche Maßregel gewesen sei, die sich gesetzlich nicht habe rechtfertigen lassen. Es sei ja leicht, wenn man die Macht habe, einen Teil der Bevölkerung in seinen politischen Rechten einzuschränken, aber die sozialistische Bewegung sei mit polizeilichen Maßnahmen nicht einzubämmen. Der sozialdemokratische Abgeordnete für Sonneberg Wehber spricht sodann vom auslaugenden Kapitalismus und der Bedrückung des arbeitenden Volks. Endlich spricht der freisinnige Abgeordnete Thomas eine Billigung des Verhaltens der Regierung aus.

12. Februar. Im Landtage wird die Frage einer Aenderung des Landtags-Wahlgesetzes besprochen.

Im März. Herzog Georg bestimmt für die kirchliche Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. folgenden Bibeltext: „Das Regiment auf Erden steht in Gottes Händen; derselbige giebt ihr zuzeiten tüchtige Regenten. Es stehet in Gottes Händen, daß es einem Regenten gerate; derselbige giebt ihm einen löblichen Kanzler.“ (Sirach 10, 5.)

2. April. Die Prinzessin Feodora, Tochter des Erbprinzen Bernhard und der Prinzessin Charlotte von Preußen, geboren 1879, verlobt sich in Wien mit dem Prinzen Heinrich XXX. aus dem ersten apanagierten Aste der Familie von Reuß j. L., preußischem Leutnant im 2. Garderegiment zu Fuß, geboren 1864.

28. Oktober. Die Wahlen zum Landtage fallen auf 6 National-liberale, 4 Sozialdemokraten, 3 Agrarier und einen Freisinnigen.



## Sachsen-Altenburg.

26. März. Der Landtag geht über einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag zur Tagesordnung über, spricht dagegen seine Zustimmung aus zu einem Antrage auf Aenderung des jetzigen sehr umständlichen und zeitraubenden Wahlverfahrens in der Weise, daß vom Jahre 1898 an die Landtagswahlen in den Städten durch den Stadtrat, auf dem Lande durch die Gemeindevorsteher an einem Tage vorgenommen werden; ferner genehmigt er den Regierungsentwurf einer Städteordnung, die sich an das Recht im Königreich Sachsen anlehnt und auch die preussische Gesetzgebung berücksichtigt; endlich wird vom Landtag ein Antrag, wonach denjenigen Steuerpflichtigen, die in eine höhere Steuerklasse eingeschätzt werden, als es der von ihnen abgegebenen Steuererklärung entspricht, mit der Benachrichtigung hiervon die Gründe der höhern Einschätzung schriftlich mitgeteilt werden sollen, der Regierung zur Erwägung überwiesen.

2. April. Nachdem der Landtag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, und eine Gefindeordnung, in der nach Möglichkeit sowohl dem Gefinde Schutz gegen Uebergriffe der Herrschaften, als den Herrschaften Sicherung gegen Unbotmäßigkeit des Gefindes gewährleistet werden soll, genehmigt hat, wird er vom Minister v. Hellendorff vertagt. — Prinz Ernst, 26 Jahre alt, Sohn des Prinzen Moriz, Bruder des Herzogs Ernst, verlobt sich mit der um vier Jahre jüngern Prinzessin Adelheid, Tochter des Prinzen Wilhelm von Schaumburg-Lippe.

23. Oktober. In Schloß Hummelshain stirbt die 73 jährige Herzogin Agnes, geborne Prinzessin von Anhalt, die sich 1853 mit dem Erbprinzen, jetzigem Herzoge Ernst vermählt hatte. Ihr einziges Kind ist die Gemahlin des Prinzen Albrecht von Preußen.

25. November. Der neue Landtag wird vom Minister v. Hellendorff eröffnet. Es wird eine Aenderung des Wahlgesetzes und ein Steuergesetz angekündigt.

---

## Neuß ä. L.

22. März. Es erregt großes Aufsehen, daß in der Hauptstadt Greiz eine zur Hundertjahrfeier ausgesteckte Fahne auf behördliches Verlangen wieder eingezogen werden mußte.

**11. April.** Die Erledigung der Greizer Fahnenangelegenheit wird von der „Nordb. Allg. Ztg.“ in folgender Form mitgeteilt:

Se. D. Heinrich XXII., regierender Fürst von Neuß älterer Linie, hat, sobald er bei seiner Rückkehr aus dem Süden von der in seiner Abwesenheit durch einen fürstlichen Beamten in Greiz veranlaßten verletzenden Behandlung der preussischen Landesfarben erfahren hatte, in einem eigenhändigen Schreiben dem Kaiser sein lebhaftes Bedauern über das Vorkommnis ausgebrüht und daran die Mitteilung geknüpft, daß der Mißgriff des betreffenden Beamten durch Enthebung desselben von der ihm anvertrauten Stellvertretung geahndet worden ist. Der Kaiser hat darauf in einem Antwortschreiben dem Fürsten Neuß ä. L. seinen Dank für diese Mitteilung ausgesprochen und den Zwischenfall für erledigt erklärt.

## Neuß j. L.

**12. März.** Der Landtag hebt die Bestimmung des Vereinsgesetzes, daß politische Vereine mit einander nicht in Verbindung treten dürfen, auf.

**27. März.** Der Landtag wird geschlossen, nachdem er ein neues Jagdgesetz angenommen, dessen § 1 lautet: „Das Jagdrecht ist ein Ausfluß des Grundbesitzes.“ Außerdem wurde noch eine Reihe von Vorlagen, u. a. über Abänderung des Volksschulgesetzes, Abänderung des Pensionsgesetzes für die Geistlichen u. s. w., angenommen.

**7. April.** Der Erbprinz Heinrich XXVII. wird in Schleiz von einer dichten Menschenmenge mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Patriotisch gesinnte Bürger setzen eine Adresse an den Erbprinzen in Umlauf, in der ihm Dank für seine Kundgebung gegen die Vorgänge in Greiz ausgesprochen wird.

## Lippe.

**12. März.** Prinzessin Friederike, die 71jährige Schwester des geisteskranken Fürsten Alexander, stirbt im Stift Lemgo.

**22. Juni.** Das aus sechs Mitgliedern des Reichsgerichts in Leipzig unter Vorsitz des Königs von Sachsen zur Entscheidung der Thronfolfrage im Fürstentum Lippe, auf Grund eines im Juli 1896 zwischen dem Fürsten von Schaumburg-Lippe und dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld geschlossenen Vertrages, gebildete, am 30. Oktober 1896 in Dresden zum erstenmal zusammengetretene Schiedsgericht fällt folgenden Spruch:

Seine Erlaucht der Graf und Edle Herr Ernst zur Lippe-Biesterfeld ist nach Erledigung des zur Zeit von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Karl Alexander zur Lippe innegehabten Thrones

zur Regierungsnachfolge in dem Fürstentum Lippe berechtigt und berufen.

Der Spruch ist darauf gegründet, heißt es weiter, daß in den deutschen gräflichen und neufürstlichen Häusern die Ehe eines männlichen Mitglieds mit einer Dame von niederm Adel ebenbürtig ist, und daß für das Haus Lippe kein abweichendes Herkommen, noch ein abweichendes Hausgesetz besteht. Es ist ferner für unerheblich erachtet, ob die Dame von altem Adel in dem Sinne ist, daß eine bestimmte Anzahl Ahnen von väterlicher und mütterlicher Seite nachgewiesen werden. Es ist dahingestellt gelassen, ob alter Adel der Braut in dem Sinne erforderlich ist, daß sie von väterlicher Seite aus einem Geschlechte stammt, das seit langer Zeit adlig war. Denn das Schiedsgericht hat angenommen:

Seine Erlaucht der Graf Ernst stammt aus der im Jahre 1808 eingegangenen Ehe seines Großvaters mit Fräulein Modeste v. Unruh. Diese vielumstrittene Ehe war ebenbürtig. Die Eltern von Modeste v. Unruh waren der königlich preussische Generalleutnant Karl Philipp v. Unruh und seine Gemahlin geborne v. Kameke. Obwohl das Geburtsjahr, der Vater und die Mutter des Karl Philipp v. Unruh nicht nachzuweisen sind, so ist aus überzeugenden tatsächlichen Gründen anzunehmen, daß Karl Philipp v. Unruh ein legitimer Sproß aus dem altadligen Geschlechte derer v. Unruh war. Daß Modeste v. Unruh Freiin gewesen sei, ist nicht nachgewiesen. Solches war aber auch nicht erforderlich, denn der vielumstrittene Brudervergleich der Lippe-Biesterfelder und Lippe-Weißenfelder Linie vom Jahre 1749 schränkte die Nachfolgefähigkeit der Nachkommen auf die Abstammung aus einer Ehe mit einer Gräfin oder Freiin nur bezüglich des diesen Nebenlinien zustehenden Paragiums ein und erstreckte sich nicht auf die Nachfolge in dem Lande Lippe. Da unbestritten im Hause Lippe die Primogeniturordnung für die Erbfolge gilt, so schließt Graf Ernst von der Biesterfelder Linie als der näher Berechtigte die gräfliche Linie Lippe-Weißenfeld und die fürstliche Linie Lippe-Schaumburg von der Thronfolge aus.

10. Juli. Dieses Erkenntnis wird beiden Theilen zugestellt. Damit ist der seit dem 20. März 1895, dem Tode des Fürsten Woldeмар, andauernde Thronstreit beendet. — Die Gesetzsammlung für das Fürstentum Lippe veröffentlicht folgenden Erlass:

Nachdem das zur Entscheidung des Lippschen Thronstreites eingesetzte Schiedsgericht, dessen Spruch nach dem Gesetze vom 17. Oktober 1896 für die Thronfolge im Fürstentum Lippe maßgebend ist, sich in seinem Urtheil vom 22. v. M. dahin ausgesprochen hat, daß nach Erledigung des zur Zeit von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Karl Alexander eingenommenen Thrones der Graf Ernst zur Lippe-Biesterfelder zur Regierungsnachfolge im Fürstentum Lippe berechtigt und berufen sei, ist nunmehr auch die Voraussetzung gegeben, von der das Gesetz vom 24. April 1895 die Dauer Unserer durch Erlass weiland Seiner Durchlaucht des Fürsten Woldeмар vom 15. Oktober 1890 Uns übertragenen Regentenschaft abhängig macht. Indem Wir der Bevölkerung des Landes hiermit kundgeben, daß Unser Regentenschaft nach § 2 Abs. 1 des genannten Gesetzes mit dem heutigen Tage ihr Ende erreicht, ist es Uns ein Bedürfnis, auszusprechen, mit wie großer Genugthuung und Freude Uns bei Ausübung Unser Regentenpflichten stets die Wahrnehmung erfüllte, daß die weitesten Kreise des Landes Unsern auf das Gedeihen und die Wohlfahrt des Ganzen gerichteten Bestrebungen in treuer Zuversicht ihre unterstützende Mitwirkung schenkten. Möge das Lipperland zu einer reichen Entfaltung aller seiner Kräfte ausblühen, möge ihm in jeder Beziehung eine

glückliche Zukunft beschieden sein! Mit diesem aufrichtigen Wunsche, der bisher Unsr Handlungen bestimmte und in der Stunde des Abschieds Unsr Herzen von neuem entquillt, begleiten Wir auch fernerhin die Geschichte des Landes und seiner Bewohner! Adolf, Prinz zu Schaumburg-Lippe, Regent des Fürstentums Lippe.

Mit dem Scheiden des Prinzen Adolf nimmt auch sein erster Berater, der Minister v. Derzen, seinen Abschied. Er verläßt, nach der „Köln. Ztg.“ bei der Verabschiedung der Beamten und derjenigen Landtagsabgeordneten, die dem Regenten noch ihre persönliche Huldigung im Residenzschlosse darbringen wollten, ein von dem Kaiser an den Prinzen gerichtetes Telegramm, in dem es heiße: „Deine Regentschaft ist gewiß für das schöne Land ein Segen gewesen; einen bessern und würdigern Herrn und auch Herrin wird Detmold nie wieder erhalten. Viele Grüße an Viktoria und wärmsten kaiserlichen Dank für die hingebende Treue, mit der Du Deines Amtes gewaltet!“

Der neue Regent erläßt folgende Ansprache:

Wir Ernst Kasimir Friedrich Karl Eberhard von Gottes Gnaden Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld, Graf zu Schwalenberg und Sternberg erklären hiermit und thun öffentlich kund und zu wissen:

Nachdem durch unanfechtbaren Spruch des unter dem Vorstehe Seiner Majestät des Königs Albert von Sachsen zusammengetreten hohen Schiedsgerichts vom 22. Juni 1897 festgestellt und zu Recht erkannt worden ist, daß nach Erledigung des zur Zeit von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Karl Alexander zur Lippe innegehabten Thrones Wir zuerst und ausschließlich zur Regierungsnachfolge im Fürstentum Lippe berechtigt und berufen sind.

So treten Wir auf Grund und in Kraft von § 2, Absatz 1, Satz 2 des Regentenschaftsgesetzes vom 24. April 1896 sowie des einzigen Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Erledigung des Thronstreites vom 17. Oktober 1896, hiermit die Regierung des Fürstentums Lippe als Regent an und übernehmen am heutigen Tage alle damit verbundenen Pflichten und Rechte.

Mit demüthigen und freudigem Danke gegen Gott erfüllt, daß es Uns vergönnt ist, nach schweren Erfahrungen nunmehr von Rechts wegen in den Besiz der Regierung Unsrer alten Stammlandes eingesetzt zu sein, geloben Wir bei Unsrer gräßlichen Wort und Ehren, gemäß der Verfassung und allen Gesezen des Landes gewissenhaft zu regieren, alle als Mitglied des Deutschen Reiches Uns zukommenden Pflichten getreulich wahrzunehmen, das Wohl des Uns über alles theuren lippischen Landes in allen Stücken nach besten Kräften zu fördern und, soviel an Uns liegt, für Recht und Gerechtigkeit aller Orten und Dinge Sorge zu tragen.

Wie aber Unsrerseits Wir mit dem heiligen Entschlusse getreuer Erfüllung aller uns zukommenden Regentenpflichten die Regierung des Landes übernehmen, so glauben Wir auch der oft bewährten Treue und des vollen Vertrauens Unsrer geliebten lippischen Volkes Uns versichert halten zu dürfen. Wir geben Uns der Hoffnung hin, daß unter Gottes gnädigstem Beistande insbesondre es gelingen werde, die im Lande während des Thronstreites unvermeidlich aufgetretenen Gegensätze zu überwinden und alle treuen Lipper in dem gemeinsamen Dienst am Vaterlande und in der Liebe zum angestammten Herrscherhause zu vereinigen.

Sämtliche Beamte des Fürstentums Lippe bestätigen Wir in den ihnen übertragenen Stellen und befehlen, daß sie ihre amtlichen Verrichtungen pflichtgemäß fortsetzen.

Wir behalten Uns vor, alsbald nach der Ankunft in Unserer getreuen Residenzstadt Detmold weitere Verordnungen über die Einberufung des Landtages des Fürstentums Lippe ergehen zu lassen.

Gegeben Schloß Neuborf, den 9. Juli 1897.

Ernst,

Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld,  
Regent des Fürstentums Lippe.

17. Juli. Der Regent Graf Ernst hält, unter dem Jubel der Bevölkerung, feierlichen Einzug in das Land und in die Hauptstadt Detmold. Mehrmann, Führer der lippischen Landwirte, reitet an den Wagen des Grafen heran und hält eine Ansprache, in der u. a. folgender Satz vorkommt: „Wir Landwirte sind der Ueberzeugung und sind es stets gewesen: Kein Würdigerer kann unser Herrscher und keine Würdigere kann unsre Herrscherin sein, als Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld und seine hohe Gemahlin.“

18. Juli. Der Grafregent Ernst verleiht dem Geh. Justizrat Professor Kahl das Lippesche Ehrenkreuz erster Klasse. Bei der Tafel im fürstlichen Schlosse gedenkt der Grafregent der Verdienste Kahls und nennt ihn seinen Freund, dem er nächst Gott in erster Linie verdanke, daß in der lippischen Thronfolgefrage Recht doch Recht geblieben sei. Er schließt mit einem Hoch auf Professor Kahl, der sodann in längerer Rede erwidert, er habe unter mancherlei Opfern und oft unter schwierigen Verhältnissen die beste Kraft daran gesetzt, um der gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Daß ihm dies gelungen, dafür sei er nächst Gott dem König von Sachsen und den Mitgliedern des Schiedsgerichts dankbar. Der lippische Thronstreit habe für das deutsche Volk einen großen Ertrag abgeworfen, er habe den Glauben und das Vertrauen in die sieghafte Macht des Rechts gestärkt. — Es findet die Vereidigung der Truppen auf den Regenten statt.

21. Juli. Im fürstlichen Schlosse zu Detmold findet die feierliche Eidesleistung des Grafregenten statt. Zum leitenden Minister ernennt der Regent den Regierungsrat Wiesitschek von Wischau in Danzig, geboren 1859 in Berlin als Sohn eines 1866 gefallenen preussischen Oberstleutnants.

26. Juli. Der Landtag wird im fürstlichen Schlosse zu Detmold eröffnet. Der von seiner ganzen Familie umgebene Regent verliest die Thronrede. Hiernach bringt der Präsident v. Lengerke ein Hoch auf ihn aus.

In der ersten Sitzung des Landtags spricht sich der Präsident

v. Sengerke dahin aus, daß dieser Landtag die Erbschaft des vorigen angetreten habe, der Erfolg habe dem maßvollen Verhalten, das der Landtag dem ihm angesonnenen Rechtsbruch entgegengestellt, Recht gegeben. Der Rechtspruch durch das Schiedsgericht habe den Rechtsanschauungen oder, wie er lieber sagen wolle, dem Rechtsinstinkt der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entsprochen. Inzwischen sei die Regentschaft unter dem Prinzen Adolf ruhig geführt worden, und er gebe an dieser Stelle dem Danke Ausdruck, den man dem Prinzenpaare für das Wohlwollen, das es dem Lande entgegengebracht hat, schulde. Dem gegenwärtigen Regenten stehe neben den reichen Gaben des Geistes und Herzens und reicher Lebenserfahrung der Umstand fördernd zur Seite, daß seine Regentschaft eine dauernde sei, die sich nur in den Besitz der Fürstenthrone verwandeln könne, die, so Gott wolle, auf unabsehbare Zeit ihm und seinen Nachkommen gesichert sei. Schimmel ist mit dem Gesagten einverstanden, bedauert nur das Wort Rechtsbruch. Präsident von Sengerke betont, daß dies doch eine nicht abzuleugnende Thatsache sei. Meier billigt den Ausdruck voll und ganz. Graf Ernst sei vom ersten Augenblick an der rechtmäßige Regent gewesen, und daß man ihn von der Regentschaft ferngehalten, sei unbedingt ein Rechtsbruch. Asmussen hält den Ausdruck für sehr gelinde, um den Mißbrauch der Gewalt, die Zerstörung der Rechtsordnung, um den Gewaltakt, der seinerzeit geschehen, zu kennzeichnen. Man habe dem seinerzeit das Recht nehmen wollen, dem es zugestanden habe. Prinz Adolf habe die Folgen dieses Rechtsbruches auf sich genommen, von diesem Vorwurf würde er sich nie reinigen können. Moritz: So sympathisch mir die Persönlichkeiten des Prinzen und der Prinzessin waren, so läßt es sich doch nicht leugnen, daß er sich an diesem Unrecht beteiligt hat. Geheimer Regierungsrat Overbeck warnt davor, in die Vergangenheit zu schauen, der Regent wünsche Ruhe und Frieden, Prinz Adolf habe nur auf höchsten Befehl dem Rufe Folge geleistet und einstweilen die Führung der Regentschaft übernommen, die er zur Zufriedenheit geführt habe. Daraus könne man ihm doch keinen Vorwurf machen. Das mit ihm geschaffene Regentschaftsgesetz habe die Thronfolge in einer Weise geregelt, daß diese nun wohl ein für alle mal festgelegt sei. Präsident v. Sengerke bedauert die Diskussion, die sein Ausdruck hervorgerufen, kann ihn aber durchaus nicht zurücknehmen. Eingegangen ist ein Protest des Fürsten Georg von Schaumburg-Bippe vom 9. Juli gegen das Thronfolgerecht der Söhne des Grafen Ernst. Der Landtag nimmt den Protest einfach zur Kenntnis. In demselben wird die Behauptung aufgestellt, daß die Söhne des Regenten aus unebenbürtiger Ehe stammten und daher

nicht thronfolgefähig seien. (Die Gemahlin des Regenten ist eine Reichsgräfin v. Wartensleben, eine Ehe, die einst vom regierenden Fürsten Leopold zur Lippe ausdrücklich genehmigt war.) Der Landtag genehmigt sodann eine Adresse an den Regenten zur Beantwortung der Thronrede und wird vertagt.

Anfang September. Der Rechtsanwalt Asemissen in Detmold richtet an den Reichskanzler, den Bundesrat, die Ministerien der größten Bundesstaaten und an das lippeische Ministerium einen Protest gegen obigen Anspruch des Fürsten von Schaumburg-Lippe, weil dadurch der öffentliche Frieden in Lippe gefährdet werde, und verlangt die offizielle Anerkennung des Thronfolgerechts des Grafen Ernst und seiner Deszendenz durch einen staatsrechtlichen Akt von Reichs wegen.

28. Oktober. Dem Landtage geht folgender Gesetzentwurf über die Thronfolge und Regentschaft in Lippe zu:

§ 1 handelt von den Linien des lippeischen Gesamthauses. Dieses besteht, außer dem gegenwärtigen Throninhaber Fürst Karl Alexander, aus den Linien Lippe-Biesterfeld, Haupt St. Er. der Grafregent Ernst, Linie Lippe-Weissenfeld, Haupt Graf Ferdinand, und der Fürstlichen Linie Schaumburg-Lippe, Haupt Fürst Georg zu Schaumburg-Lippe. § 2 bestimmt, daß die Krone des Fürstentums im Mannesstamm der drei Linien nach der agnatischen Linealfolge und dem Rechte der Erstgeburt erblich ist. Unter der Ueberschrift „Mitglieder der regierenden Linie“ geht aus § 3 hervor, daß die Gräfliche Linie Lippe-Biesterfeld folgende thronberechtigten Mitglieder hat: 1. den Grafregenten, 2. dessen Söhne, 3. dessen Brüder, 4. die männlichen Nachkommen der Vorgenannten aus deren zur Zeit bestehenden und aus allen künftigen auf Grund dieses Gesetzes sanktionirten Ehen. § 4 handelt von der Sanktion der Ehen. Hierzu gehört die Einwilligung des Familienoberhauptes und die Erklärung, daß die Ehe standesgemäß ist. § 5 bestimmt die Fälle, in denen eine Regentschaft notwendig, ist und zwar 1. bei Minderjährigkeit, 2. bei Unfähigkeit des Fürsten an der persönlichen Teilnahme an der Regierung, 3. wenn die Person des Thronfolgers unbestimmt ist. Ueber die Notwendigkeit der Bestellung einer Regentschaft hat in allen Fällen der Landtag zu beschließen. § 6. Berufung zur Regentschaft. Diese soll von demjenigen volljährigen Agnaten geführt werden, der auf Grund dieses Gesetzes der Krone am nächsten steht. Ist ein solcher nicht mehr vorhanden und keine gesetzliche Bestimmung über die Erbfolge getroffen, so hat der Landtag den Regenten zu wählen. Inzwischen hat das Staatsministerium die Regierungsgeschäfte auszuführen. § 7 glebt das Gelbniß wieder, daß der event. Regent bei Antritt der Regentschaft zu leisten hat. § 8 handelt von den Rechten und Pflichten des Regenten, der sowohl volle Regierungsgewalt, wie die Rechte des Familienoberhauptes hat. § 9 bestimmt die Einkünfte des Regenten; ist die Regentschaft eine zeitig begrenzte, so soll die Rente aus dem Domanium gesetzlich festgesetzt werden, wenn dagegen der nächste Thronerbe die Regentschaft führt, so hat er den vollen Genuß des Domaniums mit der Verpflichtung, den an der Regierung verhinderten Landesherren standesgemäß zu unterhalten. § 10 setzt fest, daß wenn Agnaten des Biesterfeldschen Hauses nicht mehr vorhanden sind, die Krone der Linie Lippe-Weissenfeld zufällt. § 11 bestimmt, daß bezüglich der Mitgliedschaft der Gräflich Lippe-Weissenfeldschen Linie dieses Gesetz maßgebend ist, so lange diese Linie nicht ein

eignes Hausgesetz erläßt, das in diesem Teile der Zustimmung des Familienoberhauptes des Gesamthauses und des Lippeschen Landtages bedarf. § 12 bestimmt, daß, im Falle auch beide erbherrlich Gräflichen Linien aussterben sollten, die Krone an die Fürstlich Schaumburg-Lippesche Linie übergeht. Wer thronfolgeberechtigtes Mitglied dieses Hauses im Fürstentum Schaumburg-Lippe ist, soll auch die Thronfolgeberechtigung im Fürstentum Lippe haben. § 13 bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten soll und das Regentenschaftsgesetz vom 24. April 1895 aufgehoben wird.

12. November. Fürst Georg zu Schaumburg-Lippe erhebt gegen das Vorhaben der Lippeschen Regierung, die Thronfolge durch das dem gegenwärtigen Landtage vorgelegte Gesetz endgiltig zu regeln, Protest und begründet ihn durch eine umfangreiche Darlegung, in der er zunächst darauf hinweist, daß das Schiedsgericht keineswegs das Thronfolgerecht der Descendenz des Grafen Ernst zu Bielesfeld, sondern nur ihm persönlich zugesprochen habe.

Nur dort, wo die Verhältnisse ebenso lägen wie bei der Entscheidung des Rechts des Grafen Ernst, könnten daraus analoge Schlüsse gezogen werden. Der Thronfolge der Söhne des letztern stehe jedoch der Umstand entgegen, daß ihre Mutter, geborne Gräfin Karoline von Wartensleben, eine Dame aus niederem Adel sei, die mütterlicherseits der bürgerlichen Familie Falbach aus Amerika entstamme. Die im Jahre 1868 geschlossene Ehe habe der Beurteilung des Gerichts nicht unterlegen. Wenn es nun auch von diesem ausgesprochen worden sei, daß die Ehe mit einer Dame von niederem Adel im vorigen und im Anfange dieses Jahrhunderts keine Mißheirat war, so könne dieser Grundsatz über die Zeit von 1815 hinaus nicht anerkannt werden. Der Protest geht dann auf das Recht ein, wie es seit dem Inkrafttreten der deutschen Bundesakte für die souveränen Fürstenhäuser Geltung erlangt hat.

15. November. Der Landtag berät den Gesetzentwurf über die Thronfolge. Präsident v. Sengerke, ein konservativer und einige freisinnige Abgeordnete sprechen sich dafür, 2 konservative dagegen aus, worauf die Vorlage an eine Kommission geht.

20. November. Auf den Protest des Fürsten von Schaumburg-Lippe beschließt der Landtag, zu erwidern:

1. daß der Landtag kein Bedenken in die Erbfolgeschichtigkeit der erlauchten Söhne des Grafenregenten setzt; 2. daß der lippesche Landtag die Herstellung dauernder Zustände für eine Nothfrage und so dringend hält, daß baldige Klärung der Sachlage durch alle gesetzlichen Mittel unvermeidlich ist, und daß hierzu auch der Weg der Gesetzgebung gerechnet wird; 3. daß der Landtag deshalb erwarten darf, daß Seine Durchlaucht der Fürst zu Schaumburg-Lippe bis spätestens zum 1. Februar 1898 zur Geltendmachung den Weg gerichtlicher Entscheidung betritt; 4. daß, falls eine Klage innerhalb obiger Frist nicht erfolgt ist, der Landtag den Protest Seiner Durchlaucht ferner nicht berücksichtigen und versuchen wird, mit Seiner Erlaucht dem Grafenregenten Vereinbarungen zum Zwecke der Ordnung der Thronfolge- und Regentchaftsfrage zu schließen.



## Schaumburg-Lippe.

13. April. Der Landtag wird nach 13 Sitzungen geschlossen.

Außer dem Staatshaushalt, der mit rund einer Million Mark abschließt, ist noch eine Reihe anderer Gesetzesentwürfe beraten worden. Angenommen wurden ein Gesetz gegen das Spielen in nicht staatlich genehmigten Lotterieteilen und ein Gesetz, das den Bergbau auf Steinsalze und Sole zum Staatsregal erklärt. Im Zusammenhange damit wurde ein Vertrag des Ministeriums mit dem Kaufmann Meyer in Hannover genehmigt, durch den gegen 20 Prozent Anteil am Reingewinn diesem der Betrieb von Bergwerken auf Kali u. s. w. im Fürstentum als alleiniges Recht übertragen wird. Ein Gesetzesentwurf wegen Errichtung einer Handelskammer für den Umfang des Fürstentums wurde abgelehnt. Dem Landtage lag auch ein neues Einkommensteuergesetz vor, das die Selbststeinschätzung einführen soll, und zwar schon bei einem Einkommen von 1500 Mark an. Der Landtag setzte diese Stufe auf 3000 Mark fest und beschloß gleichzeitig, daß die Stufen bis 600 Mark ganz außer Hebung zu setzen seien. Das Ministerium glaubte unter diesen Veränderungen überhaupt keine Vorteile von dem Gesetz erwarten zu können und zog es zurück.

20. November. Tod des Staatsministers v. Wagnern.

## Freie Stadt Hamburg.

6. Februar. Der am 11. November 1896 begonnene Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter wird dadurch beendet, daß sich 65 Prozent der Ausständigen für, 35 gegen Wiederaufnahme der Arbeit erklären. Der Ausschuß der Arbeitnehmer, der den Ausstand geleitet hat, empfiehlt die Rückkehr zur Arbeitsstelle, indem er auf Wintersnot und Geldmangel hinweist. Die geeignete Zeit für die Wiederaufnahme des Kampfes müsse abgewartet werden; vielleicht kämen am 8. Februar noch vier Mark zur Auszahlung. Für den 8. Februar sei nichts mehr vorhanden. Am Abend kommt es zu Ausschreitungen am Hafen, in St. Pauli und in Altona.

Anfang März. Das Staats-Budget Hamburgs war für 1896 mit einem Fehlbetrag von rund anderthalb Millionen veranschlagt worden. Nach dem Bericht der Finanzdeputation in der Bürgerschaft ergibt der Abschluß nicht nur kein Defizit, sondern noch einen Ueberschuß von 163760 Mark. Die Gesamteinnahme war nämlich 74036260 Mark, die Gesamtausgabe 73872500 Mark. Mit der Höhe seines Staatshaushaltes steht Hamburg mit seinen 700000 Bewohnern unter den deutschen Bundesstaaten an vierter Stelle, es folgt nach Preußen, Bayern, Sachsen. Der Vor-

anschlag für 1897 ist in Betreff der Einnahmen um 8 Millionen höher veranschlagt.

27. Mai. Halbhundertjahrfeier der Hamburg-Amerika-Linie.

Anfang November. Der Bürgerschaft geht ein Antrag des Senats zu, betreffend das Staatsbudget für 1898. Darin sind die Einnahmen mit 77 406 696 Mark, die Ausgaben 79 392 638 Mark eingestellt. Fehlbetrag 1 985 942 Mark. Der Senat schlägt sechs Einheitsätze der Einkommensteuer à 2 800 000 Mark = 16 800 000 Mark vor. (Bisher 5½ Einheitsätze à 2 700 000 Mark.)

## Elsaß-Lothringen.

### I.

### Landesausschuß.

28. Januar. Die 24. Tagung des Landesausschusses wird durch den Statthalter mit einer Ansprache eröffnet, die erfreuliche Ueberschüsse in den Finanzen des Landes während der Etatsjahre 1895/96 und 1896/97 feststellt als Folge der erhöhten Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern des Reiches sowie einer beträchtlichen Steigerung der Erträgnisse der eignen Einnahmequellen des Landes. Dank der seit einer Reihe von Jahren bestehenden günstigen Finanzlage konnten auf den verschiednen Gebieten der Verwaltung zahlreiche gemeinnützige Unternehmungen zur Ausführung gelangen. Auch im Etatentwurf für 1897/98 sind reichliche Fonds für bedeutungsvolle Unternehmungen in den einzelnen Verwaltungszweigen vorgesehen; insbesondre soll durch die Gewährung von Landeszuschüssen der Bau mehrerer wichtigen Eisenbahnlinien ermöglicht werden. Zum Vorsitzenden wird Fabrikant Dr. v. Schlumberger aus Gebweiler gewählt.

2. Februar. Unterstaatssekretär von Schraut legt den Etat vor und führt aus, daß die andauernd günstige Finanzlage zum geringern Teil aus den Ueberweisungen des Reiches, zum größern Teil aus der steigenden Tendenz der Landeseinnahmen herstamme.

16. Februar. Winterer befragt die Regierung wegen der jüngsten Rede des Statthalters und der in derselben ausgesprochenen Aussicht auf strenge Maßnahmen gegen einen Teil der einheimischen Presse. Redner wünscht, solche Maßnahmen würden vermieden werden. Hierauf erwidert der Staatssekretär von Puttkamer:

Dem Wunsche, es möge keine Veranlassung gegeben werden, den sogenannten Diktaturparagraphen in Anwendung bringen zu müssen, kann ich nur vollkommen beistimmen. Es ist gewiß nicht die Absicht des Statthalters gewesen, seine Worte deuten keineswegs darauf hin und es ist eine willkürliche Bezeichnung, wenn angenommen wird, daß Maßregeln auf Grund des Diktaturparagraphen erlassen werden sollten. Wenn der Statthalter in der gewissenhaften Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten bestraft ist, die Ruhe und Ordnung zu erhalten im Lande, die gestört werden kann auch durch Worte, wenn er in seiner wohlwollenden Absicht, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, gekreuzt wird durch agitatorische Separartikel, wie sie noch zahlreich in der Presse des Landes, besonders in einem Blatte in Kolmar, erscheinen, so muß er sich die Anwendung der Bestimmungen vorbehalten, die er für die richtigen hält. Niemand würde diese Notwendigkeit mehr bedauern als der Statthalter selbst. Die Absichten des Statthalters sind die wohlwollendsten für das Land; er hat wohlwollend gemahnt von dem Gesichtspunkte aus, daß seine Wünsche, daß seine Anträge beim Bundesrat nicht durchkreuzt werden durch böswillige, agitatorische Presseartikel. Man spricht oft davon, daß die Regierung ein Interesse daran habe, den sogenannten Diktaturparagraphen aufrecht zu erhalten; das ist nicht der Fall; wenn es aber bestehen sollte, so könnte die Regierung keinen besseren Bundesgenossen sich wünschen, als die systematische Agitation einiger Blätter. Ich kann die Erklärung abgeben, daß der Statthalter aufs äußerste bestrebt sein wird, die Anwendung des sogenannten Diktaturparagraphen zu vermeiden, wenn es irgend möglich ist.

**11. März.** Der Landesausschuß nimmt den Etat für 1897/98 ohne wesentliche Aenderung des Regierungsentwurfs in zweiter Lesung an. Der Etat balancirt mit 57 095 214 Mark. Zur weiteren Durchführung des Dienstaltersstufensystems für die Subalternbeamten werden die nötigen Mittel bewilligt.

**6. November.** Bei den Neuwahlen für die nach § 13 des Gesetzes betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. Juli 1879 gewählten und nach dreijähriger Mandatsdauer ausscheidenden Abgeordneten zum Landesausschuß werden die bisherigen 24 Abgeordneten wiedergewählt.

## II.

### Maßregeln.

**26. März.** Der Statthalter erläßt folgende Bekanntmachung: Die „Kolmarer Zeitung“ und das „Mülhäuser Volksblatt“ haben in ihrer Nummer vom 21. März d. J. unter der Ueberschrift „Wir machen nicht mit“ gleichlautende Artikel über die Zentenarfeier Kaiser Wilhelms I. gebracht, in denen sie gegen eine Teilnahme der Eingebornen in schöner Weise Stellung nehmen. Wenn für diesen Standpunkt der Sache Gründe geltend gemacht worden wären, hätte die Regierung zu einem Vorgehen gegen diese Blätter keinen Anlaß. Der Artikel verunglimpft aber das Andenken an die Person des großen Kaisers, der als blutdürstiger Eroberer hingestellt

wird. Blätter, von denen derartige Schmähungen bei einer Feier, die vom gesamten Deutschland mit größter Begeisterung begangen wurde, ausgehen, beleidigen in größter Weise das Gefühl des deutschen Volkes und verfolgen offenbar den Zweck, die Bevölkerung mit Haß gegen das deutsche Kaisertum zu erfüllen. Diese stellen unter den in Elsaß-Lothringen gegebenen Verhältnissen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, die die Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Nachtmitteln zu bekämpfen verpflichtet ist. Dementsprechend hat der Kaiserliche Statthalter auf Grund der ihm verliehenen außerordentlichen Gewalten des Staates das Erscheinen der genannten beiden Blätter verboten.

9. April. Der französische Jesuitenpater Murry in Metz, der die Vorrede zu dem Werke *Les Jesuites à Metz* von Biausson-Ponte in Nancy geschrieben hat, ein Werk, das die gehässigsten Ausfälle gegen die deutsche Armee und die deutsche Regierung enthält, wird auf Grund der allgemeinen Ausweisungsbefugnis des Bezirkspräsidenten aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen.

### III.

## Univeritätsjubiläum.

1. Mai. In Straßburg findet die Feier des 25 jährigen Bestehens der Universität in Gegenwart zahlreicher früherer Besucher derselben statt.

2. Mai. Der Statthalter, Fürst zu Hohenlohe-Schwanburg bringt bei einem vom Rektor und dem Senate der Universität gegebenen Festmahle einen Trinkspruch aus, in dem er betont, er komme vor allen Dingen der ehrenvollen Aufgabe nach, in Vertretung des Kaisers die Repräsentanten der Universität und deren Gäste herzlich zu begrüßen. Der Fürst führt sodann weiter aus:

Als vor 25 Jahren unser großer Kaiser die einst so berühmte altbewährte Universität hier wieder ins Leben rief und deren Neubegründung anordnete, geschah dies in der ausgesprochenen Absicht, eine geistige Brücke zwischen Altdeutschland und dem wieder gewonnenen Lande zu schlagen, die auf dem neutralen Boden der Wissenschaft die Annäherung der solange getrennten Brüder erleichtern und zu gleicher Zeit auf die herrschenden politischen Gegensätze einwirken sollte. Mit Jubel wurde damals in ganz Deutschland der Gedanke begrüßt, daß durch ein geistes Band Elsaß-Lothringen enger an Alt-Deutschland angeschlossen und die gemeinsame geistige Arbeit uns gegenseitig rasch näher bringen würde. Die junge Hochschule blühte freudig empor und hochbedeutsame Männer der Wissenschaft widmeten und widmen noch heute ihre ganze Kraft der ihnen anvertrauten gewichtigen Aufgabe, damit das junge Reich gedeihe und wachse.

## IV.

**Bezirkstagswahlen.**

8. August. Bei diesen Wahlen halten die Sozialdemokraten mit den Klerikalen und den Protestanten zusammen. Gewählt werden u. a. der Sozialdemokrat Bueb in Markirch und der demokratische, evangelische Protestanter Preiß in Rappersberg.

**Österreich-Ungarn.**

## A.

**Österreich.**

## I.

**Nationalitätenstreit in Böhmen.**

Anfang Juli. Nachdem den Deutschböhmen durch Schluß des Abgeordnetenhauses die Waffe der parlamentarischen Obstruktion gegen die Sprachenverordnungen entzogen ist, versuchen sie es mit dem Gemeindestreik, um der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Täglich mehrt sich die Zahl der deutschen Gemeinden, die sich diesem Streik anschließen. Dahin gehören die Städte Schönfelden, Leitmeritz, Brüx, Teplitz, Grottau, Aussig, Karbitz, Gablonz und Krems (Niederösterreich).

10. Juli. Mit Bezug auf das behördliche Verbot eines deutschen Volkstags in Eger erlassen die hier versammelten 73 Abgeordneten des deutschen Volkes in Böhmen eine Erklärung an ihre Wähler, in der es heißt:

Wir werden alle Mittel mit der uns durch solches Vorgehen der Regierung zur Pflicht gemachten Rücksichtslosigkeit anwenden, um dem in seinem Rechte verletzten deutschen Volke Genugthuung zu verschaffen. Während ähnlichen Veranstaltungen der Tschechen und volksverräterischen Parteien seitens der Regierung kein Hindernis bereitet wird, zeigt dieses Verbot von dem ungleichen Maße, mit dem die Regierung mißt. Es ist ein neuer Beweis der feindseligen Haltung der Regierung gegen unser Volk. Deutsche in Österreich! Wir harren aus und werden, solange die Sprachenzwangsverordnungen in Geltung bleiben, den bisherigen entschiedensten Widerstand gegen jede Regierung fortsetzen; wir halten die Ueberzeugung fest, daß das mit uns kämpfende deutsche Volk dieses Verhalten verstehen und auch fernerhin billigen wird. Mag der Kampf auch schwere und große Opfer verlangen, endlich muß er zum Siege führen und diese Regierung vergehen; das deutsche Volk und sein Recht werden immerdar bestehen.

11. Juli. Trotz Verbots des deutschen Volkstags in Eger

kommen hier große Volksmengen aus ganz Deutschböhmen zusammen. Die Stadt ist mit Fahnen in schwarz-rot-gold geschmückt. Abzeichen in denselben Farben sowie Kornblumensträuße werden von der Menge getragen. Die Versammlung stößt auf bewaffneten Widerstand. Nach einem Proteste Funkes gegen das Vorgehen der Behörde fordert Abgeordneter Fro auf, sich von Gendarmen und Finanzwachleuten, besonders aber von der tschechischen Staatspolizei, von der man sechzig Mann nach Eger hatte kommen lassen, nicht herausfordern zu lassen; es scheine, als wolle man die Deutschen mit dieser nur herausfordern, aber es wäre schade, wenn nur ein Tropfen deutschen Blutes fließen würde. Unter Heilrufen und dem Absingen der „Wacht am Rhein“ setzt sich der Zug gegen die Stadt in Bewegung. Gegen zehn Uhr langt er beim Stadthause an. Die Bezirks- und Gemeindevorsteher begeben sich in den geräumigen Hofraum, die Abgeordneten auf dessen Galerie. Funke betont in längerer Rede, daß der Volkstag trotz des Verbotes abgehalten werde und einen Verlauf nehme, wie er schöner und imposanter nicht gedacht werden könne. „An dieser historischen Stätte geloben wir, Deutsche zu bleiben und nicht zu ruhen und zu rasten, bis der Sieg unser und die Sprachenverordnung abgeschafft ist.“ Abgeordneter Pergelt verliest obigen Aufruf. Hierauf spricht nochmals Funke: „Wir werden im Kampfe bleiben, bis das Ziel errungen ist, mit einer Kraft, die man dem deutschen Volke nicht zugetraut hat, aber ohne den Boden des Gesetzes zu verlassen. Man wird zittern vor dem deutschen Volke. Die Verwendung der tschechischen Polizei aus Prag und der Finanzwache werden unvergessen bleiben.“ Redner betont die Zusammengehörigkeit aller Deutschen und deren treues Zusammenstehen und schließt mit Heilrufen auf das heißgeliebte deutsche Volk. Nach seiner Rede, die helle Begeisterung hervorruft, leert sich langsam unter Hochrufen auf die Abgeordneten das Versammlungslokal. Währenddem haben sich Gendarmerie und Finanzwache in der ganzen Breite des Marktplazes aufgestellt und die angesammelte Volksmenge einigemal zurückgedrängt. Als die Versammlung im Stadthaus beendet ist, nimmt die Gendarmerie auf dem obern Marktplatz Aufstellung und rückt mit gefälltem Bajonett unter dem Kommando eines Rittmeisters trotz des Protestes der Abgeordneten über den Marktplatz vor, die Leute in die Gassen drängend, die abgesperrt wurden. Langsam weichen die Menschenmassen zurück. Die Mittagsszüge bringen abermals Tausende von Gästen. Diese dürfen nicht in die Stadt und ziehen deshalb über die Grenze nach Waldbassen in Bayern, gleichzeitig auch die in der Stadt Anwesenden. In Waldbassen wird eine beabsichtigte Versammlung unter freiem Himmel auf Ansuchen der

Behörde von Eger verboten. Mindestens 10000 Personen sind angesammelt. Den Rückkehrenden geht eine riesige Menschenmenge entgegen. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen.

30. Juli. Eine Abordnung des Exekutivkomitees der jugoslawischen Partei überreicht dem Vertreter des Statthalters einen Protest „gegen Verfolgung der Tschechen im sogenannten geschlossenen deutschen Sprachgebiete.“ Darin heißt es:

Der Kampf, den die Deutschen gegen die für das Königreich Böhmen und die Markgrafschaft Mähren erlassenen Sprachverordnungen eröffnet haben, ist kein Kampf der oppositionellen deutschen Partei gegen die Verfügungen der Regierung mehr, sondern gestaltet sich zu einem offenen Angriff auf die staatsrechtliche Einheit des Königreiches Böhmen, auf die gesetzlich anerkannte Gleichberechtigung der tschechischen Sprache mit der deutschen in den Ländern der böhmischen Krone, ja derselbe ist in seinen Folgen zu einer unerhörten Verletzung der natürlichsten Rechte eines jeden Menschen auf die Bewahrung seiner Nationalität und den Gebrauch seiner Muttersprache selbst im Privatleben ausgeartet. Mit einer unerhörten, eines gebildeten Volkes unwürdigen Festigkeit und Leidenschaftlichkeit werden an vielen Orten unseres Vaterlandes die Ehre, die Existenz und die persönliche Freiheit Einzelner angegriffen, die ihrer tschechischen Abstammung treu geblieben sind und denen das Schicksal den Wohnsitz in Gemeinden mit deutscher Majorität angewiesen hat. Es ist ein wahrer Schandfleck der Humanität, daß inmitten von Europa, in kulturell so entwickelten Ländern, wie die böhmischen Länder, es möglich und zugelassen wird, daß die Nationalität und die Sprache der Majorität im Lande geschändet wird, daß den Tschechen Ämter, Dienststellen und Wohnungen gekündigt werden, daß sie, weil sie tschechisch sprechen und gesinnt sind, öffentlich verhöhnt, mißhandelt, ja sogar verhaftet und eingekerkert werden, daß es ihnen verwehrt wird, in den Kirchen tschechisch zu beten, tschechisch das Andenken ihrer Toten zu ehren, und daß Tschechen, die zu einer Privatunterhaltung versammelt sind, gewaltsam bedroht werden. Es ist geradezu unglaublich, daß es möglich ist, daß in einem Rechtsstaate, in dem freisinnige Staatsgesetze gelten, vor den Augen der Regierungsorgane systematisch und offen dahin gearbeitet wird, die Landesangehörigen, die Mitglieder der historischen, czechischen Nation aus einem Teile des Königreiches Böhmen hinauszubringen und hinauszusetzen. Mit Verwunderung muß es jeden erfüllen, daß die öffentlichen Organe, die zum Schutze der bürgerlichen Freiheiten berufen sind, diesen Angriffen auf die tschechische Nation, zu der auch außerhalb der Grenzen des Landes Hilfskräfte berufen werden, nicht steuern können oder nicht wollen, daß sie dem vaterlandsverräterischen Vorgehen, das jede Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und Verständnisses beider Nationalitäten, wie es von uns stets gewünscht wird, schon im Keime vernichtet, nicht Einhalt zu thun vermögen.

Sämtliche Egerer Advokaten richten an den obersten Gerichtshof eine Angabe, die in dem Ersuchen gipfelt, der oberste Gerichtshof möge aussprechen, daß die Aenderung eines Gewohnheitsrechtes überhaupt und die Aenderung der in der Stadt Eger gewohnheitsrechtlich seit Jahrhunderten bestehenden deutschen Gerichtssprache, weil auf dem Gewohnheitsrechte beruhend, insbesondere durch die Exekutive unzulässig sei, und daß es daher bei der bisherigen, seit

Jahrhunderten bestehenden Gewohnheit der deutschen Gerichts- und Verhandlungssprache bei den Gerichten in Eger sein Verbleiben habe.

8. August. Die in Prag versammelten Vertreter der drei deutschen Parteien Böhmens, der deutschen Fortschrittspartei, der deutschen Volkspartei und der Schönerer-Partei, nehmen entschiedene Stellung gegen das neuerdings von den Jungtschechen angenommene System, durch Beschwerdeführung gegen Tschechenverfolgungen im geschlossenen deutschen Sprachgebiete die Staatsstreue des deutsch-böhmischen Volkes bei der Regierung zu verdächtigen.

18. August. Der Ministerpräsident Graf Badeni erläßt Einladungen zu einer Konferenz im Palais des Ministerrats, die am 26. d. M. stattfinden soll. In dieser Konferenz sollen folgende Entwürfe besprochen werden: ein Landesgesetz betreffend den Gebrauch beider Landessprachen bei autonomen Behörden und Organen, eine diesem Landesgesetze angepaßte Ministerialverordnung, die die Sprachenverordnungen vom 5. April abändert und gleichzeitig mit diesem Landesgesetze in Kraft zu treten hätte; ferner Gesetznovellen zur Landesordnung und Landtagswahlordnung, ein Landesgesetz betreffend die Bildung der Landtagskurien in Böhmen, ein Landesgesetz betreffend die Errichtung nationaler Minoritätsschulen und ein Reichsgesetz betreffend die Organisation der Kreisämter in Böhmen.

21. August. Infolge von tschechischen Ausschreitungen gegen Deutsche wird die Stadt Pilsen militärisch besetzt.

22. August. Der im Juni verbotene deutsche Volkstag zu Asch soll nun abgehalten werden; er wird jedoch abermals verboten. Es treffen 500 Personen mit der Bahn ein, die unter dem Gesänge der „Wacht am Rhein“ die Stadt durchziehen und sich dann über die Grenze nach Bayern begeben. Hier zurückgewiesen, machen sie an der Grenze halt; es werden mehrere Reden gehalten, aber die Gendarmerie rückt gegen die Menge vor. Es kommt in Asch zur Abspernung von Straßen und zu Verhaftungen.

23. August. Die Versammlung der deutsch-böhmischen Abgeordneten in Prag unter dem Vorsitz des Oberfilandmarschall-Stellvertreters Lippert beschließt einstimmig die Ablehnung der Badenischen Konferenzeinladung sowie mit keiner Regierung in Verhandlung zu treten, bevor nicht die Sprachenverordnungen zurückgezogen seien. In den Verhandlungen dieser Versammlung wird namentlich auf die Treulosigkeit der andern Vertragsparteien von 1890 hingewiesen und auf die bitteren Enttäuschungen, die dem deutschen Volke damit bereitet wurden. Ferner wird hervorgehoben, daß die Einladungen zu der Konferenz einen Hinweis auf die der Konferenz vorzulegenden Entwürfe enthalten, welche Ent-



würfe die tschechischen Wünsche berücksichtigen, die deutschen Wünsche aber, die schon in den Ausgleichskonferenzen von 1890 zugestanden worden waren, nämlich Abgrenzung der Bezirke und des Kurienveto, nicht.

**24. August.** Der Vollzugsausschuß der freisinnigen tschechischen Partei in Prag erläßt eine Protesterklärung, in der es heißt:

Die deutschen Abgeordneten aus Böhmen, die sich am 23. v. M. in Prag versammelt haben, um über die Antwort auf die Einladung des Ministerpräsidenten zu den Wiener Konferenzen zu beraten und zu beschließen, haben die Kühnheit gehabt, auf Antrag des Abgeordneten Schüder ihrer tiefsten Entrüstung Ausdruck zu geben über die rohen Angriffe und blutigen Gewaltthätigkeiten, die angeblich an deutschen Landesgenossen in Böhmen von der tschechischen Bevölkerung verübt wurden, welche letztere angeblich systematisch gegen die Deutschen geheßt wird. Daran wurde die Klage angeschlossen, daß die Deutschen in Böhmen nicht mehr die ihnen durch die Gesetze gewährleistete persönliche Sicherheit genießen und daß ihnen auch der staatliche Schutz nicht in hinreichendem Maße gewährt werde. Diese Worte, durch die der Wahrheit in gräßlichster Weise ins Antlitz geschlagen wird und durch die der wahre Stand der Thatsachen abgeleugnet und gefälscht wird, erheischen von unsrer Seite eine sofortige Antwort. Nachdem von tschechischer Seite bis in letzter Zeit nicht ein einziger Angriff gegen die Deutschen verübt wurde, fordern wir die deutschen Abgeordneten, sofern sie als Männer gelten wollen, die ihre persönliche Ehre und die Wahrheit achten, auf, daß sie diese lähne Behauptung nachweisen und konkrete Fälle anführen, in denen sich Tschechen den Deutschen gegenüber Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen ließen.

Infolge des Beschlusses der deutschböhmisches Abgeordneten vom 23. August läßt der Ministerpräsident denjenigen böhmischen Parteiführern, die die Einladung zur Ausgleichskonferenz angenommen hatten, mitteilen, daß diese nunmehr als gegenstandslos unterbleibe.

**1. September.** Unter Teilnahme einer Anzahl von Deutschböhmen findet in Leipzig ein von zweitausend Personen besuchter Festkommerz statt.

v. Pfister-Schwaighufen, Professor an der technischen Hochschule zu Darmstadt und Major a. D., legt die Entwicklung des deutschen Gedankens von der Zeit der Befreiungskriege an bis auf unsre Zeit dar und erklärt die Bedeutung der von den Deutsch-Oesterreichern geführten alten deutschen Farben schwarz-rot-gold. Nach dem begeisterten Gesang des deutschen Vaterlandsliedes hebt Anwalt Karg aus Eger die Bedeutung des Kampfes der Deutsch-Oesterreicher in Böhmen für die germanische Kultur hervor, worauf Hofor, Redakteur der „Egerer Nachr.“ in längerer Rede sagt: Wir würden einen verzweifeltsten Kampf führen, wenn wir nicht wüßten, daß unsre Brüder hinter uns stehen, wenn wir nicht wüßten, daß fünfzig Millionen unsrer Stammesgenossen sich dessen bewußt sind, daß wir acht Millionen Deutsche der Ostmark gleichen Blutes und gleichen Stammes sind. Der harte Kampf und das heiße Ringen, das wir heute durchzumachen haben, um was handelt es sich denn, und wer hat diesen harten Kampf uns aufgedrungen? Ein Pole war es, der da vermeinte, daß es möglich sei, auf dem mächtigen deutschen Eichbaume Kartoffeln zu pflanzen. Und ein Pole war es, der da

sich dachte, als er sah, daß seine neue Gartenbaukunst sich nicht bewährte an der deutschen Eiche, es genüge nur, wasserpolatische Suchtenstiefeln anzuziehen. Aber wir sind überzeugt, daß er sich an der deutschen Eiche den Fuß verstauchen wird und daß er wird hinkend wieder in seine Polatsci zurückkehren müssen. Um was handelt es sich bei den Sprachenverordnungen? Angeblich handelt es sich lediglich darum, daß in den Ländern zweisprachig amtirt wird, d. h. daß der Amtsverkehr ein deutscher sowohl als ein tschechischer sein kann. Heute wird darnach gestrebt, die deutsche Nation der Ostmark einfach zum Kulturbünger minderwertiger slawischer Nationen zu machen! Wenn wir sehen, wie wenig die nationaldeutschen Interessen beachtet werden von den maßgebenden Kreisen gegenüber denen der Slawen, da müßten wir ja ein Hasenherz in der Brust haben, wenn wir nicht vor Wut aufschreien würden. Wir ostmärker Deutschen haben eine geschichtliche Aufgabe, und wir sind von dem deutschen Volke ganz besonders dafür ausgelesen, für die gesamte Nation den Sauerteig zu bilden. Aus diesem Grunde werden wir bestrebt sein, den wahren, echten deutschen Charakter zu bewahren. Wir betrachten uns in gewisser Art als einen Wartturm, der da aufgebaut wurde, und hinter dem sich die großdeutsche Burg befindet. Er ist etwas klein, etwas losgetrennt, aber wenn die Mannschaft in diesem Wartturm stark und trugig ist, und wenn sie dem anstürmenden Feinde zu schaffen macht, dann ist die Burg in der Lage, sich zu rüsten, dann ist sie in der Lage, mit Erfolg dem anstürmenden Feinde entgegenzutreten. Und von dieser Wartburgaufgabe sind wir tief durchdrungen; in unsern Herzen loht mächtig und gewaltig die innige, heiße Liebe zu unsrer Almmutter Germania, und diese Liebe hört nie und nimmer auf. Mag man mit uns zu Hause thun, was man will, mag man uns zu Hochverrätern stempeln, uns liegt nichts daran, wir wollen in den Augen dieser Polaken und Tschechen lieber als Hochverräter denn als Volksverräter gelten.

**5. September.** Ein von 660 Teilnehmern besuchter tschechischer Parteitag in Prag nimmt einstimmig einen Beschlusstrag an, der die Sprachenverordnungen mit dem Wunsche ihrer Ausdehnung auf Schlesien lebhaft begrüßt, sich in einer scharfen Polemik gegen die deutschen Obstruktionsparteien ergeht, über die Zurücksetzung der Tschechen bei der Besetzung hervorragender Verwaltungsstellen Klage erhebt und über die Haltung der Deutschen gegenüber den tschechischen Minoritäten sowie über die Haltung einzelner Regierungsorgane gegenüber den Tschechen Beschwerde führt.

**6. September.** Redakteur Hofner wird wegen seiner Leipziger Rede in Eger verhaftet, was zu einigen Unruhen führt.

**28. September.** Eine Versammlung der jungtschechischen Vertrauensmänner in Prag beschließt eine Erklärung, in der sie die Abgeordneten beauftragt, auch zukünftig mit aller Entschiedenheit die Verwirklichung der staatsrechtlichen, nationalen, politischen und sozialen Forderungen des Tschechenvolkes anzustreben.

**Anfang Oktober.** Professor Mommsen in Charlottenburg spricht sich in der Wiener „N. Fr. Presse“ etwa also aus:

Glauben Sie es nur, daß wie die Oesterreicher nach Deutschland auschauen, so auch die Deutschen nach Oesterreich, und daß auch uns das Herz blutet bei diesen unerhörten Ehrlosigkeit und Gewaltthaten.

Es ist für uns Reichsdeutsche eine unsäglich Pein, dem Selbstmorde dieser Monarchie, dem cisleithanischen Wahnsinn, dem Stumpfsinn der transleithanischen sogenannten Liberalen und der Entmannung derjenigen Katholiken, denen der Rosenkranz über das Vaterland geht, zuzuschauen zu müssen, ohne auch nur den Versuch machen zu dürfen, zu helfen. Sie wissen, daß wir das nicht können. Oesterreich ist, so lange der deutsche Kitt es zusammenhält, zur Zeit noch ein großer Staat. Seid hart! Vernunft nimmt der Schädel der Tschechen nicht an, aber für Schläge ist auch er zugänglich. Es ist mit unzeitiger Nachgiebigkeit in Oesterreich viel gesündigt und viel verborben worden. Es geht um alles; Unterliegen ist Vernichtung. Die deutschen Oesterreicher können aus den Marken, die sie materiell und zivilisatorisch zur Blüte gebracht haben, nicht auswandern wie die Juden aus Rußland.

## II.

### Parteitage.

11. Juli. In Magensfurt findet ein von 800 Teilnehmern besuchter Parteitag der deutschen Volkspartei der Alpenländer statt. Einstimmig wird die Solidarität mit den Deutschen Böhmens und Mährens beschlossen und es als Gebot der nationalen Ehre bezeichnet, jeden Ausgleichversuch zurückzuweisen, so lange die Sprachenverordnungen aufrecht erhalten blieben, sowie allen Gewaltmaßregeln Widerstand bis aufs äußerste entgegenzusetzen. Der Salzburger Abgeordnete Sylvester erklärt, die deutsche Gemeindebürgerschaft müsse zur deutschen Eidgenossenschaft werden, der Kampf sei fortzusetzen, bis das Ministerium gefallen und die Sprachenverordnungen zurückgenommen seien. Der Landtagsabgeordnete Derschatte sagt, es handle sich nicht bloß um den Ausgleich in Böhmen, sondern um den Ausgleich des ganzen deutschen Volkes mit dem Staate Oesterreich.

14. Juli. Die in Jena stattfindende „Hauptversammlung des Allgemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ beschließt zu den österreichischen Sprachenverordnungen eine Erklärung, in der es heißt:

Es ist aufs höchste zu beklagen, daß im Deutschen Reiche weite Kreise dem schweren Ringen unsrer deutschen Brüder gleichgültig und teilnahmslos zusehen. Ist doch das nationale Gefühl unsers ganzen deutschen Volkes schwer verletzt, kann doch unser Deutsches Reich nimmermehr es geschehen lassen, daß seine wertvolle Vormauer, die im Südosten durch deutsche Arbeit, deutsche Kultur und deutschen Opfermut geschaffen worden, ganz allmählich, aber sicher in Trümmer sinke. Darum bezeugen wir hierdurch den wackern deutschen Kämpfern in Böhmen, vorab deren Führern, unsre wärmste Teilnahme und fordern sie im Namen aller Deutschen auf, mit unentwegtem Mannesmut und altbewährter Treue Stand zu halten bis zum völligen Siege ihrer gerechten Sache, für die die jetzt er-

folgte, von uns allen herzlich begrüßte Einigung aller deutschen Parteien Böhmens die sichere Bürgschaft bietet.

16. Juli. Einer an der Universität zu Heidelberg erfolgten Anregung folgend, erlassen 816 Professoren der 21 deutschen Universitäten folgende öffentliche Erklärung:

In dem großen und schweren Kampfe, den heute die Deutschen Oesterreichs um ihre nationale Existenz, ihre berechnigte Stellung in der alten, von ihnen geschaffnen und in erster Linie durch ihre Kraft erhaltenen habsburgischen Monarchie zu kämpfen gezwungen sind, hat die Prager Universität, die älteste deutsche Zunge, mannhaft das Wort ergriffen, um auf gefeßlichem Wege die großen Gefahren zu betonen, die ihr, der uralten Stätte deutscher Wissenschaft, und dem ganzen deutschen Volkstum in Böhmen und Mähren drohen. Die unterzeichneten ordentlichen Professoren der Universitäten des Deutschen Reichs drücken den Kollegen der ehrwürdigen Oesterreichischen Schwesteruniversität ihre wärmsten und lebhaftesten Sympathien zu ihrem Vorgehen aus und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß Millionen nationalgefinnter Bürger des Deutschen Reichs mit ihnen in diesen Gefühlen sich einig wissen.

Anfang August. Der Rektor der Universität Prag, Professor Marth, erläßt an die Rektoren der deutschen Universitäten ein Dankschreiben.

15. August. In der eine Sprachinsel bildenden deutschen Stadt Gottschee in Krain findet die Hauptversammlung des deutschen Vereins „Südmark“ statt, eines nichtpolitischen deutsch-nationalen Schutzvereins, der sich die Aufgabe gestellt hat, insbesondere das deutsche Grundbesitzertum, die deutsche Bauernschaft an der deutsch-slowenischen und deutsch-italienischen Sprachengrenze wirtschaftlich zu konserviren und zu kräftigen, um auf diese Weise einen festen Damm gegen Slowenisirung und Verwelschung zu schaffen. In der Hauptversammlung, in der 51 Ortsgruppen vertreten sind, giebt der Vereinsobmann, der steirische Reichsratsabgeordnete Hofmann v. Wellenhof, seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß die „Südmark“ ihre diesmalige Hauptversammlung in einem bisher noch nicht betretenen Gebiete, nämlich in Krain, abhält. Wern sei man der Einladung der Gottscheener gefolgt, schon deshalb, um zu zeigen, daß es in Krain alt ererbtes deutsches Besitztum zu schützen gelte. „Wir sind nicht im mindesten gesonnen, uns diesen deutschen Besitz, unser Eigentum, unser rechtmäßiges Vätererbe rauben zu lassen, jenen deutschen Boden in krainischen Landen, der die Brücke zur Adria bildet.“ Der Bürgermeister von Gottschee äußert seine lebhafteste Befriedigung, daß Stadt und Gebiet von Gottschee in so gefahrvoller Zeit, da innere Festigkeit und der von der Natur geschaffne Grenzwall nicht mehr stark genug wäre, der feindlichen Flut erfolgreichen Widerstand zu leisten, durch die Kampfgenossenschaft der deutschen Brüder im gesicherten Hinterlande einen starken Rückhalt gefunden hätten. So

werde es gewiß möglich sein, den altdeutschen Boden dem deutschen Volkstum ungeschmälert zu erhalten.

**12. September.** In Tetschen findet ein von 1300 Vertrauensmännern aus ganz österreichisch Schlesien besuchter deutscher Volkstag statt, der drei Erklärungen beschließt. Die erste richtet sich aufs entschiedenste gegen die Sprachenverordnungen, billigt durchaus die Haltung und Taktik der Deutschen Böhmens und drückt das tiefste Bedauern darüber aus, daß einzelne aus Deutschen bestehende Parteien im gegenwärtigen schweren und folgenreichen Kampfe des deutschen Volkes in Oesterreich abseits stehen, ja sogar die Gegner unterstützen. Die zweite Erklärung lautet:

Der deutsche Volkstag spricht seine lebhafteste Entrüstung darüber aus, daß die schlesische Bevölkerung slawischer Junge durch systematische Agitation der böhmisch-mährisch-tschechischen und der galizisch-polnischen nationalen Partei gegen ihre deutschen Landsleute aufzuheizen gesucht wird, weist diese Agitation als fremde Einnischung in die Verhältnisse unsers Heimatlandes auf das allerentschiedenste zurück und erklärt, daß die in jeder Beziehung günstige Entwicklung Schlesiens in erster Linie dem friedlichen Zusammenleben des schlesischen Volkes sowie der die Interessen aller Volksstämme berücksichtigenden Thätigkeit der Deutschen in Schlesien zu verdanken ist. Aus diesem Grunde würde durch eine Aenderung in den bestehenden Verhältnissen, durch Errichtung oder Förderung nationaler Unterrichtsanstalten, durch Erlassung von Sprachenverordnungen für Schlesien eine schwere Gefahr für das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung hervorgerufen werden, weshalb sich der deutsche Volkstag gegen die Verstaatlichung des tschechischen Gymnasiums in Troppau, gegen die Förderung des polnischen Gymnasiums in Tetschen und gegen die angeforderte Erlassung einer Sprachenverordnung für Schlesien auf das entschiedenste verwahrt.

Die dritte Erklärung wendet sich gegen die Verflechtung der Schule und die Untergrabung des 1869er Reichsvolksschulgesetzes.

**14. September.** Auf dem altslowenischen Kongresse in Laibach, wozu 1700 Delegirte erschienen sind, sagt der Abgeordnete Sustercic, der Rechten könne es nicht genügen, wenn in ihrem Geiste verfaßte Gesetze beschlossen werden, sondern sie müsse auch verlangen, daß in ihrem Geiste administriert werde. Bei den letzten Verhandlungen mit den Rechtensführern habe Wadeni denselben erklären lassen, daß er sich auf die Rechte stützen wolle. Wadeni habe jedoch gar nichts versprochen, weshalb die damaligen Verhandlungen resultatlos geblieben seien. Die Slowenen müßten sich auf eine mehrjährige entschiedene Opposition vorbereiten. Die Slowenen hätten verlässliche Verbündete und hofften deshalb, daß die damalige Majorität fest bleibe und die Durchführung ihres Programms erwirken werde. Der Istrianer und kroatische Abgeordnete Spincic führt aus, Istrien sei seit Jahrhunderten eine österreichische Provinz; der einzige Grund, sich dessen zu freuen, sei, daß die Istrianer mit andern Slawen in einem

Reiche leben; einen andern Grund, sich der Zugehörigkeit zu erfreuen, gebe es nicht, denn die istrianischen Slawen hätten sich unter venezianischer Herrschaft besser gestanden als jetzt. Die slawische Liturgie sei heute ein Verbrechen. Der slowenische Abgeordnete Podšce bringt eine Erklärung ein, die Regierung solle dem Parlament Gesetze vorlegen, wodurch allen Nationen nationale Autonomie gewährt und besondere nationale Kulturvertretungen geschaffen würden, die in allen nationalen und sprachlichen Fragen selbständig beschließen und entscheiden. Andre Erklärungen beziehen sich auf die vollständige Durchführung der nationalen Gleichberechtigung der Südslawen in Krain, Steiermark und Kärnten sowie auf das Verbleiben der südslawischen Abgeordneten in der Parlamentsmehrheit, so lange diese entschieden und unabhängig von momentanen Tendenzen ihr Programm thatsächlich ausführe.

11. Oktober. In der Jahresversammlung des katholischen Volksvereins für Oberösterreich in Linz erklärt der Abgeordnete Dr. Ebenhoch, Hausbesitzer in Linz, daß die deutschen Katholiken sich ihren Stammesgenossen von der liberalen und der nationalen Partei nicht hätten anschließen können, weil diesen ihr Liberalismus höher stünde als das deutsche Volk, und weil man dem deutschen Volke den Glauben zu zerstören versuche. Die katholische Volkspartei sei nicht Gegnerin des Dreibundes, da die Freunde des Kaisers auch ihre Freunde sein müßten. Der Abgeordnete Dipauli führt aus, die Sprachenverordnungen hätten namentlich in Böhmen eine große Aufregung hervorgerufen, obwohl ihre Beurteilung selbst von liberaler Seite anfangs eine ungleiche gewesen sei. Der Antrag der katholischen Volkspartei, der gegen keine Nationalität eine Spitze enthalte, bedeute nicht, daß die Sprachenverordnungen sofort aufgehoben werden, sondern daß sie durch ein zu erlassendes Sprachengesetz aufhören sollten. Bis dahin könnten die Deutschen warten, da die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnung die tschechische Obstruktion nach sich zöge.

17. Oktober. In Innsbruck findet der von zweihundert bis dreihundert Vertrauensmännern der deutschnationalen und der deutschfortschrittlichen Partei Tirols besuchte Parteitag statt. Es werden Beschlüsse über die Organisation gefaßt. Sodann wird folgende Erklärung beschlossen:

Die Versammlung erhebt einmütig und entschieden Einsprache und Verwahrung gegen die Sprachenverordnungen vom 5. April d. J., spricht zur bisherigen oppositionellen Haltung der deutschen Abgeordneten ihre vollste Zustimmung aus und fordert dieselben auf, mit rücksichtsloser Entschlossenheit auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren und mit Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel der schärfsten Opposition auf die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnungen sowie auf die gesetzliche Regelung der

Sprachenfrage in Oesterreich hinzuwirken. Der heutige Vertrauensmännertag kann in dem Dipaulischen Sprachenantrag den richtigen Weg zur Lösung der Sprachenfrage nicht erblicken, da in demselben nicht die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnungen verlangt wird, diese aber die unerläßliche und selbstverständliche Voraussetzung des Eintretens der Deutschen in die Verhandlungen ist. Die Versammlung erklärt sich daher mit den bezüglichen Beschlüssen der deutschen Volkspartei und deutschen Fortschrittspartei durchaus einverstanden und spricht den deutschen oppositionellen Abgeordneten für ihre thatkräftige Wahrung der Rechte des deutschen Volkes in Oesterreich Dank und Anerkennung aus.

Endlich wird eine scharfe Erklärung gegen den klerikalen Schulantrag Ebenhoch (im Abgeordnetenhaus) beschlossen, nachdem Erler u. a. ausgeführt hatte: „dieser Antrag bezweckt die Verländerung, Verklerikalisierung der Schule, die Herabdrückung des gewiß nicht hohen Bildungsniveaus. Aber auch in nationaler Beziehung müssen wir Stellung nehmen. Durch ihn wird der Geißlichkeit ein ganz unberechtigter Einfluß eingeräumt, und wo Rom herrscht, ist für das Deutschthum kein Platz mehr. Ein Psui den Abgeordneten, die diesen Antrag einbrachten, ein Psui denen, die ihn unterschrieben haben.“

31. Oktober. In dem mit Flaggen Schmuck bedeckten Bozen findet der deutsche Volkstag statt. Es wohnen ihm, außer zahlreichen Vertrauensmännern aus dem deutschen Südtirol, auch Abgeordnete aus Deutschböhmen, Mähren, Steiermark und Kärnten sowie klerikale Elemente bei. Den Vorsitz führt der Bürgermeister Perathoner, der in seiner Besprechung der politischen Lage sagt: „Die Sprachenverordnungen sind nichts anderes, als der Anfang des tschechischen Nationalstaats. Wenn die Deutschen heute einen so erbitterten, verzweiflungsvollen Kampf gegen die Verordnungen kämpfen, so ist dies ein Kampf für die Grundlagen unsers Staates, ein Kampf für unsre Verfassung. Es ist der Kampf für Oesterreich selbst und für dessen Existenz. Eine Gruppe Abgeordneter des deutschen Volkes fand sich bereit, sich, um ihre politischen Parteizwecke zu fördern, mit den grimmigsten Feinden des Deutschthums, mit Russen und Polen zu verbinden und der Regierung Schergendienste zu leisten.“ Nebner hebt hervor, daß jene Gruppe keinen nennenswerten Anhang mehr im Volke habe und daß in letzter Zeit unzweideutige Beweise vorlägen, daß es auch in Tirol Tag zu Tag werden beginne. Das Nationalgefühl im deutschen Tirol steigert sich nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande von Tag zu Tag.

Nach dieser Rede gelangt folgende Erklärung zur einstimmigen Annahme:

Die auf dem Bozener Volkstag versammelten Deutschen sagen allen jenen Abgeordneten, die so ausdauernd den Kampf gegen das derzeitige Ministerium im Interesse des deutschen Volkes Oesterreichs geführt haben, aufrichtigsten Dank. Sie fordern die Abgeordneten des deutschen Volkes auf, auszuharren im heiligen Kampf, bis ein ehrenvoller Friede ihnen ermöglicht, die Streittag beiseite zu legen. Sie sprechen ihr tiefstes Bedauern und ihre sittliche Entrüstung darüber aus, daß ein Teil der von den Deutschen in den Reichsrat entsendeten Abgeordneten in diesem Kampfe sich auf

die Seite der Regierung und der Slawen gestellt hat und das deutsche Volk verriet. Sie verwahren sich gegen den in neuerer Zeit von den Regierungsorganen mit Vorliebe den Deutschen gemachten Vorwurf antidiösterreichischer Gesinnung. Sie verwahren sich ferner gegen jeden Versuch, durch Regierungsakte die Bestimmungen der Verfassung illusorisch zu machen oder gar außer Kraft zu setzen. Sie erwarten, daß alle Deutschen ohne Unterschied der Parteilage die Abgeordneten des deutschen Volkes in dem gegenwärtigen schweren Kampf für das gute Recht und für die Muttersprache nach Kräften unterstützen werden.

### III.

## Reichsrat.

### 1.

## Präsidium.

16. September. Das „Amtsblatt“ verkündigt die Wiederernennung des frühern Präsidiums des Herrenhauses, und zwar des Fürsten Alfred Windischgrätz zum Präsidenten, des Fürsten Karl Auersperg und des Grafen Hohen zu Vizepräsidenten.

23. September. Die neue Session wird durch den Ministerpräsidenten Grafen Badeni eröffnet. Alterspräsident Surkan, Konsistorialrat aus Czernowiz, hält eine Ansprache, die durch laute Zwischenrufe der Opposition unterbrochen wird. Er bittet um Einigkeit und das Fallenlassen des unfruchtbaren Streites und schließt mit einem Hoch auf den Kaiser. Schönerer, Gutsbesitzer auf Schloß Rosenau bei Zwettl, ruft „Hoch das deutsche Volk!“ Die Linke wiederholt den Ruf stürmisch. Großen Lärm entfesselt eine Anfrage Gregoris (Antif., Wäschehändler, Abg. für Wien), ob es wahr sei, daß sich sechzehn als Diener verkleidete Polizisten im Hause befänden. Fortgesetzte leidenschaftliche, teilweise gegen den Grafen Badeni gerichtete Zwischenrufe der Opposition werden laut. Unter Stimmenthaltung der Opposition wird mit 203 Stimmen der Landesadvokat Dr. Rathrein aus Hall, Abg. f. d. Landgem. Innsbruck-Hall (ösch.-kler.) zum Präsidenten gewählt.

Während er den Präsidentenplatz einnimmt, erheben die Anhänger Schönerers großen Lärm. Wolf ruft: „Tschechische Tiroler! Slava! Razdar!“ Schönerer: „Schmach und Schande fürs deutsche Volk! Das würde niemals ein Slawe thun!“ Rathrein beginnt seine Dankrede, Schönerer, Wolf und Tro halten Zwischenreden. Schönerer ruft: „Ihre Kinder und Kindeskinde werden Sie verachten!“ Wolf: „Man sollte einen Polaken hinausschicken, keinen Verräther des deutschen Volkes!“ Da die übrige Linke in den Lärm nicht mit einstimmt, ruft Schönerer zur Linken: „Das deutsche Volk soll sich schämen! Wo ist die Obstruktion?“ Inzwischen setzt Rathrein



seine Ansprache fort und versichert die Minderheit seines Schutzes und Entgegenkommens innerhalb der Geschäftsordnung. Wolf ruft dazwischen: „Abtreten! Ein Tscheche hinauf!“ Die Schönerianer rufen unausgesetzt: „Abzug! Wir dulden den Präsidenten nicht! Volksverräter!“ Nachdem der Präsident mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen und das Haus darin einstimmig hat, ruft Schönerer: „Pereat Rathrein! Nieder mit ihm! Das kann jeder Deektiv, ein schwarzgelbes Hoch ausbringen!“ Pergelt (deutschfortschrittlich) bezeichnet das ganze Vorgehen als verfassungswidrig, spricht sein Bedauern aus, daß ein Deutscher die Präsidentenwahl angenommen habe, erklärt diese für null und nichtig und beantragt Sitzungsfluß. Kaiser sagt: „Ein Slawe setzt sich da nicht hinauf, die Schande und der Spott, die sich der Präsident zugezogen, bleiben ihm voll und ganz. Pui dem Präsidenten!“ Wolf: „Er hat eine eiserne Stirn!“ Präsident Rathrein: „Ich habe das Bewußtsein, meiner Pflicht als Deutscher jederzeit nachgekommen zu sein, indem ich dem Rufe der Mehrheit gefolgt bin, bringe ich ein großes Opfer. Wenn das Pflichtbewußtsein nicht in mir wäre, ich wäre lieber zu Hause geblieben.“ Hofmann von Wellenhof bringt Einwendungen gegen die Antrittsrede des Präsidenten vor. Präsident: „Hier giebt's keine Polemiken gegen den Präsidenten.“ Wolf: „Gegen Sie können wir uns alles herausnehmen, Sie sind verachtungswürdig, Herr Präsident!“ Hofmann von Wellenhof verlangt Auskunft über die polizeiliche Ueberwachung des Hauses. Daszkyński wiederholt die Anfrage, ob sechzehn verkleidete Deektivs anwesend seien. Der Präsident erwidert, daß die Dienerzahl vermehrt werden mußte. Es seien nur geeignete Diener aufgenommen worden; ob sie mit der Polizei in Verbindung stehen, wisse er nicht.\*)

24. September. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten fällt mit 182 gegen 5 Stimmen wieder auf den Gutsbesitzer N. v. Abrahamowicz zu Siemianowka in Galizien, die des zweiten Vizepräsidenten mit 170 gegen 6 Stimmen auf den Schriftsteller Dr. jur. Kramarj aus Semil in Böhmen, Abgeordneten für Gitschin.

Die fernere Sitzung nimmt einen heftigen Charakter an, als der Präsident den Antrag Wolfs auf eine Pause von zehn Minuten vor der Abstimmung als unzulässig bezeichnet und dem Abgeordneten Wolf das Wort entzieht. Dieser spricht weiter und apostrophirt unter anderm die Majorität in böhnischer Weise, was seitens dieser mit stürmischen Rufen: „Hinaus“ beantwortet wird. Der Antrag des Präsidenten bezüglich der Tagesordnung wird angenommen. Der Sozialdemokrat Verner, Schriftsteller, 32 Jahre alt, der teils in tschechischer, teils in deutscher Sprache redet, stellt und begründet hierauf einen Antrag dahingehend, die Sitzung möge morgen mit einer andern Tagesordnung abgehalten werden, was Daszkyński, 31jähriger sozialdemokratischer Redakteur aus Galizien, der sich erst der polnischen,

\*) Nachdem der deutsch-nationale Abgeordnete Karl Wolf, 35 Jahre alt, Schriftsteller, Vertreter von Trautenuan, in der Sitzung vom 23. dem Ministerpräsidenten Grafen Badeni gegenüber es wiederholt für erbärmliche Schustererei erklärt hatte, wenn Polizisten als Parlamentsdiener verkleidet seien, findet am 25. September, auf Graf Badenis Aufforderung, zwischen beiden in dem Wiener Militär-Reitlehrinstitut ein Pistolenduell statt. Mit Rücksicht auf die schwere Beleidigung ist ein Pistolenduell unter schweren Bedingungen vereinbart: Dreimaliger Kugelwechsel, 25 Schritte Distanz. Beim ersten Wange erhält Badeni einen Schuß in den rechten Oberarm; die Kampfunfähigkeit wird konstatiert, worauf sich die Gegner die Hand reichen.

dann der deutschen und dann abermals der polnischen Sprache bedient, unterstützt. Während dieser Rede entsteht großer Lärm. Der Präsident erklärt jede weitere Verhandlung für unmöglich und schließt die Sitzung.

26. Oktober. Präsident Rathrein legt sein Amt nieder, anscheinend weil die Mehrheit des Abgeordnetenhauses von ihm in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe ein rücksichtsloseres Vorgehen gegen die deutsche Opposition verlangte und Kompromißversuche tadelte. Da aber Rathrein selbst Deutscher ist, so will er zu keinen Maßnahmen die Hand bieten, die seinem Volksstamm zum Nachteil gereichen. Die katholische Volkspartei, der Rathrein angehört, lehnt das Anerbieten ab, aus ihrer Mitte einen neuen Präsidenten zum Vorschlag zu bringen. \*)

12. November. An Stelle Rathreins wird der bisherige erste Vizepräsident v. Abrahamovicz mit 186 von 318 Stimmen zum Präsidenten und an seine Stelle Kramar als erster Vizepräsident gewählt.

24. November. Wahl des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. v. Fuchs aus Wien, Abgeordneten der Landgemeinden St. Johann (Ker. Volksp.) zum zweiten Vorsitzenden.

## 2.

### Budget.

1. Oktober. Der dem Reichsrathe unterbreitete Staatsvoranschlag für 1898 weist ein Gesamterforderniß von 715 920 827 Fl., eine Gesamtbedeckung von 719 900 282 Fl., somit einen Ueberschuß von 3 979 455 Fl. auf, der den vorjährigen Ueberschuß um 3 963 017 Fl. übersteigt. Das Gesamterforderniß übersteigt das vorjährige um 26 776 126 Fl., die Gesamtbedeckung erhöhte sich gegen das Vorjahr effektiv um 30 745 143 Fl., wovon auf die Erhöhung der direkten Steuern 8 762 900 Fl., auf die Erhöhung der Zölle 4 122 344 Fl. und auf die Erhöhung der indirekten Abgaben 9 234 266 Fl. entfallen.

Finanzminister v. Bilinski legt im Abgeordnetenhause die einzelnen Posten des Staatsvoranschlages eingehend dar. Ein großer Ueberschuß im laufenden Jahre sei nicht zu erwarten, da die Hochwasserschäden die Steuereingänge herabdrückten. Das Jahr 1898 dürfte ein kritisches Finanzjahr werden, weil sichere alte Einnahmen fortfielen und an deren Stelle unsichere

\*) Die Bürgerschaft von Hall in Tirol ohne Unterschied der Parteistellung veranstaltet am 30. Oktober zu Ehren Rathreins einen Fackelzug. Die Musik spielt deutsche Weisen, der Männergesangsverein trägt das „Deutsche Lied“ vor. Eine Deputation der Bürgerschaft beglückwünscht Rathrein zu seinem Verhalten als Parlamentspräsident und drückt ihm die vollste Anerkennung für seine Ehrenhaftigkeit und Deutschentreu aus.

neue träten. Die Steuerreform sei in vollem Zuge, und es stehe zu hoffen, daß das große Werk zum Wohle Oesterreichs gelinge. Das Ergebnis der im November in Kraft tretenden Börsensteuer sei schwer vorher zu bestimmen. Die Börse sei jetzt zwar etwas günstiger gestimmt, allein die an die Steuer geknüpften Erwartungen dürften wohl nicht eintreten. Medner weist auf die außerordentlich milde Handhabung der Steuerpraxis hin. 1896 seien 9 $\frac{1}{2}$  Millionen Gulden an Steuern abgeschrieben und gegen 2 Millionen Exekutivgebühren nachgelassen worden. Der Minister schildert sodann die Vorkehrungen sozialer Natur in den dem Finanzministerium unterstehenden Betrieben und schließt mit den Worten: „In der Hand des Hauses wird es nun liegen, sich den Anträgen der Regierung anzuschließen und so dem Staate eine budgetäre Elastizität wiederzugewinnen, dem Beamtenstande und der Landwirtschaft entgegenzukommen, die Landesfinanzen zu sanieren und einige Einnahmequellen zu beseitigen, die Oesterreich nicht in die Reihe der Kulturstaaten stellen. Mit Hilfe des Hauses kann Oesterreich binnen zwei Jahren auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt werden.“

## 3.

### Die Sprachenverordnungen.

5. Oktober. Während die Deutsch-Klerikalen, im Gegensatz zu den übrigen deutschen Parteien, bis dahin für Aufrechterhaltung der Sprachenverordnungen Stellung genommen hatten, bringt ihr Führer, Freiherr v. Dipauli, Grundbesitzer zu Kaltern in Tirol, Abgeordneter für Bozen, einen Dringlichkeitsantrag ein, wonach „zum Zwecke der Aufhebung der Sprachenverordnungen“ mit Rücksicht auf die nationale Erregung, die thatsächlich in einigen Kronländern herrsche, ein Ausschuß von 36 Mitgliedern eingesetzt werden soll, um grundsätzliche Bestimmungen über die im Gesetzgebungswege anzustrebende Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfragen auszuarbeiten.

22. Oktober. In der letzten von mehreren Konferenzen zwischen den Vertretern der oppositionellen Gruppen und Baron Dipauli teilt dieser mit, daß einzelne Klubs der Rechten Schwierigkeiten machen, indem sie an die Vornahme der ersten Lesung seines Sprachenantrages die Bedingung knüpfen, daß die Gruppen der Linken die Obstruktion gegenüber der ersten Lesung des Ausgleichs-provisoriums aufgeben. Diese Bedingung wird abgelehnt, und damit ist der Friedensversuch Dipaulis vorläufig gescheitert.

26. Oktober. Eine öffentliche Erklärung des Exekutivkomitees der Rechten bestätigt jenen Verlauf der Verhandlungen.

## 4.

**Ministeranklagen.**

30. September. Dem Abgeordnetenhause liegen fünf von deutscher Seite eingebrachte Anträge auf Erhebung der Ministeranklage vor. Vier von diesen Anträgen — wegen des geheimen Erlasses an die Landeschefs vom 2. Juni d. J. und wegen der Vorgänge in Eger — richten sich ausschließlich gegen den Grafen Badeni, während der fünfte — wegen der Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren — sich nicht bloß gegen den Ministerpräsidenten, sondern auch gegen die Minister der Justiz, des Handels, der Finanzen und des Ackerbaues richtet. Wegen des Geheimerlasses hat sowohl die Schönerer-Gruppe, verstärkt durch deutschvolksparteiliche und deutschfortschrittliche Abgeordnete, als auch die deutsche Volkspartei (v. Hohenburger und Genossen) den Ministeranklageantrag gestellt. In ausführlicher Weise verbreitet sich der deutschvolksparteiliche Antrag über den Erlass an die Landeschefs, in denen den Regierungsvertretern bei politischen, radikaldeutschnationalen Versammlungen die Instruktion erteilt wurde, daß es nicht geboten erscheine, durch voreiliges Einschreiten zu verhindern, daß ein Redner sich ausspreche, da nur auf diese Art der Thatbestand eines Delictes zu Tage treten könne, und in dem außerdem Kritik an einem Erkenntnisse des Reichsgerichts geübt worden war.

13. Oktober. Bei der Verhandlung des Abgeordnetenhauses über diese Anträge begründet Dr. v. Hohenburger, Advokat (dtsh. Volksp.), die Anklage gegen den Grafen Badeni wegen des Erlasses vom 2. Juni 1897 an die Landeschefs, betreffend das Verhalten der behördlichen Organe bei den Versammlungen, bespricht zunächst die Sprachenverordnungen und erklärt, eine endgiltige Lösung des Sprachenstreites sei erst zu erwarten, wenn ein Reichsgrundgesetz über die Sprachenfrage zu stande komme. Die Deutschen würden den Kampf gegen die Sprachenverordnungen niemals aufgeben. Der Anklageantrag sei nicht gegen die Person des Ministerpräsidenten gerichtet, die Bewegung gegen die Sprachenverordnungen sei keine hochverräterische, sondern eine österreichische zum Schutze der Reichseinheit. Die Gesetzwidrigkeit des Erlasses sei zweifellos. Wolf führt aus, durch den Geheimerlaß werde das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht aller Völker Oesterreichs, nicht nur der Deutschen verletzt. Die Erbitterung wäre nicht so weit gediehen, wenn die Regierung anders vorgegangen wäre. Das Parlament könne sich nicht gefallen lassen, daß die Säulen des Konstitutionalismus umgerissen würden. Die Deutschen Böhmens würden sich nicht mundtot machen lassen. Ministerpräsident Graf Badeni erklärt,

er wolle sich nur an die sachlichen Umstände halten, die ihm als eine Gesetzverletzung vorgeworfen seien. Das Ministerium des Innern habe nur eine Verfügung erlassen in Betreff des Vorgehens der behördlichen Organe bei Versammlungen; es entspreche der Praxis, an die Unterbehörden Weisungen im Interesse einer geregelten Administration zu erlassen. Der Erlaß enthalte nichts Gesetzwidriges; er sei hinausgegeben worden mit Rücksicht auf die erregten Vorgänge im Parlamente, die in Versammlungen kräftigen Wiederhall gefunden hätten. Es sei unbedingt notwendig gewesen, den behördlichen Organen den Umfang ihrer Rechte und Pflichten, der oft zweifelhaft war, genau zu präzisiren, zumal wiederholte Klagen auch im Budgetausschuß darüber vorkamen, daß die behördlichen Organe voreilig eingeschritten. Der Ministerpräsident vermehrt sich auf das entschiedenste, daß die behördlichen Organe den Rednern in den Versammlungen gewissermaßen Fassen zu legen hätten, damit die Redner sich ausdrücken, um sodann gegen sie vorzugehen. Der Erlaß, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, habe den Spitznamen „Geheimerlaß“ bekommen, wodurch die Phantasie geweckt sei, und der Erlaß, weil er auf illegalem, inkorrektem Wege veröffentlicht sei, zahlreiche Deutungen erfahren habe, die bis zu einer Ministeranfrage angewachsen seien. Der Ministerpräsident spricht den schärfsten Tadel gegen den Beamten aus, der den Erlaß gegen Pflicht und Amtsleid der Öffentlichkeit verraten hätte. Es wäre besser gewesen, wenn Abgeordnete von dieser Pflichtvergeßlichkeit keinen Gebrauch gemacht hätten.

14. Oktober. Der Gutsbesitzer, Geheime Rat und Generalmajor Graf Dubsky aus Pilsitz in Mähren führt namens der verfassungstreuen Großgrundbesitzer aus, sie verurteilten das Verhalten der Regierung in dieser Sache, hielten aber den Fall der Anwendung des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit auf diesen Gegenstand keineswegs gegeben; denn wie bedenklich die Motivirungen des Erlasses auch seien, so dürfte doch aus der Anordnung desselben die Verletzung eines Gesetzes nicht mit voller Sicherheit abzuleiten sein. Mit um so größerer Entschiedenheit müsse aber die Partei des Redners den Geist und die Tendenz des Erlasses mißbilligen. Es sei hier die Grenze dessen, was erlaubt ist, bedenklich überschritten. Die Partei des Redners schlägt daher folgende Tagesordnung vor:

Indem das Abgeordnetenhaus das seitens der Regierung bei der Herausgabe des Erlasses vom 2. Juni 1897 beobachtete Verhalten verurteilt und demselben entschieden seine Mißbilligung ausspricht, geht dasselbe über die Anträge der Abgeordneten Hohenburger und Genossen Wolf und Genossen auf Verlegung des Ministerpräsidenten in den Anklagezustand zur Tagesordnung über.

15. Oktober. Ruß (Dtschfortschr.) führt aus, die Ministeranfrage sei begründet. Der Erlaß trage alle Merkmale der gegen-

märtigen innern Politik und sei zweifellos gegen die deutsch-böhmischen Abgeordneten gerichtet gewesen. Funke beantragt, zu beschließen, daß der Ministerpräsident, der vom Hause abwesend ist, der Verhandlung beizuhöhe. Vizepräsident v. Abrahamowicz will diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen und erteilt dem nächsten Redner das Wort. (Stürmische Unterbrechung, Rufe links: Abstimmen!) Der Lärm erneuert sich bei jedem Versuch des Vizepräsidenten, dem nächsten Redner das Wort zu erteilen. Da die Herstellung der Ruhe unmöglich erscheint, unterbricht der Vizepräsident die Sitzung. Während der Unterbrechung erscheint der Ministerpräsident im Saale. Die Sitzung wird wieder eröffnet. Der Maler Rozakiewicz, Führer der Sozialdemokraten in Lemberg, spricht sich für die größte Versammlungs- und Redefreiheit aus, dankt der Linken für ihr jetziges Eintreten für die Redefreiheit, erinnert jedoch daran, daß die Linke selbst es war, die die einschränkenden Gesetze geschaffen und seinerzeit den Ausnahmezustand in Wien und Prag gebuldet hatte. Advokat Schücker aus Eger (dttschfortschr.) führt aus, das deutsche Volk Oesterreichs verlange die stärksten Mittel zur Bekämpfung der Sprachenverordnungen, er könne die Auffassung des verfassungstreuen Großgrundbesitzes bezüglich des Geheimerrlasses insoweit nicht teilen, als er in dem Erlasse tatsächlich eine vorsätzliche Gesetzesverletzung erblicke. Das deutsche Volk Oesterreichs sei durch die Not vereinigt worden.

19. Oktober. Eine erste Sitzung kann wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht fortgesetzt werden. Einer zweiten Sitzung wird durch dreizehn namentliche Abstimmungen über andre Gegenstände die Spitze abgebrochen. Präsident Rathrein giebt den Vorsitz an den ersten Vizepräsidenten ab. Während der nun entstehenden Verhandlungen über Richtigstellung des Protokolls der vorigen Sitzung, insbesondere als Funke seine Rede noch nicht beendet hat, erteilt v. Abrahamowicz dem Jungtschewen Herold als nächstem Redner zur Ministeranklage das Wort. Herold beginnt zu sprechen, kann sich jedoch nicht vernehmbar machen. Denn da der Vorsitzende die Einwendungen der deutschen Linken, Funke habe noch das Wort und es seien außerdem noch zwei Redner vorgemerkt, überhört oder unbeachtet läßt, bricht auf der deutschen Linken der Sturm los. Tosende Protestrufe erheben sich, man beginnt mit den Pultbrettern auf die Pulte zu schlagen, und andre deutsche Abgeordnete stürzen erregt zum Präsidium hinauf, um dort ihre Proteste energisch geltend zu machen. Es wird mit Häuten auf das Pult des Vorsitzenden geschlagen, und ein deutscher Abgeordneter reißt einen die Tagesordnung enthaltenden Rahmen von der Wand und wirft ihn auf das Pult des Abrahamowicz, zu dessen Schutze Angehörige des

Polenklubs herbeieilen. Inzwischen sind im Saale jungtschechische Abgeordnete gegen die deutsche Obstruktion vorgerückt. Der Jungtscheche Krumbholz reißt dem deutschnationalen Türkl das Pultbrett, mit dem dieser taktmäßig auf sein Pult schlug, aus der Hand. Deutsche Abgeordnete kommen Türkl zu Hilfe, jungtschechische Abgeordnete springen Krumbholz bei, der aber schließlich aus dem Saale gedrängt wird. Erst beim Wiedererscheinen des Präsidenten Rathrein tritt wieder Ruhe ein. Dieser schließt die Sitzung.

20. Oktober. Präsident Rathrein spricht sein Bedauern über die Vorgänge in der vorigen Sitzung aus und giebt zu, daß das Präsidium durch die zu frühe Worterteilung an Herold ein Versehen begangen habe. Nach einer Reihe von namentlichen Abstimmungen, die sich auf Anträge bezüglich der Vorgänge in voriger Sitzung beziehen, kommt Herold zum Worte. Er begründet seinen Antrag, es sei über die Anträge auf Ministeranfrage wegen des Geheim-erlasses zur Tagesordnung überzugehen, denn es fehle den Anträgen die juridische Grundlage, der Erlaß sei viel weniger bedenklich als die offenen Erlässe früherer deutschzentralistischer Regierungen gegen das Tschechentum und das Slawentum im allgemeinen, die Deutschen hätten überhaupt kein moralisches Recht, sich über nationale Bedrängnis und Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten zu beschweren. Man brauche vom tschechischen Standpunkte nicht gerade für Badeni zu schwärmen, aber die tschechischen Abgeordneten wüßten, daß es sich für die deutschen Obstruktionisten nur darum handle, durch Beseitigung der Sprachenverordnungen und des Rabinetts Badeni ihre eigene deutsche Oberherrschaft im Staate zur Unterdrückung des Slawentums aufrecht zu erhalten. Es handle sich darum, ob den Tschechen und übrigen Slawen die volle nationale Gleichwertigkeit werden solle oder nicht, ob das zentralistische System aufrecht bleiben solle oder nicht. Vielleicht würden die Deutschen diesmal noch siegen und den Grafen Badeni stürzen, aber das Tschechentum und die übrigen slawischen Nationalitäten würden deswegen den Kampf nicht aufgeben. Wenn aber die Deutschen durch ihre Obstruktion den gegenwärtigen zentralistischen Parlamentarismus zur Farce machten, so könne dies den Tschechen nur angenehm und nützlich sein. Schließlich wird Herolds Antrag, über die Ministeranfragen einfach zur Tagesordnung überzugehen, mit 161 gegen 141 Stimmen angenommen.

21. Oktober. Diese Tagesordnung besteht in der Verhandlung über die Ministeranfragen wegen der Vorgänge in Eger. Antragsteller Türkl polemisiert gegen obige Ausführungen Herolds; er erkennt auch das tschechische Volk als Kulturvolk an und hebt hervor, daß dasselbe viel germanisches Blut enthalte. Die Tschechen würden sogar

in Rußland als böhmisch sprechende Deutsche bezeichnet. Redner bespricht die Vorgänge in Eger und behauptet, daß wenigstens hundert Verletzungen stattgefunden hätten. Die deutschen Minoritäten in den tschechischen Gemeinden genossen keinen genügenden Schutz. Redner schließt, die Deutschen würden allen Anfeindungen zum Trotz nicht weichen.

22. Oktober. Schäfer (dtischfortschr.) betont, daß durch das Verbot des Egerer deutschen Volkstages das Versammlungsrecht kassirt worden sei, und daß die Regierung durch ihr Verbot und noch mehr durch ihre in Eger getroffenen Maßnahmen die deutsche Bevölkerung aufs äußerste erbittert habe. Schäfer kennzeichnet auch die an Brutalität streifende Intoleranz der Tschechen gegen die deutschen Minoritäten, wie in Pilsen, während die Tschechen sofort über Vergewaltigung schrien, wenn die Deutschen auf ihrem eignen Grund und Boden gegen eine provozirende tschechische Invasion Stellung nehmen. Das deutsche Volk in Böhmen und ganz Oesterreich werde aber fest zusammenhalten und sich nicht unterdrücken lassen.

Ministerpräsident Graf Badeni erklärt, nach der Darstellung des Sachverhalts sei die Untersagung des Volkstags im Einklang mit zahlreichen Entscheidungen des Reichsgerichts gesetzlich vollkommen begründet. Die Vorfälle, die sich hierauf trotz dieser Untersagung am 13. Juni in Eger abspielten, hätten hinreichend die Notwendigkeit besondrer Sicherheitsvorkehrungen dargethan. Redner verliest die Einladungen zur Versammlung und hebt Äußerungen der Lokalpresse von Eger hervor, die Anspielungen auf Demonstrationsabsichten enthielten, sodaß mit einem mehrtausendköpfigen Zuzug von auswärt's habe gerechnet werden müssen. Solchen Massen gegenüber erschienen die Egerer Sicherheitsorgane unzureichend, weshalb die in Nordböhmen entbehrliche Gendarmerie nach Eger dirigirt und, weil sich die Bereithaltung berittner Polizei bei großen Versammlungen als unentbehrlich ergebe, auch die Prager berittne Sicherheitswache herangezogen worden sei, um nicht gleich Kavallerie verwenden zu müssen.

26. Oktober. Wendel, Gymnasialprofessor in Smichow bei Prag, behauptet, bei den Vorgängen in Eger seien 53 Personen verletzt worden. Baernreither stellt namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes folgenden Antrag: „Inbem das Haus der Regierung bezüglich ihres Verhaltens gegenüber dem am 11. Juli 1897 in Eger geplanten Volkstage entschiednen Tadel ausspricht, geht es über den Antrag auf Erhebung der Anklage gegen den Ministerpräsidenten zur Tagesordnung über.“ Redner hebt hervor, daß durch ein kluges und vertrauenerweckendes Vorgehen nach dem



Schluß der Reichsratssession im vorigen Frühjahr die Regierung eine versöhnlichere Stimmung hätte erzielen können. Die von ihr, insbesondere den Deutschböhmen gegenüber ergriffenen Maßregeln bewegten sich jedoch in entgegengesetzter Richtung. Der Egerer Tag bilde den Gipfel der von der Regierung begangnen folgenschweren Fehler. Trotzdem könne des Redners Partei sich der Ministeranklage nicht anschließen. Dr. med. Kindermann aus Nizdorf in Böhmen spricht sich für den Anklageantrag aus, der gestellt worden sei, weil der Ministerpräsident, anstatt die Hindernisse, die sich einer Verständigung entgegenstellten, zu beseitigen, dem deutschen Volke neue Verletzungen zugefügt habe. Wolf schildert die Vorgänge in Eger und erklärt, die Deutsch-Oesterreicher müßten von nun an vor allem darauf bedacht sein, daß ihnen die erste führende Rolle in Oesterreich gewahrt bleibe. Dr. Fournier, Professor der Geschichte an der Universität Prag, sagt, die Deutschen in Oesterreich seien stolz auf die Sympathien der großen deutschen Nation, aber auch so stolz, diesen Kampf allein ohne fremde Hilfe auszufechten. Sie würden hierbei nur zu Gesetzmitteln greifen. Die Opposition der Deutschen sei nicht nur eine nationale, sondern auch eine staats-erhaltende. Hierauf wird mit 172 gegen 145 Stimmen auch über diese Anklageanträge zur Tagesordnung übergegangen.

8. November. Das Abgeordnetenhaus geht zur Beratung des Antrages auf Ministeranklage wegen des Erlasses der Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren über. Funke begründet die Anklage in sechsstündiger Rede, indem er ausführt, daß dieselbe eine ernste und letzte Warnung der Regierung darstelle. Das deutsche Volk in Oesterreich werde in dem ihm aufgezwungenen schweren Kampfe nicht zurückweichen. Auch in den Alpenländern mache sich das deutsche Nationalgefühl geltend. Bei einer Erörterung der Grenzen der Verordnungsgewalt der Regierung gelangt der Redner zu dem Schlusse, daß die Sprachenfrage und die Nationalitätenfrage nur auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden könnten. Hierauf giebt Redner eine kritische Darstellung des Ganges der Politik der Tschechen seit 1848 und schließt mit den Worten: Die Deutschen kämpfen nicht nur gegen die Sprachenverordnung, sondern für die Freiheit und den Fortschritt des Staates, die Verfassung und die Einheit des Reichs. Wir können also sagen: „in unserm Lager ist Oesterreich.“ Dr. Pacak, Advokat zu Ruttenberg in Böhmen, jungtschechischer Abgeordnete für Land Czaslau, führt aus, die Sprachenverordnungen entsprächen nur der Gerechtigkeit; auch er halte es für besser, wenn die Sprachenfrage nicht durch Verordnungen, sondern im Gesetzeswege geregelt werde, aber gerade die jetzige Opposition habe früher den Verordnungsweg verlangt.

Redner führt Beispiele hierfür an, bespricht die sprachlichen Zustände und bezeichnet insbesondere die sprachlichen Verhältnisse im Gerichtsverfahren als unhaltbar. Landgerichtsrat Freiherr v. d'Elvert, Abgeordneter für Brünn (bischfortschr.), erblickt in den Sprachenverordnungen ein weittragendes politisches Ereignis, das die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu erschüttern geeignet sei. Die Opposition der Deutschen sei eine gerechte Nothwehr; deshalb sei es begreiflich, daß die Regierung von ihnen auf allen ihren Wegen entschieden bekämpft werde. Die Deutschen würden den Schlag überwinden, zumal sie überzeugt seien, daß die Sprachenverordnungen nicht lange bestehen würden. Redner verwahrt sich dagegen, daß man den Deutschen Oesterreichs antiösterreichische Tendenzen zuschreibe.

Ueber die Art der Handhabung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten entsteht großer Lärm, infolgedessen die Sitzung aufgehoben wird.

## 12. November. Ministerpräsident Graf Badeni:

Wenn man von der Frage der Gesetzmäßigkeit des Verordnungsweges absieht und die Regelung der Sprachenfrage im Gesetzgebungswege wünscht, so richte ich die Aufmerksamkeit des Hauses auf die im Herrenhause am 20. Mai beschlossene und von dem Kaiser mit vollster Befriedigung ausgenommene Adresse, in der dieser Gedanke bereits zum Ausdruck gebracht wurde. Falls aus der Initiative der Parteien konkrete Anträge gestellt werden, so ist die Regierung weit entfernt, solche Anträge von sich zu weisen; sie wird vielmehr, wie sie schon früher erklärte, unter Wahrung ihres Standpunktes mit der größten Bereitwilligkeit und Thatkraft dabei mitwirken. Der Ministerpräsident fährt fort: Er gehe aber noch weiter und erkläre, falls diese Anträge hier nicht eingebracht oder hier nicht zur Verhandlung kommen sollten, oder falls sie in einem spätern Stadium auf Schwierigkeiten stoßen sollten, die überhaupt einen Erfolg in Frage stellen, oder wenn die Verhandlungen sich so verschleppen sollten, daß keine Aussicht auf einen positiven Erfolg in möglichst kurzer Zeit vorhanden sei, so werde die Regierung diese Frage fest in die Hand nehmen und, unabhängig von dieser Aktion, alles einsetzen, um diese aktuelle Streitfrage zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen zu einem friedlichen Ende zu führen, und zwar auf der Grundlage eines Kompromisses, um die Differenzen, die infolge der Sprachenverordnungen entstanden seien, im vollsten Einvernehmen mit beiden Parteien zu begleichen. Der Ministerpräsident wiederholt die Versicherung, daß die Regierung nicht nur das Bestreben habe, sondern auch aufrichtig alles einsetzen werde, um zu einem Erfolge zu gelangen. Die Regierung werde sich in ihrer Ueberzeugung von der Bedeutung des deutschen Volkes und der ihm in Oesterreich gebührenden und zukommenden Stellung durch alle noch so betrübenden Vorkommnisse im Hause nicht erschüttern lassen. Es sei selbstverständlich, daß die Regierung, die bemüht sei, allen nichtdeutschen Nationalitäten in Oesterreich möglichst gerecht zu werden, auch ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volksstamme in gewissenhaftester und ernstester Weise sich vor Augen halten müsse.

Dr. Kronawetter, Abgeordneter für Wien, Demokrat, er=

klärt, für die Ministeranklage stimmen zu wollen, weil die Regierung durch den Erlaß der Sprachenverordnung ihren Kompetenzkreis überschritten habe, und weil, wenn sie selbst ein solches Verordnungsrecht besäße, die Art und Weise, wie sie von demselben Gebrauch macht, nicht zu billigen sei. Baernreither stellt namens der verfassungstreuen Großgrundbesitzer den Antrag, das Haus wolle zur Tagesordnung übergehen. Man müsse sagen, daß die Regierung durch ihr bisheriges Vorgehen dem nationalen Radikalismus den größten Vorschub leistete. Die Regierung wäre verpflichtet gewesen, alle Kräfte des Hauses zusammenzuhalten, um den Ungarn die Spitze zu bieten; statt dessen habe sie alle Kräfte des Hauses lahmgelegt — und das wirtschaftliche und politische Uebergewicht Ungarns wachse sonach beständig. Die innere politische Lage habe auch eine Rückwirkung auf die äußere Politik. Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche sei nicht bloß der natürliche Zusammenschluß der beiden Reiche zum Schutz des europäischen Friedens, sondern eine Herzenssache des deutschen Volkes in Oesterreich. Darüber hinausgehende Äußerungen müßten aber entschieden zurückgewiesen werden, denn sie lieferten dem Gegner bereitwilligt und begierig ergriffene Waffen in die Hand und verletzten das österreichische Empfinden der Deutschen. Dr. jur. Ruß aus Wien, Abgeordneter für Karlsbad-Joachimsthal (dtshfortschr.), erklärt, so lange die Sprachenverordnungen bestünden, könnten sich die Deutschen auf keine Verhandlungen einlassen. Die Deutschen erkannten den Ausgleich mit Ungarn als Staatsnotwendigkeit an, bekämpften ihn aber, weil ihn die „Regierung der Sprachenverordnungen“ vorgelegt habe. Graf Dzieduszycki, polnischer Gutsebesitzer, Abgeordneter für Stanislaw, führt aus, der Umstand, daß die Deutschen nicht in Verhandlungen wegen einer nationalen Verständigung eintreten wollten, sei ein Beweis, daß es sich bei ihnen um die Vorherrschaft im Staate handle. Es sei aber sehr gefährlich, die einzige Arena, auf welcher die Parteien kämpfen könnten, den Parlamentarismus, zu schädigen. Dr. med. Chiari (dtshfortschr.) erklärt, eine Versöhnung sei wünschenswert, aber nur auf gerechter Basis. Herold bekämpft die Ausführungen Baernreithers und sagt, wenn der Dreibund auf so schwachen Füßen stünde, daß er durch die Sprachenverordnungen zerstört werden könnte, dann wäre es um eine so schwankende europäische Staatenkonstellation traurig bestellt. Schließlich wird ein Antrag auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung mit 177 gegen 171 Stimmen angenommen.

## 5.

**Ausgleichs-Provisorium.**

27. Oktober. Die Rechte, die, im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten, darauf ausgeht, die Vorlage wegen einstweiliger Verlängerung des bisherigen wirtschaftlichen Ausgleichsverhältnisses zwischen beiden Reichsteilen möglichst bald zu erledigen, läßt durch v. Jaworski den Antrag stellen, wegen der Dringlichkeit der Erledigung des Ausgleichsprovisoriums vom 28. an täglich Abend Sitzungen ausschließlich zur Vornahme der ersten Lesung der beiden Regierungsvorlagen abzuhalten. Vergebens wird von der deutschen Linken gegen diesen Antrag Einspruch erhoben, vergebens wird darauf hingewiesen, daß derselbe eine Verletzung der Geschäftsordnung in sich schließe, da nach dieser das Haus von Sitzung zu Sitzung die Tagesordnung zu bestimmen habe und die Tagesordnung für die Abend Sitzungen nicht auf unbestimmte Zeit festgesetzt werden könne; der Antrag wird, nachdem die Linke den Saal verlassen, von der gesamten Rechten einschließlich der katholischen Volkspartei angenommen. Damit scheint der Rechten und der Regierung das erste große Hindernis für die Beratung des Ausgleichsprovisoriums beseitigt zu sein.

28. Oktober. Hofmann von Wellenhof, Realschulprofessor in Graz, bezeichnet jenen Beschluß als geschäftsordnungswidrig und erklärt, seine Partei werde alles, was auf Grund der geschäftswidrigen Beschlüsse der letzten Sitzung zustande komme, als ungesetzlich und verfassungswidrig ansehen. Die Partei werde sich durch das Vorgehen der Majorität nicht einschüchtern lassen und vom Kampfe gegen die Sprachenverordnungen nicht ablassen. Funke sagt, das Vorgehen der Mehrheit sei ein Gewaltakt. Seine Partei lege feierlichen Protest ein gegen die heutige Abend Sitzung und werde den Kampf für die Freiheit und das Gesetz fortführen. Daszynski schließt sich dem Protest der Linken an, die an sich nichts gegen die Ausgleichsvorlage zu erinnern hat, die sie aber zu vereiteln trachtet, um damit das Ministerium Badeni und seine Sprachenverordnungen zu Fall zu bringen. Vizepräsident v. Abrahamowicz erklärt, er sei sich der Pflichten eines Präsidenten bewußt; seine erste Pflicht sei, dahin zu wirken, daß das Haus seine Aufgaben erfülle, die zweite, den Beschlüssen der Mehrheit Geltung zu verschaffen; er könne daher anderweite Anträge nicht zur Abstimmung bringen. Diese Erklärung, die Beifall auf der Rechten und Widerspruch und Lärm bei der Linken hervorruft, entfesselt einen großen Tumult. Vizepräsident v. Abrahamowicz erklärt, zur Tagesordnung, nämlich zur Beratung des Ausgleichsprovisoriums,

überzugehen, und erteilt dem Deutschfortschrittler Lecher das Wort. Der Deutschnationale Wolf ruft unaufhörlich gegen den Präsidenten und wird wiederholt zur Ordnung gerufen. Lecher beginnt zu sprechen, ist aber wegen des Lärms kaum vernehmbar. Der Vizepräsident unterbricht um 9 $\frac{1}{4}$  Uhr die Sitzung auf zehn Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt der Vizepräsident von Abrahamovicz, Lecher habe das Wort. Wolf ruft: Ich bitte über meinen Antrag auf Sitzungsschluß abstimmen zu lassen! Lecher spricht inzwischen weiter, während Wolf mit dem Dedel auf dem Pult einen Marsch trommelt. Durch mehr als eine halbe Stunde dauert diese Szene, Lecher spricht leise und unverständlich. Wolf apostrophiert fortwährend den Vorsitzenden und erklärt, nachdem ihm der Vorsitzende das Wort nicht erteilt, werde er es sich selbst nehmen und beginnt eine Rede. So sprechen zwei Redner gleichzeitig: Lecher leise, Wolf laut. Letzterer beginnt schließlich aus einer Broschüre über den Volkstag in Eger einzelne Stellen laut vorzulesen. Die Szene erreicht damit ein Ende, daß Lecher den Schluß der Sitzung beantragt unter dem Vorbehalt, daß er im Falle der Ablehnung seine Rede fortsetzen dürfe. Das Haus lehnt den Sitzungsschluß ab, Lecher setzt seine Rede um zehn Uhr fünfzig Minuten fort und redet die ganze Nacht hindurch.

29. Oktober. Lecher redet über das Ausgleichsprovisorium bis gegen neun Uhr vormittags, im ganzen elf Stunden, nachdem diese Obstruktionsrede von wiederholten heftigen langandauernden Lärmiszenen wegen der Weigerung des Vorsitzenden, die von der Linken beantragte Sitzungspause eintreten zu lassen, sowie von langen Weisfalsfalben der Linken, um dem Redner zum Ausruhen Gelegenheit zu geben, unterbrochen war. Lecher schließt mit den Worten: Die Deutschen in Oesterreich werden sich weder ergeben noch sterben. Redner wird von der Linken stürmisch beglückwünscht, die Abgeordneten schwenken mit Tüchern. Hierauf wird der von der Linken beantragte Sitzungsschluß in zwei namentlichen Abstimmungen abgelehnt. (Dr. Lecher, geboren 1860 in Wien, ist Handelskammersekretär in Brünn und Vertreter des Stadtbezirks Brünn.)\*)

---

\*) Am 31. Oktober wird Lecher am Bahnhof zu Brünn von der Gemeindevertretung, Mitgliedern aller deutschen Vereine und einer großen Menschenmenge erwartet und mit stürmischen Hoch- und Heilrufen begrüßt. Bürgermeister v. Wieser dankt Lecher für seine Parlamentsrede und überreicht ihm einen Kranz. Lecher wird, nachdem er gedankt hat, von einigen Verehrern auf den Schultern zum Wagen getragen. Im Deutschen Hause findet die Begrüßung in zahlreichen Reden ihre Fortsetzung. Der von der Studentenschaft geplante Fackelzug wird polizeilich verboten.

Die Linke hat es erzwungen, daß die Dauer Sitzung, in der die erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums um jeden Preis beendet werden sollte, bedingungslos vom Präsidium geschlossen wurde, und der Regierung wie der Rechtenmajorität gegenüber den Beweis erbracht, daß die Beugung der parlamentarischen Geschäftsordnung nicht genügt, um die deutsche Obstruktion zu beugen.

4. November. Fortsetzung der Verhandlungen über das Ausgleichsprovisorium. Als Lueger (Dr. Karl, emeritirter Advokat, Abgeordneter des dritten Wiener Wahlkreises, christlich-sozial) das Wort erhält, setzt sich die Obstruktion durch Erhebung von Lärm fort. Zu diesem Zweck beginnt Wolf einen Zeitungsartikel laut vorzulesen. Dabei kommt es zwischen den vier Schönerianern und den Christlich-Sozialen zu einem heftigen Wortwechsel. Die gegen Wolf gerichteten Rufe der Christlich-Sozialen: „Hinaus mit dem Schandbuben!“ rufen einen gesteigerten Lärm und gegenseitige Beschimpfungen hervor. Als der Lärm sich zeitweilig legt und Wolf mit der Vorlesung des Zeitungsartikels aufhört, beginnt Lueger seine Rede mit der Bemerkung, kein ehrlicher Deutscher könne mit solchen Gassenjungen gemeinsame Sache machen. Damit im Hause Ruhe eintrete, sei es nötig, die vier Schönerianer von den übrigen deutschen Parteien abzusondern. Dazu sei eine strikte Beobachtung der Geschäftsordnung erforderlich. Zu diesem Zwecke beantragt der Redner die Fortführung der Verhandlungen in geheimer Sitzung. Vizepräsident v. Abrahamowicz erklärt, den Antrag nicht zur Abstimmung bringen zu können, nachdem die Mehrheit die Fortführung der Beratung des Ausgleichsprovisoriums in öffentlicher Sitzung beschlossen habe. Hierauf unterbricht der Vizepräsident die Sitzung. Nach ihrer Wiederaufnahme wiederholt von Abrahamowicz seine letzte Erklärung und fordert Lueger auf, weiter zu sprechen. Die Linke hindert den Redner abermals durch großen Lärm am Sprechen. Einzelne Abgeordnete der Linken singen im Chor „Schluß“, wozu Wolf und Türk auf die Pulte trommeln. Inzwischen spricht Lueger zuerst infolge des Lärms unverständlich, allmählich wird es jedoch ruhiger. Man hört Lueger, der den Ausgleich mit Ungarn bekämpft, weil die jüdischen Magyaren sowohl in die Sünde der Tschechen als die der Deutschen greifen wollten. Unter großem Beifall verurteilt Lueger die Schönerianer, die er Landesverräter nennt, und sagt, in Preußen hätte man solcher Frechheit, die Schönerer entwickelt habe, längst ein Ende gemacht: „Nur wir Geduldigen dulden einen solchen Schurken in unserer Mitte.“ Er, Redner, wolle einen gerechten Ausgleich, weshalb seine Partei gegen den gegenwärtigen Ausgleich stimmen werde. Wolf trommelt auf dem Pultdeckel, den ihm mehrere tschechische

Abgeordnete zu entreißen suchen. Es entsteht ein Handgemenge. Zahlreiche Abgeordnete der Linken klopfen auf ihre Pulte. Die Sitzung dauert die Nacht hindurch.

5. November. Sie ist erst um zehn Uhr morgens beendet, nachdem beschlossen ist, das Ausgleichsprovisorium an den Budgetausschuß zu verweisen.

6. November. In diesem Ausschusse führt der Finanzminister v. Bilinski folgendes aus:

Die Regierung habe von dem Augenblick ihres Amtsantrittes an es als eine Hauptaufgabe betrachtet, den ungarischen Ausgleich zustande zu bringen. In zahlreichen Punkten habe die österreichische Regierung Zugeständnisse von Ungarn erlangt, allerdings gegen GegenkonzeSSIONen. Oesterreich habe besonders wichtige Erfolge erzielt in der Bankfrage, namentlich bezüglich der 80 Millionen-Schuld und der staatlichen Partizipation, ferner bezüglich des Zoll- und Handelsbündnisses. Der Ausgleich hätte eher zu Ende geführt werden können, wenn nicht eine Differenz bezüglich der Quote ungeschlichtet geblieben wäre. Die Regierung habe stets an dem Standpunkt festgehalten, daß die ungarische Quote erhöht werden müsse. Es wäre unmöglich gewesen, mit dem Ausgleich rechtzeitig fertig zu werden, wenn man erst nach der Lösung der Quotenfrage an die übrigen Ausgleichsgegenstände herangetreten wäre. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibe nur das Provisorium, das viele Nachteile habe. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Verhältnisse unbedingte gemeinsame bleiben; das Gleiche gelte bezüglich des Zoll- und Handelsbündnisses, denn die im Jahre 1891 geschlossenen Handelsverträge, die bis 1903 dauern, fußten auf der Gemeinsamkeit des Zollverbandes. Zwingen Sie die Regierung nicht, daß die Frage von so eminenter Wichtigkeit nach Paragraph 14 geregelt werde.

9. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses setzt die Verhandlung über das Ausgleichsprovisorium fort. Das Mitglied des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Baernreither (wohnhaft in Wien) tritt den jüngsten Äußerungen des Finanzministers, betreffend die Anwendung des Paragraphen 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 auf das Ausgleichsprovisorium, entgegen und erklärt, diese Anwendung sei vollkommen ausgeschlossen; der Erlass einer Notverordnung, wie sie der Finanzminister in Aussicht stellte, wäre eine Verletzung der Verfassung.

18. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses nimmt das Provisorium des Ausgleichs mit Ungarn an.

24. November. Bevor das Abgeordnetenhaus zur zweiten Beratung schreitet, wünscht Dr. Groß, Universitätsdozent in Wien, Abgeordneter für Jglau in Mähren (dtischfortschr.), es möge in das amtliche Protokoll aufgenommen werden, daß der Präsident durch die Unterbrechung der letzten Sitzung die Geschäftsordnung und durch die Feststellung der Tagesordnung der heutigen Sitzung mit dem Ausgleichsprovisorium als erstem Gegenstande derselben die Verfassung verletzt habe. Er verlangt darüber eine Reihe von Ab-

stimmungen. Präsident v. Abrahamowicz erklärt, es sei das Recht des Präsidenten, die Sitzung zu eröffnen, zu schließen und zu unterbrechen. Es beginnen nun jene namentlichen Abstimmungen; nach sechs derselben beantragt der Advokat Dr. Dyl aus Pilsen (jungtsch.), Abgeordneter für Pilsen Land, daß von jeder Art der 56 Petitionen gegen die Sprachenverordnungen nur je eine vorgelesen und dem stenographischen Protokoll beigegeben werde. Als hierüber ohne Debatte abgestimmt werden soll, protestirt die Linke unter großem Lärm und bezeichnet den Antrag als eine Vergewaltigung und neue Gesetzwidrigkeit. Erregte Zwischenrufe und großer Lärm im ganzen Hause. Zahlreiche Abgeordnete eilen zum Präsidium, wo sich ein heftiges Drängen und Stoßen entwickelt. Funke und Potoczki (Abgeordneter für Neu-Sandec-Orghow in Galizien) geraten heftig aneinander. Groß entwickelt, daß der Antrag nach der Geschäftsordnung ganz unzulässig sei und macht mehrere Aenderungsanträge. Ebenso Professor Pfersche (dtshfortsch.) aus Prag. Mit starken Ausdrücken wenden sich gegen die Rechte: Advokat v. Pfeiler aus Linz (dtsh. Volksp.), der Photograph Wrabez (Dtshfortsch.) aus Wien, der Gutsherr Edler v. Millesi (dtsh. Volksp.) aus Kärnten und Wolf, der dem Präsidenten polnische Gaunerkünste vorwirft. Gerichtsadvokat Dr. Pergelt (dtshnat.) aus Wien, Abgeordneter für Rumburg in Böhmen, stellt Anträge wegen Behandlung jener Bittschriften. Ebenso Kaiser aus Schlesien. Hierauf will der Präsident, alle andern Meldungen zum Wort abschneidend, nur noch Schüder zum Reden zulassen, Schönerer besteht aber darauf, zum Worte zu kommen, eilt zum Präsidententisch, läutet mit der Präsidentenglocke und erteilt sich das Wort. Potoczki entreißt ihm die Glocke und bedroht nebst dem Grundbesitzer Pospišil (jungtsch.), Schönerer und Wolf. Hierauf unterbricht der Präsident davoneilend die Sitzung. Nach zwanzig Minuten zurückgekehrt, wird ihm eine andre Glocke gebracht, weil er die von Schönerer ergriffne nicht weiter benutzen will. Als Wolf die neue Glocke ergreift, läßt der Präsident auch diese fortstellen und kommt mit Wolf in heftige Erörterungen, der ihn Badeniknecht nennt. Der Präsident macht mehrere Versuche, sich über die fortwährenden Störungen auszusprechen, kann aber wegen der Zwischenrufe von Mittel (dtsh. Volksp.), Steiner (Zimmermaler aus Wien), Wolf, Lang (jungtsch. Adv.) nicht zu Wort kommen. Der Präsident fordert die Ordner auf, das Präsidium von Wolf, Steiner und Mittel zu befreien, und verläßt den Präsidentensitz. Das ist das Zeichen zum Faustkampf.

Die Jungtschen und einige Polen werfen sich auf die genannten Abgeordneten sowie auf Pfersche. Man packt Wolf beim Rock, Potoczki



schlägt mit Fäusten auf Wolf ein, während ihn andre bei den Haaren ergreifen. Im dichten Knäuel sieht man viele Fäuste auf die bedrängten Abgeordneten der Opposition niederfaulen. Unter betäubendem Geschrei, Gebrüll und Geheul werden Pserſche und Wolf mit Füßen gestoßen und mit Fäusten bearbeitet. Um Schönerer bildet sich ein neues Kampffzentrum. Er eilt seinen Parteigenossen zu Hilfe, indem er ein Fauteuil von der Ministerbank auf die Präsidentenstraße zu werfen sucht. Da packt ihn der Grundbesitzer Hagenhofer an der Kehle. Schönerer taumelt nach rückwärts, rafft sich wieder auf, worauf sich andre Abgeordnete der Rechten auf ihn stürzen und mit Fäusten zu bearbeiten suchen. In einem andern Knäuel wird der Universitätsprofessor Pserſche aus Prag von einem Polen an die Kehle gefaßt und gewürgt. Ein Abgeordneter schüttet ein Glas Wasser auf die Kämpfenden. Die Tscheken sind nicht instande, irgend einen Abgeordneten der Linken aus dem Saale zu drängen. Nun erscheint der Präsident Abrahamowicz wieder und sagt: „Angesichts der Gewaltthaten die sich im Hause zugetragen haben, erachte ich es für meine Pflicht, die Sitzung aufzuheben. Ich bitte diejenigen Herren, die mir die Abgeordneten angeben können, die sich der Gewaltthaten schuldig gemacht haben, in meinem Bureau zu erscheinen.“

**25. November.** Wiederum kommt es nicht zum Beginn der zweiten Lesung des Ausgleichsprovisoriums, weil zuvor Fragen erledigt werden, die die ganze Sitzung ausfüllen. Graf Falkenhayn aus Wien, Geheimer Rat und Großgrundbesitzer in Oberösterreich (dtſchkath. Volksp.), beantragt, in die Geschäftsordnung vorläufig folgende Bestimmungen aufzunehmen:

Wenn ein Abgeordneter trotz zweier erhaltener Ordnungsrufe fortfährt, den parlamentarischen Anstand oder die parlamentarische Sitte gröblichst zu verletzen oder die Verhandlungen durch Tumult oder Gewaltthätigkeit zu behindern, so steht dem Präsidenten das Recht zu, den betreffenden Abgeordneten für höchstens drei Sitzungen auszuschließen. Dem Hause aber soll das Recht zustehen, einen Abgeordneten für höchstens dreißig Tage aus dem Hause auszuschließen. Im ersteren Falle steht dem Abgeordneten das Recht zu, an das Haus zu appelliren. Die betreffenden Beschlüsse erfolgen ohne Debatte. Sollte ein Abgeordneter der Ausschließung nicht freiwillig Folge leisten, dann ist der Präsident berechtigt, ihn durch von der Regierung beizustellende Exekutivorgane aus dem Hause entfernen zu lassen. Der Ausgeschlossene darf während der Dauer der Ausschließung die Räume des Parlaments nicht betreten. Mit der Ausschließung ist der Verlust der Diäten während der Ausschließungsfrist verbunden. Die Regierung wird aufgefordert, dem Präsidium des Hauses die notwendigen Exekutivorgane zur Verfügung zu stellen.

Während der Begründungsrede des Antragstellers herrscht auf der Linken anhaltend Getöse. Nach dem Schlusse der Rede ruft Wolf: „Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Nehmen wir die Kerle und schmeißen wir sie hinaus!“ Fortwährend wird auf die Bänke geschlagen. Der Präsident versucht wiederholt zu sprechen und sagt endlich: „Bitte um Gottes willen!“ Rufe links: „Nicht reden lassen.“ Wolf steht vor der Ministerbank und pfeift. Es entsteht ein erregter Streit. Während der Tumult, das Geschrei, das Schlagen auf die Bänke, das Pfeifen und die Zwischenrufe anhalten, sagt der

Präsident, er betrachte den Antrag Falkenhain als Notwehr gegen die Vernichtung und gegen eine Revolution des Parlaments. Hierauf bringt er den Antrag zur Abstimmung, die ganze Rechte erhebt sich. Die Linke will bei dem Lärm nicht verstanden haben, worum es sich handelt. Der Präsident verkündet den Antrag als „einstimmig“ angenommen. Die Linke sieht den Beschluß als unrechtmäßig an, weil er gegen § 80 der Geschäftsordnung verstoße, der sagt: „Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung müssen selbständig eingebracht und nach besondrer Verhandlung der Beschlußfassung unterzogen werden. Bei solchen Anträgen ist die Abstimmung der Geschäftsbehandlung unzulässig.“

26. November. Präsident v. Abrahamowicz wird bei seinem Erscheinen mit stürmischen Rufen „Abzug!“ empfangen. Der Schriftsteller Berner (Soziald.) versucht, sich auf den Präsidenten zu stürzen; es entspinnt sich ein Kampf zwischen ihm und den Dienern. Sozialdemokrat Kessel, ein Schneider, springt über die Ministerbank und zerreißt die vor dem Präsidenten liegenden Papiere, andre Sozialdemokraten eilen Berner zu Hilfe und besetzen die Präsidententribüne; sie verlangen Genugthuung dafür, daß Kessel von einem Diener geschlagen worden sei. Der Präsident zieht sich zurück. Zwischen Sozialdemokraten und andern Abgeordneten entspinnt sich eine Schlägerei; Berner wird hinausgebrängt. Inzwischen erscheinen siebzig Polizisten im Saal. Der Polizeikommissar fordert die die Präsidententribüne besetzt haltenden Sozialdemokraten auf, die Tribüne zu verlassen, die Sozialdemokraten leisten Widerstand, werden aber nacheinander von der Polizei mit Gewalt aus dem Saale geführt. Die Polizei bildet um die Präsidententribüne einen Kordon. Nach längerer Pause erscheint der Präsident wieder, um endlich die Sitzung zu eröffnen. Er wird mit stürmischen Rufen: Psui! Elender Schurke! Schuft! Hinaus mit dem Hochverräter! empfangen. Nach einem vergeblichen Versuche, zu sprechen, läßt der Präsident dem Abgeordneten Wolf durch Polizisten mitteilen, er sei auf drei Tage ausgeschlossen, und läßt ihn, unter den Weissausrufen der Rechten, durch Polizisten gewaltsam hinausführen. Nach neuen heftigen Angriffen Daszynski (Soziald.) auf den Präsidenten wird auch dieser Ruhestörer gewaltsam entfernt. Hiernach kommt die Reihe an Schönerer, der ohne Umstände sich fügt.

In einer Abend Sitzung erklärt der den Vorsitz führende erste Vizepräsident Rramaß auch die Sozialdemokraten: den Glasarbeiter und Redakteur Steiner, den Weber und Redakteur Hybeß, der Schriftsteller Berner, den Bergarbeiter Cingr, den Weber und Schriftsteller Rieger, den Schneider Kessel, den Maler Rozakiewicz, den Drechsler und Redakteur Schrammel aus Neunkirchen, den Advo-

taturskonzipienten Dr. Verkauf aus Wien und den Korbflechter Keller als auf drei Tage ausgeschrieben und läßt sie durch Polizisten gewaltsam aus dem Parlamentsgebäude entfernen.

(Die Minderheit sieht die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten als einen Verstoß an gegen 1. den die Unverletzlichkeit der Abgeordneten verheißenden Art. 16 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, 2. gegen den § 58 der zu den Verfassungsgesetzen gehörenden Reichsratswahlordnung, wonach der Abgeordnete solange Sitz und Stimme hat, als das Haus seine Wahl nicht für ungiltig erklärt hat, 3. gegen den dasselbe aussprechenden § 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung, lauter Gesetze, deren Aenderung nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen kann; 4. gegen oben erwähnten § 80 der Geschäftsordnung.)

27. November. Präsident v. Abrahamovicz wird bei seinem Erscheinen im Saale von stürmischen Psuirufen der Linken unter bestäubendem Pfeifen und Pultbedelschlagen empfangen. Zahlreiche Abgeordnete der Linken fassen vor der Präsidentenestrade Posto unter erregtem Schreien. Einige blasen auf Kindertrumpeten, andre auf Flöten und Trambahnpsfeifen. Der Sturm richtet sich hauptsächlich gegen den Präsidenten, dem u. a. — abgesehen von den zahllosen „Hinaus!“, „Schuft“, „Hochverräter“, „Schurke“, „Verbrecher“ — zugerufen wird: „Sie sind der größte Lügner Oesterreichs!“ „Sie alter ehrvergessener Armenier!“ „Sie Hund!“ Die Deutschen drängen bis zur Ministerbank vor, schlagen auf die Pulte und begrüßen es mit stürmischen Zurufen, als ein Sozialist den Sessel Wadenis umgekehrt auf das Pult stellt. Polizisten werden trotzdem diesmal nicht zu Hilfe gerufen, nur als Wolf in Hut und Ueberzieher und mit einem Stod in der Hand plötzlich im Saal erscheint, stürmisch von den Deutschen begrüßt, wird die Polizei zu Hilfe gerufen, der es erst nach langem Kampfe mit den deutschen Abgeordneten, die Wolf umringen, mit Gewalt gelingt, Wolf aus dem Saale zu entfernen. Wolf soll sich heftig zur Wehr gesetzt und mit seinem Stod gegen die Polizisten geschlagen haben. Hierauf übernimmt der erste Vizepräsident Kramař den Vorsitz und schließt die Sitzung. Der frühere Minister v. Madexski aus Krakau tritt aus dem Abgeordnetenhause.

29. Dezember. Kaiserlicher Erlaß wegen Schließung der Session des Reichsrats.

#### IV.

### Umschwung.

27. November. In Wien kommt es zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizisten. Unter den Deutschen in Wien herrscht große Aufregung über die gegen Abgeordnete begangnen

Gewaltthaten. Aus diesem Grunde kommt es in Graz zu Unruhen. Das bösnische Regiment wird hier aufgeboten und giebt Feuer in die Menge. Unruhen in Aſch. Kundgebungen der Deutschen in Prag.

28. November. Die Unruhen in Wien nehmen bedeutend zu. Vor dem Gebäude des Reichsraths finden vormittags unausgesezt Kundgebungen statt. An fünfzigtausend Menschen füllen die Ringstraße von der Universität bis zum äußern Thor der Hofburg. Zuerst schreitet die berittne Sicherheitswache mit blanker Waffe ein, und als diese nicht ausreicht, säubern Husaren in scharfer Attacke mit blanker Waffe die Straße. Es finden zahlreiche Verwundungen statt. Die Rettungsgesellschaft entsendet drei Ambulanzen. Vor dem Landesgericht für Strafsachen demonstirt eine etwa zehntausend Personen zählende Menge zu Gunsten des Abgeordneten Wolf. Berittne Sicherheitswachleute zersprengen die Menge mit blanker Klinge. Nachmittags erfüllen tausende von Menschen den Franzensring und den Rathauspark. Die Menge veranstaltet stürmische Kundgebungen gegen den Grafen Badeni. Eine vollständige Revolution ist dem Ausbruche nahe. In Graz ermahnt ein Aufruf des Bürgermeisters zur Ruhe. Das Militär besetzt hier die Hauptplätze. Nach einer Rede des Bürgermeisters vom Balkon des Rathauses stimmt die Menge die Volkshymne an. Nachmittags verkündet der Bürgermeister von Wien, Lueger, aus einem Fenster des Rathauses und von der Rampe des Parlamentgebäudes, daß der Kaiser den Ministerpräsidenten Grafen Badeni des Amtes entlassen und den bisherigen Unterrichtsminister Gautsch von Frankenthurn zum Ministerpräsidenten ernannt habe. Abgeordneter Wolf wird der Haft entlassen. Hierauf vollständige Umstimmung der Massen. Die Unruhen sind beendet. Es folgen Freudenkundgebungen über den Sieg des deutschen Elements.

---

## V.

### Ministerium v. Gautsch.

30. November. Der Kaiser ernennt nach der Entlassung des Ministeriums des Grafen Badeni folgendes Ministerium: Ministerpräsident und Minister des Innern: Freiherr Dr. Paul Gautsch von Frankenthurn, bisher Unterrichtsminister; Landesverteidigungsminister: Feldzeugmeister Graf Zeno v. Welfersheimb, der somit diese Stelle im fünften Ministerium bekleidet; Eisenbahnminister: Dr. Heinrich v. Wittel, seit 1885 Leiter der Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums, im Jahre 1895 Handels-

minister im Ministerium des Grafen Kielmannsegg; Finanzminister: Dr. Eugen Böhm, Ritter von Bawerk, der dieselbe Stelle schon im eben genannten Ministerium bekleidete; Handelsminister: Dr. v. Roerber, früher Leiter der Staatsbahnen, bisher Abteilungschef für Handelsverträge, Flußschifffahrt, Konsulatswesen; Ackerbauminister: Graf Arthur Thlandt-Rheidt, bisher Abteilungschef für Volksschulen im Unterrichtsministerium; Unterrichtsminister: Graf Vincenz Baillet-Latour, Sohn des Kriegsministers von 1848, bisher Leiter des gewerblichen Unterrichts; Justizminister: Dr. Ignaz Edler v. Ruber, bisher Abteilungschef in diesem Ministerium.

16. Dezember. Der Statthalter a. D. Geheimer Rat Freiherr v. Voehl wird zum Minister ohne Portefeuille ernannt.

## VI.

### Unruhen in Böhmen.

30. November. Der Vollzugsausschuß der jungtschechischen Partei in Prag veröffentlicht eine Ansprache, in der es heißt: „In unsrer politischen Geschichte ist ein kritischer Moment eingetreten. In einem solchen Momente darf niemand das tschechische Volk unvorbereitet, unentschieden und kraftlos finden. Das gesamte tschechische Volk muß seinen festen Willen kundgeben, daß es nicht duldet, daß an Stelle des Rechts die Gewalt und an Stelle der Gerechtigkeit das Unrecht siege. Wenn das tschechische Volk neuerlich zum Kampfe provoziert werden sollte, so wird es denselben mit festem Sinn aufnehmen und nicht ablassen, bis dieser Kampf siegreich beendet ist.“

1. Dezember. Namens des Vollzugsausschusses der alttschechischen Partei erläßt Dr. Rieger in Prag eine Erklärung, in der es heißt:

„Wir befinden uns abermals am Wendepunkte zweier Epochen in der politischen Entwicklung unsrer Monarchie. Die Ereignisse der letzten Tage haben vor allem klar bewiesen, daß für ein so kompliziertes Staatsgebilde, wie es unsre Monarchie ist, ein Zentralparlament von der bestehenden Organisation und solch weitgehender Kompetenz sich nicht leiten lasse, und daß somit die Erweiterung der Autonomie der Landtage, bei gleichzeitiger Erweiterung des Wahlrechts in denselben bereits zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist. In dieser ernsten Zeit rufen wir unsern Gesinnungsgegnossen zu, sie mögen für den Augenblick, die besondern Nuancen im eignen Programm zur Seite stellend, dahin wirken, daß alle Tschechen in den Ländern unsrer Krone, die ihre Nationalität und ihr Vaterland lieben, sich in eine einzige unzerstörbare Phalanx zusammenschließen und mit mutiger und männlicher Entschlossenheit abwarten, was die kommenden Tage uns bringen werden. Wir hoffen, daß die an unsern Minoritäten

verübten und zum Himmel schreienden Gewaltthaten jene, die dazu verpflichtet sind, Leben, Gesundheit und Vermögen der Staatsbürger zu schützen, wie dies einem geordneten Staatswesen geziemt, zwingen werden, diesen Schutz zu bieten.“ — Die Ansprache endet mit den Worten: „Ergeben wir uns nicht!“

In Prag werden, infolge von Aufregungen, tschechischerseits große Ausschreitungen begangen.

In einigen Gassen der frühern Judenstadt werden in Häusern, die auch deutsche Firmenschilder tragen und in denen Juden wohnen, die Fenster eingeschlagen. Auch der jüdische Tempel wird mit Steinen beworfen und die Fenster zertrümmert. Es werden Gewaltthaten an Deutschen und deutschem Eigentum begangen. Der Verkehr auf den Straßen hört auf; alle Geschäftsläden sind gesperrt, von den Geschäften werden die mit deutschen Aufschriften versehenen Tafeln heruntergerissen. In mehreren Straßen werden die Läden geplündert, in vielen Gebäuden die Fenster eingeworfen. Die Menge bringt in die deutschen und medizinischen Anstalten ein, zertrümmert sämtliche Apparate und schleubert gegen das Militär, das zum Schutze der Gebäude heranrückt, Steine und Glascherben. Die Menge bringt auch in den deutschen Studentenverein ein, wobei ein Student derart mißhandelt wird, daß er nach der Rettungsstation gebracht werden muß. Abends kommt es in dem Bororte Žizlow zu einem Zusammenstoße zwischen der Volksmenge, die die dortige Patronenfabrik angreifen will, und dem Militär; das Militär giebt Feuer. Zwei Personen werden getödtet. In Smichow wird abends die deutsche Volksschule geplündert; auf die einschreitende Wache wird Feuer gegeben. Auch das deutsche Gymnasium auf dem Altstädter Ring in Prag wird geplündert. Eine Rade bei der Rennbahn des Radfahrervereins „Wanderer“ in Weinberge wird mit Petroleum bestrichen und angezündet. Auch in Lieben bei Prag finden große Exzesse statt. In einem Gasthaus werden einundzwanzig Personen, die mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet waren, von Gendarmen festgenommen. Bei Plünderung eines Branntweinausschanks werden mehrere Fässer Branntwein auf die Straße geschleppt und der Inhalt von den Ausschreitenden ausgegossen. Eine etwa dreitausend Personen zählende Menge versammelt sich vor dem Rathause, singt tschechische Lieder und zieht nach der deutschen Turnhalle, wo sie die Fenster einschlägt. Nachdem die Menge mit blanker Waffe auseinander getrieben ist, zieht sie sich nach dem Rathause zurück und schlägt, da sie die Freilassung der Verhafteten nicht erreichen kann, die Fenster des Rathauses und vieler andern Gebäude ein. Drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Dragoner besetzen den Wenzelplatz. Das neue deutsche Theater wird von der Kavallerie besetzt. Die jubelnde und singende Menge auf dem Wenzelplatz wird von der Kavallerie mit blankem Säbel auseinander gesprengt. Die in die Wassergasse flüchtende Menge wird von Infanterie mit gefülltem Bajonett zerstreut. Zum Schutze der bedrohten Universitätsanstalten sind Wachmannschaften aufgestellt.

2. Dezember. Der Statthalter erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt:

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Justizministerium auf Grund des § 430 der Strafprozeßordnung die Verhängung des Standrechts über Prag sowie die Gerichtsbezirke Karolinenthal, Königl. Weinberge, Žizlow und Smichow bezüglich des im § 85 des Strafgesetzes bezeichneten Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch böshafte Beschädigung fremden Eigentums verfügt.

In Smichow lehnt sich ein Teil der Bevölkerung gegen das Standrecht auf; man versucht die Synagoge zu zerstören. Die deutschen Landtagsabgeordneten Schlesinger, Lippert und Riemann treffen in Wien ein, um beim Ministerpräsidenten wegen der Haltung der Prager Behörden gegenüber den Deutschen Beschwerde zu führen. Die Abgeordneten Schlesinger, Lippert, Riemann, Werunsky, Sobitschka und Urban richten an den Statthalter Grafen Coudenhove ein Schreiben, in dem es heißt:

„Mit Verwunderung mußte die deutsche Bevölkerung Prags durch den Bürgermeister Podlipny vernehmen, daß Eure Excellenz die schwachvollen Vorgänge, die sich in Prag ereignet haben, in ursächlichen Zusammenhang mit den nicht minder beklagenswerten Ereignissen in Saaz und mit dem Vorgehen der deutschen Studentenschaft gebracht und damit in gewissem Grade entschuldigt haben.“ Nach einem Hinweis auf die musterhafte Haltung der gesamten deutschen Bevölkerung Böhmens hebt das Schreiben hervor, daß Prag auch die Hauptstadt von 2<sup>1/2</sup> Millionen Deutschen und der Sitz zweier deutscher Hochschulen sei, und daß es deshalb keine Provokation sein könne, wenn an diesen Hochschulen deutsche Studenten und, ohne die Rechte eines andern Volksstammes zu verletzen, als solche erkennbar bleiben. Am Schlusse ihres Schreibens geben die Abgeordneten der Hoffnung Ausdruck, daß der Statthalter in Zukunft der deutschen Bevölkerung in Prag sowohl durch die Verwaltung als auch in moralischer Beziehung ausreichenden Schutz angedeihen lassen werde.

In Bodenbach und Braunau finden tschechische Ausschreitungen statt.

9. Dezember. Im deutschen Landestheater zu Prag wird während der Vorstellung eine Bombe gefunden.

## VII.

### Die Parteien nach dem Umschwung.

30. November. Die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, die der deutschen Volkspartei, der deutschen Fortschrittspartei, der christlich-sozialen Vereinigung und der freien deutschen Vereinigung beschließen, gegenüber der neuen Regierung solidarisch vorzugehen. Eine Fühlungnahme und weitere Vereinbarung der jetzt ebenso wie die Rechte geeinigten deutschen Opposition mit den befreundeten Gruppen wird in Aussicht genommen.

2. Dezember. Ein gemeinsames Komitee dieser Parteien macht dies mit dem Bemerken bekannt, daß die Einigung insbesondere die Herstellung geordneter parlamentarischer Zustände und die

Frage der Sprachenverordnungen betreffe. Ministerpräsident von Gautsch verhandelt mit dem vollziehenden Ausschuß dieser Parteien.

Die Regierung zeigt sich bereit, die Wirksamkeit der Badenschen Sprachenverordnungen für das deutsche Sprachgebiet Böhmens in Bezug auf die innere Dienstsprache zu suspendiren. Diese sollte fortan in den rein deutschen Bezirken, beziehungsweise Gemeinden ausschließlich deutsch, in den rein tschechischen ausschließlich tschechisch sein. Für die gemischtsprachigen Bezirke resp. Gemeinden sollte die innere Dienstsprache „utraquistisch“ bleiben, als Kriterium der Gemischtsprachigkeit das Vorhandensein von mindestens zwanzig Prozent der andern Nationalität bei Bezirken, von mindestens fünf- und zwanzig Prozent der andern Nationalität bei Gemeinden gelten. Hingegen wollte die Regierung das Prinzip der Doppelsprachigkeit aller Staatsbeamten in Böhmen und Mähren nicht fallen lassen und nur für die Manipulationsbeamten gewisse Ausnahmen statuiren. Außerdem sollte der Termin für die Doppelsprachigkeit der Staatsbeamten weiter hinausgeschoben werden.

Diese Vorschläge werden von der deutschen Linken als unzureichend befunden, weil damit der Forderung der Deutschen nach Sicherung des deutschen Sprachgebietes, zumal in Böhmen, nicht entsprochen ist.

10. Dezember. Der verfassungstreue Grundbesitz veröffentlicht ein Rundschreiben an die Wählerschaft. Die Vereinigung erwartet von der Regierung unzweideutige und energische Maßregeln zur Sicherung des Lebens, des Eigentums und der staatsbürgerlichen Stellung der Deutschen Böhmens und wird die notwendige Politik der Beruhigung sowie alles unterstützen, was die Regierung anwenden wird, um Anknüpfungspunkte zu suchen und zu finden für die Wiederherstellung, parlamentarischer, verfassungsmäßiger Zustände. Die Vereinigung steht den deutschen Stammesgenossen im Kampfe um die berechnigte Stellung der Deutschen Oesterreichs treu zur Seite.

Auch die deutsche Volkspartei erläßt eine Ansprache.

Darin begründet sie den äußersten Kampf sämtlicher auf deutsch-nationaler Grundlage basirender Parteien gegen die Sprachenverordnungen und deren Urheber, dankt der Wählerschaft für ihre Unterstützung und konstatiert als Erfolg des Kampfes den Rücktritt des Kabinetts Badeni, als dessen trauriges Erbstück eine heillos scheinende Verwirrung aller Verhältnisse und die Sprachenverordnungen zurückblieben. So lange die Sprachenverordnungen existiren, scheine die Möglichkeit, ein arbeitsfähiges Parlament herzustellen, ausgeschlossen. Das Einverständnis, das während des Kampfes unter der deutschen Volkspartei, der deutschen Fortschrittspartei und der radikal-nationalen Gruppe bestanden hat, hat sich in der letzten Zeit nicht nur erhalten, sondern auch auf andre Parteien ausgedehnt, sodaß die neue Regierung den einheitlichen Forderungen aller Parteien der Linken gegenübersteht. Die Volkspartei verlangt die Annullirung der „lex Falkenhayn“, die Entfernung jener Personen des Präsidiums, die an den Gesehwirigkeiten thätigen Antheil nahmen, und die Aufhebung der Sprachenverordnungen.

Eine Kundgebung der die Mehrheit des Abgeordneten-



hauses bildenden Klub drückt den Entschluß aus, solidarisch für folgende Grundsätze einzutreten:

Anerkennung der historischen-politischen Grundsätze der Autonomie der Königreiche und Länder, gerechte Durchführung der Gleichberechtigung aller Nationen des Reichs, Pflege echter Religiosität und Sittlichkeit, fruchtbare Arbeit, wirtschaftliche und soziale Hebung aller Klassen in der Ueberzeugung, daß hierdurch das Wohl und die Macht der gesamten Monarchie und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der einzelnen Völker befestigt wird. Die Mehrheit bedauert, daß ihre zur Vorbeugung der Gefahr einer Staatskrise aufgewendeten Bemühungen zur verfassungsmäßigen Regelung des Ausgleichs nicht gelungen seien, und beklagt, daß ihr äußerstes Entgegenkommen in der Sprachenfrage sowie in formalen Fragen bei den jüngsten Verhandlungen die Herstellung geordneter parlamentarischer Verhältnisse nicht herbeiführen vermochte. Insbesondere bedauert sie die gegenwärtige schwere Schädigung des Parlamentarismus in Oesterreich und die Unsicherheit des Verhältnisses zu Ungarn.

11. Dezember. Die deutsche Fortschrittspartei erläßt eine Erklärung an das deutsche Volk Oesterreichs, in der auf die erfolgte Einigung der deutschen Parteien hingewiesen und der Wunsch auf Anschluß der deutschen Vertreter der Alpenländer ausgedrückt wird. Die Verhandlungen der neuen Regierung seien an dem Starrsinn der slowakischen Mehrheit gescheitert. Auch die deutsche Fortschrittspartei könne die gemachten Vorschläge nicht annehmen, obwohl sie im Interesse der Wiederherstellung parlamentarischer Zustände und der wirtschaftlichen Entwicklung Oesterreichs dringend eine Vereinbarung gewünscht hätte und noch wünsche.

12. Dezember. In Wien findet unter Vorsitz des Abgeordneten Wolf ein deutscher Volkstag statt, bestehend aus vierhundert Vertretern von Bezirksvertretungen, Gemeinden und Vereinen aus allen deutschen Gegenden Oesterreichs.

Die Versammlung beschließt drei Erklärungen.

Die erste drückt der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei des Parlaments sowie insbesondere den Abgeordneten Schönerer, Mittel, Fürs und Wolf die vollste Anerkennung für ihre thatkräftige Haltung im Parlamente aus und enthält die Aufforderung, daß alle wahrhaft national und freitheilich gesinnten Abgeordneten auch künftig mit Aufgebot aller gesetzlichen Mittel und mit größtem Nachdrucke sich für die Erreichung der gebührenden Stellung des deutschen Volkes einsetzen und jedem Versuche des Kabinetts Gautsch, den gesetzlichen Boden zu verlassen und die Staatsgrundgesetze zu mißachten, entschieden entgegenzutreten; daß sie ferner ungehindert die erforderlichen Schritte zu dem Zwecke einleiten, daß alle Jenen, die freventlich in die Rechte des Parlaments eingegriffen und dasselbe geschändet haben, namentlich der Exminister Badeni und die Herren Abrahamowicz und Kramar, zur strafgerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Endlich wird den Klerikalen und Christlich-sozialen die Mißbilligung und Entrüstung ausgedrückt. Die zweite Erklärung giebt dem Mitgefühl mit den deutschen Stammesgenossen in Prag, der Entrüstung über die tschechischen Greuelthaten Ausdruck, fordert Genugthuung und Schadenersatz für die Prager Exzeß, brandmarkt die Haltung des Bürgermeisters Poplitz und des Prager

Stadtrates und konstatirt die Solidarität des Deutschtums der Ostmark mit den bedrohten Brüdern in Böhmen. In der dritten Erklärung wird ausgesprochen, man sei entschlossen, unwiderleglich zu beweisen, daß ohne und gegen das deutsche Volk in Oesterreich nicht regiert werden kann. Es wird gefordert: die unbedingte und sofortige Zurückziehung der Sprachenverordnungen und der lax Falkenhahn, der sofortige Rücktritt des Parlamentspräsidenten und die sofortige Einleitung des Strafverfahrens gegen alle an den begangnen Verletzungen der Verfassung und der persönlichen Freiheit beteiligten politischen Persönlichkeiten sowie gegen deren Mitschuldige. Es wird protestirt gegen jeden etwaigen Versuch der Regierung, unter mißbräuchlicher Anwendung des Notverordnungsrechtes, ohne Volksvertretung weiter zu regieren. Es wird verlangt, daß die Regierung zunächst durch Herstellung des Zustandes vor Erlassung der Sprachenverordnungen die Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der sachlichen Arbeit des Reichsrates schaffe und durch Vorlage eines Sprachengesetzes, dessen erste Bestimmung die Geltung der deutschen Sprache als Staatssprache zu enthalten hat, den ersten Schritt zu dem Ausgleich thue, der der dringendste von allen ist: zum Ausgleich mit dem deutschen Volke in Oesterreich. Endlich wird das staatsrechtliche Programm der Deutschnationalen (die Sonderstellung Galiziens und der Bukowina, die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien-Slawonien, die Aenderung des Verhältnisses zwischen Cisleithanien und Ungarn, die Schaffung eines staatsrechtlichen Bundes der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche) entwickelt und die Entschlossenheit aller Deutschen Oesterreichs betont, gemeinsam und der eignen Kraft vertrauend die nationalen Ziele zu verfolgen.

19. Dezember. Die in Prag versammelten jungtschechischen Vertrauensmänner Böhmens beschließen mehrere Erklärungen.

Die erste besagt, der Kampf der „mit den Sozialisten verbündeten“ deutschen Obstruktion gegen das Kabinett Badeni und speziell gegen die Person des entlassenen Ministerpräsidenten sei nicht bloß ein Kampf der ehemaligen Opposition mit der ehemaligen Regierung gewesen, sondern ein Ringen um die Hegemonie der Deutschen in Oesterreich und um das gleiche Recht der slawischen Sprachen, insbesondere der tschechischen. Der Angriff der deutschen Obstruktion auf das Parlamentspräsidium stelle sich lediglich als ein Ausfluß der verbildeten Herrschucht der deutschen Minorität dieses Reiches dar. Die jungtschechischen Reichsratsabgeordneten verdienen daher für ihr vollkommen korrektes und taktisches Vorgehn in der letzten Session, für ihre Umsicht und ihren Opfermut Dank und wärmste Anerkennung. Tief zu bedauern sei hingegen, daß die von der deutschen Minorität an den Vertretern der überwiegenden Majorität der österreichischen Völker geübte „rohe Gewalt“ sowie die im Parlamente und außerhalb desselben gegen die Rechte der tschechischen Sprache ingezirkte „Revolte“ den Erfolg erzielen konnte, daß ein Minister zurücktreten mußte, der „den unbestreitbaren Willen hatte, im Sinne und Geiste der Gleichberechtigung der slawischen Völker dieses Reiches zu regieren.“ Solche Wendungen müßten das tschechische Volk mit Unwillen und Unzufriedenheit erfüllen und es in höchstem Maße beunruhigen. Die zweite Erklärung enthielt die Gutheißung der Organisation der parlamentarischen Rechtenmajorität und ihres Programmes sowie den Ausdruck der Zuversicht, daß die jüngst manifestirte Solidarität der Rechtsparteien sich hinfort auch praktisch bewähren werde. Die dritte Erklärung handelt zuvörderst von der „stets vorhanden gewesenen“ Bereitwilligkeit des Tschechenvolkes, sich mit den deutschen Bewohnern der „Länder der böhmischen Krone“ in sprachlichen und nationalen Angelegenheiten friedlich auszugleichen. Ein

solcher Ausgleich ist nur möglich auf Grund der „unverminderten und vollen Gleichheit der das Königreich Böhmen bewohnenden Nationen, unter gleichmäßiger Einhaltung des gleichen Rechtes in Mähren und Schlesien und nur unter der Bedingung, daß die Integrität und Unteilbarkeit des Königreiches Böhmen als historischem und staatlichem Ganzen nicht im mindesten tangirt wird.“ Es wird der „Selbstverleugnung“ und „Opferbereitschaft“ gedacht, mit der die Führer des reichsrätlichen Jungtschechenklubs sogar nach dem Rücktritt des Grafen Badeni nicht im vorhinein jede Diskussion über einen nationalen Ausgleich mit der deutschen Obstruktion zurückweisen. Sollte aber die Regierung es unternehmen, ohne Zustimmung der tschechischen Abgeordneten oder zum Nachtheile der Rechte der tschechischen Sprache ein Tüpfelchen an den Sprachenverordnungen zu ändern, die ja ohnehin nur eine large Abschlagszahlung an das Tschechentum seien, dann würde er nicht etwa bloß der tschechischen Obstruktion im Parlamente, sondern dem Widerstande des aufs äußerste erbitterten Tschechenvolks begegnen! — Die vierte Erklärung wendet sich energisch gegen jedes Projekt einer Zweiteilung Böhmens. Niemals werden die Tschechen einer derartigen Maßregel zustimmen, und zwar aus Besorgnis nicht nur um ihre eigne nationale Zukunft, sondern „um die Fortdauer und Integrität der habsburgischen Monarchie.“ — In einer fünften Erklärung wird den Deutschen die Schuld an der Arbeitsunfähigkeit des Parlaments und an dessen Vertagung auf unbestimmte Zeit zugeschoben, dabei jedoch eingestanden, daß den Tschechen am Wiener Parlamente, in das sie ohnehin nur unter Rechtsverwahrung eingetreten, und an dessen Erhaltung in seiner jetzigen Beschaffenheit gar nichts liege. Um so nachdrücklicher wird die baldigste Einberufung der einzelnen Landtage und besonders des bisherigen gefordert, damit dieselben in dieser kritischen Zeit ihre „gleich wichtige“ Stimme erheben könnten. — Die letzte Erklärung hebt mit Klagen über die „Brutalitäten und Grausamkeiten“ der Deutschen gegen die tschechischen Minoritäten an, über die fanatische und systematische Bedrohung, Boykottirung und Entnationalisirung der tschechischen Minoritäten durch die Deutschen, um sodann der tiefsten Entrüstung über die deutscherseits versuchte Fruktifizirung (gegen das Tschechentum) gewisser „bedauernswerther Vorfälle“ Ausdruck zu geben, die, „sicherlich ohne Ruthen und Zustimmung der tschechischen nationalen Kreise,“ in Prag und dessen Umgebung sich abspielten, und zwar infolge „unverzeßlicher deutscher Provokationen,“ wie „vom Statthalter von Böhmen ausdrücklich zugestanden worden“ sei.

26. Dezember. Die in Brigen versammelten Vertrauensmänner der Tiroler Alerikalen sprechen den Tiroler Reichsratsabgeordneten der katholischen Volkspartei für ihre Bemühungen, eine Verständigung mit den Minoritätsparteien des Abgeordnetenhauses herbeizuführen, Dank aus und ersuchen die Abgeordneten, diese Thätigkeit im Interesse der Deutschen und die Herstellung des nationalen Friedens mit Entschiedenheit fortzusetzen.

29. Dezember. Ein in Eger stattfindender deutscher Akademikertag, der von 1500 Teilnehmern, darunter acht Professoren beider Prager deutschen Hochschulen besucht ist, stellt folgende Forderungen auf:

Volle staatliche Garantie gegen Wiederholung der Prager Exzesse, ausgiebiger staatlicher Schutz der Deutschen Prags, Schutz der deutschen Studenten nicht bloß in ihren bürgerlichen, sondern auch akademischen Rechten, volle

Anerkennung der Gleichberechtigung der deutschen Sprache in Prag, volle Genugthuung verübter Unbill, entschiedne Zurückweisung der Behauptung, daß die deutschen Studenten Prags der herausfordernde Teil gewesen. Falls diese Erwartungen und Forderungen nicht erfüllt werden, wird die Verlegung der Prager deutschen Hochschule zur unabweislichen Notwendigkeit, jedenfalls bleibt es Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die deutschen Hochschulen in Böhmen zu erhalten und zu kräftigen. Zur Ueberwachung dieser Beschlüsse wird eine ständige Kommission eingesetzt.

## VIII.

## Die kaiserliche Familie.

24. Juli. Der seit neunzehn Jahren mit der Prinzessin Isabella von Croyn vermählte zweiundvierzigjährige Erzherzog Friedrich, ältester Sohn des 1874 gestorbenen Erzherzogs Karl Ferdinand, wird, nachdem ihm bis dahin acht Töchter geboren waren, durch die Geburt eines Sohnes erfreut. Er wohnt zu Schloß Weilburg unweit Baden bei Wien.

12. September. Der Kaiser erhält in Zotik (Ungarn) den Besuch des deutschen Kaisers (S. 43).

## B.

## Ungarn.

## I.

## Reichstag.

6. August. Minister Daranyi giebt im Unterhause eine Uebersicht der Maßnahmen und der Thätigkeit der Staats- und Gemeindebeamten sowie des landwirtschaftlichen Vereins, die den ruhigen Verlauf der Erntearbeiten sicherten.

11. August. Der Finanzausschuß des Oberhauses nimmt die Zuckerprämienvorlage an.

4. Oktober. (Nach einer längern Vertagung.) Das Abgeordnetenhaus beschließt eine Guldigungsadresse an den König wegen dessen kundgegebenen Entschlusses, in Pest Denkmäler von Männern zu errichten, die sich in der Vergangenheit auf verschiedenen Gebieten ausgezeichnet haben. Die Wortführer der einzelnen Parteien sprechen sich mit Begeisterung hierüber aus.

**12. Oktober.** Auf eine Anfrage Kossuths im Unterhause bemerkt der Ministerpräsident, nur der Eintracht der Großmächte sei es zu danken, daß die Grundlagen des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland festgestellt werden konnten.

**21. Oktober.** Das Abgeordnetenhaus genehmigt eine Regierungsvorlage wegen eines Ausgleichsprovisoriums mit Oesterreich für die Dauer des Jahres 1898, jedoch mit dem Vorbehalte, daß dieses Provisorium rechtzeitig vor Ablauf des Jahres auch in der andern Reichshälfte genehmigt werde. Nach einer zuvor abgegebenen Erklärung des Ministerpräsidenten würde die Regierung die Anwendung des Notverordnungsrechts in Oesterreich als mit dem Dualismus nicht vereinbar ansehen.

**2. Dezember.** Im Abgeordnetenhause richtet Kossuth an die Regierung die Frage:

Wann gedenkt die Regierung mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Oesterreich von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und den auf dem Prinzip der Selbstbestimmung beruhenden Gesetzentwurf einzureichen? Kossuth verweist auf die Vorgänge im österreichischen Parlament und sagt: In Oesterreich bestehen seit langem Ausnahmestände, die Minorität benützt die Pulstbedel als Argumente, die Majorität geberdet sich als Tyrann, begeht mit der *lex Falkenhayn* einen offenen Verfassungsbruch und läßt die Abgeordneten durch Polizeiorgane aus der Stätte der Gesetzgebung hinauswerfen. Auf die Frage, ob in Oesterreich der parlamentarische Konstitutionalismus herrscht, wird die gesamte gebildete Welt mit Nein antworten. Die gewaltthätige Durchsetzung des Ausgleichsprovisoriums, die Art und Weise, wie die ungarische Regierung dieselbe forcirt, ist geeignet, in dem österreichischen Volke den Glauben zu erwecken, also ob daraus für Ungarn riesige Vorteile erwachsen, während doch, wie alle wissen, sie uns nur riesige Opfer auferlegt. Mit Rücksicht darauf, daß der österreichische Reichsrat vertagt ist und uns nur mehr eine kurze Zeit vom 1. Januar trennt, ist es notwendig, daß sich die ungarische Regierung über ihre Absichten äußert.

**6. Dezember.** Im Abgeordnetenhause legt der Finanzminister das Budget für 1898 vor. Die Zusammenfassung der ordentlichen und der außerordentlichen Gebarung ergiebt an Ausgaben 498 240 570 Gulden, an Einnahmen 498 316 291 Gulden, erreicht somit einen Ueberschuß von 75 721 Gulden gegen einen solchen von 62 635 Gulden im Vorjahre, somit mehr 13 086 Gulden. — Der Ministerpräsident Baron Banffy legt einen Gesetzentwurf über die provisorische Regelung des Zoll- und Bankwesens sowie einiger mit demselben zusammenhängender Fragen vor. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß das wirtschaftliche Verhältniß bis zum 31. Dezember 1898 unverändert aufrecht bleibt. Dieses Gesetz verliert die Geltung, falls vor dem 31. Dezember 1898 der Ausgleich verfassungsmäßig zu stande kommt. Die Regierung wird angewiesen, falls bis zum 1. Mai 1898 der Ausgleich nicht zu

stande kommt, dem Reichstage eine Vorlage über die endgiltige Regelung der jetzt nur provisorisch geregelten Fragen zu machen, und zwar so, daß die endgiltige Regelung vor Schluß des Jahres 1898 in Geltung treten könne.

7. Dezember. Im Abgeordnetenhaus beantragt Kossuth, die Provisoriumsvorlage, da sie einen staatsrechtlichen Charakter habe, an die Sektionen zu verweisen.

15. Dezember. Auf eine Anfrage Kossuths im Abgeordnetenhaus über die fünfzigjährige Jubelfeier der 1848 Ereignisse erwidert der Ministerpräsident Baron Banffy, daß es das ernste Bestreben der Regierung sei, die fünfzigste Jahreswende des 11. April 1848, als des Tages der Sanktionirung der 1848er Gesetze, feierlich zu begehen.

17. Dezember. Graf Apponyi, für die Ausgleichsvorlage, führt aus, es sei ein Fehler, die Trennung des Zollgebietes als ein verhängnisvolles Unglück hinzustellen; jedoch giebt er einem gemeinsamen Zollgebiete und einem gerechten Ausgleich den Vorzug. Der staatsrechtliche Zustand eines selbständigen Zollgebietes, der am 1. Januar eintrete, schließe nicht aus, daß Ungarn auf Grund des selbständigen Verfügungsrechtes doch wieder ein Bündnis mit Oesterreich schließe. Apponyi weist nach, daß staatsrechtliche Bedenken gegen die Vorlage in keiner Weise berechtigt seien, er nehme die Vorlage aus politischen Beweggründen trotz seines Mißtrauens gegen die Regierung an. Er schildert die Gefahren, die zu befürchten seien, wenn die Vorlage bis zum 1. Januar nicht zu stande komme, sowie die Vorteile für Ungarn vom Gesichtspunkte der Befestigung der Monarchie, der Machtstellung der Dynastie, wie vom Gesichtspunkte der Wertschätzung Europas aus, wenn zu einer Zeit, in der in Oesterreich Parteikämpfe mit elementarer Gewalt wüthen, Ungarn für die Konsolidirung und Machtstellung der Monarchie einstehe.

22. Dezember. Ministerpräsident Baron Banffy erklärt sich gegen den Antrag Kossuths, der die Errichtung eines selbständigen Zollgebietes am 1. Januar 1899 fordert. Was solle bis dahin werden? Man müsse auch bis dahin Vorforge treffen. Er konstatire, daß Ungarn das Recht besitze, sofort ein selbständiges Zollgebiet zu errichten, wenn dies notwendig sei und seinen Interessen entspreche; doch stelle er dies nicht als Ziel auf, weil er den Ausgleich mit Oesterreich für vorteilhafter halte, wenn dieser mit Berücksichtigung der Interessen des Landes zu stande komme. Die ungarische Regierung habe den strengsten verfassungsmäßigen Standpunkt eingehalten, als sie erklärte, daß die Durchführung des Provisoriums in Oesterreich mittels des Notparagraphen den ungarischen Gesetzen zuwiderlaufe, da diese klar feststellten, daß der Vertrag nur mit einem konstitutionellen Oesterreich abgeschlossen werden könne.

In Oesterreich habe die Minorität die konstitutionelle Verhandlung unmöglich gemacht. Die ungarische Regierung erachte es den Interessen der dualistischen Monarchie entsprechend, Oesterreich eine Erholungszeit zu gewähren. Indem sie das thue, begegne sie der Zustimmung der großen Majorität des Landes; sie wolle nicht solche Wirren hervorrufen, deren Schäden unberechenbar seien. Wenn in Oesterreich das konstitutionelle Leben auf Hindernisse stoße, so bitte er, diese Gelegenheit nicht dazu zu benutzen, gerade dasjenige zu verwirklichen, was nicht in den gemeinsamen Interessen liege. Der Minister fährt fort: „Uns knüpfen historische Vergangenheit und die Staatsgrundgesetze an einander. Wir wollen unter den hieraus fließenden Vorteilen leben und sie nicht aufgeben. Es liegt nicht in unserm Interesse, daß wir, wo nicht die Majorität, sondern der Wille der Minorität die Staatsmaschine stört, dieses ausnützen gegenüber jenen, mit denen zu leben unsern Interessen entspricht. Unser Interesse bildet: „Unser Verhältnis mit diesen nicht aufzulösen, sondern immer stärker zusammenzuziehen!“ Die Entscheidung über die Vorlage ist bis Jahresabschluß nicht erfolgt.

## II.

### Fürstliche Besuche.

20. September. Zum Besuche des deutschen Kaisers in Pest (S. 44) spricht sich die Presse Ungarns sehr freundlich aus.

21. September. Zu dem vom deutschen Kaiser in Pest aus-  
gebrachten Trinkspruch (S. 44) spricht sich die ungarische Presse also aus:

„Egyetértés“ schreibt: „Wäre der Trinkspruch um eine Stunde früher dem großen Publikum bekannt geworden, so hätte sich die Abreise des deutschen Kaisers zu einer Kundgebung ganz außerordentlicher Art gestaltet. Wenn wir aber auch der Person des Kaisers nicht mehr huldigen können, so bewahren wir doch in unserm Herzen die dankbaren Gefühle, die er erweckte und in uns mächtig werden ließ.“ — Der „Pester Lloyd“ äußert sich also: „Wir erwarteten einen Verbündeten der österreichisch-ungarischen Monarchie und haben in ihm einen echten Freund der ungarischen Nation gefunden. Die Politik des Dreibundes und der Friedenserhaltung ist für Ungarn die nationale Politik. Das läßt uns ihr so begeistert anhangen, das macht uns den thatkräftigen Mitverfechter dieser Friedenspolitik, den Kaiser Wilhelm, schon längst lieb und wert, und so ruft man ihm aus Ungarn zu: „Auf häufiges, vor allem aber auf baldiges Wiedersehen!“ — Der „Budapesti Hírlap“ bemerkt: „Mit unverkennbarer Freude empfangen wir die gestrigen Toaste und danken für dieselben. Der Trinkspruch des deutschen Kaisers verpflichtet uns dem mächtigen Beherrscher Deutschlands für die Anerkennung und das Lob, die er mit fürstlicher Hochherzigkeit und bezaubernder Rednergabe über uns ergießt. Wir sind ein treues dynastisches

Volk, wir liebten stets die Freiheit. Wenn der deutsche Kaiser uns versteht, dann verstehen auch wir ihn; wenn er mit uns Magyaren Eljon a kiraly ausruft, dann rufen wir ihm mit himmelftürmender Begeisterung zu, daß man es auch in Berlin höre: Es lebe der deutsche Kaiser! — „Nemzet“ schreibt: „Wie groß immer unsre Begeisterung, wie heiß unsre Liebe auch für den lieben Gast unsers Königs war, wir bleiben noch immer Schuldner dem großen Hohenzollern, weil er unser Selbstvertrauen befestigte; er hat unser Herz, unsre Seele auf ewig an sich gefesselt, da er in einer Sprache zu uns redete, die wir verstanden und wofür wir ihm Dankbarkeit bewahren.“

25. September. Die Universitätsjugend von Pest hält eine feierliche Versammlung unter Vorsitz des Rectors ab und giebt, nachdem die Bedeutung des Trinkspruchs des deutschen Kaisers in Reden erläutert ist, ihrem Danke für diesen Trinkspruch lebhaften Ausdruck.

28. September. König Karol von Rumänien nebst Gemahlin treffen in Pest ein, nachdem der Besuch, den sie im Sommer dem Kaiser in Ischl hatten abstatten wollen, wegen der Hochwasser-gefahr unterblieben war.

29. September. Zu Ehren dieser Gäste findet beim König in der Hofburg Galatafel statt. Hier bringt der König Franz Joseph folgenden Trinkspruch aus:

Erfüllt von der Erinnerung an den ebenso glänzenden wie warmen Empfang, den mir Eure Majestät bei meinem Aufenthalte in Rumänien zu bereiten die Güte hatten, bin ich glücklich, von der gegenwärtigen Gelegenheit Gebrauch machen zu können, um Eurer Majestät dafür von neuem meinen tiefen und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Ich empfinde eine lebhafte Befriedigung, Eure Majestät sowie Ihre Majestät die Königin heute in unsrer Mitte begrüßen zu können, und besonders gerührt von dem unausgesetzten Bestreben Eurer Majestät, den vorzüglichen Beziehungen zwischen unsern Völkern den Charakter einer dauernden und engen Freundschaft zu verleihen, bitte ich Eure Majestät, überzeugt zu sein, daß es mir stets am Herzen liegen wird, die Bemühungen Eurer Majestät nachdrücklichst zu unterstützen. Möge Gott Rumänien auf lange Jahre hinaus den Herrscher erhalten, dessen hohe Weisheit aus diesem schönen Lande ein Element der Ordnung und des Friedens in Europa gemacht hat, und indem ich für die Fortdauer und die Befestigung eines so glücklichen Zustandes die wärmsten Wünsche hege, trinke ich auf die Gesundheit meiner erlauchten Gäste, Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Rumänien.

Der König von Rumänien erwidert im wesentlichen mit folgendem Trinkspruche:

Erlauben mir Eure Majestät, Ihnen meinen lebhaften und tiefen Dank für Ihre schmeichelhaften Worte auszudrücken, die mich mit Stolz erfüllen, sowie auch für den herzlichen Empfang, den Sie uns zu bereiten die Güte hatten. Eure Majestät waren so freundlich, dessen zu gedenken, daß wir das außerordentliche Glück hatten, Sie gerade heute vor einem Jahre in Rumänien empfangen zu dürfen. Die Erinnerung an diesen Besuch wird immerdar in unsern Herzen eingegraben bleiben. Dieser Besuch hat mächtig dazu beigetragen, die zwischen unsern Staaten so glücklich bestehenden ausgezeichneten Beziehungen noch mehr zu festigen, welche



Beziehungen eine neue Befräftigung in dem herrlichen Empfang gefunden haben, der uns hier bereitet wurde, und dem sich die Hauptstadt Ungarns in einer so warmen und sympathischen Weise angeschlossen hat.

## C.

## Gemeinsame Angelegenheiten.

16. November. Den in Wien zusammentretenden Delegationen wird das gemeinsame Budget für 1898 vorgelegt.

Es enthält ein Gesamterfordernis von 161 185 025 Gulden. Das Nettoerfordernis beträgt 158 385 748 Gulden. Nach Abzug des gegen das laufende Jahr um drei Millionen Gulden höher veranschlagten Reinertragnisses des gemeinsamen Zollgefälles mit 58 598 890 Gulden, bleibt ein von den beiden Reichshälften zu bedeckendes Erfordernis von 104 786 858 Gulden. Nach dem bisherigen Verteilungsmodus sowie nach Vornahme des bisher üblich gewesenen zweiprozentigen Abzuges zu Lasten Ungarns würden auf Oesterreich 71 883 784 Gulden 59 Kreuzer, auf Ungarn 30 807 336 Gulden 25 Kreuzer entfallen.

17. November. Empfang der Delegationen beim Kaiser und König. Auf die Ansprachen der Präsidenten erwidert der Kaiser und König Folgendes: „Die Versicherungen treuer Ergebenheit, die Sie soeben an mich gerichtet haben, nehme ich mit aufrichtigem Danke entgegen. Im Laufe des letzten Jahres hat die Lage im Oriente zu manchen Besorgnissen Anlaß gegeben, die aber heute, dank dem einmütigen Vorgehen der Großmächte, glücklich beseitigt erscheinen. Das europäische Konzert hat sich während dieser Zeit als mächtiger Faktor zur Beilegung der orientalischen Wirren bewährt, und wenn es demselben auch nicht gelungen ist, den Ausbruch eines sehr bedauerlichen kriegerischen Konfliktes zwischen der Türkei und Griechenland zu verhindern, so ist es doch seiner unermüdblichen und zielbewußten Thätigkeit zuzuschreiben, daß dieser Konflikt lokalisiert und schließlich infolge Einmischung der Mächte auch beendet wurde. Es wird jetzt die Aufgabe des europäischen Konzerts sein, an die Regelung der Zustände auf Kreta zu schreiten, das unter Wahrung der Souveränitätsrechte Seiner Majestät des Sultans eine weitgehende Selbständigkeit und damit die Bürgschaften für eine bessere Zukunft erhalten soll. Mit Befriedigung kann ich betonen, daß unsre Beziehungen zu allen Mächten die besten sind. Nach wie vor bildet unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien die unverrückbare Basis unsrer Politik. Diese Basis zu erhalten und zu kräftigen, ist das beständige Streben meiner Regierung. Zu den bisher bestehenden Bürgschaften des

Friedens ist die freundschaftliche Ausgestaltung unsers Verhältnisses zum russischen Reiche hinzugekommen. Die wiederholten Zusammenkünfte, die ich mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland hatte, überzeugten mich von der Uebereinstimmung unsrer Beziehungen und begründeten ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zwischen unsern Staaten, dessen Befestigung nur Erfreuliches für die Zukunft verheissen kann. Mit Gefühlen der warmen Genugthuung gedenke ich der Besuche, mit denen Seine Majestät der deutsche Kaiser, mein treuer Freund und Bundesgenosse, mich in Wien und kürzlich in Budapest erfreut hat. Eine nicht minder dankbare Erinnerung bewahre ich meinem vorjährigen Aufenthalt in Rumänien und dem Gegenbesuche Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Rumänien. Die Wahrung der Interessen des europäischen Friedens wird fernerhin die Hauptaufgabe meiner Regierung sein, und hoffe ich, daß wir der Zukunft in dieser Hinsicht mit Zuversicht entgegensehen können. Meine Kriegsverwaltung hat auch in diesem Jahre bei ihren Forderungen der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Monarchie weitgehend Rechnung getragen, obgleich die Ereignisse zu Beginn dieses Jahres eine rasche Ergänzung des Kriegsmaterials notwendig erscheinen ließen, die theils durchgeführt, theils eingeleitet werden mußte. Die Vorkehrungen bewegten sich jedoch innerhalb des für den Ausbau meines Heeres fixirten Rahmens, dem im übrigen auch das für 1898 aufgestellte Gesamtbudget meiner Kriegsverwaltung entspricht. Angesichts der normal fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung Bosniens und der Herzegowina werden diese Länder auch in diesem Jahre in der Lage sein, alle Erfordernisse ihrer Verwaltung aus eignen Einnahmen zu bestreiten.“

21. November. Der gemeinsame Minister des Aeußern, Graf Goluchowski giebt im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation einen Ueberblick über die internationale Lage.

Er eröffnet seine Darlegungen mit einem allgemeinen Rückblick auf die Lage seit dem Austausch der kretischen Frage und unterscheidet dabei zwei Phasen. Die erste betraf die Reformen für Kreta auf Grund des Haleppa-Vertrags sowie des Elaborats der Botschafter in Konstantinopel; die zweite begann mit dem aktiven Eingreifen Griechenlands. In der ersten Phase trat Oesterreich-Ungarn für sehr energische, auf das Einvernehmen aller europäischen Großmächte gestützte Maßregeln ein und ergriff die Initiative zu dem Vorschlage der Blockade behufs Isolirung der Insel. Man durfte hoffen, daß das europäische Konzert, das kurz zuvor unter glücklichen Umständen wiedererwacht war und seinen Willen durch die Verhinderung der makedonischen Bewegung erfolgreich geltend gemacht hatte, sich auch dieses mal bewähren werde. Diese Auffassung fand thatsächlich die Zustimmung der meisten Kabinette; nur in England stieß die Anregung Oesterreich-Ungarns auf entschiednen Widerspruch als eine Maßregel, die nach dem Dafürhalten des englischen Kabinetts in türkenfreundlichem Sinne ausgelegt

werden konnte. Selbst das nachträgliche Amendement, nach dem die Absperrung der Insel dazu bestimmt sein sollte, ebenso griechische Zugänge als neue türkische Truppenbewegungen zu verhindern, vermochte die Auffassung der englischen Regierung nicht zu ändern, so daß der Vorschlag fallen gelassen wurde. Allerdings griff man zu einem viel spätern Zeitpunkte auf die Blockade zurück, leider nicht mehr im richtigen Augenblicke. Nichtsdestoweniger bewährte sich dieselbe in mancher andern Hinsicht. Bei der Erörterung des zweiten Abschnittes der Kretafrage, der Phase des griechisch-türkischen Streits, beleuchtet der Minister eingehend die europäische Aktion zur Verhütung des Weitergreifens der kriegerischen Ereignisse auf die übrigen Balkanländer und konstatirt hierbei, daß alle Mächte in höchst loyaler Weise das Ihrige zur Hintanhaltung größerer Verwicklungen beigetragen haben. Dennoch glaube er, der Minister, für Oesterreich-Ungarn und Rußland, als die im Orient zunächst engagierten Mächte, ein gutes Teil des Verdienstes und des Konflikts in Anspruch nehmen zu dürfen. Unter den Aktionsmitteln der Mächte zur Verhinderung des griechisch-türkischen Krieges erwähnt der Minister zunächst den Vorschlag der deutschen Reichsregierung, die griechischen Häfen zu blockiren, um Griechenland zum Verzicht auf sein selbstmörderisches Unternehmen zu nötigen. Der von Oesterreich-Ungarn und mehreren andern Mächten sofort angenommene Vorschlag begegnete dort Bedenken, wo man sich zuvor auch mit der Absperrung Kretas nicht befreunden wollte. Die Verhandlungen wurden hinausgezogen, bis der Ausbruch des Krieges die Blockade als einen Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip unmöglich machte. Inzwischen erfolgte das Uebereinkommen über die Blockirung Kretas und die Ausschiffung gemischter europäischer Truppen zur Symbolisirung der Beschlagnahme der Insel durch die europäischen Mächte. Der Minister legt sodann den Verlauf der griechisch-türkischen Friedensverhandlungen unter Vermittlung des europäischen Kongresss dar. Sich den Beziehungen zu den einzelnen Mächten zuwendend, erklärt der Minister: „Es bedarf kaum der Erwähnung, daß das Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien heute wie zuvor und hoffentlich auf eine lange Reihe von Jahren hinaus den Grundpfeiler der Politik Oesterreich-Ungarns bildet. Das Verhältnis ruht bei gleichmäßiger Verteilung der Rechte und Pflichten unter den Vertragsschließenden auf einer so gesunden Grundlage, es hat sich so hervorragend als Bollwerk des Friedens in den schwierigsten Zeiten bewährt, und es entspricht so glänzend der Aufgabe, die sein Entstehen bezweckte, daß es heute selbst denjenigen Vertrauen einflößen muß, die ihm anfangs größtes Mißtrauen entgegengebracht hatten. Der Dreibund hat, mit einem Worte, Bürgerrecht in Europa erworben, und diese seine Stellung zu konsolidiren, ist unser beständiges Streben. Wir begegnen uns hiezu mit den ehrlichen und loyalen Absichten der Kabinetts von Rom und Berlin, deren identische Bemühungen niemals erlahmen. Sincierlich Italiens — sagt der Minister — hätte ich Gelegenheit, mich davon neuerdings anlässlich des Besuchs zu überzeugen, den ich am königlichen Hoflager in Monza abzustatten die Ehre hatte, und bei dem ich in meinen Unterredungen mit den dortigen Staatsmännern die volle Uebereinstimmung in unsrer Auffassung und Behandlung der politischen Fragen wahrgenommen habe. So unentwegt wir an dieser Grundlage festhalten, so sehr wir darin eine sichere Garantie des europäischen Friedens erblicken, so hätten wir unsre Aufgabe nur unvollständig erfüllt, wenn wir nicht bemüht gewesen wären, den Beziehungen zu den übrigen Mächten einen möglichst vertrauensvollen Charakter zu verleihen. In Ausführung dieses Gedankens gelangten wir zunächst zu einer erfreulichen Ausgestaltung unsers Verhältnisses zum russischen Reiche. Sobald festgestellt werden

konnte, daß wir beide die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustands anstreben, daß Rußland gleich uns jeden Eroberungsgedanken auf der Balkanhalbinsel entschieden zurückweist, und daß beiderseits der feste Entschluß besteht, die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Balkanstaaten mit Ausschluß jeder vorwiegenden Einflußnahme auf deren innere Geschicke zu achten, war mit einemmal das Terrain zu einer Verständigung zwischen uns geschaffen. Unter diesen Umständen kamen wir leicht zu der Erkenntnis, daß sich unsere Interessen keineswegs kreuzen, daß wir vielmehr als die von den Orientwirren in erster Linie berührten Mächte allen Grund haben, zusammenzuhalten und in beständiger Fühlung zu verbleiben, um jede Ausartung zum Vorschein kommender Bewegungen zu verhindern und dem bisherigen Treiben spekulativer Geister am Balkan, die uns gegeneinander zum eignen Vorteile stets auszuspielen versuchten, ein Ende zu machen. Unter der Voraussetzung strenger Einhaltung dieser Grundsätze sind wir jeder Zeit bereit, das engste Einvernehmen mit Rußland zu pflegen; daher erblicken wir in dem jüngsthin so glücklich angebahnten Verhältnis zu Rußland mit Zuversicht eine neue mächtige Bürgschaft für den Frieden Europas. Mit Frankreich, dessen Interessen in keinem Punkte mit den unsrigen kollidiren, fahren wir fort, die besten Beziehungen zu unterhalten. Nicht minder freundschaftlich verbleibt das Verhältnis zu England. Von den südlichen Nachbarn müssen wir in erster Linie Rumänien gedenken, das durch seine korrekte und kluge auswärtige Politik schon seit längerer Zeit sich eine hochachtbare Stellung unter den europäischen Staaten erworben hat. Ein sympathisches Interesse wenden wir den übrigen Balkanstaaten auf dem Gebiete der innern Entwicklung und Konsolidierung zu und sind stets bereit, dahin gehende Bemühungen dieser Länder auf das kräftigste zu unterstützen und zu fördern.“ Der Minister schließt sein Exposé mit der Ausführung, daß Europa allem Anscheine nach in seinem Entwicklungsprozesse an einen Wendepunkt gelangte, der nachhaltige Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen muß. „Die großen, immer gebieterischer sich aufdrängenden Probleme der materiellen Wohlfahrt liegen nicht mehr in utopischer Ferne, sie sind thatächlich vorhanden und dürfen nicht übersehen werden. Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf Schritt und Tritt auf allen Gebieten mit überseeischen Ländern teils schon vor uns sehen, teils nächstens gewärtigen müssen, erheischt rasche, durchgreifende Gegenwehr, sollen nicht die Völker Europas in ihren vitalsten Interessen die empfindlichste Schädigung erfahren und dem allmählichen Siechtume entgegengehen. Schulter an Schulter müssen sie kämpfen gegen die gemeinschaftliche Gefahr, und zu diesem Kampfe müssen sie sich rüsten mit dem Aufgebote aller verfügbaren Hilfsquellen. Groß und schwer ist die Aufgabe, die ihr charakteristisches Merkmal, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der nächsten Zeitepoche ausdrücken dürfte. Wie das 16. und 17. Jahrhundert mit religiösen Kämpfen ausgefüllt, im 18. die liberalen Ideen zum Durchbruch kommen, wie das gegenwärtige Jahrhundert durch die Nationalitätenfragen charakterisirt erscheint, so sagt sich das zwanzigste Jahrhundert für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an, und vereint sollten sich dessen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können.“

23. November. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation beschließt nach längern Beratungen die Erklärung, daß er den Minister des Aeußern Grafen Goluchowski zu seiner erfolgreichen und stets auf die Erhaltung und Befestigung des Friedens

abzielenden Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beglückwünsche und ihm das vollste Vertrauen entgegenbringe.

29. November. Der von dem auswärtigen Ausschuss der ungarischen Delegation einstimmig angenommene Bericht spricht die Ueberzeugung aus, daß die Monarchie bei dem Zustandekommen des erfreulichen Einbernehmens unter den Mächten Europas einen bedeutenden Faktor bilde, und erkennt die Umsicht und Behutsamkeit sowie die Energie des Grafen Goluchowski an, der die guten Beziehungen zu dem Dreibunde befestigte, die Zahl der Freunde durch neue vermehrte und überhaupt eine für die Monarchie seit langem nicht dagewesene günstige internationale Lage schuf. Der Bericht billigt unbedingt die Politik des Grafen Goluchowski und erkennt die geschickte, würdevolle und erfolgreiche Führung der auswärtigen Angelegenheiten an.

21. Dezember. Der Budgetausschuss der österreichischen Delegation beschließt hinsichtlich des gemeinsamen Finanzgesetzes:

Insofern für das Jahr 1898 die Gemeinsamkeit der Einkünfte Oesterreich-Ungarns in Geltung bleibt, ist der nach verschiedenen Abzügen sich ergebende Teil derselben von dem gemeinsamen Erfordernisse vorweg abzugreifen und der unbedeckt bleibende Teil der gemeinsamen Ausgaben zwischen Oesterreich und Ungarn unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 8. Juni 1871 nach dem im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 21. September 1867 festzustellenden Beitragsverhältnisse aufzuteilen. Ebenso sind die außerordentlichen Erfordernisse von 3489000 und 750000 Gulden nach denselben Grundsätzen aufzuteilen. Insofern das Zollgefälle im Vorschlage für die gemeinsamen Einnahmen und Ausgaben der Monarchie für das Jahr 1898 einen Bedeckungsposten bilden wird, ist dasselbe mit einem reinen Ueberschusse von 53598890 Gulden einzustellen.

22. Dezember. Bei der Beratung der österreichischen Delegation über diesen Antrag ihres Budgetausschusses wird von Groß und Kaiser Verwahrung dagegen eingelegt, daß die cisleithanische Regierung etwa den Notparagrafen 14 zur Statuierung des Ausgleichsprovisoriums anwende. Groß macht darauf aufmerksam, daß die Regierung damit die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrates verletzen würde und schließlich auf diesem Wege die ganze cisleithanische Verfassung eskamotiren könnte. Er wie Kaiser erklären, es müsse vor allem den Deutschen in Oesterreich wieder ihr Recht werden, wenn in Cisleithanien wie in Bezug auf die gemeinsamen Angelegenheiten wieder normale Verhältnisse Platz greifen sollten. Ein Versuch Jaworskis, die deutsche Opposition für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, wird von Kaiser scharf zurückgewiesen. Dieser legt der gemeinsamen Regierung nahe, auf die cisleithanische Regierung einzuwirken, damit in Oesterreich der harte Druck von den Deutschen genommen werde, die

Ungefehllichkeiten verschwinden und wieder gesicherte parlamentarische Verhältnisse eintreten: sonst hätten die Deutschen keinen Grund, für das Reich oder für Eisleithanien auch nur einen Kreuzer zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen.

Die ungarische Delegation stellt die Uebereinstimmung der Beschlüsse beider Delegationen fest. Hierauf wird die Tagung der Delegationen geschlossen.

30. Dezember. Der Kaiser richtet ein Schreiben an den Ministerpräsidenten v. Gautsch, nach dem die österreichische Quote der Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten der beiden Reichshälften im Sinne des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für die Dauer des Jahres 1898 unverändert bleibt. Eine kaiserliche Verordnung bestimmt, daß die Wirksamkeit der Bestimmungen des bisherigen Zoll- und Handelsbündnisses mit den Ländern der ungarischen Krone sowie die Verwendung der Zolleinnahmen und das Verhältnis zur Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Gemäßheit des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 provisorisch bis zum 31. Dezember 1898 aufrecht erhalten bleibt.

## Rußland.

### I.

### Die kaiserliche Familie.

5. Juli. Der Kaiser erhält den Besuch des Königs von Siam.

30. August. Das Kaiserpaar reist mit seinen zwei kleinen Töchtern sowie den Großfürsten Wladimir und Paul Alexandrowitsch, Oheimen des Kaisers, nach Warschau.

2. September. Auf die Ansprache des Vorsitzenden des Komitees in Warschau, das Spenden für eine wohlthätige Stiftung gesammelt hat, erwidert Kaiser Nikolaus: „Im Namen der Kaiserin und in dem Meinigen spreche ich Ihnen für jene reiche Spende, an der sich alle Schichten der polnischen Bevölkerung beteiligten, sowie für die Gefühle der Ergebenheit, die Sie uns äußerten, und von deren Aufrichtigkeit ich völlig überzeugt bin, unsern innigen Dank aus. Wir beide waren von dem uns hier bereiteten Empfang tief gerührt; dieser Empfang seitens der Stadt wird uns die angenehmste Erinnerung an unsern ersten Besuch Warschaus hinterlassen.“

2.—28. Oktober. Aufenthalt des Zaren und seiner Gemahlin in Darmstadt.

## II.

## Verhältniß zu Frankreich.

23. August. Faure, der Präsident der französischen Republik, erwidert in Petersburg den im vorigen Jahre vom russischen Kaiserpaare in Paris und Chalons abgestatteten Besuch. Das französische Geschwader trifft vor Kronstadt ein, wo Faure an Bord des „Bothuan“ vom Großfürsten Alexis begrüßt wird. Hierauf begiebt sich Faure an Bord der Kaiserjacht „Alexandria“, wo Kaiser Nikolaus ihn empfängt. Im großen Palais zu Peterhof findet ein Mahl zu Ehren Faures statt, der vom Minister des Aeußern, Hanotaux begleitet ist. Der Zar bringt folgenden Trinkspruch in französischer Sprache aus: „Ich empfinde ein ganz besondres Vergnügen, Sie willkommen zu heißen, Herr Präsident, und Ihnen für Ihren Besuch zu danken, welchen ganz Rußland mit lebhafter und einmütiger Freude aufnimmt. Die reizvolle Erinnerung der zu kurzen, im vorigen Jahre in Frankreich verbrachten Tage bleibt unauslöschlich in meinem Herzen wie in demjenigen der Kaiserin eingegraben. Gerne hoffen wir, daß Ihr Aufenthalt unter uns und die Aufrichtigkeit der Gefühle, welche er erweckt, die so mächtigen Bande der Freundschaft und der tiefen Sympathie nur noch enger werden knüpfen können, die Frankreich und Rußland vereinigen. Ich trinke auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, und auf die Wohlfahrt Frankreichs.“

Präsident Faure erwidert mit folgendem Trinkspruch: „Ew. Majestät hatten die Güte, an die zu kurzen Tage zu erinnern, die Ew. Majestät mit ihrer Majestät der Kaiserin im letzten Oktober in Paris zugebracht haben. Ganz Frankreich hat seinerseits die wärmste Erinnerung daran bewahrt. Dem tiefen Gefühle der ganzen Nation entsprechend, kommt der Präsident der Republik in die Hauptstadt des Reiches Ew. Majestät, um die so mächtigen Bande zu bekräftigen und noch enger zu knüpfen, die unsre beiden Länder vereinen. Indem ich den Boden Rußlands in dem Augenblicke betrete, wo das Herz der beiden Völker im Einklang schlägt in dem gleichen Gedanken der gegenseitigen Treue und des Friedens erhebe ich mein Glas zu Ehren E. Majestät des Kaisers aller Rußen, Ihrer Majestät der Kaiserin und ganz Rußlands.“

24. August. Präsident Faure trifft auf der russischen Kaiserjacht „Alexandria“ in Begleitung Hanotauxs in Petersburg ein. Auf dem in der Nähe des Landungssteiges vor Anker liegenden französischen Kreuzer „Surcouf“ haben die Mannschaften aufgeentert und begrüßen mit Fanfaren und Hurrarufen den Präsidenten, der auch von dem die Fenster und Balkone dicht besetzt haltenden Pu-

blikum mit Huruf empfangen wird. Am Landungssteg wird Faure vom Petersburger Stadthaupt Koschnow sowie von dem Stadthauptmann empfangen. Hier hat auch eine Ehrenwache Aufstellung genommen. Der Präsident begrüßt die Soldaten in russischer Sprache. Hierauf fährt er nach der Kirche der Peter Paul-Festung und wohnt der feierlichen Grundsteinlegung der Troitzkybrücke bei.

25. August. Vor dem Präsidenten Faure findet bei Krasnoje-Selo eine große Parade statt. Hernach steigt ein „Vive la France-Ballon“ auf. Bei dem der Parade folgenden Frühstück bringt Präsident Faure folgenden Trinkspruch aus: „In Paris, in den Alpen und in Dinkirchen, in dem Augenblick, wo ich mich einschiffte, um Rußland und seinen erhabnen Kaiser zu begrüßen, war der einstimmige Wunsch, den mir die französische Armee ausdrückte, der, daß ich der russischen Armee die erneute und stets aufrichtige Versicherung ihrer tiefen Freundschaft überbringe. Freudig und bewegt übermittle ich diesen Wunsch Eurer Majestät und bitte Sie, ihn Ihren Truppen kundzugeben. Die militärischen Tugenden derselben waren uns bekannt. Wir haben soeben bei dem unvergeßlichen Schaupiele ihre natürlichen Anlagen, ihre Ausbildung und mächtige Organisation bewundert. Die französische Armee, die Ew. Majestät bei Chalons sah, zollt aus der Ferne der russischen Armee ihren Beifall und drückt ihr an diesem feierlichen Tage ihre Gefühle gegenseitigen Vertrauens und der Waffenbrüderschaft aus. Ich erhebe mein Glas zu Ehren Ew. Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der Kaiserlichen Familie und trinke im Namen der französischen Armee auf die russische Armee.“ Kaiser Nikolaus erwidert: „Herr Präsident! Ich erhebe mein Glas zu Ehren unsrer Kameraden, der tapfern französischen Armee, die ich mich glücklich schätze, in Chalons haben bewundern zu können, und deren würdige Vertreter hier zu sehen ich mich beglückwünsche.“ Beim Galamahle zu Ehren der französischen Marineoffiziere in Peterhof bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus: „Es ist mir unendlich angenehm, auf das Gedeihen der schönen französischen Flotte zu trinken. Umgeben von ihren hochgeschätzten Vertretern erinnere ich mich gern daran, daß der glänzende Anblick des französischen Geschwaders die Reihe unvergeßlicher Eindrücke eröffnete, die während unsers Aufenthaltes in Frankreich einander folgten.“ Präsident Faure erwidert: „Ich bin erfreut, noch einmal die Vertreter der russischen Marine und die Vertreter der französischen Marine brüderlich vereint zu sehen. Wollen Eure Majestät mir gestatten, sie in dem Gedanken gleicher Zuneigung zusammen zu schließen. Ich erhebe mein Glas zu Ehren der russischen Marine!“ Der Minister des Aeußern Graf Murawjew sendet dem französischen Ministerpräsidenten Méline auf dessen Telegramm (S. 254) folgende Er-



widerung: „Auf Befehl meines hohen Herrn habe ich die Ehre, Eurer Excellenz den wärmsten Dank zu übermitteln für die Gefühle, denen die französische Regierung in dem Telegramm an den Präsidenten der Republik Ausdruck verliehen hat.“

26. August. Der Kaiser, die Kaiserin, der Präsident Faure, die Großfürsten und Großfürstinnen, sowie das Gefolge an Bord der „Alexandria“ treffen auf der kleinen Kronstädter Reede ein und begeben sich an Bord des französischen Panzerschiffes „Bostuan“, wo das Frühstück serviert wird. Hier bringt Faure folgenden Trinkspruch aus: „Ich danke Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin, daß sie so huldvoll bereit waren, einige Augenblicke auf einem der Schiffe unsrer Flotte zu verweilen. Ich bin darüber umsomehr erfreut, als es mir dadurch möglich wird, Ihnen unter dem Schatten unsrer Nationalflagge zu sagen, wie sehr ich von der uns dargebotnen Gastfreundschaft gerührt bin und wie dankbar wir dem russischen Volke sind für den großartigen Empfang, der dem Präsidenten der Republik bereitet wurde. Eure Majestät kamen von russischen und französischen Begeleitern geleitet nach Frankreich; in ihrer Mitte grüße ich Rußland vor meiner Abreise in tiefer Bewegung. Die französische und die russische Marine können stolz sein auf den Anteil, den sie vom ersten Tage an an den großen Ereignissen hatten, die die innige Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland begründeten. Sie brachten die ausgestreckten Hände einander näher und ermöglichten den beiden vereinten und alliirten Nationen, die von dem gemeinsamen Ideal der Zivilisation, des Rechtes und der Gerechtigkeit geleitet werden, sich brüderlich in der loyalsten und aufrichtigsten Umarmung zusammen zu schließen. Ich erhebe mein Glas zu Ehren Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin in dem Augenblick, wo ich mich von Ihnen trenne und bitte Sie, die heißen Wünsche entgegenzunehmen, die ich für Ihr Glück und dasjenige der Kaiserlichen Familie hege. Im Namen Frankreichs trinke ich auf die Größe Rußlands!“

Kaiser Nikolaus erwidert Folgendes: „Die Worte, die Sie soeben an mich gerichtet haben, finden in meinem Herzen ein lebhaftes Echo und indem ich ganz den Gefühlen nachgebe, die mich und ganz Rußland bewegen, schätze ich mich glücklich, zu sehen, daß Ihr Aufenthalt unter uns ein neues Band zwischen uns fern beiden befreundeten und alliirten Nationen schafft, die gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Willigkeit beizutragen. Lassen Sie mich nochmals Ihnen für Ihren Besuch danken und mein Glas zu Ihrer Ehre und auf die Wohlfahrt Frankreichs leeren!“ Gegen 3 Uhr nachmittags verfügt sich das

Kaiserpaar mit dem Präsidenten Faure nach dem russischen Kreuzer „Kossija.“ Nachdem der Präsident sich hier verabschiedet hat, kehrt er an Bord des „Bothuan“ zurück, der sodann unter den Zurufen des zum Abschied erschienenen Publikums in See geht.

10. Dezember. An Stelle des abgerufenen Votschasters in Paris, Barons v. Mohrenheim, wird der Fürst Urussow ernannt.

### III.

## Verhältnis zu Ostasien.

8. Oktober. Rußland schließt mit Japan einen Vertrag über Korea.

Hiernach wird ein russischer Beamter abgesandt, um die Finanzangelegenheiten Koreas zu führen und die Bilanz des Zolldepartements zu übernehmen. Der finanzielle Rat soll die Besteuerung und die Staatseinnahmen und Ausgaben unter sich haben und das Budget vorlegen. Die betreffenden Minister sollen ihre Zustimmung geben und der Finanzrat soll nicht handeln, ohne sie zu befragen. Der Finanzrat soll diejenigen Summen an das koreanische Schatzamt abliefern, die zur Bestreitung der Auslagen nötig sind. Er soll die Staatsausgaben in der strengsten und vorzüglichsten Weise leiten und der koreanischen Regierung über die eingegangenen und verausgabten Gelder Rechenschaft geben. Die verschiedenen Departements und deren Beamten sollen die Finanzangelegenheiten nach den Anweisungen des Finanzrates führen und ihm helfen. Der Finanzrat seinerseits soll eine passende Persönlichkeit zum Zolldirektor an Stelle des jetzigen ernennen. Dieser Zolldirektor hat dem Finanzrat seine Rechnungen vorzulegen.

18. Dezember. Ein aus fünf Kreuzern erster, einem Kreuzer zweiter Klasse und drei Kanonenbooten bestehendes, von Wladiwostok auslaufendes russisches Geschwader unter dem Kontreadmiral Neunow läuft im chinesischen Hafen Port Arthur ein, um mit Zustimmung der chinesischen Regierung hier zu überwintern.

Port Arthur ist der Kriegshafen an der Südspitze der Halbinsel Liaotung, die Japan, nachdem es 1894 Port Arthur erobert hatte, sich durch den Frieden von Shimonoseki zu sichern versuchte; die Einmischung Rußlands, Frankreichs und Deutschlands verhinderte diese Besitzergreifung, durch die Japan der Herr des Golfs von Tschili und damit der vom andern Ufer des Golfs aus mit Leichtigkeit zu erreichenden Hauptstadt Chinas, Peking, geworden wäre. Für die Eisenbahn, deren Weiterbau durch die Mandchurie Rußland sich gesichert hat, ist Port Arthur der natürliche Endpunkt am Meere.

## Frankreich.

### I.

### Die Kammern (1. Session).

#### 1.

#### Ueber die Bank von Frankreich.

2. Juli. Die Deputirtenkammer genehmigt eine Vorlage betreffend die Ausdehnung des Privilegiums der Bank von Frankreich bis zum 31. Dezember 1920.

Toussaint beantragt eine Zusatzbestimmung, der gemäß im Falle eines festländischen Krieges der ganze Metallvorrat der Bank von Frankreich zur Verfügung des Staats gestellt werden solle. Er stimmt das Lob der ausländischen Regierung von 1871 an, die die Interessen der Arbeiter wahrgenommen habe, während die Reichen, die Verwalter der Bank von Frankreich, seine die Flucht ergriffen hätten. Dafür wird er vom Präsidenten Brisson zur Ordnung gerufen. Er dankte ironisch und fährt fort: Es ist nur recht und billig, daß die Reichen ihr Gold hergeben, wenn die Armen mit ihrem Blute nicht lachen, und daß ihre Millionen wenigstens dazu dienen, den Boden des Vaterlandes zu verteidigen. Sein Antrag wird verworfen. Pelletan nimmt ihn in der Form wieder auf, daß die Bank im Gesetzeswege wieder verpflichtet werden könne, alle ihre Hilfsmittel, ihren Metallvorrat und auch das Ertragnis einer Anleihe im Falle einer allgemeinen Mobilmachung zum Zwecke der Landesverteidigung zur Verfügung der Regierung zu stellen. Ribot erwidert, es sei selbstverständlich, daß die Barvorräte sowie der Kredit der Bank im Falle eines Krieges der Landesverteidigung gehören. Alle bezüglichen Vorsichtsmaßregeln seien getroffen, damit im Notfalle das Parlament die Abmachungen im Gesetzeswege rasch besiegeln könne. Revolutionäre Mittel dürften nicht in Aussicht genommen werden. Uebrigens sei zu hoffen, daß die Regierung niemals die Garantien, die die Banknote umgeben, aufzuheben brauche. Mit dieser Antwort ist Pelletan nicht zufrieden. Er macht Ribot den Vorwurf, er sei um die Frage herumgegangen erinnert an die Rede Gambettas, von der Bank das nötige Geld für die Fortsetzung der Landesverteidigung zu erlangen und stellt die Frage, ob der Staat sich für den Kriegsfall das Emissionsrecht vorbehalten habe. Der Staat, erwidert der Premierminister Méline, besitzt für alle Fälle das Requisitionsrecht und er sei nach dem getroffenen Uebereinkommen des Beistands der Bank im Kriegsfall sicher. Wieder erklärt Pelletan, der Bescheid sei ungenügend, es müsse irgend etwas hinter der zweideutigen Haltung der Regierung stecken, er ziehe daher seinen Antrag nicht zurück. Warum, sagt er, thut man der Landesvertretung den Schimpf an, ihr das Nebenabkommen mit der Bank vorzuuenthalten? Etwa weil die Regierung das Geheimnis der Kriegsrüstungen nicht preisgeben will? Nicht doch! denn sie läßt alljährlich im Augenblick der Budgetdebatte die geringsten Einzelheiten über das Heer und die Flotte veröffentlichen. Der wahre Grund könne also nur der sein, daß die Regierung nicht die erforderlichen Maßregeln getroffen habe, um im Kriegsfall über die nötigen Geldmittel zu verfügen. Wenn sie der hohen Finanz ein souveränes Recht über die Landesverteidigung einräumen wollte, so könnte sie es nicht anders anstellen. Diese Allmacht würde

Leuten zufallen, die im Kriegsfall nicht an ein Vaterland und nicht an seine Gefahren, sondern nur an sich selbst und an ihren Mammon denken würden. Was thut denn die Regierung, wenn sie nicht dafür sorgt, daß alle Hilfsmittel für die Landesverteidigung immer vorhanden sind? Die Majorität möge die Augen wohl offen behalten. Redner hat schon eine gefannt, der man die feierlichsten Versicherungen gegeben hat wie heute und die eines Tages angesichts der Grenzpfähle aufwachte, die Elsaß-Lothringen von Frankreich trennen. Premierminister Méline: Der Patriotismus ist nicht einer einzigen Partei eigen. Wozu dramatisirt man hier das Uebereinkommen mit der Bank? Doch nur, um den Gegnern der Regierung, ihren politischen und finanziellen Plänen zu nützen. Méline erklärt, er habe die Staatsbank gemeint, die Pelletan und seine Freunde der Bank von Frankreich gegenüberstellen wollten; aber die Opposition vermag er nicht zu besänftigen. Er wird von der äußersten Linken aus beschimpft, und Pelletan nennt es eine List, daß der Ministerpräsident die Verhandlung nunmehr auf die außer Frage stehende Staatsbank ablenken wolle. Jetzt handle es sich darum, ob die Regierung im Kriegsfall das Recht habe oder nicht, Hand an die Banknotenplatte zu legen. Könne sie hierauf nicht befriedigende Antwort erteilen, so sei sie zu bedauern. Millerand: Der wahre Ministerpräsident ist eben Rothschild.

Der Antrag Pelletans wird abgelehnt.

5. November. Der Senat genehmigt den Entwurf.

## 2.

### Etat für Meer und Marine.

19. Juni. Der an die Kammern zur Ausgabe gelangte Heereshaushalt für 1898 weist eine Vermehrung um 7 Millionen Franks auf. Es sollen 20 neue vierte Bataillone errichtet werden, wodurch deren Zahl bei den afrikanischen leichten Infanterie-Bataillonen auf 43 steigt. Die Etatsstärke der Armee wird betragen 28409 Offiziere und 561 141 Mann aktive Armee, 742 Offiziere und 25121 Mann in der Gendarmerie. Die Vermehrung der aktiven Armee ergibt sich aus der Zunahme der Jahressklasse, die die Errichtung von 40 neuen Bataillonen gestattet hat. Die Armee vermehrt sich dadurch um 149 Offiziere und 12542 Mann.

20. Juli. Die Deputirtenkammer bewilligt mit 518 gegen 18 Stimmen einen Kredit von 7 Millionen Franks für das Rechnungsjahr 1897 zur Kiellegung einer Anzahl Schiffe, zur Beschleunigung der Aufbesserung der Kriegsflotte und zur Ausgestaltung des Hafens von Biserta zu einem Stützpunkt der Flotte.

## 3.

**Panama-Angelegenheit.**

**Anfang Juli.** Die im April von der Deputirtenkammer zur Untersuchung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission hält viele Sitzungen und vernimmt viele Minister, höhere Polizeibeamte, Staatsanwälte und sonstige hervorragende Personen, ohne aber irgend eine Klarheit zu verschaffen.

Da trifft ein an den Präsidenten der Kommission gerichteter Brief des Cornelius Herz aus London ein, in dem er, um dessen Auslieferung die französischen Gerichte sich vergebens bemüht haben, sich erbieht, wichtige Enthüllungen zu machen, wenn sich die parlamentarische Kommission zu ihm nach Lanterville-Bournemouth bei London begeben wolle. Man zweifelt an der Echtheit der Unterschrift dieses Briefes, und um sich hierüber zu vergewissern, wendet die Kommission sich an das französische Auswärtige Amt, das in London die nötigen Nachforschungen anstellen lassen soll. Als dies aber zu lange dauert, beschließt die Kommission, zwei ihrer Mitglieder, den monarchistischen Plichon und den Sozialisten Rouanet direkt an Herz zu senden. Dieser ist höchst erstaunt über den Besuch und kann nicht begreifen, daß man seine Unterschrift nicht sofort erkannt habe. Herz bespricht sodann mit den zwei Abgeordneten die Bedingungen, unter denen er bereit wäre, seine Enthüllungen zu machen. Er verlangt, daß zum mindesten die Majorität der Kommissionsmitglieder sich bei ihm einfinden solle und daß überdies sich die Kommission schriftlich verpflichte, ihm jede von ihm verlangte Genugthuung zu verschaffen, wenn sich seine Unschuld herausstellen sollte. Die Kosten wolle Herz tragen.

**24. Juli.** Die nach Paris zurückgekehrten beiden Abgeordneten erstatten der Kommission Bericht, worauf diese beschließt, in voller Anzahl sich zu Herz zu begeben. Nur der Abgeordnete Blanc ist der Ansicht, daß es mit der Ehre und Würde einer parlamentarischen Kommission nicht vereinbar sei, einer Persönlichkeit wie Herz ihre Aufwartung zu machen.

**25. Juli.** Einige Mitglieder der Kommission reisen bereits nach London voraus und bestellen in einem großen Londoner Hotel sechsundzwanzig Zimmer.

**26. Juli.** Da trifft beim Präsidenten der Kommission ein Schreiben des Herz ein, in dem dieser erklärt, daß er die Kommission nicht vor dem 12. August empfangen könne; überdies müsse er vorher die schriftliche offizielle Bestätigung haben, daß die Kommission sich ehrenwortlich verpflichte, Licht in die Panamaangelegenheit zu bringen. — Weiter gelangt die Angelegenheit in dieser Session nicht.

## 4.

**Ueber die Orientfrage.**

17. Juli. Der Minister des Aeußern, Hanotaux, antwortet in der Deputirtenkammer auf eine Anfrage Boyers:

Man habe die Regierung beschuldigt, daß sie nichts gethan habe, daß sie den Einfluß einer andern Macht habe wachsen lassen, daß sie den Frieden nicht habe durchsetzen können; aber Frankreich siehe nicht allein in Europa, es sei nicht allein interessirt im Orient; Frankreich habe geglaubt, sich dem gemeinsamen Werk anschließen zu müssen. Der Einfluß Frankreichs im Orient sei in keiner Weise beeinträchtigt, die katholischen Gemeinden erfreuten sich absoluter Sicherheit. Frankreich habe sich keiner seiner Pflichten im Orient entzogen, seine Politik werde durch zwei Grundsätze geleitet, nämlich Aufrechterhaltung des status quo in Betreff der Landesabgrenzung und Verteidigung der europäischen Auffassung von Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Das europäische Konzert habe den allgemeinen Frieden aufrecht erhalten und bemühe sich jetzt, von dem Sieger Mäßigung zu erlangen.

Goblet kritisiert die gegen Griechenland angewandte Politik und die Unthätigkeit, zu der man seine Flotte verurtheilte. Die verfolgte Politik habe zwar den Krieg lokalisiert, habe aber zugelassen, daß Deutschland die vorherrschende Stelle eingenommen und die Türkei sich wieder aufrichtete, während die Stellung Frankreichs herabgemindert sei. Die Fragen der Reformen in der Türkei und der selbstständigen Verwaltung auf Kreta seien nicht gelöst; die Türkei beute Thessalien aus. Ministerpräsident Méline antwortet, es sei nicht Schuld der französischen Regierung, wenn Griechenland, Eingebungen aus der französischen Kammer selbst nachgebend, sich weigerte, auf den Rat Europas zu hören. Sympathien für Griechenland bethätigen, hieße, sich einmischen und der Türkei den Krieg erklären, hinter welcher man eine Macht finden würde, welche man kenne. Die Regierung verfolge eine Politik des Zusammengehens mit den Mächten, auch spiele Frankreich, anstatt eine parteiliche Haltung anzunehmen, die Rolle des Schiedsrichters. Es sei die Einigkeit der Mächte gewesen, welche ihre Stärke ausmachte; Deutschland selbst habe in der letzten Zeit seine feste Absicht gezeigt, dem Sultan den Willen der Mächte aufzudrängen. Diese Politik sei zum Heil gewesen, ohne dieselbe wäre es zum allgemeinen Krieg gekommen. Hiernach nimmt die Kammer eine Tagesordnung an, die die Politik der Regierung billigt.

## II.

**Reise des Präsidenten Faure nach Rußland.**

18. August. Infolge der im Juni durch Schreiben des Zaren wiederholten Einladung reist der Präsident der Republik, nachdem

die Reisekosten von den Kammern bewilligt sind, in Begleitung des Ministers des Aeußern, Hanotaux, des Admirals Gervais und des Generals Fredericks von Paris ab. In der Nähe des Nordbahnhofes pläzt bei der Abfahrt des Präsidenten eine dreißig Centimeter lange Röhre mit einem Durchmesser von 5 Centimeter. Sie war in einem kleinen leerstehenden Laden in der Rue Lafayette niedergelegt. Aufgefundene Papierschnitzel enthalten die Worte: „Es lebe die Freiheit!“ Es lebe Polen!“ — Die Reise geht nach Dünkirchen, von wo der „Elan“ die Reisenden, unter den lebhaftesten Zurufen der am Ufer versammelten Menge und unter den Kanonensalven der Schiffe des Nordgeschwaders, nach dem „Admiral Potthuan“ bringt, der sodann, gefolgt von den Schiffen „Surcouf“ und „Bruix“, die Anker lichtet.

19. August. Das Begleitschiff des Präsidenten, der „Bruix“ kommt mit Beschädigungen nach Dünkirchen zurück, worauf das Schiff „Dupuy de Lome“ ihn ersetzt.

20. August. Der Pariser „Figaro“ folgert aus Faures Reise nach Petersburg ein bevorstehendes Zusammengehen Frankreichs mit Rußland und Deutschland.

23. August. Ankunft Faures in Kronstadt. (Ueber seinen dortigen Empfang s. S. 246.)

24. August. Der Ministerpräsident Méline richtet an den Präsidenten Faure nach Peterhof folgende Depesche:

Das Kabinett hat die Ehre, dem Präsidenten der Republik die tiefe Bewegung auszudrücken, die es bei der Nachricht von dem großartigen Empfang und der begeisterten Aufnahme empfindet, die dem Haupte der Regierung Frankreichs von der russischen Regierung und der russischen Nation bereitet worden, und bittet den Präsidenten, den Kaiserlichen Majestäten die ehrfurchtsvollen Bezeugungen seiner Dankbarkeit und diejenigen der ganzen Nation darzubringen, die mehr als jemals der befreundeten Nation die Hände darreicht.

25. August. Der „Gaulois“ sagt in einer Besprechung der Peterhofer Toaste: „Sie sind sehr liebenswürdig und sehr herzlich, und sie enthalten alles Wünschenswerte außer dem Worte „Allianz“; in dieser Beziehung stehen die Dinge dort, wo sie 1896 standen. Um ein endgültiges Urteil abzugeben, muß man die Toaste von Krassnoje-Selo abwarten.“ Auch andre Blätter bemerken, sie warteten mit Ungeduld auf den Trinkspruch, den der Zar nach der Truppenschau ausbringen werde, und sie hoffen, der Zar werde wie in Chalons die Waffenbrüderschaft mit Frankreich betonen.

26. August. Abreise Faures von Kronstadt. (S. 248).

28. August. Der „Soir,“ das Organ des Ministerpräsidenten Méline, ist ermächtigt, mitzuteilen, daß Méline am 25. August, am Vorabend der Toaste, worin die Allianz erwähnt wurde, aus Petersburg eine Depesche mit der Meldung vom Abschluß einer Offensiv- und Defensiv-Allianz erhalten habe. Ferner ist der „Soir“ ermächtigt, zu erklären, daß bis zur Reise des Präsidenten Faure nur eine provisorische Militärkonvention bestanden habe. Der „Gaulois“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Nachdem der Allianzvertrag unterschrieben war, hielt der Zar die Beifügung einer Klausel für notwendig, um in unzweifelhafter Form der Tendenz des Bündnisses, „Erhaltung des allgemeinen Friedens“, Ausdruck zu geben. Faure saß am Schreibtische des Zaren und schrieb nach dem Diktat Nikolaus II. den Text dieser Zusatzklausel. Der Zar schenkte dem Präsidenten auf dessen Bitte zum Andenken an den historischen Moment die Feder und das Schreibzeug, die zur Unterzeichnung des Vertrags benützt worden waren.“

29. August. Der „Temps“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Mehrere Bewohner des annektirten Landes, die nach Pont-à-Mousson gekommen waren, sandten von dort ein Telegramm an Méline, worin sie namens des annektirten, aber derzeit französischen Lothringens bitten, er möge beim Präsidenten der Republik der Dolmetsch der Gefühle unveränderlicher Freundschaft sein. „Nach so vielen Thränen des Leides läßt der unvergeßliche Tag von Kronstadt uns Freudenthränen vergießen und in unsern Herzen neue Hoffnung sprechen.“ Méline soll nachstehende Antwort gesandt haben: „Sehr gerührt von Ihren Gefühlen, bitte ich Sie, den Kameraden Ihrer Gruppe die Glückwünsche und die Dankbarkeit der Regierung für Ihren glühenden Patriotismus zu übermitteln.“

31. August. Faure und Hanotaux treffen in Dünkirchen wieder ein. Der Ministerpräsident Méline, der Marineminister Besnard und der Kriegsminister Villot gehen dem Präsidenten entgegen. Méline spricht dem Präsidenten die Glückwünsche des Kabinetts zu dem glücklichen Ausgange der Reise aus. Die Bevölkerung begrüßt den Präsidenten Faure auf das herzlichste. Faure besucht hier die Handelskammer und das Hospital und begiebt sich alsdann zur Teilnahme an einem von der Stadtvertretung veranstalteten Festmahl. Bei dieser Gelegenheit bringt der Maire einen Trinkspruch auf den Präsidenten aus, den dieser mit dem folgenden Toast auf die Stadt Dünkirchen beantwortet:

„Sie werden verstehen, daß meine Gedanken sich nach dem großen Reiche zurückwenden, das der französischen Republik in der Person seines ersten Beamten einen großartigen Empfang bereitet hat, dessen Gedanken unsre Herzen stets in patriotischer Bewegung erzittern machen wird. Mit Recht haben Sie daran erinnert, wie das immer getreue Frankreich die Freuden und Leiden seiner Freunde



zu teilen weiß. Durch ihre Loyalität, ihre Weisheit, ihren politischen Geist hat unsre Demokratie verstanden, unser Land wieder auf seinen wahren Platz unter den Nationen zu stellen. Durch ihre Treue wußte unsre Demokratie die Anhänglichkeit des Volks zu gewinnen und festzuhalten und in einem gleichen friedlichen Ideal die innige Einigung zweier großen Nationen zu gründen, die eines der bedeutungsvollsten Ereignisse an der Wende des Jahrhunderts bildet."

Der Präsident trinkt schließlich auf das Gedeihen Dänemarks und die Größe des Vaterlands. Die Rede wird mit Rufen „Es lebe Faure! Es lebe Frankreich! Es lebe Rußland!“ aufgenommen. Präsident Faure sendet aus Dänemark folgendes Telegramm an den Kaiser von Rußland nach dem Hoflager bei Warschau: „In dem Augenblicke, wo ich den Boden Frankreichs betrete, gilt mein erster Gedanke Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und dem gesamten russischen Volke. Der glänzende und herzliche Empfang, der dem Präsidenten der Republik bereitet wurde, ruft in ganz Frankreich ein Gefühl der Bewegung und Freude hervor und wird in unsern Herzen eine unauslöschliche Erinnerung zurücklassen. Ich bitte Eure Majestät, auf's neue den Ausdruck meines Dankes und der Wünsche entgegenzunehmen, die ich für Ihr Wohlergehen und dasjenige der Kaiserin und der Kaiserlichen Familie sowie für die Größe und Wohlfahrt Rußlands hege. Feliz Faure."

Kaiser Nikolaus antwortet aus Warschau: „Die Kaiserin und ich sind Ihnen sehr dankbar für die freundlichen Worte, welche Sie uns soeben zugehen ließen; mit Vergnügen werde ich die Erinnerung an den Besuch bewahren, den der Präsident der Republik Rußland abgestattet hat, dessen Herz wieder einmal im Einklang mit demjenigen Frankreichs geschlagen hat. Nikolaus."

Abends trifft Faure, von einer großen Volksmenge mit Jubel empfangen, in Paris wieder ein. Auf seinem ganzen Wege bilden die Truppen Spalier. Als er bei der Madeleinekirche vorbeikommt, pläzt innerhalb des Kirchengitters eine mit Nägeln gefüllte Kanne.

1. September. Nachts verläßt eine vom Gedanken der Allianz mit Rußland erfüllte Menge vor dem Gebäude der deutschen Botschaft allerlei Unfug.

8. September. Mit Bezug hierauf wird der Münchner „Allgemeinen Zeitung“ aus Petersburg geschrieben:

Aus Warschau hier eingetroffenen Nachrichten zufolge hat an maßgebender russischer Stelle die Nachricht von der Demonstration eines Teiles der Pariser Bevölkerung gegen Deutschland den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Hochgestellte Personen erklärten unumwunden, die Schwäche der französischen Regierung sei zu bedauern; die künstlich erregten Volksmassen seien eher entschuldbar, da sie sich im Glauben be-

fänden und in diesem Glauben durch das Privatinteressen verfolgende Gebahren der Regierungsmänner bekräftigt wurden, daß die Aarenworte an Bord des „Bothuan“ den französischen Chauvinisten ein Anrecht auf Erfüllung ihrer Hoffnungen gewährten. Diese Auffassung des russischen Entgegenkommens französischen Wünschen gegenüber sei durchaus irrig, durch nichts begründet und bekunde eine vollständige Vertennung der tatsächlichen Lage.

9. September. In Sachen der angeblichen russisch-französischen Allianz führt die russische „Petersburger Zeitung“ aus, es sei möglich, daß Faure einen formellen Bündnisvertrag mit sich führe; daß dieser aber nicht zur Verwirklichung der Träume der französischen Revanche-Chauvinisten abgeschlossen sei, davon könne man überzeugt sein. Es sei möglich, daß die französischen Zeitungen dem Ausdrucke *nations alliées* eine übertriebene Bedeutung beilegen, die Franzosen würden sich sehr bald überzeugen, daß sich tatsächlich in ihren Beziehungen zu Rußland nichts verändert habe. Deutschland habe keinen Grund, sich zu beunruhigen, da auch Rußland den Frieden wolle, dessen bedürfe und durch sein Bündnis auch auf Frankreich in mäßigendem Sinne einwirken könne.

Ende September. Der Bischof von La Rochelle ordnet für das „Rosentranzfest“ am 3. Oktober ein Te Deum zur Feier des russisch-französischen Bündnisses an.

### III.

## Orléanistische Prinzen.

15. August. Bei St. Cloud findet ein Zweikampf statt zwischen dem dreißigjährigen Prinzen Heinrich von Orléans, Sohne des Herzogs von Chartres, und dem siebenundzwanzigjährigen Grafen Viktor Emanuel von Turin, Sohne von König Humberts von Italien verstorbnem Bruder Amadeus, Herzog von Aosta, Major in einem italienischen Kavallerieregimente. Prinz Heinrich wird im fünften Gange durch einen Stich in den Unterleib kampfsunfähig gemacht.

Anlaß dieses Zweikampfes: Prinz Heinrich, der soeben von einer Reise nach Abessinien zurückgekehrt ist, hatte über seine dortigen Erlebnisse im Pariser „Figaro“ und im „New-York Herald“ mehrere Artikel veröffentlicht, in denen er schwere Anklagen gegen die in Abessinien gefangnen italienischen Offiziere und Soldaten, speziell gegen den General Albertone erhob. Nachdem der Prinz dann von Albertone aufgefordert worden war, seine Anschuldigungen zurückzunehmen, diese Aufforderung aber unbeachtet geblieben war, forderte der General den Prinzen zum Duell heraus, während gleichzeitig der Leutnant

Pini dem Prinzen noch im Namen des italienischen Offizierkorps seine Bezeugnisse. Die Vorbereitungen zu den beiden Duellen wurden bereits getroffen, als der Graf von Turin den Prinzen forderte. Ihm mußte nun der Vortritt gelassen werden.

20. Dezember. Die königstreuen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Herzogs von Orléans an Dufeuille, in dem es heißt:

Man versichert mir, daß in Frankreich die öffentliche Meinung, der radikalen Utopien satt, der glaubensfeindlichen Unbuddsamkeit müde, zu gemäßigten und konservativen Anschauungen zurückkehrt. Meine Freunde hätten übel gehandelt, wenn sie aus engem Parteigeist diese heilsame Bewegung aufzuhalten gesucht hätten. Sie müssen zunächst nicht den unmittelbaren und sichtslichen Vorteil unsrer Partei, sondern das höhere Interesse Frankreichs ins Auge fassen. So handeln, heißt nicht Ihre Fahne verleugnen oder verstreuen; es heißt, sie hochhalten und, so weit wie Sie können, ins heutige Kampfgewühl vorantreiben. Sie wissen und alles, was wir sehen, beweist, daß Frankreich nur unter der verfassungsmäßigen und freisinnigen Monarchie das Gedeihen und die Größe wiederfinden wird, deren es unter der Restauration und unter Ludwig Philipp genoß. Heute haben die Monarchisten nur die Pflicht, überall, wo sie können, am Triumph der Gesellschaftsverteidigung der Freiheit mitzuarbeiten.

#### IV.

### Drehfuß=Angelegenheit.

15. November. Der Pariser „Temps“ veröffentlicht einen von dem Senatsvizepräsidenten Scheurer-Kestner an einen andern Senator gerichteten Brief, in dem er sein Bedauern über die Ungeheuerlichkeit ausdrückt, die im Prozeß Drehfuß dadurch begangen worden sei, daß den Mitgliedern des Kriegsgerichts ein geheimes Schriftstück erst im Beratungszimmer unterbreitet wurde. In dem Schreiben teilt Scheurer-Kestner ferner mit, er habe vor vierzehn Tagen dem Kriegsminister mittelst Beweisstücke dargethan, daß der dem Hauptmann Drehfuß zugeschriebene Brief, auf dem die Anklage beruhte, nicht von diesen herrühre. Er habe dabei den Minister gebeten, eine Untersuchung betreffend den wirklichen Schuldigen einzuleiten, und der Kriegsminister habe dies versprochen. Der Minister habe sich gleichzeitig verpflichtet, Scheurer-Kestner das Ergebnis dieser Untersuchung mitzuteilen und nur die Bedingung gestellt, daß er vierzehn Tage lang über jene Unterredung nichts verlautbaren dürfe. Nun sei diese Frist verstrichen, und er habe vergeblich auf eine Mitteilung seitens des Kriegsministers gewartet. Eine regelrechte Untersuchung, die die Sache des Kriegsministers

wäre, würde ohne Mühe feststellen, daß nicht Dreyfuß, sondern ein andrer schuldig sei.

16. November. Die Pariser Blätter veröffentlichen einen Brief des Bruders des vor drei Jahren infolge kriegsgerichtlichen Urteils degradirten und nach der Teufelsinsel deportirten Hauptmanns Dreyfuß, des Mathieu Dreyfuß, den dieser an den Kriegsminister gerichtet hat, und in dem er als den Schuldigen den Major Grafen Walsin-Esterházy bezeichnet.

21. November. Der seiner Stellung entthobne Direktor des Militärgefängnisses Cherche Midi, in dem Dreyfuß bis zu der Deportirung internirt war, Major Forzinetti, veröffentlicht im „Figaro“ seine Wahrnehmungen während der Haft des Dreyfuß:

Forzinetti wurde vom Oberstleutnant Aboville persönlich für diesen Häftling verantwortlich gemacht und beauftragt, den Gefangnen absolut zu isoliren, ihm weder den Besitz eines Messers, noch von Schreibmaterialien zu gestatten. Dreyfuß sollte wie ein Verurtheilter gehalten werden. Dieser Befehl wurde zurückgenommen auf die Einwendung Forzinettis, daß dies ungesetzlich sei. „Oberstleutnant Aboville,“ schreibt Forzinetti, „gab mir den Auftrag, die größte Wachsamkeit zu entwickeln gegenüber den wahrscheinlich Versuchen der Juden, Dreyfuß zu befreien. Ich erkläre, daß kein Versuch dieser Art gemacht wurde. Man brachte Dreyfuß am 15. Oktober ins Gefängnis, der Verhaftsbefehl war jedoch vom 14. datirt, was beweist, daß die Verhaftung bereits verfügt war, ehe man Dreyfuß verhörr hatte. Ich wies Dreyfuß die von Aboville ausgesuchte Zelle an. Von diesem Moment an war er lebendig eingemauert. Niemand durfte ihn sehen, und nur in meiner Gegenwart durfte die Thür der Zelle geöffnet werden. Als ich Dreyfuß besuchte, war er in unbeschreiblicher Aufregung. Ich hatte einen Mann vor mir, der in diesem Augenblicke fast nicht bei Sinnen war. Ich hatte aber den Eindruck, daß er unschuldig ist. Dreyfuß erzählte mir die Umstände seiner Verhaftung, die ebenso unwürdig wie unmilitärisch waren. Später kam Oberstleutnant Paty du Clam, der Dreyfuß verhaftet hatte. Er vernahm ihn zweimal, diktirte ihm verschiedene Phrasen aus dem Bordereau zum Zwecke der Schriftproben. Dreyfuß betonte immer seine Unschuld. Man hörte ihn bis in den Korridor hinaus wimmern, schreien und laut seine Unschuld beteuern. Er schloß neun Tage nicht und aß keinen Bissen. Am 24. Oktober war er förmlich geistesgestört. Ich berichtete über seinen Zustand dem Gouverneur von Paris sowie dem Kriegsministerium. Ich wurde zu dem Generalstabschef Boisdeffre gerufen, dem ich offen sagte: »Man ist auf falschem Wege. Dieser Offizier ist unschuldig.« Er befahl mir, Dreyfuß durch Aerzte untersuchen und ihm beruhigende Arzneimittel reichen zu lassen. Nach der langen Dauer der Untersuchung glaubte Dreyfuß nicht an seine Verurtheilung. Er sagte: »Welche Entschädigung soll ich verlangen, ich werde die Ehrenlegion fordern und scheide aus der Armee. Das sagte ich auch dem Oberstleutnant Paty du Clam. Man hat keinen Beweis gegen mich und kann keinen haben. Man geht bloß auf Grund von Vorstellungen und, ohne tatsächliche Beweise zu besitzen, vor.« Dreyfuß wurde trotz allem verurtheilt. Nach dem Verdict kam der Verteidiger Demange zu ihm; er drückte den Verurtheilten weinend an seine Brust und sagte: »Herr Hauptmann, Ihre Verurtheilung

ist die größte Niederträchtigkeit des Jahrhunderts.« Erst jetzt durfte Dreyfuß an seine Frau schreiben. „Bis zum 4. Januar blieb Dreyfuß in meinem Gefängnis. Nachdem ich ihm die Hand gedrückt, übergab ich ihn den Gendarmen, die ihm die Handschellen anlegten und in die Ecole Militaire führten, wo der Akt der Degradation stattfand. Dort beteuerte Dreyfuß neuerdings seine Unschuld. Ich verwalte, schreibt Forzinetti, seit vielen Jahren die Militärgefängnisse und habe eine große Erfahrung in Beurteilung von Verbrechern. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, man hat einen furchtbaren Rechtsirrtum begangen.“

## V.

## Die Kammern (2. Session).

19. Oktober. Die Kammern treten wieder zusammen.

21. Oktober. Die Deputirtenkammer genehmigt einen Gesetzentwurf betreffend den Rücklauf des Canal du Midi und des Nebenkanals der Garonne durch den Staat.

23. Oktober. In der Kammer bringt Gérauld Richard eine Anfrage ein über die hohen Brotpreise und behauptet, das Steigen der Preise sei ein Manöver schamloser Spekulant und nur ein Nutzen für die Grundbesitzer. Er wünscht zu wissen, ob die Regierung beabsichtige, den Eingangszoll für Getreide herabzulegen; das Ministerium sei ein Ministerium der Hungersnot. Ministerpräsident Méline erwidert, er habe die Eingangszölle für Getreide nicht herabgesetzt, weil der Brotpreis dies nicht rechtfertige. Die Herabsetzung der Getreidezölle, die im Jahre 1891 versucht wurde, habe einen unheilvollen Erfolg gehabt. Das ausländische Getreide hätte den französischen Markt überschwemmt, ohne jedoch ein Herabsinken der Brotpreise herbeizuführen; man dürfe deshalb an die bestehenden Zölle nicht rühren. Bei dem gegenwärtigen Stande des Marktes scheine übrigens der Getreidepreis sich nicht merklich erhöhen zu sollen; man werde vom Januar ab die Ernteerträge aus allen großen Getreide produzierenden Ländern eintreffen sehen. Was die angebliche Verschwörung der Kapitalisten angehe, um die Bevölkerung auszuhungern, so sei ein Steigen der Getreidepreise in ganz Europa erfolgt; die französische Regierung habe den Mißbrauch der Spekulation soviel wie möglich unterdrückt; die Panne sei durch die Nachrichten aus Paris und durch die sozialistische Campagne hervorgerufen.

Die Kammer beschließt eine Billigung der Erklärungen der Regierung.

24. Oktober. Der Finanzminister Cocheret stellt im Budgetausschuß der Kammer fest, daß zwischen diesem und der Regierung ein Einverständnis erzielt sei hinsichtlich der Mittel, durch die eine Steuererleichterung im Betrage von neunundzwanzig Millionen erzielt werden könne. Das Einverständnis bezieht sich auf folgende Punkte: Aufrechterhaltung der Tage auf fremde Werte, Erhöhung der Steuer für Uebertragung der auf einen bestimmten Namen

lautenden Werte von 0,50 auf einen Frank sowie Erhöhung der Stempelsteuer auf fremde Werte ebenfalls von 0,50 auf einen Frank.

25. Oktober. Die Regierung legt der Kammer einen Gesetzesentwurf vor über die Teilung des sechsten Armeekorps in zwei Teile. Es gehören zu diesem Korpsbezirke bisher schon 92 Bataillone, 105 Schwadronen und 52 Feldbatterien. Diese starke Truppenmasse wird jetzt, in Folge der Bildung der vierten Bataillone der 145 Subdivisionsregimenter, noch durch 11 Bataillone vermehrt.

29. Oktober. Die Deputirtenkammer genehmigt den Entwurf eines aus dreißig Artikeln bestehenden Gesetzes über Unfallversicherung.

Den Mittelpunkt der zu schaffenden Organisation bildet die schon bestehende staatliche Unfallversicherungskasse, bei der die zur Sicherung der Entschädigungsansprüche der Arbeiter geforderten Beiträge einzuzahlen sind und die auch die Auszahlung der Renten übernimmt. Für alle Unternehmer, die sich nicht persönlich bei der Staatskasse versichern, besteht jedoch die Verpflichtung, den territorial, nicht berufsmäßig, gebildeten Vereinigungen beizutreten, die ihrerseits dann Kollektivverträge mit der Staatskasse abschließen. Diese Vereinigungen können sich auf mehrere Departements ausdehnen, in industriereichen Gegenden aber auch auf kleinere Gebiete beschränken. Die Beiträge der Unternehmer werden im Umlageverfahren bemessen nach dem Gesamtbetrag ihrer Löhne und nach dem noch zu bestimmenden Gefahrenkoeffizienten ihres Berufszweiges. Hierbei ist wiederum jenen Unternehmern, die besondere Unfallverhütungsmaßregeln in ihren Betrieben einführen, eine bis zu dreißig Prozent gehende Ermäßigung zugestanden. Ein Spezialfonds zur Sicherung der Beiträge wird gebildet durch einen Zuschlag von vier Prozent zu der Gewerbesteuer und bei Bergwerken von 1 Frk. auf 10 000 Frk. Wert der Anlage. Den meisten Anstoß hatte die Bestimmung erregt, daß Versicherung gegen die Unfälle eine staatliche und obligatorische sein sollte. Die Arbeiter werden dadurch gegen die Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber sichergestellt, daß man den letztern einen Zuschlag zu der Patentsteuer auferlegt.

16. November. In der Deputirtenkammer richtet d'Alsace eine Anfrage an die Regierung bezüglich eines Briefes des Senatspräsidenten Scheurer-Kestner an einen andern Senator und des Schreibens des Bruders des Hauptmanns Dreyfuß an die Regierung.

Der Kriegsminister General Billot erwidert, er habe mit Scheurer-Kestner eine vertrauliche Unterredung gehabt, in der dieser ihm seine Absicht gezeigt habe, die Revision des Prozesses Dreyfuß zu betreiben; Scheurer-Kestner habe ihm dabei Schriften gezeigt, die er ihm aber nicht überlassen habe, und die er, der Minister, auch nicht in Empfang zu nehmen beugt gewesen sei. Scheurer-Kestner habe eine Untersuchung gefordert. Er, der Minister, habe geantwortet, diese Untersuchung sei ohne Unterbrechung fortgeführt, durch das Ergebnis derselben sei aber das gefällte Urteil in keiner Weise erschüttert worden. Die Regierung, der die Angelegenheit vorliege, sei mehr der Ansicht, daß es Zeit sei, derartigen Schritten ein Ziel zu setzen, und fordere Scheurer-Kestner auf, die Angelegenheit der zuständigen

Justizbehörde in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form vorzulegen. Scheurer-Kestner scheine nicht geneigt, heute diesen Weg zu beschreiten; aber die Familie Dreyfuß habe in die Sache eingegriffen, in dem sie ein Schreiben an den Kriegsminister richtete, indem sie einen Offizier die Armee anklage, der wirklich Schuldige zu sein. Der Regierung sei sonst eine formelle Anzeige zugegangen, sie habe die Pflicht, den Urheber dieser Anzeige in den Stand zu setzen, seine Rechtfertigungen vorzubringen; sodann werde die Sache gesetzmäßig zur Entscheidung kommen. Er als Kriegsminister sei zum Hüter der Ehre der Armee berufen und werde seiner Pflicht nachkommen.

**20. November.** In Beantwortung einer Anfrage über die landwirtschaftliche Krisis hebt der Ministerpräsident Méline in der Deputiertenkammer hervor:

Die Ursache der Krisis liege in dem seit zwanzig Jahren fortschreitenden Sinken der Preise aller landwirtschaftlichen Produkte und in dem Verhältnis zwischen Gold und Silber; die Regierung sei indessen nicht imstande, diese Frage zu lösen, da sie internationaler Art sei. Die Landwirte litten nicht allein unter der ausländischen Konkurrenz, sondern auch unter der zu großen Zahl der bestehenden Zwischenhändler. Diese Zahl vermehre sich in einer außerordentlichen Weise, namentlich in dem Handel mit Lebensmitteln. Man könne dieses Uebel heilen, indem man die Syndikate und Kooperationsgesellschaften vermehre. Der Minister empfiehlt die Abschaffung der Oktroiabgaben und die Bildung von landwirtschaftlichen Warrants und erklärt, die Regierung werde demnächst einen Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des landwirtschaftlichen Kredits, vorlegen, sie werde Hilfs- und Pensionsklassen schaffen.

**30. November.** Der Senat nimmt den Gesetzentwurf betreffend die Zerteilung des sechsten Armeekorps an.

**2. Dezember.** Die Deputiertenkammer genehmigt den deutsch-französischen Logo-Vertrag.

**4. Dezember.** In der Deputiertenkammer stellt Castelin eine Anfrage über die Dreyfußangelegenheit und bittet, die öffentliche Meinung und die Armee beruhigen zu wollen. Méline erklärt: „In diesem Augenblick giebt es keine Dreyfußangelegenheit. Ein Offizier ist des Verrats beschuldigt worden, die Voruntersuchung ist abgeschlossen, und das einleitende Verfahren eröffnet worden. Diese Entscheidung präjudiziert dem endgiltigen Urteil nicht. Da die Angelegenheit in den Händen der Militärgerichtsbarkeit liegt, kommt es weder der Regierung noch der Kammer zu, sich damit zu beschäftigen. Bis zur Entscheidung haben alle Bürger die Autorität einer res judicata zu achten. Diese Erklärungen werden hoffentlich einer Polemik ein Ziel setzen, die schon zu lange gedauert hat. Ich glaube, man will aus dem Zwischenfalle eine politische Affaire machen.“ Kriegsminister Billot erklärt: „Es giebt keine Dreyfußangelegenheit. Dreyfuß ist zu Recht gerichtet und verurteilt worden. Dreyfuß ist schuldig. Was die Esterhazyangelegenheit angeht, so ist das Verfahren eingeleitet. Die Sache liegt in den Händen der Justiz. Niemand wird an der Un-

parteilichkeit des Verfahrens zweifeln.“ Der Kriegsminister schließt: „Ich bebaure, Verleumdungen gegenüber waffenlos zu sein, die den Generalstabschef berühren, und bitte die Kammer dringend, dazu beizutragen, daß dieser widerwärtigen Campagne ein Ende gemacht werde.“

Es wird beschlossen: Die Kammer, die die Autorität der res judicata achtet und sich der Huldigung anschließt, die der Kriegsminister der Armee erwiesen hat, geht zur Tagesordnung über, billigt die Erklärungen Billots und brandmarkt die Führer der widerwärtigen Campagne.

7. Dezember. Im Senate bringt Scheurer-Kestner dieselbe Angelegenheit vor. Minister Billot erwidert, er sei nur in seinem Rechte gewesen, als er versicherte, daß Drehfuß schuldig sei, und er wiederhole diese Versicherung. Die Armee würde in ihrem Gewissen nicht ruhig sein, wenn sie glauben könnte, daß ein Unschuldiger verurteilt worden sei. Man sage, die Worte des Ministers könnten Einfluß auf die Untersuchung haben, obgleich man gesagt habe, daß die beiden Angelegenheiten nicht mit einander zusammenhängen. Was man gewollt habe, sei, die Revision auf einem Umwege zu erreichen. Der Minister schließt: „Lassen Sie die Justiz ihr Werk vollenden, denken Sie an die so gehorsame, so patriotische Armee, denken Sie an Frankreich.“ Ministerpräsident, Molins erklärt, es sei das Recht und die Pflicht des Kriegsministers gewesen, die Autorität eines ergangenen Urtheils zu bekräftigen, und fährt fort:

Es war nicht Sache des Kriegsministers, selbst die Revision vorzunehmen. Ich habe Scheurer-Kestner erklärt, daß ich nicht in der Lage sei, seine Aktenstücke in Empfang zu nehmen. In einer zweiten Unterredung habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es unmöglich sei, seine so gefährliche Polemik noch weiter fortzusetzen, und daß das einzige Mittel sei, sich an den Justizminister zu wenden, wenn er neue Thatsachen vorzubringen habe. Die Beteiligten haben es vorgezogen, einen andern Weg einzuschlagen. Die Militärgerichtsbehörde verfolgt die Esterhazy-Angelegenheit, eine andre giebt es nicht. Die Regierung hatte den einzigen Weg verfolgt, den sie inmitten der entsetztesten Leidenschaften hatte. Lassen wir die Militärjustiz ihren Weg gehen, der Preßfeldzug muß aufhören, denn er hat schon viel Schaden gethan. Die Ehre der Armee und die Interessen der Verteidigung des Landes müssen außer jeder Diskussion bleiben; es handelt sich um Thatsachen, die unsere wichtigsten Interessen berühren, und die geheim bleiben müssen. Die geringste Indiskretion in solcher Hinsicht könnte die schwersten Folgen nach sich ziehen.

Die Kammer billigt hierauf die Erklärungen der Minister.

22. Dezember. Die Deputirtenkammer bewilligt zwei provisorische Budgetwölffel.



## VI.

**Änderung im Ministerium.**

3. Dezember. Der Justizminister Darlan tritt zurück, nachdem sein Vorgehen bei der Ernennung eines Richters vom Senate für ungesetzmäßig und im Anschluß daran erklärt war, er sei überzeugt, daß „die Regierung künftig auf genaue Vollstreckung der Gesetze achten werde.“ Der Tadel war, anscheinend mehr aus Verstimmung, gegen die Regierung gerichtet, der Vorsitzende Loubet verkündigte aber die Annahme des Antrags mit den Worten: „Der Senat ist überzeugt, daß der Justizminister künftig“ u. s. w. — An Darlans Stelle wird der Senator Rechtsanwalt Milliard ernannt.

---

## VII.

**Panama-Angelegenheit.**

30. Dezember. Im Panamaprozesse werden sämtliche Angeklagten unter lebhaftem Beifall des Publikums freigesprochen. Die Urteilsfällung gegen den flüchtigen Angeklagten Raquet wird vom Gerichtshof um einen Monat verschoben.

---

## VIII.

**Vertrag mit England wegen Tunis.**

17. September. Nach vierzehnmonatigen Verhandlungen kommt in Paris ein Vertrag mit England zustande, der den Vertrag ersetzt, den England 1875 mit dem Bey von Tunis abgeschlossen hatte.

Damit ist die vollständige Aufhebung der Kapitulationen in Tunis besiegelt. Frankreich hatte gleiche Abmachungen schon 1896 mit Oesterreich, dann mit Italien und später mit fast allen europäischen Mächten wegen Veseitigung der Kapitulationen abgeschlossen. England weigerte sich, auf die Aufhebung des Vertrages einzugehen, weil es in demselben als meistbegünstigte Nation anerkannt wurde. Die darin gebotnen Vorteile wollte es nicht aufgeben. Nun hat es sich mit dem Abschlusse eines neuen Abkommens nur einverstanden erklärt, indem man ihm ein besondres Zugeständnis gemacht hat. Tunis beziehungsweise Frankreich hat nämlich die Verpflichtung ein-

gehen müssen, die englischen Baumwollenwaren auf eine Zeit von fünfzehn Jahren nicht mit einem höhern Zoll als fünf Prozent vom Werte zu belegen. Der bisherige Zoll beträgt acht Prozent.

## Großbritannien und Irland.

### I.

### Parlament.

#### 1.

#### Innere Angelegenheiten.

##### a.

#### Budget.

29. April. Im Unterhause legt der Schatzkanzler Hicks Beach das Budget vor und weist in seiner Begründungsrede auf die Zunahme der Volkswohlfahrt hin, die aus dem bedeutenden Steigen der Staatseinnahmen ersichtlich sei; doch sei die Regierung zur Sorgfalt bei der Aufstellung des Voranschlages genötigt, namentlich in Folge der Kriegswolke, die soeben im Osten aufgezo-gen sei. Die Einnahmen des letzten Berichtsjahres hätten 104 Millionen Pfund, die Ausgaben 101½ Millionen Pfund Sterling betragen, sodaß sich der Ueberschuß auf beinahe 2½ Millionen Pfund belaufe; die nationale Schuld habe sich um 7½ Millionen Pfund verringert. Da das laufende Jahr das Jubiläumsjahr der Königin ist, stellt der Schatzkanzler den bedeutenden Aufschwung Englands seit dem Jahre 1836 vergleichsweise dar. Der Gesamtbetrag des auswärtigen Handels habe sich in jenem Jahre auf 125 Millionen Pfund belaufen, jetzt habe er die Höhe von 738 Millionen erreicht. „Unsre Monarchie,“ fährt Redner fort, „ist dem Lande niemals so wertvoll gewesen als jetzt. Wir haben die beste und wohlfeilste Monarchie; die Kosten dafür waren im Jahre 1836 eine halbe Million, jetzt sind sie 3850000 Pfund.“ Hierauf legt der Schatzkanzler dar, daß die Ausgaben für das laufende Betriebsjahr auf 101791000 Pfund, die Einnahmen auf 103360000 Pfund veranschlagt sind, sodaß sich ein Ueberschuß von 1569000 Pfund ergibt. Redner fügt hinzu, die Regierung habe, gemäß der vor kurzem von dem ersten Lord der Admiralität Goshen angekündigten Politik, beschlossen, den Flottenvoranschlag um eine halbe Million

Pfund zu erhöhen. Auch habe sich die Regierung genötigt gesehen, Englands Stellung als vorherrschende Macht in Südafrika sehr sorgfältig in Erwägung zu ziehen, und habe beschlossen, eine wesentliche Erhöhung der Garnisonen von Reichstruppen in jenem Teile der Welt vorzunehmen. Diese Maßregeln seien in keinem zum Angriffe geneigten Geiste getroffen. Die Regierung gedenke ihre Verpflichtungen bis zum äußersten zu erfüllen, sie erwarte aber auch, daß andre das Gleiche thun. Diese Maßnahmen bedingten eine Ausgabe von 200 000 Pfund. Der Schatzkanzler legt sodann Reformen im Postwesen, im Telegraphenwesen, im Paketpost- und Drucksachenverkehr des Inlandes dar.

b.

### Ueber die Abhängigkeit von der fremden Einfuhr.

3. April. Im Unterhause bringt Seton-Karr vor, die Abhängigkeit Englands von der fremden Einfuhr bezüglich der Lebensbedürfnisse und die hieraus möglicherweise entstehenden Folgen erforderten die ungesäumte Aufmerksamkeit der Regierung. Der Antrag befürwortet die Einführung eines Zolles auf Weizen sowie die Errichtung staatlicher Getreidespeicher. Der erste Lord des Schatzes Balfour giebt die Erklärung ab, über die Abhilfsmittel gingen die Ansichten weit auseinander; einige wollen Schutzzölle, andre seien absolut dagegen. Die Schutzzölle würden vom Volke nicht gebilligt. Die Einrichtung staatlicher Kornspeicher sei zu kostspielig. Ob schon auch er für eine Union mit den Kolonien für kommerzielle und militärische Zwecke sei, so könne er nicht sehen, wie ein Zollverein mit demselben England aus der Verlegenheit helfen solle. Es sei nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, daß Rußland und Amerika sich zur Zerstörung des englischen Handels vereinigten. Was die Schwierigkeit der Zufuhr von Nahrungsmitteln betreffe für den Fall, daß England in einen Krieg mit Frankreich und Rußland verwickelt werde, so würden die Vereinigten Staaten es nie zulassen, daß Weizen für Kriegskontrebande erklärt werde, und im Verein mit Amerika sei England stark genug, jeder denkbaren Vereinigung von Mächten zu begegnen. Englands Sicherheit hänge von seiner Flotte ab, und wenn diese hinreiche, so brauche es Hunger nicht zu fürchten. Somit spitze sich die Veratung zu der Frage zu, ob die Flotte stark genug sei. In Betreff dieses Punktes übernehme die Regierung die Verantwortlichkeit, die der Antrag ihr auferlege, die Pflicht, darauf zu sehen, daß die Flotte stark genug sei zur Verteidigung der Küsten sowie des Handels mit Nahrungstoffen und Rohmaterialien. — Der Antrag wird hierauf angenommen.

c.

## Militärisches.

4. Februar. Im Oberhause giebt der Staatssekretär des Kriegsamtes, Marquis of Lansdowne, Erläuterungen zu der Heeresverfärkung, und er spricht dabei die Hoffnung aus, daß die Erklärung keine Enttäuschung hervorgerufen werde, da Gerüchte umliefen, die der Regierung die Absicht zuschrieben, das Heer weit über das Bedürfnis zu verstärken. Es handle sich hauptsächlich um die Beseitigung der Unfähigkeit des heimischen Heeres, den im Auslande stationirten Heerestheil zu unterstützen; das im Inlande befindliche Heer bleibe um elf Bataillone hinter dem auswärts befindlichen zurück. Durch die Vorschläge der Regierung werde diesem Uebelstande dauernd abgeholfen. Anstatt daß, wie es jetzt der Fall sei, 70 Bataillone sich auswärts und 65 daheim befänden, würden nach Durchführung der Verstärkung 73 auswärts und 69 im Inlande sein. Von den drei Bataillonen Garde, die im Mittelmeer stationirt werden sollten, werde vorläufig eins in Gibraltar stationirt, um im nächsten Jahre durch ein andres abgelöst zu werden.

d.

## Achtstundentag für Bergwerksarbeiter.

5. Mai. Das Unterhaus verwirft eine Bill, betreffend die Einführung des Achtstundentages für die Bergwerksarbeiter.

e.

## Unterrichtsbill.

2. Februar. Das Unterhaus lehnt einen Antrag des Liberalen Lloyd George, Staatszuschuß nur bedürftigen freiwilligen Schulen zu gewähren, ab. (Die freiwilligen Schulen sind nur ein andrer Ausdruck für die von der anglikanischen und der römisch-katholischen Kirche eingerichteten und unterhaltenen konfessionellen Schulen; die Ablehnung des Antrags bedeutet also die Aufrechthaltung des prinzipiellen Standpunktes der Regierung, der die Kirchenschulen den infolge der Forster'schen Gesetzgebung von 1870 gegründeten öffentlichen Schulen auch in finanzieller Hinsicht gleichgestellt wissen will). — Hieran schließt sich die erste Lesung der Bill, nach der bedürftigen Volksschulen eine Unterstützung gewährt werden soll.

26. April. Zweite Lesung.

## 2.

**Auswärtige Angelegenheiten.**

## a.

**Ueber das Verhältnis zur südafrikanischen Republik.**

28. Januar. Staatssekretär Chamberlain beantragt im Unterhause die Wiederernennung eines Ausschusses zur Untersuchung des Einfalles Jamesons in Transvaal. Maclean bekämpft den Antrag durch einen Unterantrag, in dem erklärt wird, daß angesichts der friedlichen Lösung der Angelegenheiten in den Gebieten der Chartered Company sowie der Bestrafung aller Personen, die bei dem Einfall beteiligt waren und endlich, weil es im Interesse des gesamten Südafrika nicht angezeigt sei, erledigte Fragen wieder aufzuwerfen, die Wiederernennung eines Ausschusses unnötig sei. Redner erklärt, Rhodes habe durch sein Vorgehen im Matabeleland Transvaal verhindert, sich mit Deutschland zu verbinden. Die Regierung sei durch kein Abkommen mit dem Präsidenten Krüger zur Untersuchung verpflichtet. Krüger suche, anstatt den Druck gegen die Ausländer aufzuheben, einen Staat aufzubauen, in dem die Engländer eine untergeordnete Klasse seien. Eine feste Politik Englands sei besser geeignet, die Ueberlegenheit Englands in Südafrika herzustellen, als ein Entgegenkommen gegen Krüger.

29. Januar. Forts. Chamberlain erklärt, die Regierung könne die Frage nicht als eine offene behandeln; er wisse, daß das ganze Haus die in Südafrika herrschende Erregung zu mildern und die Freundschaft zwischen der englischen und der holländischen Rasse zu fördern wünsche. Die Lage der Angelegenheiten in Südafrika sei noch unbefriedigend; beunruhigende Gerüchte erreichten ihn alle Tage. Zweifellos sei innerhalb der letzten Monate ein Wiederaufleben der unruhigen Stimmung eingetreten. Die Lage sei durch die Gesetzgebung der Regierung der südafrikanischen Republik nicht gebessert worden; einige der darin vorgesehenen Bestimmungen seien zweifellos der Londoner Konvention zuwider. Wenn deren Anwendung durchgesetzt würde, würde eine Lage geschaffen werden, die auf englischer Seite alle Klugheit, Unparteilichkeit und Geduld erfordern würde. Was die von den „Uitlanders“ geforderten Reformen betreffe, so habe Präsident Krüger wieder und wieder versprochen, freundliche Vorstellungen der britischen Regierung und in achtungsvoller Form gehaltene Ersuchen der Mehrheit der Bevölkerung in wohlwollende Erwägung zu ziehen. An freundlichen Vorstellungen und ehrerbietigen Ansuchen habe es nicht gefehlt; aber bis jetzt sei

die Erwiderung seitens der Regierung der südafrikanischen Republik keine entsprechende gewesen. Reformen seien versprochen und auch im Volksraad beschlossen worden, aber sie bedeuteten nur ein sehr kleines Stück Weges zu einer Befriedigung der gerechtfertigten Ansuchen der Mehrheit der Bevölkerung. Er habe keinen Grund, von der dem Präsidenten Krüger gemachten Mitteilung abzugehen, daß keine Sicherheit für Frieden oder gute Beziehungen zwischen den verschiedenen Rassen bestehen werde, bis die Abstellung der Beschwerden der Uitlanders erreicht sei. Präsident Krüger habe seinerseits mit Schwierigkeiten zu kämpfen, er habe möglicherweise Schwierigkeiten bei seinem eignen Volke zu überwinden. England könne nur wünschen, daß Präsident Krügers Hand erstarke, um das wiederholt gegebene, feste Versprechen durchzuführen. Präsident Krüger habe wiederholt gesagt, seine Politik sei es, die Wunden zu heilen, zu vergessen und zu vergeben, und zweifellos sei dies die Politik der Mehrheit in Transvaal, obgleich auf beiden Seiten extreme Gruppen vorhanden sein mögen, die gewillt sind, den Zustand der Unruhe aufrecht zu erhalten. Unter diesen Umständen verlangen wir, daß die Untersuchung der Angelegenheit fortgesetzt werde, die erstens eine Untersuchung des Ursprungs und der nähern Umstände des Einfalls in Transvaal sein soll und zweitens eine Untersuchung der Verwaltung der Chartered Company. „Was den zweiten Teil betrifft, so glaube ich nicht, daß eine Meinungsverschiedenheit darüber besteht, daß es für das Haus wünschenswert ist, im Besitze aller Thatfachen zu sein, die auf die Art und Weise Bezug haben, in der die »Chartered Company« bis jetzt ihre Verpflichtungen erfüllt hat.“ Angesichts der Größe und der Schwierigkeit der Aufgabe der Gesellschaft werde es deutlich aus der Sachlage hervorgehen und man werde finden, daß die Entwicklung des weiten Gebietes, die von der britischen Regierung ohne große Ansprüche an die Steuerzahler nicht hätte bewirkt werden können, im ganzen mit großem Erfolge und großem Gemeinfinn durchgeführt worden sei. Der andre Teil der Untersuchung erfordere unzweifelhaft große Sorgfalt und Umsicht. Der Einbruch in Transvaal stehe in Beziehung zu der Unzufriedenheit, die in Johannesburg herrsche, und keine Untersuchung über den Ursprung derselben würde vollständig oder gerecht sein, wenn sie nicht auf die Frage der Beschwerden eingehe oder erwäge, in wie weit durch dieselben die Möglichkeit des Einfalls geschaffen worden sei. Hierauf wird der Antrag einstimmig angenommen und sodann ein Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern eingesetzt.

18. Februar. Im Unterhause teilt der Staatssekretär für die

Kolonien Chamberlain mit, der englische diplomatische Agent in Transvaal habe am 16. d. M. gemeldet, daß er von der Transvaalregierung eine Note erhalten habe mit der Aufforderung, an den Gouverneur der Kapkolonie Lord Rosmead die Entschädigungsforderung für den Einfall Jamesons und der Truppe der Chartered Company zu übersenden, die von der englischen Regierung gezahlt oder deren Zahlung doch durch sie veranlaßt werden soll. Der Betrag des Entschädigungsanspruches zerfalle in zwei Haupttheile, deren erster für Sachschaden im ganzen 677 988 Pfd. Sterl. ansehe. Der zweite beziffert die Forderung für den moralischen oder ideellen Schaden auf im ganzen eine Million Pfund Sterling. Die Transvaalregierung wünsche dabei zu bemerken, daß diese Entschädigungsforderung nicht die berechtigten Ansprüche einschließe, die von Seiten einzelner Privatpersonen anlässlich des Vorgehens Jamesons erhoben werden könnten. Auf die Anfrage Bowles, ob in der Forderung von 1 Million die beiden Gruppen des Entschädigungsanspruches einbegriffen seien, erwidert Chamberlain, es wäre hier dem Zweifel etwas Raum gelassen, ob der moralische oder ideelle Schade auf 322 061 Pfund 16 Schilling und 9 Pence beziffert sei, sodaß er mit dem materiellen Schaden zusammen eine Million betrüge, oder ob er für sich allein auf eine Million angelegt sei.

18. März. Chamberlain sagt im Unterhause, die Einfuhr von Kriegsvorräten nach Transvaal aus französischen und deutschen Bezugsquellen sei wohl bekannt, er wisse jedoch nicht, daß die Einfuhr von Kriegsmaterial nach den Kolonien und den Staaten Südafrikas eine Verletzung des Völkerrechts oder des Völkerrechts bilde.

24. April. Dem Unterhause wird von der Regierung ein diplomatisches Blaubuch über die südafrikanischen Angelegenheiten vorgelegt. Unter den Depeschen, die dieses Buch enthält, befindet sich eine, die die Regierung der südafrikanischen Republik an den stellvertretenden Gouverneur der Kapkolonie, Generalleutnant Goodenough, gerichtet hatte, und die dieser an den Kolonialminister Chamberlain sandte. Die Depesche lautet:

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz zur Information der Regierung Ihrer Majestät mitzuteilen, daß im Hinblick auf die Wohlfahrt und den Frieden Südafrikas die Regierung überzeugt ist, daß die sich im Besitz der Regierung Ihrer Majestät befindlichen Beweise es jetzt vollständig und zwingend rechtfertigen, die Herren Cecil Rhodes, Alfred Beit und Dr. Rutherford Harris vor Gericht zu stellen, wie es schon mit Jameson und seinen Complicen geschehen ist. Im Interesse von ganz Südafrika fühlt sich die Regierung genötigt, darauf zu dringen, daß dieser Schritt von Ihrer Majestät Regierung unternommen wird. Ich habe auch die Ehre, Eure Excellenz zu ersuchen, diese Depesche per Kabel

Ihrer Majestät Regierung mitzuteilen. Die Regierung betrachtet mit großem Bedauern den Verzug in der Untersuchung bezüglich der Mitwirkung und Verantwortlichkeit der britischen südafrikanischen Gesellschaft hinsichtlich des Einfalles des Dr. Jameson und seiner Bande in das Gebiet dieser Republik. Die Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darauf zu dringen, daß diese Untersuchung schleunigst begonnen wird, nicht nur, weil sie die geschädigte Partei ist, sondern weil sie Interesse und Anteil hat an der Wohlfahrt Südafrikas, welches Interesse, wie wiederholt bemerkt, auch Ihrer Majestät der Königin am Herzen liegt. Die Regierung ist auch überzeugt, daß es dringend notwendig ist, daß die gesamte Kontrolle und Verwaltung, bürgerliche und militärische, der britischen südafrikanischen Gesellschaft aus der Hand genommen und von der Regierung Ihrer Majestät übernommen wird. Ich bin angewiesen, auf diesen Punkt besonders zu dringen. Ich habe ferner die Ehre, Eure Excellenz zu bitten, diese Depesche per Kabel an die Regierung Ihrer Majestät in London zu senden. — Minister Chamberlain telegraphirt an Generalleutnant Goodenough zurück: Informiren Sie die Regierung der südafrikanischen Republik, daß die Regierung Ihrer Majestät deren Telegramme vom 19. Juni erhalten und dieselben sofort nach ihrem Eintreffen in London veröffentlicht hat. Die Regierung Ihrer Majestät braucht nicht an ihre Pflicht bezüglich des künftigen Einfalles in die südafrikanische Republik erinnert zu werden, und sie kann nicht die Forderung der Regierung der südafrikanischen Republik zugeben, Zeit und Weise zu dictiren, in der diese Verpflichtungen erfüllt werden sollen. Ich kann die Gründe nicht verstehen, die die Regierung der südafrikanischen Republik beeinflussen haben, Vorstellungen zu machen, die zu ihren früheren Mittheilungen nicht passen. Am 18. April und am 15. Mai schien die Regierung der Republik von der ihr von der Regierung Ihrer Majestät gegebenen Zusicherung befriedigt zu sein. Von dieser abzuweichen bestand niemals eine Absicht.

29. April. Bei der Budgetberatung im Unterhause bekämpfte Sir Harcourt die kriegerische Politik gegen Transvaal; Chamberlain habe sich bemüht, durch seine Reden die Gefühle in Südafrika aufzureizen. Die Opposition werde diese Politik ganz entschieden bekämpfen, die eine Steuerreduktion verweigere, um kriegerische Operationen in Südafrika zu fördern. Der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain erwidert, es sei schwer, anlässlich der Budgetvorlage die Südafrikapolitik zu rechtfertigen, aber er müsse auf Harcourts verderbliche, gefährliche und unpatriotische Sprache antworten. Diese Sprache schädige die Sache des Friedens. Die Erklärungen Harcourts, daß die Regierung eine aggressive und kriegerische Politik in Südafrika verfolgen und die Kapregierung und das Volk sie zurückgewiesen habe, seien absolut ungenau. Die englische Politik in Südafrika sei genau das, was sie früher war, nämlich die Aufrechterhaltung der Verpflichtung, keine aggressiven Operationen vorzunehmen und nicht die Unabhängigkeit eines Staates anzugreifen, der selbst in der diplomatischen Sprache ein befreundeter Staat genannt werden könne, aber dabei ihre eignen Rechte und die Rechte der Nation aufrecht zu erhalten. Redner hätte gehofft, diese Politik



würde auch fernerhin nicht eine Parteipolitik sein aber die Sprache Harcourt's habe diese Hoffnung vernichtet. Er fordert Harcourt und die Opposition heraus, diese Frage direkt aufzuwerfen. „Es ist erwünscht, daß der Friede erhalten wird, aber ich glaube nicht, daß er erhalten werden kann, wenn man der Transvaalregierung sagt, sie könne ihre Verpflichtungen ungestraft verletzen; und, während die Frage schwebt, sagt Harcourt, wir verfolgten eine allgemeine Politik, die er nicht unterstützen könne.“ Harcourt wirft dazwischen: „Sie verlangen 200 000 Pfund.“ Chamberlain erwidert: „Wir verlangen diese Summe, nachdem wir wissen, daß Transvaal eine Million und Hunderte von Hunderttausenden verlangt hat. Transvaal hat in einer für Zwecke der Verteidigung absolut nicht zu rechtfertigenden Weise gerüstet. Die Rüstungen Transvaals stehen gegenwärtig ganz außer Verhältnis zu unsern Verteidigungsmitteln in Südafrika. Nachdem Transvaal bedeutend mehr als eine Million verausgabt hat und die Rüstungen fortdauern, nachdem es ferner Batterien von Mazingeschützen, Millionen von Patronen und Hunderttausende von Gewehren vom Auslande eingeführt hat, was soll England unter diesen Umständen thun? Ist es kriegerisch, wenn wir die Garnisonen in der Kapkolonie zu verstärken verlangen? Die Summe reicht hin, um eine Artilleriebrigade und ein weiteres Regiment nach dem Kap zu senden. Die dort herrschende Gesinnung wird diese Politik nicht zurückweisen, sondern jeder loyale Britte am Kap wird dankbar und befriedigt sein, daß wir unsre Stellung als Vertreter der vorherrschenden Macht verstehen und erkennen und entschlossen sind, alle aus der Konvention uns zustehenden Rechte unverfehrt aufrecht zu halten. Weiter erklärt der erste Lord des Schatzes Balfour, er könne sich keine zwei Reden denken, die geeigneter seien, die Beziehungen zwischen England und Transvaal zu verschlechtern, als die Harcourt's und Courtney's. Courtney habe angenommen, daß der Zweck der Regierung die Provokation sei, und daß es sich um eine aggressive Bewegung handle. Courtney habe gesagt, die vorgeschlagne Ausgabe sei nutzlos für ein aggressives Vorgehen, reiche auch für die Verteidigung nicht hin und könne nur zur Erschwerung der Verhältnisse beabsichtigt sein. Courtney bemerkt, den Redner unterbrechend, er habe nur von der Wirkung, nicht von einer Absicht gesprochen. Balfour: Courtney habe sein Bestes gethan, um Gefühle zu entflammen, die alle die zu beschwichtigenden Schwierigkeiten steigern, die wir alle zu beseitigen wünschen, anstatt freimütig die Erklärung der Regierung anzunehmen, daß die Entsendung der Truppen einzig eine Vorsichtsmaßregel sei. Der Regierung liege jeder aggressive Zweck fern. Sie

habe nie den Wunsch gehabt, mehr zu thun, als die thatsächlichen und zugestandnen Rechte aufrecht zu halten; die Regierung würde jedwede Feindseligkeit mit Transvaal nicht nur als ein nationales Unheil, sondern auch als Unheil für die Regierungspartei betrachten.

7. Mai. Chamberlain sagt im Unterhause, er habe keinen Grund, der Nachricht von der Aufhebung des Einwanderungsgesetzes durch den Volksraad von Transvaal zu mißtrauen, obwohl bisher keine amtliche Bestätigung eingelaufen sei. Sollte sich die Meldung bewahrheiten, so würde sich die Spannung, die leider zwischen der englischen und der Transvaalregierung bestanden habe, sehr mildern. Ueber die Schadenersatzforderung des Präsidenten Krüger finde zur Zeit ein Schriftwechsel statt.

18. Juli. Im Unterhause wird der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission verteilt, die seit dem 19. Februar getagt hat. Darin ist über Rhodes folgendes gesagt:

Rhodes bekleidete eine großartige Stellung in Südafrika. Er war Premierminister der Kapkolonie, und deshalb hätte er vor allen Leuten die Bahn nicht wandeln sollen, die er gewandelt ist. Als Direktor der britischen südafrikanischen Gesellschaft, der De Beers-Gruben und der Goldfelder von Südafrika übermachte Rhodes eine große Interessentombination. Er benutzte seine Stellung und diese Interessen zur Unterstützung seiner Politik. Welche Rechtfertigung die Johannesburger auch immer zum Handeln gehabt haben mögen, Rhodes durfte nicht einen bewaffneten Einfall in das Gebiet der südafrikanischen Republik unterstützen, organisiren und ermuntern, und die Truppen der britischen südafrikanischen Gesellschaft benutzen um eine Revolution zu unterstützen. Er hat die Reichs- und Kolonialregierung in Verlegenheit gebracht. Obgleich Jameson ohne die Vollmacht von Rhodes einfiel, war es stets der Plan, die Truppen zur Unterstützung eines Einfalls in Transvaal zu benutzen. Nichts kann so etwas rechtfertigen. Die schwere Verantwortlichkeit von Rhodes bleibt bestehen, wenngleich Jameson im letzten Augenblick ohne direkte Zustimmung in das Transvaal einfiel. Rhodes hat sich schwerer Pflichtverletzung schuldig gemacht gegen die, denen er Treue schuldet. Er betrog den Oberkommissär, den Vertreter der Reichsregierung, er verheimlichte seine Absichten seinen Kollegen im Kolonialministerium und den Direktoren der britischen südafrikanischen Gesellschaft und erweckte in seinen Untergebenen den Glauben, daß seine Vorgesetzten seine Pläne billigten. Der Umstand, daß das Direktorium im ganzen nichts von dem Einfall gewußt hat, entlastet es nicht von seiner Verantwortlichkeit. Die Direktoren hatten nach ihrem Charter Aussicht über die Verwaltung des Gebiets der Gesellschaft zu führen. Der Herzog von Abercorn, der Präsident des Direktoriums, hat bemerkt, Rhodes habe Vollmacht erhalten, zu handeln, wie es ihm gut dünke, ohne die andern Direktoren zu Räte zu ziehen. Unter diesen Umständen findet die Kommission, daß das Direktorium, wie es zur Zeit zusammengefaßt ist, die Zwecke nicht erfüllt, für die es besteht, und nicht genügende Sicherheit gewährt gegen den Mißbrauch der Gewalten, die die Krone der Gesellschaft beleiht hat.

Das Ausschußmitglied Labouchère erstattet einen Sonderbericht, in dem er folgendes ausführt:

Indem der Ausschuß nicht die Vorlegung der dem Kriegsminister gezeigten Depeschen erzwang, konnte die Untersuchung nicht vollständig werden. Die Beschwerden der Uitlanders waren weit übertrieben. Philipps habe schon lange vor dem Einfall an Beit geschrieben, daß, wenn Geld nicht helfen sollte, Gewalt helfen müsse. Rhodes habe ja selbst erklärt, daß nach dem Gelingen der Revolution Buren und Uitlander abstimmen sollten, ob Transvaal Mitglied eines südafrikanischen Bundes oder ein Teil des britischen Reiches werden wolle. Rhodes habe den Einfall Jamesons niemals hindern wollen. Die Johannesburger gingen auf die Verschwörung erst ein, als man ihnen weismachte, daß die Reichsbehörden um den Plan wußten. Der Zweck des Einfalls war nur der, einige Leute noch reicher zu machen. Rhodes möge ja eine unklare Vorstellung von einem zu gründenden großen britischen afrikanischen Bunde, der alle Staaten vom Nil bis zur Kapstadt umfassen sollte, vorgeschwebt haben. Rhodes und Beit sollten schwere Strafen erleiden. Diese beiden hätten den guten englischen Namen geschändet. Der Einfall sei eine der schamlosesten Episoden in der englischen Geschichte. Es sei zu bedauern, daß es nicht bewiesen werden könne, ob das Kolonialamt seine Hand im Spiele gehabt habe oder nicht.

26. Juli. Das Unterhaus berät über den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Stanhope beantragt eine Erklärung, die dem Bedauern Ausdruck verleihen solle, sowohl über die ungenügende Thätigkeit wie auch über den Bericht des Südafrikaausschusses, besonders aber darüber, daß der Ausschuß keine gegen Rhodes zu ergreifenden Maßnahmen vorge schlagen. Labouchère äußert: Der Bericht des Untersuchungsausschusses habe zugegeben, daß Rhodes an dem Einfall schwer schuldig sei. Schuldig nicht nur der Verschwörung gegen die Regierung eines befreundeten Staates, sondern er habe auch mit der größten Treulosigkeit gegen Chamberlain, gegen die Direktoren der Chartered Company und selbst gegen diejenigen gehandelt, die mit ihm bei dem Einfall beteiligt waren. Redner stehe im allgemeinen auf Seiten der Revolutionspartei; er wünsche jedoch, daß die Umwälzungen zu Gunsten der Rechte der Bevölkerung, aber nicht zum Vorteile gewisser Kapitalisten geschehen. Der Schatzkanzler Hicks Beach sagt, es sei Sache der Regierung, zu erwägen, welches Verfahren gegen Rhodes auf Grund des Berichtes einzuschlagen sei, aber bei dem Vorgehen gegen Rhodes werde die Regierung dessen allgemeine Verdienste berücksichtigen müssen. Will Stanhope das Ausland befriedigen, dessen Glaubensartikel ist, daß England stets perfid sei, oder hofft er diejenigen zu befriedigen, die noch mehr als die Ausländer bereit sind, Böses von uns zu denken? Im Interesse des Friedens in Südafrika und Beseitigung der Differenzen der beiden großen Rassen in jenem Weltteil ist es wesentlich, daß die Untersuchung beendet

werde. Chamberlain bemerkt: Hätte ich geschwiegen, würde man mein Schweigen vielleicht mißdeutet haben. Ich war zuerst nicht geneigt, einen parlamentarischen Ausschuß für den besten Gerichtshof zu halten, aber die Opposition theilte diese Ansicht der Regierung nicht, und deshalb gab ich nach. Mit dem Bericht des Ausschusses über Rhodes bin ich im wesentlichen einverstanden, bin aber überzeugt, daß, mag auch der Fehler Rhodes' so groß gewesen sein, wie ihn nur ein Politiker oder Staatsmann begehen kann, der Charakter Rhodes' als eines Mannes von Ehre in keiner Weise berührt wird. Rhodes hat einen gewaltigen Fehler begangen, für den er Strafe verdient. Ist er denn nicht bestraft worden? Hat er denn nicht den Posten als Premierminister der Kapkolonie verloren, ferner den als Geschäftsführer der Chartered Company, seinen Einfluß, seinen politischen Ruf und die Möglichkeit, weitere Dienste zu thun, die er zu thun hoffte, als er die Föderation Südafrikas antizipirte? Die Regierung steht nicht im Begriff, Rhodes zu verfolgen. Was soll Südafrika denken, wenn die Regierung Rhodes die Eigenschaft als Mitglied des geheimen Rates nimmt, die ihm wegen seiner Dienste zuerkannt wurde, die in Südafrika wärmere Anerkennung finden als hier? Was die Verwaltung der Chartered Company betrifft, so sind die Truppen ihrer Kontrolle entzogen und der Reichsregierung unterstellt worden. Der Vorstand der Gesellschaft muß erneuert, und, wenn die Gesellschaft noch weiter bestehen soll, eine direktere und wirksamere Kontrolle seitens der Reichsregierung ausgeübt werden. Die Regierung wünscht Rhodesia so bald als möglich Selbstverwaltung zu geben. Ich glaube, dieser Zeitpunkt wird nicht fern sein, denn der Bau der Eisenbahn nach Bulawayo wird wahrscheinlich im nächsten Jahre beendet sein. Ich kann sagen, daß auf Seiten des Präsidenten Krüger der Wunsch besteht, der britischen Regierung in durchaus angemessenem Geiste entgegenzukommen. Ich glaube daher berechtigt zu sein, dem Hause zu der Thatsache Glück zu wünschen, daß die Regierung bald zu einem durchaus befriedigenden Resultat gelangen wird. Sodann wird der Antrag Stanhopes mit 304 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

b.

### Ueber die Frage Aegyptens.

5. Februar. Im Unterhause beantragt der Schatzkanzler Sir Hicks-Beach die Bewilligung von 798 000 Pfund, durch welche der Khedive in den Stand gesetzt werden soll, der ägyptischen Schulden-

verwaltung den für die Zwecke des letzten Feldzuges geleisteten Vorschuß zurückzahlen und die Materialkosten des Bahnbaues von Wady Halfa nach Abu-Hamed zu bestreiten. Die tatsächlichen Kosten der Expedition seien 733 000 Pfund, inbegriffen die Kosten für die Weiterführung der Eisenbahn und der Telegraphenlinie von Saras bis Wady Halfa und die Kosten der für die Expedition angekauften Kanonenboote, die auch für die Zukunft wertvolle Dienste leisten würden. Die beiden letztern Punkte nähmen ein Drittel der Gesamtkosten der Expedition in Anspruch. Die Kosten des Feldzuges seien aber auch in einer andern und wichtigern Hinsicht gleichfalls geringe, wenn man die erreichten Ergebnisse in Betracht ziehe: es seien nur 47 Mann im Gefecht getödtet worden; 235 Mann seien der Cholera und über 100 andern Krankheiten zum Opfer gefallen. Er glaube, daß keine andre Expedition je einen vollständign Erfolg gehabt habe. Die von der Schuldenkasse vorgestreckte Summe von 512 500 Pfund englischer Währung würde es Aegypten hauptsächlich ermöglichen haben, die gesamten Kosten der Expedition zu bestreiten. Das Urtheil des gemischten Gerichtshofes habe aber der ägyptischen Regierung auferlegt, den Vorschuß mit Zinsen zurückzahlen, welch letztere sich auf 528 000 Pfund beliefen. Für jetzt habe Aegypten keine andre Wahl, als den Vorschuß zurückzahlen, und England keine andre Wahl, als die Summe Aegypten zu erstatten. Die Regierung habe mit der ägyptischen Regierung ein Abkommen geschlossen, wonach, während für den in Aegypten ausstehenden Geldvorschuß Englands  $2\frac{3}{4}$  Prozent Zinsen zu zahlen seien, es den beiden Regierungen überlassen bleibe, sich von Zeit zu Zeit darüber zu einigen, ob die ägyptische Regierung imstande sei, das Kapital mittels durchführbarer und passender Ratenzahlungen zurückzuerstatten. Eine Sicherheit für die Rückzahlung bestehe nicht und es sei richtig, daß die ägyptische Regierung nicht imstande sei, eine technische Sicherheit zu geben. Aber wir haben das Wort Aegyptens, welchem wir vertrauen, und wie die Dinge liegen, halten wir Aegypten besetzt, und der Umstand, daß wir zur Leistung dieses Geldvorschusses durch kein Verschulden oder eine Handlung unsrerseits genöthigt worden sind, wird wahrscheinlich unsre Besetzung eher verlängern als abkürzen. Diese Angelegenheit ist seit langem über das Gebiet der abstrakten Fragen hinaus, infolge einer langen Kette von Ereignissen. Gladstone und seine Amtsgenossen haben in die Besetzung hineingetrieben, und seit jenem Tage bis auf den heutigen ist es England, obgleich Regierungen im Amte gewesen sind, deren führende Mitglieder augenscheinlich das Aufhören der Besetzung wünschten, niemals möglich gewesen, in Ehren oder ohne Schaden die Besetzung auf-

zuheben. Die Hauptursache der Verlängerung der Okkupation und der Wahrscheinlichkeit einer viel längern Okkupation, als beim ersten Eintritt in dieselbe angenommen worden, sei, daß Frankreich England niemals freie Hand in Aegypten gestattet habe. Labouchère wirft hier dazwischen: „Warum sollte Frankreich Ihnen freie Hand lassen?“ „Frankreich,“ versetzt hierauf der Schatzkanzler, „hat aus freien Stücken abgelehnt, sich uns anzuschließen, und hat uns die alleinige Verantwortlichkeit für Aegyptens Sicherheit gelassen. Wir dürfen nun billigerweise verlangen können, freie Hand zu haben, um diese Verantwortlichkeit zu erfüllen; aber wir können nicht verstehen, wie irgend jemand, der Einspruch dagegen erhebt, daß Aegypten eine halbe Million Pfund von seinem eignen Ueberschusse verwenden dürfe, die für keinen andern Zweck als die Wiedergewinnung seiner eignen Provinz Dongola erfordert wird, sagen kann, daß die ägyptische Regierung fähig sei, allein zu stehen.“ Natürlich sei die Thatsache, daß der ägyptischen Regierung die Verwendung ihres Ueberschusses verweigert worden sei, eine wichtige Thatsache, und die englische Regierung habe sorgfältig zu erwägen gehabt, ob sie ein weiteres Fortschreiten in der Politik der letzten Jahre gutheißen solle oder ob ihre Politik rückgängig gemacht werden sollte. Die Regierung habe niemals verhehlt, daß sie ein Weiterschreiten in der gleichen Richtung für notwendig halte, und daß die ägyptische Regierung niemals für gesichert gehalten werden könne, solange sich eine feindliche Macht im Nilthale bis hinauf nach Khartum befinde. Wenn diese Politik mit Bezug auf Aegypten für richtig gehalten werde, so werde sich England nicht aus derselben hinausdrängen lassen durch Hindernisse und Schwierigkeiten, wie die Verweigerung des in Rede stehenden Vorschusses. Die Regierung glaube, daß ihre Politik richtig sei, und habe vor, dieselbe vorsichtig und stufenweise weiter zu verfolgen, denn sicherlich würde es nicht zu Aegyptens Vorteil in politischer oder finanzieller Beziehung sein, wenn ihm mehr Gebiet zurückgegeben werde, als es ohne Beschwerde verwalten oder genügend verteidigen könne. Die Regierung habe vor, diese Politik in der kommenden Saison vor allem zu verfolgen durch den Vormarsch nach einem sehr wichtigen Punkte, nämlich nach Abu Hamed. Dieser solle, gleichwie der Vormarsch nach Dongola, ein ägyptischer Vormarsch sein, zunächst nach Abu Hamed und dann wahrscheinlich weiter. Wie weit, halte er nicht für richtig zu sagen, aber nach der Meinung der Regierung werde die Hauptaufgabe in der kommenden Saison sein: 1. die Sicherstellung der Verbindung mit dem bereits unter der Herrschaft des Khedive stehenden Gebiete, 2. die Erwerbung wichtiger strategischer Punkte, die in der Zukunft wertvoll sein könnten.

Außer den 270 000 Pfund, die für eine leichte Eisenbahn von Baby Halsa nach Abu Hamed gefordert werden, sei es nicht beabsichtigt, an das Parlament weitere Forderungen für Ausgaben in dieser Angelegenheit zu stellen. Die Regierung glaube durch die angegebne Politik und die beantragte Bewilligung den Wünschen der großen Mehrheit des englischen Volkes zu entsprechen. Morley wendet sich gegen die Ausführungen des Schatzkanzlers, die geeignet seien, von Frankreich und Rußland als eine direkte, äußerst unkluge Herausforderung betrachtet zu werden, und die Frage zu stellen, ob die Absicht Englands, Aegypten zu verlassen, aufrichtig sei. Er wisse wohl, daß das englische Volk durch die gegen den Wunsch der sich dabei interessirt glaubenden Mächte aufrecht erhaltne Besetzung Aegyptens gewinne. Das Ergebnis zeige, daß die Voraussetzungen der Opposition betreffs der Kosten der Expedition und der Stimmung Frankreichs gerechtfertigt waren. Wie könne Aegypten den Vorschuß je zurückzahlen? Nie zuvor sei Geld gegen eine so kindische Sicherheit vorgeschossen worden. Warum wolle die Regierung nicht sofort darein einwilligen, daß England die Kosten zahle? Die Regierung habe den denkbar schlechtesten Zeitpunkt für die Expedition gewählt. Die gegenwärtige Zeit sei in mehr als einer Hinsicht eine Zeit der Sorge. Frankreichs und Rußlands Protest gegen den Vorschuß deute zur Genüge an, daß deren Stimmung durch die Sprache des Schatzkanzlers nicht gebessert werden würde. Sir Harcourt tadelt ebenfalls die herausfordernde Sprache des Schatzkanzlers gegen Frankreich und Rußland, indem er sie als unheilvoll und gefährlich bezeichnet. Bei den vom Schatzkanzler aufgeworfenen Fragen dürfte es sich nicht um eine halbe, sondern um viele Millionen handeln, falls die Regierung sich auf diese Frage im Geiste einer Herausforderung der großen Militärmächte Europas einlasse.

Der verlangte Kredit wird hierauf bewilligt.

### c.

### Ueber die griechisch-türkische Frage.

22. Januar. Dem Parlamente wird von der Regierung ein diplomatisches Blaubuch über die Zeit vom Dezember 1895 bis August 1896 vorgelegt, das hauptsächlich Berichte der Konsuln in Kleinasien über die dortigen Mezeleien und die allgemeine Lage der Armenier und Einzelheiten über den Feldzug nach dem Hauran im Juni 1896 enthält.

16. Februar. Der Schatzkanzler Balfour bekämpft im Unter-

haufe einen Antrag von O'Connor auf eine Besprechung der Lage Aretas und dessen Aeußerung, daß britische Volk billige im allgemeinen das Vorgehen Griechenlands. Balfour sagt:

Es gebe nur zwei Möglichkeiten; die eine wäre die, den Dingen in der Türkei ihren Lauf zu lassen, die andre bestche darin, die Einführung von Reformen durch geeintes Vorgehen der Mächte zu versuchen. Einige Mitglieder des Hauses schienen zu wünschen, daß die Griechen nicht im Auftrage der Mächte, sondern auf eigne Hand und nach eigenem Ermessen Reformen auf Kreta einführen. Eine solche Politik würde direkt zum europäischen Kriege führen. Es wäre absolut unmöglich, das europäische Konzert zusammenzuhalten für einen mit dem türkischen Reiche verknüpften Zweck und nicht für alle andern Zwecke. Würde die Regierung daher thun, was die gegnerischen Redner wünschten, so wäre der Zerfall des europäischen Konzerts die unvermeidliche Folge, alle darauf gegründeten Hoffnungen müßten aufgegeben werden, das türkische Reich würde zerfallen. Ja, aber nicht durch friedliches Wachsen freier Einrichtungen innerhalb seiner Grenzen, nicht durch Vorbereitung der Zivilisation von einem Ende bis zum andern, sondern durch einen europäischen Krieg, dessen Folgen unabsehbar seien. Die Regierung halte an dem einzigen Weg einer friedlichen Lösung, der im europäischen Konzert liege, fest. Er appellire daher an das Haus, von einer weiteren Erörterung abzustehen, die das europäische Konzert gefährden könne. Die Regierung sei weder zu verurtheilen, noch zu kritisiren, noch einem Kreuzverhör zu unterwerfen, bis die jetzige Krise vorbei sei, was, wie er hoffe, in nicht ferner Zeit der Fall sein werde. — Harcourt erklärt: Falls die Politik der Regierung einfach eine Beurtheilung des Verhaltens der griechischen Regierung sei, dann vertritt sie nicht die Gefühle des britischen Volkes. Falls die Regierung in Europa und im eignen Lande durch die Erklärung Eindruck machen wolle, daß der sie befeelende Geist ein Geist des Tadels und der Feindseligkeit gegen die griechische Nation sei, so sei dies eine Politik, mit der er nicht einverstanden sei. Hierauf zieht O'Connor seinen Antrag zurück.

22. Februar. Im Unterhause beantragt Labouchère eine Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit desselben auf die Thatfache zu lenken, daß griechische Streitkräfte von englischen Schiffen beschossen worden seien. Die gesamte Opposition einschließlich der Führer erhebt sich zur Unterstützung des Antrags. Labouchère protestirt heftig gegen das Vorgehen der Schiffe. Es wäre Zeit, daß die liberale Partei sage: „Man sagt von uns Engländern, daß wir auswärtige Fragen nicht zu Parteifragen machen, diese aber machen wir zur nationalen Frage.“ Er glaube, daß das englische Volk den bestimmten Willen habe, daß die Regierung weder auf diplomatischem Wege, noch mittels der Waffen in irgend einem Theile des türkischen Reiches zu Gunsten der Türken einschreite. Er sei bestrebt, sein Möglichstes zu thun, um eine fernere Aktion zu Gunsten des Sultans zu verhindern, jenes elenden Schurken, der ein Schandfleck für die Zivilisation sei. — Der Sprecher erinnert den Redner daran, daß die Geschäfts-



ordnung des Hauses eine höfliche Ausdrucksweise in Bezug auf auswärtige Souveräne vorschreibe. Der erste Lord des Schatzes Balfour erwidert, er spreche unter dem viel zu starken Bewußtsein von der Verantwortlichkeit der Regierung und von den Schwierigkeiten, die über Europa als Ganzes schweben, als daß er, soweit er vermöge, diese Debatte in eine Kontroverse zwischen den beiden Seiten des Hauses ausarten ließe. „Der Antragsteller hat großen Hohn über die Bemerkung ausgegossen, daß die gegenwärtige Lage Europas eine solche sei, die sehr wohl die besorgteste Erwägung aller jener beanspruchen dürfte, denen die Aufrechterhaltung des Friedens am Herzen liegt, und es geschehen könnte, daß, wenn durch einen Irrtum oder Mißgeschick ein Funke in den Zündstoff fällt, der nur zu weit über Europa ausgebreitet ist, wir am Rande einer europäischen Katastrophe sein können. Diejenigen, die solche Befürchtungen verspotten, verschließen die Augen gegen die klarsten Thatfachen der zeitgenössischen Geschichte. Es hat Perioden der europäischen Geschichte gegeben, in denen Europa dem Vorgehen der einen oder andern einzelnen Macht besorgt zusah, ohne zu wissen, ob diese Macht nicht um ihrer eignen selbstsüchtigen Ziele willen zu einem überstürzten Kriege schreiten würde. Aber in diesem Augenblicke ist es der durchaus einstimmige Wunsch einer jeden der Großmächte, alles, was einem Kriege gleicht, zu vermeiden. Keinerlei persönlicher Ehrgeiz tritt diesem Wunsche entgegen, noch besteht Wahrscheinlichkeit, daß dies geschehen könne. Und wenn wir nun sehen, wie die Herren dieser kolossalen Heere selber von der tiefsten Besorgnis erfüllt sind, daß ein Krieg erklärt werden könnte, und daß diese schlachtbereiten Gegner auf einander losgelassen werden sollten — da wird man nicht um großer internationaler Autoritäten willen sagen, daß diese Befürchtungen illusorisch seien. Die ausgesprochenen Befürchtungen werden von jedem verantwortlichen Staatsmann in ganz Europa gehegt. Unsre Sorge bildet nicht allein der Friede Europas, eine Erwägung, deren Ernst nicht übertrieben werden kann, sondern uns beschäftigt auch der Friede Aretas und der Zustand von Areta und seine zukünftige Regierung. Die von den Rednern der Opposition ausgesprochenen Ansichten scheinen die zu sein, daß das Vorgehen Griechenlands völlig darauf gerichtet war, Leben und Eigentum zu schützen, und daß das Vorgehen der Mächte nicht imstande sei, die Erreichung eines dieser beiden Ziele zu sichern. Es hat eine große und beklagenswerte Hinopferung von Leben und Eigentum stattgefunden; aber die internationalen Machtmittel sind nicht unthätig oder unwirksam gewesen, dem zu begegnen, und das Vorgehen Griechenlands ist in dieser Richtung nicht erfolgreich gewesen. Die Bevölkerung Aretas

ist nicht gleichartig im Punkte der Religion, und wenn die Mächte die Verantwortlichkeit für den Frieden einer Stadt übernommen haben, so durften sie die Einmischung einer außerhalb stehenden Streitmacht nicht dulden. Was nun die Zukunft Kretas sein soll, hierüber muß ich mit der äußersten Reserve sprechen. Die Redner der Opposition haben Nachdruck darauf gelegt, daß jederlei der Türkei abgerungne Reformen, wenn sie gleich auf dem Papier vorzüglich aussehen, das Schicksal der früher ihr abgezwungenen Reformen teilen könnten. Wir fühlen das Gewicht dieses Arguments; wir erkennen an, daß es der von uns übernommenen internationalen Aufgabe zuwider wäre, Kreta in einer Lage zu lassen, in der es der türkischen Regierung überlassen bliebe, aus eigenem Willen das gute Werk Europas umzustürzen. Alles, was möglich ist, wird gethan werden, um den Gefahren zu begegnen, für die wir ebenso starke Empfindung haben, als die Opposition.“ Sir Harcourt erwidert, augenscheinlich sei das Ziel der Regierung, die Herrschaft der Türken über die Insel gegen den Willen der Kreter aufrecht zu erhalten. Es scheine, daß, während Griechenland sich mit den Aufständischen vereinigte, die britische Regierung sich den Türken angeschlossen habe. Er wünsche der internationalen Lage auf den Grund zu gehen. Auf alle Fälle sollte England nicht, so lange noch Beschlüsse der Mächte in der Schwebe seien, gegen die kretischen Aufständischen Partei ergreifen. Er hoffe, die Politik der Regierung sei die, Kreta von der ottomanischen Herrschaft abzulösen. Campbell Bannermann sagt, die öffentliche Meinung würde weitgehend beruhigt werden, wenn das Haus die Instruktionen des britischen Admirals erführe. Redner fragt, ob der Admiral alles zu thun verpflichtet war, was das europäische Konzert anordnete. Balfour erwidert: Zweifellos sei der britische Admiral nicht verpflichtet, dem eignen Urtheile entgegen zu handeln. Die Einmütigkeit der Admirale sei nötig.

Hierauf wird Sabouchères Antrag verworfen.

2. März. Im Unterhause beantragt Harcourt dessen Berathung, um die Aufmerksamkeit auf die kretische Frage zu lenken, und wünscht zu wissen, ob die andern fünf Mächte den von der englischen Regierung angekündigten Vorschlägen zustimmten, oder ob diese Vorschläge irgend welche Abänderung erlitten hätten. Die ganze kretische Schwierigkeit sei durch das Mißlingen der Vereinbarung vom August vorigen Jahres verschuldet. Dieses Mißlingen rühre davon her, daß man auf dem Gedanken beharre, die Türkei könne umgestaltet werden, wenn man es der Türkei überlasse, für die Ausführung der eignen Reformen Sorge zu tragen.

Harcourt drückt seine Befriedigung darüber aus, daß die Autonomie für Kreta an erste Stelle gesetzt worden sei, eine wirkliche Autonomie sei aber nicht denkbar ohne Abschaffung jeglicher türkischen Herrschaft auf Kreta.

Im Oberhause ersucht Lord Kimberley in ähnlicher Weise die Regierung um Auskunft. Auf seine Anfrage erwidert der Premierminister Lord Salisbury, die von ihm am 25. Februar ange deutete Politik sei im allgemeinen von den Mächten angenommen worden. In Betreff der Zurückziehung der türkischen Truppen habe indessen nicht volle Einmütigkeit geherrscht, Kreta sei dadurch, daß es nicht mit Griechenland vereinigt würde, keine Gewalt angethan worden, denn vor der jetzigen Krise sei von Seiten der kretischen Bevölkerung der Wunsch einer Vereinigung mit Griechenland nicht geäußert worden, die, wie bekannt, der mohammedanischen Bevölkerung aufs höchste zuwider sein würde. Er gebe zu, daß aus mancherlei Gründen eine Verbindung mit Griechenland der kretischen Bevölkerung erwünscht sein könnte, aber um der Kreter selbst willen sollte diese Frage einer ruhigen und bedächtigen Erwägung überlassen werden. Neben andern wichtigen Erwägungen, darunter einigen territorialer Natur, sei unter den Mächten keine Empfindung so stark gewesen, als die Ansicht, daß, wenn das Unternehmen Griechenlands, das von den Mächten als ein ungesetzliches gebrandmarkt werde, mit der Erlangung eines Gebietsvorteils für die griechische Regierung endigen dürfe, dieses Beispiel Nachahmung finden würde und die Flammen des Bürgerkrieges da emporlodern könnten, wo jetzt Friede herrsche, und jedermann wisse, daß, wenn in der Türkei ein Bürgerkrieg ausbreche, es nicht allein ein Bürgerkrieg sein würde. Lord Kimberley hat davon gesprochen, daß das englische Volk den Griechen günstig gesinnt sei, andre Teile Europas aber sind der Ansicht, daß Griechenland den Frieden Europas gestört und die Verpflichtungen des Völkerrechts mißachtet habe, sodaß wir in diese kritische Lage gelangt sind, von der ich bestimmt glaube, daß, wenn die Griechen mehr Selbstbeherrschung und Geduld gehabt hätten, wir imstande gewesen wären, sie erfolgreich zu vermeiden.

19. März. Im Oberhause kommt der Ministerpräsident auf Ausführungen Lord Kimberleys in einer Rede zu Norwich zu sprechen. Dieser habe die Politik zurückgewiesen, deren Ziel die Aufrechterhaltung und Integrität der Türkei sei; das sei eine ernste Erklärung eines Lords, der der Regierung angehörte, die die Integrität aufrecht erhielt, sie 1856 adoptirte. Dies sei ein schwerer Schlag für die Politik Englands, weil ein Mann, der Minister des

Auswärtigen gewesen und es wieder werden dürfte, erklärt habe, daß er die Unterschrift seines Landes mißachten und zerreißen würde. Er (Salisbury) müsse sich von einer solchen Erklärung lossagen; er stimme nicht der Doktrin zu, daß die Integrität der Türkei nicht in Zukunft abgeändert werden dürfte, aber dies müsse dann mit Zustimmung aller Mächte geschehen, die die Integrität der Türkei zu einem Teile des europäischen Rechts gemacht haben. Jedenfalls verträten die Mächte die Politik der Kontinuität und die Aufrechterhaltung des europäischen Rechts. Die Mächte seien verhöhnt worden von einem Staate, der dem europäischen Konzerte seine Existenz verdanke. Die Mächte seien unter besonders schwierigen Verhältnissen verhöhnt worden. Nach dem Völkerrecht habe Griechenland keine Spur von Anspruch auf Kreta. Die Mächte verteidigten das Völkerrecht; sie seien der Ansicht, daß, wenn das Völkerrecht nicht respektirt würde, der Weltfrieden nur wenige Jahre sicher wäre. Wollte man Thermopylä und Salamis als Beweismittel in das europäische Recht hineinbringen, so würde nicht allein das türkische Reich und der Pariser Vertrag von einer solchen neuen Lehre berührt werden. Es sei die Pflicht Englands, die Aktion des verbündeten Europa zu unterstützen. Er glaube, das vereinigte Europa leide unter dem etwas absurden Namen „Konzert.“ Das einige Vorgehen, wenn es aufrecht erhalten bleibe, sei die einzige Hoffnung, dem steten Schrecken einer Kriegsgefahr und dem fortwährenden Druck der Last des bewaffneten Friedens zu entgehen. Aber die Einigkeit der Mächte sei nur aufrecht zu erhalten, wenn die aus ihr hervorgehenden Verpflichtungen geachtet würden. Dieselben dürften nicht wie Makulatur behandelt werden, die auf Grund poetischer, rhapsodischer, klassischer Gefühle beliebig zerrissen werden.

6. August. Die Session des Parlaments wird mit einer Thronrede der Königin geschlossen.

---

## II.

### Kolonien.

#### 1.

#### Napland.

1. Januar. Dem Verwalter von Betschuanaland, Herrn Cecil Rhodes, wird auf seinem Landstuhle ein Fadelzug gebracht.

**4. Januar.** In Kapstadt wird Herrn Rhodes, bevor er sich nach England begiebt, ein Festmahl veranstaltet. In seiner Rede beim Festmahl sagt Rhodes:

Meine Grundidee war, daß die Oberfläche der Erde begrenzt ist, und daß wahrscheinlich die Kolonie, der ich angehöre, durch ihr Hinterland beschränkt sein wird. Nachdem ich die Geschichten anderer Länder gelesen hatte, sah ich, daß Ausdehnung alles sei, und daß, da nun die Erdoberfläche beschränkt ist, das große Ziel der heutigen Menschheit sei, davon so viel wie möglich zu nehmen. Die von mir auseinandergelegte Politik bedeutet, daß südlich vom Sambesi wohl die Menschen Grenzen ziehen können, die Natur aber thut es nicht; und gewisse föderative Angelegenheiten giebt es, wie Eisenbahnen, Tarife und Zölle, die wir alle anerkennen, und wir sollten alle vereint zusammensiehen, um diese Dinge zu regeln. Es ist viel einfacher, eine Polizeimacht zu haben, die gegen die Eingebornen vorgeht, als Generale und Bürger hier und dort: im Oranje-Freistaat, in der Kapkolonie, in Natal und Transvaal und in Rhodesia; es wäre besser, eine einzige bewegliche Truppenmacht zu haben, die mit dem Ganzen fertig wird.

**Mitte Januar.** Der Bürgermeister von Port Elizabeth in Natal sendet dem britischen Staatssekretär für die Kolonien folgendes Telegramm:

Gestern wurde in einer begeisterten Bürgerversammlung folgender Beschluß einstimmig angenommen: Daß die Einwohner von Port Elizabeth, in öffentlichem Meeting versammelt; ihr Vertrauen zu der Reichsregierung erklären und auf die strenge Aufrechterhaltung der Konvention mit Transvaal dringen und ganz mit den Uitlanders sympathisiren, die sich unter der tyrannischen und korrupten Regierung von Pretoria befinden. Wir sind ganz gegen Schreiners Rat der Einsetzung eines Schiedsgerichts. Nach der telegraphirten Version seiner Aussagen über die britische Stimmung in Südafrika stellt er nicht die Ideen der loyalen Südafrikaner dar.

**5. März.** Der Präsident der Südafrikanischen Liga, Kapitän Brabant, hält in Kapstadt eine Rede, worin er als Hauptziel der Liga die Wahrung der britischen Suprematie im Lande hinstellt.

**6. März.** Der Premierminister der Kapkolonie, Sir Siverwright, eröffnet die landwirtschaftliche Ausstellung in Britstown und sagt in seiner Rede:

Was hat es für einen Zweck, wenn Engländer, Holländer oder Deutsche mit einander oder mit den Afrikanern hadern? Mögen die in Südafrika wohnenden Europäer niemals vergessen, daß die wirkliche Frage nicht ist, ob Engländer oder Holländer, sondern ob die weiße Rasse die Suprematie haben soll. Wirken wir zusammen, so können wir ein großes Land schaffen.

**11. März.** Bei Eröffnung des zweiten Jahreskongresses des Afrikanerbund in Kapstadt erklärt der zweite Vorsitzende Botha, Rhodes thue sein Möglichstes, um Großbritannien zum Kriege mit Transvaal zu veranlassen.

**27. März.** In London findet ein Abschiedessen zu Ehren

des neuen Gouverneurs des Kaplandes Sir Milner statt. Den Vorsitz führt Asquith, unter den Teilnehmern befinden sich Balfour, Chamberlain, Morley und Goschen. Chamberlain bringt einen Trinkspruch auf Asquith aus und hält dabei eine Ansprache, in der er ausführt:

Da die Engländer stets bereit seien, ihre eignen Vorrechte auf die holländischen Ntunterthanen auszubehnen, so dürfe England sicher hoffen, daß die Regierung von Transvaal es als ihre Pflicht erkennen werde, die Verpflichtungen, die die Londoner Konvention ihr auferlegt, rechtzeitig zu erfüllen und die Rechte der Einheimischen auch auf die große Zahl von Fremden, die in so reichem Maße zu den Erfolgen und dem Wohlstande Transvaals beitragen, auszubehnen. Redner führt dann aus, er glaube, daß die englischen Landsleute die Integrität ihrer Rechte unter der Konvention und die Stellung Englands als vorherrschende Macht in Südafrika aufrecht erhalten. Sollten Bestrebungen bestehen, die auf einen unabhängigen Staatenbund hinausgehen, in dem der holländische Einfluß vorherrschend sein und für welchen Sympathie und Unterstützung eher vom europäischen Kontinent als von England erwartet würde, so würden derartige Bestrebungen unvereinbar sein mit den höchsten englischen Interessen, ja mit der Stellung des Kap selbst, das England als großer Ostmacht unbedingt nötig sei. Solche Bestrebungen seien für das englische Volk unannehmbar, und ehe sie nicht unumwunden aufgegeben würden, sei eine endgiltige, zufriedenstellende Regelung der Verhältnisse in Südafrika nicht möglich.

2. April. Das Parlament des Kaplands wird in Kapstadt mit einer Rede eröffnet, in der es heißt:

Während einer Periode von beispielloser Schwierigkeit seien seitens der Minister fortgesetzt Versuche gemacht worden, einen mäßigen Einfluß auszuüben, in der Absicht, die friedlichen Beziehungen zu den Nachbarn aufrecht zu erhalten, und diese Bemühungen hätten einen ermutigenden Erfolg gehabt. Diese Politik werde fortgesetzt werden, bis schließlich durch allgemeine Eintracht die Wohlfahrt Afrikas gefördert werde.

10. April. Bei einem Festmahl in London zu Ehren des neuen Gouverneurs der Kapkolonie Sir Milner hält der erste Lord des Schatzes, Goschen, eine Rede, in der er sagt, wenn Milner in der Kapkolonie „echt englische Luft“ atmen wolle, solle er sich nach Simons Town, dem Standorte des britischen Geschwaders, begeben. Dort werde er britische Seeleute, die Vertreter britischer Macht in Südafrika, sehen; sie würden Milner und den Einwohnern der Kapkolonie eine Bürgschaft dafür sein, daß England entschlossen ist, seine Suprematie in diesen Gebieten aufrecht zu erhalten, und sie würden zeigen, daß hinter dem High Commissioner die ganze Macht des britischen Reiches steht.

20. April. In Kapstadt wird dem von seiner Vernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zurückkehrenden Cecil Rhodes ein glänzender Empfang zu teil. Die Volks-

menge begleitet ihn auf der Fahrt nach seinem Landsitze. Hier spricht er Dank für den großartigen Empfang aus und sagt:

Weshalb man mich auch immer tabeln mag, eines bin ich sicher, nämlich daß Sie sich freuen, daß ich zurück bin. Sie erkennen das hohe Motiv, das mich befeelte, an. Ich hoffe noch immer, daß wir auf verfassungsmäßigem Wege den Punkt erreichen werden, den wir alle wünschen, nämlich gleiche Rechte für jeden Weißen südlich vom Sambesi, ohne Unterschied der Rasse. So wird allmählich die Union Südafrikas erreicht werden. Bezüglich der Handlungsweise des Afrikanerbundes ihm gegenüber äußert Rhodes: Ich habe bemerkt, daß eine erlauchte Gesellschaft ihre Zeit auf ihrer letzten Versammlung zur Beratung von zwei Fragen verwandt hat: der Vernichtung der Kräfte und der Vernichtung meiner selbst. Ich werde mich aber nicht vernichten lassen. Daß die fortschrittliche Partei in Südafrika siegen wird, ist nur eine Frage der Zeit. Ich hoffe nur, daß die Führer der Gegner herauskommen, damit wir sie nicht im Dusch zu bekämpfen haben. Zum Schluß bemerkt Rhodes, daß das Bewußtsein, die Sympathie der Engländer wie Holländer zu besitzen, ihn bei seiner kürzlichen Heimjuchung in England sehr getrübt habe.

21. April. In Uebereinstimmung mit einer Kundgebung der britischen Flotte in der Delagoabucht trifft die Regierung der Kapkolonie, die unter Rhodesschem Einfluß steht, für alle Fälle auch ihrerseits kriegerische Vorbereitungen. Die von der Regierung eingesetzte „Verteidigungskommission“ schlägt vor, die Kolonie in vier Militärbezirke einzuteilen; es sollten 11 000 teilweise bezahlte Mann Truppen ausgehoben werden. Alle Männer von achtzehn bis sechzig Jahren sind militärpflichtig. Die Garnison der Kapstadt müsse bedeutend vermehrt und die Artillerie mit schweren Geschützen versehen werden. Ein Kontingent von zweitausend Burghers soll die letzte Reserve bilden.

23. April. Während der Besprechung eines am 7. April gestellten Beschlussesantrags über die Mittel zur Vermeidung von Kriegen zwischen den europäischen Stämmen in Südafrika erklärt im Kapparlamente der Premierminister Springg, der geeignetste Weg, die bestehende Erregung zu beseitigen, sei für die südafrikanische Republik, den Beschwerden der Mehrheit des Volkes (d. h. den Forderungen der englischen Uitlanders) gerecht zu werden. Er glaube zwar noch immer nicht recht an den Ausbruch eines Kriegs in Südafrika, aber die Errichtung von Forts und die Einfuhr von Munition in Transvaal sei nicht der Weg, den Frieden zu sichern. Wenn es zum Krieg kommen sollte, werde es die Schuld der südafrikanischen Republik sein. Die Reichsregierung sei entschlossen, die Londoner Konvention und die englische Stellung als Vormacht in Südafrika aufrecht zu erhalten. Die Unabhängigkeit Transvaals habe ohne britischen Schutz nur ganz geringen oder gar keinen Wert. Sauer und

Schreiner treten dem Minister entgegen und legen wider seine Äußerungen entschieden Verwahrung ein.

28. April. Das Parlament der Kapkolonie nimmt mit 41 gegen 32 Stimmen einen Antrag in wörtlich folgender Fassung an:

Daß dieses Haus der Ansicht ist, daß das Plaggreifen von Feindseligkeiten unter den Europäern in Afrika auf viele Jahre verhängnisvoll für die besten Interessen des Landes sein würde. Das Haus wünscht ernstlich Frieden und gegenseitiges Vertrauen zwischen den verschiedenen Staaten zu sichern und seine Ueberzeugung auszudrücken, daß diese Zwecke am besten erreicht werden können durch getreue gegenseitige Erfüllung aller Verpflichtungen nach den Verträgen, Konventionen und Abmachungen, daß Mittel vorgeschlagen werden könnten, um eine freundschaftliche Begleichung aller Meinungsverschiedenheiten, die aus der Deutung solcher Verpflichtungen entstehen könnten, zu erzielen, und daß durch die Annahme einer Politik der Mäßigung, gegenseitiger Veröhnlichkeit und Gerechtigkeit bei der Erörterung und Behandlung aller Streitigkeiten die Ruhe Afrikas fernerhin gesichert werden kann.

30. April. Im Kapparlamente bringt Merriman einen Tadelantrag gegen das Ministerium ein.

Er lehnt jede persönliche Feindschaft gegen das Ministerium ab; nur Frieden in Afrika zu schaffen, sei sein Ziel. Dafür sei aber absolut eine Veränderung in der Zusammensetzung des Ministeriums der Kapkolonie notwendig. Täglich erschienen in den Zeitungen Nachrichten, daß die Reichstruppen in Südafrika verstärkt werden sollten. Solche kriegerischen Nachrichten müßten ohne Zweifel die Ruhe des Landes stören. Die Politik der Kapkolonie, wie sie seit Jahren verfolgt worden, sei derart, daß die Regierung Transvaals unmöglich auf solche Begütigungsvorschläge eingehen könne. Die britische südafrikanische Gesellschaft sei weiter nichts als ein wahnwitziger Steuermann, der das Schiff stracks in die Brandung führe. Die jetzige Regierung der Kapkolonie sei von Cecil Rhodes ernannt. — Sir Sibewright erwidert, daß er stets ein Freund des Friedens gewesen wäre. Aber ebenso gut müßte das Ministerium auswärtigen Einfluß zu befeitigen suchen. Dieser dürfe der britischen Suprematie nicht hinderlich in den Weg treten. Wo habe sich die Regierung Transvaals jemals veröhnlich gezeigt? Das britische Kolonialamt habe gewiß alles gethan, um eine Friedensstörung zu verhindern. Im gegenwärtigen Moment wäre es falsch, der Kolonie die Aufregung allgemeiner Wahlen aufzuerlegen. — Rose Innes erklärt, die Kapkolonie habe eine starke Regierung nötig; sie möge veröhnlich gegen Transvaal auftreten, aber fest in dem einen Punkt sein, die Autorität Großbritanniens in Südafrika aufrecht zu erhalten. Die holländischen Abgeordneten verurteilen sämtlich die Politik von Rhodes in leidenschaftlicher Weise. Van Wyk sagt, Cecil Rhodes sollte wenigstens so viel Selbstachtung besitzen, heute nicht im Hause zu erscheinen. Besser wäre es entschieden, wenn er sich bei seinen Rassen im Busch versteckte. Das jetzige Ministerium sei doch weiter nichts als ein Rhodes'sches Ministerium; dazu könne man kein Vertrauen hegen. — Bei der Abstimmung sind gleichviel Stimmen für den Merrimanschen Antrag, wie dagegen. — Die Entscheidung fällt der Sprecher, der für die Regierung stimmt. Dem Parlament wird der amtliche Schriftwechsel über die Sperrung der Furten nach Transvaal vorgelegt, der mit einem Vorschlage der Regierung zu Pretoria endet,



die Furtenfrage einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, da sie die Sperrung nicht als Verletzung des Vertrags von 1884 betrachte.

---

## 2.

**Niger-Schutzgebiet.**

Vom Nigerschutzgebiete aus werden Kriegszüge unternommen gegen benachbarte Staaten der Eingebornen, in denen noch die Sklaverei besteht, Menschenopfer üblich sind, und von wo aus das britische Schutzgebiet beunruhigt wird.

27. Januar. Der von der Royal Nigerkompany gegen den mohammedanischen Staat Nupe unternommene Kriegszug unter Befehl von Goldie endet mit der Einnahme der Hauptstadt Bidah.

5. Februar. Friedensvertrag mit dem Staate Nupe:

Emir Abu Bekri, nachdem er aus dem Lande geflohen, wird abgesetzt und Muhammed an seiner Statt zum Emir gemacht. Die Nigergesellschaft wird die Verwaltung des südlichen Nupe und die des drei Meilen breiten Streifens am Nordufer des Flusses übernehmen. Muhammed wird die Regierung des übrigen Nupelandes leiten.

10. Februar. Die Truppen der Nigergesellschaft unter Befehl des Kontreadmirals Rawson besetzen mehrere Orte des fünfzig englische Meilen landeinwärts liegenden Staates Benin, dessen grausamer König einen friedlichen Zug von Engländern hatte niedermegeln lassen.

15. Februar. Die Truppen Goldies nehmen nach heftigem Kampfe Florin, die Hauptstadt des kleinen, mit Nupe verbündeten Staates der Florins, ein.

18. Februar. Nach heftigen Kämpfen wird die Hauptstadt Benin erobert.

11. März. Die Nigergesellschaft veröffentlicht ein Dekret, wodurch die Sklaverei in den sogenannten Nigergebieten abgeschafft wird. Es tritt am Tage des diamantnen Regierungsjubiläums der Königin in Kraft. Der Stamm der Patani hat sich unterworfen und Geiseln für zukünftiges gutes Betragen gegeben. Deshalb konnte der gegen sie geplante Zug aufgegeben werden.

---

## 3.

**Ostindien.**

**Anfang Juni.** An der Grenze von Afghanistan werden britische Truppen mittelst Ueberfalls von eingebornen Mulliks niedergemacht, anscheinend infolge des Einflusses des im Dienste der russischen Partei am Hofe des Emirs von Afghanistan stehenden mohamedanischen Priesters Bominbah.

**Im August.** Die von Aufständischen in der Landschaft Tschitral abgeschnittne Verbindung des britischen Lagers von Malakand mit dem eigentlichen Indien wird wiederhergestellt. Unter den Volksstämmen an der Nordwestgrenze Indiens, südlich von Tschitral, an den Ostgrenzen Afghanistans wird, von diesem Lande aus, der heilige Krieg gegen England gepredigt. Infolgedessen entstehen Aufstände an drei Punkten: im Thale des Swat, eines Nebenflusses des Indus, infolge dessen die nach Afghanistan führenden Gebirgspässe des Raibar nördlich und des Kohat südlich von Peshawur in die Hände der Aufständischen kommen; sodann südlich hiervon, im Thale des Tochi, eines Nebenflusses des Indus, und endlich bei Quetta, von wo die Straße nach Kandahar führt.

**17. August.** Die Aufständischen in Swatthale werden von den britischen Truppen geschlagen, worauf sie ihre Unterwerfung anbieten. Zwölftausend Mann halten dieses Thal besetzt, siebentausend Mann rücken in das Tochithal vor.

**20. August.** Der aufständische Volksstamm der Afridis dringt durch den Raibarpasß vor und erobert die Forts Mandi und Ali-Musjid.

**24. August.** Die Afridis zerstören die britische Ortschaft Lundikotal in der Nähe des Raibarpasses.

**Anfang September.** Die Herrscher der Eingebornenstaaten stellen ihre Truppen der Regierung zur Verfügung.

**14. September.** Die vom Volksstamm der Afridis stark bedrängte britische Garnison im Fort Cabagnari wird vom General Biggs entsezt.

**16. September.** Eine englische Brigade hat einen heftigen Kampf gegen den Volksstamm der Mohmands zu bestehen.

**24. September.** Nach der Einnahme des Bedmanipasses durch die britischen Truppen wird der Widerstand der Mohmands gebrochen.

**Mitte Oktober.** Die britischen Truppen erleiden im Rhantithale schwere Verluste.

**Ende Oktober.** General Lockhardt, Befehlshaber der indischen

Armee gegen die nordwestlichen Bergstämme, erobert den Sempaghar- und den Archangapah.

6. November. Eine Abteilung britischer Infanterie wird im Kurramthale vollständig vernichtet.

15. November. Eine britische Brigade wird vom Volksstamme der Afridis geschlagen.

#### 4.

### Australien.

6. Februar. Der alljährlich zu Hobart in Tasmanien tagende Bundesrat schafft die Bestimmung ab, wonach die Bewohner der einzelnen australischen Kolonien gegenseitig als Ausländer gelten. Ferner wird vom Bundesrate die finanzielle Tragweite des Planes eines einheitlichen Zollgebietes erwogen; der eintretende Ausfall von 20 Millionen Mark müßte durch Erhöhung der Eingangszölle ausgeglichen werden. Der Gedanke eines alle englischen Besitzungen umfassenden Zollbundes findet wenig Fürsprecher. Queenslands Vertreter sprechen sich nach wie vor ablehnend in der Verbindungsfrage aus; die Erbitterung der übrigen Kolonien über diese Stellung des wichtigen Queensland äußert sich in der entschiednen Zurückweisung des von letzterm gestellten Antrages, das Festland und Neuguinea durch ein unterseeisches Kabel zu verbinden. Einstimmig wird ein Antrag Sir Turners angenommen, an die Königin eine Adresse zu richten, damit Sorge getragen werde, daß die britischen Interessen auf den Neuen Hebriden mehr als bisher Beachtung finden.

22. März. Nachdem es dem Premierminister Reid von Viktoria gelungen war, alle Kolonien für eine gewisse Gemeinsamkeit zu gewinnen, tritt in Adelaide die erste australische Bundesversammlung zusammen.

25. März. In dieser Bundesversammlung tritt Carruther, Minister der Kronländereien von Neu-Südwaless, auf:

Anknüpfend an die Aeußerung des Delegirten Barton, daß die Befugnisse Australiens, sich selbst zu regieren, zu erweitern seien, meint er, daß dem hinzugefügt werden solle, es sei außerdem wünschenswert, den Einfluß Australiens mit Bezug auf die in „australischen Gewässern“ liegenden Inseln zu erweitern. Und zwar würde sich gerade jetzt, wo die australischen Premierminister England besuchen werden, eine Gelegenheit bieten, das Bundesgefühl zu verwerthen. Sollte es z. B. nicht möglich sein, daß Australien jene zwei Teile von Neu-Guinea, die es nie hätte verlieren sollen, wiedererlange, die sich heute in den Händen zweier fremden Mächte befinden, und mit denen jene doch nichts anzufangen vermögen? Es würde ein schönes Weihnachtsgeschenk sein, wenn die Premierminister „bewaffnet mit

Dokumenten“ zurückkehren und aus diesen den Nachweis liefern würden, daß die britische Regierung Schritte gethan habe, um ganz Neu-Guinea zurückzuverlangen. Alsbann werde man Teile, an die man noch nicht gedacht habe, dem Bunde einfügen können, was die Stärke Australiens erhöhen und eine Ursache seiner künftigen Schwäche beseitigen werde.

31. März. Die Bundesversammlung genehmigt einstimmig gewisse von Barton aus Neu-Südwaless beantragte Grundzüge zu einer australischen Bundesverfassung und setzt Ausschüsse für Verfassungsfragen, Finanzen und Rechtswesen ein. Die Premierminister der Kolonien werden von Amtswegen diesen Ausschüssen angehören.

23. April. Die Bundesversammlung trennt sich, nachdem sie die Aufstellung des Entwurfs einer Verfassung für den geplanten australischen Bundesstaat auf bestimmten Grundlagen beendigt hat. Dieser Entwurf soll zunächst der öffentlichen Meinung und den Parlamenten der Kolonien zur Kenntnissnahme sowie behufs etwaiger Abänderungsvorschläge unterbreitet werden, um dann von der Konvention einer zweiten Lesung unterworfen und hierauf zur Volksabstimmung und vor das Reichsparlament gebracht zu werden.

### III.

## Beziehungen zum Auslande.

### 1.

#### Vertrag mit China.

5. Juni. In Peking werden die Ratifikationen eines britisch-chinesischen Vertrags ausgetauscht. Hierdurch wird die Eröffnung neuer Handelswege zwischen dem britischen Laube Birma und China festgesetzt. Ferner billigt China alle von England verlangten Berichtigungen der Grenze gegen Birma, tritt den Shan-Staat ab und überläßt einen südlich vom Nam-Wan-Flusse an der Grenze Birmas liegenden Landstrich zu ewiger Pacht an Großbritannien.

### 2.

#### Vertrag mit Nordamerika.

11. Januar. In Washington wird ein englisch-nordamerikanischer Schiedsgerichts-Vertrag abgeschlossen, dessen Hauptbestimmungen folgende sind:

Geldforderungen, soweit sie nicht den Betrag von 100 000 Pfund Sterling überschreiten, werden je einem von England und Amerika ernannten Juristen sowie einem von diesen beiden Juristen gewählten Schiedsrichter unterbreitet. Höhere Geldforderungen werden einem ähnlich zusammengesetzten Gerichtshof vorgelegt, dessen Entscheidung, wenn sie einstimmig erfolgt, endgültig ist; andernfalls kann jede von den beiden Parteien an einen neuen Gerichtshof appelliren, der aus je zwei von jedem Lande ernannten Juristen und einem von den letztern gewählten Schiedsrichter besteht, und dessen Mehrheitsentscheidung endgültig sein soll. Jede Streitfrage, die Gebietsansprüche in sich schließt, wird einem aus je drei amerikanischen und englischen Richtern von höchstem Rang zusammengesetzten Gerichtshof vorgelegt. Eine Entscheidung dieses Tribunals, die mit fünf gegen eine Stimme getroffen ist, ist endgültig; ist die Mehrheit geringer, so kann jede von beiden Mächten gegen das Erkenntnis Einspruch erheben, eventuell soll um die Vermittlung einer befreundeten Macht ersucht werden. Falls die Juristen der beiden erstgenannten Gerichtshöfe sich über einen Schiedsrichter nicht einigen können, soll derselbe von dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten und einem Gerichtsausschuß des Londoner Privy Council ernannt werden und wenn diese beiden nicht zu einer Einigung gelangen, durch den König von Schweden und Norwegen. Der Schiedsgerichtsvertrag bleibt fünf Jahre in Kraft; von da ab gilt eine Kündigungsfrist von 12 Monaten.

## IV.

## Königliche Familie.

20. Juni. Königin Viktoria vollendet ihr sechzigstes Regierungsjahr. Tochter des Herzogs Eduard von Kent und der Prinzessin Luise von Sachsen, verwitweten Fürstin von Leiningen, gelangte sie durch den in der Nacht vom 19. zum 20. Juni 1837 erfolgten Tod ihres Oheims Wilhelms IV. im Alter von 18 Jahren zur Regierung. Nachdem schon die Halbhundertjahrfeier im Jahre 1887 Anlaß zu vielen Kundgebungen gegeben hatte, wird dieser Tag überall, wo in den fünf Erdteilen Briten wohnen, gefeiert. In London nimmt die Feier fünf Tage in Anspruch.

21. Juni. Die Königin empfängt die Mitglieder ihrer Familie, zahlreiche ausländische Fürstlichkeiten und die Vertreter der auswärtigen Staaten.

22. Juni. Die Königin fährt vom Buckingham-Palast nach der St. Pauls-Kathedrale. Im Augenblicke der Abfahrt erläßt sie folgende Botschaft an die Nation: „Von Herzen danke ich meinem geliebten Volke. Gott segne es!“

23. Juni. Die Mitglieder beider Häuser des Parlaments begeben sich in feierlicher Prozession zur Königin. Der Sprecher verliest die von beiden Häusern des Parlaments beschlossene Adresse,

worauf die Königin erwidert, sie sei tief bewegt von den loyalen und liebevollen Rundgebungen, die ihr bereitet seien, und aufrichtig erfreut über die Wärme, mit der sich das Parlament ihnen anschließe. Abends ist Gala-Oper im Covent-Garden-Theater. Der Vorstellung wohnen u. a. bei:

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinz Albrecht von Preußen, Prinz Rupprecht von Bayern, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen, der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Koburg und Gotha, Erzherzog Franz Ferdinand, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien, der Großfürst und die Großfürstin Sergius, Prinzessin Ferdinand von Rumänien, Prinz Waldemar von Dänemark, Prinz Eugen von Schweden, der Fürst und die Fürstin von Bulgarien, der Herzog und die Herzogin von York sowie der Herzog und die Herzogin von Connaught.

26. Juni. Vor Spithead findet eine Flottenschau über 166 britische Kriegsschiffe statt.

17. Juli. Die Königin richtet eine Danksgiving an ihre sämtlichen Unterthanen. Sie sagt: „Ich werde immer zu Gott beten, daß er sie segnen und mir die Fähigkeit geben möge, meinen Pflichten für ihr Wohlergehen nachkommen zu können, so lange er mir noch Leben gewährt.“

18. August. Der Herzog und die Herzogin von York treffen in Dublin ein, wo sie vom Volke mit Jubel empfangen werden.

12. September. Sie beenden eine Rundreise durch Irland, auf der sie überall sehr herzlich aufgenommen wurden.

## Italien.

### I.

## Neuwahlen zur Deputirtenkammer und Regierungsprogramm.

4. März. Die am 21. Januar zunächst vertagte Deputirtenkammer wird durch königliches Dekret aufgelöst; die Neuwahlen werden auf den 21. bzw. 28. März anberaumt.

5. März. An Stelle eines an den König erstatteten Berichts des Ministeriums, der sonst im Falle einer Kammerrücklösung dem betreffenden Dekrete als Erläuterung beigelegt zu werden pflegte, wird ein Wahlaufuf des Ministeriums veröffentlicht, der jene Gründe mitteilt und ein Regierungsprogramm enthält.

28. März. Nachdem die Stichwahlen den Wahlen vom 21. März gefolgt sind, besteht die neue Deputirtenkammer aus 332 Ministeriellen (nämlich 143 von der Rechten, 146 von der Linken und 43 vom Centrum) und 149 Oppositionellen (nämlich 9 von der Rechten, 46 von der Linken, 20 vom Centrum und 74 von der äußersten Linken).

## II.

### Das Parlament.

#### 1.

#### Eröffnung.

5. April. Die Session des Parlaments wird mittelst Thronrede des Königs eröffnet.

Er begrüßt die neugewählte Vertretung des Volkes mit herzlichem Vertrauen und erinnert mit Genugthuung daran, daß nunmehr ein halbes Jahrhundert verflossen ist, seitdem König Karl Albert die freien Einrichtungen schuf, die die Unabhängigkeit des Vaterlandes begründeten. Der wackere Schutz dieser Einrichtungen sei das Glück Italiens und der Stolz des Hauses Savoyen. Sodann wird der Nation Dank ausgesprochen für die festlichen und jubelnden Kundgebungen aus Anlaß der Vermählung des Kronprinzen. Die Thronrede fährt fort: Die Verhältnisse in der erythräischen Kolonie und normale Einnahmen werden uns gestatten, mit mannhafter Würde und Weisheit diejenigen Beschlüsse über das zukünftige Geschick der Kolonie zu fassen, die unserm Interesse am meisten entsprechen. Die Rede zollt dann der Armee, die mit so großer Tapferkeit und Selbstverleugnung und unter außerordentlichen Schwierigkeiten gekämpft habe, Bewunderung und Anerkennung und gedenkt der hochherzigen Männer, die ihr Leben zum Opfer brachten. Weiter heißt es dann im Wortlaut der Thronrede: „Bei den Wirrungen in der Türkei geht das gemeinsame Bestreben der Mächte dahin, den Frieden Europas zu bewahren, Mezeleien unter den Völkernschaften von verschiedner Abstammung und Religion zu verhindern und der Bevölkerung die Wohlthaten der Zivilisation und der Gerechtigkeit zu sichern. Treu unsern Verbündeten, glücklich über die herzliche Freundschaft mit allen Mächten, vereiniget meine Regierung ihre Thätigkeit mit derjenigen des europäischen Konzerts, an dem sie teilnimmt, wie es die Pflichten eines loyalen Wettbewerbers um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sorge um die Interessen Italiens anraten. Diese Wohlthat des Friedens wird auch dem Parlamente gestatten, sich dem Studium der Aufgaben zu widmen, die seit langer Zeit ihrer raschen Lösung harren.“ Im übrigen werden mehrere Gesetzentwürfe angekündigt.

## 2.

**Ueber die Orientfrage.**

12. April. Infolge von mehreren Anfragen verhandelt die Deputirtenkammer über die Frage Aretas. Sonnino erklärt, er stimme der Aktion des europäischen Konzerts zu, dessen Nützlichkeit und Wichtigkeit er anerkenne. Er bedauere nur, daß das Kabinett die Kammer nicht darüber unterrichtet habe, welche Rolle Italien in dem europäischen Konzert gehabt habe. Wenn Italien in dem Konzert eine offen griechenfreundliche Note hätte vernehmen lassen, so würde Griechenland volles Vertrauen in Italien gesetzt haben, und die Aufrechterhaltung des Friedens würde leichter gewesen sein. Der Redner empfiehlt schließlich der Regierung, unbeschadet ihres Festhaltens an dem Konzert irgend eine Initiative zu ergreifen, die Griechenland gestatten könne, aus der Sackgasse herauszukommen. Ministerpräsident di Rudini bemerkt, daß man, wenn man das Verhalten des Ministeriums gut heiße, nicht gegen Griechenland, sondern für die Freiheit, die Gerechtigkeit und das Gleichgewicht in Bezug auf das Mittelmeer, somit auch für den Weltfrieden stimme. Die Sache, die die Regierung unterstütze, sei nicht allzu volksthümlich, aber eine Regierung, die dem Interesse des Landes zu dienen wisse, müsse auch schmerzliche Verantwortlichkeiten auf sich nehmen. Die dem Admiral Canevaro erteilten Anweisungen ließen sich dahin zusammenfassen, daß Italien sich zu niemand's Gendarmen machen könne. Di Rudini weist den Vorwurf zurück, daß Italien das Nationalitätsprinzip verletzt habe, und bemerkt, die Mächte seien weit entfernt, Areta unterdrücken zu wollen, beabsichtigten vielmehr, dessen Freiheit und Autonomie zu regeln. Die Mächte hätten auf Areta als Ziel im Auge den Schutz der Schwachen, die Sicherheit der Freiheit der Christen und die Begründung der Autonomie. Redner weist alsdann nach, die Interessen Italiens im Mittelmeer erheischten, daß Italien dem europäischen Konzert treu bleibe. Die Gefahren einer Isolirung Italiens seien ernste. Daher werde Italien bei der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Mächte mitwirken.

Die Deputirtenkammer nimmt schließlich mit 278 gegen 132 Stimmen eine von Cappelli beantragte Tagesordnung an, wonach die Kammer von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt.

13. April. Im Senate giebt der Minister des Aeußern, Visconti-Venosta, in Beantwortung einer Anfrage von Odescalchi und Genossen folgende Erklärung ab:

Wir sind dem europäischen Konzert treu geblieben, haben aber Griechenland gegenüber stets eine verständliche und wohlwollende Haltung beobachtet.



Bevor wir uns der Ankündigung von Zwangsmaßnahmen anschließen, haben wir nicht unwirksam dahin gewirkt, daß das Recht und die Freiheit Kretas außer Zweifel gestellt wurden. Während der mühsamen Verhandlungen haben wir stets die Vorschläge unterstützt, die die Lage Griechenlands erleichtern konnten, haben aber gleichzeitig nicht verfehlt, Griechenland zu erklären, daß es keine Erniedrigung sei, sich dem Willen Europas zu fügen, wenn das unwiderruflich von der türkischen Regierung befreite Kreta die Verwirklichung seiner Bestrebungen der Zukunft anvertrauen könne. So haben wir bisher gehandelt, so werden wir auch in Zukunft handeln. Wenn Griechenland bereit wäre, ausführbare Vorschläge anzunehmen, würden wir die ersten sein, ihm im Konzert der Mächte Beweise unsrer wohlwollenden Gesinnung zu geben. Ich habe das Vertrauen, daß, wenn der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei unvermeidlich werden sollte, die Mächte einig bleiben werden, um die Wirkungen eines solchen Zusammenstoßes zu begrenzen und zu verhindern, daß die Grundlagen des europäischen Friedens bedroht werden. Da wir nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft dachten, hielten wir es für im Interesse Italiens geboten, im europäischen Konzert zu verbleiben. Wenn es den Mächten gelingt, mit der Beruhigung des Orients auch die Ruhe Europas zu sichern, werden sie sich um die Menschheit sehr verdient gemacht haben. An diesem Programm kann Italien sich beteiligen, ohne seinen Pflichten oder seinem Entschlusse, im Rate der Völker das Element des Fortschritts und des Friedens zu bilden, untreu zu werden.

Der Senat nimmt hierauf eine Tagesordnung an, nach der das Haus von den Erklärungen der Regierung mit Befriedigung Akt nimmt.

31. Mai. In der Deputiertenkammer begründet Imbriani eine Anfrage über das Verhalten, das die Regierung nach dem Abschlusse des griechisch-türkischen Waffenstillstandes zu beobachten gedenke, und über die Haltung des Admirals Canevaro auf Kreta. Der Minister des Aeußern, Marchese Visconti-Venosta, führt in Beantwortung dieser Anfrage aus, das Konzert der Mächte habe Europa eine Sicherheit gegeben, die dieses sonst nicht gehabt hätte. Es habe nicht den griechisch-türkischen Konflikt, aber die europäische Gefahr beschworen. Die Aufrechterhaltung der Blockade Kretas habe sich aus humanitären und politischen Gründen empfohlen. Der Weggang der internationalen Truppen von Kreta würde das Zeichen von neuen Megeleien gegeben haben, und wenn die Mächte Kreta den Schicksalsfällen des Krieges überlassen hätten, so würde es heute schwer sein, von der Freiheit und der Autonomie Kretas zu reden. Die Regierung suche so der Sache des Friedens zu dienen, die nicht von der Sache der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit getrennt werden könne.

## 3.

**Heeresreformgesetz.**

**16. April.** Die Regierung legt dem Parlamente den Entwurf eines Gesetzes über die Organisation des Heeres vor, der folgenden Inhalts ist:

Bei einer Beschränkung des Budgets auf 246 Millionen, von denen auf Afrika nicht mehr als 7 jährlich entfallen sollen, rechnet der Kriegsminister mit einer Iststärke von zunächst 210 000 Mann, die er aber schon im folgenden Finanzjahre auf 215 000 zu steigern denkt, mit einem jährlichen Rekrutenkontingent von 100 000 Mann der categoria unica und mit einer um 25 000 Mann vermehrten Einbeorderung von Leuten des Beurlaubtenstandes, gemischter, mit jedem Jahre stark beschleunigter Mobilmachung, einer durch Friedenslabres fester eingerahmten Landwehr, ausreichend mit 7 Jahrgängen für die mobile aktive Armee und mit 5 für die zu den Kampftruppen zählende Landwehr. Die aktive Armee erfährt folgende Veränderungen: Umwandlung der bisherigen Militärdistrikte (88) in Rekrutierungsbüreaus (89), denen außerdem nur noch die Mobilmachung des Landsturms und die Requisition der Reit- und Zugtiere zufällt, Uebertragung der Mobilmachung, nicht nur der aktiven Truppen, sondern auch der Landwehr an die bei den Regimentern neu zu errichtenden Depots, Auflösung der 98 ständigen Kompagnien der Distrikte, Verteilung ihres rund 9000 Köpfe zählenden Personals auf die Infanteriekompagnien, Verminderung der Remontedepots von 6 auf 4 ohne Herabsetzung der Zahl der Remonte, Umwandlung von 6 fahrenden in Gebirgs-Batterien, Auflösung der Stäbe der 5 Küsten- und Festungsartillerieregimenter, Gliederung der von 68 auf 78 vermehrten Kompagnien in 22 selbständige Brigaden, Schaffung eines fünften Genieregiments, Selbständigkeit der von 4 auf 6 Kompagnien gebrachten Eisenbahnbrigade.

**11. Mai.** Der Kriegsminister Pelloux antwortet in der Deputirtenkammer auf mehrere, von Abgeordneten in den letzten Tagen über die Heeresumbildung gehaltene Reden, in denen als Beispiele aus der letzten Zeit die militärischen Mißerfolge der Griechen und die militärische Organisation der Türken angeführt worden waren. Den Griechen, sagt der Minister, hätten Labres und alle Nebenzweige einer Heeresorganisation gefehlt. Die türkische Organisation dagegen, die einem Deutschen zu verdanken sei, sei der italienischen sehr ähnlich, nämlich sehr beschränkt auf dem Friedensfuße im Verhältnis zum Kriegsfuße.

**12. Mai.** Der Schatzminister Ruzzatti erklärt, in Fortsetzung dieser Beratung, es handle sich bei der Vorlage um die höchsten Interessen Italiens, nämlich um seine militärische Verteidigung, unter Berücksichtigung des Staatsbudgets, damit die Bevölkerung die Lasten desselben tragen könne, und unter Aufrechterhaltung der Möglichkeit, finanzielle Reformen einzuführen und die Initiative zu Ersparnissen zu ergreifen. Ich würde, hebt der Minister hervor, nicht auf meinem Platze bleiben, wenn die Ausgaben für Afrika nicht weit unter neun Millionen Lire jährlich herabgegangen wären,

da es notwendig ist, die Ausgaben für die Okkupation des afrikanischen Gebietes auf das Mindestmaß zu beschränken, um die Verteidigungsmaßnahmen in Italien selbst verstärken zu können, ohne die Steuerzahler zu sehr zu belasten und ohne das Budgetgleichgewicht zu stören.

3. Juni. Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf in zweiter Lesung an, nachdem sie einen Antrag, die Benennung „Königliche Armee“ in „Nationalarmee“ umzuändern, abgelehnt hatte.

26. Juni. Der Senat genehmigt die Vorlage.

#### 4.

### Flottenfrage.

15. Juni. In der Deputirtenkammer führt der Marineminister Brin zur Begründung der Regierungsforderung von 7 Millionen Lire für Marinezwecke an, die Regierung suche diese Forderung mit der Sparsamkeit in den Finanzen in Einklang zu bringen. Da sie eine Politik der Sparsamkeit befolge, so müßte die Stärke der Flotte den Zielen der italienischen Politik entsprechen. Kein italienisches Ministerium werde jemals seine Zustimmung dazu geben können, daß die Ausgaben für die Marine unter das für die Verteidigung des Staates unerläßliche Maß herabgedrückt würden. Der Minister erinnert daran, wie die Regierung, durch die Finanzlage dazu genötigt, Ersparungen bei allen Zweigen der Marine während der schmerzlichen, aber unausbleiblichen Periode des Stillstandes durchgeführt habe. Die Regierung habe es für notwendig gehalten, seit dem verflossenen Jahre die Aufmerksamkeit der Kammer auf diesen Stand der Dinge zu lenken und auf die Notwendigkeit eines Systemwechsels hinzuweisen. Man müsse die notwendigen Vorkehrungen treffen; es würde für die nationale Verteidigung wie auch für den Staatsschatz gefährlich sein, die Dinge so weit kommen zu lassen, daß von neuem eine äußerste Anstrengung notwendig werde, wie im Jahre 1874. Der Minister schlägt hierauf die Berechnung der Ausgaben um  $7\frac{1}{2}$  Millionen für das Gebarungsjahr 1897/98 und von 10 Millionen für die folgenden Gebarungsjahre vor. Diese Berechnung der Ausgaben sei durch Verminderung derselben in Afrika ausgeglichen. So könne man, ohne das finanzielle Gleichgewicht zu stören, für die unvermeidlichen Bedürfnisse der Marine Vorsorge treffen. Der Minister legt alsdann die Gründe dar, weshalb die Regierung um keinen Preis dem Ge-

danken einer Anleihe näher treten könne, und weist Einwendungen bezüglich der Entsendung von italienischen Matrosen nach Kreta zurück. Er versichert, die Regierung sei sehr zufrieden gewesen, an der im Interesse der Kreter unternommenen Expedition teilgenommen zu haben.

26. Juni. Der Senat genehmigt die 7 Millionen Lire, nachdem der Marineminister in Beantwortung einer Anfrage erklärt hatte, es würde unsinnig sein, sich bei dem Bau der Schiffe an das Ausland zu wenden, von einigen Spezialitäten abgesehen, schon allein aus dem Grunde, weil die einheimische Industrie für viele Dinge geringere Preise verlange als das Ausland.

## 5.

**Ueber die erythräische Kolonie.**

14. Mai. In der Deputirtenkammer werden mehrere Anfragen bezüglich der Kolonie in Afrika gestellt: Demarinis wünscht, daß die Truppen aus Afrika zurückgezogen werden. Imbriani fordert nicht nur das Aufgeben der erythräischen Kolonie, sondern auch der Küste von Benadir. Marazzini wünscht gleichfalls, daß sämtliche Truppen aus Afrika zurückgezogen werden, jedoch solle der Regierung die Verantwortlichkeit über die Art und Weise und über die Zeit der Zurückziehung überlassen werden. Danteli wünscht, daß die Regierung ihre Absichten über die Politik in Afrika bekannt gebe.

15. Mai. In der Deputirtenkammer giebt der Ministerpräsident di Rudini auf obige Anfrage bezüglich der Kolonie am Roten Meere folgende Antwort:

Er habe es sich im letzten Jahre angelegen sein lassen, die Lage der Dinge in Afrika wieder auf den früheren Stand, d. h. auf den Stand zurückzubringen, auf dem sie sich nach den Gesetzen von Coattit und Senafé befunden habe. Auch nach dem Vertrage von Abis Abeba sei der Mareb die Grenze geblieben und die Garnison in Kassala aufrecht erhalten worden; nur auf den Vertrag von Uccialit, der den Anspruch auf das Protektorat in sich schloß, habe die Regierung verzichtet. Italien könne also jetzt ruhig und frei die afrikanische Frage lösen, wie es den italienischen Interessen am besten entspreche. Als Minister und als Ehrenmann könne er versichern, daß die Regierung keinerlei geheimen Vertrag mit dem Negus geschlossen habe. Die Zeit habe nunmehr bewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung von Kassala weder der italienischen Politik, noch auch der Verteidigung der afrikanischen Besitzungen genügt habe; sie sei vielmehr eine große Last. Wenn man diese Last weiter auf sich nehmen wolle, würde man die notwendigen Befestigungen vermehren müssen. Die erythräische Kolonie habe bisher einen rein militärischen Charakter gehabt und nur zu Kriegen geführt. Die Hoffnung, eine landwirtschaftliche Kolonie

zu errichten und Einwanderer heranzuziehen, habe sich als illusorisch erwiesen. Um die Kolonie auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten, würde man noch 30 Millionen benötigen. Wenn Schoa angegriffen würde, würde man zwei Armeekorps mobilisiren müssen, was 80 Millionen Lire kosten würde. Man müßte also daran denken, eine große Kolonialarmee zu schaffen, die 35 Millionen Lire in Anspruch nähme. Wenn er die Verantwortung für ein Verbleiben auf dem abessinischen Hochplateau bei einer Ausgabe von 19 Millionen — nach den Berechnungen des Generals Baldissera für die Zeit des Friedens — auf sich genommen habe, da es sich nur um einen vorübergehenden Zeitabschnitt handelte, so könne er doch die Verantwortung, dort noch länger zu bleiben, mit den 7 Millionen, die jetzt dafür angelegt seien, nicht übernehmen. Wenn man auf dem Hochplateau ruhig weiter bleiben wolle, müsse man die dazu nötigen Summen schaffen, indem man die Grundsteuer um ein Fünftel und die Salzsteuer um 10 Centimes erhöhe. Eine sofortige Aufgabe der Kolonie würde eigentlich die logische Folge sein. Aber die Logik sei nicht der einzige Koeffizient für weise Entschlüsse in der Politik. Keiner der Interpellanten habe, obwohl er den Rat gab, die Kolonie aufzugeben, der Regierung geraten, das gegenwärtig besetzte Gebiet dem Regus wieder abzutreten und Massauah einer andern Macht zu überantworten. Hier lägen die ersten Schwierigkeiten für die Praxis. Das italienische Nationalgefühl gäbe die Abtretung Kassalas an Aegypten zu, werde es aber nicht gestatten, die italienischen Besitzungen dem Regus zurückzugeben. Das Land verkenne nicht, daß ein Aufgeben Massauahs — den Einfluß gar nicht zu rechnen, den dieser Besitz im Roten Meere auszuüben gestalte — Italien in internationale Schwierigkeiten stürzen könne, die nicht leicht zu nehmen seien. Wenn man also heute den Beschluß fassen wollte, die Kolonie sofort aufzugeben, so würde dies ein schwerer Irrtum sein, der sehr ernste Verwicklungen mit sich bringen könne. Di Rudini erklärt weiter, die Regierung schlage vor, sobald es die Lage der Dinge gestalte, die militärische Besetzung auf das Mindestmaß zurückzuführen und sie möglichst auf Massauah allein zu beschränken, ferner weder ganz noch teilweise die von der italienischen Souveränität abhängenden Gebiete abzutreten, vielmehr ein Gebiet unter eingebornen Häuptlingen nach freier Wahl Italiens zu schaffen und endlich sobald wie möglich der provisorischen Besetzung von Kassala ein Ende zu machen. Um dieses Programm nach und nach zur Ausführung zu bringen, müsse man mit England ein Einvernehmen treffen behufs Wiederabtretung Kassalas an Aegypten und ferner die Grenzfrage mit dem Regus endgiltig regeln. Da sich nicht sagen lasse, wann dieses Programm durchgeführt werden könne, verlange die Regierung einen Kredit von 19 Millionen Lire für das Rechnungsjahr 1897/98. Die Regierung sei bereit, den Wünschen der Kammer entgegenzukommen, sie sei dagegen nicht geneigt, ihre Politik zu ändern, sie würde daher nicht auf ihrem Posten bleiben, wenn die Kammer gegenteiliger Ansicht sein sollte.

20. Mai. Bei der Beratung des Budgets für Afrika bestätigt der Kriegsminister General Pelloux in der Deputirtenkammer die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung einer wirksamen Besetzung der Kolonie Erthräa bei einer Bewilligung von nur 7 Millionen Lire. Zu diesem Zwecke würde ein Aufwand von 30 Millionen erforderlich sei. Es sei daher ausgeschlossen, einen größern Platz der Hochebene zu halten oder gar wieder in das frühere Dreieck Asmara-Keren einzurücken. Die beste Lösung

der Frage sei, die Kolonie wieder in ähnlicher Ausdehnung wie in den Jahren 1892/94 abzugrenzen, wobei es vorteilhafter sein dürfte, dieselbe einem Zivilgouverneur zu unterstellen, dem man eine gewisse Aktionsfreiheit einräumen könne. Alsdann verteidigt der Ministerpräsident di Rudini das afrikanische Programm der Regierung. Er glaube, daß der Augenblick gekommen sei, um zu einem Abschluß zu gelangen. Die von verschiedenen Seiten beantragte sofortige Räumung der Erythräa sei unmöglich, denn man bedürfe zunächst einer Zeit der Ruhe und Sammlung, bevor man zu einem endgiltigen Entschlusse gelangen könne. Er verstehe nicht, warum der Abgeordnete Dal Verme die Aufrechterhaltung der Besetzung von Kassala für notwendig erachte. Es sei zwar richtig, daß, falls Aegypten sich in Omdurman festsetze, Italien Kassala ohne Gefahr behalten könne, doch würde es keinerlei Nutzen daraus ziehen. Es habe nichts in Kassala zu thun, und wenn es dort bliebe, würden sich schwere diplomatische und militärische Fehler wiederholen. Redner macht nochmals darauf aufmerksam, daß die Besetzung der Hochebene einen Aufwand von 19 Millionen Lire erfordere. Die Regierung kenne sehr wohl die Stimmung des Landes, die von einer tiefen Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Härten der Besteuerung zeuge.

**21. Mai.** Bei Fortsetzung dieser Verhandlung beantragt Sonnino, die Beratung dieser Angelegenheiten aufzuschieben. Der frühere Minister Colombo beantragt eine Tagesordnung, die darauf hinausläuft, das afrikanische Programm der Regierung als Anbahnung zur vollständigen Aufgabe von Erythräa anzusehen.

**22. Mai.** In Fortsetzung dieser Verhandlung begründet Cavalotti eine Tagesordnung, in der erklärt wird, daß im Namen des Landes das Aufgeben der Kolonie gewünscht und der Regierung anheimgegeben werde, dafür zu sorgen, daß der Wunsch der Nation erfüllt werde. Die Kammer nimmt mit 242 gegen 94 Stimmen die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Gallo-Rubini an, nach der sie von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt und sie billigt.

**12. Juli.** Der Minister des Auswärtigen Visconti-Venosta erklärt in der Deputirtenkammer, in Beantwortung verschiedener Anfragen, hinsichtlich der erythräischen Kolonie könne er nur das in dem Parlament bereits dargelegte Programm wiederholen. Die Regierung beabsichtige, der Besetzung von Kassala so bald wie möglich ein Ende zu machen. Bei der Besetzung von Kassala habe die Regierung Verpflichtungen übernommen, die für niemand ein Geheimnis seien. „Unsre Absicht geht dahin, innerhalb eines be-

stimmten Zeitraums in einer den gedachten Verpflichtungen entsprechenden Form und um das Protokoll vom 15. April 1891 zur Ausführung zu bringen, der Besetzung von Massala ein Ende zu machen. Bezüglich der Hochebene ist es unser Ziel, dort einen Zustand der Dinge zu schaffen, der uns gestattet, die militärische Besetzung möglichst auf Massauah allein zu beschränken. Unter Aufrechterhaltung der Besetzung von Massauah werden wir auch die Besetzung und die Souveränität Italiens an dem Teile der Küste des Roten Meeres aufrecht erhalten, der heute einen Teil unsrer Besitzungen bildet. Eine Aenderung, die unter den gegenwärtigen Umständen durch das Verhalten Italiens an den Küsten des Roten Meeres etwa eintreten sollte, könnte eine internationale Frage veranlassen, die zu vermeiden im Interesse der italienischen Politik liegt.“

## 6.

**Ueber die allgemeine Politik.**

12. Juli. In der Deputirtenkammer äußert sich der Minister Visconti-Venosta also:

Wir werden unsern Bündnissen treu bleiben, indem wir mit den andern Mächten zusammengehen, um den Frieden, der von großem immerwährenden Interesse für unser Land ist, aufrecht zu erhalten, und indem wir mit den andern Nationen die freundschaftlichen, durch das Gefühl der Eintracht und gegenseitigen Vertrauens eingegebenen Beziehungen weiterpflegen. Bei Betrachtung des Verhältnisses zu Frankreich stellt der Minister mit Genugthuung eine Besserung fest; er erklärt, er verfolge in Bezug auf Frankreich ein Verhalten getreu den Meinungen und Anschauungen seines Landes, das nichts andres wünsche, als mit der benachbarten Nation in guter Harmonie zu leben. Die Regierung sei stets geneigt gewesen und sei noch immer geneigt, mit der französischen Regierung die Gesamtheit der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu prüfen, um an Stelle des gegenwärtigen Standes dieser Beziehungen einen billigen Interessenausgleich zu setzen. Verhandlungen solcher Art könnten aber erst dann unternommen werden, wenn die größte Wahrscheinlichkeit eines Erfolges vorhanden sei. Die Regierung müsse sich also die Beurteilung der Zeit und der günstigen Gelegenheit vorbehalten, ehe sie die Anregung gebe.

15. Juli. Die Deputirtenkammer vertagt sich bis zum November.

## 7.

**Die Vertrauensfrage.**

21. Juni. Bei der Beratung des Etats des Innern in der Deputirtenkammer bestreitet der Ministerpräsident di Rudini, daß

er genötigt sei, sich auf heterogene Parteigruppen zu stützen. Er könne nicht unter seiner eignen Flagge und nach seiner eignen Ueberzeugung regieren. Aber eine durchaus gleichartige, nach ihren Grundanschauungen in allen Fragen einige Majorität gebe es in keinem europäischen Parlament. Das, worauf es anläge, sei aber, daß die Mehrheitsgruppen über alle Hauptfragen, nach denen sich die Parlamentsparteien eben absonderten, einig seien. Er fordere die Kammer auf, die Tagesordnung Caetani anzunehmen, welche lautet: Die Kammer billigt die Regierungserklärungen, die die Unabhängigkeit der Gerichtsbehörden betonen, und geht zur Beratung der einzelnen Kapitel des Budgets des Innern über. Diese Tagesordnung wird mit 275 gegen 133 Stimmen angenommen.

## 8.

**Sundgebungen.**

22. Juni. Im Senate weist Blaserina darauf hin, daß das englische Volk den sechzigsten Jahrestag des Regierungsantritts der Königin Viktoria feiere, und schlägt vor, daß der Senat der erhabenen, glorreichen Königin seine Wünsche für das Wohlergehen und den Ruhm der Königin und des englischen Volkes zum Ausdruck bringe. Arbeitsminister Prinetti erklärt, die Regierung schließe sich dem Vorschlage Blaserinas mit ganzem Herzen an. Der Antrag wird angenommen. In der Deputirtenkammer erklärt Sonnino, die ganze britische Nation begehe heute in voller Feststimmung im Mutterlande sowohl wie in den über die ganze Erde zerstreuten Kolonien den sechzigsten Jahrestag des Regierungsantritts der Königin Viktoria. Er sei sicher, den Gefühlen des ganzen Hauses Ausdruck zu geben, wenn er den Präsidenten bitte, bei diesem feierlichen Anlaß dem Sprecher des englischen Unterhauses die warm gefühlten Wünsche des Hauses für eine lange und segensreiche Fortdauer der ruhmreichen Regierung der Königin und den Anteil auszudrücken, den das italienische Volk an den Ereignissen nimmt, die die große englische Nation, die Lehrmeisterin der Freiheit, Duldsamkeit, des bürgerlichen Fortschritts und der Ordnung, freudig bewegen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Präsident Zanardelli erklärt, er schätze sich glücklich, den angenehmen Auftrag anzunehmen, dem Sprecher des Unterhauses die Gefühle der Vertreter der italienischen Nation bei diesem ruhmreichen Jahrestage auszusprechen.

24. Juni. In der Deputirtenkammer gedenkt Imbriani des



heutigen Jahrestages der Schlacht von Solferino und sagt, jedes Jahr erinnere er mit Begeisterung im Parlament an denselben, er wünsche, daß die beiden lateinischen Tritoloren sich immer für die Unabhängigkeit und die Freiheit der Völker und der Zivilisation vereinigt finden mögen. (Lebhafte Zustimmung.)

## II.

### Die königliche Familie.

22. April. Nachmittags, als König Humbert auf der Fahrt nach dem Rennplatze von Capannella begriffen ist, führt ein arbeitsloser Schmied Namens Pietro Acciarito einen Dolchstoß nach ihm aus. Der König wird nicht verletzt und setzt die Fahrt nach dem Rennplatze fort. Der König wird bei seiner Ankunft auf dem Rennplatze mit stürmischen Rundgebungen begrüßt. Als er die Tribüne bestiegen hat, bringt ihm die Menge langanhaltende Freudenrundgebungen dar. Die Diplomaten und die auf dem Rennplatze anwesenden hervorragenden Persönlichkeiten begeben sich auf die königliche Tribüne und beglückwünschen den König, der lächelnd sagt, dies sind die kleinen Freuden des Metiers. Abends treffen der König und die Königin im Quirinal wieder ein; zahllose Wagen folgen ihnen vom Rennplatze bis zum Palaste. Aus allen Teilen der Stadt strömt eine ungeheure Menschenmenge auf der Piazza del Quirinale zusammen, die dem Könige eine stürmische Huldigung bereitet. Auf Verlangen wird die Königshymne von der Schloßgarde mehreremale inmitten unbeschreiblicher Begeisterung gespielt. Der König und die Königin erscheinen wiederholt auf dem Balkon und danken unter fortwährenden allseitigen Hochrufen. Die Botschaften, die öffentlichen und Privatgebäude in der ganzen Hauptstadt sind beslaggt. Abends 9 Uhr findet auf dem Colonnaplatze eine große Rundgebung statt, an deren Spitze die monarchischen Vereinigungen stehen, die zwölf Fahnen mit sich führen. Die Teilnehmer an dem Huldigungszug ziehen nach dem Quirinal, wo sie begeisterte Hochrufe auf den König ausbringen. Die Majestäten erscheinen mit dem Herzog und der Herzogin von Aosta, sowie der Herzogin von Genua zweimal auf dem Balkon, um für die Huldigungen zu danken. Später empfangt der König Abordnungen der Teilnehmer an dem Huldigungszuge und spricht ihnen seinen Dank für die Rundgebung der Bevölkerung aus. Als die Teilnehmer an dem Huldigungszuge aus

dem Quirinal zurückkehren, veranstalten sie eine Kundgebung gegen das sozialistische Journal „Avanti.“

23. April. In den Provinzen werden großartige Kundgebungen zu Ehren des Königs und der königlichen Familie veranstaltet. Der Prinz von Neapel trifft aus Florenz in Rom ein, um dem Könige persönlich seine Glückwünsche darzubringen.

29. April. Die Gemahlin des Kronprinzen, Prinzessin Helene von Neapel, vollzieht im Arsenal zu Venedig die Taufe des vom Stapel gehenden Schlachtschiffs erster Klasse auf den Namen „Saint Don.“

15. Juni. Das Königs- und das Kronprinzenpaar sind anwesend bei der feierlichen Enthüllung eines Denkmals König Viktor Emanuels in Rom. Das Parlament hatte dafür acht Millionen bewilligt.

2. September. Der König und die Königin reisen in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Marquis Visconti-Venosta und mit großem Gefolge nach Homburg vor der Höhe ab.

20. September. Auf ein Telegramm des Bürgermeisters von Rom am Jahrestage der Befreiung Roms durch die Italiener vor einunddreißig Jahren antwortet der König aus Verona: „Der Gedanke, daß Rom, die Hauptstadt des Königreichs, alljährlich diesen glücklichen Jahrestag in so weisevoller Weise begeht, gewinnt für mich an Wert inmitten der Reihen der nationalen Armee an dem der Einheit des Vaterlandes, deren unerschütterliche Grundlage Rom ist, geweihten Tage. Ich bin glücklich, verdientes Lob unsern tapfern Soldaten spenden zu können, die einen so befriedigenden Beweis ihrer militärischen Ausbildung und ihrer Tugenden gegeben haben, aus denen ich die beste Hoffnung für die Zukunft der Nation schöpfe.“

23. September. Die Ernennung des Prinzen von Neapel zum kommandirenden General des zehnten Armeekorps (Neapel) wird amtlich veröffentlicht.

### III.

## Die erythraische Kolonie.

16. Januar. Die Kolonie wird durch einen Einbruch eines Heeres der Dermische sehr beunruhigt; sie ziehen an Kassala vorbei bis in die Nähe von Agordat; es sind jedoch starke militärische Verteidigungsvorkehrungen getroffen.

25. Januar. Der bisherige Oberbefehlshaber in der Kolonie,

General Baldissera nimmt längern Urlaub, um nicht mehr nach Afrika zurückzukehren.

26. Januar. Die Derwische treten den Rückzug an.

Aufang Juni. Die letzten Italiener kehren aus der abessinischen Gefangenschaft zurück.

9. August. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht eine Note, die besagt, daß Nerazzini einen Vorschlag Menelik's bezüglich der Festsetzung der Grenze überbracht hat. Menelik schlägt demnach eine Grenzlinie gegen Tigre vor, indem er zugleich erklärt, daß er seinerseits sich als bereits daran gebunden betrachte.

Die Note enthält eine ausführliche Beschreibung dieser Grenzlinie, die gegenüber der in dem Vertrage vom 6. Februar 1891 festgesetzten Linie für Italien größere Vorteile enthält, indem die wichtigen Handelsplätze Debaroa, Gura und Halai als zur Kolonie Erythra gebrüg bezeichnet werden. Am Indischen Ozean (Benadirküste) läuft die Grenzlinie etwa 180 Meilen von der Küste, indem sie nördlich von Barbera auf den Djub stößt. Der Ort Djub würde als italienische Handelsstation eine Garantie gegen jeden räuberischen Einfall bilden. Für die Entscheidung der italienischen Regierung, der die Annahme oder Nichtannahme der vorgeschlagenen Grenzlinie freisteht, ist eine Frist vorgesehen.

Nerazzini überbringt auch den Entwurf zu einem Handelsvertrage, den er mit Menelik vereinbart hat. Dieser Vertrag sichert den italienischen Bürgern völlige Handels- und Bewegungsfreiheit in Aethiopien zu und bringt auf sie die Klausel der Meistbegünstigung im weitesten Sinne zur Anwendung. Beide Teile verpflichten sich, die Schaffung neuer Straßen zu begünstigen, um eine bessere Entwicklung des Handels zwischen den italienischen Besitzungen am Indischen Ozean und dem Süden Aethopiens zu erreichen. Italien kann in Aethiopien eine ständige Vertretung errichten.

30. August. Die „Pol. Korr.“ meldet: „König Menelik betont in dem Schreiben, daß er dem Könige Humbert durch Vermittlung des Majors Nerazzini übersandte, daß er die Mareb-Linie mit Rücksicht auf die Haltung der abessinischen Stammesführer, die eine Abgrenzung in diesem Sinne bekämpften, nicht annehmen könne und läßt hierbei deutlich durchblicken, daß er andernfalls gegen die vorerwähnte Linie keine Einwendungen mehr erhoben hätte. Um seine aufrichtige Friedensliebe gegenüber Italien zu bekunden, so heißt es dann in dem Schreiben, schlägt er eine umfassendere Grenzlinie vor, als er sie früher je acceptirt hätte. Für den Fall, daß Italien an der gegenwärtigen Grenzlinie festhalten sollte, versichert der Negus, daß die Stellung Italiens keinerlei Angriffe erfahren werde.“

## IV.

## Das Parlament II.

30. November. Die am 15. Juli vertagte Deputirtenkammer nimmt die Sitzungen wieder auf.

1. Dezember. Der Schatzminister Luzzatti giebt in der Kammer eine Darstellung der Finanzlage.

Er hebt die außerordentlich günstigen Ergebnisse des Betriebsjahres 1896/97 hervor, daß, trotz beträchtlicher unvorhergesehener Ausgaben und des durch die gute Ernte hervorgerufenen Ausfalls in den Zolleinnahmen, mit einem Einnahmeüberschusse von 84 Millionen Lire abgeschlossen habe. Das laufende Betriebsjahr 1897/98 verspreche sogar einen Ueberschuß von 40 $\frac{1}{2}$  Millionen, sodaß nach Verwendung von 20 Millionen für Bahnbauten und von 4 Millionen zur Schulden tilgung, noch ein Ueberschuß von 16 Millionen verbleiben werde, und dies trotz Erhöhung der Heeresausgaben um 14 Millionen und der Verwendung von 4 Millionen für Schiffbauten. Der verfügbare Ueberschuß soll zur Anlage einer Rücklage dienen, der zur allmählichen Einziehung der Staatsschuldsscheine verwandt werden soll; auf diese Weise werde am wirksamsten und ohne künstliche Mittel die Goldprämie zum Verschwinden gebracht werden. Für das Jahr 1898/99 sagt der Minister einen Einnahmeüberschuß von 44 Millionen Lire voraus; von diesen sollen 18 Millionen wiederum zum Eisenbahnbau und 4 $\frac{1}{2}$  Millionen zur Schulden tilgung dienen, während der Rest von 21 Millionen der erwähnten Rücklage zugeführt werden soll, sodaß im laufenden und in dem folgenden Rechnungsjahre über 30 Millionen Lire Staatsschuldsscheine zur Einlösung kommen sollen. Die Lage des Haushalts im allgemeinen erlaube nicht nur, ohne Anleihe auszukommen, sondern obendrein die umlaufende schwebende Schuld zu verringern. Zur weiteren Befestigung dieser Lage sei nunmehr Verminderung der Pensionslast, Neuorganisation der Schatzschuld und endgiltige Regelung der Ausgaben für Afrika erforderlich. Sodann kündigt Luzzatti an, daß die Regierung die Ausgaben für die Kolonie Erythräa von gegenwärtig 9 Millionen auf 5 Millionen verringern werde, und daß auch dieser Betrag künftig noch herabgesetzt werden soll. Durch die Einsetzung eines Zivilgouverneurs in Massauah seien die öffentlichen Mittel der Verfügung der militärischen Behörden entzogen und die Wiederholung einer Kriegsführung durch den Gouverneur ohne Wissen des Parlaments unmöglich gemacht. Die afrikanische Politik der Regierung seien die vollkommenste Sammlung und das stufenweise Herabsteigen von dem Hochland zur Küste von Massauah.

2. Dezember. Die Kammer berät über das in der Angelegenheit Crispiis einzuhaltende Verfahren. Es handelt sich um die Frage der Genehmigung zu seiner gerichtlichen Verfolgung anlässlich des Bankprozesses in Bologna. Der Justizminister Gianturco erklärt, er sei auf Verlangen der Kammer bereit, die Akten des Prozesses einem Ausschusse unter den nötigen Bürgschaften zur Wahrung des Geheimnisses der Untersuchungsakten und der Rechte der übrigen in dem Prozesse angeklagt gewesenen vorzulegen. Die Kommission könne und solle dann die ihr angezeigt scheinenden Nachforschungen anstellen.

Er wünsche eine ausgiebige und vollständige Erörterung der Angelegenheit. Er schene das Licht nicht; die Prüfung der Thatsachen werde ergeben, daß nichts gegen ihn vorliege. Er sei ein Opfer der Verleumdung; wenn die Angelegenheit nicht vor die Kammer gebracht worden wäre, würde er die Verleumdungslage angestrengt haben. Er erinnere an das, was er als Minister zur Unterdrückung des Aufstandes in Sizilien und der Lunigiana sowie zur Ordnung der Landesfinanzen gethan habe. Habe er Irrthümer begangen, so fordere er doch von den Siegern von heute ein freundlicheres Urtheil. Er verlange auch seinerseits die Einsetzung eines Ausschusses, der notwendig ein Untersuchungsausschuß sein müsse. Wenn er zur Aussage aufgefordert werde, werde er nichts unterlassen, daß die Wahrheit voll ans Licht komme. Dies sei indessen für ihn, im Alter von 78 Jahren, schmerzlich, nachdem er 53 Jahre seines Lebens dem Dienste für das Vaterland gewidmet habe.

3. Dezember. Die Kammer faßt bezüglich eines Gesetzentwurfs über das Aufsrücken im Heere einen Beschluß, den der Kriegsminister Pelloux nicht billigt.

## V.

### Änderungen im Ministerium di Rudini.

19. September. An Stelle des verstorbenen Ministers Costa wird der bisherige Unterrichtsminister Gianturco und zum Unterrichtsminister wird der bisherige Minister ohne Portefeuille, Graf Codronchi ernannt.

6. Dezember. Infolge der Abstimmung der Deputirtenkammer vom 3. Dezember bittet der Kriegsminister General Pelloux um Entlassung.

7. Dezember. Diesen Umstand benutzt der Ministerpräsident di Rudini, um, veranlaßt durch die Gruppierung der Fraktionen der Kammer, mittelst Umbildung des in sich gespaltenen Ministeriums, diesem das Leben weiter zu fristen. Er bittet daher ebenfalls um Entlassung und infolge dessen die übrigen Minister.

14. Dezember. Das Ministerium di Rudini wird folgendermaßen zusammengesetzt: Der Führer einer der Gruppen der Linken, Giuseppe Zanardelli aus Brescia, übernimmt das Justizfach, dem er schon in den Ministerien Depretis und Crispi, 1881—83 sowie 1887—91, vorgestanden hatte. Unterrichtsminister wird Niccolò Gallo aus Sirgenti, früher Dozent der Aesthetik an der Universität zu Rom. Die öffentlichen Arbeiten erhält Giuseppe Pavoncelli aus Apulien, Bankier und einer der größten Weinbauer Italiens. Der bisherige Advokat Francesco Cocco Ortù aus Sardinien wird Minister für Ackerbau. Der neue Kriegsminister Graf

Alessandro Minari di San Marzano war 1887 Oberbefehlshaber gegen Abessinien. Für die übrigen Fächer bleiben die bisherigen Minister.

20. Dezember. Der Ministerpräsident di Rudini macht beiden Kammern Mitteilung von der Umbildung des Ministeriums. In der Deputirtenkammer ergreifen hierüber 17 Redner das Wort. Hierauf wird eine vom früheren Minister Colombo beantragte Tagesordnung, lautend: „Die Kammer ist der Ansicht, daß die Art und Weise, wie das Kabinett gebildet wurde, es demselben schwierig macht, ein organisches Regierungsprogramm aufzustellen und zu entwickeln,“ mit bloß 200 gegen 184 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

## VI.

### Papst.

1. März. Anlässlich des Jahrestages seiner Krönung giebt Papst Leo den ihn beglückwünschenden Kardinälen eine Umschreibung seiner Enchirika vom 29. Juni 1896. (96, Bd. 2, S. 362.)

7. März. Umgeben von vielen Kardinälen und dem diplomatischen Korps nimmt der Papst die feierliche Eröffnung der glänzend wiederhergestellten Sala Borgia im Vatikan vor.

27. Mai. In der Basilika der St. Peterskirche findet durch den Papst die Heiligsprechung des Antonio Maria Zaccaria aus Mailand, der im sechzehnten Jahrhundert den Barnabitenorden begründete, und des Peter Fourier statt, der im siebzehnten Jahrhundert lebte und den Beinamen „Apostel von Lothringen“ führte. Zum erstenmale wieder seit dem Konzil im Jahre 1870 und seit dem Aufhören der weltlichen Herrschaft entfaltet der Vatikan seinen ganzen Glanz und die kirchliche Pracht, zu der Tausende von Pilgern aus allen Teilen der Welt herbeiströmen, um der Handlung beizuwohnen, die der Papst in der zuerst wieder für eine derartige Feier geöffneten St. Peterskirche abhält.

30. Juni. Breve des Papsts an einen spanischen Bischof:

Geliebter Sohn, Gruß und apostolischen Segen! Was katholische Männer auch in Rom schon einzuführen sich angelegen sein ließen, das ist, wie du berichtet hast, in Spanien ebenfalls glücklich begründet worden, daß sich nämlich Männer, vom besten Willen befeelt, zusammengefunden haben, um an der Hand unsrer Vorschriften und Ermahnungen die Pest und Gottlosigkeit, die die Freimaurersekten im Volke auszustreuen sich bemüht, mit vereinten Kräften abzuwehren. Derartige Vereinigungen der Katholiken haben wir schon längst belobt und durch an sie gerichtete Schreiben zu fördern getrachtet.

Wir wünschen dir also Glück, daß die Gläubigen deinem Unternehmen so trefflich und so bereitwilligen Sinnes sich angeschlossen haben, und sehen zu Gott, er möge eure Bestrebungen zum Nutzen der spanischen Nation in ausgedehntem und überfließendem Maße gedeihen lassen. Damit dies nach Wunsch ausfalle, erteilen wir, auch als Beweis unsrer Zuneigung, dir, geliebter Sohn, und dem neugegründeten Verein in aller Liebe im Herrn den apostolischen Segen.

15. Juli. Der „*Offervatore Romano*“ veröffentlicht ein an den Kardinal Dreglia di San Stefano gerichtetes Schreiben des Papstes, worin derselbe seinen Dank denjenigen Bischöfen ausspricht, die gelegentlich der letzten Heiligsprechung nach Rom gekommen sind und eine Adresse unterzeichnet haben, in der sie ihre unbedingte Anhänglichkeit an den päpstlichen Stuhl zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig ermahnt der Papst die Bischöfe, diese Gesinnung der ganzen katholischen Welt einzuprägen und dahin zu wirken, daß die Kirchen der orientalischen Dissidenten sich mit der römischen Kirche vereinigen. Es erscheine jeden Tag notwendiger, daß der apostolische Stuhl diejenige Stellung wieder erlange, die ihm von der Vorsehung bestimmt sei. „So lange die Unzukömmlichkeiten und Schwierigkeiten fortbauern, die ihn heute bedrücken, werden wir über die dem Papsttum angethane Gewalt unausgesetzt klagen und diejenigen Rechte fordern, die unsre Freiheit sicherstellen.“

1. August. Rundschreiben des Papstes an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz über die dreihundertjährige Gedächtnisfeier des Petrus Canisius. Der erste Teil dieses Rundschreibens lautet also:

Für die streitende Kirche ist es nicht minder nützlich als ehrenvoll, wenn zu Zeiten das Andenken jener Männer feierlich erneuert wird, die ihre auserlesene Tugend und Gottseligkeit bereits unter die Werkstätten der triumphirenden Kirche versetzt hat. Denn durch diese Ehrenbezeugungen wird auch die Erinnerung an die bewährte Heiligkeit aufs neue wachgerufen, die zu jeder Zeit nützlich, in unsrer der Tugend und dem Glauben so feindseligen Zeit aber überaus heilsam ist. Auch in diesem Jahre können Wir durch Gottes gnädige Fügung freudig die Vollendung des dritten Jahrhunderts seit dem Tode des seligen Petrus Canisius begrüßen: Wir, denen nichts so sehr am Herzen liegt, als daß alle Guten durch die gleichen Mittel ermuntert werden, durch die dieser Gottesmann die katholische Religion so erfolgreich gefördert hat. Unsre Zeit nämlich gleicht nicht wenig dem Zeitalter des seligen Petrus, in der Neuerungssucht und Ungebundenheit in der Lehre eine ungeheure Schädigung des Glaubens und Verwilderung der Sitten nach sich gezogen haben. Dieses doppelte Verderbniß suchte Deutschlands zweiter Apostel nach dem heiligen Bonifatius von allen, aber ganz besonders von der Jugend fern zu halten wie durch geeignete Predigten und gelehrte Erörterung, so vorzüglich durch Einführung von Schulen und durch Herausgabe guter Bücher. Sein leuchtendes Beispiel haben auch viele thatkräftige Männer eures Volkes nachgeahmt; unter Anwendung der gleichen Waffen gegen einen

keineswegs ungeliebten Feind sind sie seither nicht müde geworden, die Gebiete der edelsten Wissenschaften zu bearbeiten und der Pflege der freien Künste zum Schutze und zur Zierde der Religion alle Sorge zuzuwenden. Sie ernteten hierbei die freudige Anerkennung der Römischen Päpste, die ja stets mit liebevoller Sorgfalt darüber wachten, daß der Wissenschaft ihr von Alters ererbter Glanz und ihr Ansehen gewahrt bleibe, und daß jede echte Geistesbildung immer neue Blüten treibe. Ihr wißt ja auch, ehrwürdige Brüder, daß, wenn etwas für uns eine Herzensangelegenheit gewesen, dieses der richtige und gesunde Unterricht der Jugend war, und daß Wir für denselben, so viel es an Uns lag, allüberall Vorseege getroffen haben. Jetzt aber benutzen Wir freudig den gegenwärtigen Anlaß und stellen allen denen, die im Lager der Kirche Christus ihre Waffen weihen, in dem seligen Petrus Canisius das Muster eines unermüdblichen Führers vor Augen, auf daß sie, wohl erwägend, daß mit der Rüstung der Gerechtigkeit auch die der Wissenschaft zu verbinden sei, für die Sache der Religion um so kräftiger und erfolgreicher einzustehn vermögen.

Was für eine gewaltige Aufgabe der seinem Glauben im tiefsten Grunde der Seele ergebene Mann auf sich genommen, als er für die Sache der Kirche wie der weltlichen Rechtsordnung in die Schranken trat, sieht derjenige leicht ein, der den Zustand Deutschlands zur Zeit, in der Luther zuerst die Fahne des Aufbruchs erhob, ins Auge faßt. Die Sitten waren entartet und verfielen mit jedem Tage mehr, womit dem Irrtum Thür und Thor geöffnet war; der Irrtum hinwiederum steigerte die Sittenverderbnis bis zum äußersten. Infolgedessen fiel nach und nach mancher vom katholischen Glauben ab, und allmählich verbreitete sich das unheilvolle Gift fast durch alle deutschen Länder, schließlich teilte es sich Menschen jeden Standes und jeglicher Lebensstellung mit. Es kam so weit, daß bei vielen die Meinung bildete, die Religion sei im Deutschen Reiche dem Untergange nahe, und es gebe kaum noch ein Mittel, die Krankheit zu heilen. In Wahrheit wäre es um die höchsten Güter geschehen gewesen, hätte Gott nicht schnelle Hilfe gesandt. Wohl fanden sich in Deutschland noch Männer, die dem alten Glauben treu anhängen und durch Wissenschaft und Eifer für die Religion hervorragten, wohl standen noch die Fürsten aus dem Hause Bayern und Oesterreich und namentlich der römische König Ferdinand I. fest, entschlossen, die katholische Religion mit aller Kraft zu schützen und zu verteidigen. Aber eine neue und weitaus die entschiedenste Hilfe brachte Gott dem gefährdeten Deutschen Reiche durch die damals gerade zur rechten Stunde entstandne Gesellschaft des heiligen Vaters Ignatius von Loyola, der, als erster unter den Deutschen, sich der seligen Petrus anschloß. — Es ist hier sicher nicht der Ort, auf die außerordentliche Lebensheiligkeit dieses Mannes im einzelnen einzugehn und auszuführen, wie eifrig er bemüht war, in dem durch Spaltung und Aufruhr zerrissenen Vaterlande die Gemüther zu versöhnen und die alte Eintracht wieder herzustellen, wie mutig er die Häupter der Irrlehre in wissenschaftlichen Disputationen bekämpfte, wie er durch seine Predigten die Gläubigen wieder ermutigte und begeisterte, welche Mühsale er ertrug, welche Landstriche er durchwanderte, wie wichtige Gesandtschaften er für den Glauben unternahm. Aber, um auf die Waffen der Wissenschaft zurückzukommen, wie standhaft hat er diese geführt, wie geschickt, wie flug, wie den Zeiten und Umständen entsprechend! Von Messina zurückgelehrt, wo er die Beredsamkeit gelehrt, trug er bald an den Hochschulen von Köln, Ingolstadt und Wien mit glänzendem Erfolge die heiligen Wissenschaften vor, in denen er, auf dem königlichen Wege der bewährten



Lehrer der christlichen Schule verharrend, den mächtigen Bau der scholastischen Theologie vor dem Gelfesauge der Deutschen erscheinen ließ.

7. August. Der Papst empfängt in der Peterskirche französische Pilger. Cardinal Ferrata verliest eine Adresse, in der die Befriedigung darüber ausgesprochen wird, daß die katholischen Arbeiter Frankreichs sich dem heiligen Vater nähern könnten, um ihm für die ihnen erteilten Lehren zu danken und das Verharren auf dem vorgezeichneten Wege zu geloben. In der durch einen Geheimkämmerer verlesenen Antwort erklärt der Papst sich erfreut über den neuen Anhänglichkeitsbeweis seitens der französischen Arbeiter. Eine bessere Zukunft der christlichen Gesellschaft, auf die er hoffe, werde durch die Eintracht und das Zusammenwirken der Arbeiter und der Arbeitgeber, die beste Gewähr der wahren christlichen Brüderlichkeit, ermöglicht werden.

22. August. Anlässlich des Joachimstages empfängt der Papst fünfzehn Cardinäle, zahlreiche Bischöfe, Prälaten und Deputationen katholischer Gesellschaften, befragt dabei mehrere Cardinäle über die Werke und Rundgebungen der Katholiken in den verschiednen Ländern und erkundigt sich insbesondere bei dem Cardinal Steinhuber über die Canisiusfeier in der Schweiz und in Deutschland.

23. Dezember. Der Papst empfängt das Cardinalscollegium und sagt in seiner Antwort auf die vom Cardinal Dreglia zum Weihnachtsfeste ausgesprochenen Glückwünsche:

Der soziale Friede sei begründet auf der Beobachtung des Gesetzes und des Vorbildes des Erlösers; daß man dieses vergessen habe, sei die Ursache der Beunruhigung und der Leiden der heutigen Generation. Auch die Völker könnten ihren Ehrgeiz nur dadurch zügeln und das Mißtrauen könnte nur dadurch verstummen, daß sie das Gesetz Christi wieder herstellen und dem Ruf der Kirche folgen, die nicht nur ein religiöses, sondern auch ein bürgerliches Werk vollführe, indem sie alle Völker zur Einigkeit im Glauben heranziehe. Der Papst spricht sodann über Italien und beklagt die Ursache der Verwirrungen in dem Konflikt zwischen dem Staat und dem päpstlichen Stuhl. Die unparteiischen Elemente wünschten das Ende des Konflikts herbei, denn dieser stehe im Gegensatz zu den Erinnerungen und Gefühlen der Italiener, deren Mehrheit ihn niemals billigen werde. Es sei schlecht, diese Gefühle zu bekämpfen, denn in ihnen sei die politische Einigkeit begriffen. Ihr äußeres Wohlergehen genüge ihnen nicht, sie forderten auch die Unabhängigkeit des Papsttums und eine Wiederherstellung seiner Rechte. Noch schlechter sei es, die friedlichen Bürger mit den Umsturzparteien zu vermengen. Es sei ein Fehler, daß man die Sache Italiens offen in Zwiespalt mit den Rechten des Papsttums gebracht habe. Wann sei es denn unwürdig gewesen für einen Staat, den Weg gerechter Genugthuung zu betreten?

## Spanien.

### I.

### Aufstand auf Kuba.

5. Januar. In den kubanischen Provinzen Santa Clara und Pinar del Rio werden Abteilungen Aufständischer von spanischen Truppen geschlagen.

4. Februar. Die Königin-Regentin Christine unterzeichnet ein Dekret, betreffend folgende Erweiterung des am 15. März 1895 erlassenen Reformgesetzes für Kuba:

Die Regierung verleiht der Insel die Selbständigkeit der Verwaltung. Die Insel wird ihre eignen Interessen fast selbständig verwalten und die Verantwortung für die eignen Regierungsakte zu tragen haben, jedoch innerhalb solcher Schranken, daß die Souveränität Spaniens unverletzt erhalten bleibt. Das Reformdekret enthält vier Artikel. Der erste umfaßt die Reformen selbst und Bestimmungen hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes vom März 1895. Der zweite Artikel legt der Regierung die Verpflichtung auf, die nunmehr erlassenen Reformen und das Gesetz vom März 1895 mit einander in Einklang zu bringen und in ein einheitliches Gesetz umzugestalten. Der dritte Artikel bestimmt, daß die Reformen auch auf Porto Rico zur Anwendung gelangen sollen und der vierte endlich besagt, daß die Regierung die Reformen auf Kuba, sobald es der Fortgang der Pacifikation der Insel erlauben wird, zur Durchführung bringen wird. — Die Hauptbestimmungen betreffs der Reformen sind die folgenden: Die Gemeinden und Provinzen Kubas genießen vollständige Selbständigkeit der Verwaltung, soweit dieselbe die Gesetze und die Rechte der Bürger nicht verletzt. Die betreffenden Vertretungskörperschaften werden ihre Präsidenten, Alkalen und Alkaldestellvertreter selbst wählen. Die Provinzvertretungen können in gewissen Fällen die Entscheidungen der Gemeinden aufheben, nur müssen sie hiervon den Zivilgouverneur in Kenntnis setzen. Ueber die Gemeindeangelegenheiten entscheiden in letzter Instanz die kompetenten Gerichte. Die Machtbefugnisse des Generalgouverneurs und der Zivilgouverneure erstrecken sich bloß auf die Ueberwachung der Einhaltung der Gesetze und die Fürsorge, daß die respektirten Provinzbudgets nicht überschritten werden. Der für die ganze Insel einzusetzende Verwaltungsrat überwacht den ordnungsmäßigen Gang aller Zweige des öffentlichen Dienstes und besteht aus 35 Mitgliedern, von denen 21 auf demselben Wege wie die Gemeinderäte und Provinzvertretungen aus der Wahl hervorgehen. Ferner werden im Verwaltungsrat Sitz und Stimme haben: der Rektor der Universität von Havana, die Präsidenten der Handelskammern, der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, des Vereins der Tabakfabrikanten, ein Vertreter der Kunstgenossenschaften, je ein Mitglied der Domkapitel von Havana und Santiago und zwei Vertreter der höchstbesteuerten Klassen. Das sind somit neun weitere Mitglieder, so daß noch fünf verbleiben, die aus den Reihen jener frühern Senatoren und Abgeordneten Kubas genommen werden sollen, die bei den allgemeinen Wahlen am häufigsten gewählt wurden. Der Generalgouverneur wird der Ehrenpräsident des Verwaltungsrats sein, während der wirkliche Präsident von dem Verwaltungsrate gewählt

wird. Wer Mitglied des Verwaltungsrats ist, kann nicht gleichzeitig Abgeordneter in den Cortes oder Senator sein. Ferner wird bestimmt, daß Mitglied des Verwaltungsrats nur ein solcher Bürger werden kann, der auch die Eignung der Wählbarkeit in die Cortes besitzt und mindestens zwei Jahre auf Cuba ansässig ist. Der Verwaltungsrat wird das kubanische Budget und die Steuern und Abgaben festsetzen. Auch die Bestimmung der Zölle wird zu den Befugnissen des Verwaltungsrats gehören. Die Zölle zerfallen in zwei Kategorien: in fiskalische, die auf alle Zweige des Imports, den nationalen inbegriffen, Anwendung finden und in differentiale, die zum Schutze der nationalen Industrie dekretirt werden können. Der Generalgouverneur wird die öffentlichen Beamten aus der Reihe der Eingebornen Cubas und jener Eingewanderten, die mindestens zwei Jahre auf der Insel sesshaft sind, ernennen. Die Entscheidung über die gesetzliche Gültigkeit dieser Ernennungen liegt jedoch in den Händen des Verwaltungsrates. In den Justizdienst können nur Eingeborne oder Personen, die wenigstens zwei Jahre auf Cuba ansässig sind, aufgenommen werden. Die Gemeindevorstände werden von den Gemeinderäten erwählt. Dem Verwaltungsrate steht ferner das Recht zu, die Bestallungsbefehle der öffentlichen Funktionäre zu erneuern oder zu annulliren. Mittelskri besonders Erlasses sollen die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe auf Cuba und zur Unterdrückung separatistischer Tendenzen notwendigen Anordnungen getroffen werden. Den Cortes bleibt die Entscheidung über jene Ausgaben vorbehalten, die für die Ausübung der Souveränität der spanischen Krone, die Einrichtung des Justizdienstes und die Wahlreform auf Cuba erforderlich sind.

(Siehe: Preiß, „Cuba unter spanischer Regierung.“ New-York 1897.)

28. Februar. Die spanischen Truppen unter General Hernandez erstürmen das verschanzte Lager der Aufständischen bei Cabezadas de Rio Honda und nehmen hier den Hauptanführer der Aufständischen Ruiz Rivera gefangen.

14. April. Niederlage der Aufständischen an der Trocha.

30. August. Die Aufständischen unter Garcia nehmen die Stadt Victoria de las Tunas nach tapferem Widerstande der spanischen Besatzung ein.

10. Oktober. Dekret der Regentin wegen Abberufung des Generals Weyler und Ernennung des Marschalls Don Ramon Blanco y Crenas, Marquis de Pessa Plata, zum Oberbefehlshaber auf Cuba.

31. Oktober. Bei einem ihm zu Ehren in Havana veranstalteten Abschiedsmahle erklärt Weyler, seine Ersetzung sei erfolgt aus Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Aufständischen und die Forderungen der Vereinigten Staaten. Er allein hätte den Krieg beendigen können.

Anfang November. Marschall Blanco erläßt eine Proklamation, in der der Insel Cuba Selbständigkeit unter spanischer Oberhoheit und den Aufständischen, die die Waffen niederlegen, Verzeihung zugesichert wird.

26. November. Die amtliche „Gaceta de Madrid“ veröffent-

licht Dekrete, durch die die neuen Reformen für Kuba und Puerto-Rico eingeführt werden.

Sie betreffen zunächst die volle Ausdehnung der spanischen Verfassung auf die Antillen und die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Nach Artikel 1 des ersten Dekrets werden die Spanier auf den Antillen in gleicher Weise wie die Spanier der Halbinsel der Rechte theilhaftig sein, die Titel der Verfassung der Monarchie in sich schließt, sowie der Garantien, die zu deren Ausübung die Reichsgesetzgebung bietet. Zu diesem Zwecke und nach Maßgabe des Artikel 89 der Verfassung werden die Gesetze, die die Ausübung jener Rechte speziell betreffen und gewährleisten, insbesondere die Strafprozeßordnung, die Gesetze über öffentliche Ordnung, Zwangseinteilung, öffentlichen Unterricht, Presse, Versammlungs- und Vereinsgesetz sowie das Militärstrafgesetzbuch in ihrem ganzen Umfang auf Kuba und Puerto-Rico in Kraft treten behufs vollkommener Ausführung des Artikel 14 der Verfassung. Nach Artikel 2 wird in Kriegszeiten auf den Antillen das Gesetz über öffentliche Ordnung mit den Einschränkungen gelten, die in Artikel 17 der Verfassung vorgesehen sind. Artikel 4 setzt fest, daß der Kolonialminister die Gesetzgebung der Antillen, sowie die von den Generalgouverneuren daselbst seit Verkündigung der Verfassung erlassenen Verordnungen zu revidiren hat, um jede Fahrlässigkeit zu verhüten. Artikel 1 des zweiten Dekrets läßt auf Kuba und Puerto-Rico das Wahlgesetz vom 26. Juni 1890 in Kraft treten, und Artikel 2 legt dem Kolonialministerium die Pflicht auf, die zur Ausführung dieses Dekrets erforderlichen Spezialverordnungen zu erlassen und seinerzeit den Cortes entsprechende Mitteilung zu machen. Von den weiteren Dekreten, die das Reformwerk vervollständigen, haben die auf Regelung der Zoll- und Finanzverhältnisse bezüglichen die größte Wichtigkeit.

**Anfang Dezember.** Die Aufständischen auf Kuba erleiden durch die spanischen Truppen erhebliche Verluste.

**22. Dezember.** Marschall Blanco betraut Galvez mit der Bildung einer neuen Regierung Kubas. Er ernennt Minister für Justiz, Finanzen, Krieg, Marine und öffentliche Arbeiten.

**27. Dezember.** General Wehler, nach Spanien zurückgekehrt, überreicht der Regentin eine Verwahrung gegen die Kuba betreffende Stelle in der Botschaft des Präsidenten der nordamerikanischen Union. In dem Proteste heißt es:

Ich trete heute vor die höchste Vertretung des Vaterlandes und des Meeres mit der achtungsvollen Bitte um Genugthuung, die ich für die Ehre der spanischen Waffen und meine eigne Soldatenehre für unumgänglich notwendig erachte. Von einer so hohen Stelle aus, wie es die Präsidentschaft eines Staates ist, und bei einer so feierlichen Gelegenheit wie die Eröffnung eines Parlaments sind kürzlich derartige Beleidigungen gegen das spanische Heer ausgesprochen worden, daß es dem Unterzeichneten unsagbar erscheint, daß sie ohne strenge und sofortige Zurückweisung seitens der Regierung E. M. geblieben sind. Die heldenmüthigen Soldaten, die ihr edles Blut auf den kubanischen Schlachtfeldern vergießen, um die spanische Herrschaft dort aufrecht zu erhalten, sind in feiger und grober Weise vor der ganzen Welt beschimpft und auf dieselbe niedrige Stufe mit jenen aufständischen Banditenhorden gestellt worden, die einer anständigen, ritterlichen Behandlung in keiner Weise würdig sind; die unter Billigung einer

spanischen Regierung ergriffenen Maßregeln sind als infam und eines gesitteten Volkes unwürdig, die Befehle des Generals, der jenes Heer anführte, als brutal und als fähig bezeichnet worden, die zivilisirte Welt mit Schauder zu erfüllen. Der Unterzeichnete kann seine Waffengefährten nicht im Stich lassen, und da die Beleidigungen dort ausgestoßen sind, wo er sie für eigene Rechnung nicht bestrafen kann, so tritt er heute vor Eure Majestät und bittet um die nötige Genugthuung für unsre mit Fäßen getretene militärische Ehre; denn solange die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgestoßenen Beleidigungen ohne energische und würdige Antwort bleiben, ist der Unterzeichnete der Ansicht, daß die spanischen Soldaten ihre Uniformen nicht mehr mit Stolz tragen können. Oessentlich ist die Beleidigung gewesen; eine öffentliche, weitgehende und sofortige Genugthuung muß daher gefordert werden. Nicht der Unterzeichnete verlangt dies; die Ehre Spaniens erfordert es gebieterisch.

## II.

### Aufstand auf den Philippinen-Inseln.

19. Februar. Silang, das Hauptbollwerk der Aufständischen in der Provinz Cavite, wird von den spanischen Truppen erobert.

24. Februar. General Bachambra, der sich insolge dessen in den Besitz der nach dem Norden führenden Landstraße gesetzt hatte, geht in dieser Richtung vor und schlägt eine 6000 Mann starke Abteilung der Aufständischen bei Perezdasmarinas.

25. Februar. Eine Abteilung der Aufständischen überrumpelt die Kaserne der Karabiner in Manila, worauf es hier zu einem heftigen Straßenkampfe kommt.

Anfang März. An Stelle des um seinen Rücktritt bittenden Oberbefehlshabers auf den Philippinen, Generals Polavieja, wird General Primo Rivera ernannt.

1. April. Die Spanier nehmen Robeleta auf der Insel Luzon ein.

Im Mai. General Primo Rivera hat heftige Kämpfe mit den Aufständischen.

28. November. Die Führer der Aufständischen, Aguinaldo und Planera, bieten ihre und aller Aufständischen Unterwerfung unter bestimmten Bedingungen an, was vom Oberbefehlshaber angenommen wird. Die Bedingungen lauten:

Die Aufständischen unterwerfen sich der spanischen Oberherrschaft und liefern ihre gesamten Bestände an Waffen und Munition aus. Sie reichen dem Generalgouverneur eine schriftliche Erklärung ein, daß sie sich genötigt sehen, vor der Ueberlegenheit der spanischen Waffen sich zu ergeben, und geloben ausdrücklich und feierlich, daß sie nie mehr versuchen werden, sich gegen Spaniens Oberherrschaft aufzulehnen. Dagegen gesteht ihnen Spanien nach-

stehendes zu: Vollständige Verzeihung und Vergessen ihres bisherigen Verhaltens. Beförderung Aguinaldo, Manera und aller Cabecillas, die es wünschten, nach der englischen Besetzung Hong-Kong. Begleitung bis nach Hong-Kong durch einen höhern spanischen Offizier, der ihnen als Geisel dient. Es wird ferner festgesetzt, daß die Rebellen nicht eher die Waffen ausliefern würden, als bis Aguinaldo und seine Begleiter glücklich in Hong-Kong eingetroffen seien, und daß den betreffenden Anführern eine bestimmte Summe, die ihnen gestatten sollte, im Auslande anständig zu leben, überreicht werden soll.

### III.

#### Cortes.

20. Mai. Die Kammern werden ohne Thronrede eröffnet. Es werden Vorlagen eingebracht wegen Reform des Militärstrafgesetzbuchs und wegen Vermehrung der höhern Marineoffiziersstellen nach Maßgabe der Flottenvermehrung. Im Senate stellt Comas eine Anfrage in Betreff des vom Senate der nordamerikanischen Union wegen Anerkennung der beiden auf Kuba kriegsführenden Teile gefaßten Beschlusses. Infolgedessen entsteht eine sehr lebhafte Verhandlung, und beim Verlassen des Saales wird ein liberaler Abgeordneter bei fortgesetzter Besprechung dieser Angelegenheit vom Minister des Aeußern, dem Marschall D'Donnell, gehorft. Darüber großer Lärm.

21. Mai. In der Deputirtenkammer antwortet der Ministerpräsident Canovas del Castillo auf eine Anfrage, er hoffe, der Präsident der Vereinigten Staaten Mac Kinley werde der Ansicht sein, daß die Erklärung des Kriegszustandes bei einer befreundeten Nation nicht dem Senate, sondern der ausführenden Gewalt zustehe.

22. Mai. Der Finanzminister giebt in der Deputirtenkammer eine Uebersicht der Finanzlage, wonach ein Ueberschuß von mehr als 10 Millionen Pesetas vorhanden ist. Sagasta teilt dem Ministerpräsidenten mit, daß die liberalen Senatoren und Deputirten den Parlamentsitzungen fernbleiben würden, bis ihnen eine Genugthuung für die Beleidigung des Senators Comas zu teil geworden sei. Sie fordern die Entlassung des Ministers des Aeußern.

### IV.

#### Anarchisten.

Anfang August. Wie in zahlreichen Orten in den Provinzen, so brechen auch in Madrid wegen der Verzehrsteuer Unruhen aus.

Die Unzufriednen entfalteten die rote Fahne und drohen die Anzündung der Häuser durch Petroleum an.

4. Mai. Auf der Festung Montjuich bei Barcelona werden die wegen Beteiligung am vorjährigen Bombenattentat zum Tode verurteilten fünf Anarchisten standrechtlich erschossen.

## V.

### Er mordung Canovas' del Castillo.

8. August. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo wird im Badeorte Santa Agueda vom 36-jährigen Anarchisten Michele Angiolitto aus Foggia durch drei aus nächster Nähe abgegebene Pistolenschüsse ermordet.

10. August. Der Kriegsminister de Azcárraga wird zum Ministerpräsidenten ernannt.

20. August. Hinrichtung des Mörders.

## VI.

### Ministerium Sagasta.

30. September. Nachdem der linke Flügel der Konservativen unter Führung Silvelas mit den von Sagasta geführten Liberalen in der Bekämpfung der bezüglich Rubas eingeschlagenen Politik gemeinsame Sache gemacht, und eine gegen die Regierung gerichtete offene Erklärung erlassen hat, bittet der Ministerpräsident de Azcárraga um Entlassung.

4. Oktober. Der Führer der Liberalen Sagasta, bildet ein neues Ministerium.

(Zum erstenmale übernahm Mateo Sagasta, der seine Laufbahn als Ingenieur der Nordbahn begonnen und dann in mehreren Ministerien geseffen hatte, die Ministerpräsidentenschaft am 4. September 1874 nach dem Staatsstreich des Generals Pavia, wurde aber schon Ende des Jahres wieder gestürzt. Das zweite Kabinett Sagasta lebte von 1881—1883, das dritte von 1885 bis 1890, das vierte von Mitte Dezember 1892 bis März 1895. In die Zwischenräume fallen die Ministerien Canovas, sodaß diese beiden Staatsmänner im Laufe der Jahre einander nahezu regelmäßig am Regierungsruder ablösten.)

Sagasta übernimmt den Vorsitz, Pio Gullon das Aeußere, Groizard die Justiz, General Correa das Kriegswesen, Admiral

Vermejo die Marine, Puigcerber die Finanzen, Capdehon das Innere, Riquena Handel und Aderbau, Moret die Kolonien.

---

## VII.

## Kirchliches.

**Im September.** Der Bischof von Mallorca verhängt den großen Kirchenbann über den Finanzminister Reverter, weil dieser im Juli einen Teil der Güter der unter dem Bischofe stehenden Geistlichkeit wegen unrationeller Verwaltung des Walbes unter die Verwaltung des Staats gestellt hatte. Der Bischof von Mallorca ist ein früherer Karlist, der wegen Verschwörung verbannt wurde. Der Erzbischof von Valencia, Kardinal Sancha, weist den Bischof an, den Exkommunikationsbrief in den Kirchen verlesen zu lassen.

---

## VIII.

## Königliche Familie.

**1. Februar.** Tod der Herzogin Louise von Montpensier, geboren 1832, jüngeren Schwester der Exkönigin Isabella II., seit 1846 vermählt mit dem 1890 verstorbenen Herzoge von Montpensier, Sohne Ludwig Philipps, Königs der Franzosen. Da ihre Tochter Maria de las Mercedes als erste Gemahlin König Alfons XII. früh verstorben ist, hinterläßt sie nur eine Tochter, die seit 1864 mit dem Grafen von Paris († 1894) vermählte Prinzessin Isabella.

**Anfang Juni.** In Paris stirbt die Infantin Isabella, geboren 1821, Schwester des Infanten Franz de Assisi (Gemahls Isabellas II.), verwitwete Gräfin Surowski.

---

## Portugal.

## I.

## Ministerium de Castro.

**5. Februar.** Infolge großer Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem seit Februar 1893 im Amte befindlichen, aus den Häuptern



der Regeneratorenpartei bestehenden Ministeriums Pinheiro tritt dieses zurück. Der Grund der Unzufriedenheit lag in dessen zu großer Annäherung an England und in dem seit 1893 eingetretenen wirtschaftlichen Niedergange. Das neue Ministerium wird gebildet von Luciano de Castro, der seit dem vor zwei Jahren erfolgten Tode des Generals d'Abreu de Sousa Führer der Progressistenpartei war. Castro war bereits vor 1892 Ministerpräsident. Finanzminister wird der frühere Ingenieur Garcia, der 1886—90 Minister der Marine und der Kolonien war; das Kriegswesen übernimmt General de Cunha; de Barros Gomes übernimmt die Marine und die Kolonien, de Carvalho e Vasconcellos das Aeußere.

18. Oktober. Das Aeußere geht an den Grafen de Macedo über.

## II.

### Cortes.

10. Juni. Die Cortes werden vom Könige Karl mit einer Thronrede eröffnet, in der die auswärtige Politik kaum berührt, für die innere jedoch ein reichhaltiges Programm entwickelt wird.

2. September. Die Cortes werden geschlossen, nachdem sie weder das Rübenzuckermonopol, noch die Abänderung der Streichholzmonopols, noch die Konvertirung der äußern Schuld, noch die sonstigen zur Erhöhung der Staatseinnahmen dem Parlament vorgelegten Finanzprojekte zur Abstimmung gebracht und von 12 Anträgen des Finanzministers nur die über die Landesbank, die Unternehmung öffentlicher Arbeiten und die Ruhegehälter genehmigt haben.

## III.

### Unruhen.

Ende Juli. Es entsteht im Lande eine lebhafte Bewegung gegen die Regierung aus Unzufriedenheit über die Bemühungen des Ministeriums, die Annahme seiner Finanzprojekte zu erzwingen, und infolge von strengern Maßnahmen gegen die Republikaner. Es wird in Lissabon Militär aufgeboden, um die Ruhe aufrecht zu erhalten.

## IV.

## Kolonien.

## 1.

## Mosambique.

31. März. Der Häuptling Jambul von Gasaland, Onkel des besiegten Gungunhana, erhebt sich gegen die Portugiesen.

23. April. Ein aus sechs Kriegsschiffen bestehendes britisches Geschwader läuft bei Laurengo Marquez in den Fluß ein.

17. Mai. Das britische Geschwader verläßt die Bai von Laurengo Marquez wieder.

## 2.

## Guineaküste.

Ende März. Die Eingebornen an der westafrikanischen Guineaküste empören sich und bringen den portugiesischen Streitkräften eine Niederlage bei.

## 3.

## Indien.

Im Februar. Der Generalgouverneur von Goa ordnet an, daß alle an der Pest Gestorbenen, ohne Unterschied der Religion, aus Gesundheitsgründen verbrannt werden sollen.

## Belgien.

## I.

## Heeresreformfrage.

13. Juni. Bezüglich dieser Frage kommt es zu einer militärischen Rundgebung.

Die wichtigste Frage des Landes ruhte, seitdem im vorigen Jahre der Kriegsminister General Brassine im Hinblick auf die Weigerung des klerikalen Ministeriums de Smet de Nayer, die allgemeine Dienstpflicht anzunehmen, zurückgetreten war. Ein Militär konnte insofern für das Amt

des Kriegsministers nicht gefunden werden, und doch konnte die Bekleidung dieses Amtes durch den Arbeitsminister Vandenhoeboom zu keiner Lösung führen. Dieser Minister kam sogar mit dem Könige in Streit, indem er sich weigerte, die von ihm im Einverständnis mit dem Generalstabe vollzogenen Ernennungen mehrerer Generale mit seiner Gegenzeichnung zu versehen. Er berief sich darauf, daß in Belgien nicht der König, sondern das Ministerium regiere. Daraus kommt es zu einer merkwürdigen Kundgebung: die ausgedienten Generale und Offiziere erscheinen beim Könige, dem sie eine Denkschrift mit Protest gegen weitem Aufschub der Heeresreform und mit der Bitte um eine öffentliche Zustimmung des Königs zur Einführung der persönlichen Dienstpflicht an Stelle des Loslauffsystems überreichen, während vor dem Schlosse Tausende aufgezogen sind, die eine Wählerschaft vertreten, der die Generale mit ihrer Bitte aus dem Herzen sprechen. Der König läßt sich in seiner Antwort sehr scharf für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus und sagt „Sie predigen einem Betehten; was uns betrifft, die wir uns in unmittelbarer Nachbarschaft von Regierungsmittelpunkten befinden, die den vorherrschenden Einfluß auf die Geschicke Europas ausüben, so müssen unsre militärischen Einrichtungen denen der uns umgebenden Nationen nachgebildet sein.“ Das war eine Kundgebung des Königs gegen sein Ministerium, daß, ungeachtet seiner allgemeinen Zustimmung zur Heeresreform, der allgemeinen Wehrpflicht nicht hold ist, weil die Bischöfe die Heranziehung der Geistlichen zur Militärpflicht fürchten. Auf die in der Bitte der Generale liegende Aufforderung, nach Auflösung der zweiten Kammer Neuwahlen unter dem Lösungsworte der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auszusprechen, erwidert der König: „Die Nation bestimmt selbst über ihre Geschicke, aber meine Pflicht ist es, zu warnen, und diese habe ich nie versäumt.“

## II.

### Die Kammern.

1. Januar. Die Präsidenten beider Kammern bringen dem Könige die Glückwünsche zum neuen Jahre, worauf dieser in seiner Antwort die Notwendigkeit und den Wert patriotischer Gesinnung darlegt. Als der Präsident der zweiten Kammer daran erinnert, daß in Belgien die politischen Erinnerungen oft leidenschaftlicher und bedauernswert maßloser seien als irgendwo anders, daß das Volk sich aber durch das Geschrei nicht täuschen lassen werde, womit man den Mangel an wirklichen Beschwerden und Gründen zu ersetzen strebe, antwortet der König, das Land habe die Dynastie seiner eignen Wahl.

5. Februar. Der Senat berät einen von der zweiten Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Anwendung der vlämischen Sprache in amtlichen Bekanntmachungen. Artikel 1, der besagt, daß der Wortlaut eines Gesetzes zugleich auch in vlämischer Sprache zur Abstimmung im Parlament vorgelegt werden soll, wird durch

einen Unterantrag gänzlich dahin abgeändert, daß die Gesetze wie bisher in französischer Sprache zur Abstimmung gelangen sollen, daß aber eine amtliche Uebersetzung ihres Wortlautes in das Flämische zu geschehen habe. Der so abgeänderte Artikel wird angenommen. Infolge dieses Amendements werden die bisherigen Anhänger des Gesetzes Gegner desselben, während die Gegner der ursprünglichen Fassung für den abgeänderten Text eintreten. Das ganze Gesetz wird darauf angenommen.

9. April. In allen sechs Abteilungen der zweiten Kammer wird ein Gesetzentwurf der Regierung wegen Aufhebung der Spielhöllen, nachdem er vom Senat angenommen ist, scharf bekämpft, weil die Spielhöllen in Ostende und Spaa aufrecht erhalten werden sollen.

23. Mai. Die Rundgebung der Militärs und die Rede des Königs vom 13. geben in der zweiten Kammer dem Abgeordneten Delbecq Anlaß zu einer Anfrage. Belgien, so beginnt er, ist eine mutige, aber keine militärische Nation, es ist neutral, und die Mächte haben ein Interesse daran, daß sein Gebiet unverfehrt bleibt. Der Belgier liebt leidenschaftlich seine Freiheit, er will ein ausreichendes Heer, aber keine militärischen Thorheiten, auch dürstet er nicht nach militärischem Ruhme; trotzdem seien die Militärlasten gestiegen, es sei ein Heer von 130 000 Mann vorhanden, und seit 1830 seien drei Milliarden für militärische Zwecke verausgabt. Aber eine kleine, nur aus Militärpersonen bestehende Partei mit prätorianischer Haltung werde stets vom Könige gestützt, sie habe sich jedoch getäuscht, die große Mehrheit des Landes weise den persönlichen Militärdienst zurück; demgemäß habe das Ministerium als „Vösegeld“ die Umgestaltung der Bürgergarde beantragt; hiermit nicht zufrieden, habe sodann die Militärpartei, unter Mitwirkung des Königs, jene Rundgebung veranstaltet; allein die Einführung des persönlichen Regiments sei ebenso unzulässig wie ein Anspruch des Königs als Befehlshabers des Heers, denn auch als solcher habe er sich den Anschauungen der Minister zu fügen, sonst würde das Königtum gefährdet sein; in Wahrheit bilde die Rede des Königs das schroffste militärische Programm, das je ausgesprochen worden sei. Der Ministerpräsident de Smet de Nayer bemüht sich in seiner Antwort, die Auslassung des Königs jeder ernstern Bedeutung zu entkleiden; der Empfang der sieben Generale sei kein öffentlicher Akt, die Rede des Königs ändere nichts an der Politik des Ministeriums, enthalte nur einen persönlichen Wunsch und bekräftige nur die Achtung des Königs vor dem nationalen Willen; das Ministerium achte die Entschlüsse der Kammermehrheit, habe aber

doch als „Ideal“ die Beseitigung der Stellvertretung, und ein Ideal dürfe doch sogar jeder Laik haben.

Belgien ist neutral, aber es muß durch eine starke Armee verteidigt werden, darum ist seine Armee nach dem Beispiele der Nachbarstaaten taktisch in derselben Weise eingerichtet. Der König ist kein militärischer Minotaurus; seine Worte werden auf das Uebertriebenste entstellt und ausgelegt. Möge die Rechte, so schließt der Minister, niemals den Fehler begehen, sich über die Militärfrage zu veruneinigen!“ Fortschrittler Magnette rügt scharf die klägliche Haltung des Ministeriums, daß die Stellvertretung festhalte, und tritt für die Bewaffnung der ganzen Nation ein. Sozialist Turnémont erklärt, daß der König durch seine Rede „Stolz, Charakter und Mut“ bewiesen habe; es sei bedauerlich, daß das Ministerium nicht den gleichen Mut habe. Der König will eine starke Armee nicht gegen den äußern Feind, sondern gegen den innern Feind, gegen den Sozialismus; er sei der Hüter der kapitalistischen Ordnung. „Der König hat eine militäristische Rundgebung unterstützt; wir werden ihr am 15. August 100 000 antimilitaristische Manifestanten entgegenstellen. Wir Sozialisten freuen uns über das, was der König und die Regierung thun. Jeder dem Pfluge entzogene, nach der Kaserne geschickte Bauer wird ein Sozialist. Sie mußten sich mit dem Könige solidarisch erklären, aber Sie halten mehr an Ihren Ministerämtern als an der Sicherheit des Landes. Das ist schwächlich!“ Rechtenführer Woeste hält die Rede des Königs, da kein Minister sie gegengezeichnet habe, für wirkungslos, freut sich, daß das Ministerium ihr keine Folge giebt, tritt für die Stellvertretung ein und fordert das Ministerium zu einem festen Einschreiten gegen die militäristischen Rundgebungen auf. Corlmans, der Blumenführer, erklärt, daß die Rede des Königs „nicht wert sei, sich damit lange aufzuhalten.“ Belgien sei neutral, dürfe also nicht militäristisch sein. Wohin das führe, zeige das Schicksal der griechischen Dynastie. Sozialist Vandervelde tadelt das Ministerium, weil es der König verleugnet und im Stich gelassen habe, aber das Land werde jetzt erkennen, daß die herrschenden Klassen die Vorrechte und Ungerechtigkeiten aufrecht halten.

Die Kammer geht hierauf zur Tagesordnung über.

22. Juni. Die Kammer nimmt eine Gesetzesvorlage betreffend den Ankauf der Eisenbahn „Grand Central Belge“ und der Nebenlinien durch den Staat an.

27. Oktober. Die Regierung legt der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf vor, betreffend Gehaltserhöhung der Richter. Darnach sollen die Gehälter der Appellationsrichter alle fünf Jahre um fünfhundert Francs erhöht werden und die der übrigen Richter um dreihundert Francs. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft haben in der Weise, daß die Richter, die zwanzig Jahre im Amte sind, sofort zweitausend Francs und die Richter erster Instanz zwölfhundert Francs erhalten.

## III.

**Bürgerwehrgesetz.**

Im August. Gegen das neue Bürgerwehrgesetz wird von Deutschland und Nordamerika Einsprache erhoben, weil es auch jeden Fremden, der ein Jahr seinen Aufenthalt in Belgien gehabt hat, nach zurückgelegtem einundzwanzigsten Lebensjahre für bürgerwehrpflichtig erklärt, während doch der Artikel 1 des Gesetzes lautet: „Die Bürgerwehr dient zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Ueberwachung der Geseze und zur Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit des Landes.“ Diese Bestimmung steht in Widerspruch mit allen völkerrechtlichen Auffassungen.

8. Dezember. Das halbamtliche „Brüsseler Journal“ teilt mit, die deutsche Reichsregierung habe der belgischen Regierung nachgewiesen, daß schon seit zwanzig Jahren ein zwischen Deutschland und Belgien geschlossenes Abkommen bestehe, wonach die deutschen Staatsangehörigen von jeglichem militärischen Dienste in Belgien befreit sind. Die belgische Regierung habe diese Thatsache nachträglich anerkannt, und so sind die Deutschen dienstfrei. Diesem Vorgehen Deutschlands seien die Regierungen der andern Staaten gefolgt. Das Ende vom Liede ist, daß die Bürgergarde nur aus Belgiern zusammengesetzt sein wird. Ihre ausschließliche Pflicht ist es, ohne Mithilfe der Ausländer die öffentliche Ordnung in Friedenszeiten im Lande aufrecht zu halten und in Kriegszeiten ihren Boden zu verteidigen.

## IV.

**Flämische Bewegung.**

Mitte Februar. Im flämischen Lande, in ganz Flandern wächst die Bewegung der Flamen für ihren Anspruch; in allen größern Städten werden Einspruchsversammlungen gegen die Senatsbeschlüsse abgehalten, und überall ertönen in festem, ja drohendem Tone die Forderungen „voller Gerechtigkeit.“ Die Flamen wollen die zweite Kammer bewegen, unbedingt an ihren Beschlüssen, die der flämischen Sprache die Gleichberechtigung mit der französischen Sprache sichern, festzuhalten, und wollen den Senat zum Einlenken zwingen. Nicht minder fest beharren die Wallonen darauf, daß nur der französische Wortlaut der Geseze der maßgebende bleiben darf, andernfalls aber eine vollständige Trennung

der Verwaltung der wallonischen und der flämischen Provinzen erfolgen muß.

**28. Februar.** In der Brüsseler Vorstadt Schaerbeek findet eine große Kundgebung von mehr als fünfzigtausend Flamen aus dem ganzen Lande für Gleichberechtigung ihrer mit der französischen Sprache statt.

**25. April.** In Antwerpen tagt der von hundertfünfzig Abgeordneten aus allen flämischen Landesteilen bestehende flämische Volksrat.

Dieser berät den Gebrauch der niederländischen Sprache im strafrechtlichen Verfahren in der Provinz Brabant, die Umwandlung der von Benoit geleiteten Musikschule von Antwerpen in ein königliches flämisches Konservatorium, die Einsetzung eines obern Rats für flämische Sprache, Literatur und Kunst, sowie die Vorbereitung zu einer würdigen Feier des sechshundertjährigen Gedächtnistages der Goldsporenschlacht. Der Rat beschließt, abends eine Adresse an das Abgeordnetenhaus zu richten, die die Notwendigkeit und den Willen des flämischen Volkes nach einer unveränderten Annahme der im Senate gescheiterten Vorlage betont, sowie auch bei den flämischen Abgeordneten und den Führern der Opposition, der Radikalen und Sozialisten, die im wohlverstandnen Interesse des Rechts und ihrer Partei für die Flamen eintreten, persönliche Schritte zu unternehmen, um mit ihrer Hilfe die Vorlage noch in dieser Tagung zur Erledigung zu bringen. Ein Advokat beleuchtet die Mißachtung, die das Niederländische den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zuwider vor dem Appellhofe und dem Schwurgerichte von Brabant erfährt, weil die Richter es entweder nicht verstehen wollen oder können. Die Versammlung nimmt einen Antrag an, der von den Richtern in Brabant die Kenntnis beider Sprachen fordert.

## Niederlande.

### I.

#### Die Kammern.

**28. Januar.** Die erste Kammer nimmt ein neues Zuckersteuergesetz an, das ein Niederlagensystem einführt und den Fabrikanten von Rübenzucker Ausfuhrvergütungen bewilligt. Die Ausfuhrvergütungen sollen für 1897/98 2½ Millionen Gulden betragen und innerhalb acht Jahre auf 1700000 Gulden herabgehen.

**Mitte März.** Die zweite Kammer berät einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf wegen anderweiter Regelung der Erbschaftssteuer. Er bezweckt, zwei Fragen neu zu regeln; zu-

nächst eine richtigere Veranlagung der Steuer; sodann die Erhöhung der Erbschaftsteuer für diejenigen Grundstücke, die von Nicht-holländern oder von Holländern, die außerhalb Hollands ihren Wohnsitz haben, hinterlassen und vererbt werden. Die zweite Kammer faßt einen Beschluß, der auf eine teilweise Konfiskation des Grundbesitzes von Ausländern in Holland hinausläuft. Auf Antrag von Holtmann wird, trotz Widerspruch der Regierung, beschlossen, die Erbschaftsteuer für die Erbschaften, die Fremden zufallen, mit der gleichen Erbschaftsteuer von  $8\frac{1}{2}$  Prozent zu belegen, einerlei, ob die Erbschaft den Kindern und Kindeskindern oder den ganz entfernten Verwandten des Erblassers zufällt. Diese Erbschaftsteuer soll auch noch darüber hinaus für alle diejenigen niederländischen Grundstücke nachträglich erhoben werden, die von nichtniederländischen Grundbesitzern ein Jahr vor ihrem Tode übertragen worden sind. Ein Antrag, diese Erbschaftsteuer auf diejenigen Grundstücke zu beschränken, die nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes von Nicht-holländern gekauft seien, wird verworfen. Selbst der Hinweis des Finanzministers, daß bei solchen Steuerfällen notwendig in den Provinzen, in denen vorwiegend Fremde sich anzukaufen pflegen (Seeland und Limburg) der Wert aller Grundstücke auf Jahre hinaus künstlich herabgedrückt werden müsse, konnte die Beschlußfassung nicht ändern. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Belgier, in zweiter gegen die Deutschen.

20. Mai. Die erste Kammer hat sich über diesen Gesetzentwurf zu entscheiden. Da sie nicht das Recht hat, Zusatzanträge zu machen oder an einem Gesetze Aenderungen zu machen, sondern es en bloc, so wie es die zweite Kammer verlassen hat, annehmen oder verwerfen muß, so befindet sich der Finanzminister Sprenger nun in schwieriger Lage, weil dieses Gesetz noch eine Reihe von Bestimmungen enthält, wodurch den bisher in großem Maßstab betriebenen Steuerhinterziehungen das Handwerk gründlich gelegt werden soll, deren Annahme er aber im Interesse der Staatskasse für durchaus notwendig hält. Die erste Kammer genehmigt den Entwurf; der Minister aber, der einen Steuerbetrag von  $8\frac{1}{2}$  vom Hundert für durchaus nicht zu hoch gegriffen hält, teilt mit, daß er schleunigst einen Gesetzentwurf bei der zweiten Kammer einbringen werde, wodurch der Zuschlag von 38 vom Hundert in Wegfall kommen soll, ein Entwurf, an dessen Annahme er nicht zweifelt; sodann kommt aber in dem angenommenen Gesetz die Schlußbestimmung vor, daß es durch königlichen Beschluß an einem näher zu bestimmenden Termin in Kraft treten solle. Und dabei giebt der Finanzminister die feierliche, sowohl ihn wie seine Nachfolger bindende Zusage, daß dieser königliche Beschluß erst dann das Tageslicht erblicken werde,



wenn die die Abschaffung des Zuschlags von 38 vom Hundert bezweckende Vorlage von der Volksvertretung angenommen sein werde.

## II.

### Neuwahlen zur zweiten Kammer.

15. Juni. Zum erstenmale finden die Wahlen zur zweiten Kammer nach dem neuen, vom Minister van Houten herrührenden Wahlgesetze statt, durch das das Wahlrecht auf weitere Volksschichten ausgedehnt worden und die Zahl der Wähler, die bisher zweihundertachtzigtausend betrug, auf etwa sechshunderttausend gestiegen ist. Die neuen Wähler lohnen dem liberalen Ministerium Roell, speziell dem Minister des Innern van Houten, die Erweiterung des Wahlrechts schlecht, denn der erste Wahlgang, bei dem freilich erst fünfzig Deputierte von den hundert, aus denen die Kammer besteht, endgültig gewählt werden, endete mit einer entschiednen Niederlage der Liberalen. Nur vierzehn Liberale und ein Radikaler gehen siegreich aus dem Kampfe hervor gegen zweiundzwanzig Ultramontane, zwölf „Antirevolutionäre,“ d. h. orthodoxe Protestanten und einen Christlich-Historischen, d. h. einen Anhänger desjenigen Flügels der orthodoxen Protestanten, der sich von diesen getrennt hat, weil er von der Waffenbrüderschaft mit den Ultramontanen nichts wissen will.

25. Juni. Es finden fünfzig Stichwahlen statt, bei denen die Liberalen 33, die Antirevolutionären 8, die Sozialisten 4, die Radikalen 3 und die Christlich-Historischen 2 Stimmen erhalten; die Ultramontanen bekommen kein Mandat mehr. Die neue Kammer besteht somit aus 47 Liberalen, 4 Radikalen, 4 Sozialisten, 3 Christlich-Historischen, 20 Antirevolutionären und 22 Katholiken. Die Linke zählt 55, die Rechte 42 Mitglieder, wobei die 3 Christlich-Historischen außer Rechnung bleiben. Die liberale Majorität der neuen Kammer beträgt somit ein starkes Duzend. Das ist keine starke Majorität, denn hierzu würde vorausgesetzt, daß Radikale und Sozialisten stets treu zur liberalen Fahne halten. (In der vorigen zweiten Kammer saßen zuletzt 57 Liberale, 3 Radikale, 15 Antirevolutionäre und 25 Katholiken.)

## III.

### Wechsel des Ministeriums.

26. Juni. Infolge des Ausfalls der Wahlen zur zweiten Kammer, in der das Ministerium des Jonkheer van Roell eine

Mehrheit von nur zwei Stimmen besitzen wird, bittet es um Entlassung.

24. Juli. Die Königin-Regentin Emma ernennt ein neues Ministerium, in dem Dr. jur. Pierson den Vorsitz und die Finanzen übernimmt. Zu diesem Ministerium gehören ferner der Justizminister Cort van der Linden, der Minister des Innern Goeman Borgesius, der Minister für Handel und Industrie Lebb, der dieses Departement als Amtsgenosse Piersons bereits einmal verwaltet hatte, und der Marineminister Jansen, ebenfalls ein Mitglied des frühern Kabinetts van Tienhoven. Der neue Kriegsminister ist Eland, ein militärwissenschaftlicher Schriftsteller. Das Auswärtige übernimmt De Beaufort, die Kolonien Cremer.

van der Linden hatte früher einen volkswirtschaftlichen Lehrstuhl an der Amsterdamer Universität inne und war sodann als Raad adviseur, der über sämtliche Gesetzesentwürfe sein Gutachten abzugeben hatte, dem Justizminister beigegeben. Borgesius, der frühere Redakteur des „Waterland“ im Haag, gehört dem radikalen Flügel der liberalen Partei an; mit seinem Namen ist die Forderung des unbedingten allgemeinen Wahlrechts verbunden. Lebb, ein hervorragender Ingenieur, tritt zum zweitenmale als Chef dieses Departements auf, da er bereits Mitglied des Kabinetts Taf van Boortvliet gewesen war. Cremer ist eine sogenannte indische Spezialität, der Indien durch jahrelangen Aufenthalt gründlich kennt und einer der Gründer der blühenden Tabakunternehmungen an der Ostküste von Sumatra ist.

15. Dezember. Infolge des unten erwähnten Beschlusses der zweiten Kammer tritt der Marineminister Jansen zurück, dessen Sach nunmehr Eland mit übernimmt.

#### IV.

### Die neuen Kammern.

20. September. Die Generalstaaten werden durch eine Thronrede der Königin-Regentin Emma eröffnet. (Die junge Königin Wilhelmine erscheint dabei zum erstenmale vor der Landesvertretung. Sie wird am 31. August 1898 für volljährig erklärt werden.)

Nach einem kurzen allgemeinen Ueberblick über die politische und wirtschaftliche Lage des Königreichs und seiner Kolonien zählt die Thronrede die Regierungsvorlagen auf, die das neue Ministerium dem Parlamente zu unterbreiten gedenkt. Den wichtigsten Punkt bildet die Ankündigung der Heeresreform, d. h. der Abschaffung des noch geltenden militärischen Stellvertretungssystems und der von der katholischen Partei bisher heftig bekämpften Einführung des persönlichen Heeresdienstes. Nicht minder wichtig ist die angekündigte Regierungsvorlage, betreffend die Einführung des obligatorischen Volksschulunterrichts. (Obwohl der Schulzwang in den Niederlanden nicht gesetzlich statuiert ist, steht die Volksbildung hier im

allgemeinen auf einem befriedigenden Niveau, da die Eltern klug genug sind, ihre Kinder auch ohne Zwang in die Schule zu schicken. Nichtsdestoweniger giebt es noch immer Kinder, die die Schule entweder gar nicht besuchen oder zu früh verlassen, weshalb eine gesetzliche Bestimmung notwendig erscheint. Auch in dieser Frage bildet die katholische Partei den Kern der Opposition.) Schließlich verspricht die Regierung eine umfassende Arbeiterschutzgesetzgebung, wie die Alters- und Unfallversicherung der Arbeiter, Schutzgesetze, betreffend die Frauen- und Kinderarbeit, ein Gesetz über die Arbeiterwohnungen u. s. w.

**24. September.** Ministerpräsident Pierson legt der zweiten Kammer das Budget für 1898 vor. Es schließt mit einem Fehlbetrag von  $6\frac{1}{3}$  Millionen Gulden ab, der durch Ueberweisungen an die Gemeinden und verringertes Ergebnis der Personalsteuer verursacht ist.

**29. September.** Die zweite Kammer berät über eine an die Regentin zu richtende Adresse zur Beantwortung der Thronrede.

Van der Zwaag sagt, der Entwurf der Antwort auf die Thronrede scheine ihm von Höslingen, nicht von Volksvertretern verfaßt; das Volk hege keine Feindschaft gegen die junge Königin, aber bevor man sie rühme, müsse man doch erst Thaten von ihr abwarten. Auch das Lob der Regentin werde sehr übertrieben, da jede andre vermögende Mutter ähnliches für ihr Kind gethan haben würde. Wenn die Thronrede die wirtschaftlichen Zustände des Landes als befriedigend schildere, so könne er mit Hinsicht auf die Provinzen Friesland, Groningen und Drenthe dem nicht beipflichten. Von sozialen Reformen erwarte er nichts, solange die Kammer nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehe. Der Forderung nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts schließt sich auch der Sozialdemokrat Troelstra an. Ministerpräsident Pierson antwortet, daß man nicht gleichzeitig soziale Reformen und eine Wahlrechtsausdehnung durchführen könne, und daß die Regierung deshalb in den nächsten vier Jahren der letztern Frage nicht näher treten würde. Ferner sagt Troelstra, trete die Regierung nicht mit derselben Energie, wie es zum Beispiel in Deutschland der Fall sei, der sich immer mehr ausbreitenden Maul- und Klauenseuche entgegen. Auch eine Reform des Pachtrechts sei dringend zu verlangen. Wirkliche Reformen zu unterstützen würde die sozialdemokratische Partei stets bereit sein.

**15. Dezember.** Die zweite Kammer lehnt die für den Bau eines vierten Panzerschiffs verlangte Summe ab.

**18. Dezember.** Der Kriegsminister Gland giebt in der zweiten Kammer Aufschluß, wie die Regierung sich die Einführung der persönlichen Dienstpflicht denkt.

---

## Luxemburg.

**25. Februar.** Die Deputirtenkammer setzt, nach sechswöchiger Beratung, die Einnahmen für 1897 auf 11 056 100, die Aus-

gaben auf 9910550 Francs fest. Abgeordneter Bruem fragt an, ob es richtig sei, daß Luxemburg, wie Minister Thielen im preussischen Abgeordnetenhaufe erklärt habe, sich der Absicht gegenüber, die Mosel zu kanalisieren, ablehnend verhalte. Minister Gysen antwortet, die Regierung habe immer gehofft, man werde einsehen, daß der Moselkanal niemals den gehegten Erwartungen für die westfälische Eisenindustrie entsprechen werde. 1892 habe sie auf das Drängen der Eisen- und Maschinenindustrie, der Handelskammer und der Eisenbahngesellschaften die Nachteile der Kanalisierung für die luxemburgische Industrie in einem Memorandum an die deutsche Regierung dargelegt.

20. Mai. Die Kammer lehnt einen Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus von 15 auf 10 Francs ab und nimmt eine Vorlage, betreffend die Abschaffung der Kopfsteuer, an.

24. Juli. Großherzog Adolfs achtzigster Geburtstag wird im ganzen Lande gefeiert. Er ist am 24. Juli 1817 zu Diebrich als ältester Sohn des Herzogs Wilhelm von Nassau geboren und folgte 1839 seinem Vater in der Regierung. Obwohl er dem politischen Fortschritt wenig geneigt war, wußte er doch 1848 einen Aufstand in seinem Lande zu vermeiden. Er befehligte 1849 im Kriege gegen Dänemark eine Brigade deutscher Truppen, aber später trat er auf Seite Oesterreichs und 1866 wurde Nassau der preussischen Monarchie einverleibt. Im folgenden Jahre schloß er mit Preußen einen Vertrag, durch den ihm außer verschiedenen Schlössern eine bare Abfindungssumme zuerkannt wurde. Zur Regierung Luxemburgs wurde er am 23. November 1890 berufen.

9. Dezember. Die am 9. November wieder eröffnete Kammer genehmigt eine Aenderung des Schulgesetzes, wonach die Mitwirkung der Lehrer beim Religionsunterricht erweitert wird.

## Dänemark.

### I.

### Reichstag I.

22. Januar. Die Regierung legt dem Folkething zehn Gesetzentwürfe vor, darunter einen über die Reform der Steuern und einen damit in Verbindung stehenden Gesetzentwurf über eine Zollreform.

Der erstere enthält den Vorschlag einer neuen Einkommen- und Ver-

mögenssteuer. Vom Einkommen werden nach Abzug von 600 Kronen in Kopenhagen, 500 in den Provinzstädten und 400 Kronen auf dem Lande, die steuerfrei sind,  $1\frac{1}{4}$  Prozent verlangt. Für jedes Kind unter 15 Jahren gehen außerdem noch 100, 85 oder 70 Kronen als steuerfrei ab, doch so, daß der höchste nicht steuerpflichtige Betrag 900, 750 oder 600 Kronen nicht übersteigt. Vom Vermögen (festem Eigentum, Waren, Rohstoffen, Geld, Wertpapieren und solchen Rechten und Forderungen, die als Kapital berechnet werden können) werden 0,8 vom 1000 erhoben werden. Möbel, Hausrat, Bettzeug u. s. w. sind nicht steuerpflichtig, Kapitalschuld wird bei der Berechnung des Vermögens abgezogen. Für beide Vorschläge gilt Zwang der Selbstangabe mit genauen Einzelangaben nach näher bestimmten Regeln. Abhängig von der Durchführung der Vorschläge ist Uebertragung eines Teils der bisherigen Staatssteuern an die Gemeinden. Wenn der Staat die in dem ersten Vorschlag angenommene neue Einnahme erzielt, so soll dafür die bisherige Hartkornsteuer, drei Viertel der Bauabgaben und ein Drittel der Grundsteuer den Gemeinden abgetreten werden.

5. Februar. Das Steuergesetz wird nach seiner ersten Lesung an eine Kommission gewiesen.

27. Februar. Das Folkething genehmigt eine Regierungsvorlage, betreffend die Erleichterung des Erwerbs von Grund und Boden seitens der ländlichen Arbeiter.

Für den Erwerb von Landparzellen in der Größe von  $3\frac{1}{2}$  bis 5 Tonnen Landes (1 Tonne Land = 5516,3 Quadratmeter) zum Maximalpreise von 4000 Kronen sind folgende Bedingungen gesetzt: Ein Zehntel der Gesamtsumme hat der Käufer sofort zu erlegen, den Rest stundet ihm der Staat. Fünf Zehntel bleiben zu einem Zins von 3 Prozent stehen, drei Zehntel werden mit 3 Prozent verzinst und zugleich mit 1 Prozent jährlich amortisiert. Ein Zehntel endlich bleibt ohne Verzinsung und ohne Amortisation so lange, bis die vorgenannten drei Zehntel ganz abgetragen sind, alsdann wird es ebenfalls mit 3 Prozent verzinst und in Jahresraten von 25 Kronen allgemach abgetragen. Größere Abzahlungen sind dem Besitzer nicht verwehrt, doch müssen dieselben mindestens 50 Kronen jährlich mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Summe betragen.

11. März. In dritter Beratung des Etats für 1898 bewilligt das Folkething zwar 44169 Kronen mehr als in der zweiten Beratung (im ganzen werden dem Kriegs- und Marineministerium 17792998 Kronen bewilligt), verweigert jedoch die weiter verlangten 203997 Kronen, die zum Teil zur Anschaffung von Brisantgranaten und zur Vervollständigung der Armierung der Seebefestigung bestimmt sind. Der Kriegsminister Schad macht von dieser Bewilligung sein Verbleiben im Kabinett abhängig. Die Rücksicht auf die Interessen, die zu wahren er berufen sei, gebiete ihm, auf seiner Forderung zu beharren. Der Wortführer der Linken hält ebenso bestimmt an seiner Weigerung fest. Bewilligungen, die nicht dazu beitragen, dem gedrückten Erwerbsleben aufzuhelfen, sollte man nach Möglichkeit vermeiden. Scharling meint, bei dem augenblicklichen gefahrdrohenden Zustande in Europa sei Sparsamkeit auf militärischen Gebieten übel angebracht. Auch dem Kultusminister

werden 240 000 Kronen verweigert, die er, verteilt auf zehn Jahre, als Zuschuß zum Bau von Kirchen in Kopenhagen verlangt hatte.

12. März. Darauf erklärt der Ministerpräsident Baron v. Reedtz-Thott dem Folkething, daß von demselben beschlossene Budget sei derart, daß das Ministerium damit nicht die Verwaltung führen könne. Wenn an der Verweigerung der Regierungsforderungen festgehalten würde, so könnte das Ministerium die Finanzvorlage nicht annehmen. Der Berichterstatter erklärt, seine Partei habe den Konflikt nicht gewünscht und bedaure die Äußerungen des Ministers. Der Etat geht nun an das Landsthing.

16. März. In der ersten Beratung des Landsthings über das Budget stimmen der Berichterstatter und der ehemalige Ministerpräsident Estrup der vom Ministerpräsidenten im Folkething abgegebenen Erklärung bei, daß die Regierung mit dem vom Folkething angenommenen Heeresbudget die Verwaltung nicht durchführen könne.

26. April. Dieselbe Erklärung giebt der Ministerpräsident in der gemeinschaftlichen Kommission beider Kammern ab.

28. April. Diese Kommission geht auseinander, ohne eine Einigung erreicht zu haben.

5. Mai. Das Ministerium macht einen vergeblichen Versuch, mit dieser dennoch wieder einberufenen Kommission sich zu einigen. Hierdurch ist der 1894 durch einen Ausgleich beendete langjährige Verfassungskstreit wieder aufgelebt.

## II.

### Wechsel des Ministeriums.

11. Mai. Infolge dieses Streits bittet das seit dem 11. August 1894 im Amt befindliche Ministerium des Barons v. Reedtz-Thott um Entlassung.

24. Mai. Der bisherige Minister des Innern, Hoerring, bildet ein neues Ministerium, in dem er selbst den Vorsitz und die Finanzen übernimmt. Der bisherige Marineminister Ravn behält sein Portefeuille und wird einstweilen zum Minister des Aeußern ernannt; der bisherige Kultusminister v. Wardenfleth erhält das Ministerium des Innern, Justizminister Rump behält sein Portefeuille; das Mitglied des Landsthings Hage wird zum Ackerbauminister, der Bischof von Saaland-Falster Stühr zum Unterrichtsminister und Oberst Eugen zum Kriegsminister ernannt. Das neue Ministerium besteht also zur Hälfte aus bisherigen Ministern, nur daß Reedtz-Thott, Oberst Schnack und der bisherige Landwirtschaftsminister ausgeschieden sind.

## III.

## Reichstag II.

27. Mai. Der Ministerpräsident und Finanzminister Hoerring legt dem Folkething den Entwurf eines neuen Etatsgesetzes vor, in dem alle Bewilligungen, die eins der beiden Thinge im bisherigen Entwurfe verworfen hatte, gestrichen sind.

Während also das Folkething auf den Zuschuß zum Friedensbureau in Bern, auf die Erniedrigung des Zinsfußes und die Ueberführung gewisser Steuern an die Gemeinden verzichtet muß, soll sich das Landsting die Streichung der für den Kirchenbau in Kopenhagen verlangten Summe sowie bedeutende Streichungen am Militärbudget gefallen lassen. Von den 200 000 Kronen im Budget des Kriegsministers, die den ersten Anlaß zu dem Streite gaben, sind nur 2800 Kronen in den neuen Voranschlag mit übernommen. Der Minister betont, daß er den Entwurf keineswegs befriedigend finde, da er aber nicht ganz unannehmbar erscheine, so wolle er, um die Rückkehr zu geregelten Zuständen zu erleichtern, auf einen so geänderten Etat eingehen.

17. Juni. Beide Kammern nehmen das neue Budget an, worauf der Reichstag, der am 5. Oktober 1896 eröffnet war, geschlossen wird.

## IV.

## Reichstag III.

4. Oktober. Die neue Session wird eröffnet.

5. Oktober. Finanzminister Hoerring legt dem Folkething den Budgetentwurf für 1898/99 vor. Derselbe weist 68 600 000 Kronen Einnahmen und 68 400 000 Kronen Ausgaben, somit einen Ueberschuß von 200 000 Kronen auf. Das Heeresbudget ist mit 11 Millionen, das Marinebudget mit 7½ Millionen Kronen angesetzt.

16. Oktober. Bei der Budgetberatung des Folkethings führt der Kriegsminister Tuxen aus, das Hauptgewicht sei auf eine neutrale Haltung des Landes bei jedem Konflikt zu legen. Man müsse schnell alle Truppen mobilisiren können. Seeland sei Dänemarks natürliche Festung. Seelands Küste müsse in erster Linie verteidigt werden können, weshalb die Hafenstädte Seelands befestigt und die Seebefestigung Kopenhagens vervollständigt werden müsse.

22. Oktober. Auch der Ministerpräsident Hoerring erklärt im Folkething, das Ministerium sei mit der von dem Folkething in seiner letzten Tagung angenommenen Tagesordnung bezüglich der Aufrechterhaltung der Neutralität bei etwaigen Streitigkeiten

andrer Staaten einverstanden, es beabsichtige keine Aenderung der Heeresorganisation zu beantragen, dagegen seien die Verlegung einer jütländischen Brigade nach Seeland und die Anlage von Küstenbatterien auf Seeland im höchsten Grade wünschenswert.

8. November. Das Folkething berät einen von Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesvorschlag, der eine Neuordnung der Gemeindegewahlen bezweckt, und zwar „zum Schutz gegen das Kapital“; es solle nämlich den Frauen und dem Gefinde das Wahlrecht erteilt werden.

20. November. Der Minister Hoerring bringt im Folkething einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Aufnahme einer neuen dreiprozentigen Staatsanleihe und die Kündigung der dreieinhalbprozentigen Staatsschuld von 1886.

## V.

### Königliche Familie.

Im März. Prinz Christian, ältester Sohn des Kronprinzen Friedrich, geboren 1870, verlobt sich mit der Prinzessin Alexandrine, geboren 1879, ältesten der beiden Töchter des Großherzogs Friedrich Franz III. von Mecklenburg-Schwerin.

(Dadurch werden diese Fürstenhäuser zum viertenmale mit einander verbunden: König Friedrichs IV. erste Gemahlin Luise war eine Prinzessin von der Linie Mecklenburg-Güstrow. Der Erbprinz Ferdinand vermählte sich mit der mecklenburgischen Prinzessin Sophie Friederike, die Mutter des Königs Christian VIII. und der Prinzessin Charlotte, Mutter der jetzigen Königin von Dänemark, wurde. Die erste Gemahlin Christians VIII., Prinzessin Charlotte Friederike, war die Tochter des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin; dieselbe wurde Mutter Königs Friedrich VII.)

27. August. Die zweite Tochter des Kronprinzen Friedrich und der Luise von Schweden, Prinzessin Ingeborg, geboren 1878, vermählt sich mit dem Prinzen Karl von Schweden und Norwegen, Herzoge von Westgotland, drittem Sohne des Königs Oskar, geboren 1861.

(Dies ist im Laufe der letzten zwölf Monate die vierte Verbindung, die in der Familie des Kronprinzen geschlossen wird. Am 5. Mai 1896 ward seine älteste Tochter Luise dem Prinzen Friedrich von Schaumburg-Lippe vermählt, am 22. Juli desselben Jahres heiratete Prinz Karl von Dänemark seine Cousine Prinzessin Maud von Wales, am 24. März 1897 erfolgte die Verlobung des künftigen Thronfolgers Prinzen Christian mit der Prinzessin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin.)



## Schweden.

### I.

### Reichstag.

19. Januar. Der Reichstag wird vom Könige Oskar mit einer Thronrede eröffnet.

Darin werden die freundschaftlichen Beziehungen Schwedens zu dem Auslande hervorgehoben und entgegengesetzte Behauptungen, die auch außerhalb der Landesgrenzen gemacht worden seien, bedauert. Die Welt müsse wissen, daß Schwedens Freiheit des Handelns durch kein Band beschränkt sei, daß Schweden aber andererseits seine uralte Freiheit und Selbständigkeit sichere. Die Bewilligungen für das Heer, die der König als notwendig begehren müsse, sowie die früheren, vom Reichstage bewilligten Forderungen des Königs für das Heer hätten immer nur die Sicherung der nationalen Verteidigungsmittel und die Aufrechterhaltung der Neutralität zum Zwecke gehabt. Ferner spricht der König seine Befriedigung darüber aus, daß seine Mitwirkung als Schiedsrichter bei eventuellen Streitfällen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika gewünscht worden sei. Schließlich erwähnt die Thronrede, daß eine günstige Ernte und günstige Konjunkturen den Wohlstand des Landes erhöht und die Staatseinnahmen vermehrt haben. Die vom Reichstage im Jahre 1892 bewilligte Heeresorganisation werde in diesem Jahre vollendet werden. Der König gedenke daher, die Bewilligung zur versuchsweisen Mobilisirung eines Armeekorps zu beantragen. Endlich kündigt die Thronrede den Weiterbau der nördlichen Staatsbahn in der Richtung der finnischen Grenze an.

Das dem Reichstage vorgelegte Budget weist an Ausgaben 119 Millionen Kronen, d. i.  $7\frac{1}{2}$  Millionen Kronen mehr auf als das vorjährige Budget. Die Einnahmen sind auf 102 Millionen Kronen veranschlagt. Das Defizit wird durch den Ueberschuß früherer Jahre (14 Millionen) und durch den Ueberschuß der Reichsbank (3 Millionen) gedeckt. Das Heeresbudget ist mit  $33\frac{1}{2}$  Millionen (gegen das vorjährige um  $3\frac{1}{4}$  Millionen höher), das Marinebudget mit 14 Millionen (1 Million höher) bedacht.

20. Februar. Beide Kammern lehnen die Anträge wegen provisorischer Verlängerung des gekündigten und im nächsten Juli ablaufenden Zwischenreichsgesetzes ab.

24. April. Der Reichstag genehmigt ein neues Reichsbankgesetz, durch das diese Bank zu einer Zentralbank und nach und nach zur einzigen Zettelbank des Landes umgewandelt werden soll.

21. Mai. Der Reichstag wird geschlossen, nachdem er Vorlagen über die Befestigung Gothenburgs und über eine Mobilmachung im Jahre 1898 abgewiesen hatte.

## II.

## Der König.

19. Mai. König Oskar II. eröffnet die Nordische Ausstellung in Stockholm.

17.—22. September. Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs Oskar II., der 1871, nach dem Tode seines Bruders Karl XV., im 44. Lebensjahre zur Regierung gelangte. Sie beginnt mit einem feierlichen Gottesdienste in der Riddagholmskirche, dem Mausoleum der schwedischen Könige. Sodann findet ein Militärgottesdienst statt, an dem die ganze Garnison Stockholms teilnimmt. Auf die Glückwünsche des Offiziercorps erwidert der König u. a.:

Meine Ahnen und diejenigen der ruhmvollen schwedischen Armee sind die gleichen. Die hieraus entstandne Tradition darf uns jedoch nicht nur als äußerer Schmuck gelten; sie enthält für uns große und weittragende Verpflichtungen. Sollen wir diese Pflichten in dem Sinne auffassen, daß wir dahin trachten, unsre Feldzeichen aufs neue auf fremdem Grunde aufzupflanzen, um den Glanz der schwedischen Waffen zu erneuern? Nein, unsre Zeit stellt andre Aufgaben. Zurückgeführt auf seine gegenwärtigen Grenzen und vereint mit dem Bruderreiche, hat unser Land den Segen eines achtzig Jahre währenden Friedens genießen dürfen. Unser Schwert darf fürder niemals zu andern Zwecken gezogen werden, als zur Verteidigung des geliebten Vaterlandes, seiner Freiheit und Ehre und seines guten Rechts. Aber der schwedische Stahl soll stets seine gute Schneide beibehalten, er soll mit gleicher Begeisterung geführt werden wie früher, wenn es auch künftig nur zu Zwecken der Verteidigung geschieht. Wir bereiten uns unter dem Schutze des Friedens auf den Krieg und erkennen hierin eine bedeutsame Aufgabe des obersten schwedischen Armees- und Flottenkommandos. Weide sollen mit Liebe und Ausdauer, mit dem Aufgebot aller Kraft sowie mit ständig wachsender Einsicht von Jahr zu Jahr ihrer heiligen Pflicht gegen König und Vaterland eingedenk bleiben. Und solange Schwedens Heer und Flotte von diesem Geiste beseelt ist, wird auch das Vaterland sein großes und teures Erbe gegen alle Zufälligkeiten verteidigen können.

Am Festmahle im Schlosse nehmen, außer der königlichen Familie, viele fremde Fürstlichkeiten, die Minister, das diplomatische Corps, die Bischöfe, höhere Beamte und Offiziere teil. Der Kronprinz bringt den Trinkspruch auf den König aus. Dieser empfängt eine große Zahl von Abordnungen, darunter die der Universitäten zu München, Straßburg, Leyden, Wien, Bologna und Oxford. Der Anführer jeder Deputation richtet an den König eine Rede, in der die Verdienste des Königs um die Kunst und die Wissenschaft hervorgehoben werden. Jede Deputation benutzt die Sprache ihres Landes mit Ausnahme der Deputation aus Leyden, die die französische Sprache anwendet. Der König beantwortet die sechs Huldigungsreden mit folgender Rede auf französisch:

Wie soll ich alles, was ich empfinde in dem feierlichen Augenblick, zum Ausdruck bringen, wo so viele ebenso seltene wie hervorragend ehrende Aus-

zeichnungen mir zugleich vom gelehrten Europa zu teil geworden sind, das durch Sie und die Universitäten, die Sie entsandt haben, so würdig vertreten wird! Meine Dankbarkeit für die wohlwollenden Urteile, die dazu Anlaß gaben, wird niemals aus meinem Herzen schwinden. In meiner Seele und meinem Gewissen muß ich gestehen, daß ich fürchte, nicht alle gewollten Bedingungen zu erfüllen, um so, wie ich es wünschte, die mir heute dargebotnen Bezeugungen hoher Würdigung zu rechtfertigen. Es ist Ihnen sicher nicht unbekannt, daß ein Herrscher auf seinem von der Vorsehung vorgezeichneten Wege so viel schwere Sorgen, so vielfache Pflichten vor sich findet, daß er kaum Zeit hat, Professor zu werden. Und für mich sind diese Pflichten und Sorgen doppelte. So habe ich auch nicht die Präntention, die Rechte auf die Universitätsstoga anzustreben, die die bestandnen Prüfungen gewähren. Aber wenigstens kann ich in gutem Glauben versichern, daß in meinem Herzen eine aufrichtige Liebe für alles herrscht, was auf die intellektuelle Kultur der Menschheit Bezug hat, ebenso wie für die ersten Studien im allgemeinen. Verjüngt durch den Hauch, den sie mit sich bringen, wird diese Liebe mich niemals mehr verlassen und wird so, wie ich hoffe, die gute Meinung rechtfertigen, die Sie in Bezug auf mich auf eine so rührende und löbliche Weise kundgegeben haben. Geben Sie Ihren Kollegen die Zusicherung, daß ich die edle und höchste Majestät der Wissenschaft anerkenne und immer anerkennen werde. So lange diese auf den Glauben an Gott sich gründet, wird sie, so ist meine unerschütterliche Ueberzeugung, den Menschen mehr und mehr würdig seines hohen Berufs machen. Darum bitte ich den Allmächtigen, daß er Sie alle in seiner heiligen Hut habe!

**21. September.** König Oskar empfängt in Schloß Drottningholm die Mitglieder des in Stockholm tagenden vierten Journalistenkongresses und sagt in einem Trinkspruche bei dem ihnen gegebenen Mahle:

Unter den Einrichtungen der gegenwärtigen Zeit nimmt die Presse unbestreitbar einen der hervorragendsten Plätze ein. Die Macht, die sie besitzt, scheint in der That eine überwältigende zu sein, und solange die Presse, wie es sich gehört, sich der hohen Verantwortlichkeit bewußt bleibt, die die unvermeidliche Folge ihrer Macht ist, muß sie sicher auch als eine große Wohlthat für die menschliche Gesellschaft betrachtet werden. Das schwedische Volk empfindet daher berechnete Freude darüber, daß der internationale Journalistenkongreß Stockholm als Versammlungsort für dieses Jahr gewählt hat. Schweden ist eines der Länder, wo die konstitutionellen Freiheiten die ältesten und tiefsten Wurzeln haben. Die Freiheit der Presse namentlich ist hier, man kann sagen, thatächlich fast unbegrenzt. Mit seiner Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit hat indeß unser Land stets die Achtung vor der Gesetzmäßigkeit und der Loyalität zu vereinigen gewußt. Seine Geschichte beweist, daß die sehr seltenen, vorübergehenden Ausnahmen nur die Regel bestätigen. Einst wurden unsre schwedischen Fahnen gar weit über die Grenzen des Vaterlandes getragen, aber die Begebenheiten dieser ruhmreichen, wenngleich nicht immer glücklichen Zeit sind nur noch eine Erinnerung. Dieses Volk, Nachkommen der alten Wikinger, strebt in unsern Tagen nur noch nach dem Ruhm friedlicher Großthaten und Siege auf dem Wege der Gerechtigkeit. Sie werden sich während dieser Tage hier selbst ein ziemlich genaues Urtheil haben bilden können über die Entwicklung der vereinigten Königreiche der skandinavischen Halbinsel in der glücklichen und friedlichen Periode dieses Jahrhunderts, das sich seinem Ende zuneigt. In dem Wunsche, stets in gutem

Einvernehmen und in durchaus freundschaftlichen Beziehungen mit allen zivilisirten Nationen zu leben, haben die Brudervölker, an deren Spitze mich die Vorsehung gestellt hat, das Vertrauen, Ihre Sympathie zu verdienen und zu gewinnen. Als einen kostbaren Beweis solcher Empfindungen stelle ich Ihre Anwesenheit hier mit Freuden fest.

### III.

## Verhältniß zu Norwegen.

12. Juli. Der unter dem Namen des Zwischenreichsgesetzes bekannte schwedisch-norwegische Handels- und Schifffahrtsvertrag tritt infolge obigen Beschlusses des schwedischen Reichstages vom 20. Februar außer Kraft.

20. Juli. In Stockholm findet eine Feier des 500jährigen Gedenktages der Kalmarischen Union oder der Vereinigung der drei skandinavischen Reiche und Finnlands statt. (Die Union bestand nur 127 Jahre, vom 20. Juli 1397 bis zum 1. September 1524.)

Anfang November. Gelegentlich der von Bevollmächtigten beider Reiche vorgenommenen neuen Festsetzung der Zwischenreichsgrenze entsteht ein Streit über das Besitzrecht an den am Svinesund liegenden Inseln, den Fjordinseln Griseboerne gegenüber von Strömstadt und den im Singlefjord liegenden Raženinseln.

Auf der Reichskarte von 1661 sind diese Inseln als schwedisches Besitzthum bezeichnet; dagegen wird der umliegende Fjordeinschnitt im Skagerrak hauptsächlich von norwegischen Hochseefischern mit Erfolg betrieben, ein Umstand, aus dem man norwegischerseits glaubt, daß das Besitzrecht auf jene Inseln seit langem an Norwegen übergegangen sei. Als jetzt die norwegischen Kommissare den Versuch machten, die Grenzregulirung in ihrem Sinne zu corrigiren, erhoben die schwedischen Bevollmächtigten ernstlichen Widerspruch. Die fraglichen Inseln liegen von der norwegischen Küste 4 Kilometer entfernt, von der schwedischen jedoch kaum 1 Kilometer.

Der Streit wird in diesem Jahre nicht beendet.

14. Dezember. Das schwedisch-norwegische Unionskomitee geht auseinander, nachdem sich eine Verständigung über eine Ordnung der auswärtigen Angelegenheiten beider Reiche als unmöglich herausgestellt hat.

## Norwegen.

### I.

### Reichstag.

2. Februar. Die dritte und letzte Tagung der laufenden Legislaturperiode des Storthings wird mit einer Thronrede eröffnet, in der hervorgehoben wird, daß die Beziehungen der vereinigten Reiche zu den auswärtigen Mächten unverändert freundschaftliche seien. Im abgelaufenen Jahre sei nichts eingetreten, was die im Vorjahre ausgesprochenen Hoffnungen des Königs erschüttern könnte, daß es auch künftighin gelingen werde, die Aktionsfreiheit der Regierung zu bewahren, ohne den fremden Mächten irgendwelche Zusage bezüglich des Beistandes bei künftigen Konflikten zu geben. Die Verhandlungen über ein neues Gesetz betreffend ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der Seefahrtsverhältnisse der vereinigten Reiche seien erfolglos geblieben; die infolge Aufhebung der jetzigen diesbezüglichen Gesetze zu treffenden Maßnahmen würden einer Erwägung unterzogen. Die ganze Rede ist nüchtern gehalten. Die Krone sieht sich bei der Zusammenfassung des Reichstags nicht veranlaßt, andre als rein geschäftliche Gesichtspunkte vorwalten zu lassen. Daher findet sich in ihr auch kein Hinweis auf die Aufgaben des Storthings in nationaler Hinsicht.

21. März. Das Odelsthing nimmt einen Gesetzentwurf an, nach dem Arbeitgeber mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden, die versuchen, durch Entlassung, durch Drohung mit der Entlassung oder dem Verluste des Arbeitsverdienstes, durch Gewährung, Verweigerung oder Versprechen von Vorteilen oder durch lügenhafte, offenbar unbegründete Vorpiegelungen ökonomischer Natur, in das politische Auftreten ihrer Untergebenen oder deren außerhalb der Arbeitszeit erfolgende Teilnahme am sachlichen oder politischen Vereinsleben einzugreifen oder in dieser Hinsicht einen Einfluß auszuüben. Ebenso werden diejenigen bestraft, die durch Bestimmungen in den Arbeitsverträgen oder Arbeitsordnungen einen derartigen Einfluß auszuüben versuchen.

20. Mai. Der Reichstag wird geschlossen, nachdem er sich weniger den laufenden Aufgaben gewidmet, als mit andern Dingen beschäftigt hat.

Unter Vorsitz Manns, des eifrigsten Gegners der Union mit Schweden, hatte er sich tagelang mit dem Nordpolfahrer Ransen beschäftigt, insbesondere über die Frage, ob ihm ein bescheidener Beweis von Dankbarkeit entgegengebracht werden solle, bis schließlich seinen zwölf Gefährten 40 000 Kronen bewilligt wurden. Ein Antrag auf eine Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium Hagerup fand Stimmengleichheit. Das Odelsthing beschloß zwei Gesetze, die Eingriffe in das Eigentumsrecht enthalten.

## II.

## Neuwahlen zum Reichstage.

12. November. Die am 15. August begonnenen Neuwahlen enden derart, daß die Radikalen mit der Mandatszahl 77 die lange erstrebte Zweidrittelmehrheit erlangen, die z. B. genügt, um das allgemeine Stimmrecht einzuführen und Aenderungen in der Verfassung, die die Unionsverhältnisse berühren, herbeizuführen. Von 196 000 Wahlberechtigten haben 166 000 die Stimme abgegeben, und zwar 87 000 im Sinne der Linken, 78 000 im Sinne der Gemäßigten. Die Radikalen zählten im letzten Stortthing 59 Mann gegen 55 von der Rechten, während aus den vorhergehenden Wahlen (1891), als der Unionskonflikt in Fluß kam, 64 Radikale und 50 Konservative und Gemäßigte hervorgingen. Die vorigen Wahlen hatten einen Rückgang bedeutet und mindestens keine allzu großen Hoffnungen auf die Zukunft gelassen. Diese sind durch die jetzigen Wahlen vernichtet.

## Schweiz.

## I.

## Volksabstimmungen.

28. Februar. Das Schweizervolk hat über eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen, über die Frage der Errichtung einer Bundesbank, zu entscheiden.

1892 wurde in Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit dem Bunde das Monopol zur Ausgabe von Banknoten übertragen und zugleich die Errichtung einer Zentralbank in Aussicht genommen. Seitdem ist ein Geseßentwurf durch die Bundesversammlung angenommen worden, der eine reine Staatsbank bezweckt und das Lieblingsprojekt der französischen Schweizer, die private Aktienbank, endgiltig beseitigen will. Die Bankzustände haben sich längst als unhaltbar erwiesen. Das kleine Land besitzt fast in jedem seiner 22 Kantone, mit Ausnahme der Berggegenden, eine Emissionsbank, und diese Banken üben zwar das Notenmonopol unter Bundesaufsicht und nach genauem, gegen schädlichen Mißbrauch gerichteten Vorschriften aus, stehen aber unter sich nur wenig in Berührung und vermögen den Bedürfnissen des Verkehrs nicht mehr zu genügen. Der Mangel an Noten wiederholt sich periodisch und droht bald zu einer ständigen Plagiamität zu werden. Es fehlt an einer Zentralstelle, von der aus der Geldumlauf des Landes übersehen und befriedigend geordnet werden kann. Unter dem Druck der verschiedensten Anschauungen und Interessen ist man schließlich über folgende Lösung übereingekommen: Der Bund soll die volle Verantwortlichkeit für die

Bank übernehmen, ohne auch nur einen Franken Profit einzusteden; der ganze Reinertrag gehört den Kantonen nach Maßgabe ihrer jeweiligen Wohnbevölkerung. Das ganze Benefiz des Bundes besteht darin, daß die Bank denassenverkehr der gesamten Bundesverwaltung unentgeltlich besorgen soll. Außerdem haben die Kantone das Recht, zwei Fünftel des Grundkapitals, das einstweilen auf 25 Millionen Franken angenommen wird, zu zeichnen, wobei eine 3 $\frac{1}{2}$ prozentige Verzinsung vorgesehen ist; das übrige übernimmt der Bund. Auch in der Zusammensetzung der obersten Leitung der Bank, des Bankrates, sind zuwiderlaufende Elemente zusammengeschweisht. Es sollen 15 Mitglieder dieser Behörde durch den Bundesrat ernannt werden und 10 Mitglieder von den Kantonen, die zu einem besondern Wahlkollegium zusammenzutreten.

Dieses Gesetz wird mit 247500 gegen 192500 Stimmen verworfen. 240000 Stimmberechtigte haben nicht abgestimmt. Die Verwerfung ist durch drei Strömungen herbeigeführt: die föderalistische, die dem Bunde keine Erweiterung seines Einflusses gönnt, die mauchesterliche, die in der Staatsbank eine staatssozialistische Maßregel sieht und sie verwirft, und eine dritte Partei, die zwar eine staatliche Monopolbank will, sie aber nicht mit Staatsmitteln, sondern mit Privatkapital ausstatten möchte. Letztere Partei hat die Agitation gegen die Vorlage am eifrigsten betrieben und sich auch anheißig gemacht, im Falle ihrer Verwerfung einen in ihrem Sinne gehaltenen Entwurf vor die gesetzgebenden Räte zu bringen. Von den 22 Kantonen stimmen nur 9 für die Vorlage.

11. Juli. Das Schweizervolk stimmt ab über zwei Verfassungsänderungen. Die betreffenden Gesetze folgen erst später, wenn das Volk den Bundesbehörden hierzu die Befugnis eingeräumt hat. Bevor Gesetze erlassen werden können, müssen sie in der Bundesverfassung rechtlich festgelegt werden können. Von den beiden Vorlagen bezweckt die eine, dem Bunde das Recht zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs einzuräumen, die andre will dem Bunde die Vollmacht gewähren, die Aufsicht über die Wasser- und Forstpolizei, die sich bisher nur auf das Hochgebirge beschränkte, auf das ganze Land auszu dehnen. Von den etwa 690000 Stimmberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung nur etwa 240000, also mehr als 200000 weniger als an der Abstimmung vom 28. Februar. Für den Lebensmittelartikel werden etwa 165000, dagegen etwa 85000 Stimmen abgegeben; von den Kantonen stimmen 18 $\frac{1}{2}$  dafür, 3 $\frac{1}{2}$  dagegen. Der Forstartikel wird von etwa 160000 Stimmen (gegen 88000) und von 16 Kantonen (gegen 6) angenommen. (In einigen Kantonen erscheinen nur 20 Prozent der Stimmberechtigten.)

## II.

**Rückkauf der Eisenbahnen.**

**25. März.** Der Bundesrat veröffentlicht eine Botschaft über den Rückkauf der Eisenbahnen.

Sie enthält eine geschichtliche Darstellung über die Entwicklung des Eisenbahnwesens in der Schweiz und im Anschluß daran die grundsätzliche Begründung der Notwendigkeit der Verstaatlichung. Sie enthält sodann eine Berechnung der zu bezahlenden Entschädigungen, giebt eine Erörterung der Organisation der Staatsbahnverwaltung und stellt den Antrag auf Ankündigung des konzessionsgemäßen Rückkaufs gegenüber den fünf Hauptbahnen, nämlich der Jura-Simplon-Bahn, der Schweizer Centralbahn einschließlich der Gemeinschaftsbahnen, der Nordostbahn einschließlich der Gemeinschaftsbahnen, der Bahnunternehmungen Wohlen-Braugarten bezw. der vereinigten Schweizer Bahnen und der Gotthardbahn. Wenn der einheitliche Rückkauf der gesamten Nordostbahn auf Grund der für das Stammnetz giltigen Bestimmungen nicht erreichbar ist, so sollen diejenigen Linien nicht zurückgekauft werden, deren Erwerb nur mit unverhältnismäßigen Opfern möglich und deren Besitz nicht für den rationellen Bahnbetrieb unentbehrlich ist. Als Beilage enthält die Vorlage einen Entwurf zu einem Bundesgesetz, betreffend den Erwerb und Betrieb von Eisenbahnen für Rechnung des Bundes und die Organisation der Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen. Die konzessionsgemäßen Rückkaufsentchädigungen werden auf den 1. Mai 1908 bezw. 1909 im ganzen auf 964384769 Franken berechnet.

**15. Juni.** Der Ständerat nimmt diesen Gesetzentwurf mit 25 gegen 17 Stimmen an.

**28. September.** Der Nationalrat nimmt die Hauptbestimmung der Vorlage unverändert an und setzt im übrigen fest, daß der Bund den fünf Hauptbahnen den Rückkauf anzukündigen habe, während der Ständerat eine Fassung beschlossen hatte, der zufolge dem Bunde nur das Recht zur Ankündigung des Rückkaufs gewährt werden sollte.

## III.

**Ausstand von Eisenbahnbeamten.**

**12. März.** Beginn eines allgemeinen Streiks des an der Nordostbahn angestellten Betriebspersonals (5000 Zugführer, Heizer, Schaffner, Weichensteller, Bahnarbeiter).

Seit längerer Zeit hat der Verband schweizerischer Transportangestellter eine Reihe von Forderungen auf Lohnerhöhung zc. aufgestellt und er hatte durchgesetzt, daß der Verwaltungsrat der schweizerischen Nordostbahn eine Kommission zur Untersuchung der Wünsche und Beschwerden der Unzufriedenen eingesetzt hatte. Infolge der Agitationen aber, die, namentlich durch den Generalsekretär des Eisenbahnverbandes, geleitet wurden, haben die Anhänger der schärfsten Tonart die Oberhand bekommen; die Ergebnisse jener Kom-



missionsberatungen werden nicht abgewartet, sondern es wird der Ausstand begonnen; auf dem ganzen, 800 Kilometer langen Bahnnetz der Nordostbahn verkehrt kein Zug mehr.

13. März. Der „Bund“ in Bern billigt diesen Ausstand, indem er sagt: „Auf eine unverantwortlichere Weise ist wohl nie von einer Verwaltung oder Direktion ein Streik heraufbeschworen worden, als es im vorliegenden Fall seitens der Nordostbahn geschehen. Sie hat den Angestellten förmlich gegebene Zusagen nicht gehalten und suchte sich durch offenkundige Ausflüchte den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Daher steht die öffentliche Meinung zum Personal und der Bund mächte unzweifelhaft und zwar wohl schon auf Grund der Konzessionsbedingungen einschreiten.“ — Die „N. Züricher Ztg.“ dagegen sagt: „Wir stehen vor einer Unbesonnenheit, die einer Ungeheuerlichkeit gleichkommt. Wie weit die Beschwerden der Nordostbahnangestellten berechtigt sind oder nicht, steht für den Augenblick nicht in Frage. Wir haben es bloß mit der Thatfache zu thun, daß sie eine großartige Betriebsstörung und damit eine ungeheure Schädigung des Publikums und unsern ganzen Volkswirtschaft in Szene gesetzt haben, weil es ihnen an Mut oder Geduld fehlte, das Ergebnis einer binnen wenigen Wochen abzuschließenden objektiven und unparteiischen Untersuchung abzuwarten. Ohne die Rechtsmittel erschöpft zu haben, ja in einem Augenblick, wo ihnen die Erfüllung ihres Rechtes in naher Aussicht stand, greifen die irreführten und verheßten Leute zu vertragswidriger Selbsthilfe.“

#### IV.

### Bundesversammlung.

19. März. Der Ständerat spricht sich für einen neuen Verfassungsartikel aus, der dem Bunde das Recht der Gesetzgebung auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts verleiht.

16. Dezember. Die Bundesversammlung wählt den bisherigen Vizepräsidenten und Vorstand des Departements des Innern, Ruffy aus Waadt, zum Bundespräsidenten; zum Vizepräsidenten wird Müller, der bisherige Vorstand des Militär-Departements, gewählt.

#### V.

### Kantone.

25. April. Die Landsgemeinde von Unterwalden nid dem Balde verwirft in Volksabstimmung die beantragte Aenderung der Verfassung, nachdem sich der Bischof von Chur, zu dessen Sprengel der Kanton gehört, sehr entschieden und unter Berufung auf die in

der Schweiz nicht anerkannten Bestimmungen des Tridentiner Konzils dagegen ausgesprochen hatte.

27. Juni. Im Kanton Zürich wird ein Gesetzentwurf über Aenderung der Organisation des Polizeikorps in Volksabstimmung verworfen, dagegen eine Aenderung des Strafgesetzes über die Sittlichkeitsvergehen angenommen.

4. September. In Freiburg treffen 500 deutsche Pilger ein, meistens Teilnehmer an dem zu Landskron in Bayern stattgehabten deutschen Katholikentage, nach einem Besuche in Kloster Einsiedeln, als Wallfahrer zum Grabe des 1597 in Freiburg gestorbenen Peter Canisius, genannt Canisius aus Rymwegen, der am 20. November 1864 heilig gesprochen ist.

In einer Versammlung der Wallfahrer führt Domkapitular Gutmann aus, daß das Leben des Canisius eine wahre Verkörperung des Wahlspruches des Jesuitenordens sei: „Alles zur größern Ehre Gottes.“ Er bewillkommt die Pilger und weist hin auf die schon durch Canisius hervorgehobene Glaubensfestigkeit und Treue der Freiburger.

5. September. Weihbischof Knecht von Freiburg i. Br. hält den Wallfahrern die Festpredigt, in der er Canisius in seiner Liebe zu Christus, zur Kirche, zur Tugend und zur Wissenschaft schildert. Sodann führt Inspektor Dieffenbach aus Frankfurt a. M. aus, daß, wie in den Kreuzzügen ein Ziel, das Grab des Erlösers, die Pilger aller Nationen vereinte, so auch die deutschen Katholiken, auspilgernd von verschiedenen Punkten ein Ziel vereint habe: das Grab des Canisius. Die Pilgerfahrt sei ein öffentliches Bekenntnis der Glaubensfestigkeit und Glaubensbeharrlichkeit. Die zu bekundende, fährt Redner fort, ist notwendig. „Leider sieht Deutschland in dieser Hinsicht nicht gut aus. Zunächst müssen wir, um Abhilfe zu schaffen, die Unterrichtsfreiheit wieder haben. Man sagt, wir hätten noch sechs stiftungsgemäße katholische Hochschulen. Wir leben da gewissermaßen in gemischter Ehe, und geben das schwächere Geschlecht ab. An den deutschen Hochschulen wachsen die Studenten vielfach in einer Atmosphäre auf, daß es natürlich erscheint, wenn sie nicht nach dem Glauben leben und handeln. Man wirft uns Katholiken einen Rückstand auf dem Gebiete der Wissenschaft vor. Wir können es nicht leugnen, aber die Schuld liegt nicht ganz bei uns, jedenfalls ist er eine der Ursachen, daß die Katholiken im Gelehrtenfach sich keines gleichen Wettbewerbes erfreuen. Am Grabe des Canisius wollen wir eine Fackel anzünden, sie schwingen, gesetzmäßig, aber ernstlich und auch andre begeisternd, wir wollen kämpfen für Gott, Kirche und Vaterland.“ Kantonspräsident und Mitglied des Staatsrates Pythou sagt: Wir haben viele Gründe stolz zu sein, daß die deutschen Pilger zu uns gekommen sind. Wir haben Respekt vor den deutschen Katholiken. Sie haben eine katholisch-politische Partei, das Zentrum. Wir haben von ihnen gelernt, wie Katholiken auf katholisch-politischem Boden kämpfen müssen. Der Staat mischt sich gern in katholische Kirchensachen, also müssen sich die Katholiken auch in Staatsachen mischen. Das aber geht nicht ohne Politik, darum muß Politik zur Verteidigung der Religion getrieben werden. Wir haben die Katholiken Deutschlands auch deshalb lieb, weil wir an ihnen die größte Stütze für unsere katholische Universität hatten. Diese Dankeschuld zahlen wir, indem wir sie durch unsere Universität abtragen, die auch deutsche Studenten besuchen. Nach einer vom Domprediger Stiegenberger aus Augsburg am Grabe des Canisius gehaltenen Segensandacht be-

schließen die Pilger, an den Papst folgendes Telegramm zu richten: „600 Pilger Deutschlands am Grabe des seligen Canisius senden gehorsamsten Dank für die Encyklika Præclara für die Wiedervereinigung der getrennten Brüder in der Einheit des Glaubens und Militantus für die christliche Schule, gelobend, zu beten und zu arbeiten, bis die Realisirung erfolgt ist.“ Auf Anregung des Pfarrers Bender aus St. Goarshausen wird endlich beschlossen: „600 Pilger, als Vertreter aller Gegenden Deutschlands am Grabe des seligen Canisius versammelt, protestiren als Deutsche und Katholiken gegen die durch nichts gerechtfertigte Ausweisung der Jesuiten aus dem deutschen Reich und wiederholen die Forderung auf Aufhebung des Jesuiten = Gesetzes.“

7. November. Die Neuwahl der Regierung im Kanton Genf führt einen völligen Umschwung herbei: an Stelle der konservativen Partei, die seit 1889 regierte, tritt eine radikale als Folge des gegen Ende d. J. 1896 geschlossenen radikal-sozialistischen Bündnisses.

28. November. Im Kanton Bern kommt ein neues Armengesetz zu stande, in dem Anordnungen zum besten armer Kinder getroffen werden, die bisher als „Verdingkinder“ von hartenherzigen Behörden denjenigen Privaten zur Erziehung übergeben wurden, die dafür am wenigsten Entgelt forderten. Die Bestimmungen des neuen Gesetzes machen eine Armensteuer nötig, die vom Kapital erhoben werden soll.

Ende November. Bischof Battaglia von Chur erläßt an die Geistlichkeit im Kanton Schwyz ein Hirtenschreiben mit der Aufforderung zur Weltendmachung ihres ganzen Einflusses, um die Verwerfung der dort geplanten neuen Kantonsverfassung zu bewirken, deren Kirchenartikel ihm verhaßt sind.

9. Dezember. Neun deutsche Professoren an der seit dem 4. November 1889 bestehenden Universität Freiburg zeigen der Regierung des Kantons an, daß sie mit Schluß des Wintersemesters ihre Lehrthätigkeit an dieser Universität aufgeben werden.

Als sie berufen wurden, war es die ausgesprochene Absicht, die Universität ganz nach dem Vorbilde der deutschen Universitäten einzurichten; der Nationalrat Decurtius gab damals jedem einzelnen jener Herren die formelle Zusicherung dafür, daß der Ausbau der Universität in dieser Richtung betrieben werden solle und daß der Staat der Universität in allen innern Angelegenheiten die für ihre Zwecke notwendige Selbständigkeit gewähre. (Allg. Ztg. Beil. v. 23. Dez. 97.) Nachdem Johann zur juristischen und philosophischen Fakultät 1890 noch eine theologische und 1891 eine naturwissenschaftliche hinzugefügt war, drängten polnische und französische Einflüsse das deutsche Element in den Hintergrund. Besonders mächtig wurden die in der theologischen Fakultät angestellten Dominikaner, die romanischen Nationalitäten angehörten. Infolgedessen kam ein 1894 entworfenes Universitätsgesetz nicht zu Stande, und die Regierung erwies sich schwach gegen die Ansprüche der Dominikaner. Nach der „Zürich. Ztg.“ erfüllte sie die den deutschen Professoren bei der Anstellung gemachten Versprechungen nicht. Nachher wird in demselben Blatte die Richtigkeit dieser Darstellung geleugnet. Deutsche Blätter sind der Ansicht, der Austritt der neun deutschen Professoren bedeute den Bankrott dieser Universität.

19. Dezember. Im Kanton Genf wird eine Forderung der Sozialisten, betreffend Abschaffung des Kultusbudgets und Zuweisung seiner Aufgaben an eine neu zu gründende Altersversorgungskasse, in Volksabstimmung verworfen.

## Türkei und Griechenland.

### I.

#### Die Frage Kretas.

Ende Januar. Die Aufregung auf Kreta ist wieder in Zunahme begriffen. Der Sultan hatte zwar am 20. August 1896 die von den Botschaftern der Großmächte verlangten Zugeständnisse (Gesch.-Kal. 96, II. S. 392) bewilligt, aber schon im September vorigen Jahres hatte es den Anschein, daß die Ruhe nur scheinbar hergestellt sei. Jetzt finden wieder täglich Ermordungen und Raubankfälle statt. Es entsteht eine allgemeine panische Furcht. Massen von Muhammedanern drängen sich, von Christen vertrieben, aus dem Innern nach den Städten.

1. Februar. In der Nähe Kaneas werden vier Türken von Christen getötet. Türken stecken das Dorf Galata in Brand.

5. Februar. Ein Teil der Stadt Kanea wird durch Brand zerstört. Der dortige französische Konsul veranlaßt die Landung von Mannschaften der hier vor Anker liegenden französischen und österreichischen Kriegsschiffe. Die Christen auf Kreta überreichen dem Konsularkorps eine Denkschrift mit Vorwürfen gegen die türkische Verwaltung wegen langsamer Durchführung der zugestandnen Reformen. Andererseits wird als erwiesen angenommen, daß ein türkisches Komitee die Einwanderung von Muhammedanern nach den Städten zum Zwecke einer Kundgebung gegen die Durchführung der Reformen ins Werk gesetzt hat. Die Pforte lehnt die vom Generalgouverneur dringend verlangte Truppenverstärkung ab, aus Besorgnis, daß die Ankunft der Truppen den Aufstand aufs neue entfachen würde.

6. Februar. Das griechische Kriegsschiff „Alpheios“ erhält Befehl, nach Kreta zu segeln. Die griechische Yacht „Sphoktonia“ geht nach Milo in See, um flüchtige Christen aus Kreta nach Athen zu bringen. In mehreren griechischen Provinzialstädten, besonders in Trikala, finden Volksversammlungen statt, in denen Adressen an die Regierung beschlossen werden, die ihre thatkräftige, zielbewußte Politik begrüßen.

7. Februar. Griechische Kriegsschiffe kommen vor Kanea an, ohne die türkische Flagge zu grüßen. Dortige Christen flüchten sich in den Palast des türkischen Gouverneurs, der andauernd von Türken umgeben wird. Die von der Feuersbrunst in Kanea verschonten Häuser werden von Türken geplündert. In Athen begeben sich etwa dreitausend Personen vor das Marineministerium

und veranstalten unter den Rufen: „Hoch Kreta! Hoch die Union!“ eine Kundgebung.

8. Februar. Ein kretensisches Komitee in Athen sagt in einem Aufrufe an das griechische Volk, das Volk von Kreta appellire beim Beginne seines Freiheitskampfes an seine freien Brüder. — Durch Erlass des Königs von Griechenland werden die Rekruten aus 1891 zu den Manövern einberufen, die im April im ständigen Lager von Thessaloniki stattfinden sollen. Die Christen im Innern Kretas hissen die griechische Fahne, verkündigen die Vereinigung der Insel mit Griechenland und fordern den König Georg auf, von derselben Besitz zu ergreifen.

9. Februar. Das Amtsblatt in Athen veröffentlicht einen königlichen Erlass, in dem die Indienststellung fast sämtlicher Kriegsschiffe angeordnet wird. Zwei Torpedobootsollen nach Kreta abgehen. Die Pforte macht die Mächte auf die Haltung Griechenlands aufmerksam und behauptet, die Lage auf Kreta sei durch die Reformprojekte hervorgerufen.

10. Februar. In der griechischen Deputiertenkammer wird an den Ministerpräsidenten Delhannis die Anfrage gerichtet, ob es wahr sei, daß eine Flottille von Torpedobooten unter dem Kommando des Prinzen Georg abgegangen und mit welchen Befehlen dies geschehen sei. Delhannis erwidert, er könne nicht mitteilen, mit welchen Ordres die Flottille versehen sei. Malli richtet die Anfrage an die Regierung, ob die Nachricht wahr sei, daß die Botschafter der Mächte in Konstantinopel die Türkei verhindern, Truppen nach Kreta zu senden. Der Ministerpräsident erklärt, er besitze keine amtliche Nachricht hierüber, aber Griechenland, und in jedem Falle die Regierung, habe ihre Entscheidung bereits getroffen. — Die Regierungen sämtlicher Großmächte bieten in Athen eifrige Bemühungen auf, um Griechenland von einer Stellungnahme bezüglich Kretas abzuhalten, die zum diplomatischen Bruche mit der Türkei führen könnte. Sie betonen die Verantwortlichkeit, die Griechenland durch eine Aktionspolitik und eine Verwicklung der kretischen Frage im gegenwärtigen Zeitpunkte auf sich laden würde. — Abends segelt Prinz Georg, unter den lebhaftesten Zurufen der Bevölkerung, mit sechs Torpedobooten nach Kreta ab. — Das griechische Panzerschiff „Hydra“ schiffet bei Kanea Waffen und Munition aus.

11. Februar. Die griechische Regierung richtet an die Mächte eine Note mit der Erklärung, Griechenland könne den Ereignissen in Kreta nicht als einfacher Zuschauer gegenüberstehen wegen seiner Pflicht gegen die Christen und seiner Gefühle für eine bluts- und glaubensverwandte Bevölkerung. — Der türkische General-

gouverneur von Kreta, Werowitsch Pascha, wird im griechischen Konsulate zu Halepa von bewaffneten Christen beschützt.

12. Februar. Ein griechisches Kriegsschiff greift vor Ranea einen türkischen Transportdampfer mit einer Ladung von Kriegsvorrat und einer kleinen Truppenverstärkung an und zwingt ihn durch Geschützfeuer zur Rückkehr. Auf diese Nachricht kündigt der Großvezier einigen Botschaftern die Absicht der Pforte an, den Friedensbruch mit dem sofortigen Einmarsch türkischer Truppen in Thessalien zu beantworten. Die Botschafter erwidern beschwichtigend und von diesem Vorhaben entschieden abmahnend.

14. Februar. In Athen werden die Reserven der Jahressklassen 1893 und 1894 mit dem Befehl, sich in achtundvierzig Stunden zu stellen, zu den Fahnen einberufen. Prinz Nikolaus geht mit dem dritten Artillerieregiment nach Larissa. — Der Generalgouverneur von Kreta verläßt die Insel. Die Aufständischen bringen gegen die Landenge, die die Halbinsel mit dem Hauptland verbindet, vor und verwickeln die türkische Artillerie in ein Gefecht.

15. Februar. In der Deputirtenkammer zu Athen bestätigt der Ministerpräsident Delhannis auf eine Anfrage die Entsendung einer griechischen Truppenabteilung nach Kreta. Auf die Nachricht von der Landung griechischer Truppen auf Kreta werden in Athen zahlreiche Kundgebungen veranstaltet. Eine große Menschenmenge durchzieht die Straßen unter dem Rufe: „Es lebe Kreta!“ bis zum königlichen Schlosse und bringt dem Könige begeisterte Huldigungen dar. — Auf eine vom französischen Gesandten Bourée in Athen überreichte gemeinsame Note der Großmächte erwidert die griechische Regierung, daß ihre Einmischung auf Kreta durch die dortigen Mekeleien gerechtfertigt und keineswegs durch den Wunsch, in dem Lande Unruhen hervorzurufen, veranlaßt sei. Die Regierung sei entschlossen, mit den Truppensendungen fortzufahren, um die Ordnung auf Kreta wiederherzustellen. — Die Reserven der Jahressklassen 1872 und 1873 werden einberufen und haben sich binnen achtundvierzig Stunden zu stellen. — Die Botschafter in Konstantinopel nehmen den Vorschlag Englands an, Ranea, Herakleion und Rethymo durch Mannschaften der Schiffe der Großmächte zu besetzen, die griechische Flotte von Kreta zu entfernen und die Entsendung von Verstärkungen für die türkischen Truppen zu verhindern. Die Maßnahmen bezwecken die Hintanhaltung und gewaltsame Verhinderung weiteren feindseligen Vorgehens der griechischen Schiffe. — Der Befehlshaber der britischen Kriegsschiffe droht dem Prinzen Georg von Griechenland an, wenn er die ihm von der griechischen Regierung erteilten Befehle ausführe,

so würde er zur Anwendung von Gewalt ihm gegenüber gezwungen sein. — Auf Befehl des griechischen Kriegsministers landet der Korpskommandant und Flügeladjutant des griechischen Königs, Oberst Bassos, mit Truppen an der Mündung des Plataniassflusses auf Kreta, in der Bai von Kolymbari, genau an derselben Stelle, an der am 24. Juni 1645 die Türken landeten, um die Insel von der Herrschaft der Venetianer zu befreien. — In Athen wird amtlich bekannt gemacht, es sei Bassos Befehl erteilt, von der Insel im Namen des Königs Georg Besitz zu ergreifen, die Türken zu verjagen und die Festungen zu besetzen. — Oberst Bassos richtet aus dem Kloster Gonia an die Bewohner Kretas folgende Ansprache:

Die Leiden, die ihr, den Ausschreitungen eines fanatischen Pöbels ausgelegt, in dem gegenwärtig herrschenden Zustande der Anarchie erduldet, erwecken das nationale Bewußtsein und rufen eine tiefe Bewegung in dem hellenischen Volke hervor. Der bellagenswerte Zustand eines Volks derselben Rasse und derselben Religion, dessen Schicksal das unsre ist, konnte nicht länger ertragen werden. Der König beschloß, dieser Lage durch die militärische Besetzung Kretas ein Ende zu machen. Indem ich diese Besetzung den Bewohnern der Insel ohne Unterschied der Religion und der Nationalität kundthue, verspreche ich im Namen des Königs, daß ich die Ehre, das Leben und das Vermögen der Bewohner beschützen und ihre religiösen Ueberzeugungen achten werde, indem ich ihnen den Frieden und die Gleichheit bringe.

Auf der Halbinsel Akrotiri und im Bezirk von Selino finden Kämpfe statt. — Mit Zustimmung des neuen türkischen Generalgouverneurs Ismail Bei landen die großmächtlichen Kriegsschiffe Truppen. Die Besetzung Ranea's erfolgt durch eine von einem italienischen Offizier befehligte, fünfhundert Mann starke Abteilung, welche in gleicher Zahl aus Russen, Engländern, Italienern, Franzosen und Oesterreichern besteht. — Die griechischen Truppen nehmen das Fort Agbia ein.

16. Februar. Admiral Caneparo macht dem Kommandanten der griechischen Truppen, Bassos, im Namen der vereinigten Geschwader Mitteilung von der Landung der Truppen auf Kreta, indem er ihm gleichzeitig anempfiehlt, von jedem Angriffe auf die Festungen abzustehen. Bassos lehnte eine Antwort hierauf ab. — Die Gesandten zweier Mächte richten an den Minister des Aeußern Stuzes freundschaftliche Vorstellungen, in denen sie die Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta verlangen mit dem Bemerken, daß eine Verlängerung des Aufenthalts derselben sicher einen griechisch-türkischen Krieg herbeiführen würde. Minister Stuzes erwidert, die Entsendung der Truppen bezwecke nur die Beruhigung der Insel, um den europäischen Frieden zu befestigen, den sich Griechenland aufs höchste angelegen sein lasse.

17. Februar. In der griechischen Deputirtenkammer beantragt Kalli, die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Organisation Kretas, zu beschleunigen. — Bezüglich des weitern Vorgehens der Großmächte in der kretensischen Angelegenheit veröffentlicht die Berliner „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Note:

Nachdem sich die Großmächte von der Wirkungslosigkeit weiterer diplomatischer Schritte in Athen überzeugt, hat, wie wir erfahren, auf dem russischen Flaggschiff in den kretischen Gewässern eine Beratung der Kommandanten sämtlicher anwesenden großmächlichen Kriegsschiffe über die Maßregeln stattgefunden, die ergriffen werden sollen, um Landungen griechischer Mannschaften und Munitionen auf Kreta sowie Kämpfe zwischen Griechen und Türken zu verhindern. Hiernach würde seitens der Kommandanten der europäischen Kriegsschiffe mit Anwendung von Gewalt vorgegangen werden, wenn trotz vorausgegangener Verwarnung griechische Kriegs- oder Handelsschiffe Truppen auf Kreta ans Land setzen oder Kämpfe in den Küstenorten sich entspinnen sollten.

19. Februar. Es wird bekannt, daß England den Vorschlag Deutschlands, den Piräus zu blockiren, abgelehnt habe. Die englische Regierung läßt in Konstantinopel erklären, daß sie, bevor eine Aktion gegen Griechenland unternommen werde, die Ansichten der andern Mächte betreffend die zukünftige Verfassung Kretas zu wissen wünsche, da bei der gegenwärtigen Lage das im vorigen Jahre geschlossene Arrangement nicht angemessen sei. Lord Salisbury spricht sich zu Gunsten der Selbstverwaltung von Kreta nach dem Vorbilde von Samos aus. Italien steht in dieser Frage auf demselben Boden wie England. — Die nationale Liga in Athen richtet an den König und den Ministerpräsidenten Delhanniss ein Schreiben, in dem erklärt wird, wenn Europa die vollendete Thatfache der Vereinigung Kretas mit Griechenland umstoßen wolle, so würde die Liga bereit sein, mit Hilfe der Machtmittel, über die sie in den noch unter Fremdherrschaft stehenden Provinzen verfüge, eine allgemeine Erhebung des Griechentums zur Verteidigung der Existenzberechtigung ins Leben zu rufen. — Die griechischen Truppen auf Kreta nehmen, nach heftigem Widerstande der türkischen Garnison, das Fort Bukolis auf der Halbinsel Akrotiri ein. — Die Admirale der großmächlichen Schiffe vor Kreta teilten dem Befehlshaber des griechischen Kriegsschiffs „Admiral Miaulis“ mit, sie würden die griechischen Truppen angreifen, falls Oberst Vassos in das Innere der Insel rücken sollte.

20. Februar. Darauf verkündigt Vassos die Besetzung der Insel durch Griechenland. — Das Athener Blatt „Afti“ veröffentlicht Erklärungen, die König Georg dem Gesandten einer auswärtigen Macht gemacht habe. Der König habe daran erinnert, wie er bemüht gewesen sei, die Aufmerksamkeit Europas in einem



für Kreta günstigen Sinne auf die dortigen Zustände zu lenken, aber nur die Schaffung der gemischten Gendarmerie und jene Reformen erreicht habe, die die letzten Feindseligkeiten hervorgerufen hätten. Der König habe zum Schlusse gesagt:

Meine Geduld ist erschöpft; ich habe mich zur Annectirung Kretas entschlossen, eines Landes, das mit Leib und Seele zu Griechenland gehört. Dieser Entschluß wird gegen mich vielleicht Zwangsmaßregeln veranlassen, aber ich werde den ganzen Hellenismus auf meiner Seite haben. Ich habe meiner Armee befohlen, die Angliederung Kretas nicht aufzugeben, dessen Verwaltungsverhältnisse geregelt werden sollen. Sie können meine Erklärung Ihren Kollegen mittheilen.

21. Februar. Anläßlich einer Rundgebung, die eine gegen 30 000 Personen starke Volksmenge auf dem Platze vor dem Schlosse zu Athen veranstaltet hatte, erscheint der König auf dem Balkon und äußert in einer Ansprache, daß er das Mandat des gesamten Volkes ausführe. Er schließt mit dem Danke für die ihm zum Ausdruck gebrachten Gefühle und mit dem Wunsche, Gott wolle Griechenland schützen und die gemeinsamen Anstrengungen des Volkes stärken.

Auf ein Puldbingstelegramm der Bürger der dänischen Stadt Odense an den König Georg antwortet er: „Von Herzen Dank! Nichts ist mir lieber, als in dieser seltsamen Zeit der Christenverfolgung mich in Fühlung mit dänischen Herzen zu wissen.“ — Vor Kanea trifft der deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta“ ein und landet 95 Matrosen. Die Kriegsschiffe der Großmächte eröffnen ein Geschützfeuer gegen das Lager der Aufständischen auf Akrotiri, als diese sich anschickten, die türkische Garnison in Halepa anzugreifen. Die Aufständischen ergreifen hierauf die Flucht.

22. Februar. Die Nachricht von der Beschießung der griechischen Stellung durch die europäischen Kriegsschiffe ruft nach ihrem Bekanntwerden im Schlosse und in der Kammer zu Athen zahlreiche Rundgebungen hervor. Delhannis erklärt in einer Ansprache an die Volksmenge, daß die Gesinnung der Regierung mit derjenigen des Volkes übereinstimme. Durch die Straßen Athens zieht eine große sehr erregte Menschenmenge.

23. Februar. In der griechischen Deputirtenkammer wird von der Mehrheit ein Antrag eingebracht auf Einsprache gegen die Beschießung der Aufständischen auf Kreta durch die Schiffe der Großmächte und auf eine Aufforderung, bei der Politik des Handelns zu beharren. Ministerpräsident Delhannis erklärt, der Antrag bedeute Mißtrauen zur Regierung, auch halte er es nicht für des Hauses würdig, zwecklose Protesterklärungen zu erlassen. Die Mitglieder der Opposition beantragen hierauf, die Kammer möge den Schmerz des Griechentums gegenüber den Zwangsmaßnahmen

Europas zum Ausdruck bringen. Delhannis stellt hierauf die Vertrauensfrage. Nachdem die Oppositionellen erklärt hatten, daß sie sich an der Vertrauensfrage nicht beteiligen werden, wird der das Vertrauen zur Regierung ausdrückende Antrag mit 115 gegen eine Stimme angenommen. — Italienische Freiwillige werden in Athen mit Jubel empfangen.

25. Februar. Die Vertreter der Großmächte in Athen erwidern die Reklamation Griechenlands in betreff des Bombardements dahin, daß die Verantwortlichkeit hierfür wie für alle künftigen peinlichen Fälle ausschließlich das in seiner bisherigen Haltung verharrende Griechenland treffe. — Die Befehlshaber der Geschwader der Großmächte vor Kreta erklären in einer Ansprache an die Bevölkerung der Insel, die Mächte bezweckten mit der Einmischung ihrer Truppen die Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Lösung der Frage Kretas; sie hätten den Befehl, alle Feindseligkeiten zwischen Christen und Türken im Bereiche ihrer Schiffe zu verhindern. Die Besetzung werde nur auf die Subabucht und das Thal zwischen Akrotiri, Haleppa und Ranea ausgedehnt.

1. März. In der Deputirtenkammer zu Athen teilt der Marineminister Levidis mit, die fremden Admirale hätten folgende Weisungen erhalten: sie sollten nicht gestatten, daß die griechische Flotte okkupirte Festungen und Städte bombardire, sie sollten jeden Angriff der griechischen Truppen gegen die genannten Festungen verwehren und die Landung von Gewehren und Munition nicht gestatten; sie sollten ferner jeden Angriff der griechischen Flotte auf die türkischen Schiffe untersagen und den Truppen des Oberst Bassoß nicht gestatten, gegen das Innere der Insel vorzurücken. Jeder Versuch seitens der Griechen, diese Befehle zu übertreten, solle von den vereinigten Flotten zurückgewiesen werden. Hierauf habe die Regierung die Mächte davon verständigt, daß sie Bassoß nicht Unthätigkeit aufzwingen könne; der Zweck der Entsendung der Truppen würde sonst vereitelt werden. Der Minister betont, daß es die Absicht Griechenlands sei, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Landung türkischer Truppen auf Kreta zu verhindern, und versichert, Bassoß und die griechische Flotte würden von jedem Angriff auf die von den Mächten besetzten Städte absehen, so lange diese Besetzung daure. Delhannis wendet sich mit Entrüstung gegen das Bombardement, das ein barbarischer, gottloser und ungerechter Akt sei. Die Blockirung der Küsten von Kreta sei nach dem Völkerrechte unerklärlich. Die Regierung habe die Vertreter im Auslande angewiesen, bei den Regierungen der Mächte wegen des Bombardements Protest zu erheben. Die Regierung sei überzeugt, daß die Admirale ohne Instruktion

gehandelt haben. „Wir sind — schließt der Minister — eine kleine Nation, die derartige Akte nicht verhindern kann, aber wir erheben mit der Kraft eines großen Volkes Einspruch. Wir wissen, daß wir alle großen Völker auf unsrer Seite haben.“ Die Kammer spricht hierauf mit 125 gegen 2 Stimmen der Regierung ihr Vertrauen aus.

2. März. Die Botschafter der Großmächte überreichen der Pforte eine Note, in der ihr Vorgehen gegen Griechenlands Absicht der Einverleibung Kretas sowie für Zurückziehung der griechischen Truppen und für Begründung einer Selbstverwaltung Kretas angezeigt und begründet wird. Die Vertreter der Großmächte in Athen überreichen der griechischen Regierung folgende Note:

Auf Befehl meiner Regierung bringe ich zur Kenntnis Eurer Excellenz, daß die Großmächte beabsichtigen, die Verhaltenslinie festzustellen, die bestimmt ist, einer Lage ein Ende zu machen, der vorzubeugen nicht von ihnen abhing, deren Verlängerung aber darnach angethan sein würde, den Frieden Europas zu gefährden. Die Mächte haben sich über die beiden folgenden Punkte geeinigt: Erstens, Kreta könnte unter keinen Fall unter den gegenwärtigen Umständen von Griechenland annektiert werden. Zweitens, angesichts der durch die Türkei herbeigeführten Verzögerung in der Anwendung der mit ihr vereinbarten Reformen sind die Mächte entschlossen, unter voller Aufrechterhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches Kreta mit einem vollständig durchgeführten Selbstverwaltungssystem auszustatten, das bestimmt ist, der Insel eine besondere Regierung unter der hohen Souveränität des Sultans zu sichern. Die Verwirklichung dieser Absichten würde nach Ansicht der Mächte nur zu erreichen sein durch die Zurückziehung der griechischen Schiffe und Truppen aus Kreta. Die Mächte erwarteten zuversichtlich von der Weisheit der griechischen Regierung die Entschließung, daß sie nicht auf einem den Beschlüssen der Mächte zuwiderlaufenden Wege verharren wolle. Die Gesandten verhehlen nicht, daß ihre Instruktionen ihnen vorschreiben, der griechischen Regierung im voraus mitzuteilen, daß im Falle einer Weigerung die Mächte unwiderruflich entschlossen sind, vor keinem Zwangsmittel zurückzuschrecken, wenn nach Ablauf einer Frist von sechs Tagen die Zurückrufung der griechischen Truppen und Schiffe aus Kreta nicht erfolgt ist.

Die Londoner „Times“ heben aus einem neuen, die Angelegenheit Kretas betreffenden englischen diplomatischen Blaubuche folgendes hervor:

Am 27. Juli 1896 schlug Graf Deym Namens des Grafen Soluchowski vor, daß, um die fortgesetzte Einführung griechischer Waffen und die Landung von Freiwilligen nach Kreta zu verhindern, die Mächte erstens eine gemeinsame Note in Athen hiergegen überreichen und mit Rückgabe der vollen Handlungsfreiheit an den Sultan drohen, zweitens eventuell zu einer Blockade Kretas schreiten sollten. Lord Salisbury jedoch wollte weder von einer Wiederherstellung der Aktionsfreiheit des Sultans noch von der Blockade etwas wissen und begründete seine Ablehnung mit Humanitätsgründen. Graf Soluchowski erwiderte, daß gerade die Humanität, um weitere Unruhen zu vermeiden, seinen Vorschlägen zu Grunde liege und daß alle Mächte seinem Vorschlage zugestimmt hätten. Deutschland hat es in besonders entschiedener Weise, Rußland gleichfalls mit dem Zusatz, der Sultan als Souverän solle bei der Blockade zuerst vorgehen und die andern Mächte zur Ro-

operation einladen, doch Salisbury's Widerstand brachte das Projekt zum Scheitern.

3. März. Bei Ranea empören sich alte türkische Saptiehs gegen ihre Offiziere und werden, da sie sich weigern, dem italienischen Platzkommandanten die Waffen abzuliefern, von großmächtlichen Truppen dazu gezwungen.

5. März. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ teilt mit, König Georg habe sich gegenüber einem Vertreter dieses Blattes also ausgesprochen:

Die griechische Nation vermöge die aufreibende Erregung, die die ununterbrochenen Revolutionen auf Kreta hervorriefen, nicht zu ertragen. Die griechischen Finanzen seien außer Stande, die kretischen Flüchtlinge, deren Griechenland gegenwärtig 17000 beherberge, zu unterhalten; nichts gedeihe in Griechenland, solange diese Frage nicht endgiltig gelöst sei. Selbstverwaltung sei für Kreta undenkbar, weil die Kreter solche verwürfen würden. Eine Zurückberufung der griechischen Truppen von Kreta würde das Reich zu neuen, größeren Wechseleiten sein wegen des ungeheuern Fanatismus bei der muslimanischen Bevölkerung, die sich von sechs Großmächten unterstützt sehe. Die Großmächte ließen auf die christlichen Kreter, die sich nur gegen türkischen Angriff verteidigten, schießen. Deutlich sei es gewesen, daß die Schiffe der Mächte diesen Angriff unterstützten, denn die Schiffe der Mächte hätten die siegreichen Kreter, die für ihre Freiheit und für das Kreuz kämpften, in dem Augenblick beschossen, als die Türken sich zurückziehen mußten.

Daß „Daily Chronicle“ in London spricht sich über obige, am 2. März der Regierung in Athen überreichte Aufforderung der Großmächte u. a. also aus:

Ein Ultimatum, ein grundsätzlich ungerechtes, den Frieden Europas sofort und die Zukunft der gesitteten Menschheit dauernd bedrohendes Ultimatum ist dem König Georg übergeben worden. Angesichts dieser Drohung wenden wir uns an die öffentliche Meinung, an alle Parteien in diesem Reich. Wollt ihr diese Schmach zugeben? Wenn nicht, so beeilt euch, denn die Zeit ist kurz. Die öffentliche Meinung muß sich sofort und entschieden aussprechen. Wegen welchen Verbrechens sollen die griechischen Schiffe in den Grund gebohrt werden? Welchen Streit hat Großbritannien mit einer Macht, mit der es fast ein Jahrhundert in bester Freundschaft gelebt hat und der die Gerechtigkeit ewigen Dank schuldet? Die Antwort ist einfach. Wir haben keine Streitigkeit mit Griechenland, im Gegenteil, wir müssen es loben, daß es Kreta von der grausamen Herrschaft des Sultans befreit hat. Der einzige Grund, der sich zu Gunsten unsers Ministeriums anführen läßt, ist, daß sein Schritt zur Erhaltung des europäischen Friedens nötig sein soll. In Wahrheit aber treibt es keine Politik des Friedens, sondern eine solche des Krieges. Denn Griechenland kann und wird dem Zwange nicht nachgeben, bringt man es aber zur Verzweiflung, so wird es an andre unter der türkischen Mißverwaltung leuchtende Nationalitäten appelliren und an ihrer Spitze den Befreiungskampf beginnen.

7. März. Oberst Basso erhält in seinem Lager zu Blantia Befehle von König Georg, sich zum äußersten Widerstande bereit zu halten.

9. März. Die griechische Regierung antwortet auf die ihr am 2. März übergebene Note der Großmächte mit einer Note, deren Hauptinhalt folgender ist:

Die griechische Regierung teilt die Sorge der Mächte für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und wünscht die Bevölkerung Kretas vor vollständigem Ruin zu bewahren. Die griechische Regierung glaubt, daß der Plan der Errichtung einer Autonomie für Kreta, den die Mächte angenommen haben, nicht die edeln Absichten befriedigen würde, die ihn ins Leben riefen, und daß er das Schicksal der verschiedenen Pläne für eine Verwaltung der Insel teilen wird, mit denen man auf Kreta Versuche angestellt hat, ohne einen Erfolg zu erzielen. Wenn der neue Vorschlag nicht dazu angethan ist, endgiltig die Ordnung herzustellen, so zweifelt die griechische Regierung nicht daran, daß Anarchie und Fanatismus das Land weiter verheeren werden. Die Regierung legt daher den Mächten dringend ans Herz, nicht auf der geplanten Autonomie zu bestehen, sondern lieber Kreta Griechenland zu übergeben. Mit Rücksicht auf die Anwesenheit der vereinigten Geschwader in den kretensischen Gewässern dürfte das weitere Verweilen der griechischen Flotte unnötig sein; das Verbleiben des griechischen Heeres auf der Insel ist indessen zur Wiederherstellung der Ordnung wünschenswert. Eine heilige Pflicht Griechenlands verbietet ihm, das kretische Volk den Mohammedanern auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Wenn die griechischen Truppen auf Kreta den Auftrag der Mächte, die Insel zu beruhigen, erhalten hätten, würden die Wünsche der Mächte prompt ausgeführt worden sein. Die Note appellirt schließlich an die Mächte, das kretische Volk selbst erklären zu lassen, wie es regiert zu werden wünsche.

Nachdem die Aufständischen bei Ranea die türkischen Truppen im Fort Hierapetra vergebens aufgefordert haben, sich zu ergeben, eröffnen sie das Feuer auf das Fort; infolgedessen hält der auf der See liegende italienische Kreuzer die Aufständischen durch Beschießung von weiterm Vorgehen ab.

12. März. Nach Angabe der „Agence Havas“ hat sich König Georg einem griechischen Abgeordneten gegenüber dahin ausgesprochen, daß Europa weniger wegen der Annexion Kretas beunruhigt sei, als wegen der Thatsache, daß Griechenland sich als ein Element der Kraft und des Lebens im Mittelmeer erwiesen habe. Die Mobilisirung der Flotte sei mit außerordentlicher Schnelligkeit durchgeführt worden und habe viel Eifersucht hervorgerufen. — Der König ordnet die Rückberufung der Schiffe „Hydra“ und „Miaulis“ von Kreta an. — Die Aufständischen auf Kreta stecken Hierapetra in Brand.

14. März. Der „Agenzia Stefani“ in Rom wird aus London gemeldet, die Großmächte hätten beschlossen, obige griechische Note vom 9. März nicht zu beantworten, sondern den Admiralen vor Kreta zu befehlen, sofort zur Blockade der kretischen Häfen zu schreiten.

15. März. Oberst Vassos verlegt das Lager der griechischen Truppen auf Kreta nach Sphakia.

16. März. Die Admirale der Schiffe der Großmächte vor Kreta verkündigen der dortigen Bevölkerung, daß die Errichtung einer Selbstverwaltung der Insel unter der Oberhoheit des Sultans beabsichtigt sei.

Die Bekanntmachung giebt der Bevölkerung kund, daß die Mächte, in dem Bestreben, eine Heilung für die Uebel, die Kreta verwüsten, herbeizuführen und ihre Wiederholung zu verhindern, in gemeinschaftlichem Einvernehmen Maßregeln ergreifen, die bestimmt seien, die Selbstverwaltung zu regeln, Beruhigung herbeizuführen, jedem ohne Unterschied der Abstammung und Religion die Freiheit und Sicherheit des Eigentums zu verbürgen und die Wiederaufnahme der ländlichen Arbeiten und des Handels sowie die fortschreitende Entwicklung der Hilfsquellen des Landes zu erleichtern. Die Mächte wünschen, daß diese Sprache von allen verstanden werde. „Ein neuer Zeitabschnitt beginnt für Kreta. Wüßen alle die Waffen niederlegen! Die Mächte wollen Frieden und Ordnung; im Nothfalle werden sie die nötige Autorität besitzen, um ihren Beschlüssen Achtung zu verschaffen. Sie rechnen auf die Mitwirkung der christlichen und muslimanischen Bewohner bei der Ausführung des Werkes, das den Kretern Eintracht und Wohlergehen zu sichern verspricht.“

18. März. Nach Bekanntmachung der Befehlshaber der vor Kanea liegenden Kriegsschiffe der Großmächte soll die Blockade der Insel Kreta am 21. März beginnen. Kein griechisches Schiff dürfe an der kretischen Küste landen. Schiffe unter andern Flaggen bedürften hierzu der Erlaubnis der Admirale.

Das Blockadegebiet wird durch 23 Grad 24 Minuten und 26 Grad 30 Minuten östlicher Länge vom Meridian von Greenwich einerseits und durch 35 Grad 48 Minuten und 34 Grad 45 Minuten nördlicher Breite andererseits begrenzt. Die Blockade wird für die griechischen Schiffe eine allgemeine sein; die Schiffe der Mächte und der neutralen Staaten werden landen dürfen, soweit ihre Ladungen nicht für die griechischen Truppen oder für das Innere der Insel bestimmt sind. Die Geschwaderchefs fordern Griechenland auf, seine Schiffe zurückzuziehen; im Falle der Weigerung würden die Schiffe vom 21. März früh an mit Gewalt entfernt werden.

19. März. Die griechische Regierung ruft die Kriegsschiffe „Alpheios“ und „Penetos“ von Kreta zurück.

25. März. Türkische Truppen unternehmen einen Versuch, die Hunger leidende türkische Garnison im Fort Malaga zu entsetzen. Der Versuch mißlingt, die Garnison zieht ab. Das in der Sudabucht liegende türkische Kriegsschiff beschießt Malaga, wo sich nun Christen festgesetzt haben. Hierauf beschießen europäische Kriegsschiffe die Höhen von Malaga.

27. März. Es finden auf Kreta wieder heftige Kämpfe zwischen Christen und Türken statt. In Kanea werden „die Gläubigen“ zum Kampfe aufgerufen.

28. März. König Georg erklärt einem Sekretär der russischen Gesandtschaft aufs neue, daß ein Zurückweichen Griechenlands unmöglich sei.

30. März. Die Aufständischen greifen das den Eingang zur Sudabucht beherrschende Fort Izzedin an, dessen türkische Besatzung jedoch durch das Feuer der fremden Kriegsschiffe unterstützt wird. — Die türkische Garnison auf Spinalonga wird von den Aufständischen vertrieben. — Oberst Bassos richtet aus Mitiano ein sehr langes Protestschreiben an die fremden Admirale gegen ihre angebliche Nichteinhaltung von Versprechungen.

8. April. Die Aufständischen schließen das Fort Kissamo ein.

20. Juli. Die Führer der aufständischen Kreter teilen den Admiralen der Mächte mit, daß sie zu einer Nationalversammlung zusammengetreten seien. Die Admirale antworten, sie könnten eine solche Nationalversammlung nicht offiziell anerkennen; doch sei es ihnen angenehm, sich im Bedarfsfall mit einer Art von Volksvertretung in Verbindung setzen zu können. Die Admirale empfehlen der Versammlung, für das Aufhören der Feindseligkeiten Sorge zu tragen. Eine gleiche Aufforderung ergeht von ihnen auch an die türkischen Behörden.

24. Juli. Dschevad Pascha trifft als neuer türkischer Gouverneur auf Kreta ein.

26. Juli. Die Christen auf Kreta teilen den großmächtlichen Admiralen mit, so lange Dschevad und die türkische Armee auf Kreta bleiben würden, würden sie die Vorschläge wegen einer Selbständigkeit der Verwaltung gewährenden Verfassung unberücksichtigt lassen.

3. September. Die großmächtlichen Admirale vor Kanea erlassen eine Verordnung, betreffend die Einrichtung der internationalen militärischen Gerichtskommission.

28. September. Die muselmanischen Matabele auf Kreta wenden sich an die Pforte um Abhilfe ihrer verzweifelten Lage. Sie seien ohne Unterkunft, die Christen nähmen ihnen die Herden fort und führen fort, die Olivenbäume niederzubrennen.

5. Oktober. Der von England als Gouverneur von Kreta vorgeschlagene, aus Luxemburg stammende Oberst Schäffer-Weh, der früher in türkisch-ägyptischen Diensten stand, wird in Wien vom Grafen Goluchowski empfangen.

13. Oktober. Die christlichen Vertreter Kretas erlassen zu Melidoni in Myliopotamos einen Aufruf an das kretische Volk, in dem es, nach Erwähnung der von den Großmächten zugesagten Selbstverwaltung der Insel, also heißt:

Es muß jedoch von jedem klar verstanden werden, daß der neue kretische Staat seine Kraft schöpfen wird nicht bloß aus der ruhmvollen kriegerischen Thätigkeit der Kreter, sondern vor allem aus den friedlichen bürgerlichen Tugenden, die besonders jetzt in dieser Probezeit an den Tag gelegt werden sollen, in der die Zukunft unsers Landes von den großen christlichen Mächten geregelt wird. Nächstenliebe, Schonung des Privateigentums ohne Rücksicht

auf Geschlecht oder Konfession und vollster Gehorsam gegenüber Gesetz und Obrigkeit werden unser Vaterland von jeder Gefahr befreien. Auch muß im Auge behalten werden, daß, während die Sünden der Vergangenheit auf die abgeschaffte türkische Mißwirtschaft fallen, für die Fehler und Sünden der Zukunft das Kretervolf verantwortlich sein wird.

28. Oktober. Die in Melidoni versammelten Abgeordneten der Christen auf Kreta fassen den Beschluß, daß sie die versprochne Autonomie annehmen und versichern, daß sie beim Werk ihrer Ausführung aufrichtig mitwirken werden, wenn die Wirklichkeit dieser Autonomie durch die wiederholt von den Regierungen der Großmächte und der Admirale versprochne vollständige Entfernung der türkischen Truppen gesichert wird. Die Versammlung fñhlt sich fernerhin verpflichtet hinzuzufügen, daß auf diesem Punkt sowohl die Abgeordneten wie auch das ganze kretische Volk einstimmig und entschlossen bestehen werden.

15. November. Die Pforte verbittet sich in einer Note an die Großmächte ganz entschieden den Obersten Schäffer-Bey als Gouverneur von Kreta; er sei wegen seiner agitatorischen Thätigkeit am armenischen Aufstand einst aus der Türkei ausgewiesen und auch sein Verhalten in Aegypten habe ihn bei den Mohamedanern unmöglich gemacht. — Die Nationalversammlung der Kreter erklärt, daß sie die von den Mächten „geplante Autonomie annehme und verspricht, daß sie in aufrichtiger Weise bei der Durchführung derselben behilflich sein wolle, wenn ihr Inslebentreten, wie dies von den Kabinetten der Großmächte und den Admiralen verheißen wurde, durch die gänzliche Entfernung der türkischen Truppen von der Insel gesichert wird. Die Nationalversammlung erachtet es für notwendig hinzuzufügen, daß, was letztern Punkt betrifft, nicht nur alle Vertreter der Insel ohne Ausnahme, sondern auch alle Kretenser einmütig auf der Entfernung der ottomanischen Truppen bestehen.“

20. November. Die deutschen Truppen auf Kreta schiffen sich an Bord der „Kaiserin Augusta“ wieder ein.

4. Dezember. Es kommt wiederum zu Gefechten in den Provinzen Sphakia und Rissamo.

## II.

### Krieg der Türkei gegen Griechenland.

Ende Februar. Es werden 17 türkische Divisionen und Medivisionen mit 280 Bataillonen und 222 000 Mann mobil gemacht und auf der westlichen Balkanhalbinsel verteilt.



3. März. Die halbamtliche „Proia“ in Athen sagt: Wir sehen nicht ein, weshalb ein griechisch-türkischer Krieg den Frieden Europas bedrohen werde. Wir verlangen von Europa nur Gerechtigkeit und machen im voraus darauf aufmerksam, daß im Falle einer neuen Ungerechtigkeit gegen den Hellenismus der Friede unmöglich sein würde. — Wir werden, sagt der „Kairi,“ Mazedonien und Epirus in Aufruhr versetzen. Gott wird unsern Waffen Erfolg verleihen.

6. März. Die griechische Regierung beschließt, das stehende Heer, das reglementmäßig in Friedensstärke über 21000 Mann betragen soll, in den letzten Jahren jedoch keine 14000 Mann aufwies, in kürzester Frist auf 20000 Mann zu bringen. Uebrigens sind alle Vorkehrungen für die Mobilisirung von 80000 Mann theils getroffen, theils in Vorbereitung begriffen, was durch die Einberufung aller Jahrgänge der Reserve erreicht werden soll. In ganz Griechenland herrscht die größte Thätigkeit. Transportdampfer bringen unaufhörlich große Mengen Munition, Waffen und Lebensmittel zum Zwecke der militärischen Ausrüstung nach Thessalien. Die Zusammenziehung der Truppen gegen die Grenze zu vollzieht sich mit größter Beschleunigung. Die öffentliche Stimmung ist auf dem Höhepunkt der Erregung angelangt.

11. März. Die griechische Regierung erläßt eine Verfügung, der zufolge die Schulen und öffentlichen Aemter sich einer neuen Karte Griechenlands bedienen sollen, auf der Areta als griechisches Departement Nomos angegeben ist.

15. März. Die ganze Garnison Athens und alle Reservisten gehen nach der thessalischen Grenze ab.

27. März. Kronprinz Konstantin begiebt sich, begleitet von seiner Gemahlin, zu Schiff nach Volo. — In Athen treffen 1060 Freiwillige aus Rußland und Rumänien ein; diese und viele Freiwillige aus Griechenland selbst fallen in Athen der Regierung sehr zur Last.

30. März. Der Kronprinz von Griechenland erläßt aus Larissa in Thessalien folgenden Tagesbefehl:

Der König hat mich mit dem Oberbefehl der Armee in Thessalien betraut. Indem ich meinen Posten zu einer so kritischen Stunde übernehme, die schwer auf dem Vaterlande lastet, gebe ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß ihr alle eure Pflicht erfüllen und euerm Eide treu bleiben werdet, daß ihr Geduld und Festigkeit zeigen werdet zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten im Gehorham gegen die Gesetze und gegen eure Vorgesetzten, und beweisen werdet, daß ihr Disziplin besitzt, die die Hauptstärke der Heere bildet.

Anfang April. An den Grenzen vollzieht sich der Aufmarsch des türkischen und des griechischen Heeres.

Das türkische Heer unter dem Befehle des Marschalls Eghem Pascha mit dem Hauptquartier in Claffona besteht aus 5 Divisionen an der thessalischen Grenze und aus  $1\frac{1}{2}$  Divisionen an der Grenze von Epirus mit dem Stabsquartier in Janina. Das griechische Heer, etwa 50 000 Mann stark, unter dem Befehle des Kronprinzen Konstantin besteht aus 3 Divisionen und 2000 Freischärlern.

9. April. Die Feindseligkeiten beginnen durch griechische Freischärler, die die Grenze auf der thessalischen Gebirgshöhe bei Krania überschreiten und hier das Blockhaus von Baltinos sowie die Wachtgebäude von Phanita, Ripli und Strunga zerstören. Sie stehen unter frühern Offizieren des regulären griechischen Heeres und werden von der griechischen Grenzbevölkerung Mazedoniens mit Begeisterung empfangen.

11. April. Die Pforte erteilt Eghem Pascha den Befehl zum Vorgehen, nimmt ihn aber infolge von diplomatischen Vorstellungen wieder zurück, hauptsächlich weil die Teilnahme griechischer Truppen an dem Einfälle nicht erwiesen ist. — Zwei griechische Schiffe versuchen, 700 Mann bei Prevesa zu landen, werden aber durch die türkischen Küstenbatterien daran gehindert. Auch bei Arta machen 9000 Mann griechischer Truppen einen erfolglosen Angriff.

14. April. Der griechischen Deputirtenkammer legt der Ministerpräsident Deljannis einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Aufnahme einer Anleihe in der Höhe von 23 Millionen Drachmen für Ausgaben des Kriegs- und des Marineministeriums. Er giebt hierauf einen geschichtlichen Ueberblick über den Gang der äußern Politik und erklärt, die Mächte hätten bisher über die Vorschläge Griechenlands zur friedlichen Lösung der kretensischen Frage in keiner Weise ihre Ansicht kund gegeben. Der Ministerpräsident betont sodann das Recht der Kreter, ihr Geschick selbst zu gestalten. Trotz allem bewahre Griechenland die Hoffnung, daß die Mächte die friedliche Lösung annehmen werden. Die Lage an der griechisch-türkischen Grenze sei nicht durch Griechenland geschaffen, sondern durch die seltsame Politik des Nachbarstaates, der durch seine eiligen Rüstungen Griechenland gezwungen habe, ein Heer aufzustellen, das imstande sei, den Umständen die Spitze zu bieten sowie die Interessen und die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen. Die Regierung sei nach Möglichkeit bestrebt, die Unvollkommenheiten des eilig zusammengezogenen Heeres auszugleichen, und hoffe, daß in einigen Tagen alle Lücken ausgefüllt sein werden und das Heer imstande sein werde, seine Pflicht zu erfüllen. Ralli erklärt im Namen der Opposition, angesichts der gegenwärtigen Umstände dürfe die Kammer nicht in die Be-

ratung des Budgets eintreten. Der Ministerpräsident ist damit einverstanden.

17. April. Griechische Truppen überschreiten an sieben Stellen die thessalisch-mazedonische Grenze und werden nach dreistündigem Kampfe zurückgeschlagen.

18. April. Die Pforte richtet an die Großmächte eine Note, in der sie sagt:

Indem wir jetzt die Anstrengungen, die die kaiserliche Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens gemacht hat, und ihr Recht, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz ihres Gebietes zu ergreifen, nochmals hervorheben, schieben wir die Verantwortung für den jetzigen Zustand auf die griechische Regierung, die der Angreifer war. Durch die Zurückhaltung, die sie ohne Unterlaß dargelegt, und die Geduld, deren sie sich trotz ihres unbestreitbaren Rechts, sich zu verteidigen, befleißigt hat, hat die kaiserliche Regierung der ganzen Welt den Beweis geliefert, wie sehr ihr die Erhaltung des Friedens am Herzen lag. Nichtsdestoweniger haben, wie ich schon in der letzten Nacht telegraphisch meldete, reguläre griechische Truppen in beträchtlicher Anzahl und mit Geschützen die Grenze von der Seite von Vairakdar, Rodman und Perdisa überschritten und die Feindseligkeiten eröffnet, die noch andauern. Angesichts dieser Angriffe sah sich die kaiserliche Regierung gezwungen, dem Oberbefehlshaber ihrer Truppen den förmlichen Befehl zu geben, alle militärischen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Rechte und ihr Gebiet gegen die Uebergriffe der Griechen zu verteidigen. Sie wissen, daß die kaiserliche Regierung sowohl in der kretischen Frage wie während der Ereignisse, die als deren Folge eintraten, bis zum letzten Augenblick, so viel es an ihr lag, alles gethan hat, um den Frieden aufrecht zu erhalten, und sich nie von den friedlichen Gesichtspunkten und Anschauungen entfernt hat, die die Großmächte bei dieser Gelegenheit bekundet haben. Nachdem aber Griechenland mit Verletzung des Völkerrechts Truppen nach Kreta gesandt und große militärische Vorbereitungen an der Grenze getroffen hat, konnte die kaiserliche Regierung nichts andres thun, als einen großen Teil ihrer Redits zu den Waffen zu rufen, obschon sie dadurch Ackerbau und Handel schwer schädigte. So hegen wir denn die feste Zuversicht, daß die europäischen Kabinette in Anbetracht der vorausgehenden Erwägungen in ihrem Gerechtigkeitsgefühl anerkennen werden, daß die ganze Verantwortung für den Krieg ausschließlich auf Griechenland fallen muß. Wie ich Ihnen oft wiederholt habe, hat die kaiserliche Regierung Griechenland gegenüber keinerlei Eroberungsabsicht, und wenn sie heute, infolge der offenen Feindseligkeiten der Hellenen, gezwungen ist, den Krieg anzunehmen, so geschieht das lediglich, um ihre heiligsten Rechte und ihren Bestand zu wahren. Wenn jedoch die hellenische Regierung in kurzer Frist ihre Truppen aus Kreta und von den Grenzen zurückzieht, so wird die kaiserliche Regierung, um einen neuen Beweis ihrer friedfertigen Absichten zu geben, ihrerseits nicht verfehlen, ihren militärischen Bewegungen Einhalt zu thun.

Ministerpräsident Delhannis erklärt in der griechischen Deputirtenkammer, die türkische Regierung habe heute die Erklärung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen übergeben, und zwar unter dem Vorgeben der angreifenden Haltung Griechenlands. Delhannis zählt alsdann die jüngsten Thatfachen auf, die das Gegentheil beweisen sollen. Die Türkei sei der angreifende

Teil gewesen, ihre Truppen hätten die griechischen angegriffen, hätten die neutralen Stellungen besetzen wollen und hätten endlich den Dampfer „Makedonia“ an der Einfahrt des Busens von Arta in den Grund gehohrt. „Die Türkei hat uns den Krieg erklärt; wir haben ihn angenommen.“ Die Führer der Opposition geben patriotische Erklärungen ab. Die Kammer genehmigt die Maßnahmen der Regierung.

Die griechischen Schiffe, der Panzer „Basilus Georgios“ und der Kreuzer „Miaulis“ beschießen die Forts von Prevesa im Meerbusen von Ambrakia, nachdem türkischerseits von Prevesa aus der der panhellenischen Gesellschaft gehörende Dampfer „Makedonia“ in den Grund gehohrt war. — Nach einem heftigen Kampfe am Melunapasse nehmen türkische Truppen die Passhöhe von Papa Livado ein und errichten hier Batterien. Sodann nehmen die Türken nach zähem Widerstande der Griechen alle die Stadt Thyrao beherrschenden Höhen ein.

20. April. Der griechische Minister des Innern richtet an die Bürgermeister ein Rundschreiben, in dem er sie auffordert, sämtliche taugliche Bürger zu bewaffnen und sie an die Grenze zu schicken, damit sie mit dem Heere für die Ehre des Vaterlandes kämpfen. — Die griechischen Truppen in Epirus unter Oberst Manos rücken nach Ueberschreitung des Artaflusses vor. Prevesa wird abermals von griechischen Kriegsschiffen beschossen.

21. April. Die Türken nehmen Thyrao in Thessalien ein. — Ghazi Osman Pascha trifft beim türkischen Heere ein.

25. April. Larissa, die Hauptstadt Thessaliens, wird von den Griechen verlassen und von den Türken besetzt. — Edhem Pascha und die unter ihm befehlighenden Generale erhalten hohe türkische Orden.

26. April. Der Führer der Opposition in der griechischen Deputirtenkammer, Malli, veröffentlicht eine scharfe Kritik der Mängel der obersten Kriegsleitung in Thessalien:

Der Fehler besteht darin, daß den Prinzen die obersten Kommandostellen übertragen worden seien, ohne ihnen erfahrene Generale zur Seite zu stellen. Der König habe nur gewünscht, daß die Prinzen am Kampfe teilnehmen; Delhannis aber habe ihnen die oberste Leitung des Heeres und der Flotte aufgedrungen. Zu Beratern seien den Prinzen nur persönliche Anhänger der Regierung gegeben worden, während alle Generale, die den deutsch-französischen und den türkisch-russischen Krieg mitgemacht haben, in verletzender Weise beiseite gelassen wären. „Während deshalb die türkischen Operationen von erfahrenen deutschen Offizieren seit zwei Monaten vorbereitet wurden, geschah auf griechischer Seite in strategischer Hinsicht fast nichts.“ Die Regierung habe den König und das Land über die Finanzlage und die Waffenvorräte getäuscht.

27. April. Die auf diesen Tag wieder einberufne griechische

Deputirtenkammer kann wegen Abwesenheit der meisten Mitglieder ihre Sitzungen nicht eröffnen.

28. April. Gefecht bei Pentepigadia und Rückzug der Griechen.

29. April. Heftige Kämpfe bei Belestina. Die Türken nehmen Trifkala ein.

30. April. An Stelle von Delhannis bildet der Oppositionsführer Railli in Athen ein neues Ministerium.

1. Mai. Er erklärt in der Deputirtenkammer, die nun erst ihre Sitzungen beginnen kann, die erste Sorge der Regierung werde die Wiederaufrichtung des Heeres sein, ohne die weder der Krieg fortgesetzt, noch ein ehrenvoller Frieden herbeigeführt werden könne. Glücklicherweise bewahre die Armee, die des besten Schicksals würdig sei, ihren Mut; man könne vertrauensvoll sich auf dieselbe verlassen. Die Regierung verlange, daß die Kammer sich mit einer Unterbrechung ihrer Tagung einverstanden erkläre. Delhannis erklärt, es sei nicht nötig, daß die Kammer ihre Ansicht durch eine besondere Abstimmung kund gebe. Gegen die Unterbrechung der Tagung der Kammer werde von niemandem Einspruch erhoben. Seine Partei werde das neue Kabinett voll und ganz unterstützen, solange die Türken nur einen Fuß breit vom Vaterlande besetzt halten. Die erste Sorge sei, den Feind aus dem Lande zu vertreiben. Die Prinzen müßten vom Kriegsschauplatz abberufen werden. Der Kronprinz sei zu ermüdet.

Die griechischen Truppen räumen die Stadt Pharsala. Eine andre Abtheilung bringt in Epirus ein.

4. Mai. Bei Belestino finden aufs neue heftige Kämpfe statt. Kronprinz Konstantin verlangt Verstärkungen. Oberst Vassos wird aus Areta abberufen und an Stelle von Manos zum Befehlshaber der griechischen Truppen in Epirus ernannt. Zum Befehlshaber der griechischen Truppen in Areta wird Oberst Staito ernannt.

5. Mai. Bei Pharsala finden heftige Kämpfe statt. Die Türken rücken in Pharsala ein.

8. Mai. Bolo (der nördlichste Punkt des Golfs von Bolo und am Südrhange des Peliongebirges) wird von den Griechen geräumt.

10. Mai. Nachdem der britische Unterstaatssekretär des Aeußern, Curzon, am 7. Mai im Unterhause gesagt hatte: „Es ist endlich Zeit, daß wir aus unsern Träumereien erwachen und die Pfade der Wahrheit wandeln!“ gesteht auch die „Westminster Gazette“ offen ein, daß das ganze Verhalten nicht nur der englischen Regierung, sondern mehr noch des englischen Volkes und vor allem

der englischen Presse sehr viel dazu beigetragen habe, die Griechen vor Beginn des Krieges in der Illusion zu erhalten, daß Großbritannien, wenn die Not, wie eben jetzt, es gebieterisch erheischen sollte, ihnen nicht nur mit guten Ratschlägen, Sympathiemeeetings und diplomatischen Notizen, sondern auch mit Geld und Heeres- oder Flottenmacht beistehen würde. — Die meisten Athener Blätter machen der Vereinigung der „Ethniké Hetairia“ heftige Vorwürfe, weil sie zum Kriege getrieben habe.

11. Mai. Dem griechischen Minister des Aeußern, Skuludis, wird folgende gemeinsame Note der Großmächte überreicht:

Die Vertreter Frankreichs, Italiens, Englands, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beauftragen den Vertreter Rußlands, Onu, den Vohen des diplomatischen Korps in Athen, im Namen ihrer Regierungen ebenso wie im Namen seiner eignen Regierung zu erklären, daß die Mächte bereit sind, ihre Vermittlung zum Zwecke der Erlangung eines Waffenstillstandes und der Beilegung der gegenwärtig zwischen Griechenland und der Türkei bestehenden Schwierigkeiten unter der Bedingung anzubieten, daß die griechische Regierung erklärt, daß sie zur Abberufung ihrer Truppen von Kreta schreiten wird, der Autonomie Kretas formell bestimmt und ohne Vorbehalt die Ratschläge annimmt, die die Mächte ihr im Interesse des Friedens erteilen werden.

14. Mai. Schlacht bei Gribowo.

15. Mai. Die Pforte antwortet auf den letzten Schritt der Mächte, sie mache die Einstellung der Feindseligkeiten von der Annahme folgender Grundprinzipien für den Abschluß eines Waffenstillstandes und des Friedens abhängig: Zahlung einer Kriegsentuschädigung von 10 Millionen Pfund (1 Pfund = 18,44 Mk.), Wiederherstellung der alten Landesgrenze, Erneuerung der Verträge für die griechischen Untertanen in der Türkei auf Grund des internationalen Rechts, Abschluß eines Kartellvertrags für die Auslieferung gemeiner Verbrecher, ferner Freilassung des Hafens von Volo und Prevesa für den Verkehr mit dem Beginn des Waffenstillstandes.

17. Mai. Eine Schlacht bei Domokos endet mit der Niederlage der Griechen.

19. Mai. Der griechische Ministerpräsident Railli teilt dem Kronprinzen Konstantin in Samia die Bedingungen einer Waffenruhe (*trêve d'hostilités*) mit, die in Arta abgeschlossen worden ist; die Grundlage dieses Waffenstillstandes sei die Besetzung der von den beiden Gegnern vor dem Kriege innegehabten Stellungen. Gleichzeitig hat Railli den Kronprinzen ersucht, dem Kommandanten der türkischen Streitkräfte die Bedingungen mitzuteilen und denselben zu erklären, daß er, der Kronprinz, von demselben Augenblicke ab die Feindseligkeiten einstelle, dieselben nur im Falle eines Angriffs wieder aufnehmen und jede Verantwortlichkeit für eine

Verletzung des Waffenstillstandes dem Kommandanten der türkischen Streitkräfte zuschieben werde. Schließlich solle der Kronprinz den Kommandanten der ihm gegenüberstehenden Truppen auffordern, alle Feindseligkeiten einzustellen.

20. Mai. Es wird folgender Briefwechsel zwischen dem Zaren und dem Sultan bekannt. Schreiben des Zaren:

Ew. Majestät wird nicht erstaunt sein, daß ich, ermutigt durch die Beweise aufrichtiger Freundschaft und das Gefühl guter Nachbarschaft, die zwischen uns besteht, es auf mich nehme, Ew. Majestät den Wunsch auszudrücken, den heldenhaften Erfolg der Soldaten Ew. Majestät durch Einstellung der Feindseligkeiten gekrönt zu sehen. Das würde der Festigkeit und friedlichen Mäßigung entsprechen, die Ew. Majestät bei Beginn des Feldzugs entfaltet haben. Ew. Majestät würde so einen Akt der Weisheit und der Mäßigung erfüllen, der dazu beitragen würde, die Achtung und Bewunderung zu vermehren, die Sie mir persönlich einflößen, und von der ich die Erinnerung bewahren werde.

Der Sultan antwortet mit folgenden Worten:

Ich bitte Ew. Majestät, meinen Dank für die Versicherungen und Glückwünsche annehmen zu wollen, die Ew. Majestät mir für meine Person und die Erfolge meiner Soldaten auszudrücken geruhten. Ich schätze und empfinde selbst die friedlichen Absichten Ew. Majestät, und als Beweis meines Wunsches, mich den von Ew. Majestät ausgesprochenen Gefühlen anzupassen, habe ich den Führern meiner Armeen Befehl gegeben, gleichzeitig die Feindseligkeiten einzustellen. Ich bitte Ew. Majestät, in Erwägung zu ziehen, daß ich das freundschaftliche Dazwischentreten der Mächte wünsche, um die Wiederherstellung des Friedens, das Ansehen meiner Regierung und die Dauerhaftigkeit eines allgemeinen Friedens zu sichern, der in Zukunft die Sicherheit meiner Grenzen gewährleisten würde.

25. Mai. Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel stellen in einer an die Pforte gerichteten Note folgende Grundsätze für die Friedensbedingungen auf:

Die Pforte soll berechtigt sein, eine zum Schutze gegen räuberische Einfälle und aus strategischen Rücksichten gebotene Grenzberichtigung zu fordern; die Pforte soll ferner berechtigt sein, eine Geldentschädigung zu fordern, die jedoch den thatsächlichen Kriegskosten und Verlusten und den finanziellen Kräften Griechenlands entsprechen muß; schließlich soll, wenn die durch den Kriegszustand annullirten Verträge eine Erneuerung erfordern, diese sich nicht auf die Griechenland seiner Zeit durch die Mächte zugewiesenen Privilegien erstrecken.

3. Juni. Für die Truppen in Epirus wird zu Smaret ein Waffenstillstand (armistice) unterzeichnet.

9. Juli. Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht folgendes vom Kaiser Franz Joseph an den Sultan gerichtete Telegramm:

Die aufrichtige und loyale Freundschaft, die ich für Eure Majestät hege, und auf die Eure Majestät sich unter den gegenwärtigen Umständen mit Recht berufen, macht es mir zur Pflicht, Eure Majestät in Ihrem eignen Interesse und im Interesse Ihres Reiches den baldigsten Abschluß des Friedens mit Griechenland auf der Grundlage der von den Botschaftern in Konstantinopel formulirten Bedingungen anzuraten. Die von der Kommission der Militärattachees vorgeschlagene Grenzlinie entspricht dem Prinzip der

strategischen Grenzberechtigung, die von vornherein von Eurer Majestät angenommen war, und bildet mit den übrigen Friedensbedingungen das Maximum der Zugeständnisse, die von dem Koncert der Großmächte, das, fest und einig in seinen Entschlüssen, vor allem darauf hält, eine Sachlage zu schaffen, die Europa solide Bürgschaften des Friedens und der Ruhe bietet, als billig anerkannt werden. Ich bitte deshalb Eure Majestät, meine Ratschläge ernstlich in Erwägung zu ziehen, und ergreife die Gelegenheit, um Eurer Majestät den Ausdruck meiner Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft zu wiederholen.

1. September. Griechisches Gesetz zum Schutz der Rosinen-  
ausfuhr.

18. September. Es findet in Konstantinopel die Unterzeichnung des folgenden Präliminar-Friedensvertrags zwischen der Türkei und Griechenland statt:

Artikel 1. Einleitung. Artikel 2. Bestimmung einer Kriegsschädigung von vier Millionen türkischer Pfund. Artikel 3. Festsetzung der Räumung Thessaliens binnen Monatsfrist. Artikel 4. Auswechslung der Kriegsgefangenen nach der Ratifikation des Friedensvertrages. Artikel 5. Volle Amnestie für alle in die Kriegsbereignisse verwickelt gewesenen Personen. Artikel 6 stellt den freien Verkehr der beiderseitigen Unterthanen auf dem Gebiete beider Staaten wieder her. Artikel 7 regelt das Auswanderungsrecht der in Thessalien lebenden Mohamedaner, von denen diejenigen, die die hellenische Nationalität erworben haben, binnen drei Jahren nach erfolgter Auswechslung der Ratifikation für die ottomanische Nationalität optiren können. Den Auswandern bleibt das volle Verfügungsrecht über ihr in Griechenland gelegenes unbewegliches Eigentum vorbehalten. Artikel 8 bestimmt die Zahlung von 100000 türkischen Pfund seitens Griechenlands zur Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Privatpersonen. Artikel 9 bestimmt den Abschluß besonderer Vereinbarungen zwischen Griechenland und der Türkei zur Regelung der Konsularverhältnisse und der damit zusammenhängenden Fragen. Artikel 10 verfügt die Aufrechterhaltung der Konvention vom 24. Mai 1881 über die Abtretung Thessaliens an Griechenland, abgesehen von den durch den vorliegenden Vertrag geänderten Bestimmungen derselben. Artikel 11 bestimmt, daß die beiden vertragschließenden Teile binnen drei Monaten nach Ratifizierung des Friedensvertrages Vereinbarungen über die zwischen beiden Staaten noch strittigen Nationalitätsfragen, eine Konsularkonvention im Hinblick auf Artikel 9, einen Auslieferungsvertrag und eine Konvention betreffend die Unterdrückung des Brigantaggio schließen werden. Bis zum Abschluß eines Handels- und Schiffsahrtsvertrages wird der freie Handels- und Schiffsahrtsverkehr in reziproker Weise wieder hergestellt. Artikel 12 betrifft die Wiederherstellung beziehungsweise die Regelung des Postverkehrs zwischen beiden Staaten durch eine Konvention. Artikel 13 regelt den Telegraphenverkehr. Artikel 14 enthält die Verpflichtung beider Regierungen, auf ihren Territorien keine die Sicherheit und Ordnung im Nachbarstaate bedrohende Agitation zu dulden. Artikel 15 verfügt, daß Divergenzen beider Staaten, die sich aus dem Vertrage ergeben sollten, einem aus den Vertretern der Großmächte zu Konstantinopel zu bildenden Schiedsgerichte unterbreitet werden können.

25. September. Eine große Volksversammlung in Athen faßt folgenden Beschluß:

Das griechische Volk steht mit Schrecken und Abscheu vor dem ungerechten und gesetzeslosen Entschluß, den die europäische Diplomatie in Konstantinopel gefaßt hat. Denn dadurch hat sie die Unabhängigkeit des griechischen



Königreichs aufgehoben und dieses zu ewiger Knechtschaft und völliger Vernichtung verdammt. Deshalb hat denn auch das gesamte griechische Volk folgenden Beschlüssen seine Zustimmung gegeben: 1. Das griechische Volk gestattet niemandem eine Schmälerung der ihm zustehenden Hoheitsrechte, es befiehlt dem König Griechenlands sowie seiner Regierung und es bittet die Kammer, das ungerechte, verwegene Schriftstück, das die Grundsätze der Moral ebenso mißachtet wie die Ehre eines freien Volkes, das viel für seine Freiheit und Verfassung gelitten hat, entweder gar keiner oder doch einer selbstbewußten, griechischen Antwort zu würdigen. 2. Es be-mitleidet das zur Reize gehende Jahrhundert, das die Rechte und die Freiheit der Völker entehrt. 3. Es drückt seine Trauer aus über die Beschlüsse der europäischen Fürsten, die sich ohne Ehrfurcht vor dem Recht und der Moral nur von Geldleuten leiten ließen. 4. Ueberzeugt von der Hilfe Gottes und seinem Recht nimmt es den heiligen Kampf auf, worin die Freiheit triumphiren wird über die Barbarei.

**1. Oktober.** Rücktritt des griechischen Ministeriums Maili. Alexander Païmis, früher Justizminister, dann Präsident der Kammer, bildet ein neues Ministerium. Er übernimmt Vorsitz und Aeußeres, General Smolenski Krieg, Oberst Korpas Inneres, v. Streit, bisher Direktor der Nationalbank, Finanzen, Toman Justiz, Panagiotopulo Unterricht, Kapitän Hadjithyriako Marine.

**5. Oktober.** Es wird eine sogenannte Rechtfertigungsschrift des Kronprinzen Konstantin in Athen bekannt. Es ist eine Zusammenstellung der Thatfachen, des amtlichen Depeschwechsels zwischen dem Hauptquartier und der Regierung in Athen sowie der von den einzelnen Korpsführern an den Kronprinzen erstatteten Berichte. In den beigelegten Erläuterungen ist der Kronprinz bemüht, darzulegen, wie sehr er selbst von vornherein die Schäden und die Mängel des griechischen Heeres offen anerkannt habe.

**15. Oktober.** Die griechische Regierung veröffentlicht ein diplomatisches Weißbuch über den Streit mit der Türkei. Es enthält u. a. folgendes:

Eine Depesche des Ministers des Aeußern, Skuludis, an den griechischen Gesandten in Petersburg, Tombazir, vom 12. Mai besagt, Griechenland habe die Autonomie Kretas nur auf das Drängen Deutschlands hin anerkannt, das daraus eine unerläßliche Vorbedingung für seine Teilnahme an dem Vermittlungsanerbieten der Mächte gemacht habe. Verschiedne im Laufe des Monats März von den Mächten an Griechenland gerichtete Noten verweisen auf die Gefahren, die für Griechenland aus jedem Angriffe auf die griechische Dynastie entstehen würden. Eine Depesche des griechischen Gesandten in Berlin, Rangabé, an Skuludis vom 9. Juni besagt, die deutsche Regierung habe erklärt, die Kriegsschädigung würde nicht die Mittel Griechenlands übersteigen, und die Zahlung derselben würde einer milden europäischen Kontrolle unterstellt werden.

**30. Oktober.** Die europäische Finanzkontrollkommission tritt in Athen zum erstenmale zusammen.

**22. November.** Die Kammer lehnt einen Antrag, die Beratung über die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der

Vorgänge im Kriege ab und ist nicht beschlußfähig, als über letzten Antrag abgestimmt werden soll.

4. Dezember. Die endgültige Unterzeichnung dieses Vertrags findet in Konstantinopel statt.

16. Dezember. Die griechische Kammer genehmigt den Friedensvertrag.

19. Dezember. Austausch der Ratifikationen des endgültigen Friedensvertrags.

### III.

## Bulgarien.

2. Januar. In der Sobranje wird ein kaiserlicher Erlaß verlesen, durch den den nach Rußland desertirten oder in den russischen Dienst getretenen Offizieren volle Amnestie gewährt wird. Der Kriegsminister bringt sodann einen Gesetzentwurf mit folgenden Bestimmungen ein: Offiziere, die nach den Ereignissen des 9. August 1886 die bulgarische Armee verlassen haben und in den Dienst der russischen Armee eingetreten sind, werden den nach den Bestimmungen des Militärpensionsgesetzes auf sie entfallenden Pensionsbetrag erhalten. Die von diesen Offizieren in der russischen Armee zugebrachte Dienstzeit wird zu der in dem bulgarischen Heere zurückgelegten Dienstzeit hinzugerechnet. Das Recht auf die Pension haben nur diejenigen, die in beiden Armeen zusammen mindestens eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt haben.

4. Januar. Der Finanzminister legt in der Sobranje das Budget für 1897 vor, das 83320000 Franks beträgt gegen 91140000 Franks im Vorjahre.

20. April. Fürst Ferdinand in Berlin.

9. August. Ankunft desselben in Konstantinopel.

11. August. Vor seiner Heimreise verehrt er dem Sultan das Kollier zum Alexanderorden in Brillanten.

27. Oktober. Eröffnung der Sobranje durch Thronrede des Fürsten.

Darin weist er auf die im Laufe des Jahres stattgehabte Feier der zehnjährigen Regierung des Fürsten und auf die Einmütigkeit hin, mit der das bulgarische Volk dies Ereignis gefeiert hat, und die von der Festigkeit der Bande zwischen dem Fürsten und dem Volke Zeugnis abgelegt hätte. Der Fürst hebt sodann die Fortschritte hervor, die Bulgarien während der letzten zehn Jahre auf dem Gebiete der Zivilisation und des Handels gemacht habe. Die Besuche, die er, der Fürst, bei den befreundeten Höfen im Laufe

des Jahres gemacht habe, hätten ihn überzeugt, daß Bulgarien vermöge seiner lokalen und weisen Politik in den internationalen Beziehungen den Kreis der Achtung und der Sympathie des Auslandes erweitert habe. Der herzliche Empfang des Fürsten bei dem König Karol von Rumänien sei eine neue Bethätigung der traditionellen Freundschaft, die die beiden benachbarten Nationen vereinen. Eine weitere Bethätigung der guten und freundschaftlichen Beziehungen zu den ausländischen Regierungen seien die im Laufe des Jahres abgeschlossenen Handelsverträge.

17. Dezember. Die Sobranje stellt das Budget für 1897 auf 84 $\frac{1}{2}$  Millionen Franks fest.

## IV.

## Aegypten.

8. Juni. In Alexandria findet eine große Versammlung statt, in der, nach einer die englische Besetzung des Landes bekämpfenden Rede Mustapha Kamel, vom Sultan und von Europa die Lösung der ägyptischen Frage gefordert wird.

13. September. Die Vorhut des britisch-ägyptischen Heeres besetzt auf ihrem Weitermarsche nach dem Sudan, nachdem sie Abu Hamed eingenommen hat, ohne Kampf das von den Mahdisten geräumte Verber.

Im November. Eine französische Expedition unter Marchand wird in Bar-el-Ghasel von den Eingebornen vernichtet.

Im Dezember. Die Regierung läßt den Vertretern der Mächte in Kairo die Mitteilung zukommen, daß ihr eine Abänderung gewisser Bestimmungen in den seit 1874 bestehenden Verträgen über die gemischten Gerichtshöfe wünschenswert erscheine. Ihre Vorschläge laufen auf eine Beschränkung der Befugnisse dieser Gerichtshöfe hinaus.

## Rumänien.

12. April. Der bisherige Senatspräsident Demeter Sturdza giebt, nachdem er an Stelle Aurelianus ein neues Ministerium gebildet hat, im Parlamente folgende Erklärung ab:

Hervorgegangen aus dem Schoße der nationalliberalen Partei werden wir gleich unsern Vorgängern den Weg verfolgen, der durch eine lange Reihe von Jahren nutzbringender Arbeit für das Land vorgezeichnet ist. Wir werden alle Anstrengungen machen und alle unsre Kräfte daran setzen, um

streng die Pflichten zu erfüllen, die wir auf uns genommen haben, und bitten alle Mitglieder des Parlaments, uns ihre Unterstützung zu leihen, auf daß wir dann, verbunden mit der Verfolgung der Interessen des Vaterlandes, das Ansehen und die Stellung des Königreichs aufrecht erhalten.

5. August. König Karl erhält den Besuch des Fürsten von Bulgarien.

24. Oktober. Der König hält in Blösci eine Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für das zweite Jägerbataillon, das sich bei dem ersten Siege der rumänischen und der russischen Armee vor Plewna ausgezeichnet und am 11. September 1877 die Redoute von Griviza mit Sturm genommen hatte.

3. November. Das Königspaar in Jassy bei Einweihung der neuen Universität.

27. November. Der König eröffnet das Parlament mit einer Thronrede, in der er u. a. sagt:

Die Beunruhigung, die Europa wegen des Krieges zwischen Griechenland und der Türkei ergriffen hatte, ist heute verschwunden und das geniale Eingreifen der Großmächte sichert den allgemeinen Frieden, der der Entwicklung der Völker einen neuen Aufschwung geben wird. Inmitten dieser Umstände hat sich die Lage Rumäniens noch weiter befestigt, und wir haben von allen Seiten Beweise lebhafter, tatsächlicher Sympathien erhalten für die Beständigkeit, mit der wir eine friedliche und vorsichtige Politik befolgt haben.

5. Dezember. In Bukarest, Galatz und andern Orten finden Judenverfolgungen statt.

7. Dezember. Hierüber im Senate befragt, sagt der Minister des Innern, daß es Juden seien, die angriffsweise vorgingen und feindschaftliche Gesinnungen gegen die rumänische Bevölkerung hegten, und verliest eine von Juden erlassene Ansprache, die mit den Worten schließt: „Der Feind muß sich beugen und wird sich beugen.“ Der Feind, sagt der Minister weiter, sind wir Rumänen, die den Juden gegenüber zuviel Milde und Toleranz zeigen.

17. Dezember. Im Senat hebt der Ministerpräsident Sturdza bei Erörterung der auswärtigen Politik hervor, daß zur Zeit der Orientwirren das Einvernehmen der Großmächte die Gefahr eines allgemeinen Krieges verschleucht habe.

Wenn Rumänien nicht seine wohl vorgezeichnete Politik befolgt hätte, wäre die Krise schwer zu überwinden gewesen; durch die Weisheit und Klugheit aber, an die Europa schon seit langem gewöhnt sei, sei Rumänien ein Faktor der Aktion der Großmächte geworden. Redner erinnert sodann an die Reise des Thronfolgerpaares zur Moskauer Krönung, an die Besuche des Kaisers von Oesterreich, des Königs von Serbien und des Fürsten von Bulgarien in Rumänien und den Gegenbesuch des rumänischen Königspaares in Budapest, sowie die Entsendung einer außerordentlichen Gesandtschaft seitens des Kaisers von Rußland zu dem Feste in Jassy und bezeichnet diese Ereignisse als Beweis für die einflußreiche Stellung, die Rumänien erworben habe. Die häufigen Begegnungen des Königs mit dem Kaiser Franz Joseph zeugten von

der Intimität beider Höfe. Es sei schmeichelhaft, daß König Karol in Budapest mit gleichen Ehren empfangen wurde wie der deutsche Kaiser. Seit der von Brattiano begründeten Politik stehe Rumänien dem Dreibunde, der den allgemeinen Frieden garantire, sympathisch gegenüber und ebenso der russisch-französischen Allianz, die das gleiche Ziel verfolge. Es sei richtig, daß Deutschland, Rußland und Oesterreich-Ungarn in der Orientfrage eine Einigung erzielen, betreffend die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan und die Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Rumänien gehöre nicht zu den Balkanstaaten und nehme nicht an den Kärungen derselben teil. Es gehöre zu der europäischen Familie und unterstütze die Mächte in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten. Rumänien unterhalte freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn, auch mit Serbien und Bulgarien. Seine Politik bestehe darin, keine befreundete Hand zurückzuweisen und über die Interessen des Königtums zu wachen.

19. Dezember. Der Senat läßt dem Könige eine Adresse überreichen, in der gesagt ist, die Besorgnis des Königs anlässlich der Krankheit des Prinzen-Thronfolgers sei vom Volke geteilt worden, weil dieses sich in den Hoffnungen auf einen geregelten Fortgang in der Entwicklung des Staates bedroht gesehen habe, und weil es wisse, daß in der Festigkeit der Dynastie die Stärke und Sicherheit des Vaterlandes liege. Der König dankt und hebt hervor, die Sympathien des Landes anlässlich der Krankheit des Prinzen-Thronfolgers seien ein unschätzbarer Beweis für das im Volke tief eingewurzelte dynastische Gefühl; diese Liebe und das Vertrauen bildeten eine neue Kräftigung für den Fortbestand des auf der Weisheit hervorragender Patrioten sowie auf die Tüchtigkeit der Armee gegründeten Königtums. „Wir können beruhigt der Zukunft entgegensehen,“ schließt der König, „denn es zeigt sich eine neue Periode des Friedens, die wir zur Festigung des Staates auf unwandelbaren gesunden Grundlagen benutzen müssen.“

## Serbien.

Anfang Januar. Garaschanin macht bekannt, daß die Fortschrittspartei ihre Auflösung beschlossen habe.

(Sie führte ihren Namen, weil sie Serbiens Entwicklung zu einem europäischen Kulturstaat mit großem Eifer betrieb, wobei sie das Land in Schulden stürzte. Nachdem unter den Führern Uneinigkeit ausgebrochen und ihr altes auswärtiges Programm des möglichststen Anschlusses an Oesterreich-Ungarn zu Gunsten einer engeren Annäherung an Rußland über Bord geworfen war, verstand sich die Auflösung von selbst.)

13. Juli. Alle Mitglieder der neugewählten Skupschtna begeben sich in den Palast, um sich dem Könige Alexander vorzustellen. Dieser teilt mit, daß wichtige auswärtige Verhältnisse die

Einberufung der Skupſchtina notwendig gemacht hätten, daß aber auch durch die Wirren auf der Balkanhalbinſel die baldige Löſung der Verfaſſungsfrage verzögert werde.

24. Juli. Die Skupſchtina wird geſchloſſen, nachdem ſie 9 Millionen Franks für Stärkung der Militärmacht bewilligt und ein Geſetz über Aenderung der militäriſchen Organiſation angenommen hat.

23. Oktober. Bildung eines neuen Miniſteriums mit Dr. Georgiewitsch an der Spitze. In einem Schreiben an ihn ſagt der König:

Die Ereigniſſe im Oſten und die vielfach bekundete Entſchloſſenheit ganz Europas, den Frieden zu erhalten, gaben Serbien Gelegenheit und machten es ihm zur Pflicht, den unfruchtbaren politiſchen Parteikämpfen ein Ende zu machen, Serbien auf feſte politiſche, ökonomiſche und militäriſche Grundlagen zu ſtellen und aus ihm ein ſtarres, verläßliches Element des Friedens und der Ordnung auf der Balkanhalbinſel zu machen. Indem Serbien Europa beweiſe, daß letzteres bei ſeinen zivilisatoriſchen Aufgaben ſtets auf Serbien zählen könne, werde es ſich die Freundschaft ganz Europas bewahren, ſie weiter entwickeln und beweifen können, daß über die Interereſſen Serbiens ohne Serbien nicht entſchieden werden könne. Der König ſei bereit, ſein ganzes Leben an die Verwirklichung des von den Ahnen überkommenen Ideals zu ſetzen, und ſichere der Regierung Zeit und Vertrauen zur Durchführung der ihr anvertrauten ehrenvollen und ſchwierigen Aufgabe zu.

## Montenegro.

14. Januar. In Cetinje findet eine Feier des 200 jährigen Beſtehens der regierenden Fürſtenfamilie Petrowitsch-Njegoſch ſtatt.

27. April. Das Amtsblatt „Glas BERNAGORZA“ bezeichnet in einer Beſprechung des bevorſtehenden Beſuchs des Königs von Serbien am fürſtlichen Hofe den König als „den teuerſten Bruder und den intimſten Freund des montenegriniſchen Herrſchers.“

1. Mai. Beſuch des Königs von Serbien beim rumäniſchen Königspaar in Abbazia.

4. Mai. Ankunft deſſelben in Cetinje.

18. Mai. Vermählung der Prinzessin Anna von Montenegro mit dem Prinzen Franz Joſeph von Wattenberg.

23. Oktober. Dieſelben ſtellen ſich in Darmſtadt dem Zaren vor.

## Kongoſtaat.

Anfang Februar. Aufſtand der Truppen im Uellegebiete.

Anfang Mai. Heftiger Kampf zwischen Senegaleſen und 7000 Ar-

bettern der Kongo-Eisenbahn. — Aufstand der Truppen im Gebiete von Toru.

3. Mai. Der Artillerieoffizier Wangermoe wird zum Generalgouverneur des Staats ernannt.

1. Juni. Amtlich wird bekannt gemacht: Der Expedition Richards, die nach dem Aufstande von Luluaburg von Baron Dhanis beauftragt worden war, die Aufständischen, die schon 1895 von Lothaire geschlagen worden waren, zu verfolgen, ist es gelungen, diese Aufgabe glücklich zu Ende zu führen. Da dieser Feldzug damit beendet ist, stehen die Truppen Richards nunmehr zur Verfügung des Barons Dhanis und werden diesen in seinem Kampfe gegen die Battetelas, die sich im Norden empört haben, unterstützen.

## Marokko.

Anfang September. Die Kiffpiraten nehmen ein italienisches und ein portugiesisches Schiff in Besitz und behalten das Schiffspersonal in Gefangenschaft.

Ende Oktober. Die italienische und die portugiesische Regierung richten wegen dieses Vorgangs sehr entschiedne Forderung an die Regierung des Sultans.

## Sanfibar.

Anfang Mai. Der Sultan ordnet die Aufhebung der Sklaverei an. (Es sollen alle Klagen über die Verhältnisse von Herrn und Sklaven dem Distriktsgericht überwiesen werden. Dieses soll die Anerkennung irgend eines Rechts auf den Körper, Dienst oder Eigentum irgend einer Person, das auf Grund seines Sklavenverhältnisses geltend gemacht wird, ablehnen. Wenn aber der Kläger nachweist, daß er gesetzmäßig solche Rechte besitzt, so soll er zu einer Entschädigung berechtigt sein, die in entsprechender Höhe der Premierminister ausbezahlen hat. Solches Geld darf für Schulden nicht mit Beschlagnahme belegt werden. Jeder befreite Sklave unterliegt der Besteuerung und Arbeitspflicht und muß einen festen Wohnsitz und Paß haben.)

## Abessinien.

Im Januar. Abschluß eines Vertrags mit Frankreich, wonach dieses u. a. die Feinde des Königs Menelik als seine eignen Feinde ansehen will.

28. März. König Menelik ernennt den Ingenieur Sig zum ersten Minister.

14. Mai. Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Großbritannien, unter genauerer Abgrenzung der britischen Schutzherrschaft über das Somaliland.

## Südafrikanische Republik.

**1. Januar.** Beim Neujahrsempfange des Präsidenten der Republik sagt der Richter Forrison in einer Ansprache:

Wir würden uns strafbarer Vernachlässigung schuldig machen, wenn wir Ihnen als Staatsoberhaupt nicht erklären wollten, daß traurige Befürchtungen uns wegen der Zukunft erfüllen. Wir müssen so laut und so vernehmlich wie möglich erklären, daß wir keine Worte finden können, die unsre Empfindungen wegen der Haltung, die die Kapkolonie in den letzten Tagen angenommen hat, zum Ausdruck bringen könnten. Der Hauptverbrecher in jenem verächtlichen Angriff auf unser Land war ohne Zweifel Cecil Rhodes. Vor einigen Monaten war eine Kommission der Kapkolonie zu dem Wahrspruch gezwungen: „Daß die Rolle, die Cecil Rhodes bei der Organisation des Einfalls des Dr. Jameson übernahm, nicht im Einklang mit seinen Pflichten als Premierminister der Kapkolonie stand.“ So hieß es vor sechs Monaten. Dieser selbe Mann wird jetzt im Triumphzug auf seiner Reise durch die Kolonie gefeiert. Im Osten und im Westen, in kleinen und in großen Staaten wird sein Ruhm als Held des Tages und als Held der Zukunft, von dessen Rückkehr aus Südafrika die Leute alles erwarten, verkündet. Das ist eine Beleidigung gegen Sie, Herr Präsident, gegen uns, gegen die ganze Republik. Wir fragen uns selber: „Wie haben wir eine solche Behandlung seitens der Kapkolonie verdient? Der Mann, der unser Blut vergoß, der wie ein Straßenräuber nächtlicherweile uns überfiel, der Mann, der in nächster Zeit vor einem Tribunal seiner eignen Landsleute vernommen werden soll, wird von einem Lande gefeiert, das sagt, daß es großen Wert auf unsre Freundschaft legt. Wir befürchten, daß viel Unheil aus dieser Handlung der Unwissenheit entstehen wird. Wir hoffen, Ehrwürden, daß wir die jetzige Lage zu düster anschauen, unter allen Umständen aber verlassen wir uns auf Sie.“

Präsident Krüger erwidert hierauf nichts.

**27. Januar.** Zum Geburtstag des deutschen Kaisers spricht sich die „Volkstem“ in Pretoria u. a. also aus:

Der heutige Geburtstag des deutschen Kaisers ist in der Republik nicht unbemerkt vorübergegangen sowohl wegen des Umstandes, daß deutsche Reichsangehörige einen großen Teil der Ausländerbevölkerung in Transvaal ausmachen, als weil bei den Burghers der Republik sich in den letzten Jahren die Ueberzeugung festgesetzt hat, daß die deutsche Regierung im Gegensatz zur britischen ein herzliches Entgegenkommen für die Buren, entsprungen aus aufrichtiger Sympathie, an den Tag gelegt hat und weit entfernt ist von heimlicher Feindschaft gegen die unabhängigen Republiken Südafrikas. Diese Freundschaft hat sich in glänzendem Lichte gezeigt in den Tagen, als die Regierung in Pretoria noch mit dem Verrat von C. Rhodes zu kämpfen hatte. In dieser bedrängten Zeit hat sich das deutsche Bevölkerungselement hierzulande an die Seite der Transvaaler gestellt, und die deutsche Diplomatie hat ihr ansehnliches Gewicht in die Waagschale der südafrikanischen Republik gelegt. Und in der Gegenwart hat das Volksgefühl in der deutsch sprechenden Welt sich in steigendem Maße zu einem Wohlwollen gegen die Buren entwickelt. Die ganze deutsche Presse hat sich, angeregt durch eine spontane und uneigennütige Sinneigung für die transvaalischen Forderungen, kampfbereit gemacht zur Verteidigung der



holländisch-transvaalischen Rechte. In dem feindlichen Lager hat die Erscheinung des deutschen Faktors in Südafrika große Erregung hervorgerufen. Der hinterlistige Verrat von C. Rhodes wird von seinen Freunden als ein Degenstoß gegen die Regierung zu Berlin bezeichnet, und noch heute giebt es wohlmeinende Leute, die die deutschen Sympathien beklagen, weil durch sie der Strid um den Hals der Buren gelegt werde. Sie irren sich, denn an Stelle der Widerwillen erweckenden britischen Umhalsung soll keine andre Umarmung der Republik eintreten. Als südafrikanische Macht ist der militärische Bund zwischen dem Freistaate und der südafrikanischen Republik stark genug zu seiner eignen Verteidigung. Ueberdies hat Deutschland nicht das mindeste Bedürfnis, sich in die Regierung der Herren Krüger und Steyn einzumischen. In Berlin hält man es ebenfalls für überflüssig, auch nur einen Schein von Oberaufsicht über die Burenrepubliken herbeizuführen.

Der Geburtstag des deutschen Kaisers wird in Pretoria und Johannesburg von zahlreichen Deutschen mit Begeisterung gefeiert. Staatssekretär Leyds und andre hohe Beamte der Republik beglückwünschen den deutschen Konsul v. Herff.

30. Januar. Präsident Krüger spricht sich dem Finanzmanne Robinson gegenüber bezüglich der vom Staatssekretär Chamberlain im britischen Unterhause tags vorher gehaltenen Rede dahin aus, es würde ihm lieb sein, wenn Chamberlain bestimmt und klar bezeichnen wollte, was für Versprechungen er den „Uitlanders“ gemacht hätte, die nicht erfüllt worden wären. Er wünsche den Frieden, und auswärtige Staatsangehörige würden jeden möglichen Schutz genießen, so lange sie nicht Ruhestörungen hervorriefen.

2. Februar. Präsident Krüger spricht sich einem Zeitungsberichterstatter gegenüber also aus:

Vorausgesetzt, daß der an die südafrikanische Presse telegraphirte Bericht über Chamberlains Rede im Unterhause vom 29. Januar richtig ist, muß ich meine ernste Mißbilligung darüber aussprechen, daß die sogenannten Uitlanderbeschwerden mit dem Einfall der Leute von der Chartered Company vermennt werden. Da giebt es kein Weißwaschen, da keinerlei britische Ursachen vorhanden waren, die den Einfall rechtfertigen konnten. Ich habe stets allen meinen Einfluß ausgeübt und übe ihn noch aus, um den Rassenhaß in Südafrika zu mildern, aber die neuerlichen Auslassungen auf der andern Seite gießen Oel ins Feuer.

10. Februar. Die Regierung erteilt, um den Beschwerden der britischen Regierung die Spitze abzubrechen, 862 Uitlanders im Randgebiete, die sich schon vor der Uebergabe Jamesons auf die Seite der Regierung gestellt hatten, das vollständige Bürger- und Wahlrecht.

20. Februar. Präsident Krüger eröffnet in Pretoria eine außerordentliche Tagung des Volksraads.

22. Februar. Veranlaßt durch den Anspruch des obersten Gerichtshofs, die Gültigkeit von Gesetzen und Volksraadsbeschlüssen mit Rücksicht auf die Grundverfassung zu prüfen, legt die Regierung

dem Volksraad den Entwurf eines Gesetzes vor, das bestimmt, daß alle Akte und Beschlüsse des Volksraads durch den Hohen Gerichtshof und andre Behörden anerkannt und respektirt werden müssen. Wenn ein Richter diese Bestimmung außer acht läßt, wird er der Ueberschreitung seiner Machtbefugnisse für schuldig befunden. Der Staatspräsident wird durch dieses Gesetz ermächtigt, die gegenwärtigen Mitglieder des Gerichtshofes zu ersuchen, ausdrücklich ihre zukünftige Beachtung dieses Gesetzes zu versichern. Wenn sie sich weigern oder sich in Schweigen hüllen, darf die Regierung die Richter entlassen. Das neue Gesetz will nicht bestehende Rechte antasten, d. h. das Urtheil im Falle Brown wird ganz und gar aufrecht erhalten.

Bei Vorlegung dieses Gesetzentwurfs sagt Präsident Krüger, die Unabhängigkeit des Landes würde in Gefahr geraten, wenn die jetzigen Zustände viel länger dauerten. Der Feind sei auf der Hut. Cecil Rhodes habe seit Jahren versucht, die Republik zu untergraben. Nur die Beschlüsse des Volksraads hätten seinem Treiben Schach geboten. Diese hätten auch die Burghers verhindert, sich am Trek nach Bantualand zu beteiligen. Die Souveränität der Republik müsse gewahrt oder die Konvention mit England verletzt werden. Im letztern Falle gäbe es Krieg. Alle nötigen Veränderungen müßten vom Volke ausgehen. Die Richter hätten sich der Stimme des Raads anzubequemen oder müßten gehen.

25. Februar. Der Volksraad genehmigt dieses Gesetz.

4. März. Dasselbe wird verkündigt und den Mitgliedern des obersten Gerichtshofs eine Frist von vierzehn Tagen gesteckt, sich dem Gesetz zu unterwerfen.

9. März. Präsident Krüger trifft in Bloemfontein, dem Hauptort des Oranje-Freistaates, ein und erklärt auf eine Begrüßungsansprache, die beiden Burenrepubliken könnten nicht getrennt bleiben, ihr Zusammenschluß müsse ein engerer werden.

17. März. Bündnisvertrag der beiden Burenrepubliken: Die beiderseitigen Präsidenten fassen, nach Beratung mit den Ausschüssen beider Volksraade, folgende Beschlüsse:

Der Oranje-Freistaat und die Südafrikanische Republik, überzeugt von den vielen Banden des Blutes und der Freundschaft, die das Volk vom Oranje-Freistaat mit dem Volke der Südafrikanischen Republik verbinden; eifrig darnach trachtend, die Interessen beider Länder zu gemeinsamen zu machen und sie durch einen feierlichen Verband noch mehr zu vereinigen; wünschend, zu diesem Zwecke eine Föderalunion zu stande zu bringen; zugleich in Kenntniß dessen, daß eine solche Föderalunion erst nach einigen Jahren in Wirksamkeit wird treten können; erfüllt von dem Wunsche, schon gleich demselben Gefühl und demselben Verlangen Ausdruck zu geben, das nach einer Föderalunion strebt; haben sich in Erwartung des Zustandekommens einer solchen Union bereits über folgendes geeinigt:

1. Es soll ewig dauernder Friede und Freundschaft bestehen zwischen dem Oranje-Freistaat und der Südafrikanischen Republik.

2. Der Oranje-Freistaat und die Südafrikanische Republik verpflichten sich gegenseitig, einander mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln zu unterstützen, wenn die Unabhängigkeit eines der beiden Staaten bedroht oder angetastet wird, es sei denn, daß derjenige Staat, der Unterstützung gewähren soll, darthut, daß die Sache des andern Staates keine rechtmäßige ist.

3. Die Regierungen der beiden Staaten halten es für wünschenswert, daß sie sich sobald als möglich gegenseitig über dasjenige, was den Frieden und die Unabhängigkeit eines der beiden Staaten zu benachteiligen geeignet ist, informieren.

Diesem Beschlusse sind noch drei Bestimmungen beigelegt. Die erstere derselben besagt, daß die Rechte und Pflichten der Offiziere und Bürger desjenigen Staates, der im Kriegsfall Hilfe leistet, und die Lieferung von Munition und dergleichen an dieselben von beiden Regierungen und Volksräden gemeinsam bestimmt werden. In der zweiten heißt es, daß den Volksvertretungen der beiden Staaten Gesetzentwürfe vorzulegen sind, wonach die Bürger des einen Staates und deren legitime Nachkommen bei einer Uebersiedlung in den andern Staat nach Ablegung des Unterthaneneides sofort stimmberechtigte Bürger desselben werden können. Die dritte Bestimmung enthält einen Gesetzentwurf betreffend einen gemeinschaftlichen Rat von Abgeordneten beider Staaten. Darin heißt es u. a.: a) daß ein Rat von Abgeordneten beider Staaten eingerichtet wird; b) daß der Rat aus zehn Mitgliedern bestehen soll, wovon die eine Hälfte dem Oranje-Freistaat, die andre der Südafrikanischen Republik angehören soll, c) daß die Anstellung und Entlassung der Mitglieder und Sekretäre geschehen soll durch die betreffenden Staatspräsidenten mit Zustimmung und Bewilligung des ausführenden Rates; d) daß die Mitglieder zwei Jahre lang im Amte bleiben; e) daß der Rat der Abgeordneten mindestens einmal im Jahre Sitzung zu halten hat, wenn möglich nicht gleichzeitig mit den Sitzungen der beiden Volksräde; f) daß die Sitzungen abwechselnd in Pretoria und in Bloemfontein abgehalten werden, es sei denn, daß die beiden Staaten gemeinschaftlich hierüber eine andre Bestimmung erlassen; i) daß es die Pflicht des Rates der Abgeordneten sein soll, zu verhandeln und den Regierungen beider Staaten schriftlich zu berichten über Gegenstände von gemeinsamem Interesse, wie gegenseitigen Schutz und Handelsverkehr. Anträge bezüglich einer Föderalunion und Einwendungen dagegen, Mittel anzupfehlen, wodurch Gleichförmigkeit in der Gesetzgebung beider Staaten befördert werden kann und ferner solche Dinge, die von der Regierung des einen oder andern Staates dem Rat der Abgeordneten zur Erwägung mitgeteilt werden; l) daß der Rat der Abgeordneten keine gesetzgebende Macht besitzen oder ausüben soll, auch sich kein andres Recht, Vorrecht oder Vorteil soll anmaßen außer denen, die im Volksraabbeschuß angegeben sind, außer dem Rechte des Rates der Abgeordneten, ein Ordnungsreglement für seine Thätigkeit aufzustellen.

Endlich einigt man sich über einige Aenderungen des Vertrages von Potchefstroom vom März 1889. Hiernach genießen die Bürger eines jeden Staates im andern dieselben Rechte und Vorrechte und sind keinen schwerern Verpflichtungen und Abgaben unterworfen als im Heimatstaat. Die Produkte des Bodens und der Industrie des einen Staates werden in dem andern nicht höher besteuert, als die heimischen Produkte. Nur Spirituosen machen eine Ausnahme. Jede Streitigkeit über Auslegung des Vertrags und Protokolls von 1889 wird einem gemeinsamen Schiedsgericht unterworfen.

(Veröffentlicht im „Gouvernements-Courant“ des Oranje-Freistaates vom 22. März.)

24. März. Die Regierung verbietet das Erscheinen des Johannesburg „Star“, einer den Interessen der Chartered Company und der Ultrajingo's dienenden Zeitung, die zur Zeit des Jameson'schen Einfalls das Hauptorgan der Führer des Aufstandes war und kürzlich eine Reihe von gehässigen Artikeln gegen die Behörden Transvaals veröffentlichte, auf drei Monate.

4. April. In Johannesburg findet die feierliche Grundsteinlegung zu einer deutschen Schule statt.

3. Mai. Eine neue Tagung des Volksraads wird in Pretoria eröffnet. Präsident Krüger hält dabei eine Rede, in der er darlegt, daß sich die Republik trotz ungünstiger Einflüsse freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten erfreue. Anlässlich des Jubiläums der Königin Viktoria werde der Volksraad aufgefordert werden, den 22. Juni zum Zeichen der Sympathie für die Königin für einen offiziellen Feiertag zu erklären. Er beabsichtige ferner, Anträge betreffend die Erleichterung des Handelsverkehrs an der Grenze und die Förderung des Handels mit den angrenzenden Kolonien einzubringen. Die Regierung fahre fort, der Minenindustrie volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Maßnahmen zur Förderung jener Industrie würden dem Volksraad vorgelegt werden, sobald die Minenkommission ihren Bericht eingereicht hätte. Er bedaure, nicht sagen zu können, daß der politische Horizont unbewölkt sei; aber er blicke frohgemut und furchtlos in die Zukunft, voll Vertrauen auf die gerechte Sache der Republik.

6. Mai. Der Volksraad beschließt, in Uebereinstimmung mit der Regierung, das erst im Januar in Kraft getretene Fremden- oder Einwanderungsgesetz wieder aufzuheben.

(Es fällt unter die Zahl derjenigen innern Maßregeln Transvaals, die von Chamberlain als wider die Konvention von 1884 verstößend aufgeführt waren; es soll angeblich den Artikel 14 der Konvention bezüglich des Freizügigkeitsrechts der Engländer in Transvaal verletzen. Das Einwanderungsgesetz wollte den Zuzug wirtschaftlich schwacher Elemente in die Republik verhindern.)

24. Mai. Präsident Krüger erscheint früh in der Sitzung des Volksraads und ersucht die Versammlung, sich zu Ehren des Geburtstages der Königin Viktoria zu vertagen. Der Volksraad leistet dem Wunsche des Präsidenten ohne Erörterung Folge.

9. Juni. Präsident Krüger hält bei der Grundsteinlegung zum neuen Gerichtsgebäude in Pretoria eine Rede, in der er aus der alttestamentlichen Geschichte Abels und Kains und des Gesetzgebers Moses auf die Rechtsprechung in Transvaal eigentümliche Schlüsse zieht und die Richter zu unparteiischer Handhabung der Gesetze ermahnt.

12. Juni. Der Volksraad beschließt, daß am Jubiläumstage der Königin von England alle Amtsstuben geschlossen bleiben sollen zum Zeichen der Sympathie für die Königin. Es wird von den meisten Rednern, die sich zu Gunsten dieses Beschlusses aussprechen, ausdrücklich betont, daß dieser Akt der Höflichkeit keineswegs eine Anerkennung irgend welcher Suzeränitätsrechte Großbritanniens über Transvaal bedeute.

19. Juni. In einer im Volksraad verlesenen Antwort auf die Vorstellungen Chamberlain's wird erklärt, man wahre sich trotz der Londoner Konvention das Recht, solchen Einwanderern den Zutritt zum Landesgebiet zu verweigern, die man als gefährlich ansehe; Transvaal könne hierüber entscheiden ohne England zu fragen, ebenso wie es mit Holland und über den Beitritt zur Genfer Konvention Verträge abschließen konnte. Die Antwort spricht sich für das Prinzip eines Schiedsspruches zwischen England und Transvaal aus und schlägt vor, die Schlichtung der Streitigkeiten dem schweizerischen Bundespräsidenten zu übertragen.

24. Juni. Bei einem in Johannesburg zu Ehren des Jubiläums der Königin Viktoria stattfindenden Festmahle sagt Burger, Mitglied des Ausführenden Rats, daß Präsident Krüger ihn mit seiner Vertretung betraut und ihn beauftragt habe, seiner, des Präsidenten, Sympathie mit dem Zweck der Versammlung Ausdruck zu verleihen. Der Präsident habe in der letzten Zeit manches Schwere erlebt, allein er sei sich genau seiner Verantwortlichkeit und der Wichtigkeit, den Frieden zu erhalten, bewußt. Die schwarzen Wolken, die noch vor kurzem drohend am Himmel gestanden, habe ein günstiger Wind verjagt.

25. Juni. Anlässlich des Regierungsjubiläums der Königin Viktoria sendet Präsident Krüger der Königin seine persönlichen Glückwünsche, wobei er dem innigen Wunsche Ausdruck giebt, daß die Königin noch lange zur Wohlfahrt ihres Volkes der Herrschaft erhalten bleiben möge. Krüger erhält von der Königin ein Antworttelegramm, in der sie ihm für seine freundliche Depesche herzlichst dankt.

15. Juli. Der Volksraad fordert die Regierung auf, ein abgeändertes Gesetz über die Ausweisung solcher Ausländer, die man als lästig ansieht, vorzulegen. Die Revision des Gesetzes bezweckt, den obersten Gerichtshof als die einzige Instanz zu bestimmen, der die gerichtliche Entscheidung über eventuelle Ausweisungen zustehen soll.

25. August. Im Volksraad erklärt Präsident Krüger auf eine Anfrage, daß bis jetzt auf den Vorschlag der Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung über die schwebenden Streit-

fragen mit der englischen Regierung von dieser keine Antwort eingetroffen sei. Was den von Chamberlain erhobnen Anspruch auf die britische Suzeränität über Transvaal anbelangt, so sagt Präsident Krüger, daß etwas derartiges nicht existire und daß von dem Augenblick an, wo die Londoner Konvention angenommen wurde, die Regierung von Transvaal in ihrem Rechte war, etwaige britische Ansprüche auf eine Suzeränität nicht anzuerkennen. Der Volksraad erklärt sich einstimmig mit den Erklärungen Krügers einverstanden.

**Anfang September.** Aus Anlaß der neuerlichen Aeußerung Chamberlains hinsichtlich der britischen Suzeränität über Transvaal werden in den ländlichen Distrikten von den Buren Versammlungen abgehalten, in denen aufs schärfste Widerspruch gegen irgend eine Form britischer Oberhoheit über die Burenstaaten erhoben wird.

**26. September.** Präsident Krüger legt den Grundstein für eine holländische Kirche in Krügersdorp zur Erinnerung an den dortigen Kampf am 1. Januar vorigen Jahres.

## Oranje-Freistaat.

**6. Februar.** Ein Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten des Freistaates, Steyn, dem Oberkommissar, den Ministern der Kapkolonie und dem britischen Kolonialsekretär Chamberlain über die kürzlich in Worcester gehaltene Rede des Premierministers der Kapkolonie, Sir Sivewrights, wird veröffentlicht.

Steyn beschwert sich darüber, daß ein verantwortlicher Minister gesagt habe, die Nachbarrepubliken schickten Sendboten in die Kapkolonie, um britische Unterthanen von der Loyalität gegen die Königin abwendig zu machen. Das Ministerium des Kapz erwiderte, Steyn schiene die Aeußerungen Sivewrights mißverstanden zu haben. Der Letztere bleibe bei jedem von ihm gesprochenen Wort. Er habe die Regierungen der beiden Republiken nicht bezichtigt. Ein solcher Gedanke habe ihm fernegelegen. Sivewright bezog sich auf Artikel des „Bloemfontein Express“. Diese hätten den Zwed gehabt, die Gemüther eines beträchtlichen Theiles der Bevölkerung der Kapkolonie mit Unruhe zu erfüllen. Das Ministerium des Kapz würde sehr bedauern, wenn die herzlichen Beziehungen zwischen der Kapkolonie und dem Freistaat durch die Rede eine Einbuße erleiden sollten. Der Oberkommissar telegraphirte an Steyn: „Ich habe Ihr Telegramm dem Staatssekretär mitgeteilt und die folgende Erwiderung erhalten: Ich schließe, daß Sivewrights Rede unrichtig gemeldet wurde. Sein Dementi ist schon im Unterhause zur Sprache gebracht worden.“ Steyn bedauerte, daß Sivewright sich nicht klarer ausgedrückt habe. Seine Worte habe jeder auf die Regierung des Freistaates beziehen müssen. Es freue ihn, den Präsidenten, daß Sivewright die ihm

zugeschriebenen Bemerkungen verleugnet habe. „Ich danke dem Staatssekretär, daß er das im Parlament bekannt gemacht hat.“

11. März. Präsident Steyn preist bei dem zu Ehren Krügers, des Präsidenten von Transvaal, gegebenen Mahle diesen als den geschicktesten Staatsmann Afrikas und spricht sich lebhaft für die Einigkeit der beiden Republiken aus. Präsident Krüger betont in seiner Erwiderngsrede, daß er nicht gegen die Rechte der Königin von England handeln wolle. Die Zeit werde beweisen, daß er die Königin stets verteidigt und dem Volke sie zu achten empfohlen habe. Er hoffe, daß die beiden Freistaaten sich einander immer mehr nähern würden, bis niemand dieselben trennen könne; die Idee einer Aufsaugung des Oranje-Freistaates durch die Südafrikanische Republik habe nie bestanden. Er wisse, daß er die Londoner Konvention zu beachten habe, aber die Königin Viktoria sei keine sehr schwer zu behandelnde Dame, daher müsse die Frage einer engeren Vereinigung mit Vorsicht behandelt werden. Er hoffe, eine wirkliche Vereinigung ganz Afrikas zu erleben.

5. April. Präsident Steyn weist in einer Rede zur Eröffnung des Volksraads auf die getroffene engere Verbindung mit Transvaal hin und hofft, die in der jüngsten Zusammenkunft mit dem Präsidenten Krüger getroffenen Abmachungen würden von der Volksvertretung genehmigt werden. Der Präsident schlägt eine Abänderung der Verfassung in dem Sinne vor, daß die Erlangung des Bürgerrechtes im Staate die Verzichtleistung der Unterthanenpflicht in einem andern Staate bedingt.

20. Mai. Der Volksraad lehnt ein von der Regierung vorgeschlagnes Gesetz, wonach den Uitlanders das Wahlrecht erteilt werden sollte, ab.

30. Mai. Ein am 19. Mai vorgeschlagner Gesetzentwurf, wonach die Bestimmungen über die Einwanderung der Fremden den in Transvaal bestehenden nachgebildet werden sollten, wird zurückgezogen.

12. Juni. Der Volksraad genehmigt die Abänderung und Erweiterung des oben erwähnten Freundschafts- und Handelsvertrages, der im März 1889 zwischen dem Oranje-Freistaat und Transvaal abgeschlossen worden ist.

16. Juni. Der Volksraad genehmigt auch den am 17. März mit der südafrikanischen Republik abgeschlossenen Bündnisvertrag.

26. Juni. Der Volksraad genehmigt den Entwurf eines Gesetzes, das nähere Bestimmungen enthält über die militärische Kooperation Transvaals und des Oranje-Freistaates, falls einer der beiden Staaten oder beide von einer fremden Macht angegriffen werden. Das Gesetz ist eine Folge des abgeschlossenen Bündnisvertrages.

Im Dezember. Der Volksraad nimmt ein Ausländer-Einwanderungs-Gesetz an, das mit dem in Transvaal wieder aufgehobnen Gesetze übereinstimmt. Es können hiernach die Einwanderer, insbesondrer auch die nach Transvaal, deren Weg meistens durch den Oranjestaat geht, am Oranjesflusse angehalten und nach der Kapstadt zurückgeschickt werden. (Die Einwanderer nach Transvaal können auch eine andre Route, die über Mafeking, wählen. Dann müssen sie aber 150 englische Meilen mit der Post fahren bis Krügersdorp.)

## Afghanistan.

15. August. Der Emir verbietet seinen Unterthanen, sich den Aufständischen Eingebornen bei Peshawar anzuschließen und befiehlt dem Gouverneur von Khost, die Afghanen zu bestrafen, die etwa wieder der britischen Expedition in Lochi Kamele rauben.

17. August. Der Emir hält einen Durban ab, in dem ein Brief des Vizekönigs von Indien verlesen wird. Darin wird gebeten, die Afghanen von der Beteiligung an den Unruhen an der Grenze abzuhalten. Nach Verlesung des Briefes schwört der Emir, daß er stets freundliche Beziehungen zu der englischen Regierung unterhalten habe.

## China.

30. Oktober. Die Offiziere des deutschen Kreuzers „Kormoran“ werden in Wutschang von Chinesen thätlich beleidigt.

14. November. Veranlaßt durch die Ermordung zweier deutschen Missionare in China läßt der deutsche Piontreadmiral von Diedrichs das Land um die Kiautschou-Bucht besetzen.

Im Dezember. China schließt mit Deutschland folgenden Vertrag:

I. Die kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso wie andre Mächte in den ostasiatischen Gewässern einen Punkt zu besitzen, wo deutsche Schiffe ausgebeßert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräte dafür niedergelegt sowie sonstige zugehörige Einrichtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre, das auf beiden Seiten des Eingangs der Bai von Kiautschou in Süd-Schantung gelegne weiter unten bestimmte Gebiet, dergestalt, daß es der deutschen Regierung freistehen soll, innerhalb dieses Gebiets alle nötigen Bequemlichkeiten und Anlagen zu errichten und die zu deren Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet steht unter Zugrundelegung der englischen Seekarte der Kiautschoubai vom



Jahre 1863 aus: 1. Der Landgrenze nördlich des Eingangs der Bai, abgegrenzt gegen Nordosten durch eine von der nordöstlichen Spitze von Potato Island bis zur Meeresküste in der Richtung auf Koschan gezogenen geraden Linie; 2. der Landzunge südlich der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der süd-südwestlich von Schiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tolosan-Kosaninseln bis zur Meeresküste gezogene gerade Linie; 3. den Inseln Schiposan und Totato Island sowie sämtlichen vor dem Eingang zur Bucht gelegenen Inseln einschließlich Tolosan und Seslientan. II. Außerdem verpflichtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von fünfzig Kilometern im Umkreise rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa notwendig werdenden Regulierung der Wasserläufe kein Hindernis entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone. III. Um jeder Möglichkeit von Konflikten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtbauer im Pachtgebiet Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesamten Wasserfläche der Kiautschoubucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen vor dem Eingang der Bucht Seezeichen errichten. IV. Im Falle, daß das an der Kiautschoubucht verpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiautschougebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen. V. Eine genauere Festsetzung der Grenzen des Pachtgebietes und der deutschen Zone nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse soll durch Kommissare der beiden Regierungen erfolgen.

## Japan.

Ende Februar. Anlässlich des Ablebens der Kaiserin-Mutter werden alle erkannten Strafen in Gnaden herabgesetzt. — Der Ministerpräsident Graf Okuma macht dem Parlamente Mitteilung von einem am 8. Oktober mit Rußland über die beiderseitigen Rechte in Korea abgeschlossenen Vertrage (S. 249).

11. März. Das Parlament genehmigt ein Gesetz über Einführung der Goldwährung.

Mitte März. Tod des Kronprinzen Yoshihito Harunomia, geboren 1879, zum Thronerben erklärt 1889.

1. Oktober. Einführung der Goldwährung. Die Wertseinheit bildet der 75 Gramm wiegende Golddollar; er wiegt gerade die Hälfte des Golddollars des Jahres 1871. Es sollen Fünf-, Zehn- und Zwanzigdollargestücke von 900 Feinheit geprägt werden. Der jetzige Silberdollar bleibt gesetzliches Zahlungsmittel bis zu einem Zeitpunkt von sechs Monaten nach der Ankündigung, daß er eingelegt werden soll.

22. Dezember. Eröffnung des neuen Parlaments.

25. Dezember. Das Unterhaus des Parlaments wird aufgelöst, damit eine gegen die Regierung gerichtete Mißtrauenserklärung desselben vermieden werde.

## Korea.

1. März. Im britischen Unterhause erklärt der Parlamentssekretär des Aeußern, Curzon, nach einem Bericht des englischen Konsuls habe am 20. Februar der König von Korea die russische Gesandtschaft in Seoul verlassen und sich nach seinem Palast begeben. Man glaube, daß eine Anzahl koreanischer Truppen einen von russischen Offizieren abgehaltenen Instruktionskurs durchmachen; ein solches Vorgehen scheine nicht mit der von Rußland im Jahre 1886 gegebenen Zusicherung vereinbar zu sein, die eine Garantie war, daß Rußland in Zukunft kein koreanisches Gebiet in Besitz nehmen werde. Die britische Regierung habe schon seit einiger Zeit von dem Abkommen zwischen Japan und Rußland betreffend Korea Kenntniß. Das Abkommen erkläre als das Ziel der beiden vertragsschließenden Parteien die Entfernung der fremden Truppen aus Korea, wobei, wie der gesamte Text ergebe, die von Rußland und Japan bisher bei ihren Gesandtschaften in Seoul unterhaltenen Wachen gemeint seien.

1. Oktober. Die Häfen Tschinampo und Mokpo werden für den fremden Handel erschlossen.

Diese beiden Häfen sind an der Küste zweier der reichsten Provinzen des Königreichs gelegen. Tschinampo, an der Westküste der Provinz Pingyang, ist namentlich durch seinen Mineralreichtum bekannt; er ist größer als der irgend einer andern Provinz Koreas. Mokpo liegt an der Südküste in der Provinz Tschulla, an der Mündung des Mongtanflusses, der durch die reichsten Agrikulturbezirke der Provinz fließt; der Fluß ist bis zu einer bedeutenden Länge schiffbar. Der Hafen liegt eine Tagereise auf dem Seewege von Fusan. und fast auf der Mitte zwischen Wladiwostok und Nagasaki.

Ende Dezember. Der König nimmt den Kaisertitel an.

## Sandwich-Inseln.

Anfang Januar. Eine in Anwesenheit des Präsidenten Dole und aller höhern Regierungsbeamten in Honolulu gehaltene zahl-

reiche Versammlung nimmt die Mitteilung eines Regierungsprogramms durch den Minister Cooper entgegen.

Nach wie vor verlange die Regierung die Einverleibung in die nordamerikanische Union. Cooper hat auf einer Reise in den Vereinigten Staaten eine im ganzen der Annexion günstige Stimmung ermittelt und glaubt, daß der Bundessenat des neuen Kongresses den Senatsbeschluß von 1893 für Angliederung der Inselgruppe aufrecht erhalten werde. Das ursprüngliche Bedenken der zu großen Entfernung vom amerikanischen Festlande schwinde vor der Bedeutung Hawaiis für die Beeinflussung des ganzen Südseehandels im amerikanischen Interesse und vor der Gefahr, daß die Inseln einer andern Macht in die Hände fallen dürften. Ueberdies sei die Besitznahme des Pearlhafens als Flottenstation von größter Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten. Der hawaiische Senator Mac Cawley kündigt darauf an, daß die Kammern in der nächsten Tagung das Kontraktarbeitsgesetz in jedem Fall widerrufen würden, was dem Widerstande der Zuckerpflanzer gegen Annexion die Spitze bräche. Thurston führt aus, daß im Gegenteil gerade der Fortbestand des hawaiischen Zuckerbauers von der Annexion abhängt. Behufs Deckung des jährlichen Fehlbetrags von dreißig Millionen Dollars in der amerikanischen Bundeskasse würde unter Mac Kingleys Verwaltung sofort ein hoher Schutzoll auf Zucker gelegt und der bereits abgelaufene hawaiische Gegenseitigkeitsvertrag, der bloß wegen noch nicht erfolgter jährlicher Kündigung fortbesteht, sicher nicht erneuert werden. Wo bliebe dann ein Absatzmarkt für den Zuckerbau der Sandwichinseln?

10. Februar. Die Regierung verhindert die Landung von 685 japanischen Auswanderern. Darüber entsteht ein Streit mit Japan.

## Nordamerikanische Union.

### I.

### Der neue Präsident Mac Kingley.

4. März. Zum achtundzwanzigstenmal seit Bestehen der Union vollzieht sich im Kapitol zu Washington der Wechsel in der Person des Präsidenten der Republik. Bei seiner feierlichen Einführung verliest Mac Kingley eine sogenannte Inaugural Address, in der er u. a. folgendes ausführt:

Das finanzielle System bedürfe der Revision; der Geldumlauf solle auf eine dauernde Grundlage gestellt werden. In den Finanzgesetzen könnten solche Veränderungen vorgenommen werden, daß der Regierung künftig nicht mehr die Notwendigkeit auferlegt ist, eine so bedeutende Goldreserve zu unterhalten. Der Präsident sichert seine herzlichste Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an, wenn der Kongreß die Einsetzung eines Ausschusses beschliesse, der die Revision der Gesetze über Münzprägung, Bankwesen und Geldumlauf beraten solle. Wenn ihm die Ermächtigung hierzu erteilt werde, werde er eine solche Kommission ernennen. Der Frage des internationalen Bimetallismus werde baldig ernste Aufmerksamkeit zugewandt werden; es werden beständig Be-

mähungen ins Wert gesetzt werden, denselben durch die Mitwirkung der andern großen Handelsmächte herbeizuführen, bis der Zustand verwirklicht sei, bei dem ein festes Wertverhältnis zwischen dem Gold- und dem Silbergelde sich aus dem relativen Werte der beiden Metalle ergebe. Der Wert des bereits geprägten und des noch zu prägenden Silbers müsse mit allen verwendbaren Mitteln auf Pari mit einem festen Wertverhältnis zu Gold erhalten werden. Der Kredit der Regierung, die Integrität des Geldumlaufes und die Unverletzbarkeit der bestehenden Verpflichtungen müssen gewahrt werden. Der Präsident betont sodann die Notwendigkeit strengster Sparsamkeit in jedem Zweige der öffentlichen Ausgaben. Er führt aus, der beste Weg für die Regierung, um Fehlbeträgen zu begegnen, sei nicht die Aufnahme von Anleihen, sondern die Sicherung entsprechender Einnahmen auf dem Wege der Steuererhebung. Die feststehende Politik der Regierung sei, die Masse der Einnahmen aus der Besteuerung der fremden Erzeugnisse zu erhöhen und direkte Besteuerung, außer in Kriegszeiten, zu vermeiden. Der leitende Grundsatz der auf Erhöhung der Einnahmen mittels der Einfuhrzölle gerichteten Tarifgesetzgebung sei, die einheimischen Industrien und die Entwicklung des Landes zu schützen und zu fördern. Pflicht des Kongresses sei es, den Fehlbeträgen ein Ende zu machen durch eine Schutzzollgesetzgebung, die die festeste Stütze des Staates sei. Eine solche Gesetzgebung werde die Regierung im Inlande wie im Auslande kräftigen und in hohem Maße dazu helfen, dem Abfluß aus der Goldreserve Einhalt zu thun. Bei der Tarifrevision sei besondere Aufmerksamkeit der Wiederinkräftigung und Ausdehnung des Regiprozentsgesetzes von 1890 zuzuwenden. Das befriedigende Resultat der kurzdauernden Erprobung dieses Gesetzes rechtfertige in hohem Maße weitere Versuche und die Erteilung weiterer diskretionärer Gewalt beim Abschlusse von Handelsverträgen. Die Politik der Vereinigten Staaten ist stets gewesen, die Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zu allen Nationen zu pflegen und sich freizuhalten von Verwicklungen, sei es als Verbündete, sei es als Feinde. Der Präsident erklärt weiter, es würde sein Streben sein, die hier entwickelte auswärtige Politik mit Festigkeit zu befolgen. Die Vereinigten Staaten bedürfen keiner Eroberungskriege; sie müssen der Versuchung einer gewaltsamen Gebietserwerbung widerstehen. Er empfiehlt sodann dringend den schiedsgerichtlichen Weg als die wahre und beste Art, internationale Zwistigkeiten zu schlichten, und spricht in warmen Worten seine Zustimmung zu dem Schiedsgerichtsvertrage mit England aus. Er verbreitet sich hierauf über die Notwendigkeit, daß das Gesetz und die Ordnung von allen Klassen der Bevölkerung hochgehalten und daß den ungeheuerlichen Vereinigungen des Kapitals als Trübsis zu willkürlicher Beherrschung des Handels oder zur Unterdrückung des Volkes auf irgendwelche Art Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Eine Verbesserung der Einwanderungs- und Naturalisationsgesetze in der Richtung, unerwünschte Einwanderer fernzuhalten, sei dringend notwendig.

Der Präsident setzt das Ministerium also zusammen: Aeußeres: Senator Sherman aus Ohio, 74 Jahre alt, von Beruf Advokat, früher Finanzminister; Finanzen: Bankier Lyman Gage; Krieg: General Russell Alger, früher Rechtsgelehrter; Inneres: Kaufmann Cornelius Blish aus Newyork; Marine: John Long; Ackerbau: Wilson, vor zweiundvierzig Jahren aus Schottland eingewandert, früher Lehrer an der Landbauschule in Iowa; die bisher Genannten

sind Millionäre; Generalpostmeister: James Gary; Generaladvokat: Joseph Hanna, geboren 1843 in Philadelphia, Katholik, wohnhaft zu Venecia in Kalifornien.

## II.

### Zollgesetz.

31. März. Das Repräsentantenhaus des am 15. März zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetretenen fünfundfünfzigsten Kongresses genehmigt eine in Gemäßheit der Antrittsbotschaft des Präsidenten der Republik vorgeschlagene Aenderung der Tarifbill, durch die die an sich schon sehr hohen Zölle um durchschnittlich über siebenzig Prozent erhöht werden, so daß sie für manche Artikel fast einem Einfuhrverbote gleichkommen.

Anfang April. Der deutsche Botschafter Freiherr v. Thielmann übergibt dem Präsidenten eine Protestschrift, in der erklärt wird, daß der geplante Differentialzoll auf Zucker in Widerspruch mit der zwischen Deutschland und Amerika über die Einfuhr von Schweinefleisch getroffenen Abmachung stehe. Auch mehrere andre ausländische Vertreter erheben Vorstellungen.

24. Juli. Der Senat genehmigt die Tarifbill, worauf sie sofort als Gesetz vollzogen wird.

## III.

### Einwanderungsbill.

Im Februar. Beide Häuser des Kongresses genehmigen, auf den Bericht ihres gemeinsamen Konferenzkomitees hin, ein Gesetz, in dem von den Einwanderern verlangt wird, daß sie die englische oder irgend eine andre Sprache lesen und schreiben können.

Man nimmt an, daß durch diese Bill der dritte Teil der gegenwärtigen Einwanderung ausgeschlossen werde, doch könnten dadurch Deutsche nur wenig betroffen werden, da sich unter 66314 Analphabeten, die im Fiskaljahre 1895/96 in den Vereinigten Staaten einwanderten, nur 410 Deutsche befanden auf 24230 Einwanderer aus Deutschland. Etwas ungünstiger dürfte sich das Verhältnis stellen, wenn man nur die Einwanderer über 14 Jahren in Betracht zieht. Nach einem Bericht für 1894/95 befanden sich damals unter 25334 einwandernden Deutschen 37, die nicht schreiben, und 713, die nicht lesen konnten. Die größte Zahl Analphabeten lieferte im Jahre 1895/96 Italien mit 30728, fast die Hälfte aller

italienischen Einwanderer. Dann kommen Ungarn mit 8739 auf 23415, Rußland mit 6979 auf 35484. Die im genannten Jahre einwandernden 24230 Deutschen brachten 38,31 Dollar per Kopf mit.

## IV.

**Groß-Newyork.**

**Anfang April.** Die gesetzgebenden Kammern des Staates Newyork nehmen einen Gesetzentwurf an, wodurch die Städte und Gebiete Brooklyn, Richmond County, Flushing, Port Hempstead, Jamaica, Long Island City, Newton, Jamaica Bay, East-Chester, West-Chester und Pelham mit der Stadt Newyork für die Zeit vom 1. Januar 1898 an zu einem sogenannten Groß-Newyork verbunden werden.

Die Bevölkerung Newyorks betrug nach der Zählung vom Jahre 1892 1801739 Einwohner; mit den eingemeindeten Gebieten würde sie sich, nach dieser Zählung, auf 2985422 Einwohner belaufen, die indes nach der regelmäßigen Zunahme auf 3100000 angewachsen sein müssen. Das bisherige Gebiet der Stadt Newyork, etwa 98 Quadratkilometer, wird auf etwa 930 Quadratkilometer erweitert. Das steuerpflichtige Grundeigentum in dem erweiterten Stadtgebiete wird auf 2588324329 Dollar oder rund 10850 Millionen Mark geschätzt. Die gemeinsame Schuld wird etwa 170000000 Dollar betragen.

## V.

**Auswärtige Angelegenheiten.**

## 1.

**Vertrag mit England wegen Alaskas.**

**30. Jänner.** Die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnen ein Abkommen, wonach die Grenze zwischen Alaska und Kanada, soweit sie auf dem 141. Meridian liegt, durch eine Kommission festgestellt werden soll.

## 2.

**Frage der Einverleibung Sawais.**

**16. Juni.** Abschluß eines Vertrags mit der Republik der Sandwichinseln, wonach sie in die Union aufgenommen werden

sollen. — Sofort erhebt Japan hiergegen Verwahrung, weil dadurch ein Vertrag Japans mit Hawaii verletzt werde. — Der Vertrag wird sogleich dem Senate vorgelegt.

3. Juli. Es wird in Washington die Antwort des Staatssekretärs Sherman auf die Einsprache Japans veröffentlicht. Sherman erklärt, der Vertrag mit Hawaii enthalte nichts für Japan Nachtheiliges. Als vor vier Jahren ein ähnlicher Vertrag Gegenstand der Erörterung gewesen sei, habe keine der im Stillen Ozean interessirten Mächte die Aufrechterhaltung des status quo in Anregung gebracht. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne nicht zugeben, daß seitdem ein Anlaß zu einer solchen Anregung entstanden sei oder daß die Einverleibung Hawaiis irgend welche berechnigte Interessen der Stillemeermächte beeinträchtige.

10. Juli. Hierauf antwortet die japanische Regierung:

Japan gesteht zwar den in Hawaii vorherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten zu, bemerkt aber, seine Zustimmung sei infolge der veränderten Verhältnisse und der Steigerung der japanischen Interessen für Japan jetzt unmöglich. Die Politik der kolonialen Erwerbungen im Stillen Ozean sei in dem mit dem Jahre 1892 schließenden Jahrzehnt besonders lebhaft betrieben worden. In gemeinschaftlicher Uebereinstimmung hätten sich die Mächte in der letzten Zeit geneigt gezeigt, sich derselben zu enthalten und die internationale Rivalität sowie die einander entgegenstehenden Interessen böten heute die allerbesten Garantien für die Fortdauer der Selbständigkeit der übrig gebliebenen Gruppen. Die Einverleibung Hawaiis durch die Vereinigten Staaten würde jedoch zweifellos das Signal für das Wiedererwachen des schlummernden Strebens nach Gebietserweiterungen sein und dadurch die japanischen Interessen im Stillen Ozean schädigen. Japan könne nicht mit Gleichgültigkeit auf Veränderungen blicken, wodurch Rechte Japans zerstört würden. Es sei nicht die Absicht, die heute bestehende Situation im Stillen Ozean in Frage zu stellen, allein Japans Lage mache es ihm unmöglich, ohne Befürchtungen oder mit Gleichmut den Folgen entgegen zu sehen, die das Erlöschen der hawaiischen Selbständigkeit wahrscheinlich haben müsse. Die Anwendung der Zoll- sowie andrer Geseze der Vereinigten Staaten müsse die japanischen Interessen schädigen.

### 3.

#### Schiedsgerichtsvertrag wegen Venezuelas.

11. Januar. Unterzeichnung eines Vertrags mit Großbritannien wegen Einsetzung eines Schiedsgerichts über den Streit bezüglich Venezuelas.

Das Schiedsgericht soll aus fünf Mitgliedern bestehen. Lord Herschell und Richter Collins sollen England, der Präsident des obersten Gerichtshofs, Fuller, und Richter Brewer die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten. Diese vier werden einen fünften Schiedsrichter wählen, der Präsident des Gerichts sein soll. Sollten die vier Schiedsrichter sich binnen drei Monaten

über die Wahl des fünften Schiedsrichters nicht einigen können, so soll König Oskar von Schweden und Norwegen ihn ernennen. Das Schiedsgericht wird sich in Paris versammeln. Alle Fragen sollen durch die absolute Mehrheit des Schiedsgerichts entschieden werden.

30. Januar. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beantragt die Streichung der Bestimmung bezüglich des Königs Oskar und schlägt statt dessen einen Artikel vor, nach dem beide Mächte einen Schiedsrichter wählen, sobald ein solcher für notwendig erachtet wird.

23. März. Der Senat genehmigt diese Aenderungen. Damit fällt der ganze Vertrag hin.

## 4.

## Die Frage Kubas.

17. Mai. Präsident Mac Kinley sendet eine Botschaft an den Kongreß, in der er die Bewilligung von mindestens 50 000 Dollar verlangt, um die hilfsbedürftigen amerikanischen Bürger auf Kuba zu unterstützen und ihnen, wenn sie es wünschen, die Rückkehr nach den Vereinigten Staaten zu ermöglichen. Der Senat nimmt eine der Botschaft des Präsidenten entsprechende Resolution an; eine gleiche Resolution wird vom Repräsentantenhause abgelehnt.

21. Mai. Der Senat erklärt auf Antrag von Morgan, daß auf Kuba „Kriegszustand“ herrsche.

## VI.

## Botschaft des Präsidenten.

6. Dezember. Präsident Mac Kinley richtet eine Botschaft an den Kongreß, in der er ihn zunächst zur Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nationen beglückwünscht.

Sodann betont die Botschaft, daß, nachdem die Tarifgesetzgebung geordnet sei, die Währungsfrage die nächste bringende Frage sei. Der Präsident empfiehlt angelegentlich, daß, sobald die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der Regierung ausreichen, die Noten der Vereinigten Staaten, nachdem sie in Gold eingelöst wurden, beiseite gelegt und nur im Austausch gegen Gold wieder ausgegeben werden sollen. Im Anschluß hieran erklärt der Präsident seine Zustimmung zu den in dem Bericht des Schatzsekretärs Gage enthaltenen Vorschlägen betreffend das Währungs- und Nationalbankwesen. An eine zwangsweise Einverleibung Kubas könne nicht gedacht werden; eine solche würde ein verbrecherischer Angriff sein. Die Anerkennung



der Aufständischen als kriegsführende Macht wäre gegenwärtig unklug und unzulässig; werde sie sich aber später als rätlich erweisen, so werde die Regierung einen entsprechenden Schritt thun. Es sei unleugbar, daß das Ministerium Sagasta während der wenigen Wochen seines Bestehens Beweise der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen gegeben habe. Man dürfe keine Ungebuld aufkommen lassen, die Spanien behindern würde. Man müsse Spanien eine angemessene Chance zur Verwirklichung der Erwartungen lassen, die es in das neue Regime auf Kuba setze. Wenn kein gerechter Friede erreicht werde, so werde die Notwendigkeit eines weitern Vorgehens der Vereinigten Staaten bestehen bleiben. „Wenn es uns später als eine Pflicht erscheinen wird, die uns unsre Verpflichtungen gegen uns selbst, die Zivilisation und Menschlichkeit auferlegen, unter Anwendung von Gewalt zu interveniren, wird dies allein der Fall sein, weil die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens so klar sein wird, daß sie uns die Unterstützung und Zustimmung der zivilisirten Welt verschaffen wird.“ Der Präsident bekräftigt sodann die Durchführung der Einverleibung Hawaiis und fügt hinzu, Japan sei gegenwärtig von der Absicht der Vereinigten Staaten überzeugt, alle Fragen, die die Interessen Japans betreffen, im freundlichsten Geiste zu behandeln. Sodann spricht die Botschaft die Hoffnung aus, daß die Bemühungen des Senators Wolcott schließlich zu einem internationalen Abkommen über die Silberfrage führen werden. Der Kommissar Kasson stehe gegenwärtig mit verschiedenen Regierungen in Europa und Amerika wegen des Abschlusses von Gegenseitigkeitsverträgen in Unterhandlung und es sei anzunehmen, daß durch sorgfältige Ausübung der vom Kongresse übertragenen Vollmachten eine Anzahl der Beziehungen der Vereinigten Staaten und der andern Länder bezüglich der gegenseitigen Handelsbeziehungen entweder beseitigt oder wesentlich erleichtert würden, sodaß der Handelsverkehr der Vereinigten Staaten eine Ausdehnung erfahren werde.

## Mexiko.

**1. April.** Der Präsident der Republik eröffnet den Kongreß mit einer Ansprache, in der er sagt:

Die laufenden Einnahmen des Staatsschatzes vermehren sich andauernd zugleich mit dem Wohlstande und der Entwicklung des Landes, trotz der ungünstigen Lage der Landwirtschaft während der letzten Jahre. Die Gesamteinnahmen während der ersten Hälfte des Etatsjahres betrugen mehr als 25 $\frac{1}{2}$  Millionen mexikanische Dollars, überschreiten also beträchtlich die Vorausschläge des Budgets. Diese in hohem Grade günstige Lage gestattet es, verschiedne Zweige der Verwaltung mehr zu entwickeln und die Steuer auf Gehaltsbezüge zc., sowie andre Abgaben von minderer Bedeutung abzuschaffen.

**16. September.** Präsident Diaz wird, als er, umgeben von seinem Stabe, sich zu Fuß nach dem maurischen Pavillon an der Alameda begiebt, um an der Jahresfeier der Unabhängigkeitserklärung Mexikos teilzunehmen, hinterrücks vom beschäftigungslosen Mexikaner Arroyo angefallen. Dieser durchbricht den von Soldaten und der Umgebung des Präsidenten gebildeten Kordon und versetzt

dem Präsidenten einen Faustschlag in den Nacken. Der Präsident bleibt unverletzt, da der tief sitzende Hut die Wucht des Schlags mindert. Die Umgebung des Präsidenten wirft den Angreifer nieder, der später von dem in das Gefängnis eingedrungnen Volke gehängt wird.

14. Dezember. Der dem Kongreß vorgelegte Etat für 1898/99 sieht 52 089 495 Pesos Ausgaben und einen Ueberschuß von 20 015 Pesos vor.

## Mittelamerika.

15. Juni. Die fünf Republiken schließen einen Vertrag wegen Bildung eines einheitlichen Bundesstaates, indem Guatemala und Costarica dem am 20. Juni 1895 von den drei andern Republiken gebildeten Bunde beitreten.

Anfang September. Nachdem der Kongreß von Guatemala beschlossen hat, dem Präsidenten der Republik, dem seit März 1892 regierenden Jose Maria Reyna, der sich den Namen seines Onkels, des einst gefürchteten Präsidenten Barrios, beigelegt hatte, für den Zeitraum 1. März 1898 die Gewalt auf vier Jahre zu verlängern, entsteht ein Aufstand mit des Präsidenten Vetter, dem Kriegsminister Morales, an der Spitze.

7. September. Die Aufständischen werden besiegt und zum Teil über die mexicanische Grenze gebrängt.

## Südamerika.

3. März. Im brasilianischen Staate Bahia werden die Regierungstruppen von den Aufständischen unter Führung des bisherigen Einsiedlers Maciel, der als Prophet Conselheira genannt wird, geschlagen.

10. April. Vertrag Brasiliens mit Frankreich wegen Anrufung der schweizerischen Bundesregierung als Schiedsgerichts über den Grenzstreit in Guyana.

Mitte Mai. Ende eines zweimonatigen Aufstandes gegen den Präsidenten Borda von Uruguay.

27. Mai. Aufstand der 700 Kriegsschüler in Rio.

13. August. Der Präsident von Peru kündigt dem Kongresse an, das Land werde bald imstande sei, die Provinzen Arica und Taena von Chile wieder einzulösen.

25. August. Ermordung des Präsidenten Borda von Uruguay. Nachfolger ist Cuestas.

16. September. Wahl des Generals Andrade zum Präsidenten von Venezuela.

5. November. Nordversuch auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien, Prudente de Moraes. Der Kriegsminister Blencourt, der ihn zu schützen versucht, wird getödtet.

6. Dezember. Indianer vom Stamm der Botokuden ermorden die meisten ruthenischen Ansiedler in Moema im brasilianischen Staate Parana.

10. Dezember. Das Budget Brasiliens weist einen Fehlbetrag von fast 30 Millionen Reis auf.

## Internationale Vorgänge.

### I.

### Weltpostkongreß.

5. Mai. In Washington wird der fünfte Kongreß des Weltpostvereins eröffnet.

Der konstituierende Kongreß fand 1874 in Bern statt, ihm folgten die Kongresse: 1878 in Paris, 1885 in Lissabon und 1891 in Wien. Jeder Kongreß bildet eine wichtige Etappe auf dem Wege der einheitlichen Regelung des Weltpostverkehrs. 1874 betraf die allgemeine Vereinigung im wesentlichen den Briefpostdienst; 1878 brachte den Wertbrief- und Postanweisungsdienst, 1885 den Postauftragsdienst, nachdem 1880 als Ergebnis einer Zwischenkonferenz der Postpaketdienst hinzugetreten war, und 1891 den Postzeitungsdienst.

15. Juni. Der Kongreß wird geschlossen. Ueber das, was er zu Stande gebracht, geht amerikanischen Blättern folgendes offizielle Résumé zu:

1. Die Weltpostkonvention, einschließlich der Aufnahme von Korea in den Weltpostverein; Entgegennahme der Erklärung des Orange-Freistaats, der keinen Delegaten entsandt, daß er baldigst dem Weltpostverein beizutreten hoffe, und derjenigen des chinesischen Reichs, das im Kongreß vertreten war, daß es die Regulationen des Weltpostvereins durchzuführen werde, sobald die Reorganisation seines Postdienstes weit genug fortgeschritten sein würde. 2. Die Bedingungen für die gegenseitig zu verrechnenden Transitgebühren wurden wesentlich erleichtert, so zwar, daß während der nächsten sechs Jahre der Tarif stetig herabgesetzt wird. 3. Das Projekt gleichmäßiger Farben für wertentsprechende Postmarken wurde acceptirt. 4. Unfrankirte Postkarten bezahlen nur die doppelte Tage (4 Cents statt 10 Cents), wie unfrankirte Briefe. 5. Mit der Schreibmaschine angefertigte Zirkulare, die in zwanzig oder mehr Exemplaren gleichen Inhalts aufgegeben werden, zahlen für internationale Beförderungen dieselben Raten wie gedruckte Zirkulare. 6. Warenmuster ohne Wert werden als solche bis zum Gewicht von 350 Gramm angenommen. 7. Naturwissenschaftliche Gegenstände (Tiere, getrocknete Pflanzen und geologische Spezimina) werden als Muster angenommen. 8. Die Frage der Einführung einer Weltpostmarke wurde angeregt, der Vorschlag jedoch im Hinblick auf mannigfache Schwierigkeiten — namentlich die Verschiedenheit der einzelnen Währungssysteme — abgelehnt. 9. Die Spezialarrangements für Beförderung von Paketen unter Wertangabe, Gelbanweisungen für Legitimationsbücher und für Bestellung von Zeitungen und Zeitschriften wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Dieses Abkommen gilt jedoch nicht für die Vereinigten Staaten,

sondern hauptsächlich für die Länder des europäischen Kontinents. Die neue Konvention tritt mit dem 1. Januar 1899 in Kraft. — Der nächste Kongress wird im Februar 1903 in Rom stattfinden.

## II.

### Bergarbeiterkongress.

7. bis 11. Juni. In London findet der achte internationale Bergarbeiterkongress statt. Er ist von 76 Bevollmächtigten besucht; darunter befinden sich die deutschen Reichstagsabgeordneten Möller, Sachse, Mühlenbeck. Der „Köln. Ztg.“ wird über die Verhandlungen berichtet:

Es wird zunächst über den Achtstundentag verhandelt. Die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Belgiens verlangen einen Beschluß in dem Sinne, daß nicht nur für die unter der Erde, sondern auch für die über der Erde arbeitenden Bergarbeiter die Forderung des Achtstundentags erhoben werden müsse. Diesem Antrag wird von 73 Bevollmächtigten zugestimmt. Ein zweiter Gegenstand betrifft die Forderung, es sollten künftighin Haftpflichtgesetze nur dann unterstützt werden, wenn sie die Bestimmung enthielten, daß die Arbeitgeber für alle Unfälle in Gruben haftbar seien. Sachse führt die Vermehrung der Unfälle hauptsächlich auf die Gebirgsarbeit zurück und verlangt, daß der Nachweis, daß ein Unfall durch die Schuld des Arbeiters herbeigeführt sei, stets dem Arbeitgeber zugeschoben werde. In diesem Sinne wird Beschluß gefaßt. Bei der Frage nach dem Mindestlohn entstehen lebhafteste Erörterungen darüber, ob der Lohn sich nach dem Markt richten müsse, oder nach der Gefährlichkeit der Arbeit. Es wird der Beschluß gefaßt, daß alle mit der Zusammenkunft verbundenen Grubenarbeiter sich für den Mindestlohn entscheiden und, wenn nötig, dafür kämpfen wollen. Die Versammlung geht zu der Erörterung der „internationalen Regulierung der Kohlenförderung“ über. Der Kern der Frage liegt darin, daß die Bergarbeiter durch internationale Übereinkunft den Wettbewerb auf dem Gebiete der Kohlenindustrie beseitigen wollen. Es soll dies auf dem Wege geschehen, daß einem jeden Bergwerksbezirk und sogar einem jeden Arbeiter vorgeschrieben wird, welche Menge von Kohle er innerhalb eines bestimmten Zeitraumes fördern dürfe. Es ist dies der in Deutschland und anderwärts längst zur Ausführung gebrachte „kapitalistische“ Verbandsgedanke. Nach dem bisherigen Verfahren bringe jeder Aufschwung der Industrie eine Steigerung des Wettbewerbs, namentlich durch vergrößerte Einfuhr aus dem Auslande mit sich und dadurch werde es den Arbeitern unmöglich gemacht, den Aufschwung der Industrie sich zu nütze zu machen und günstigere Arbeitsverhältnisse zu erzwingen. Ein Antrag, für die internationale Regelung der Kohlenförderung sich auszusprechen, findet Annahme. Weitere Beschlüsse betreffen das Verlangen, daß die Altersversorgung gewährt werden müsse, unabhängig von dem dem Arbeiter wegen erlittener Unfälle zugesicherten Entschädigungen, ferner einen Entrüstungsbeschluß gegen die Maßregelung von Bergarbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften, und das Verlangen nach staatlicher Anstellung von aus den Arbeiterkreisen gewählten Bergwerksaufsichtsbeamten. Das Ende bildet ein Beschluß,

alle die Grubenindustrie betreffenden Streitigkeiten sollten möglichst in veröhnlicher Weise durch Schiedsgerichte erledigt werden.

### III.

## Kongreß zum Schutz der Hochseefischerei.

3. Juli. In Ostende treten die ältesten Kommandeure der zum Schutz der Hochseefischerei befehligten Kriegsschiffe Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Dänemarks zu einer Konferenz zusammen. Diese Staaten haben am 6. Mai 1882 im Haag einen Vertrag zur Regelung des Hochseefischereischutzes abgeschlossen. Seit jener Zeit hat sich in manchen Punkten die Notwendigkeit, Aenderungen an den damals vereinbarten Bestimmungen vorzunehmen, ergeben. Die Konferenz berät über folgende Punkte:

1. Der Artikel 10 der deutschen Ausweicheregeln auf See stimmt insofern nicht mit entsprechenden britischen und französischen Vorschriften überein, als die letztern mehrere Zusätze für Fischer enthalten. 2. Die für Fischerfahrzeuge vorgeschriebenen Laternensignale sind bei den verschiedenen Staaten verschieden; in Deutschland sind Laternensignale für Fischereidampfer und -Fahrzeuge über zwanzig Tonnen Raumgehalt überhaupt nicht vorgesehen. 3. In den Ausweicheregeln sind die Fischerfahrzeuge nicht besonders berücksichtigt; infolge dessen herrschen große Unklarheiten darüber, ob Fischerfahrzeuge mit dem Schleppnetz am Grunde Vorrechte in Bezug auf das Ausweichen haben oder nicht. 4. Viele Weiterungen und Unannehmlichkeiten können vermieden werden, wenn die Nordseehäfen in ihre Küstenarten, die von Fischern benutzt werden, die Territorialgrenzen eintragen lassen. Die niederländische Regierung soll sogar beabsichtigen, die Territorialgrenzen mit Voten zu bezeichnen. 5. Die für die Hochseefischerei gegebenen Gesetze und Erlasse sprechen immer nur von Angeln, Treibnetzen und Schleppnetzen, während von den dänischen Fischern fast ausschließlich ein Zugnetz benutzt wird.

### IV.

## Zionistenkongreß.

30. August. Ein in Basel tagender Kongreß dieses Namens beschließt folgendes Programm:

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles nimmt der Kongreß folgende Mittel in Aussicht: 1. Zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern und Gewerbetreibenden. 2. Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Juden-

ichost durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen auf der Grundlage der Landesgesetze. 3. Stärkung des jüdischen Nationalgefühls und Volksbewußtseins. 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der für die Erreichung des zionistischen Zieles notwendigen Zustimmung der Behörden.

## V.

## Altkatholikentongreß.

30. August. In Wien findet der vierte internationale Altkatholikentongreß statt. Präsident: Regierungsrat Philippi aus Basel, Vizepräsidenten: die Abgeordneten Professor Bendel aus Wien und Präsident v. Thiel, Sekretäre: Dr. Weibel aus Luzern, Schulrat Rüppers aus Berlin und Pfarrer Schindelar aus Gablonz.

Zunächst wird über die Frage der Wiedervereinigung der christlichen Kirchen verhandelt. Darüber wird beschlossen: „Die Versuche, die Einheit der Kirche im römischen Sinne zu erzielen, und die in dieser Absicht unternommenen sogenannten Wiedervereinigungsversuche sind gescheitert und werden immer scheitern: a) weil sie nur scheinbar auf Vereinigung, in Wirklichkeit auf Unterwerfung gehen; b) weil das römische System in den wesentlichsten Punkten auf Fälschungen aufgebaut ist und die dauernde Entwicklung der Kirche und der Menschheit nur in der Wahrheit allein wurzeln kann; c) weil das Streben nach dem Imperium (der Oberherrlichkeit der Welt) gleicherweise mit dem Wesen des Christentums wie mit dem natürlichen Streben nach Fortschritt und Freiheit im Widerspruch steht.“

Die Bischöfe Seymour aus Springfield, Hale aus Kairo, Reverend White aus Baden-Baden treten für die Wiederaufnahme der Bonner Unionskonferenzen zur Besprechung der Differenzpunkte zwischen den freien Kirchen ein. Zur Anbahnung der Konferenzen, die im Herbst 1898 stattfinden sollen, wird eine Kommission, bestehend aus den Bischöfen Weber aus Bonn, Herzog aus Bern, v. Thiel aus Amersfoort bestellt. Es gelangt folgende, vom Bischofsverweser Czsch begründete These zur Annahme:

Der von den Jesuiten genährte falsche Schein, als wurzele der Ultramontanismus in der katholischen Kirche oder bilde sogar einen wesentlichen Bestandteil der Kirche, ja die Kirche selbst, hat die Massen des katholischen Volkes irregeführt und bildet die Hauptstütze Roms. Er kann nur dadurch zerstückt werden, daß alle erleuchteten Katholiken, die die Unkirchlichkeit und Verwerflichkeit des Ultramontanismus erkannt haben, auch den Mut haben, sich von jeder auch nur passiven oder scheinbaren Gemeinschaft mit demselben offen loszusagen und über ihn hinweg zur alten katholischen Kirche zurückzukehren.

Der Delegiertenversammlung folgen die öffentlichen Sitzungen. Erzbischof Gul aus Utrecht fordert zum Kampfe für die Prinzipien der altkatholischen Kirche auf. Bischof Herzog aus Bern hebt hervor, daß in der Schweiz die altkatholische Bewegung durch josephinische Ideen gefördert wurde, und heute sei er als Bischof dieser Kirche stolz darauf, auf österreichischem Boden den Namen Josephs mit Ehrfurcht zu nennen und die österreichischen Brüder

zu begrüßen. Bischof Weber aus Bonn zollt den schweren Kämpfen der österreichischen Altkatholiken vollste Anerkennung. Bistumsverweser Tschöb berührt den Kampf der Ultramontanen gegen die Wiener altkatholische Gemeinde und versichert, daß die Wiener Altkatholiken und mit ihnen ihre österreichischen Brüder stets Unbulsamkeit, Finsterniß und Unfreiheit verachten und ihre Hoffnung unerschütterlich auf die Wiedervereinigung aller Kirchen setzen. Beschlossen wird ferner folgende Erklärung: „Im Wesen des Katholizismus liegt es, am Grundsatz des Nationalkirchentums festzuhalten und das Recht jeder Nationalität auf ihre Besonderheiten auch in religiöser Hinsicht vollaus anzuerkennen. Diesen allgemeinen Grundsatz auf die Slawen anwendend, kann der Altkatholizismus wissenschaftlich nachweisen, daß die altkatholische Kirche weitaus mehr als die heutige römische Kirche ihrem Dogma und ihrer Disziplin nach eins ist mit dem Glauben und dem Geiste, in dem Cyrill und Methodius den Grund zu den slawischen Kirchen gelegt haben. Eine Rückkehr zu dem religiösen Standpunkt dieser Slawenapostel wäre es also, wenn die mit Rom unirten Ruthenen und die unter Roms Jurisdiktion stehenden slawischen Katholiken sich von Rom lossagen und im Geiste ihrer Apostel wie des Altkatholizismus romfreie altkatholische slawische Nationalkirchen gründen würden.“ Auf Anregung Tschöbs wird es als eine religiöse Pflicht, als das Recht der Tschechen hingestellt, daß sie eine Nationalkirche im Sinne der Prinzipien der altkatholischen Kirche ins Leben rufen. Zugleich beschließt die Versammlung eine Erklärung, in der die Verbrennung des Johannes Fuß als ganz unkatholische und unchristliche Maßregel verurteilt wird.

## VI.

### Kongreß für Arbeiterschutz.

27. September. In Brüssel wird ein internationaler Kongreß für Arbeiterschutz eröffnet. Der belgische Arbeitsminister Ryssens hält eine Ansprache. Sodann gleichfalls der Herzog d'Urzel, Präsident des Conseil supérieur du travail. Anwesend sind vorwiegend Professoren, Politiker und Industrielle, von Arbeitervertretern nur Mitglieder der belgischen Sozialistenpartei.

Der Kongreß behandelt die Frage: „Welche Umandierungen hat die Arbeiterschutzgesetzgebung in den verschiedenen Ländern seit der im März 1890 in Berlin von dem deutschen Kaiser einberufenen Konferenz erfahren? Welchen Standpunkt haben die Industriestaaten gegenüber den von dieser

Konferenz angenommenen Resolutionen betreffend die Kinder- und Frauenarbeit, sowie die Arbeit in den Bergwerken eingenommen?" Für Belgien antwortet Advokat Barlez in einem ausführlichen Bericht, worin er verlangt, daß die Kinderarbeit auf sechs Stunden beschränkt sein sollte. Die Berliner Konferenz habe beschlossen, daß die Arbeitsdauer für 14—16 jährige Arbeiter zehn Stunden nicht übersteigern sollte; in Belgien aber gehe man bis zu elf oder zwölf Stunden. Anstatt den 16—21 jährigen Arbeiterinnen den Rehnstundentag zu sichern, gestatte das belgische Gesetz zwölf Stunden. Während für 16—18 jährige Arbeiter sowie für erwachsene Frauen überhaupt keine gesetzliche Arbeitsdauer bestimmt sei, würden die Kinder vom zwölften anstatt vom vierzehnten Jahre ab in die Bergwerke zugelassen. Außerdem brauchten die jugendlichen Arbeiter in Belgien den Bestimmungen über den Volksschulunterricht nicht genügt zu haben. Der Berichterstatter glaubt nicht an eine baldige ernsthaftere Arbeiterschutzgesetzgebung in Belgien. Grubendirektor Harzé wirft dagegen das im Vorjahr angenommene Gesetz über die Gewerbeordnung in die Waagschale. Leider, fügt er hinzu, verbietet das Gesetz dem Arbeitgeber das Verhängen hoher Geldstrafen. Die Arbeiter fehlen öfter in der Grube und in den Werksstätten als vorher, weil sie keine hohen Geldstrafen mehr zu befürchten haben. Die Frauenarbeit in den Bergwerken nimmt seit der Veröffentlichung des Gesetzes von 1889 über diesen Gegenstand so rasch ab, daß in absehbarer Zeit keine einzige Frau mehr in den Gruben verwendet werden wird. Sodann entwickelt der frühere preussische Minister v. Berlepsch in deutscher Sprache die seit 1891 in Deutschland durchgeführten Sozialreformen. Die seit der Berliner Konferenz erzielten Ergebnisse seien befriedigend. Die Kinder würden gegen die Ausbeutung seitens der Arbeitgeber vom Gesetze wirksam geschützt. Mit wenigen Ausnahmen sei die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren abgeschafft. Leider erstrecke sich der gesetzliche Schutz nur bis zum Alter von 16 Jahren. Auf dem Gebiete der Frauenarbeit und der Sonntagsruhe habe die deutsche Regierung vielfach gesetzgeberisch eingegriffen. Alle diese Arbeiterschutzgesetze hätten die Entwicklung der deutschen Industrie nicht beeinträchtigt. Natürlich könne die gesetzliche Arbeitsregelung nicht überall gleichmäßig durchgeführt werden, aber der Grundsatz der gesetzlichen Arbeitsregelung sei unbesritten. Lauten Beifall erntet der Redner, als er auch die andern Staaten zur Ausarbeitung und Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen auffordert. Der französische Delegirte Hubert Ballerou teilt mit, daß die Berliner Konferenz auf die französische Gesetzgebung keinen nachhaltigen Einfluß ausgeübt habe. Das möge wohl daher kommen, daß das französische Parlament mindestens acht Jahre brauche, um ein Gesetz auszuarbeiten. Kurz, es sei in Frankreich mit dem Arbeiterschutz schlecht bestellt. Die wenigen bestehenden Gesetze verfehlten ihren Zweck, weil sie unvollständig seien und nicht durchgeführt würden. Raffalowitz berichtet, daß die Kinder- und Frauenarbeit in Rußland gesetzlich geregelt sei. Er dankt den belgischen Kapitalisten, die sich um die rasche Entwicklung der russischen Industrie verdient machen, und stimmt dem Vorschlage v. Berlepschs zu, ein internationales Amt zur Ordnung der in den verschiedenen Ländern den Arbeiterschutzgesetzen gegebenen Ausführung zu errichten. Der Antwerpener Volkswirt Strauß bekundet seine Vorliebe für volle wirtschaftliche Freiheit. Die Arbeiterschutzgesetze hätten auf die moralische und materielle Lage des Arbeiters keinen Einfluß geübt, noch auch habe die Einmischung des Staates den Fortschritt der revolutionären Bestrebungen verhindert. Anstatt die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter harmonisch zu gestalten, habe der staatliche Arbeiterschutz die Arbeiter derart solidarisiert, daß sie höhere Löhne erzwingen könnten. Ein Widerspruch sei es, die Produktion beschränken und gleichzeitig die Lage der Arbeiter verbessern zu wollen, denn eine Ber-



minderung der Produktion habe eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel zur Folge. Deutschland habe die Arbeiterschutzgesetze geschaffen, um die durch den bewaffneten Frieden verursachten Geldbedürfnisse befriedigen zu können. — **Brentano** (München): Strauß irre sehr, wenn er glaube, daß die Ausgaben, die der Arbeiterschutz veranlasse, durch die Einnahmen gedeckt würden. Die Sozialpolitik habe mit der Sozialpolitik nichts gemein. Eine Unwahrheit wäre es, mit Strauß behaupten zu wollen, daß die Deutschen im Auslande Propaganda machten, damit auch die fremden Staaten sich die Zwangsjacke der Arbeiterschutzgesetze anlegen sollten. Zahlreiche Deutsche seien, wie Redner selbst, für soziale Gesetzgebung und gegen die Schutzölle. Uebrigens hätten die Zollgesetze vor den Arbeitergesetzen bestanden. Erstere seien also nicht durch letztere verursacht worden. Durch sein gesetzliches Eingreifen wahre der Staat die Freiheit des Arbeiters und unterscheide den Arbeiter als Ware vom Arbeiter als Familienvater und als Bürger. — Der Vorsitzende der belgischen katholischen Demokratenliga **Verhaegen** bekämpft ebenfalls die Theorien Strauß's. Die Industrie habe nicht nur den Zweck, Reichtum zu schaffen, sondern es müsse auch dafür gesorgt werden, daß die Begründer dieses Reichtums in befriedigenden moralischen und materiellen Verhältnissen leben. Wenn der soziale Friede fehle, so komme das nicht von den Arbeiterschutzgesetzen, sondern von der mangelhaften und falschen Erziehung der Kinder. — **Dres Guyot** spricht sich entschieden gegen die sozialen Gesetze aus. In dem Gesetz über die Frauenarbeit findet er keinen höhern Zweck, als die Männer von der Konkurrenz der Frauen zu befreien. Er befürchtet, die Anhäufung der „staatssozialistischen“ Gesetze werde zur allgemeinen Polizeiregierung führen.

28. September. Professor **Banlaer** aus Lüttich ergreift zur zweiten Frage, betreffend die Arbeit der Erwachsenen und die Begrenzung der Arbeitsdauer, das Wort. Er verlangt, daß eine Neuerung erst dann gesetzlich festgelegt werde, wenn sie von der öffentlichen Meinung gutgeheißen und ein wirkliches Bedürfnis geworden sei. Unter diesen Umständen sei jedoch die gesetzliche Arbeitsregelung nachgerade überflüssig, denn wenn einmal der Rechn- oder Achtfundentag überall eingeführt wäre, so wäre ja ein Gesetz nach dieser Richtung nutzlos. Der belgische sozialistische Universitätsprofessor und Abgeordnete **Denis** philosophirt über Individualismus und Gegenseitigkeit sowie über die Theorie der Arbeit und führt aus, daß die Begrenzung der Arbeitszeit einen günstigen Einfluß auf die Produktion ausüben müsse. Aufgabe des Kongresses wäre es, in dieser Hinsicht ausschlaggebende Erhebungen und Versuche anzustellen. Dem belgischen Gewerbe- und Arbeitsministerium sollte der Kongreß die Durchführung dieser praktischen Versuchsmethode anheimstellen. Soziologen, Behörden und Gesetzgeber sollten nur ein und dasselbe Ziel verfolgen: die Arbeitsdauer der Erwachsenen einzuschränken, ohne die Produktion zu vermindern. **Dres Guyot** erwidert, Vordränger habe nur scholastische Gründe entwickelt, während die Thatsachen bewiesen, daß dem erwachsenen Arbeiter alle Rechte der Freiheit unverringert gelassen werden müssen. Der Jesuitenpater **Castlein**, Professor an der Löwener Hochschule, meint, die menschliche Freiheit könne nicht immer unbegrenzt bleiben, denn aus dem Mißbrauch der Freiheit könne nie eine ideale Gesellschaft entstehen. Die Franzosen, die Perioden harten Despotismus erlebt haben, schwärmten für die völlige Freiheit des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers; die Deutschen seien durchweg entgegengesetzter Ansicht. Allenfalls sei es notwendig, die Freiheit des Armen und Schwachen gesetzlich zu schützen. Der Gewerbesitzer **de Bergnies** warnt vor der Tyrannei der staatlichen Arbeiterschutzgesetze. Der Belgier **Wagweiler**, Beamter im Arbeitsministerium, erklärt, die Einschränkung der täglichen Arbeitszeit könne man

nur von dem Gewerksbesitzer, von dem bedrohlichen Auftreten der Arbeiter oder vom gesetzlichen Zwange erwarten. Auf die Gewerksbesitzer könne man jedoch nicht zählen. Bedenkliche Folgen habe aber für die Industrie die Erpressung der Verminderung der Arbeitsdauer auf dem Wege der Ausstände. Folglich müsse der Staat eingreifen. Professor Hertner (Karlsruhe) befürwortet die staatliche Einmischung, weil die Arbeiter im allgemeinen unfähig seien, sich durch ihre eigene Kraft aus ihrer trostlosen Lage zu helfen. Strauß versteht die Einmischung des Staates zu Gunsten der Kinder, die nur zu häufig von ihren Eltern ausgebeutet werden. Um den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, würde auch er die Regelung der Kinderarbeit billigen. Aber eine Verletzung der menschlichen Freiheit wäre es, wollte der Staat beim Abschluß eines Vertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein Wort dareinreden.

20. September. Verhandlung über den internationalen Arbeiterschutz. Professor Hertner hält den gesetzlichen einheitlichen Arbeiterschutz für eine Unmöglichkeit. Nur für eine gewisse Kategorie gesundheitsgefährdender Industrien könnten internationale Maßregeln getroffen werden. Zu diesem Zwecke empfiehlt Hertner die Errichtung eines internationalen Arbeitsamtes. Strauß stimmt dieser Meinung zu und beweist, daß das festländische Europa England gegenüber im Nachteil sei. Es opfere jährlich dem Militarismus 4 Millionen Menschen und 10 Milliarden an Geld. Bei gleichmäßigem Arbeiterschutz könnten sie den Wettbewerb mit Amerika und England nicht aushalten. Auch für bestimmte gesundheitsgefährliche Industrien sei der internationale Arbeiterschutz nur ein sentimentaler Traum, denn um die Beobachtung einer solchen Abmachung zu erzwingen, könnte doch beispielsweise Belgien Rußland den Krieg nicht erklären. Der Russe Rassalowitz erklärt, die russischen Fabrikbesitzer würden nie fremden Inspektoren den Eintritt in ihre Werke gestatten. v. Mayr aus Straßburg, v. Philippovich aus Wien, Brentano aus München und Schier aus Frankfurt bekennen, daß vorläufig an eine internationale einheitliche Arbeiterschutzgesetzgebung nicht zu denken sei. Die vierte Frage des Programms lautet: Ist es angezeigt, daß die Arbeitsbedingungen im Kleingewerbe und in der Hausindustrie gesetzlich geregelt werden? Welche praktischen Maßregeln wären zu empfehlen? Hize legt dar, daß die Uebelstände im Kleingewerbe besonders in Deutschland und England größer seien als in der Großindustrie. Er entwickelt als Ergänzung des schriftlichen Berichtes des Referenten Weber alle einschlägigen deutschen Gesetzbestimmungen über Kinder- und Frauenarbeit, Sonntagsruhe, die Bäderverordnung, Konfektionswerkstätten u. s. w. Diese gesetzlichen Verordnungen seien allgemein vom deutschen Volke beifällig aufgenommen worden, und die öffentliche Meinung wünsche, daß der Reichstag den gesetzlichen Arbeiterschutz auf eine immer größere Anzahl Arbeiter ausdehne. Fleury, Professor der Volkswirtschaft in Paris, vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Jedermann müsse das Recht behalten, in seinem Hause so lange zu arbeiten, als er wolle. Jeder Bürger mußte über seine eigene Person verfügen können, besonders wenn er, um seinen Kindern ein kleines Vermögen zu verschaffen, sich eine längere Tagesarbeit auferlegen wolle.

## VII.

## Lazil=Schwindel.

**Vorbemerkung.** Ein Franzose Namens Gabriel Fogard-Pagès, ein Schabernackspieler von Natur, der schon als junger Mensch in Marseille einen Haifischeinfall in den dortigen Hafen vorausgesagt und viele Gläubige dafür gefunden hatte und später auf dem Boden des Genfer Sees eine Stadt entdeckt haben wollte, erwarb sich später in Paris durch schlüpfrige und religionsfeindliche Romane eine solche Anrüchigkeit, daß ihn die Kirche wegen seiner unglimpflichen Behandlung der Person Christi in den Bann that. Hierauf spielte er den reuigen Sünder, verdamnte seine Romane, that bei den Jesuiten drei Monate lang Buße und bestrebte sich, durch seine Feder die Umtriebe und Schrednisse der Freimaurer, der „Palladisten,“ die er aus eigner Erfahrung zu kennen behauptete, an den Pranger zu stellen. Er nannte sich Leo Lazil, wurde vom Papste empfangen, stand mit vielen Prälaten und Geistlichen, die fest an ihn glaubten, in Verbindung und spielte sodann als Triumpfh seiner Verdienste die Bekehrung einer angeblichen amerikanischen Millionärin, der Diana Vaughan aus, die er den Klauen der Freimaurer entrißen haben wollte. Für diese Dame interessirte sich daher die Geistlichkeit, zumal sie an Bischöfe und katholische Blätter schrieb, die merkwürdigsten Enthüllungen über die Freimaurer veröffentlichte und sogar von einer Verschwörung sprach, bei der nächsten Papstwahl mit Hilfe freimaurerischer Geistlichen den päpstlichen Stuhl mit einem Freimaurer zu besetzen. So ward Diana allmählich eine Berühmtheit, und in der Sacré Coeur-Kirche von Montmartre stiegen Gebete für sie auf, jedoch ohne daß irgend jemand sie gesehen oder von ihrer Existenz sich versichert hätte. Unter ihrem Namen schrieb der sogenannte Lazil mit Hilfe seines Schulfreundes, des Marinearztes Gads, ein 800 Seiten umfassendes Buch „Der Teufel im 19. Jahrhundert,“ ferner Bücher über „Die Denkwürdigkeiten der Expalladistin“ und „Die neuntägige Abendmahlsandacht.“ Aufsehen erregten namentlich die Mittheilungen vom Teufel Bitru, von dem ihm aus seinem Schwanz gerissenen Haar und von dem Klavier spielenden Krokobil. Lazil sandte eine Gassenhauerweise als Eingebung von Miß Vaughan nach Rom, wo man diese „Arie von der philharmonischen Klystierspritze“ unter die Choralmelodien aufnahm. Als eine neue Begünstigung der Sache mußte es erscheinen, daß 1895 römische Vereine in der Jesuiten-Kirche Al Jesu eine dreitägige Dankesandacht über die zur Förderung der katholischen Interessen dienenden „palladistischen“ Enthüllungen der Miß Vaughan abhielten.

Darauf wurde die Sache in der Presse und anderweit folgendermaßen behandelt:

25. November 1886. „Schlesische Volkszeitung“ in Breslau:

Leo Taxil, selbst längere Zeit Freimaurer und in maurerischen Kreisen wegen der Herausgabe einer ganzen Reihe gottloser und kirchenfeindlicher Schriften gefeiert, hat vor gut einem Jahre plötzlich seine Irrtümer und Fehler vor der kirchlichen Behörde abgeschworen und dann in einem Aufsehen erregenden Werke Les Frères Trois-Points Enthüllungen über die Freimaurerei gemacht, das innerhalb fünf Monaten in 22 000 Exemplaren abgesetzt wurde. Die französischen Vogenblätter haben nicht einmal den Versuch gemacht, die Angaben Taxils zu bestreiten. Dies ist wohl der beste Beweis für ihre Zuverlässigkeit.

28. Dezember 1886. Die „Germania“ in Berlin sagt, es haben auch für uns die Enthüllungen Taxils (in dem in der Paderborner Bonifaziusdruckerei erschienenen, vom Jesuitenpater Gruber übersetzten Werke: „Die Drei-Punkte-Brüder“) ihren großen Wert. Weiter heißt es:

Die vorliegende Uebersetzung, die an Frische und Eleganz des Stils mit dem französischen Original wettersert, ist dadurch noch besonders wertvoll, daß sie speziell dem deutschen Logentum gebührende Rechnung trägt und stellenweise anstatt einer bloßen Uebersetzung eine neue Bearbeitung bietet. Zu den bekannten wertvollen Werken (des Jesuiten) Bachlers über die Freimaurerei, die vorwiegend über die Ziele und Wirksamkeit der Freimaurerei handeln, bildet die Uebersetzung des Taxilschen Werkes, das uns das Innere der Logen, den ganzen Formalismus der Sekte vorführt, eine willkommene Ergänzung.

11. Januar 1887. Die „Germania“ Nr. 7, zweites Blatt enthält:

einen vom 25. Oktober 1886 datirten Aufruf des „Italienischen großen Orient,“ der die Bekämpfung des katholischen Aberglaubens als „eine gemeinsame Aktion der gesamten Freimaurerei der ganzen Welt“ fordernte. Die Loge von Hamburg habe dem „Italienischen großen Orient“ ihre Hilfe bereits zugesagt. Deshalb, so ruft die „Germania“ aus, ist auch katholischerseits eine Konzentration nötig, die zum Schutze für Wahrheit und Recht, die stark bedroht sind, nur zu notwendig erscheint.

11. Mai 1886. Die „Bölnische Volkszeitung“ sagt:

Wenn irgend jemand die französische Freimaurerei kennt, so ist es Taxil, der derselben bis zu seiner so großes Aufsehen erregenden Besehrung als eifrigstes Mitglied angehört hat. Taxil hat seitdem die Enthüllungen über den Geheimbund als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet. In dem vorliegenden Bande (der Drei-Punkte-Brüder, erschienen in der Bonifaziusdruckerei zu Paderborn) findet man bis ins kleinste Detail Mitteilungen über Ausbreitung und Verzweigung, Organisation und Verfassung, Ritual, geheime Zeichen und Thätigkeit der Freimaurerei. Da Leo Taxil nur die französischen Rituale berücksichtigt, so fügt der ungenannte Bearbeiter (Gruber) sehr eingehende Bemerkungen über Geist und Form der Freimaurerei im allgemeinen bei. . . . Ueber die gefährlichen Ziele der Loge spricht die Schrift in der rücksichtslosesten Weise sich aus, dabei betonend, daß namentlich in Ländern, die für die unversleierte Enthüllung ihres Ge-

heimliches noch nicht reif sind, gerade die Masse der gutmütigen Maurer in den niedern Graden, die selbst die Ziele der Freimaurerei kaum ahnen, von besonderm Werte sei, weil dadurch der Bund selbst vor der profanen Welt ein harmloses Aussehen erhalte.“

10. u. 11. August 1887. In Artikeln eines katholischen Korrespondenzbüreaus werden die unheilswangern Pläne der Logen bezüglich der Verweltlichung und Entchristlichung der Schulen enthüllt.

16. Dezember 1895. Schreiben des Kardinalvikars Parocchi in Rom an die „Miss Vaughan“ in Paris:

Mein Fräulein und teure Tochter in unserm Herrn! Mit lebhafter aber sehr süßer Erregung habe ich Ihren guten Brief vom 29. November nebst einem Exemplar der „Eucharistischen Novene“ erhalten. Zunächst bescheinige ich Ihnen den Empfang der mir gesandten Summe von 500 Francs, von denen 250 entsprechend Ihren Wünschen für die Organisation des nächsten Antifreimaurerkongresses verwandt werden. Ich habe mir ein Vergnügen daraus gemacht, die andre Hälfte als Peterspfennig in die Hände Seiner Heiligkeit (des Papstes) zu legen. Seine Heiligkeit hat mich beauftragt, Ihnen zu danken und Ihnen ihrerseits einen ganz besondern Segen zu spenden.

Von diesen beiden Summen sende ich anbei eine Quittung über das, was die Union (das Antifreimaurerkongresskomitee) betrifft. Ueber die an den heiligen Vater gegebne Hälfte wird keine Empfangsbefcheinigung gegeben.

Sie machen mir Hoffnung auf einen Besuch in Rom, sobald die Verhältnisse Ihnen den Austritt aus Ihrer Zurückgezogenheit gestatten. Ich thue Fürbitten, daß diese Verhältnisse sich bald so gestalten möchten. Sie zu empfangen, wird mir das größte Glück sein. Seit langer Zeit haben Sie meine Sympathien erworben. Ihre Bekehrung ist eine der herrlichsten Triumphe der Gnade, die ich kenne. Ich lese gegenwärtig Ihre Memoiren, die von herzklopfendem Interesse sind. Ich werde also außerordentlich erfreut sein, Sie segnen und auf dem Wege der Wahrheit, auf den Sie getreten sind, bestärken zu können.

Inzwischen glauben Sie, daß ich Sie in meinen Gebeten, insbesondere beim heiligen Messopfer, nicht vergessen werde. Sie wollen Ihrerseits nicht ablassen, unserm Herrn Jesus Christ für die große Erbarmung zu danken, die er Ihnen bewiesen, und für das augenscheinliche Zeugnis der Liebe, das er Ihnen gegeben hat.

Nun nehmen Sie meinen Segen an und halten Sie mich ganz für den Ihrigen im Herzen Jesu.

Rom, den 16. Dezember 1895.

B. M. Kardinalvikar.

27. Mai 1896. Brief des Monsignore Generalsekretärs Rod. Verzicht an „Miss Vaughan“:

„Mein Fräulein! Monsignore B. Sardi, der einer der Geheimschreiber des heiligen Vaters ist, hat mich beauftragt, an Sie zu schreiben, und zwar auf Befehl Seiner Heiligkeit selbst. Ich soll Ihnen sagen, daß Seine Heiligkeit mit großer Freude Ihre „Eucharistische Novene“ gelesen hat. Herr Kommandeur Alata hat mit dem Kardinalvikar über die Wahrheit Ihrer Besehrung eine Unterredung gehabt. Seine Eminenz ist überzeugt, hat aber unserm Präsidenten erklärt, daß er über sie ein

öffentliches Bekenntnis nicht abgeben könne. Ich darf die Geheimnisse des heiligen Offiziums nicht verraten, hat Seine Eminenz zu Herrn Kommandatore Allata gesagt. Ich bin ganz der Ihrige. Ihr in unserm Herrn sehr ergebener Hob. Berzichi, Generalsekretär.

11. Juli 1896. Brief des Monsignore Sarbi an „Miß Vaughan“:

Mein Fräulein! Ich beeile mich, Ihnen herzlich für die Zusendung Ihres letzten Werkes über Crispi zu danken. Fahren Sie fort, mein Fräulein, fahren Sie fort zu schreiben und die gottlose Sekte (der Freimaurer) zu entlarven. Die Vorsehung hat zu diesem Zwecke es so gefügt, daß Sie der Sekte so lange Zeit hindurch angehört haben. Es besteht nun vielerseits eine Verleumdung in Bezug auf Ihre Existenz und Ihre Identität. Ich glaube, daß das nur ein Kunstgriff der Sekte ist, um Ihren Schriften den Wert zu nehmen. Ich wage es jedoch, Ihnen meine Meinung zu unterbreiten, Sie möchten im Interesse des Heils der Seele in der nach Ihrem Befinden besten Weise jeden Schatten hiervon beseitigen. Wenn dieses geschehen sein wird, werde ich die Freude haben, von neuem an Sie zu schreiben und Ihnen eine Mitteilung höchsten Orts zu machen, die Ihnen sicherlich sehr genehm sein wird. Von ganzem Herzen empfehle ich mich Ihren Gebeten und erkläre mich für Ihren sehr ergebenen Monsignore Vincenzo Sarbi.

25. August 1896. Die katholische „Kölnische Volksztg.“ sagt, schon der Inhalt der in Miß Vaughan's Schriften enthaltenen palladistischen Enthüllungen und Urkunden lasse dieselben nicht bloß verdächtig, sondern geradezu schwindelhaft erscheinen.

Im September 1896. Die „Civiltà cattolica“ in Rom sagt:

Miß Diana Vaughan, aus der Tiefe der Finsternis zum Lichte Gottes gernen, durch die göttliche Vorbereitung zubereitet, mit Wissenschaft und persönlicher Erfahrung ausgerüstet, wendet sich der Kirche zu, um ihr zu dienen, und erscheint unerschöpflich in ihren kostbaren Publikationen, die nicht ihresgleichen an Genauigkeit und Nützlichkeit haben.

26.—28. September 1896. Auf dem Antifreimaurerkongreß, der auf Anregung des gegen die Freimaurer gerichteten päpstlichen Rundschreibens vom 20. April 1884 in Trient stattfindet, tauchen erhebliche Zweifel bezüglich der „Miß Vaughan“ auf, infolge deren es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihren Anhängern und Gegnern kommt. Der Kongreß wagt infolgedessen nicht, sich offen für die Enthüllungen auszusprechen, sondern setzt eine Kommission „zur Prüfung“ derselben ein (s. Näheres in Band II von 1896, S. 238—241).

16. Oktober 1896. Schreiben des päpstlichen Hausbeamten Monsignore A. Willard an „Miß Vaughan“:

Mein Fräulein! Seit langer Zeit hatte ich die Absicht, Ihnen persönlich zu schreiben; aber ich ließ mich immer durch die Beschäftigung, Ihnen lästig zu fallen, und durch den Wunsch abhalten, den Sie so oft in Ihren Memoiren ausgesprochen haben, daß man Ihnen nicht so viele Briefe sende. Heute fühle ich mich indessen genötigt, das Schweigen zu brechen. Eine

fromme Person u. s. w. (hier folgt eine Mitteilung privater Natur). Aber was ich vor allem wünschte, das wäre, an Sie meine ergebensten Ermittlungen inmitten von Seelenleiden zu richten, von denen Ihr edles Herz gegenwärtig umflutet wird. Sie wissen wohl, daß ein heftiger Krieg gegen Sie erklärt ist. Man zieht nicht bloß die Authentizität Ihrer öffentlichen Enthüllungen über die Freimaurerei in Zweifel, sondern sogar Ihre Existenz. Die widerspruchsvollsten Gerüchte machen auf Ihre Kosten die Kunde und erregen Wiederhall an hoher Stelle. Ich bejaß materielle und psychologische Beweise nicht bloß von Ihrer Existenz, sondern auch von der Aufrichtigkeit Ihrer Belehrung. Auf Grund derselben habe ich Anlaß gehabt, bei mehr als einer Gelegenheit Sie zu meiner Freude zu verteidigen. Ich sehe in dem Ihnen erklärten Kriege nur ein infames Kunststück desjenigen, den Sie besser als jeder andre kennen, der der Vater der Lüge ist.

Ich bin Ihnen tatsächlich nicht unbekannt. Als Sekretär des Kardinals Parocchi habe ich das Vergnügen gehabt, in seinem Namen an Sie vor etwa einem Jahre zu schreiben, um Sie zu trösten und zu ermutigen in Ihrem erhabnen Werke, angesichts der Welt das wirkliche Ziel des Freimaurerordens zu enthüllen, das, was ich immer vermutet habe, den Kultus des Teufels.

Um Ihnen zu Hilfe zu kommen, kann ich Ihnen nur die Mitwirkung meiner schwachen Gebete bieten, aber mit meinen wärmsten Sympathien.

Fahren Sie fort, mein Fräulein, durch Ihre Feder und Ihre Frömmigkeit Waffen zur Verschmetterung des Feindes des menschlichen Geschlechts zu liefern. Alle Heiligen sahen ihre Werke bekämpft. Es ist daher nicht zu verwundern, daß das Ihrige nicht gespart wird. Die Gemeinschaft der Karmeliter-Schwesteren von der Adoratio Reparatric, die hier zu Rom in dem ehemals von der heiligen Brigitta von Schweden bewohnten Hause eingerichtet ist und deren geistlicher Vater ich bin, hat für Sie schon viel gebetet, und sie beauftragt mich, Sie zu versichern, daß sie es mehr als jemals thun wird. Verzeihen Sie gütigst, mein Fräulein, meine Indiskretion und genehmigen Sie meine lebhaftesten Gefühle der Bewunderung und der Hochachtung. A. Billard, Hausprälat Seiner Heiligkeit, Sekretär Seiner Eminenz des Kardinals Parocchi.

22. Januar. Die vom Antifreimaurerkongreß eingesetzte Kommission fällt ihren Spruch dahin, daß sie keinen entscheidenden Beweis für oder gegen die Existenz, Belehrung und Schriftenechtheit der „*Riß Vaughan*“ gefunden habe.

19. April. Der sogenannte Leo Taxil tritt in Paris vor einer von ihm berufenen, aus Freunden seiner Enthüllungen, größtentheils katholischen Geistlichen bestehenden Versammlung, in der er die *Riß Vaughan* persönlich vorstellen wollte, mit der Eröffnung auf, daß er die katholische Geistlichkeit und den Papst mit seiner Belehrung getäuscht habe, und daß die ganze *Vaughangeschichte* nur eine Komödie gewesen sei, um Geld zu verdienen; der Teufelskultus der Freimaurer sei nur ein von ihm erfonnener Akt, Diana nur eine Schreibmaschinenkopistin, der er seine Briefe an katholische Geistliche in der ganzen Welt diktiert habe, die Geistlichkeit habe aus Beschränktheit und Unehrllichkeit bei dem Schwindel

mitgeholfen. Er teilt ferner u. a. mit, daß der Papst dem Bischof von Charlestown, in dessen Stadt sich nach den Mitteilungen der Miß der Teufelstempel befinden sollte, als dieser Bischof extra nach Rom reiste, um dem Papst zu sagen, daß diese Angabe falsch sei, befohlen, zu schweigen. Als ferner der Vikar von Gibraltar dem Papste geschrieben habe, daß die palladistische Angabe, wonach die Freimaurer in Höhlen der Felsen von Gibraltar mit wirklichem Höllenfeuer ihre Teufels Waffen schmiedeten, Dichtung sei, habe der Papst der Miß Vaughan abermals seinen Segen gesendet, obgleich ihm deren Angaben also von zwei Geistlichen als falsch und erfunden bezeichnet worden seien.

Im April. Die „Germania“ spricht sich also aus:

Dies alles (die Entlarbung Taxils als Schwindler) schließt nicht aus, daß sowohl in den angeblichen Schriften Taxils, speziell in dessen Werke „Die Drei-Punkte-Brüder“ vieles Richtige enthalten ist, was teils früher schon bekannt und nachgewiesen war, teils später seine Bestätigung fand. Dies gilt vor allem und an erster Stelle von dem Wesen und Zielen der Freimaurerei.

Die „Rölnische Volkszeitung“ dagegen sagt:

Trotz der vollen Evidenz dürfte es auch jetzt noch Leute geben, die sagen: Taxil ist ein Lügner, aber deshalb braucht noch lange nicht alles erlogen zu sein, was er als „Dr. Vataille“ und „Miß Vaughan“ erzählt hat. Andeutungen dieser unheilbaren Geistesverfassung sind uns schon wiederholt begegnet. Persönlichkeiten, die trotz einer Flut zerschmetternder Beweise nicht merken wollten, daß der Teufel in Gestalt Leo Taxils sie am Kragen hatte, werden auch jetzt noch nicht auf den Taxilischen Luciferanismus verzichten wollen. Man muß diese Elemente ihrem Schicksal überlassen, aber keine Umstände mit ihnen machen. Und so schließen wir unsere Betrachtungen der Taxilischen Komödie mit der Wiederholung des Satzes: Möge sie in katholischen Kreisen wirken wie ein reinigendes Gewitter!

9. Mai. Die „Germania“ behauptet, der Jesuitenpater Gruber habe in einem zweibändigen Werke der Schwindelfirma Taxil die Maske derartig abgerissen, daß Taxil am 19. April sich habe als litterarischen Betrüger bekennen müssen.

11. Mai. Die „Germania“ preist die Gründlichkeit und Schärfe, mit der der Jesuitenpater Gruber, der Mitarbeiter der „Germania“ und der „Rölnischen Volksztg.“ dem Taxil-Vaughan-Schwindel in seinem neuesten Werke „Leo Taxils Palladismusroman“ zu Leibe gehe, und bekennet, daß der Schwindel der katholischen Sache schon viel geschadet habe und noch mehr geschadet hätte, hätte nicht gerade Pater Gruber zuerst und noch rechtzeitig gegen denselben seine warnende Stimme erhoben. Weiterhin sagt das Blatt:

Daß er dies Verdienst sich erworben, das gerade ist der Haupttarger der Feinde unsrer Kirche, die so gern gerade den Jesuitenorden auch für diesen Schwindel verantwortlich gemacht hätten. Dadurch, daß Pater



Gruber die falschen Anschuldigungen gegen die Freimaurerei zurückwies, hat er die Bahn frei gemacht und die wirklichen Wassen geboten für den von Pater Gruber selbst in seinen früheren Schriften als absolut notwendig erklärten Kampf gegen die religions-, kirchen- und staatsfeindliche Freimaurerei.

Im Mai. Der Abbé de la Tour de Noë in Toulouse giebt in Paris ein Buch heraus „Die Wahrheit über Miß Diana Vaughan die Heilige und Laila den Tartufe.“ Darin stellt er den Jesuiten Gruber als Freimaurer hin und führt Beweise dafür an, daß die Miß dennoch existire. — Der katholische Professor der Apologetik Hermann Schell in Würzburg sucht in einer Schrift „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts“ darzulegen, daß „die ungeheure Verehrung und Verbreitung der Enthüllungen über den Satanismus und Palladismus der Vöge, über die Absichten der Hölle, über die Freimaurerstellung des Teufels Vitru sowie über die Großmutter und Mutter des Antichristen in neuerer Zeit beweisen, wie gewaltig der romanische Geist die religiöse Vorstellungswelt der Katholiken und des katholischen Klerus zu beeinflussen vermag“; man sei seit einigen Jahren gelehrt worden, den verhassten romanischen Aberglauben für kirchlich-katholisch zu halten, hingegen allem, was von seiten der deutschen Theologie zur rationalen und ethischen Vertiefung der Glaubenslehren aufgeboten worden, mit Mißtrauen entgegenzutreten; die Folge sei Inferiorität im selbständigen Vernunftgebrauch; das Heilmittel hiergegen liege im Geiste des Katholizismus, in der Entfaltung aller katholischen Kräfte zu freiem, selbständigem Wettstreit auf wissenschaftlichem wie sozial-politischem Gebiete. Bittere Klage führt Schell darüber, daß es dem deutschen Katholizismus an nationalem Selbstbewußtsein gegenüber der religiösen Ausländerei fehle.

(Schriften: Karl Braun, „Der neueste Teufelschwindel in der römisch-katholischen Kirche.“ Leipzig. — Dr. F. Rids, „Leo XIII. und der katholische Satanskult.“ Berlin.)

## Personen-Verzeichnis.

- Abdul Hamid II., Sultan 366.  
 v. Abrahamowicz, österr. Abg. 208.  
 209. 213. 219. 220. 221. 223. 226.  
 226.  
 Adolf, Großherz. v. Luxemb. 331.  
 Albert, König von Sachsen 161. 188.  
 Alexander, König v. Serbien 372. 373.  
 v. Apponyi, Graf, ungar. Abg. 237.  
 v. Asch, bayer. Kriegs-Min. 154. 155.  
 Auer, R.-L.-Abg. 101.  
 v. Auersperg, Fürst 207.  
 August, Erbgroßherz. v. Oldemb. 178.  
 de Azárraga, span. Min.-Präsid. 318.  
 Bachem, R.-L.-Abg. 73. 74. 78. 80.  
 v. Badeni, Graf, österr. Min.-Präsid.  
 199. 207. 211. 214. 217. 227.  
 Baernreither, österr. Abg. 215. 218. 222.  
 Baldisserra, ital. Sen. 306.  
 Balfour, I. Lord b. brit. Schatzes 266.  
 271. 272. 278. 280.  
 v. Banffy, ung. Min.-Präsid. 237.  
 Barthhausen, Präsid. d. ev. D.-Kirchen-  
 rats 104. 114. 117. 118.  
 Barth, R.-L.-Abg. 70. 141.  
 Baffermann, R.-L.-Abg. 143.  
 Bebel, R.-L.-Abg. 99. 100.  
 v. Berlepsch, Min. a. D. 85. 86. 399.  
 Besnard, franz. Mar.-Min. 255.  
 Beyßschlag, Prof. in Halle 111.  
 v. Bilinski, österr. Fin.-Min. 209. 222.  
 Billot, franz. Kriegs-Min. 255. 261.  
 262. 263.  
 v. Bismard, Graf, R.-L.-Abg. 60.  
 Blanco, span. Marschall 314.  
 v. Boetticher, D.-Präsid. 1—3.  
 Borba, Präsid. v. Uruguay 393.  
 Boyer, franz. Abg. 253.  
 Brassine, belg. Gen. u. Kriegs-Min.  
 321.  
 Bresfeld, preuß. Min. 25.  
 Brentano, Prof. in München 400. 401.  
 v. Bülow, d. Staatssekr. 141.  
 v. Buol-Verenberg, Präsid. d. d. R.-L.,  
 133.  
 Burger, bayer. Abg. 154.  
 Canovas del Castillo, span. Min.-Präf.  
 317. 318.  
 Casselmann, bayer. Abg. 160.  
 de Castro, port. Min.-Präf. 320.  
 Chamberlain, brit. Staatssekr. d. Kolon.  
 268. 270. 271. 272. 273. 275. 285.  
 380. 381.  
 Cocco, ital. Min. f. Ackerb. 308.  
 Cochery, franz. Fin.-Min. 260.  
 Codronchi, Graf, ital. Min. 308.  
 Colombo, ital. Min. 301. 309.  
 v. Coudenhove, Graf, Statth. in Böh. m.  
 229. 230.  
 v. Crailsheim, bayer. Min.-Präsid. 158.  
 Crispi, ital. Abg. 307.  
 Curzon, brit. U.-Staatssekr. 364.  
 Darlan, franz. Just.-Min. 264.  
 Deljanntis, griech. Min.-Präsid. 361.  
 362.  
 Diaz, Präsid. v. Mexiko 392.  
 v. Diebrichs, d. Vizeadm. 126.  
 v. Dipauli, österr. Abg. 210.  
 Dole, Präsid. v. Hawaii 385.  
 Drehsfuß 259.  
 Dschevad Pascha 358.  
 v. Dubsky, Graf, österr. Abg. 212.  
 Ebenhoch, österr. Abg. 205.  
 Edhem Pascha 361.  
 Emma, Kön.-Reg. d. Niederl. 329.  
 Ernst, Graf, Reg. v. Lippe 185. 188.  
 Ernst Ludwig, Großherz. v. Hessen-D.  
 173.  
 Ernst August, Herz. v. Cumberland 179.  
 v. Eynern, preuß. Abg. 15.  
 Faure, Präsid. d. franz. Rep. 246. 247.  
 248. 253. 254. 255. 256.  
 Ferdinand, Fürst v. Bulgarien 369.  
 Ferdinand, Pr. v. Bourbon 149.  
 Flohr, oldemb. Min. 178.  
 Franz Joseph, Kaiser v. Oesterr. 44.  
 239. 240. 366.  
 Friedrich, Großherz. v. Baden 170. 171.  
 172.

- Friedrich, Erbgroßherz. v. Baden 37.  
 Friedrich Franz III., Großherzog von  
 Mecklenb.-Schwerin 177.  
 Friedrich Franz IV., Großherzog von  
 Mecklenb.-Schwerin 177.  
 Friedrich Leopold, Pr. v. Pr. 49.  
 Friedrich Wilhelm, Großherz. v. Meck-  
 lenburg-Schwerin 177.  
 Fuchs, österr. Abg. 209.  
 Funke, österr. Abg. 197. 213. 216. 219.  
 Galler, R.-L.-Abg. 143. 162.  
 Gallo, ital. Unt.-Min. 308.  
 Galvez, Chef d. kuban. Reg. 315.  
 Geraschewitsch, serb. Abg. 372.  
 Gautsch v. Frankenthurn, österr. Min.-  
 Präsid. 227.  
 v. Gemmingen, Frhr. 168.  
 Georg, König v. Griechenland. 351. 352.  
 356. 357.  
 Georg, Großherz. v. Meiningen 183.  
 Georg, Fürst v. Schaumb.-Lippe 191.  
 Georg, Pr. v. Griechenland. 348.  
 Georgiewitsch, serb. Min.-Präs. 373.  
 Gérault-Richard, franz. Abg. 260.  
 v. Geth, württemb. Abg. 163.  
 Gianturco, ital. Just.-Min. 307. 308.  
 Goblet, franz. Abg. 253.  
 Göhre, Agitator 88. 92.  
 v. Goluchowski, Graf, österr.-ung. Min.  
 241. 243. 244.  
 Groeber, R.-L.-Abg. 77. 78. 164.  
 Groß, österr. Abg. 222. 223.  
 Gruber, Jesuitenpater 403. 407. 408.  
 Hähnle, württemb. Abg. 163.  
 Hassner, Bischof v. Mainz 175.  
 v. Hagen, stellv. Landesb. v. Guinea  
 147.  
 Hahn, Dir. d. Bund. d. Landw. 53.  
 Hammacher, R.-L.-Abg. 143.  
 Hanotaux, franz. Min. d. A. 147. 253.  
 254. 255.  
 Harcourt, Sir, brit. Abg. 271. 272. 281.  
 Hauffmann, R.-L.-Abg. 15. 71. 162.  
 164.  
 Heim, bayer. Abg. 160.  
 Heinrich, Pr. v. Pr. 57. 293.  
 Heinrich, Pr. v. Orleans 257.  
 v. Hellendorf, Min. v. Altenb. 184.  
 Hertner, Prof. in Karlsruhe 401.  
 Herold, österr. Abg. 213. 214. 218.  
 v. Herling, R.-L.-Abg. 75.  
 Herz, Panamaspzialist 252.  
 Herzog, altkath. Bischof in Bern 397.  
 Hicks-Beach, brit. Schatzkanzler 265.  
 274. 275.  
 Hieber, Prof. in Tübingen 168.  
 Hinz-Ribeiro, port. Min.-Präs. 320.  
 Hobrecht, preuß. Abg. 27.  
 Hoerring, dän. Min.-Präs. 333.  
 Hofmann v. Wellenhof, österr. Abg.  
 203. 219.  
 v. Hohenburger, österr. Abg. 211.  
 v. Hohenlohe-Langenburg, Fürst, Statt-  
 halter 195.  
 Hohenlohe-Schillingfürst, Fürst, R.-  
 Kanzler, 3. 146.  
 Holzheuer, Superint. 115.  
 Hülle, Pfarrer in Berlin 24.  
 Humbert, König v. Italien 41. 294.  
 304. 306.  
 Hug, bad. Abg. 173.  
 Jameson, Abent. 270. 273. 274.  
 v. Jaworski, österr. Abg. 219.  
 Johann Albrecht, Herzog u. Regent v.  
 Mecklenb.-Schwerin 177.  
 Kaiser, österr. Abg. 223.  
 Karl, König v. Portugal 320.  
 Karl Alexander, Großherzog von S.-  
 Weimar 52.  
 Karl Theodor, Herz. in Bayern 31.  
 Karol, König v. Rumänien 239. 371.  
 372.  
 Rathrein, österr. Abg. 207. 209. 213.  
 214.  
 v. Kehler, Geh. Leg.-R. 112.  
 v. Keller, Präsid. d. bayer. 2. Kammer  
 166.  
 Kiene, württemb. Abg. 163.  
 Kimberley, Lord, 282.  
 Klotz, württemb. Abg. 163.  
 Konstantin, Kronpr. v. Griechenland. 361.  
 363. 365. 368.  
 Kopp, Fürstbischof v. Breslau 81.  
 Kossuth, ungar. Abg. 236. 237.  
 Kramar, österr. Abg. 208. 226.  
 Kronawetter, österr. Abg. 217.  
 Krüger, Präsid. d. Südafr. Rep. 268.  
 375. 376. 377. 379. 380. 381. 382.  
 Labouchère, brit. Abg. 274. 279. 281.  
 Landsdowne, Marq. v., brit. Staats-  
 sekret. d. Kriegsamt 267.  
 Lecher, österr. Abg. 220.  
 v. Lengertke, lipp. Abg. 188. 189. 191.

- Leopold II., König d. Belgier 322.  
 Lieber, R.-Z.-Abg. 28. 80.  
 Liebtnecht, R.-Z.-Abg. 97. 103.  
 v. Limburg-Stirum, Graf, R.-Z.-Abg. 28. 140.  
 v. Löwenstein-Wertheim, Fürst zu 73. 78.  
 Luise, Großherz. v. Baden 45.  
 Ludwig, Pr. v. Bayern 148. 149.  
 Lueger, österr. Abg. 221. 227.  
 Luitpold, Pr.-Reg. v. Bayern 39. 40. 148.  
 Luzzatti, ital. Schatz-Min. 297. 307.  
 Mac Kinley, Präsid. d. nordam. Union 386. 391.  
 Marzano, Minari di San, ital. Gen. u. Kriegs-Min. 99.  
 Méline, franz. Min.-Präsid. 251. 254. 255. 260. 263.  
 Menelik, R. v. Abyssinien 305. 306.  
 Miesitzschew, v. Wischtau, lipp. Min. 188.  
 Milliard, franz. Just.-Min. 264.  
 Milner, Sir, Gouv. d. Kapl. 285.  
 v. Miquel, preuß. Fin.-Min. 1. 2. 18. 14. 15. 19. 22. 25. 29.  
 v. Mittnacht, württ. Min.-Präs. 164. 167.  
 Mollenbuhr, R.-Z.-Abg. 143.  
 Rommsen, Prof. in Charlott. 201.  
 Moraes, de, Präsid. v. Brasil. 393.  
 Mottz, preuß. Abg. 29.  
 v. Münster, Graf, d. Botzsch. 147.  
 Naumann, ev. Pfarrer 90.  
 Nieberding, d. Staatssekr. 135.  
 Nikolaus II., Zar 32. 245. 255. 256. 366.  
 Nippold, Prof. in Jena 109.  
 Rott, bad. Min. 172.  
 Nyssens, belg. Min. 398.  
 O'Donnell, span. Min. 317.  
 v. Oergen, lipp. Min. 187.  
 Oreglia, Cardinal 810.  
 Orterer, bayer. Abg. 158.  
 Oskar II., König v. Schweden u. Norw. 336. 337. 338.  
 Osman Pascha 363.  
 Pacaf, österr. Abg. 216.  
 Pant, Geh. Kirchen-R. 104.  
 Pavoncelli, ital. Arb.-Min. 308.  
 Payer, R.-Z.-Abg. 70; württ. Abg. 162.  
 Pelletan, franz. Abg. 251.  
 Pelloux, ital. Kr.-Min. 297. 300. 308.  
 Pergelt, österr. Abg. 223.  
 Philipp, Herz. v. Orléans 258.  
 Richter, Domkap. in Passau 150.  
 Pierson, holl. Min.-Präsid. 329.  
 v. Plettenberg-Rehrum 112.  
 v. Plösz, R.-Z.-Abg. 53.  
 v. Pöbblerski, d. Staatssekr. 1. 11. 61.  
 Podlipny, Bürgermstr. von Prag 280.  
 Porzsch, preuß. Abg. 73.  
 v. Posadowsky, Graf, d. Staatssekr. 140. 144.  
 Preiß, els. Abg. 196.  
 Railli, griech. Abg. 361; Min.-Präsid. 363.  
 Rasinger, bayer. Abg. 157.  
 v. d. Rede, Frhr., pr. Min. d. J. 26.  
 Redner, Bischof v. Kulm 81.  
 v. Reedy-Lott, dän. Min.-Präsid. 333.  
 Reichardt, preuß. Abg. 25.  
 Reinhold, Prof. in Berlin 16. 18. 21.  
 Rhodes, Cecil 270. 273. 283. 284. 285.  
 Richter, preuß. Abg. 29; R.-Z.-Abg. 68. 69. 70. 141.  
 v. Riedel, bayer. Fin.-Min. 153. 156. 157.  
 Rieger, Dr. in Prag 228.  
 Rivera, Führer d. Aufst. auf Cuba 314.  
 van Roëll, holl. Min.-Präsid. 328.  
 Roeren, R.-Z.-Abg. 135.  
 Rösche, R.-Z.-Abg. 53.  
 di Rudini, Arch., ital. Min.-Präsid. 299. 302. 308. 309.  
 Ruffy, schweiz. Bundespräsid. 344.  
 Ruß, österr. Abg. 212. 218.  
 Sachs, württemb. Abg. 164.  
 Sagasta, span. Min.-Präsid. 318.  
 Salisbury, Lord, brit. Min.-Präsid. 282. 354.  
 v. Sarwey, württ. Kult.-Min. 168.  
 Schäbler, R.-Z.- u. bayer. Abg. 151. 153. 158.  
 Schaffer-Bey, Oberst 358. 359.  
 Schell, Prof. in Würzburg 408.  
 Scheurer-Kestner, franz. Senator 258. 261. 263.  
 Schippel, R.-Z.-Abg. 98.  
 Schlumberger, els. Abg. 193.  
 Schmidt, R.-Z.-Abg. 67. 133.  
 Schmitz, Weibschloß in Berlin 120.  
 Schmöller, Prof. in Berlin 84.

- Schönerer, österr. Abg. 207. 211. 223. 225.  
 Schönlanf, R.-L.-Abg. 140.  
 Schönstedt, preuß. Just.-Min. 50.  
 v. Schraut, eß.-lothr. u.-Staatssekr. 193.  
 Schöder, österr. Abg. 213. 214.  
 Schwarz, Pfarrer in Aulendorf 77.  
 v. Schwerin, Graf, R.-L.-Abg. 66.  
 v. Schwerin, Graf, Min.-Resident in Port-au-Prince 127.  
 Senefrey, Bischof v. Augsburg. 149.  
 Sherman, nordam. Staatssekr. 387. 390.  
 Sigl, bayer. u. R.-L.-Abg. 156.  
 Singer, R.-L.-Abg. 97.  
 Sivewright, Min.-Präsid. d. Kapl. 284. 381.  
 de Smet de Nayer, belg. Min.-Präsid. 323.  
 Soelbner, bayer. Abg. 151.  
 Sohn, Prof. in Leipzig 87. 89. 91.  
 Sonnino, ital. Abg. 295. 300.  
 Spahn, R.-L.-Abg. 133.  
 Springg, Min.-Präsid. d. Kapl. 286.  
 v. Stabilewski, Erzbischof v. Posen 82. 83.  
 Stanhope, brit. Abg. 274.  
 Steyn, Präsid. d. Oranjerrepubl. 381. 382.  
 Stöcker, preuß. Abg. 58. 59. 95. 116. 117. 118.  
 Stöcker, bayer. Abg. 157.  
 v. Stolberg-W., Graf, R.-L.-Abg. 143.  
 Strenge, tob.-goth. Min. 180. 181.  
 v. Stumm, R.-L.-Abg. 23.  
 Sturdza, rumän. Min.-Präsid. 370. 371.  
 Tarl, Schwindler 77. 402. 406.  
 v. Thielmann, d. Staatssekr. 12. 140. 144.  
 Tirpitz, d. Staatssekr. 140. 142. 143.  
 Thümmel, ev. Pfarrer in Remscheid 107.  
 Tört, österr. Abg. 214.  
 Bassos, griech. Oberst 350. 351. 355. 356. 358.  
 Viktor Emanuel, Graf v. Turin 257.  
 Vittoria, Königin v. Großbrit. 292. 303. 379.  
 Visconti-Benosta, ital. Min. d. A. 295. 296. 301. 302.  
 v. Vollmar, bayer. Abg. 155. 159.  
 Wacker, kath. Pfarrer u. bad. Abg. 170. 173.  
 Walsin-Esterhazy, franz. Offiz. 259.  
 Walter, Präsid. d. bayer. 2. Kammer 153. 160.  
 Weber, ev. Pfarrer in M.-Glabbach 107.  
 Weber, altkathol. Bischof in Bonn 109. 397. 398.  
 v. Wegnern, schaum.-lipp. Min. 177.  
 Wehler, span. General 314. 315.  
 Wilhelmine, Königin d. Niederl. 329.  
 v. Windischgrätz, Fürst 207.  
 Winterer, eß. Abg. 193.  
 v. Winkingerode, Graf 108.  
 v. Wöllwarth, württemb. Abg. 164.  
 Wolf, österr. Abg. 216. 220. 221. 223. 224. 225. 226. 227.  
 Zaimis, griech. Min.-Präsid. 368.  
 Zanardelli, ital. Just.-Min. 308.  
 v. Zedlitz, preuß. Abg. 29.  
 Zimmermann, R.-L.-Abg. 143.







HW 2SHD C

DEC 23 '34



